



# Protokoll des ordentlichen Bundesparteitages der SPD

Dresden, 13.–15. November 2009





# **Protokoll des ordentlichen Bundesparteitages der SPD**

**Dresden, 13.–15. November 2009**

## **Impressum**

### **Herausgeber:**

SPD-Parteivorstand, Berlin

### **Zusammenstellung:**

Pia Dahmen

### **Druck:**

schöne drucksachen GmbH, Berlin

# Inhaltsverzeichnis

Geschäftsordnung

7

## Erster Verhandlungstag Freitag, 13. November 2009

<b>Eröffnung</b>	
Hubertus Heil	9
<b>Konstituierung</b>	19
<b>Grußwort</b>	
Martin Dulig	22
<b>Bericht der Kontrollkommission</b>	
Christa Randzio-Plath	25
<b>Rede des Parteivorsitzenden</b>	
Franz Müntefering	31
<b>Aussprache</b>	51
<b>Bericht der Mandatsprüfungs- und Zählkommission</b>	
Ruth Barthels	164
<b>Beratung satzungsändernder Antrag</b>	165
<b>Rede Sigmar Gabriel</b>	166
<b>Wahl des Parteivorsitzenden</b>	201
<b>Grußwort des DGB-Vorsitzenden</b>	
Michael Sommer	202
<b>Rede Hannelore Kraft</b>	207
<b>Rede Olaf Scholz</b>	209
<b>Rede Manuela Schwesig</b>	210
<b>Rede Klaus Wowereit</b>	213
<b>Rede Andrea Nahles</b>	215
<b>Rede Barbara Hendricks</b>	219

<b>Rede Martin Schulz</b>	221
<b>Wahlergebnis des Parteivorsitzenden</b>	223
<b>Wahl der stellvertretenden Vorsitzenden</b>	224

## Zweiter Verhandlungstag Samstag 14. November 2009

<b>Beratung Resolution und Initiativantrag zur Situation bei Opel</b>	228
<b>Wahl der weiteren Mitglieder des Parteivorstandes</b>	232
<b>Rede des Fraktionsvorsitzenden im Bundestag</b> Frank-Walter Steinmeier	234
<b>Aussprache</b> Gernot Erler	245
<b>Bericht der Antragskommission</b> Olaf Scholz	250
<b>Generaldebatte zum Leitantrag</b>	260
<b>Ergebnis erster Wahlgang</b>	265
<b>Grußwort</b> Prof. Hubert Weiger	270
<b>Beratung Initiativantrag 14 – Atomausstieg</b> Christoph Matschie	277
<b>Generaldebatte zum Leitantrag</b>	282
<b>Ergebnis zweiter Wahlgang</b>	298
<b>Verabschiedung der ausscheidenden Parteivorstandsmitglieder</b> Sigmar Gabriel	300
Franz Müntefering	304
<b>Generaldebatte zum Leitantrag</b>	312
<b>Wahl der Vorsitzenden der Schiedskommission</b>	320
<b>Generaldebatte zum Leitantrag</b>	322

<b>Wahl der stellvertretenden Vorsitzenden der Schiedskommission</b>	328
<b>Generaldebatte zum Leitantrag</b>	329
<b>Wahl der Mitglieder der Schiedskommission</b>	336
<b>Generaldebatte zum Leitantrag</b>	337
<b>Wahl der Kontrollkommission</b>	347
<b>Generaldebatte zum Leitantrag</b>	350
<b>Antragsberatung Leitantrag</b>	356
<b>Beratung der Anträge zur Arbeitsmarktpolitik</b>	384
<b>Beratung der Anträge zur Sozialpolitik</b>	392
<b>Beratung der Anträge zur Gesundheitspolitik</b>	397
<b>Beratung der Anträge zur Umwelt-, Energie und Verkehrspolitik</b>	403
<b>Beratung der Anträge zur Organisationspolitik</b>	407
<b>Beratung der europapolitischen Anträge</b>	414
<b>Beratung der Anträge zur Bildungspolitik</b>	416
<b>Beratung der Anträge zur Familien-, Frauen- und Gleichstellungspolitik, Generationen/Senioren</b>	421

### **Dritter Verhandlungstag Sonntag 15. November 2009**

<b>Beratung der Anträge zur Innen- und Rechtspolitik</b>	423
<b>Beratung der Anträge zur Kommunalpolitik</b>	432
<b>Beratung der Anträge zur Außen-, Entwicklungs- und Sicherheitspolitik</b>	445
<b>Rede Erhard Eppler „50 Jahre Godesberger Programm“</b>	448
<b>Beratung der Anträge zur Steuer- und Finanzpolitik</b>	460
<b>Beratung der Anträge zur Wirtschaftspolitik</b>	468

<b>Beratung der Anträge Medien- und Kulturpolitik</b>	472
<b>Rede zum Marie-Schlei-Verein</b> Christa Randzio-Plath	477
<b>Grußwort des Vorsitzenden der tschechischen Sozialdemokraten</b> Jiří Paroubek	479
<b>Gedenken an Hans Matthöfer</b> Sigmar Gabriel	483
<b>Verleihung des Wilhelm-Dröscher-Preises 2009</b> Heidemarie Wieczorek-Zeul	484
<b>Schlusswort des Parteivorsitzenden</b> Sigmar Gabriel	494

## Anhang

<b>Finanzbericht</b>	500
<b>Bericht des Generalsekretärs</b>	523
<b>Bericht über den Stand der Betriebsorganisation/AfA</b>	571
<b>Gleichstellungsbericht</b>	574
<b>Delegierte</b>	605
<b>Delegierte mit beratender Stimme</b>	613
<b>Internationale Gäste</b>	615
<b>Rednerinnen und Redner</b>	618

## Geschäftsordnung

1. Stimmberechtigte Mitglieder sind laut § 15 Organisationsstatut die von den Bezirken gewählten Delegierten und die Mitglieder des Parteivorstandes. Die Mitglieder des Gewerkschaftsrates haben auf dem Parteitag Rederecht.
2. Der Parteitag ist beschlussfähig, wenn mehr als die Hälfte der stimmberechtigten Delegierten anwesend sind. Die Beschlussunfähigkeit wird nur auf Antrag festgestellt. Solange die Beschlussunfähigkeit nicht festgestellt ist, gilt der Parteitag als beschlussfähig.
3. Die Beschlüsse des Parteitages werden mit einfacher Stimmenmehrheit gefasst, soweit das Statut der Partei nichts anderes vorschreibt.
4. Die Redezeit für Diskussionsbeiträge beträgt fünf Minuten.
5. Die Diskussionsredner/Diskussionsrednerinnen erhalten in der Reihenfolge ihrer Wortmeldungen das Wort. Die Wortmeldungen sind schriftlich einzureichen.
6. Berichterstatter/Berichterstatterinnen können außerhalb der Reihenfolge der Wortmeldungen das Wort erhalten.
7. Die Berichterstatter/Berichterstatterinnen der Antragskommission haben die Stellungnahme der Antragskommission zu begründen. Erhält der Sprecher/die Sprecherin der Antragskommission nach Schluss der Debatte nochmals das Wort, und äußert er/sie sich zur Sache, ist damit die Debatte erneut eröffnet.
8. Anträge aus der Mitte des Parteitages (Initiativanträge) werden behandelt, soweit der Parteitag dem zustimmt. Die Anträge müssen von 40 Stimmberechtigten aus fünf Bezirken unterstützt werden.
9. Änderungsanträge, die nach Ablauf der Antragsfrist des §18 Abs 2 Organisationsstatut eingegangen sind, sind nur zulässig, wenn sie von stimmberechtigten Parteitagsdelegierten mündlich begründet werden und sich auf den Text behandelte Anträge beziehen. Wesentliche und umfangreiche Änderungen vorliegender Anträge müssen schriftlich rechtzeitig vor der Abstimmung eingebracht werden. Die Entscheidung darüber, welcher Änderungsantrag als wesentlich und umfangreich zu qualifizieren ist, trifft das Parteipräsidium.
10. Anträge zur Geschäftsordnung können mündlich gestellt und begründet werden. Die Antragsteller erhalten außerhalb der Reihenfolge der Diskussionsredner/Diskussionsrednerinnen das Wort. Die Redezeit in Geschäftsordnungsdebatten beträgt drei Minuten.



## GESCHÄFTSORDNUNG

11. Die Abstimmung über Anträge zur Geschäftsordnung erfolgt, nachdem je ein Redner/eine Rednerin für und gegen den Antrag gesprochen hat.
12. Persönliche Anmerkungen sind nur am Schluss der Debatte zulässig.
13. Zwischenfragen und Zwischenbemerkungen während einer Rede oder eines Debattenbeitrags sollen kurz und präzise sein und von einem Saalmikrofon gestellt werden, wenn der Redner/die Rednerin dies zugelassen hat. Der amtierende Präsident kann im Anschluss an einen Debattenbeitrag eine Zwischenbemerkung von höchstens zwei Minuten zulassen, auf die der Redner/die Rednerin kurz antworten darf.

## Freitag, 13. November 2009, Beginn 09.44 Uhr

### Eröffnung

**Hubertus Heil, Generalsekretär:** Schönen guten Morgen, liebe Genossinnen und Genossen! Schönen guten Tag, meine Damen und Herren! Herzlich willkommen zum ordentlichen Bundesparteitag der SPD hier in dieser wunderschönen Stadt Dresden. Alle sind herzlich willkommen.

Meine Damen und Herren, liebe Genossinnen und Genossen, ich begrüße einige aber ganz besonders. An allererster Stelle begrüße ich jemanden, der in unterschiedlichen Zeiten in unterschiedlicher Funktion auf allen Ebenen Verantwortung für die Sozialdemokratische Partei Deutschlands in hervorragender Art und Weise ausgeübt hat. Ganz herzlich willkommen, Hans-Jochen Vogel.

(Beifall)

Ich begrüße unseren deutschen EU-Kommissar, Günter Verheugen. Herzlich willkommen, Günter.

(Beifall)

So könnte ich jetzt ganz lange weitermachen, verdiente Genossinnen und Genossen zu begrüßen. Wir freuen uns aber auch, dass auf diesem wichtigen Parteitag viele unter uns sind, die als Gäste, als Vertreter aus gesellschaftlichen Gruppen – von den Kirchen, den Gewerkschaften, der Wirtschaft –, heute hier bei uns sind.

Deshalb begrüße ich für die Kirchen und Religionsgemeinschaften Prälat Dr. Karl Jüsten für die Katholische Kirche, Bernhard Fellenberg für die Evangelische Kirche und Stefan Kramer für den Zentralrat der Juden in Deutschland. Herzlich willkommen auf unserem Bundesparteitag.

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, gerade in diesen Zeiten freuen wir uns, dass die Gewerkschaften heute hier vertreten sind. An der Spitze nenne ich den Vorsitzenden des Deutschen Gewerkschaftsbundes. Herzlich willkommen, lieber Michael Sommer.

(Beifall)

Ich begrüße die Vorsitzenden der Einzelgewerkschaften: den Vorsitzenden der NGG, Franz-Josef Möllenberg, den Vorsitzenden von Transnet, Alexander Kirchner, den Vorsitzenden der GEW, Uli Töhne, den Vorsitzenden der GdP, Konrad Freiberg, Klaus Wiesehügel von der IG BAU, den stellvertretenden Vorsitzenden der IG BCE,

## ERÖFFNUNG

Ulrich Freese und Margret Mönig-Rahne als stellvertretende Vorsitzende von ver.di. Liebe Kolleginnen und Kollegen, gut, dass ihr heute hier seid.

(Beifall)

Ich begrüße für den Deutschen Beamtenbund und die Tarifunion unseren Freund und Genossen Frank Stöhr. Frank, gut, dass du da bist.

(Beifall)

Ich darf auch ganz herzlich zwei Geburtstagskinder begrüßen. Man sieht es ihnen nicht an, aber sie haben ihren 90. Geburtstag. Es sind die Vertreter der Arbeiterwohlfahrt: Wilhelm Schmidt und Reinhard Bröker. Schön, dass ihr da seid.

(Beifall)

Ich darf als Präsidenten des Zentralverbands des Deutschen Handwerks Herrn Otto Kentzler ganz herzlich bei uns begrüßen.

(Beifall)

Ich freue mich, dass Olaf Tschimpke, der Präsident des NABU bei uns ist. Herzlich willkommen.

(Beifall)

Wir freuen uns, dass sie unter uns und bei uns ist: die frühere Bundesgeschäftsführerin der SPD und heutige Vorsitzende der Friedrich-Ebert-Stiftung. Liebe Anke Fuchs, schön, dass du da bist.

(Beifall)

Ich begrüße ganz herzlich Heinz Hilgers, den Präsidenten des Kinderschutzbundes. Lieber Heinz, schön, dass du da bist.

(Beifall)

Ich begrüße ganz herzlich den Wehrbeauftragten des Deutschen Bundestages. Lieber Reinhold Robbe, schön, dass du da bist.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, liebe Genossinnen und Genossen, vor allen Dingen sind uns aber diejenigen natürlich besonders lieb, die von ganz weit hierher gekommen sind. Ein herzliches Willkommen – es wird im Laufe dieses Parteitages noch einzeln geschehen – an die internationalen Gäste: die Vertreter des diplomatischen Korps und die Vertreterinnen und Vertreter unserer Schwesterparteien in der Sozialdemokratischen Partei Europas und der Sozialistischen Internationale. Ihr macht durch euren

Besuch heute deutlich, dass wir eine starke Gemeinschaft in Deutschland, in Europa und weltweit sind. Die sozialdemokratische Idee wird durch euch repräsentiert. Gut, dass ihr da seid.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, liebe Genossinnen und Genossen, ich möchte jetzt einmal noch um euren Applaus für all diejenigen bitten, die in den letzten elf Jahren als Bundesministerinnen und Bundesminister, als sozialdemokratische Bundesministerinnen und Bundesminister, Verantwortung für unser Land getragen haben. Ich danke euch ganz herzlich für eure Arbeit in den letzten Jahren. Stellvertretend nenne ich die Vizekanzler Franz Müntefering und Frank-Walter Steinmeier. Liebe Genossinnen und Genossen, wir haben euch viel zu danken.

(Beifall)

Peer, du kannst ruhig einmal freundlicher gucken. du warst auch gemeint – gerade du.

Liebe Genossinnen und Genossen, auf diesem Parteitag wollen wir zu Beginn aber auch denjenigen gedenken, die seit dem letzten ordentlichen Bundesparteitag in Hamburg verstorben sind. Ich bitte euch, euch von euren Plätzen zu erheben.

Die Sozialdemokratische Partei Deutschland trauert um Detlev Albers, um Alfons Bayer, Willi Birkelbach, Werner von Blon, Hans-Jürgen Born, Peter Büchner, Werner Butter, Klaus Daubertshäuser, Anton Diehl, Norbert Engel, Brigitte Freyh, Gerhard Greiner, Ernst Heine, Hajo Helwig-Wilson, Karin Hempel-Soos, Luise Herklotz, Günther Heyenn, Jochen Holtz, Ingrid Holzhüter, Heinz Hunger, Georg Kahn-Ackermann, Karl Kisslinger, Marianne Klappert, Rolf Krumsiek, Klaus Kübler, Erich Küchenhoff, Lucy Kurlbaum-Beyer, Otto Lehmann, Karl Liedtke, Hans Mayr, Susanne Miller, Heide Moser, Ankepetra Müntefering, Peter von Oertzen, Heinz Pensky, Willi Piecyk, Fred Ranker, Annemarie Renger, Klaus Riebschläger, Dieter Rieke, Detlev Samland, Johannes Singer, Herbert Stadelmaier, Heinz Timmermann, Kurt Uhlenbruch, Lothar Walbruch, Rudolf Wassermann, Pitt Weber, Heinz Wenke, Richard Winkels und Johann Wuwer.

Wir gedenken auch unserer europäischen Genossen aus Dänemark, Svend Auken, aus Belgien, Karel van Miert, und aus Österreich, des früheren österreichischen Bundeskanzlers Fred Sinowatz.

Liebe Genossinnen und Genossen, ihr habt euch zu Ehren der Toten erhoben. Ich bedanke mich bei euch ganz herzlich dafür.

Aber wir dürfen uns auch über zwei freuen, die heute Geburtstag haben, und zwar zwei, die an dem sind, was die Jusos die „Bio-Klippe“ nennen. Herzlichen Glückwunsch an

## ERÖFFNUNG

meinen Bundestageskollegen Frank Schwabe, der heute 35 wird und seinen Geburtstag hier in Dresden mit uns feiert. Frank, gut, dass du nichts Besseres vorhast.

(Beifall)

Noch ein Jahr Zeit, weil er heute 34 Jahre alt geworden ist, hat Ingo Stucke aus Bielefeld. Auch dir ganz herzlichen Glückwunsch!

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, wir alle wissen es, dieser ordentliche Parteitag hier in Dresden findet in außerordentlichen Zeiten statt. Es ist ein wichtiger Parteitag für die Sozialdemokratie in Deutschland, gerade angesichts der verdammt bitteren Wahlniederlage vom 27. September. Dieser Parteitag bietet auch die Gelegenheit, über die Ursachen dieser bitteren Wahlniederlage, dieses Vertrauensverlustes, zu diskutieren. Wir müssen das tun, weil wir ein Ziel haben, liebe Genossinnen und Genossen, und zwar sorgfältig zu diskutieren, um die richtigen Konsequenzen aus dieser Wahlniederlage zu ziehen.

Aber wenn ich eine Bitte am Beginn dieses Parteitages äußern darf: Wenn wir über die Ursachen – und ich betone: es gibt nicht eine, sondern mehrere Ursachen – dieses Wahlergebnisses und dieser bitteren Niederlage reden und auch streiten – heute, morgen und übermorgen und vielleicht auch noch danach – dann sollten wir den Streit und die Diskussion so führen, dass unsere grundlegenden Ziele in diesem Streit, auch im innerparteilichen Streit, erkennbar sind. Unsere Ziele heißen: Freiheit, Gerechtigkeit und eben auch Solidarität für die Gesellschaft zu erreichen. Wir können das nur, wenn auch in dieser Partei Selbstkritik, Streit und Auseinandersetzung solidarisch stattfinden. Und ich füge hinzu: vielleicht solidarischer, als das in der Vergangenheit gelungen ist. Lasst uns da nicht von anderen aufteilen.

(Beifall)

Ich sage das aus der Erfahrung der letzten vier Jahre. Wir sind eine lebendige Partei. Und Streit ist in der Demokratie, vor allem in der Sozialdemokratie, nichts Schlechtes, sondern etwas Produktives. Aber wir dürfen nicht zulassen, dass derjenige, der in dieser Partei anderer Meinung ist, ausgegrenzt wird. Wir alle sind Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten. Ich finde, der Respekt vor anderen Meinungen in dieser Partei ist etwas, was wir wieder erarbeiten müssen. Wir sind Genossinnen und Genossen und keine innerparteilichen Feinde.

(Beifall)

Wir sind eine Volkspartei. Eine Volkspartei hat ein breites Meinungsspektrum, aber eben auch eine gemeinsame Basis. Das muss wieder erkennbar werden. Und bei aller

Notwendigkeit von Volksparteien, auch innerparteiliche Gruppen und Flügel zu haben: Die meisten von uns, die meisten in der SPD – bei mir zu Hause ist das der Fall und, ich glaube, bei vielen von euch auch –, sind nicht Teil eines Flügels, sie sind einfach Sozialdemokraten. Und es muss bei aller Notwendigkeit von innerparteilichen Flügeln deutlich werden: Die SPD ist mehr als die Summe ihrer Teile und Flügel. Wir sind keine Holding, sondern eine Partei.

(Beifall)

Wir müssen über die Ursachen sorgfältig diskutieren, über einen dramatischen Vertrauensverlust. Ich finde, dass dieser Parteitag die Gelegenheit dazu bieten soll. Alles, was an Diskussionen stattfindet, mögen andere als Streit und Zerstrittenheit wahrnehmen. Ich glaube, es ist eine notwendige und klärende Diskussion, die uns helfen kann, wieder zu neuer Stärke zu kommen. Aber ich füge hinzu: Wir dürfen auch nicht zulassen, dass politische Gegner von außen das, was Sozialdemokraten in elf Regierungsjahren in der Bundesregierung für unser Land in schwieriger Zeit erstritten haben, schlechtmachen, liebe Genossinnen und Genossen. Das dürfen wir nicht zulassen.

(Beifall)

Ich will aus meiner Sicht vier Dinge nennen, auf die ich trotz alledem und trotz dieser Niederlage stolz bin, die Sozialdemokraten in elf Regierungsjahren seit 1998 für Deutschland geleistet haben. Ich fange mit der Tatsache an, dass wir seit 1998 mitgeholfen haben, dass unsere Gesellschaft moderner, weltoffener und toleranter geworden ist. Wir, liebe Genossinnen und Genossen, haben den Muff der Kohl-Zeit rausgelassen, und zwar so sehr, dass der Muff durch andere nicht wieder in diese Gesellschaft hineinkommen kann: von gleichgeschlechtlichen Lebensgemeinschaften über eine moderne Familienpolitik bis zur Integration haben wir Deutschland durchlüftet, und darauf können wir stolz sein.

(Beifall)

Ich bin auch stolz darauf, dass Sozialdemokraten in diesen elf bewegten – auch international bewegten – Jahren Deutschland außen- und sicherheitspolitisch gut durch schwierige Zeiten geführt haben. Wir haben Ja gesagt zur internationalen Verantwortung, aber es bleibt auch richtig und eine historische Leistung, dass wir Nein zu militärischen Abenteuern gesagt haben. Ich bin stolz auf diese sozialdemokratische Leistung, weil ich noch gut weiß, wo damals Angela Merkel als Oppositionsführerin war, nämlich bei George Bush in Washington. Wir haben Nein zum Irakkrieg gesagt, und das bleibt in den Geschichtsbüchern richtig.

(Beifall)

## ERÖFFNUNG

Ich finde, wir können auch sagen – und das müssen wir gerade jetzt sagen, dass wir es waren, die in rot-grüner Zeit mit der ökologischen Erneuerung unserer Gesellschaft begonnen haben. Wir haben den geordneten Ausstieg aus der Atomkraft durchgesetzt, um den Weg frei zu machen für erneuerbare Energien und für mehr Energieeffizienz. Das ist gerade jetzt wichtig, wo Schwarz-Gelb die Rolle rückwärts in der Energiepolitik will. Wir kämpfen weiter für den Atomausstieg, für ökologische Erneuerung, das ist unsere Leistung.

(Beifall)

Ja, wir werden uns auch über die Wirtschafts- und Sozialpolitik zu unterhalten haben. Und ich sage: Ja, wir haben auch Fehler gemacht. Aber wir dürfen eines nicht vergessen: Wie haben wir 1998 das Land von Helmut Kohl, von Theo Waigel und anderen übernommen, die den Sozialstaat durch eine falsche Finanzierung der Deutschen Einheit an den Rand des Ruins geführt haben? Wir sind viel geprügelt worden. Wir hatten viel auszuhalten, weil wir diese Dinge aufgearbeitet haben und uns der veränderten Situation mit Blick auf Demografie und Globalisierung gestellt haben. Ich behaupte nicht, dass wir alles richtig gemacht haben. Aber wie stünde Deutschland heute in dieser Krise da, wenn nicht Sozialdemokraten vorher dafür gesorgt hätten, dass Deutschland ein Sozialstaat bleiben kann, liebe Genossinnen und Genossen?

(Beifall)

Ich sage das auch, weil ich das letzte Jahr nicht vergessen habe. In dieser schwersten Weltwirtschafts- und Finanzkrise, wo auf den internationalen Märkten mit der Zukunft der Menschen, der Arbeitsplätze, mit unserem Wohlstand und auch den Steuergeldern gezockt wurde, waren es Sozialdemokraten in der Bundesregierung, die mitgeholfen haben, die schlimmsten Folgen dieser Krise von unserem Volk abzuwenden. Ich nenne stellvertretend drei derjenigen, die Politik gemacht haben, damit Deutschland besser durch diese Krise kommt: Frank-Walter Steinmeier hat die Vorschläge zum Konjunkturpaket gemacht, Peer Steinbrück hat mitgeholfen, dass das Bankensystem nicht zusammengebrochen ist, und Olaf Scholz hat mit den veränderten Regeln zur Kurzarbeit Hunderttausenden den Job gerettet. Das waren wir, nicht die anderen, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Gleichwohl werden wir neues Vertrauen für unsere Ideen und Ideale nicht allein mit dem Blick auf den stolzen Teil der Vergangenheit gewinnen, sondern wir müssen uns daran machen, den Vertrauensverlust aufzuarbeiten. Dafür muss der Parteitag ein Startschuss sein, ein Startschuss zur Neuaufstellung der Sozialdemokratie: Personell, organisatorisch und konzeptionell. Ich sage bewusst nicht: programmatisch, weil ich

trotz alledem der festen Überzeugung bin, dass wir eine gute gemeinsame programmatische Grundlage haben.

(Beifall)

Dieser Parteitag findet zum 50. Jahrestag des Godesberger Programms statt.

Damals, 1959, hat die SPD den Schritt von der Arbeiterpartei hin zu der linken Volkspartei gemacht. Das jetzt gültige, vor zwei Jahren in Hamburg beschlossene Hamburger Grundsatzprogramm, ist nichts anderes als die Erneuerung dieses Anspruches. Wir sind Volkspartei. Wir müssen diesen Anspruch behaupten und erneuern. Aber wir werden nicht Klientelpartei wie FDP und andere, sondern wir wollen in allen Teilen dieser Gesellschaft Vertrauen für unsere Überzeugungen gewinnen.

(Beifall)

Trotzdem bleibt viel zu tun. Denn offensichtlich haben wir in vielen Bereichen den Anschluss verloren an das, was Menschen denken und fühlen. Lasst uns nicht drum herumreden, wir müssen darüber diskutieren. Aber wir dürfen dann die Konsequenzen und unsere Überzeugung, wie wir mit den Dingen umgehen, wie wir uns neu aufstellen, welche Angebote wir für die Zukunft der Gesellschaft machen, bitte nicht taktisch auf andere Parteien ausrichten. Wir müssen selbst sagen, was wir für diese Gesellschaft für richtig halten. Wir müssen uns nicht nach links oder rechts öffnen, sondern wir müssen uns in die Gesellschaft öffnen, zu den Menschen. Das ist der Unterschied, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Wir werden es uns da nicht wie andere einfach machen können. Wir wollen Visionen haben für die Zukunft dieser Gesellschaft. Aber wir müssen auch pragmatisch handeln, damit das nicht nur auf dem Papier bleibt. Wir sind nicht die Partei, die wirtschaftlichen Erfolg, soziale Gerechtigkeit und ökologische Vernunft gegeneinander ausspielt. Wir wissen, dass das wechselseitige Bedingungen sind. Das unterscheidet uns von anderen, und das müssen wir deutlich machen beim Wiederaufbau der Partei – über die Kommunen und Länder zum Bund bis hin zur europäischen Ebene. Dass das notwendig ist, zeigen die ersten Wochen der neuen Koalition. Ich weiß nicht, ob euch das auch so geht: Ein paar Tage Schwarz-Gelb reichen mir schon jetzt!

(Beifall)

Das wird kein einfacher Weg, weiß Gott nicht. Das wird vielleicht auch keine Kurzstrecke, sondern länger dauern. Aber wir müssen uns aufmachen. Denn es werden viele Menschen in Deutschland zu leiden haben unter dem, was Schwarz-Gelb jetzt anrichtet, nicht nur in der Finanzpolitik zulasten eines handlungsfähigen Staates und



## ERÖFFNUNG

handlungsfähiger Kommunen, nicht nur in der Energiepolitik mit der Rolle rückwärts zur Atomkraft, nicht nur in der Gesundheitspolitik, wo sie das Solidaritätsprinzip mit dem schneidigen Herrn Rösler zerstören wollen. Wir werden Widerstand zu organisieren haben, und wir müssen denen die Stimme geben, die sich das in Deutschland nicht gefallen lassen, was Schwarz-Gelb jetzt vorhat.

(Beifall)

Es kommt darauf an, dass unsere Bundestagsfraktion gut aufgestellt ist. Ich glaube, die letzten Tage haben bewiesen, dass sie gut aufgestellt ist. Lieber Frank-Walter Steinmeier, ich finde, du hast das Rededuell gegen Frau Merkel in dieser Woche gewonnen. Die haben kein Konzept, wir aber haben eine starke sozialdemokratische Opposition.

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, zum Schluss: Ich kandidiere auf diesem Bundestag nach vier Jahren nicht mehr für das Amt des Generalsekretärs. Einige mögen jetzt klatschen, andere mögen es bedauern. Es ist so. Nichts, was da war, bereue ich. Fehler habe ich auch gemacht. Aber vor allem empfinde ich für diese Zeit eines: Es war eine große Ehre, an dieser Stelle mit und für unsere Partei zu arbeiten, und zwar in Zeiten der Großen Koalition, wo es oft galt, einen Dienst an der Einheit dieser Partei zu leisten. Ich wollte mithelfen, diese Partei neu aufzustellen. In bescheidener Art und Weise will ich sagen: Dass ich ein bisschen mithelfen konnte, dass wir das Hamburger Grundsatzprogramm zustande gebracht haben, ist etwas, was mich nach wie vor mit Stolz erfüllt, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Ich freue mich jetzt auf eine neue Aufgabe in der Bundestagsfraktion. Aber eines will ich auch deutlich sagen: Ich wünsche denjenigen, die für die neue Parteispitze kandidieren, von ganzem Herzen alles Gute. Das betrifft den designierten Vorsitzenden Sigmar Gabriel – ich werde ihn wählen –, das betrifft aber auch meine designierte Nachfolgerin Andrea Nahles. Es wird kein leichter Weg, aber es geht nicht, wenn die da oben alleine vorturnen. Wir müssen sie dabei als Gesamtpartei unterstützen. Wir müssen diskutieren, wie wir das miteinander machen. Wir müssen Solidarität üben – nicht nur um unser selbst willen, sondern weil es Millionen von Menschen gibt in Deutschland, die nicht SPD-Mitglied sind, aber die auf uns zählen wollen und zählen können müssen. Deshalb: Glückauf für die neue Parteiführung, wenn wir sie wählen, liebe Genossinnen und Genossen!

(Beifall)

Sigmar, du sagst immer so schön, wir sollten auf die Basis hören. Ich bin jetzt auch Teil deiner Basis, also hör auch auf mich! Wenn ich mir drei Eigenschaften wünschen

kann, die wir alle miteinander einüben sollten, dann sind das die Tugenden, die nach Max Weber gute Politik nach wie vor ausmachen:

Es geht darum, auch in der Opposition Verantwortung für das Ganze zu zeigen. Im Godesberger Programm, das wir am Sonntag zum 50. Jahrestag mit Erhard Eppler ehren werden, steht der schöne Satz: Regierung und Opposition haben unterschiedliche Aufgaben, aber sie tragen beide Verantwortung für unseren Staat. Das tun wir auch in der Opposition. Deshalb werden wir nicht nur kritisieren, sondern Alternativen aufzeigen müssen. Verantwortung für das Ganze zu übernehmen, nicht nur für Teile dieser Gesellschaft, das muss unsere Aufgabe bleiben. Die zweite Eigenschaft, die deutlicher werden muss, ist die Leidenschaft für unsere sozialdemokratische Überzeugung. Und das Dritte, was wir brauchen, ist Augenmaß im Handeln.

Verantwortung, Leidenschaft und Augenmaß, das ist die Haltung, die ich meiner Sozialdemokratischen Partei wünsche, der ich 21 Jahre angehöre und bis zu meinem Tode angehören werde. Diese Partei verlässt man nicht, sondern man streitet, wenn einem was stinkt, in der SPD dafür, dass es besser wird, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Ich bin in den letzten vier Jahren viel herumgefahren durch die Unterbezirke. Die meisten habe ich mehrfach besucht, alle zumindest einmal, und kann nur sagen, auch wenn es blöd klingt: Trotz alledem, ich finde, wir sind eine gute Partei.

(Beifall)

Wir machen es uns manchmal schwerer als andere, aber das zeigt auch, dass wir es uns nicht leicht machen. Wir wollen nicht nur regieren, sondern wir wollen auch wissen, wofür wir regieren. Vielleicht ist das der entscheidende Unterschied zu Konservativen, die sich für geborene Herrscher in diesem Lande halten. Wenn wir regieren, machen wir es uns nicht leicht. Aber die, die für uns regieren, machen es uns auch manchmal nicht leicht. Beides gehört zusammen. Ich glaube, dass Helmut Schmidt, dass Willy Brandt, dass Gerhard Schröder und andere davon eine Geschichte erzählen können, dass auch viele in den Ortsvereinen ihre Geschichte erzählen können. Beide haben recht: Wir müssen gut regieren, wir müssen Wahlen gewinnen wollen. Bei all dem muss unsere Überzeugung wieder deutlicher erkennbar werden. Die SPD wird gebraucht. Den Konservativen und Wirtschaftsradikalen, die sich jetzt die Hände reiben, wollen und werden wir zeigen, dass wir wieder da sind. Ihr lacht jetzt. Wir werden später lachen, wenn wir was für die Menschen erreicht haben, wenn wir uns neu aufgestellt haben. Sorgt dafür, liebe

## ERÖFFNUNG

Genossinnen und Genossen, dass dieser Dresdner Parteitag die Neuaufstellung der SPD bedeutet. Sorgt dafür, dass wir mit diesem Parteitag das Signal aussenden, dass wir wieder die linke Volkspartei in Deutschland sein wollen und werden. Das ist unsere Aufgabe.

Der Parteitag ist eröffnet!

(Beifall)

## Konstituierung

**Hubertus Heil, Generalsekretär:** Liebe Genossinnen und Genossen, damit man einen Parteitag eröffnen kann, muss man ein Parteitagspräsidium wählen. Vorgeschlagen für das Parteitagspräsidium, prophetischerweise haben sie schon Platz genommen, sind Doris Ahnen, Bärbel Diekmann, Garrelt Duin, Barbara Ludwig und – ihr seht es mir nach, einen begrüße ich ganz besonders herzlich, weil er Schwieriges hinter sich hat, aber Großes geleistet hat – unser Freund Heiko Maas.

(Beifall)

Wer damit einverstanden ist, dass diese fünf diesen Parteitag als Tagungspräsidium leiten, den bitte ich jetzt um das Kartenzeichen. – Herzlichen Dank. Gegenprobe! – Enthaltungen? – Es wird nicht immer so auf dem Parteitag sein, aber das war einstimmig. Alles Gute dem Tagungspräsidium! Herzlichen Dank und Glück auf!

(Beifall)

**Heiko Maas, Tagungspräsidium:** Vielen Dank, Hubertus, für die Eröffnung des Parteitags, aber auch für deine Arbeit als Generalsekretär unserer Partei.

Liebe Genossinnen und Genossen, ich grüße euch auch im Namen des Präsidiums. Ich bedanke mich für das Vertrauen. Wir verstehen unseren Job dahin gehend, dass wir versuchen, diesen Parteitag so straff wie möglich zu leiten, damit so viele wie möglich auf diesem Parteitag die Möglichkeit haben, das Wort zu ergreifen. Es gibt viele, die hier etwas zu sagen haben. Das soll auch so sein. Deshalb wollen wir gleich in die weitere Eröffnung und Tagesordnung des Parteitags einsteigen. Euch liegt eine Geschäftsordnung vor. Ich würde gerne über die Geschäftsordnung abstimmen lassen, sofern es dazu nicht noch Wortmeldungen gibt. – Das scheint nicht der Fall zu sein. Dann können wir darüber abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? – Gibt es Enthaltungen? – Dann ist die Geschäftsordnung für den Parteitag einstimmig so beschlossen.

Liebe Genossinnen und Genossen, wir kommen jetzt zum Beschluss über die Tagesordnung. Auch diese liegt euch vor. Zur Tagesordnung gibt es eine Wortmeldung von Ewald Schurer aus Bayern.

**Ewald Schurer, Bayern:** Liebe Genossinnen und Genossen! Wir alle haben große Erwartungen an den Parteitag. Er läuft auch wesentlich über die – ich sage einmal – Organik einer Tagesordnung. Wir haben im Bezirk Oberbayern einen Antrag an diesen Parteitag erarbeitet, der von den Delegierten des Landesbezirks Bayern modifiziert wurde. Ich möchte ihn hier vorlesen und in aller Kürze begründen:

## KONSTITUIERUNG

Der SPD-Bezirk Bayern beantragt eine Änderung der Tagesordnung des Bundesparteitags dahin gehend, dass sämtliche Wahlen erst nach der Befassung mit dem Leitantrag stattfinden.

Liebe Genossinnen und Genossen, das hat bei allem Selbstbewusstsein nichts mit irgendwelchen Formen von Misstrauen oder nur mit der Tatsache zu tun, dass wir die Vergangenheit differenziert zu bewältigen haben, sondern auch etwas mit der Kultur von Parteitag heute und in der Zukunft der Sozialdemokratischen Partei. Es gab schon einmal zum Beispiel in Zeiten von Willy Brandt die Kultur, dass immer erst der Kern der politischen Debatten gelaufen ist. Erst danach wurden die entscheidenden Wahlen des Parteivorstands durchgeführt. Eben dies fordern wir wieder ein. Wenn ich den Sigmar, der in Nürnberg und in München bei uns war, richtig verstanden habe – er hat mir das signalisiert, dann gibt es auch dort Zustimmung.

Ich schlage euch deswegen vor, dass wir die Tagesordnung wie folgt ändern: erst der Rechenschaftsbericht und die Diskussion darüber, danach die Befassung mit dem Leitantrag und die Verabschiedung, anschließend die Wahlen des Parteivorstands. Danach haben wir noch die Gelegenheit, auch materiell weitere inhaltliche Anträge zu behandeln.

Das ist der konkrete Antrag des Landesbezirks Bayern. Dem kann man zustimmen. Ich bitte euch um euer Votum. – Danke.

(Beifall)

**Heiko Maas, Tagungspräsidium:** Vielen Dank, Ewald. – Jetzt hat das Wort Ralf Stegner. Ich schlage vor, dass wir danach über diesen Antrag abstimmen.

**Ralf Stegner, Parteivorstand:** Liebe Genossinnen und Genossen! Dies ist ein wichtiger Parteitag, auf dem wir um den inhaltlichen Kurs und um das, was in den letzten Jahren gewesen ist, zu streiten und zu ringen haben. Wir sollten eher über die Sache und nicht über die Form streiten. Deswegen möchte ich mich dagegen aussprechen, die Tagesordnung zu ändern. Wir sollten die Debatte heute über den Rechenschaftsbericht aber so führen, dass es keine zeitlichen Beschränkungen gibt. Wir sollten uns die Zeit nehmen, die wir brauchen und die ihr wollt, um das vernünftig miteinander zu diskutieren. Wenn das der Fall ist, gibt es keinen Grund, die Tagesordnung zu ändern.

Nebenbei bemerkt: Wenn wir als Sozialdemokratische Partei Deutschlands einen Leitantrag diskutieren, dann bindet er jeden gewählten Vorstand, der hier heute gewählt wird. Auch dieses Selbstbewusstsein sollten wir haben.

Ich spreche mich also dagegen aus, die Tagesordnung zu ändern.

(Beifall)

**Heiko Maas, Tagungspräsidium:** Vielen Dank, Ralf. – Liebe Genossinnen und Genossen, das wird so sein: Die Rechenschaftsdebatte wird erst beendet sein, wenn keine Wortmeldungen mehr vorliegen. Insofern werden wir auch keine Beschränkungen vorgeben.

Wir können jetzt über den Antrag abstimmen. Von Ewald Schurer ist beantragt worden, die Wahl des Parteivorstands erst nach der Antragsdebatte und der Beschlussfassung über den Leitantrag durchzuführen, also nicht heute, sondern gegebenenfalls morgen oder übermorgen.

Wer dafür ist, dass die Vorstandswahlen erst nach der Beschlussfassung über den Leitantrag stattfinden, den bitte ich um ein Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich der Stimme? – Ich danke euch. Dann ist dieser Antrag abgelehnt.

Wir können dann über die Tagesordnung abstimmen, wie sie euch vorliegt. Auch hier frage ich euch: Gibt es Gegenstimmen zur vorgelegten Tagesordnung? – Das ist nicht der Fall. Gibt es Enthaltungen? – Es gibt einige Enthaltungen. Dann ist die Tagesordnung in der vorgelegten Form beschlossen. Ich danke euch.

Liebe Genossinnen und Genossen, wir kommen jetzt zur Wahl der Mandatsprüfungs- und Zählkommission. Auch dazu liegt euch ein Papier vor, auf dem alle Namen stehen. Gibt es dazu Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Dann ist die Mandatsprüfungs- und Zählkommission gewählt.

Ich bitte die Kommission, sich jetzt hier vorne links neben der Bühne zu treffen. Ich weise darauf hin, dass wir uns darauf geeinigt haben, dass Antragsschluss für Initiativanträge um 13.00 Uhr sein wird, und kündige bereits an, dass die Antragskommission um 20.00 Uhr im sogenannten Erlweinsaal tagt.

Liebe Genossinnen und Genossen, wir kommen jetzt zum ersten Grußwort des Parteitags. Dieses Grußwort spricht der Landesvorsitzende und Fraktionsvorsitzende der SPD in Sachsen, Martin Dulig. Martin, du hast das Wort!

(Beifall)

## Grußwort

**Martin Dulig, Landes- und Fraktionsvorsitzender der SPD Sachsen:** Liebe Genossinnen und Genossen! Herzlich willkommen in Dresden! Herzlich willkommen in Sachsen! Dass wir den Parteitag hier in Dresden durchführen können, haben wir nicht nur der Weisheit des Parteivorstands zu verdanken, sondern vor allem denjenigen, die am 7. Oktober 1989 in Schwante die Sozialdemokratische Partei in der DDR gegründet haben.

(Beifall)

Es macht mich auch als ostdeutschen Sozialdemokraten stolz, dass diese mutigen Männer und Frauen das Kapitel der Freiheitsgeschichte der SPD fortgeschrieben haben, ein eigenes Kapitel beigefügt haben. Das muss auch unser Selbstbewusstsein als ostdeutsche Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten sein, dass in dieser Zeit Mut dazu gehört hat, eine Partei zu gründen und die Machtfrage gegen die SED zu stellen. Diesen Mut hatten Leute. Dieser Mut hat angesteckt. Er hat auch mich als 15-Jährigen angesteckt. Deshalb bin ich damals schon dazugekommen. Andere sind damals noch mit der Blockflöte herumgerannt. Daran sei an dieser Stelle auch noch einmal erinnert.

(Beifall)

Ich freue mich, dass die Sozialdemokratie in ihr Stammland zurückkehrt. Die Wurzeln liegen in Leipzig. Es gibt noch eine weitere Wurzel, die hier verankert ist: Ich begrüße euch ganz herzlich in der Heimatstadt von Herbert Wehner.

(Beifall)

Ich freue mich, dass trotz des schwierigen Gesundheitszustandes heute Nachmittag Greta Wehner bei uns sein wird. Ich freue mich besonders darauf, weil es für uns auch ein wichtiges Zeichen ist, dass die Partei sie besucht.

(Beifall)

Es ist der zweite Parteitag der SPD in Dresden, denn vor drei Wochen hatte die sächsische Partei ihren Landesparteitag. Ich habe ihn bewusst unter das Motto gestellt: „Wegen Umbau geöffnet“, denn wir haben drei Wochen vor der Bundestagswahl diesen Prozess in Auswertung unseres Wahlergebnisses bei der Landtagswahl begonnen und beginnen müssen. In meinen Regionalforen hier in Sachsen ist mir eine Stimmung entgegengekommen, die eine Mischung zwischen Wut, Resignation, Frustration, aber auch neuem Wille, neuer Lust, neuen Leuten war.

Das, was wir dort diskutiert haben, war vor allem die Frage: Wie schaffen wir es denn tatsächlich, Volkspartei zu sein? Das heißt: Raus aus den Nischen, rein ins Leben! Das

heißt, eine Partei zu öffnen, sowohl in den Formen, wie man Politik machen kann, als auch, andere Beteiligungsformen zu organisieren, und auch eine andere politische Kultur. Es geht nicht darum, die Werte über Bord zu werfen. Wir haben unsere Werte, und die sind aktueller denn je. Soziale Gerechtigkeit in Freiheit und Solidarität – wer will das in Zweifel ziehen? Wir haben ein gutes Programm. Aber was wir brauchen, ist natürlich auch der verbindende Gedanke, in welcher Gesellschaft wir leben wollen, in was für einer Welt wir leben wollen bzw. wie wir den Zusammenhalt in einer Gesellschaft gestalten wollen.

Dieser verbindende Gedanke ist unheimlich wichtig, um zu wissen, für wen man Politik macht und wie man Politik macht, und nicht umgedreht, dass man nämlich Politik macht und sich dann wundert, wenn sich die Gesellschaft verändert.

In diesem Zusammenhang erinnere ich an Herbert Wehner. Herbert Wehner hat gesagt: „Unsere Stärke muss sein: Orientieren statt irritieren.“ Wenn man auf die letzten Wahlen zurückblickt, scheint es ja wohl, dass wir viele Menschen eher irritiert haben, als ihnen Orientierung gegeben zu haben.

(Vereinzelt Beifall)

Es ist doch gar nicht so schwer. Wir haben einen Orientierungspunkt, und der heißt: Wir sind eine linke Volkspartei, die fest verankert ist in dieser Gesellschaft. Und das ist ein Anspruch für die gesamte Partei, und es ist auch ein Anspruch für die sächsische Partei, für die sächsische SPD; denn ich formuliere es einmal so: In Sachsen gibt es das höchste Wachstumspotenzial für die SPD.

(Beifall und Heiterkeit)

Jetzt versteht ihr vielleicht auch, warum gerade meine Dresdner Genossinnen und Genossen so glänzende Augen haben, denn so viele Sozis auf einem Haufen haben die seit 60 Jahren nicht gesehen.

(Beifall und Heiterkeit)

Also, ihr seid in einem Traditionsland, Mutterland der Sozialdemokratie, Mutterland des Hochdeutschen.

(Heiterkeit)

Hallo?

Martin Luther hat sich bei der Übersetzung der Bibel entscheiden müssen, welche Schriftsprache er nimmt; denn es gab verschiedene Dialekte. Er hat sich für das Meißener Kanzleideutsch entschieden. Man hört es jetzt nicht; ich weiß. Aber es ist trotzdem so.



## GRUSSWORT

Deshalb vielleicht am Schluss noch ein praktischer Tipp: In Sachsen heißt „Ja“: „Nu“. Dieser Unterschied ist enorm wichtig. Wenn ihr diese schöne Stadt besucht, wenn ihr die Frauenkirche oder das Grüne Gewölbe besucht, oder wenn ihr in der wunderbaren Dresdner Neustadt euer Bier bestellt, dann müsst ihr wissen, dass „Nu“ „Ja“ heißt. Das ist ein wichtiger Unterschied, denn wir wollen ja orientieren statt irritieren. – Einen guten Parteitag!

(Beifall)

**Heiko Maas, Tagungspräsidium:** Vielen Dank, für dein Grußwort, Martin. Alles Gute für die Wachstumspotenziale! Ich würde dennoch vorschlagen, dass wir bei den weiteren Abstimmungen beim Ja und Nein bleiben und nicht zum „Nu“ übergehen. Das könnte dann vielleicht doch zu einiger Verwirrung führen.

Liebe Genossinnen und Genossen, wir kämen vor der Entlastung des Vorstands zu den Rechenschaftsberichten. Die Rechenschaftsberichte liegen euch im Wesentlichen schriftlich vor. Das ist der Bericht der Schatzmeisterin, das ist der Gleichstellungsbericht von Elke Ferner, der Bericht der Projektgruppe und Kommission des Parteivorstands als auch der Bericht der Bundestagsfraktion von Peter Struck.

Es gibt traditionsgemäß einen Bericht, der mündlich vorgetragen wird, und das ist der Bericht der Kontrollkommission von Christa Randzio-Plath. Liebe Christa, du hast das Wort.

## Bericht der Kontrollkommission

**Christa Randzio-Plath, Vorsitzenden der Kontrollkommission:** Liebe Genossinnen und Genossen! Die frohe Botschaft zuerst: Die Finanzen der Partei sind in Ordnung.

(Beifall)

Sie müssen auch in Ordnung bleiben, wenn wir unsere politischen Aktivitäten in Zukunft so gestalten wollen, dass wir mehr Menschen mitnehmen können als bisher. Die Finanzen der Partei müssen in Ordnung bleiben, auch wenn wir nach den verlorenen Wahlen und auch nach dem Mitgliederschwund doch große Probleme haben, und diese Probleme haben wir in der Partei menschlich, politisch und auch finanziell. Insofern kann ich das unterstützen, was der Generalsekretär vorhin gesagt hat: Für die SPD geht der Weg in eine rosige Zukunft nur, wenn der Respekt vor der Würde und auch der Meinung der anderen stärker zum Durchbruch kommt als bisher.

(Vereinzelt Beifall)

Seit dem Hamburger Parteitag hat die Kontrollkommission in eurem Auftrag zehnmal getagt und 15 Beschlüsse gefasst. Wir haben als Team gearbeitet und haben in eurem Auftrag, wie es das Statut in § 31 vorschreibt, den Parteivorstand kontrolliert und Beschwerden über den Parteivorstand angenommen. Damit prüfen wir die Finanzen der Partei, aber auch die Arbeit des Parteivorstands und die Implementierung und Beachtung der Parteitagbeschlüsse.

Wir arbeiten als Kontrollkommission nicht im Dunkeln, aber im Stillen. Das ist gut so. Die Jahresabschlüsse 2007 und 2008 haben wir geprüft und gebilligt. Das gilt auch für die drei Quartale dieses Jahres.

Wir danken für die Zusammenarbeit der Schatzmeisterinnen, der Schatzmeisterei, dem Generalsekretär und dem Geschäftsführer.

Genossinnen und Genossen, seit dem Parteitag von Wiesbaden prüft die Kontrollkommission in eurem Auftrag die Kosten der stellvertretenden Parteivorsitzenden. Vor zwei Jahren wurde die Zahl der stellvertretenden Parteivorsitzenden von fünf auf drei stellvertretende Vorsitzende gesenkt. Jetzt liegt euch eine Satzungsänderung für die Einführung eines weiteren stellvertretenden Parteivorsitzenden und des Europabeauftragten des Parteivorstands vor. Die Kontrollkommission sieht diese Satzungsänderung positiv, weil wir davon ausgehen, dass der Parteivorstand gerade in diesen schwierigen Zeiten mit gutem Beispiel in Bezug auf das richtige Sparen vorangeht.

Die Kontrollkommission hat im Berichtszeitraum immer wieder Einzelprüfungen durchgeführt und konnte sich davon überzeugen, dass der Juso-Haushalt zum Beispiel

in Ordnung ist. Die für alle Gliederungen nützliche MAVIS 2, die 2010 zu unser aller Nutzen zum Einsatz kommt, bleibt sogar finanziell unter dem Planungsansatz. Das ist lobenswert.

Die Kontrollkommission prüft Einzelfragen, Zuschüsse und Kredite an die Gliederungen sowie Transferzahlungen. Wir haben uns für Mindestlöhne für Sicherheitskräfte auf den Parteitag eingesetzt. Sommerreisen, Wahlabende und Veranstaltungen gehören zum Prüfungsgeschäft.

Wir wünschen uns wirklich, dass das Kostenbewusstsein, das im SPD-Parteivorstand gestiegen ist, auch weiter bestehen bleibt.

Wichtig bleibt: In geschäftlichen Beziehungen zu Dritten setzen wir entschieden auf Ausschreibungen. Das gilt auch für die Agenturen, mit denen Wahlkämpfe durchgeführt werden. Hier besteht die Kontrollkommission nicht nur auf Ausschreibungen bei der Auswahl, sondern auch auf vertraglicher Präzision der Pflichten der Auftragnehmer und der Kontrolle der Ausführung. Dies ist im Berichtszeitraum gelungen.

Klarheit gibt es inzwischen auch im Personalbereich. Zusätzlich eingestellte Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen für die Wahlkämpfe haben ganz klar zeitlich befristete Verträge.

Wichtig ist auch die Praktikantenvereinbarung des SPD-Parteivorstands. Zu Recht wollen wir keine Praktikanten mehr mit einem Studienabschluss einstellen. Diese Vereinbarung gibt klare Regeln vor. Wir wollen keine „Generation Praktikum“, sondern Arbeitsplätze, bezahlte Arbeitsplätze für junge Leute.

(Beifall)

Genossinnen und Genossen, noch eine gute Nachricht: Die Kontrollkommission hat wieder immer gerügt, dass 100 Prozent aller Sekretariatsdienste im Willy-Brandt-Haus in den Händen von Frauen, aber leitende Funktionen in der Hand von Männern sind. Erstmals gibt es seit Herbst 2008 eine Abteilungsleiterin. Nach dem Parteitag soll es endlich auch wieder eine Geschäftsführerin geben. Wir hoffen, die parteiinterne Gleichstellung macht weitere Fortschritte.

(Beifall)

Der Berichtszeitraum war geprägt durch viele Wahlkämpfe und wenige Wahlsiege. Der Bundestagswahlkampf der SPD war teurer als für andere Parteien. Ohne Geld geht nicht viel. Aber auch mit Geld gelingt leider nicht alles. Deswegen hat die Kontrollkommission auch darauf bestanden, dass keine weiteren Erhöhungen erfolgen sollten im Wahlkampfhaushalt. Dies ist aber passiert. Und niemand weiß, welche Bedeutung eigentlich solch eine Aktion dann haben kann. Es scheint zu sein, dass Wahlkämpfe

zwar wichtig bleiben, dass sie aber immer weniger Einfluss auf die Wählerentscheidung haben. Deswegen empfiehlt die Kontrollkommission eine Wirksamkeitsprüfung der für die Wahlkämpfe eingesetzten Wahlkampfinstrumente, und zwar aller Wahlkampfinstrumente.

(Vereinzelt Beifall)

Die interne Kampa im WBH hat das Engagement im Haus gefördert und uns im Vergleich zu den externen Kampas früherer Jahre sehr wenig Geld gekostet. Insofern hat sich die Empfehlung der Kontrollkommission zugunsten einer internen Kampa wieder einmal als richtig erwiesen. Die Europawahl ist budgetmäßig voll im Rahmen geblieben. Zu Recht wird die Europapolitik im Parteivorstand nach dem satzungsändernden Vorschlag des Parteivorstands zur Einführung eines Europabeauftragten aufgewertet, weil nur eine kontinuierliche und nachhaltige Verklammerung aller Themen mit europapolitischen Aspekten und Perspektiven die Wahlbeteiligung und damit auch die Wahlerfolge für die SPD fördern kann.

Die Mitgliederrückgänge und die damit verbundenen bitteren Entwicklungen, genauso wie eine zukunftsorientierte Aufstellung der SPD verlangen eine Struktur- und Organisationsreform in der SPD, im SPD-Parteivorstand, im Willy-Brandt-Haus. Diese Reform muss aber eine nachhaltige Reform mit langer Bestandskraft sein, die nicht aktuellen Proporzüberlegungen folgen darf. Die Mitglieder der Kontrollkommission bieten ihre Mitarbeit an. Dazu gehört auch die Befassung mit den Gremien. Es geht nicht an, dass der Parteirat verkleinert wird, dass aber andere Parteigremien von solchen Entscheidungen nicht betroffen sind.

(Vereinzelt Beifall)

Eine lebendige SPD muss stärker mit Ad-hoc-Kommissionen arbeiten, die für eine begrenzte Zeit Aufträge zu erfüllen haben und auch für die Beratung des SPD-Vorstandes genutzt werden. Über 60 Foren, Arbeitskreise und AGs, die häufig nicht genutzt werden, binden wichtiges Personal. Wir müssen hier wirklich sehen, dass die Einrichtung, die Leistung und das Ergebnis in einem vernünftigen Zusammenhang gebracht werden. Allerdings ist das Sparen an sich keine Tugend. Aber wenn das Sparen richtig gemacht wird, dann darf in einem anderen Bereich auf keinen Fall gespart werden: An der erfolgreichen Weiterbildung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern und Ehrenamtlichen darf nicht gespart werden. Diese Investition ist ein Wechsel auf unsere Zukunft.

(Beifall)

Die Kontrollkommission hat sich in den vergangenen Jahren für Transparenz, Kostenbewusstsein im Willy-Brandt-Haus und Effizienz, aber auch für die Verbesserung von

Planung, Information, Steuerung und Koordination im Parteivorstand eingesetzt. Deswegen haben wir empfohlen, ein externes Controlling einzurichten, das jetzt über 15 Jahre funktioniert. Durch das externe Controlling konnten Aufwände deutlich reduziert und Entscheidungs- und Arbeitsabläufe verbessert werden. Das Kostenbewusstsein im Willy-Brandt-Haus ist gestiegen. Dem ausscheidenden Controller, Herrn Kirfel, danken wir.

(Beifall)

Die Schatzmeisterin geht einen neuen Weg und integriert das Controlling kostengünstig in das Haus. Das neue interne Controlling steht vor großen Herausforderungen. Wir gehen davon aus, dass das interne Controlling, das in besonderen Fällen durch ein externes Controlling ergänzt werden kann, genauso effektiv und wirksam sein wird wie das bisherige externe Controlling. Die Schatzmeisterin ist auf Unterstützung und Kooperation durch die neue Leitung wie auch durch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter angewiesen.

(Vereinzelt Beifall)

Genossinnen und Genossen, die Einnahmelage macht uns natürlich Sorgen, auch wegen der Mitgliederentwicklung. Die Mitgliedsbeiträge als Ausdruck politischer Solidarität werden genutzt für die politische Kampagnefähigkeit der SPD. Wir brauchen diese Beiträge, wir brauchen die Mandatsträgerbeiträge, wir brauchen auch die Beiträge der Tausenden von Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitikern, die mit ihrem regelmäßigen Sonderbeitrag und dem Verzicht auf Sitzungsgelder die finanziellen Stützen für die Basisarbeit in den Ortsvereinen tragen.

Die Mitgliederentwicklung hat ja auch Auswirkungen auf die staatliche Finanzierung unserer Tätigkeit, weil neben den Wählerstimmen und den Mandatsträgerbeiträgen die Verankerung der SPD in der Bevölkerung damit auch honoriert wird. Von daher: Wir brauchen wieder eine Entwicklung der Partei hin zu einer mitgliederstarken, wählerstarken Partei.

Wenn wir auf die Umsetzung von Parteitagsbeschlüssen achten, geht es uns darum, die Glaubwürdigkeit der Programme immer wieder abzuklopfen in Bezug auf ihre Umsetzung und darauf, wie die Mitglieder dazu stehen. Auch Spenden und Sponsoring sind neben den Mitgliederbeiträgen für die SPD wichtige und richtige Instrumente zur Finanzierung von politischen Aufgaben. Sie haben im Berichtszeitraum die Erwartungen übertroffen, halten sich aber bei der SPD, anders als bei anderen Parteien, in einem bescheidenen Rahmen, wie dies der Finanzbericht der Schatzmeisterin aufzeigt.

Von großer Bedeutung ist daher für die SPD die dritte Säule der Finanzierung von SPD-Aktivitäten, nämlich der erfolgreiche Unternehmensbereich der SPD. Durch

die Ausschüttung werden eben die Finanzierungen von politischen Aufgaben gedeckt. Die DDVG und Konzentration sind wichtige Vermögenswerte der Partei, die einmal durch Arbeitergroschen aufgebaut worden sind. Wir sollten die Herkunft dieser Gelder und Anlagen respektieren und sollten alle Vorwürfe zurückweisen, die über diese Investitionen erhoben werden. Auf jedem Parteitag in früheren Jahren hat die Kontrollkommission stolz über den Unternehmensbereich berichtet. Wir als Kontrollkommission sind heute ebenfalls stolz über die Erfolge im Unternehmensbereich, die uns helfen.

(Beifall)

Die Versuche von FDP, CDU und CSU, das unternehmenspolitische und medienpolitische Engagement der SPD zu diskreditieren, müssen immer wieder zurückgewiesen werden. Das Engagement des SPD-Unternehmensbereichs ist nicht nur zulässig, wie die Gerichte das festgestellt haben, sie tragen zur Erhaltung von Medienvielfalt in unserer Gesellschaft bei.

(Beifall)

Die Kontrollkommission prüft die Ausgaben und Einnahmen des Unternehmensbereichs nicht. Wir haben aber jährliche Berichte und Diskussionen. Die Schatzmeisterin als alleinige Treuhänderin trägt eine große Verantwortung, die sie kompetent ausübt. Die Kontrollkommission nimmt die Finanzlage der SPD für die Zukunft zum Anlass, um den SPD-Parteivorstand insgesamt aufzufordern, seine Verantwortung für die Finanzen der Partei stärker als bisher zu tragen.

(Beifall)

Das gilt für Behandlung des Betriebshaushalts wie auch teilweise für den Unternehmensbereich, wo der neue Parteivorstand sorgfältig und umfassend prüfen sollte, ob ein weiterer Ausbau der Kontrollfunktionen des Treuhandaufsichtsrates erforderlich ist.

Genossinnen und Genossen, die anstehende Erneuerung der Parteispitze und die Beratungen der kommenden Tage können ein erster konstruktiver Schritt in eine Zukunft sein, die Hoffnung macht. Wenn die SPD wieder zu einem Zukunftsort mit spannenden Debatten und ein Ort glaubwürdigen Engagements wird, können wir auch die dringend erforderlichen Wahlerfolge erringen – in den Kommunen und nächstes Jahr in Nordrhein-Westfalen. Wir brauchen sie.

(Beifall)

Wir als Kontrollkommission wissen, dass unsere Arbeit nicht immer nützlich, sondern als lästig eingeschätzt wird. Das ist auch gut so. Denn sonst hätten wir unsere Arbeit und unsere Aufgabe verfehlt. Die Abwicklung des Betriebshaushaltes 2008 ist seitens

der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft und der Kontrollkommission geprüft und gebilligt worden, die Prüfung der ersten Quartale durch die Kontrollkommission ebenfalls.

Zusammengefasst, liebe Genossinnen und Genossen: Die finanzielle Lage der SPD ist nicht besonders rosig, aber wir können es schaffen, dass die SPD auch in Zukunft finanzstark bleibt, um sich gegenüber den politischen Gegnern zu behaupten.

Ich beantrage im Namen der Kontrollkommission die Entlastung des SPD-Parteitag.

(Beifall)

**Heiko Maas, Tagungspräsidium:** Vielen Dank, Christa. – Liebe Genossinnen und Genossen, ihr hab es gehört: Die Finanzen sind nicht rosig, aber in Ordnung. Selbst der Juso-Haushalt ist in Ordnung.

Christa hat die Entlastung des Vorstandes beantragt. Ich frage deshalb: Wird hierzu noch einmal das Wort gewünscht? – Da das nicht der Fall ist, können wir auch darüber abstimmen lassen. Ich frage, ob es Gegenstimmen dazu gibt. – Enthaltungen? – Das ist beides nicht der Fall. Dann ist der Vorstand einstimmig entlastet. Herzlichen Dank, liebe Genossinnen und Genossen.

Wir kommen damit zum nächsten Tagesordnungspunkt, nämlich zur Rede unseres Parteivorsitzenden.

Lieber Franz, du hast das Wort.

(Beifall)

## Rede des Parteivorsitzenden

**Franz Müntefering, Parteivorsitzender:** Liebe Genossinnen und Genossen, der Zeitraum für meinen Rechenschaftsbericht, das vergangene Jahr, war vollgepackt mit Wahlkampf pur. Das Ergebnis, die schwere Niederlage vom 27. September, und unsere Situation als SPD heute lässt sich aber mit dem Verlauf dieses einen Jahres nicht ausreichend erklären, auch wenn es in diesem Zeitraum des Jahres in den Ländern und in den Kommunen zum Teil Wahlergebnisse gegeben hat, die ganz anders als das waren, was wir auf der Bundesebene eingefahren haben. Das zeigt im Übrigen: Substanz ist da. Glückwunsch an all diejenigen, die in diesem Jahr erfolgreicher waren als der Bund.

Ich will mich hier aber weitgehend auf die Bundespolitik, die Bundespartei, konzentrieren, und ich denke, ihr erwartet das auch.

Im Rhythmus der Demokratie ist ein Wechsel per Wahlzettel von der Regierung in die Opposition oder umgekehrt nichts Ungewöhnliches. Wir haben es als SPD vor allem auf der Bundesebene aber mit einem Ergebnis zu tun, das mit diesem normalen Auf und Ab der Demokratie allein nicht beschrieben werden kann. Die Dimension der Niederlage ist das Erschreckende. So etwas bildet sich nicht in einem Jahr und nicht einmal in einer Legislaturperiode heraus. Der Wille und die Bereitschaft, genauer hinzusehen, tiefer nach den Gründen zu schürfen, ist deshalb verständlich und nötig.

Dieser Parteitag heute, morgen und übermorgen ist nun die erste große Gelegenheit dazu: offene Aussprache, Analyse, Orientierung, Neuaufbau. Wir haben in den vergangenen Wochen schon gemerkt: Das braucht seine Zeit. Das ist auch nicht in diesen drei Tagen in Dresden abschließend zu behandeln, aber dieser Parteitag kann uns voranbringen; er kann Weichen stellen – das muss er auch.

Das muss uns, liebe Genossinnen und Genossen, miteinander gelingen, damit am Sonntag, wenn wir hier auseinandergehen, klar ist: Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands geht mit einer neuen Führung, mit klarem Arbeitsprogramm und fähig zum politischen Handeln ohne Hektik und doch unverzüglich geschlossen und entschlossen ans Werk – in Berlin und im Land, überall, wo wir Regierungen und Parlamentarier stellen, und natürlich als Partei. Dies muss am Sonntag die gemeinsame Botschaft sein.

(Beifall)

Unsere Genossinnen und Genossen zu Hause, die in diesen Tagen gespannt auf uns blicken, müssen sehen: Sie reden über die Sache, sie machen das verantwortungsbewusst, und sie meinen das ernst. Die politische Konkurrenz muss erfahren: Die SPD ist da. Sie erspart sich selbst kein unangenehmes Suchen nach den Gründen für das



Wahldester, aber sie zieht sich auch nicht als Selbstfindungsgruppe ins Jammertal zurück. Sie greift ein, und sie greift an.

Anlass gibt es reichlich: Schwarz-Gelb zeigt sein wahres Gesicht. Sie knicken den Sozialstaat, spalten die Gesellschaft, predigen Wasser und saufen selbst Sekt. Unsere Fraktion hat entsprechend hart gekontert. Morgen wird das sicher auch noch Gegenstand unserer Debatte hier sein.

Vornweg ist uns klar, liebe Genossinnen und Genossen: Die SPD ist kleiner geworden, aber die sozialdemokratische Idee nicht. Schon gar nicht ist sie am Ende. Unsere Werte und Ziele stehen.

(Beifall)

Wir stehen zu unseren Werten und zu unseren Zielen, und wir stehen auch zu dem, der diesen langen Wahlkampf des vergangenen Jahres unter erschwerten Bedingungen als Kanzlerkandidat mutig geführt hat. Lieber Frank, du hast keine windigen Steuersenkungen versprochen. Du hast gute Arbeit für alle in den Mittelpunkt deines Deutschlandsplans gestellt, du hast Arbeit, Bildung und Nachhaltigkeit als die Triebfedern des Fortschritts beschrieben, und du hast den handlungsfähigen Sozialstaat gefordert. Das alles gilt. Du musst kein Wort zurücknehmen. Wir danken dir für diesen Einsatz, lieber Frank.

(Anhaltender Beifall)

Lieber Frank, als Oppositionsführer im Bundestag hast du die ersten Stopper gegen Merkel und Co. gesetzt. Glückauf! Da gibt es noch viel zu tun.

Wir haben bei dieser Wahl bei vielen Vertrauen verloren und fragen uns selbstkritisch, weshalb das so ist. Wir bleiben aber auch selbstbewusst; denn in unserem Land und in der Welt sehen wir, wie wesentlich und unverzichtbar das Soziale und das Demokratische sind. Die Idee stimmt. Wir respektieren die Entscheidung der Wählerinnen und Wähler. Wir nehmen unsere Aufgabe als Opposition an, und wir nehmen sie ernst. Als Demokratinnen und Demokraten wissen wir: Siege in der Demokratie gelten auf Zeit, Niederlagen aber auch. Der 27. September 2009 ist ein Datum mit einem bitteren Ergebnis, es ist aber nicht das Letzte. Die Demokratie geht weiter; die SPD hat Ausdauer. Wir sind kampffähig, und wir sind kampfbereit; wir kommen wieder, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Daran werde ich mich in dieser Rede halten: Anmerkungen zu den Ursachen, ohne Versuch, das Kapitel abzuschließen, wissend, dass es eine einfache Antwort nicht gibt. Ich will Gedanken zu dem beitragen, was politisch in Deutschland passieren muss und

was die SPD dazu beitragen kann. Dies ist ein Einstieg in die Debatte – so, wie es im Leitantrag auch steht.

Im Wahlkampf selbst haben wir viel Zustimmung erfahren: zahlreiche Besucherinnen und Besucher, volle Plätze, volle Säle, ehrlicher Beifall, keine Aggressionen. Zu viele Menschen haben aber dann doch die anderen gewählt oder gar nicht gewählt – ohne besondere Emotionen. Wir waren für die Wählerinnen und Wähler kein Feindbild, aber wir waren einfach nicht interessant genug: nicht für potenzielle Aufsteiger, nicht für solche, die sich vor Abstieg fürchten. Sie haben anderen mehr vertraut oder niemandem, oder sie hatten andere Prioritäten als wir. Das klingt harmlos und leicht reparabel, ist es aber nicht. Im Gegenteil: Wir waren für zu viele die von gestern, aus der Mode. Zu undeutlich war, mit wem wir was denn würden durchsetzen können.

(Vereinzelt Beifall)

Die Niederlage, liebe Genossinnen und Genossen, war selbstverschuldet, teils aber dem Zug der Zeit geschuldet, der in eine andere Richtung fuhr und der noch nicht gestoppt ist. Eine Mehrheit der Wählerinnen und Wähler hat ihre Stimme freiwillig denen gegeben, die mit dem Finanzkapitalismus locker umgehen und die den ganzen Vorgang für einen Betriebsunfall, aber nicht für eine Mischung aus Zockerei und Gangstertum halten. Haben die, die so gewählt haben, das missverstanden, oder war das ihr Kalkül? Jedenfalls sind wir uns da einig: Wir, die deutsche Sozialdemokratie, gibt keine Ruhe, bis wir diesen Kapitalismus gezähmt haben. Was auch immer die Mehrheit der Wählerinnen und Wähler im Augenblick noch gnädig sein lässt mit den Marktradikalen: Wir wollen, dass dieser Kapitalismus gezähmt wird – in Deutschland und weltweit.

(Beifall)

Manche vermissten bei uns in den Jahren die soziale Sicherheit, andere den Wandel, manche die Gerechtigkeit, andere die Innovationen, manche die richtige Mischung von allem.

Was uns damals den fulminanten Wahlerfolg brachte, ging auf der Strecke schief. Dabei haben beide Aspekte ihre Geschichte. Dass soziale Sicherheit im Wandel nötig ist und dass für die Gestaltung des gesellschaftlichen Wandels dauerhaft Sicherheit ermöglicht wird, ist beides richtig.

Innovation und Gerechtigkeit – damit sind wir 1998 gestartet. Aber wir haben uns nicht immer klug genug, nicht klar genug und nicht rechtzeitig genug darüber abgestimmt, was mit Innovation und was mit Gerechtigkeit genau gemeint ist und wie sich beides zueinander verhält. Wie aus einem vernünftigen Miteinander von Innovation und Gerechtigkeit eine Politik werden kann, die auch noch mehrheitsfähig ist und

Vertrauen schafft. Genau das muss aber geleistet werden. Auf einen der Aspekte zu verzichten, liebe Genossinnen und Genossen, macht die Sache nicht besser. Innovation ist nicht entbehrlich. Gerechtigkeit ist nicht entbehrlich. Nicht der Wandel und nicht die Sicherheit sind entbehrlich. Wer sich aus Bequemlichkeit auf den einen oder anderen Teil der politischen Aufgabe reduziert, der spränge zu kurz.

Drei kurze Beispiele in dem Zusammenhang: Kinderarmut. Ja, Kinderarmut muss verschwinden. Das setzt vor allem voraus, dass die Eltern Arbeit haben, gute Arbeit, gut bezahlte Arbeit – Alleinerziehende natürlich auch. Wer schafft diese Arbeit? Wir müssen das machen, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Kinderarmut bekämpfen wir aber auch mit genügend qualifizierten, gebührenfreien Ganztageseinrichtungen, in denen die Kinder- darunter viele Einzelkinder- unter Kindern sind das ist nicht unwichtig. Einrichtungen, in denen es ordentliches Essen gibt und ihnen bei den Hausaufgaben geholfen wird und sie an Sport und Kultur herangeführt werden. Aber das muss alles bezahlt werden. Wir sagen, es muss von der Gemeinschaft bezahlt werden.

(Beifall)

Stichwort Altersarmut: Wir wollen der Altersarmut vorbeugen. Die von uns eingeführte Grundsicherung ist ein richtiger Schritt, aber nicht die Lösung des Problems. Altersarmut vorbeugen setzt auch voraus, dass Deutschland Wohlstandsland bleibt, damit wir soziale Gerechtigkeit auf hohem Niveau sichern können. Dazu ist Hochleistung erforderlich. Wir müssen Hochleistungsland bleiben und früh genug hinreichend investieren in Wissen und Können, in Bildung, Forschung und Entwicklung. Dass wir weiter gegen Niedriglohnstrategien kämpfen, ist wichtig. Billig können andere Länder besser. Niedriglöhne führen direkt und indirekt in die Altersarmut hinein. Auch deshalb kämpfen wir dagegen, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Stichwort Rentensicherheit: Die wird sich zukünftig noch stärker an der Leistungsfähigkeit des Sozialstaates festmachen. Ein Viertel der Renten zahlen wir aus der Steuerkasse, 82 Milliarden pro Jahr, bald 30 % unseres Bundeshaushalts. Sonst lägen die Rentenversicherungsbeiträge nicht bei 19,9 %, sondern bei 27 %. Die Steuer- und Haushaltspolitik von Schwarz-Gelb gefährdet unseren Weg der Stabilität, auch der inneren. Dass wir nicht mehr zehn Jahre Rentenanspruch realisieren wie 1960, sondern bald 20 Jahre im Durchschnitt – wachsend, hat Auswirkungen, zumal die Zahl der nachwachsenden Beitragszahler weniger wird. Und sie kommen ja auch nicht mehr mit 16 in den Beruf, sondern im Durchschnitt mit 21. Dass wir mit der Anhebung des

faktischen Renteneintrittsalters gut vorangekommen sind, hilft: 1998 waren nur noch 38 % der über 55-Jährigen in Arbeit. Heute sind es fast 20 % mehr. Das entlastet die öffentlichen Kassen.

Klar ist, dass wir konsequent den Weg gehen müssen, den wir aber auch beschrieben haben und der Gegenstand unseres Regierungsprogramms ist, der auf Individualisierung des Übergangs ins Rentenalter setzt, der aber die pauschale Frühverrentung ausschließt, wie es in den 80er- und 90er-Jahren zu Lasten der sozialen Sicherungssysteme üblich geworden ist.

Kinderarmut, Altersarmut, Rentensicherheit – Herausforderungen für jeden, der soziale Gerechtigkeit will. Denn man merkt schnell: Ohne nachhaltige ökonomische Prosperität würde das Niveau der sozialen Gerechtigkeit bald sehr bescheiden sein.

Liebe Genossinnen und Genossen, die 90er-Jahre waren überwiegend schöne und ruhige, aber auch selbstvergessene Jahre. Die Teilung der Welt in Deutschland war zu Ende, die Angst vor dem Krieg war weg, Millionen mehr Menschen gewannen mehr Freiheit, Deutschland gewann die Einheit. Alles war gut. Aber alles schien auch leicht, das war verführerisch. Momentane Sicherheit war da, aber keine nachhaltige. Der Wandel wurde verschlafen, die Bedingungen für dauerhafte Prosperität wurden nicht geschaffen, die für nachhaltige Gerechtigkeit auf hohem Wohlstandsniveau auch nicht. Die Sozialsysteme wurden missbraucht, statt ehrlich mit Steuern auf Einkommen und Vermögen die Finanzierungsbedarfe zu sichern. Bildung und Integration ließ man schleifen. Die Sozialversicherungsbeiträge stiegen von rund 35 % auf rund 43 %. Es war höchste Zeit, dass Kanzler Kohl aus seiner Selbstgefälligkeit abgewählt wurde und wir unsererseits mit den Grünen den Zug unter Dampf setzen konnten. Es gab verdammt viel aufzuräumen und zu tun.

Für uns als Partei war das eine harte Aufholjagd seit 1990.

1990 waren CDU/CSU mit 43,8 % aus den Bundestagswahlen gekommen, wir mit 33,5 %. Die Differenz zwischen uns lag bei 10,3 Prozentpunkten. Die Union hatte 21 Millionen Stimmen, wir 15,5 Millionen. 1998 lagen wir dann 5,8 % vor der Union: in acht Jahren von minus 10,3 hinter auf plus 5,8 vor der Union. Heute liegen SPD und Union zueinander wie 1990, beide aber auf deutlich niedrigerem Niveau. Die Differenz beträgt wieder 10,8 %, bei mit rund 5 Millionen Stimmen weniger als 1990. Das ist eine zentrale Botschaft dieser Bundestagswahl. Ist das ein Ergebnis auch der großen Koalition? Oder ist das der Megatrend gegen Volksparteien?

Viel ist uns in den elf Jahren nach 1998 mit Gerhard Schröder und in der großen Koalition gelungen: Bei der neuen Energiepolitik, bei mehr Toleranz gegenüber Minderheiten, bei großen Teilen der Agenda 2010 und beim Nein zum Irakkrieg ist

das auch unbestritten. Sagen muss man es trotzdem einmal. Man muss auch sagen, dass manches allerdings misslungen ist. Das alles erklärt das Wahlergebnis aber auch nur teilweise, liebe Genossinnen und Genossen.

Ich bleibe dabei: Es war auch unter den gegebenen schwierigen Umständen richtig, die Chance zum Regieren 1998 und zum Mitregieren 2005 zu nutzen. Es war gut für unser Land und gut für uns als Partei.

(Beifall)

Die gesellschaftlichen Bedingungen für Politik jedenfalls haben sich rasant weiterentwickelt in diesen 20 Jahren: die große Finanzkrise, in der wir heute noch gefangen sind, die Dynamik in der strukturellen Veränderung der Arbeitswelt, die Verhärtung der Integrationsprobleme, die Folgen der demografischen Entwicklung. All das gehört dazu, auch das Ausmaß von Globalität und die neuen Kommunikations- und Informationstechnologien, die die Lebenswirklichkeit verändern und die das Lebensgefühl mindestens der jungen Generation tief prägen. Diese Entwicklungen und andere sind nicht negativ an sich, aber sie müssen politisch und gesellschaftlich eingeordnet und gestaltet werden. Mit blanker Routine ist ihnen nicht beizukommen, mit Nostalgie auch nicht.

Wer auf der Höhe der Zeit sein will, liebe Genossinnen und Genossen, muss das alles bedenken. Er muss zum Beispiel bedenken, wie sehr das Thema von persönlichem Aufstieg und Abstieg die Gesellschaft insgesamt und uns als Partei berührt. Starke Worte und lockere Versprechungen helfen da nicht weiter. Die Lebenswirklichkeit ist anders geworden. Wir wollen, dass es den Menschen gut geht. Deshalb wollen wir gesellschaftlichen Fortschritt. Aber kann solcher Fortschritt immer auch individueller Aufstieg sein, kann er mindestens Aufstiegschance sein für jede Einzelne und für jeden Einzelnen? Im Wiederaufbau des vom Krieg zerstörten Landes gab es damals Wirtschaftswunder, kleine und große, für viele auch ganz persönlich. Es gab Aufstieg. Für das Heer der Volksschüler gab es die Chance, mehr Bildung und damit auch berufliche Perspektiven zu erfahren, viele davon über den zweiten Bildungsweg. Alles hatte die Tendenz nach oben und nach vorn. Die Zukunft lag scheinbar glatt vor uns. Mit 25 glaubte man zu wissen, dass mit 60 eine gute Rente sicher ist. Es gibt auch heute noch Aufstiegschancen, aber es gibt keine Garantie mehr, dass die Anstrengung um Aufstieg sich auszahlt und dass die Langzeitrechnung stimmt.

Das merken alle. Es gibt keine Garantie, dass die Leistung sich lohnt, um diese so zutreffende wie auch missbrauchte Formel und Parole aufzunehmen.

Liebe Genossinnen und Genossen, „Leistung muss sich wieder lohnen“ – ein paar Worte speziell dazu, denn darin liegt ein Schlüssel zu allem. In diesem Satz spiegeln sich zwei

Welten: Natürlich soll der, der sich anstrengt, etwas dafür bekommen: einen gerechten Lohn. Seine Anstrengung soll nicht unbelohnt sein. Leistung muss sich lohnen, das ist sozialdemokratisch. Aber da nun viele Plätze und obere Etagen besetzt sind und die Aufstiegswege schmaler werden, wird der Aufstiegskampf härter. Formal ist alles möglich, aber praktisch werden die Chancen zugeordnet – frühe und wirkungsvolle Aussortierung! Zum Beispiel durch Zuordnung zu den Schulen des gemeinen Volkes oder zu den hohen Schulen derer, die es sich leisten können – altmodische Begriffe mit altbekannter Wirkung.

Leistung muss sich lohnen, das heißt für uns: Garantie gibt es nicht, aber alle müssen die Chance haben. Alle müssen die Chance haben, etwas zu leisten und dafür eine gerechte Belohnung zu bekommen. Und Lohn heißt hier mehr als nur Geld, liebe Genossinnen und Genossen!

(Beifall)

Im marktradikalen Denken heißt „Leistung muss sich lohnen“ etwas anderes, nämlich: Die Privilegierten müssen privilegiert bleiben. Oben bleibt oben, unten bleibt unten. Wir wollen das so definitiv nicht. Aber, liebe Genossinnen und Genossen, keine Illusion: Wie die Mehrheit im Lande darüber denkt, das ist nicht eindeutig. Wir haben Grund, unsere Position klarzumachen und für sie zu werben und zu streiten.

Viele Eltern fragen sich heute, was sie tun müssen, damit ihre Kinder es wenigstens nicht schlechter haben als sie. Die Eltern haben recht; denn für diese Kinder ist oft schon der Einstieg in den Beruf, der Einstieg in den Aufstieg, schwierig – ohne Verlässlichkeit, für viele deprimierend, auch für solche, denen es an Bildung und Wissen weiß Gott nicht mangelt. Andere sind faktisch Aufsteiger oder fühlen sich als solche und haben Angst, dass das nicht so bleibt: bei Arbeitslosigkeit, bei Krankheit, irgendwann im Alter. Sie kennen Beispiele für solche Vorgänge, die sie als Abstieg empfinden. Klar, dass die Abschaffung des Arbeitslosenhilfesystems und die Änderungen bei der Rente die Sorgen erhöhen. Das hat mit der generellen Unsicherheit zu tun, mit Abwesenheit von Zuversicht, mit mangelhafter Zukunftserwartung, sehr konkret mit hoher Arbeitslosigkeit. Zur Antwort sind Bildung und Integration und Sozialstaat gefordert. Und der Kampf gegen Arbeitslosigkeit: Gute Arbeit für alle hat die absolute Priorität. Die Demografie muss gestaltet werden, die Spaltung der Gesellschaft eingedämmt. Alles richtig – wichtig ist das alles. Aber um Prioritätensetzung werden wir nicht herumkommen, nicht hier und nicht in Zukunft. Und die Priorität heißt: Gute Arbeit zuerst. Das ist die Basis für die Zukunft des Landes und für soziale Sicherheit auf hohem Niveau auch in Zukunft, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Diese gesellschaftliche Entwicklung, die ich kurz skizziert habe, kann sonst eine Gefahr für die Fortschrittbarkeit unseres Landes überhaupt werden. Eine Gesellschaft, die sich zufrieden gäbe mit dem, was ist, deren primäres Lebensziel die Verhinderung von Abstieg wäre, verlöre die Kraft und den Mut zur Gestaltung des Fortschritts. Wer auf Halten spielt, wird nicht gewinnen, übrigens auch keine Mehrheiten bei Wahlen. Für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten hat das Konsequenzen: Da wir den Aufstieg nicht leichtfertig und massenhaft versprechen und den so definierten Abstieg nicht überall verhindern können, betrachten uns potenzielle Aufsteiger als uninspiriert und uninteressant, und die, die sich vor Abstieg fürchten, als nicht hinreichend sozial. Die Aufklärung dazu ist uns bisher nicht hinreichend gelungen, die Debatte auch nicht. Diese ehrliche Debatte bleibt uns nicht erspart, nicht heute und nicht in den nächsten Monaten.

Diese Wahrheiten, liebe Genossinnen und Genossen, reißen Wunden auf. Denn so einfach ist das mit der Gerechtigkeit nicht. Mindestens die Chancengerechtigkeit ist tangiert – und die Verteilungsgerechtigkeit und die Generationengerechtigkeit.

Was ist da vernünftig, was ist nur erwünscht? Was ist möglich, was ist nur erstrebt? Neu sind uns diese Herausforderungen nicht, und zu all dem gibt es Antworten auch in unserem Regierungsprogramm vom 7. Juni für diese neue Legislatur. Das Wahlergebnis macht die Antworten, die wir dort gegeben haben, nicht falsch. Sie müssen Grundlage unserer praktischen Politik sein. Eine weitergehende umfassende perspektivische Antwort ist aber trotzdem nötig. Sie braucht Zeit. Sie muss im Zentrum der Initiative „Gut und sicher leben“ stehen, die im Leitantrag des Parteivorstandes vorgeschlagen ist. Situative Geschicklichkeit reicht nicht für gute Politik. Das zeigt die Merkel-Masche: Für die Beliebigkeit ihres Politikansatzes wird unser Land mittelfristig teuer bezahlen. Land ist zu allgemein, die Schwächeren werden dafür bezahlen!

Wir wollen ein Konzept für dieses Land – auf die Strecke, auf die nächsten zehn, zwanzig Jahre. Wir wollen miteinander, auch wenn die Diskussion schwerfällt, den Weg finden, dieses Land in eine gute Zukunft zu führen. Wir wollen nicht in den Tag hinein leben nur des Augenblicks wegen, so wie diese Bundesregierung es jetzt schon wieder anfängt. Wir müssen da als Sozialdemokraten den Punkt setzen und den Ehrgeiz haben, dieses Land auch perspektivisch zu steuern.

(Beifall)

In dieser Debatte „Gut und sicher leben“ werden wir auch noch einmal auf die Formel von Fordern und Fördern stoßen und auf deren Bedeutung in einer demokratischen Gesellschaft. Das Fördern macht uns meistens mehr Freude als das Fordern. Das Fordern geht uns oft schwer über die Lippen, aber beides ist nötig und beides ist gerecht. Es ist auch Ausdruck von Respekt vor allen Mitgliedern unserer Gesellschaft. Jeder

und jede soll aktiver Teil sein können, geachtet und anerkannt, befähigt zu Selbsthilfe und angehalten, den eigenen Beitrag zum Gelingen der Gesellschaft beizusteuern, je nach den individuellen Möglichkeiten. Die Botschaft „Du kannst nichts, setz dich hin, sei still, wir geben dir Stütze, stör uns nicht“ ist keine sozialdemokratische Botschaft. Wir kämpfen um jeden einzelnen Menschen

(Beifall)

und versuchen, ihm die Chance zu geben, in diese Gesellschaft, in den Arbeitsmarkt wieder hineinzuwachsen.

(Beifall)

All dies, die Fragen von Aufstieg und Abstieg und die von Fordern und Fördern, gehören unter eine gemeinsame Überschrift, die da heißt: Gesamtverantwortung. Das war und bleibt die wichtige Erfahrung aus der Regierungszeit von Helmut Schmidt. „Pragmatisches Handeln zu sittlichen Zwecken“ hat Schmidt das genannt. Ökonomische und ökologische und soziale Verantwortung über den Tellerrand der nationalen Grenzen hinaus – ein großer Anspruch, einer, der der Sozialdemokratie angemessen ist. Gesamtverantwortung übernehmen und sich dazu bekennen, das zeichnet Volksparteien aus. Linke Volkspartei müssen wir bleiben, oder wir sinken weiter und dauerhaft ab. Ob Volksparteien generell eine Zukunft haben, ist eine offene Frage. Ich hoffe es von Herzen, in unserem Interesse, auch im Interesse der Demokratie überhaupt. Die Chance, liebe Genossinnen und Genossen, haben wir. Ich glaube an die SPD. Keine Partei kann mehr und besser als wir diese Gesamtverantwortung für unser Land tragen. Das wollen wir auch wieder haben, das Vertrauen der Menschen für diese Herausforderung.

(Beifall)

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten sind gut beraten, uns darauf zu besinnen und daran festzuhalten. Richtig linke Volkspartei geworden sind wir vor 50 Jahren mit Godesberg. Das war der Schritt von der gefühlten Arbeiterpartei zur erklärten Volkspartei. Das hat uns bald danach in die Regierungsfähigkeit gebracht, das hat uns Gestaltungskraft gegeben und Vertrauen erobert. Nur Volksparteien, liebe Genossinnen und Genossen, können ein Bollwerk sein gegen die latente Berlusconisierung der Demokratie, in der wir inzwischen nicht nur in Italien anzukommen drohen,

(Beifall)

in der Politik gerne zum gruppenspezifischen Schauspiel mit wechselnden Helden drapiert wird, zum schalen Event, unbestimmt und schillernd, ohne Wahlkampf, weil ohne Richtung, ein dauerndes Festival mit schwarzem Samt auf rotem Teppich.



Hofberichterstatter finden sich, Hofnarren auch. So ist das, was da im Kommen ist. Wir wollen nicht so sein, wie sich das da abzeichnet, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Mit partikularistischem Ansatz ist diese Entwicklung nicht zu stoppen. Die Volksparteien sind schon ziemlich weit auf der Rutsche gezogen und geschoben. Vorsicht! Denn der Hang zum Partikularen verstärkt sich in der Gesellschaft und in der Politik ohnehin, und das seit geraumer Zeit. Die Mobilität wirkt dabei kräftig mit. Die Zahl der Partikularparteien und -gruppen nimmt zu. Sie bedienen Ausschnitte von Politik und Gesellschaft. Der Populismus der FDP und der Partei Die Linke ist auf unterschiedlichen Flügeln in gleicher Weise Ausdruck davon. Dabei behaupte ich nicht, dass dort die platte Egozentrik herrscht. Richtig ist auch: Die Grenzen sind fließend. Aber die Tendenz ist brandgefährlich. Und die Tendenz ist eindeutig.

Wir hatten uns in Deutschland über Jahrzehnte daran gewöhnt, dass von zwei großen Parteien bzw. Blöcken zunächst einmal in ihnen selbst die Verantwortung für das Ganze definiert, abgestimmt und übernommen wurde. Jetzt sitzen sechs Parteien und fünf Fraktionen im Bundestag. Man darf zur Zeit vermuten: Eher werden es mehr als weniger. Das prägt die politische Landschaft neu. Kompromisse, die früher innerhalb der großen Volksparteien erstritten und vereinbart wurden, müssen nun nach Wahlen im offenen Koalitionsringen zustande kommen. Wenn jeder mit jedem kann, ist alles denkbar und alles immer weniger sicher. Die Diskrepanz zwischen Wahlprogramm und Koalitionsvereinbarung wird von Wahl zu Wahl augenscheinlicher. Das alles ist nicht undemokratisch, aber es relativiert die Bindungen an Parteien und macht die Aufgabe für Volksparteien schwieriger, eine politisch stringente Linie zu halten. Es kostet Vertrauen in der Partei und öffentlich.

Eine Partei, die SPD, beschließt 2005 ihr Wahlprogramm – fast einstimmig, dann auf einem Parteitag den Koalitionsvertrag – auch fast einstimmig, sie akzeptiert die Logik der Situation und sagt Ja zum Regieren. Aber sie ist im Herzen unglücklich und kritisiert, dass sich die Handelnden an Beschlüsse halten, die man auf dem Parteitag gemeinsam gefasst hat. Was nun? – Kein Wunder jedenfalls, dass die Wählerinnen und Wähler das alles, vor allem aber uns selbst, nicht recht verstehen, liebe Genossinnen und Genossen! So ist es.

(Beifall)

Dass darüber hinaus aus loyalen Flügeln der SPD mit zentristischer Grundstimmung teilweise verselbständigte Parteipartikel zu werden drohen, mit Organisations- und Finanzstruktur auch vertikal, absorbiert zusätzlich Kraft und Geschlossenheit.

(Vereinzelt Beifall)

Wenn gewählte Gremien nicht mehr der Ort sind, an dem Meinungen offen ausgetauscht und in demokratischer Streitkultur Entscheidungen gefunden werden, sondern dies systematisiert in Vorgesprächen geschieht, dann reduziert das die Kraft zur Gesamtverantwortung weiter. Die SPD laboriert außerhalb und innerhalb an diesem Prozess der Partikularisierung. Diese fatale Entwicklung wenigstens jetzt in der Opposition und in dieser Lage zu beenden, wäre verantwortlich, liebe Genossinnen und Genossen. Für alle, die es angeht: Lasst diese Art von Flügelei! Lasst diese Art von Flügelei!

(Beifall)

Sie wäre eine Gefahr auch für die, die jetzt Verantwortung übernehmen.

Im Wahlkampf, liebe Genossinnen und Genossen, wurde plötzlich die Freiheit im Internet zum Thema. Fragen tauchten auf: Was war gemeint? Eine totale, unbegrenzte Freiheit? Eine, die kriminelle Nutzung des Internets ausschließt oder nicht ausschließt? Eine, die das Urheberrecht achtet oder es nicht akzeptiert? – Die Debatten dazu mit den Protagonisten waren spannend und wirklich qualifiziert. Aber Studiengebühren, Mindestlöhne und Kopfpauschale waren in diesen Kontakten ohne jeden Belang und als ebenfalls wichtige politische Aspekte und tragende Argumente für eine Stimmabgabe nicht vermittelbar. 847.870 Stimmberechtigte haben am 27. September ihre Zweitstimme den Piraten gegeben: 2 %. Das sind 9 % der Stimmzahl, die wir als SPD bekommen haben. Welche Antwort müssen wir finden? Was ist die linke Antwort, was ist die rechte Antwort, was ist die richtige Antwort? – Wir werden uns damit noch intensiver zu befassen haben.

Es ist so, liebe Genossinnen und Genossen: Unsere Demokratie ist komplizierter geworden – nicht erst jetzt; das ist richtig. Aber niemand weiß, ob die Tendenz zu stoppen ist. CDU und CSU sind längst auch davon erfasst, nicht nur wir. Wir haben schon ein Stück gelernt. Die meisten von uns wissen, dass wir keine Staatspartei sind. Mindestens die CSU weiß es noch nicht. Sie wird es aber auch erfahren – jeden Tag mehr.

(Beifall)

Übrigens, Genossinnen und Genossen: Die NPD hatte 210.000 Stimmen weniger als die Piraten, aber immer noch 635.525 zu viel! Die wehrhafte Demokratie bleibt gefordert! Auch das sage ich gerade noch einmal hier in Dresden.

(Beifall)

Die Demokratie überhaupt bleibt gefordert. Vor 40 Jahren, am 28. Oktober 1969, hat Willy Brandt in seiner Regierungserklärung versprochen, dass wir mehr Demokratie wagen. Die Sozialdemokratie hat damals zusammen mit einer anderen FDP

die Fenster in Deutschland aufgemacht und den Mief einer konservativ-reaktionären Zeit hinausgelassen. Wir haben geholfen, die Vergangenheit aus dem Verschweigen zu holen, auch und gerade da, wo sie besonders schwierig und anstrengend war. Und wir haben Liberalität und Toleranz auf die Tagesordnung gesetzt. Begann denn erst 1969 die Demokratie in Deutschland? – Nein. War vorher nicht Demokratie zwischen 1949 und 1969? – Doch.

„Mehr Demokratie wagen“ war keine Kritik am parlamentarischen System der Bundesrepublik, wie es verordnet, entstanden und gewachsen war. Aber es war die Botschaft der SPD: Für uns ist Demokratie mehr als ein verfasstes System. Wir wollen, dass Demokratie die Gleichwertigkeit der Menschen deutlich macht. Das ist die Grundlage für Demokratie nach unserem Verständnis. Das hat Brandt, das haben die Sozialdemokraten deutlich gemacht. Das war ein großer Fortschritt für das Land, den wir damals begonnen haben.

(Beifall)

Heute regt „Mehr Demokratie wagen“ nicht mehr so viele auf. Eher ist die Reaktion: Demokratie ist okay. Wir sind dafür. Demokratie haben wir doch. Was soll's? Unsere Probleme sind doch ganz andere. – Das ist ein Irrtum. Die Wahrheit ist, liebe Genossinnen und Genossen: Es steht nicht so gut um die Demokratie, um die Wechselwirkungen zur sozialen Demokratie, die besonders groß ist, auch zu unserem Ansehen und zu unserer Wirkungskraft. Demokratie braucht neue Impulse, damit sie nicht im Formalen versinkt, damit sie nicht Konsumgift ist, sondern Bewegung.

„Mehr Demokratie wagen Teil 2“ ist fällig. Wir von der Sozialdemokratie müssen das zu unserer Sache machen. Der Arbeitsvorschlag dazu im Leitantrag ist gut. Nehmt ihn ernst!

(Beifall)

Willy Brandt hat sich über die bekannte Regierungserklärung hinaus oft mit dieser Thematik befasst. „Wir können nicht die perfekte Demokratie schaffen“, sagte er. „Wir wollen eine Gesellschaft, die mehr Freiheit bietet und mehr Mitverantwortung fordert.“ Freiheit bieten und Mitverantwortung fordern. Er sagte auch: „Ich hätte auch fordern können: Mehr Freiheit wagen“, und zwar mehr Freiheit durch mehr Demokratie in allen wichtigen gesellschaftlichen Bereichen. Ja, darauf kommt es an. Die Rechte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sind dabei essentiell. Ich bin deshalb stolz, dass wir 2005 unseren Eintritt in die Große Koalition zwingend davon abhängig gemacht haben, dass Kündigungsschutz, Tarifautonomie und Mitbestimmung garantiert blieben. Damals wollten CDU/CSU etwas ganz anderes. Wir bleiben da auch jetzt hellwach und kampfbereit. Das gilt, liebe Genossinnen und Genossen!

(Beifall)

Was heißt das noch „Mehr Demokratie wagen“? Demokratie ist: Wählen und sich wählen lassen. Ich bin gegen Wahlpflicht. Aber ich widerspreche nachdrücklich der wachsenden Attitüde, man könne sich der Verantwortung für das politische Geschehen durch Nichtbeteiligung entziehen, man könne außerhalb des gesellschaftlichen Spielfeldes sein. Man kann es nicht, liebe Genossinnen und Genossen! Passivität ist keine Entschuldigung, wenn etwas schiefgeht. Wir können Wählern und Nichtwählern ihre Verantwortung nicht abnehmen. Auch das ist ein Teil der Wahrheit. Es ist erlaubt, das zu sagen. Ja, es ist Teil der Demokratie, es zu sagen, liebe Genossinnen und Genossen, diesen Teil nicht zu verschweigen.

(Vereinzelt Beifall)

Manche behaupten, sie könnten nicht wählen, weil keine Partei 100-prozentig ist oder weil sich Parteien nicht unterscheiden. – 100-prozentig ist keine; das stimmt. Aber was heißt das schon? Wer eine 100-prozentige Partei haben will, der sollte keine zweite Person dazunehmen. Da geht es los.

(Beifall)

Demokratie besteht aus Kompromissen. Kompromisse sind keine Schande. Jawohl, es gibt – das ist in Deutschland ein stehendes Wort – faule Kompromisse. Aber ich sage euch: Es gibt noch mehr faule Kompromissunfähigkeit, und deshalb muss man sagen: Kompromisse gehören zur Demokratie dazu.

Und was die Unterscheidbarkeit angeht: Sozialdemokratisches Rot und Schwarz-Gelb, das ist auch 2009 gut zu unterscheiden. Der Koalitionsvertrag von Schwarz-Gelb ist ein eindeutiger Beleg.

Zu wenige lassen sich selbst wählen. Manche, die es besser wissen, und vielleicht auch besser können, lassen sich nicht in eine Aufgabe hinein wählen, die erkennbar zeitaufwändig, begrenzt lukrativ und gesellschaftlich gering geschätzt ist. Das gilt für Europa- und Landesparlamente und auch für den Bundestag. Bei Kommunalwahlen gibt es längst ganz konkrete Lücken bei den Nominierungen. Kommunale Akademien und die Führungsakademie der SPD sind hilfreiche Ansätze und bewähren sich. Die Personalentwicklung auszubauen, ist sinnvoll, denn auch Politikmachen kann man lernen, über das unvermeidlich Autodidaktische hinaus.

Allerdings: Ohne Leidenschaft für die Sache geht es nicht. Nur sie führt über das Verwalten hinaus. Welche Leidenschaft meine ich? Die, die Hannah Arendt besser beschrieben hat, als es sonst jemand sagen könnte. Sie hat deutlich gemacht: Politik, das ist Liebe zum Leben. Ich finde, das ist das, was wir darstellen und was wir auch in Anspruch nehmen müssen. Wir wollen nicht irgendwelche abstrakten Konzepte über diese Gesellschaft stülpen. Wir wollen, dass die Menschen leben können, menschlich

leben können. Wir wollen ihnen die Bedingungen dafür geben. Wir lieben das Leben, und so soll unsere Politik auch aussehen, im Interesse der Menschen. Wir wollen ihnen Mut machen. Das ist das, was wir wollen und was uns auszeichnet.

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, Demokratie braucht auch Parteien, gute Parteien. Parteien sind so gut wie ihre Mitglieder. Parteien sind nicht die Bremsklötze der Demokratie, sondern ihre Triebfeder. Einige Tausend Bürgerinnen und Bürger hatten wohl eben dieses Gefühl und sind in den vergangenen Wochen SPD-Mitglied geworden. Sie wollen mitmachen. Es waren allein im September/Oktober 5.600 neue. Herzlich willkommen in der SPD, liebe Genossinnen und Genossen!

(Beifall)

Mischt euch ein und bringt noch welche mit. Es lohnt sich!

Demokratie braucht Einladung zur Praxis. Wir wollen Volksbegehren und Volksentscheide auch auf Bundesebene ermöglichen. Für Nicht-EU-Bürgerinnen und -Bürger, die seit sechs Jahren in Deutschland leben, soll es das kommunale Wahlrecht geben.

(Beifall)

Lobbyisten müssen offenlegen, welche Interessengruppen hinter ihnen stehen und von wem sie bezahlt werden. Das waren Forderungen und Versprechen in unserem aktuellen Regierungsprogramm. Solche, die zum Mitmachen in der Demokratie einladen.

Übrigens: Statt alle vier nur alle fünf Jahre den Bundestag wählen, wie es der Bundestagspräsident fordert, wäre ein Demokratie-Minus. Nur wenn wir deutlich stärkere plebiszitäre Elemente einführen, lässt sich, glaube ich, auch eine Verlängerung der Legislaturperiode rechtfertigen.

Demokratie gründet auf der Gleichwertigkeit aller Menschen, dass es nicht Herr gibt und nicht Knecht, nicht Herrin und Magd, das ist sozialdemokratisches Credo. Die Würde des Menschen ist unantastbar.

Ich erinnere an Johannes Rau, der, als er Bundespräsident wurde, sich auf diese Stelle in Artikel 1 des Grundgesetzes bezogen hat, und gesagt hat: „Da steht, die Würde des Menschen ist unantastbar. Da steht nicht, die Würde des gesunden, des nicht behinderten Menschen, da steht nicht, die Würde des deutschen Menschen ist unantastbar, sonder da steht, die Würde jedes Menschen ist unantastbar.“ Das ist Grundlage, so, wie wir Demokratie verstehen: Gleichberechtigung aller Menschen. Nicht gleich, aber Gleichberechtigung. Keiner ist weniger wert als der andere.

(Beifall)

Diese Idee von der Gleichwertigkeit hat historisch mit der Sozialdemokratie an Durchschlagskraft gewonnen, in unserem Land und anderswo. Wir haben das Soziale und das Demokratische als Begrifflichkeit und als Anspruch in die deutsche Politik gebracht, eine stolze Geschichte. 1863 in Leipzig war Demokratie eine klare Kampfansage und eine bewusste Provokation in Richtung der Herrschenden. Heute ist es allen leicht. Aber die Wahrheit ist: Erst nach dem Zweiten Weltkrieg ist Demokratie unbestritten die einvernehmliche Basis unseres Gemeinwesens geworden.

Endgültig garantiert ist dieser gesellschaftliche Fortschritt aber nicht, denn das Faustrecht ist nicht tot, wonach sich immer der Stärkste und Skrupelloseste durchsetzt. Die internationale Finanzindustrie demonstriert das zur Zeit ungeniert. Sie schlägt brutal zu. Das ist Rückschritt, das ist gefährlich für die Demokratie.

Unabhängig davon müssen wir uns fragen: Was ist mit den Minderheiten in unserem Land? Denn da entscheidet sich ganz praktisch die demokratische Qualität unseres Landes. Ist die Akzeptanz der Gleichwertigkeit von Minderheiten wirklich gesichert? 15 % unserer behinderten Kinder gehen in Regelschulen. In skandinavischen Ländern sind es bis zu 80 %. Behinderte werden in Deutschland früh und größtenteils unnötigerweise früh separiert und aussortiert. Das darf so nicht bleiben, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

In der rot-grünen Zeit haben wir einige Vorurteile gegenüber homosexuellen Menschen abbauen können, aber noch nicht alle. Die fehlenden Schritte zur Gleichstellung aller Formen von Partnerschaft müssen bald getan werden.

(Beifall)

Deutschland ist seit Jahrzehnten Einwanderungsland. Akzeptiert ist das noch nicht lange, und von manchen noch gar nicht. Die Idee der deutschen Leitkultur ist bei den Konservativen noch nicht aufgegeben. Aber noch einmal: Unser Grundgesetz formuliert die Werte und gibt die Regeln. Wir brauchen darüber keinen verquasteten Überbau deutschtümelnder Art. Das Grundgesetz gilt für alle. Das ist die Regel, nach der wir in Deutschland miteinander leben wollen.

(Beifall)

Das Problem, das sich über die Jahre bei der Integration aufgebaut hat, ist ziemlich groß. Nur wenn wir in der vorschulischen Zeit und in der Schule und beim Übergang in den Beruf konsequent ansetzen, kann die Integration besser gelingen, aber auch das nur, wenn wir die Familien offensiv einbeziehen. Bund, Länder und Gemeinden müssen bei dieser großen gesellschaftlichen Aufgabe zusammenwirken. Anders wird

das nicht gehen. Wenn das Grundgesetz heute noch dagegensteht, weil es solche Kooperationen verbietet, muss es dazu geändert werden, wie für die entscheidende Frage der Bildungspolitik in Deutschland überhaupt. Schluss mit der faulen Ausrede, dass für die Bildung die andere politische Ebene verantwortlich ist. Wir sind alle gefordert, am besten gemeinsam, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Das ist kein leichtes Thema. Aber die erste Frage der Politik darf nicht schon wieder sein, wie populär der Kampf um gelungene Integration und ihre Verknüpfung mit einer großen Bildungsanstrengung denn ist, wie viele Wählerstimmen das verspricht oder kosten könnte. Wir müssen es endlich tun, und wir müssen dafür werben.

Demokratie braucht lokale und globale Dimensionen. So, wie die Bundespolitik den handlungsfähigen Sozialstaat garantieren muss, muss vor Ort und in der Region die soziale Gesellschaft wirksam sein, als Kitt der Demokratie: Vereine, Verbände, Initiativen, aber eben auch Parteien, Hauptamtliche und Ehrenamtliche. Sie knüpfen hier die gesellschaftlichen Netze. Kirchen, Gewerkschaften, große soziale Verbände, sie allen gehören dazu. Das sind immer noch viele, und das macht Mut für die Zukunft der Demokratie. Als Vorsitzender der SPD sage ich hier noch einmal ein Dankeschön an alle im Lande, die sich beruflich oder ehrenamtlich engagieren. Menschen für Menschen, das ist ein gutes Stück lebendige Demokratie. Macht das weiter!

(Beifall)

Das kommunale Leben, die lokale Demokratie brauchen große politische Aufmerksamkeit, brauchen auch Handlungsspielraum und Handlungskraft.

Das Kommunale ist nicht das Kellergeschoss der Demokratie, sondern eine tragende Säule auch für uns als Partei.

(Beifall)

Lasst uns die Oberbürgermeister, Bürgermeister, Landräte zusammenholen und mit ihnen Merkel und Co. zeigen: Die Missachtung der Städte und Gemeinden und deren Menschen durch diese schwarz-gelbe Koalition akzeptieren wir nicht. Das gibt richtig Krach. Zurück an die Quelle! Und die ist vor Ort, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Demokratie in einer globalisierten Welt ist keine neue Herausforderung. Aber sie ist inzwischen in Gefahr. Wir denken und agieren nationalstaatlich. Aber die nationalen Grenzen sind mit der faktischen Globalität immer relativer geworden. Es ist ein großes

Dilemma der Arbeiterbewegung, dass die handelnden Personen und die Arbeitnehmer an den nationalen Grenzen auf Grenzen stoßen, das Geld aber nicht.

Die internationale Finanzkrise beweist drastisch, wie ohnmächtig nationale Politik gegenüber global agierenden Hasardeuren werden kann. Bürgerinnen und Bürger fragen sich und fragen auch uns, ob wir die Sache im Griff haben, ob irgendwer denn die Sache im Griff hat im Sinne von sozialer Marktwirtschaft und Demokratie. Wer von uns wollte das bejahen? Die wachen Menschen fragen sich, für was denn dann Demokratie und Politik überhaupt gebraucht werden. Wir dürfen uns da nicht beruhigen lassen und dürfen uns auch nicht herausreden. Wir erleben nicht einen versehentlichen Ausrutscher des modernen Kapitalismus, sondern erleben seinen wahren Charakter, und der ist nicht kompatibel mit Demokratie, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Entweder es gelingt, internationale Regeln zu setzen, die den Primat der Politik garantieren, die klarmachen: Geld und Wirtschaft müssen den Menschen dienen und nicht umgekehrt. Oder die Demokratie verliert weiter schnell an Substanz und Vertrauen – weltweit und nicht nur bei uns. Es ist allerhöchste Zeit.

Die Zustimmung zur Demokratie war mindestens in der alten Bundesrepublik immer aufs Engste mit wachsendem Wohlstand und sozialer Stabilität verbunden. Was würde sein, wenn diese Analogie zerbräche? Europa ist der Feldversuch. Nur wenn die 27 insgesamt weitgehend demokratisch glaubwürdigen EU-Länder und ihre europäischen Institutionen es gemeinsam schaffen, diesen Finanzkapitalismus zu zähmen und gleichzeitig ökonomisch erfolgreich zu sein – im weltweiten Vergleich, besonders auch im Vergleich mit den großen Schwellenländern –, nur dann hat Demokratie global eine Chance.

Frank-Walter Steinmeier und Peer Steinbrück haben da Zeichen gesetzt. Nichts ist verloren. So mancher ist mit offensichtlich gutem Willen dabei, auch bei der G20. Aber wir müssen auch Druck machen und dürfen uns keine Illusionen machen, liebe Genossinnen und Genossen. Denn gewonnen ist das noch nicht. Für die, die mit Geld spekulieren und für die Geld wichtiger ist als die Rechte der Menschen, für die ist Demokratie nichts, von dem sie sich freiwillig aufhalten lassen. Es gilt: entweder – oder. In den kommenden Jahren entscheidet sich da viel.

Die soziale Demokratie ist gefordert, die SPD vorne an – national und international. Lasst uns an der Stelle kämpfen. Dies ist eine historische Aufgabe von ganz besonderem Gewicht. Lasst uns dazu beitragen, dass wir helfen in Deutschland, in Europa und weltweit, diesen Kapitalismus zu stoppen. Das ist die Voraussetzung dafür, dass



Demokratie bleiben kann – hier in Deutschland und in der Welt insgesamt, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Nicht nur in Deutschland muss die Sozialdemokratie nach Niederlagen neue Kräfte gewinnen, auch in anderen europäischen Ländern. Und so schwach wie wir uns heute selbst sehen: die anderen warten und hoffen auf uns. Die glauben an unsere Kraft. Wir dürfen sie nicht enttäuschen. Die Geschichte der Arbeiterbewegung und der sozialdemokratischen Bewegung ist eine, in der wir als SPD immer eine besondere Rolle gespielt haben. Der müssen wir gerecht werden.

Demokratie, liebe Genossinnen und Genossen, will Fortschritt. Fortschritt ist aber über die Jahrzehnte sehr technisch aufgeladen worden. Zum Mond fliegen, totale Mobilität, Internet, 3-D-Filme, Erneuerbare Energien, Roboter, Hüftgelenke, Herztransplantationen. Dass aller technischer Fortschritt nicht nur die Lebensbedingungen des einzelnen Menschen verändert, oft auch verbessert, sondern auch das gesellschaftliche Miteinander etwas oder ganz massiv verändert, ist dabei oft verdrängt worden. Aus dem technischen Fortschritt muss aber gesellschaftlicher Fortschritt werden – darum geht es -, damit die Werte nicht verloren gehen in einer Welt des Fortschritts.

Zwei große menschheitsgeschichtliche Fortschritte kommen in Gefahr, zwei, die aufs Engste verbunden sind mit uns als Partei und mit der sozialdemokratischen Idee: die Idee von der organisierten Solidarität im Rahmen des Sozialstaates und die Idee des Prinzips der Demokratie. Diese tragenden sozialdemokratischen Ideen sind richtig und sie bleiben aktuell, jetzt und auch in der kommenden Zeit. Sie sind unverzichtbar. Das alles wirft viele Fragen auf und ist in der politischen Umsetzung kompliziert. Ja, ich weiß das. Aber die Wahrheit, die sich darauf für unsere Arbeit ergibt, ist relativ einfach. Ein paar klare Vorsätze helfen:

Erstens. Die Gesamtverantwortung zur Messlatte machen. Zweitens. Selbstkritisch sein und selbstbewusst. Wir können und müssen noch besser werden. Ja, aber gut sind wir schon. Drittens. Nach vorn blicken und handeln. Viertens. Für das Vernünftige werben. Und letztlich: Einigkeit machen stark. Das waren und bleiben Grundlagen sozialdemokratischer Erfolgsgeschichte.

2013, wenn es dann im Mai 150 Jahre sind seit Gründung der ersten sozialdemokratischen Organisation, des ADAV, kann die politische Welt auch im Bund schon wieder ganz anders aussehen. Das hat allerdings Bedingungen. Einige sind angesprochen, andere kommen hinzu. Wir können sie erfüllen. Lasst uns mutig ans Werk gehen, richtig mutig. Übermütig wäre falsch, kleinmütig noch falscher, liebe Genossinnen und Genossen. Mut auf dem Weg nach vorn!

(Beifall)

In einem Gedicht von Peter Rühmkorf, das er Willy Brandt gewidmet hat, gibt es den Refrain: „Sei erschütterbar, doch widersteh!“ Das trifft es. Denn, liebe Genossinnen und Genossen, das muss uns erschüttern: unser Vertrauensverlust bei so vielen Menschen. Unsere Unzulänglichkeit, das Richtige, das wir wollen, in konkrete Politik zu fassen. Unsere unzureichende Fähigkeit, unsere Politik verständlich und mehrheitsfähig zu machen. Das ist alles wahr. Aber wir müssen auch widerstehen: der Oberflächen- Antwort, dem billigen Zorn, der Nostalgie, der Mutlosigkeit, der Missgunst untereinander und dem kleinen Karo. Wir müssen widerstehen.

(Beifall)

Abschließend – ich werde mich in der folgenden Aussprache noch zu Wort melden, wenn die Situation das gebietet – will ich sagen: Dies ist meine letzte Rede als Parteivorsitzender. Erlaubt mir daher ein paar persönliche Worte.

Erstens. Dankeschön an die, mit denen ich besonders eng zusammenarbeiten durfte und die jetzt mit mir aus den Parteifunktionen ausscheiden, auch wenn sie hoffentlich an anderen Stellen noch lange dabei sind. Frank-Walter, Peer, Hubertus, Kajo, Stefan, Svenja, Andreas, Raphael. Meine Büros im weiteren Sinne sind damit gemeint, auch die Fahrer und die Sicherheitsbeamten. Das sind prima Frauen und Männer. Danke allen im Willy-Brandt-Haus. Das ist eine starke Truppe.

(Beifall)

Zweitens. Irgendwer hat gemeint, ich sei ein autoritärer Knochen. Viele haben das nachgeschrieben und erzählen das seit dem bereitwillig. Ich habe diese Charakterisierung immer mit Amusement betrachtet. Zum Abschied darf ich nun erleichtert feststellen: Ich bin diesbezüglich unerkannt durch die lange Zeit der Ämter gekommen. Es war mir eine Ehre und es war mir ein Vergnügen!

Drittens. In diesen bald 44 Jahren Mitgliedschaft habe ich in dieser SPD viel erfahren, das mich froh gemacht hat, dabei zu sein. Den Stolz der Freien, den Sinn für Gerechtigkeit, die Bereitschaft zum Engagement. Ganz überwiegend Gutes.

Ich bedanke mich bei allen, die in dieser besonderen Partei, der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, dabei waren und sind und die ihr treu sind. Gebt das Dankeschön auch an die weiter, die ihr nach dem Parteitag in den Ortsvereinen und Unterbezirken trefft. Sagt es auch ihnen: Wie es auch weitergeht im Auf und Ab und Ab und Auf der politischen Zeiten: Ich bin dabei, ich bin Sozialdemokrat – immer! Glückauf, liebe Genossinnen und Genossen!

(Lang anhaltender Beifall – Die Genossinnen und Genossen erheben sich von den Plätzen)

**Heiko Maas, Tagungspräsidium:** Vielen Dank Franz. Vielen Dank für Deine Rede, in der, wie ich finde, alle wichtigen und großen Zukunftsfragen – auch der Sozialdemokratie – angesprochen worden sind. Aber auch vielen Dank für diese Rede eines aufrechten Sozialdemokraten.

Lieber Franz, vielen Dank vor allen Dingen für deine unermüdliche Arbeit in den letzten Jahren – und das in nicht immer einfachen Zeiten. Deshalb sind wir dir zu Dank verpflichtet.

Liebe Genossinnen und Genossen, wir treten jetzt in die Aussprache zur Rede von Franz Müntefering und damit auch zum Rechenschaftsbericht ein. Wir haben jetzt schon eine hohe Anzahl von Wortmeldungen. Deshalb bitte ich euch, euch an die in der Geschäftsordnung vorgeschriebene Redezeitbegrenzung zu halten. Sie beläuft sich zurzeit auf fünf Minuten. Nach viereinhalb Minuten werde ich hier die Glocke läuten. Ich bitte, nach fünf Minuten dann zum Schluss zu kommen. Ansonsten würden wir das zeitlich nicht schaffen.

Deshalb steigen wir jetzt gleich ein. Damit hat jetzt als Erster Harald Unfried aus Bayern das Wort. Als Zweiter kann sich Sebastian Roloff, ebenfalls aus dem Landesverband Bayern, bereithalten.

## Aussprache

**Harald Unfried, Bayern:** Liebe Genossinnen und Genossen, ich glaube, wir müssen nach dem größten Wahldebakel nach 100 Jahren aufpassen, dass wir nicht eine Konstellation fortsetzen, die uns in dieses große Debakel geführt hat. Diese Konstellation ist die der zwei unterschiedlichen, grundverschiedenen Realitäten.

Die eine Realität ist die von SPD-Bundesparteitag und das, was die SPD-Spitze seit Jahren erzählt, nämlich, dass wir im Grunde genommen mit unserer Politik eigentlich richtig gelegen sind: mit Hartz IV, mit der Rente mit 67, mit der Ausweitung von Leiharbeit, mit der Bahnprivatisierung. Das ist die eine Realität; sie ist mittlerweile eine ziemlich monolithische Realität.

Auf der anderen Seite ist die Realität draußen im Lande, liebe Genossinnen und Genossen. Draußen im Lande hat es niemals Mehrheiten für die Rente mit 67 gegeben.

(Vereinzelt Beifall)

Es gab niemals Mehrheiten für Hartz IV. Es gab niemals Mehrheiten für eine Bahnprivatisierung. Es gibt keine Mehrheiten für einen Afghanistaneinsatz, und es hat niemals Mehrheiten für eine Ausweitung der Leiharbeit gegeben, die wir ja selber unter Wolfgang Clement mit angestoßen haben, liebe Genossinnen und Genossen.

(Vereinzelt Beifall)

Wenn wir diese Realität auf unserem Parteitag nicht betrachten, dann haben wir keine Chance, aus dem Tal herauszukommen, liebe Genossinnen und Genossen.

(Vereinzelt Beifall)

Es reicht nicht aus, zu kommunizieren oder zu sagen, wir hätten eure Politik nicht richtig verstanden oder wir hätten das eine oder andere nicht gut ausdiskutiert. Liebe Genossinnen und Genossen, wenn wir nicht die Kraft und den Mut finden, uns auch inhaltlich zu korrigieren – etwa bei der Rente mit 67, die alle über einen Kamm schert, egal, ob Beamte oder Maurer –, kommen wir aus dem Tal der Tränen nicht heraus.

(Vereinzelt Beifall)

Zweiter Punkt. Liebe Genossinnen und Genossen, was uns Vertrauen gekostet und das Vertrauen in großem Maße erschüttert hat, war, dass wir mit Hartz IV die Abstiegsangst in die Mitte der Arbeitnehmer hineingetragen haben. Schaut euch doch einmal an, wer die eigentlich Leidtragenden von Hartz IV, vom Übergang der Arbeitslosenhilfe auf Arbeitslosengeld II, sind. Das sind genau die Arbeitnehmer, die relativ gut verdient und etwas geschaffen haben. Deren Absturz ist nun nach dem Übergang gigantisch.

Gerade die neue Mitte war die eigentlich Leidtragende der Hartz IV Reformen, weil 57 Prozent vom letzten Netto noch immer einen guten Tausender bedeutet haben, und jetzt stürzt man auf ein Grundsicherungslevel ab. Die Abstiegsangst in die Mittelschicht getragen zu haben, ist etwas, worauf wir als Sozialdemokraten, liebe Genossinnen und Genossen, nicht stolz sein können. Deswegen brauchen wir auch hier deutliche Korrekturen.

(Vereinzelt Beifall)

Letzter Punkt. Lest euch einmal das Schröder-Blair-Papier von 1997 durch; tut euch das mal an. Schaut euch an, was in dem Schröder-Blair-Papier an Marktvertrauen und auch Vertrauen gegenüber freien Finanzmärkten steht. Es ist doch klar, liebe Genossinnen und Genossen, dass die Wählerinnen und Wähler auch uns für die Finanzmarktkrise mitverantwortlich gemacht haben, weil wir selber die Finanzmärkte dereguliert haben. Erst dann, wenn wir die Kraft finden, der Shareholder-Value-Ökonomie, durch die die Belegschaften massiv unter einen Anpassungsdruck gesetzt werden, abzusagen, erst dann werden wir wieder gesunden können. Wir brauchen die Kraft und den Mut, die Shareholder-Value-Ökonomie zu überwinden. Erst dann werden wir wieder als verlässlicher Bündnispartner der arbeitenden Menschen in diesem Land wahrgenommen.

In dem Sinne, liebe Genossinnen und Genossen: eher mehr und deutlichere Brüche mit der Politik der letzten zehn oder elf Jahre als weniger.

Vielen herzlichen Dank.

(Beifall)

**Heiko Maas, Tagungspräsidium:** Jetzt hat Sebastian Roloff das Wort. Ihm folgt Axel Schäfer aus Nordrhein-Westfalen.

**Sebastian Roloff, Bayern:** Ich glaube, dass ein ganz wesentlicher Teil in dieser Diskussion im Folgenden die Frage der innerparteilichen Demokratie und die Frage der Mitgliederbeteiligung in der SPD sein muss. Die SPD war immer stolz auf ihre Diskussionskultur. Wir haben das auch immer als ganz zentrales Argument vor uns hergetragen. Wenn man sich aber die letzten elf Jahre anschaut – insbesondere den Umgang mit innerparteilichen Debatten in diesen elf Jahren –, dann hat man leider das Gefühl, dass es in der SPD zur Floskel verkommen ist.

(Vereinzelt Beifall)

Bei innerparteilichen Ansätzen und kritischen Debatten auf Parteitag – Harald Unfried hat gerade etwas dazu gesagt – kam allzu oft das Totschlagargument der Geschlossenheit. Man müsse ja regieren, man könne diese Debatte jetzt nicht führen.

Dadurch sollte die Partei diszipliniert werden. Hat diese Disziplinierung nicht gereicht, kam noch eine verklausulierte oder offene Rücktrittsdrohung hinzu, und dann konnte man sich wieder versichern, dass der Parteitag den Kurs abgesegnet hat.

Genossinnen und Genossen, das darf so nicht weitergehen. Ich möchte zu der Personale selber jetzt nichts sagen. Ich glaube und meine aber, dass die Art und Weise, wie man mittlerweile Fraktionsvorsitzender wird, nämlich in Form der Selbstausrufung im Moment der schlimmsten Niederlage der Partei, alles andere als optimal ist und uns da nicht geholfen hat.

(Vereinzelt Beifall)

Genossinnen und Genossen, wir waren immer stolz auf diese Diskussionskultur. Wir sind mittlerweile ein Kanzlerwahlverein. Ihr wisst selber, dass wir keinen Kanzler mehr haben und von der Regierungsbeteiligung meilenweit entfernt sind. Da brauchen wir jetzt mittelfristig auch nichts schönzureden.

Ich glaube, dass neben der Aufarbeitung der elf Jahre und der Aufarbeitung des Wahlergebnisses eine neue Diskussionskultur und neue Ansätze in der Mitgliederbeteiligung für alle Genossinnen und Genossen vor Ort – egal, ob mit oder ohne Funktion – einer der ganz wesentlichen Punkte sein muss und hoffentlich auch sein wird. Sigmar und Andrea haben dazu schon Dinge gesagt. Wir hoffen, dass das im Anschluss auch umgesetzt wird. Wir werden sie an diesen Taten messen.

Aber es muss wieder klar werden, dass man als Mitglied der SPD mehr ist als jemand, der einfach Plakate klebt und sich an Infostände stellt, auf dessen Meinung es aber sonst nicht ankommt.

(Vereinzelt Beifall)

Das ist ein ganz wesentlicher Punkt. Mit der Basta-Politik muss in der SPD ein für allemal Schluss sein, liebe Genossinnen und Genossen – egal, in welcher Form. Ich bitte euch, mitzuhelfen, dass wir da wieder auf einen besseren Weg kommen.

Vielen Dank.

(Beifall)

**Heiko Maas, Tagungspräsidium:** Vielen Dank. Das Wort hat Axel Schäfer. Ihm folgt Ursula Engelen-Kefer.

**Axel Schäfer, Nordrhein-Westfalen:** Genossinnen und Genossen, Selbstbewusstsein ist notwendig, und Selbstkritik ist erforderlich. Franz hat das zu Recht benannt. Selbstbewusstsein heißt für uns, dass wir das, was wir erreicht haben, programmatisch in vielen Dingen in der Praxis vertreten können, ohne auf die Schuhspitzen unter uns zu schauen

oder uns verstecken zu müssen. Selbstkritik heißt auch, dass wir ehrlich benennen müssen, was wir falsch gemacht haben. Da habe ich leider sowohl beim scheidenden Generalsekretär als auch beim scheidenden Parteivorsitzenden vieles vermisst.

(Vereinzelt Beifall)

Ich bin selbst Mitglied des Deutschen Bundestages und im Parteirat. Ich fange auch durchaus bei mir selbst damit an.

(Vereinzelt Beifall)

Ja, wir haben zu viel akzeptiert, dass bei wichtigen Entscheidungen innerhalb der Partei Dinge verkündet und dann erst durch Nachholen der Demokratie die Entscheidungen legitimiert worden sind, anstatt dass es umgekehrt passiert ist. Das ist ein Fehler, der gemacht worden ist und der sich nicht wiederholen darf.

(Beifall)

Wir haben, liebe Genossinnen und Genossen, alle diejenigen, die eigentlich gebraucht werden, nicht genügend mitgenommen. Wir haben Organisationsreformen durchgeführt, wo zum Schluss nur wenige Delegierte, wenige Vertreterinnen und Vertreter sprechen konnten. Wir haben Veränderungen durchgeführt, bei denen entschieden wurde anstatt erarbeitet. Und wir haben das, was in unserer Parteisatzung verankert ist, nämlich die Mitgliederbeteiligung, nicht ernst genommen, weil wir uns an eine Abstimmung über einen Parteivorsitzenden erinnerten, die vielleicht etwas schwierig war.

Da bin ich beim Parteivorsitzenden. Es geht überhaupt nicht, wenn wir über die vergangene Legislaturperiode, über die letzten zwei Jahre reden, dass nichts zu der Erarbeitung des Grundsatzprogramms gesagt wird und nichts dazu, dass wir damals einen Parteivorsitzenden hatten, dem auch heute noch entschiedener Dank für diesen Weg, für dieses Programm gilt, nämlich Kurt Beck. Ich freue mich, dass er heute hier ist.

(Beifall)

Wir müssen auch selbstkritisch darüber reden, wie wir miteinander umgehen. Das bezieht sich natürlich auf Ortsvereine, auf die Fraktion, auf die Partei. Es bezieht sich aber auch darauf, wie die Parteiführung, wie die verantwortlichen Genossinnen und Genossen miteinander umgehen. Seit Willy Brandt hat es zehn Wechsel in der Parteispitze gegeben. Ich bin seit 1977 Delegierter. Ich habe alle miterlebt. Es hat einen einzigen ordentlichen Wechsel gegeben, und zwar bei Hans-Jochen Vogel. Aber von dem erwarten wir das ja auch so. Hans-Jochen, noch einmal herzlich Willkommen. – Alle anderen Wechsel waren unordentlich oder außerordentlich. Ich will die schlimmen Worte von damals nicht wiederholen. Aber diese Art des Wechsels hat unsere Partei geprägt.

Ich habe heute eine Bitte an euch: Wenn wir so offen und kritisch miteinander diskutieren, lasst uns aber auch hier versprechen, dass sich das nicht wiederholen wird, wie man mit Verantwortlichen in unserer Partei umgegangen ist, und lasst uns das von dem neuen Parteivorstand erwarten, dass man anders miteinander umgeht. Lasst uns damit auch eine Verpflichtung eingehen, liebe Genossinnen und Genossen, dass wir bei den Wahlen zu ehrlichen Ergebnissen kommen. Wir müssen auch Vertrauensvorschüsse geben. Aber wir müssen diejenigen, die heute zur Wahl stehen, auch in die Pflicht nehmen, das, was in den letzten Wochen begann, umzusetzen, nämlich vor Ort allen Mitgliedern das Gefühl zu geben: Jawohl, jeder Einzelne dieser 500.000 in der SPD wird gebraucht, mit seinen Kenntnissen, mit seinen Fähigkeiten, mit seinen Erfahrungen, mit seiner Leidenschaft. – Das ist die Sozialdemokratische Partei. Das muss heute, an diesem 50. Jahrestag der Verabschiedung von Godesberg, unser gemeinsames Signal sein.

Vielen Dank und ein herzliches Glückauf!

(Vereinzelt Beifall)

**Heiko Maas, Tagungspräsidium:** Das Wort hat Ursula Engelen-Kefer. Ihr folgt Sven Dietrich.

**Ursula Engelen-Kefer, Parteivorstand:** Liebe Genossinnen und Genossen, zunächst einmal Franz, möchte ich mich bei dir bedanken. Wir sind ja ein ganzes Stück des Weges gemeinsam gegangen, ich in Verantwortung für Arbeitnehmer und Gewerkschaften und du an der Spitze der SPD. Für mich warst du lange Jahre, vor allem nach Beginn unserer Regierungstätigkeit, derjenige an der Spitze der Partei, von dem ich der Auffassung war, dass er am ehesten weiß, was Arbeitnehmer denken, wo ihre Nöte sind, was sie bedrückt. Das war hilfreich. Aber du hast mir ja auch immer bestätigt, Franz, dass es nicht unkritisch zwischen uns zugegangen ist. Gerade die Situation in den letzten Jahren hat gezeigt, dass wir uns in der SPD leider zu sehr von den Arbeitnehmern entfernt haben, also von denjenigen, mit denen wir eigentlich immer zusammen waren, die unsere Mitglieder sind, die unsere Wähler sind und die wir auch dringend brauchen.

Deshalb, denke ich, reicht es nicht aus, wenn wir sagen: Das war die Situation. Wir müssen vielmehr fragen: Wieso ist die Diskrepanz gewachsen, wieso gibt es diese Zusammenarbeit nicht mehr, und was können wir tun, um diese wiederherzustellen? Da glaube ich, haben wir erhebliche Fehler gemacht. Diese Fehler müssen wir auch eingestehen.

(Vereinzelter Beifall)

Es ist richtig, nach der Übernahme der Regierungsverantwortung 1998 hatten wir 16 Jahre Aussitzen von Kohl zu überwinden. Da gab es die Notwendigkeit zu Reformen.



Und wenn man dann bei Reformen über das Ziel hinausschießt, wie das bei Hartz IV der Fall war, wie das bei der Rentenpolitik, wie das bei der Rente mit 67 der Fall war, dann muss man auch bereit sein, zu sagen: Hier ändern wir etwas. – Das ist nicht unehrenhaft. Das ist das, was jeder tut – in der persönlichen Beziehung, in der politischen Beziehung, in der wirtschaftlichen Beziehung. Dazu möchte ich unsere Partei auffordern und dazu möchte ich auch meinen Beitrag leisten.

(Vereinzelt Beifall)

Dazu möchte ich ganz wenige Worte sagen, zuerst zu Hartz IV. Hartz IV steht als Synonym für prekäre Beschäftigung, für Zerteilung des Arbeitsmarktes. Damit sind wir verbunden. Das können wir nicht unter den Tisch kehren. Deswegen müssen wir hier etwas ändern. Franz, du hast eine richtige Entwicklung mit der Politik der SPD zu Mindestlöhnen eingeleitet. Ich möchte uns alle auffordern, bei der Einführung tariflicher und gesetzlicher Mindestlöhne auch in der Opposition nicht nachzulassen und alles zu tun, um diesen Weg weiterzugehen. Damit können wir einen Teil der Schwachstellen ausbügeln, die Hartz IV für die Menschen in diesem Lande bedeutet hat.

Aber das reicht nicht aus. Wir brauchen auch wieder einen ausreichenden Schutz für Leiharbeiter. Die Explosion der Leiharbeit, der geringfügigen Beschäftigung, der befristeten Beschäftigung, der jungen Menschen in diesem Lande, die keine Sicherheit bei Arbeit und Einkommen mehr haben, ist empörend. Hier müssen wir umkehren. Wir müssen in der Opposition alles tun, um eine Umkehr zu erzwingen. Wir dürfen bei der Politik zu Mindestlöhnen auch in der Opposition nicht nachzulassen und müssen alles tun, um diesen Weg weiterzugehen.

(Vereinzelt Beifall)

Das Zweite ist die Rente. Ich glaube, Rente mit 67 steht als Synonym für Armut im Alter. Auch das wird leider zum Teil mit unserer Partei verbunden. Hier müssen wir die Umkehr erreichen. Olaf Scholz hat damit begonnen. Er hat den Riesterfaktor ausgesetzt, er hat die Rentenminderung reduziert. Er hat eine Rentengarantie eingeführt. Aber dies darf jetzt nicht aus dem Fokus verschwinden, sondern das muss unsere konsequente SPD-Strategie sein, die wir fortsetzen müssen. Wir müssen dafür sorgen, dass die Erosion der Rente aufhört. Dazu gehört auch die Rente mit 67.

Wenn wir ehrlich sind und dies im nächsten Jahr überprüfen, dann müssen wir sagen: Dies kann jetzt nicht durchgeführt werden. Die Rente mit 67 ab 2012 muss außer Kraft gesetzt werden. Was irgendwann einmal passiert, ist eine andere Sache. Aber wir sollten es so halten wie die skandinavischen Länder: erst die Arbeitsbedingungen verbessern, erst die Gesundheit der Menschen verbessern, erst dafür sorgen, dass

wir für die über 55-Jährigen überhaupt menschengerechte Arbeitsplätze haben, und dann kann man über das Rentenalter nachdenken. Bevor das nicht der Fall ist, ist das nicht zulässig. So werden wir unsere Glaubwürdigkeit auch nicht wiedergewinnen, Genossinnen und Genossen.

(Vereinzelt Beifall)

**Heiko Maas, Tagungspräsidium:** Das Wort hat jetzt Sven Dietrich, ihm folgt Dominic Scales.

**Sven Dietrich, Sachsen:** Liebe Genossinnen und Genossen! In Berlin gibt es jetzt eine neue Regierung, die wir alle nicht gewollt haben, ich auch nicht. Sie wirkt wenig vorbereitet. Und das wenige, das vorbereitet wirkt, ist erschreckend. Gleichwohl ist diese Regierung demokratisch legitimiert. Neu im Amt, hat sie 100 Tage Schonfrist. Ich für meinen Teil bin bereit, ihr die zu geben.

Wir waren elf Jahre lang in der Regierung. Nun sind wir rausgeflogen und haben unsere Wählerschaft von 1998 halbiert. Wir müssen die Frage beantworten, warum das so gekommen ist. Dies ist die Aufgabe dieses Parteitages.

In der Rede von Franz gab es eine Passage, die dieser Fragestellung nahekam. Ich habe Respekt vor der Person des Parteivorsitzenden, der nicht erneut kandidiert. Lasst uns über Inhalte reden! Elf Jahre Regierungsbeteiligung haben nicht zu übersehende Erfolge gebracht. Beim Verbraucherschutz und bei den erneuerbaren Energien ist vieles richtig gemacht worden. Und: Ja, es war tausendmal richtig, nicht in den Irak zu gehen.

(Vereinzelt Beifall)

Überhaupt ist Deutschland in der Außen- und Sicherheitspolitik deutlich gestärkt worden durch jene Jahre. Deutschland ist heute international geachteter Partner und nicht begossener Pudel irgendwo am Rand.

Ich gehe noch weiter: Es war richtig, die Gewaltherrschaft der Taliban zu brechen. Aber es ist auch höchste Zeit, mit einem verbindlichen Rückzugsplan dem stolzen afghanischen Volk die Souveränität zurückzugeben.

Und doch ist Vertrauen verloren gegangen, haben wir Stammwähler verloren. Warum? Wir haben soziale Gerechtigkeit immer als unsere Kernkompetenz betrachtet. Und wir müssen eigentlich froh sein, wenn wir an dieser Kernkompetenz gemessen werden. Es mag nach trockener Statistik klingen, wenn ich in Erinnerung rufe, dass der Spitzensteuersatz zu Beginn von Rot-Grün 53 Prozent, an dessen Ende aber nur 42 Prozent betrug. Den Vertrauensverlust abschätzen kann nur, wer sich in Erinnerung ruft, welche zentrale Rolle die Forderung nach der Ergänzungsabgabe

für Besserverdienende in unserer Oppositionsrhetorik der 80er und 90er Jahre gespielt hat.

In die gleiche Richtung wiesen die Steuergeschenke für Kapitalgesellschaften aus der Steuerreform des Jahres 2000, die letztlich auch in vielen Städten und Gemeinden die Straßenlaternen ausgehen ließ. Viele, die damals in der Kommunalpolitik Verantwortung getragen haben, mögen sich daran erinnern. Ich will zu dem, was wir einmal als Merkel-Steuer bezeichnet haben, nicht viele Worte machen. Dieser Wählerbetrug schadet uns bis heute. Wir sollten uns auch für die Zukunft sehr genau überlegen, ob wir Schwarz-Gelb ausgerechnet dafür angreifen, dass es mit Steuergeschenken seine Wahlversprechen erfüllt.

In wenigen Wochen wird das Jahr 2010 beginnen. Es entbehrt nicht einer gewissen Ironie, dass die SPD auf der politischen Agenda des Jahres 2010 nur als eine von drei, als eine von vielen Oppositionsparteien stehen wird. Auch die Agenda 2010 hat Änderungen zum Besseren gebracht: Das Handwerksrecht wurde entstaubt, das BAföG verbessert, Ganztagschulen geschaffen. Das ist heute nicht in aller Munde. Die Hartz-Reformen, die eigentlich die Zahl der Arbeitslosen halbieren sollte und nicht die Zahl unserer Wähler, sind in Erinnerung geblieben.

Ich werde aus Zeitgründen einiges überspringen, will aber noch einen Kernsatz herausarbeiten. Unter drei Herausforderungen wäre Hartz IV zu rechtfertigen gewesen: Erstens. Die Arbeitsplätze, die aufgenommen werden sollen, stehen zur Verfügung. Zweitens. Der Mindestlohn ist bereits Gesetz, was auch ein Verbot vergütungsloser Praktika einschließt. Drittens. Es entfallen familien- und kinderfeindliche Regelungen. Dazu gehören zum Beispiel Regelungen, die den Kindern zeigen, dass Ferienarbeit keinen Zweck hat, und die den Eltern zeigen, dass eine Wohngemeinschaft finanziellen Nachteil bringt. Wir werden gegenüber den Wählern ...

**Heiko Maas, Tagungspräsidium:** Ich will darauf hinweisen, dass Deine Redezeit zu Ende ist. Hier liegen noch 50 andere Wortmeldungen vor, und die wollen auch alle zu Wort kommen. Ich bitte dich, zum Schluss zu kommen.

**Sven Dietrich, Sachsen:** Danke. – Drei kurze Sätze: Wir werden gegenüber dem Wähler niemals recht behalten. Wir müssen ihn überzeugen. Schreiben wir uns das hinter die Ohren! Vielen Dank.

(Vereinzelt Beifall)

**Heiko Maas, Tagungspräsidium:** Jetzt hat Dominic Scales das Wort. Nach ihm spricht Michael Müller aus Nordrhein-Westfalen.

**Dominik Scales, Bayern:** Liebe Genossinnen und Genossen! Ein herzliches Grüßgott aus Bayern! Franz, du hast in deiner Rede sehr viel Richtiges gesagt. Ich hätte mir gewünscht, dass unser Handeln in den letzten Jahren diese Erkenntnisse schon widergespiegelt hätte.

(Vereinzelt Beifall)

Es ist angesprochen worden: 1863 war unsere Gründung in Leipzig. Wir leisten also schon seit 146 Jahren einen Einsatz für unseren Markenkern, nämlich Freiheit, Gleichheit, Solidarität, Gerechtigkeit und Bildung. Dies hat uns in der Vergangenheit viele Erfolge gebracht, und zwar Erfolge, die darauf gründen, dass wir Ziele hatten und eine Vision – Ziele wie zum Beispiel die Ostpolitik Willy Brandts und Visionen, die man im Godesberger Programm, das dieses Jahr genauso alt wird wie ich, festgeschrieben hat. Wir können zu Recht stolz sein auf das Erreichte und unsere Geschichte. Aber wir werden nicht wegen unserer Geschichte gewählt und auch nicht wegen unserer Vergangenheit als Arbeiterpartei. Was wir brauchen, sind Visionen für die Zukunft, Visionen, die die Menschen begeistern und inspirieren. Wir müssen sagen, was wir wollen. Und wenn wir Kompromisse eingehen, dann müssen wir erklären, warum wir Umwege gehen hin zu dem, was wir wollen.

Es ist ganz wichtig, dass wir uns heute hier treffen, um zu analysieren, was war und was jetzt ist. Aber viel wichtiger ist, dass wir jetzt den nächsten Schritt gehen, nämlich unseren sozialdemokratischen Markenkern wieder zu besetzen, so wie die Bayern-Jusos das aufgeschrieben haben: „Auf vielfachen Wunsch: SPD jetzt wieder mit Originalinhalt“.

(Vereinzelt Beifall)

Wir müssen unseren Markenkern als Vision weiterentwickeln und wieder glaubwürdig besetzen. Dazu gehört, dass wir wieder eine andere Art von Umverteilung beginnen, die Umverteilung von oben nach unten, und zwar auch in Bezug darauf, was Kommunikation bedeutet. Wir reden viel über monetäre Umverteilung, aber in den letzten Jahren ist gerade in der Partei die Kommunikation nicht wirklich umverteilt worden. Es gab auch keine Rückkopplung von unten nach oben, von der Basis an die Spitze.

(Vereinzelt Beifall)

Das heißt, wir müssen an der Kommunikation innerhalb der Partei arbeiten. Wenn wir uns dort aussprechen, dann können wir mit dem, was wir dann beschließen, auch an die Öffentlichkeit gehen.

Wir müssen vorne dran stehen und den gesellschaftspolitischen Diskurs bestimmen und den dann auch nutzen. Wie ich schon gesagt habe: Wir müssen sagen, was wir

wollen, und dann aber auch das tun, was wir sagen. Es geht nicht darum, dass wir uns der tagespolitischen Themenjagd anschließen und nur mit Pragmatismus – so wichtig das auch für die Tagespolitik ist – arbeiten, sondern wir müssen übergeordnete Themen setzen und übergeordnet sagen, was wir als Vision haben, und dann daraus unser tagespolitisches Handeln ableiten.

Ich will daran mitarbeiten, die SPD zu erneuern – viele andere hier im Saal und in der Partei auch. Ich erwarte von der neuen Führung, dass sie das aktiv unterstützt und dass man nicht so stark blockiert wird wie in der Vergangenheit. Dann haben wir eine Zukunft. Glück auf!

(Beifall)

**Heiko Maas, Tagungspräsidium:** Vielen Dank. – Jetzt hat Michael Müller das Wort. Ihm folgt Peter Conradi.

**Michael Müller, Nordrhein-Westfalen:** Liebe Genossinnen und Genossen! Es ist sicherlich richtig, dass viele Fehler gemacht worden sind – beispielsweise der Fehler, dass wir mit Hartz IV eine Brandmauer eingerissen haben, aber zu wenig in der Lage waren, eine neue aufzubauen, und beispielsweise der Fehler, dass wir viel zu wenig erklärt haben, dass die 90er Jahre ein Jahrzehnt des Reformversagens waren. Die Agenda 2010 ist beispielsweise nur vor diesem Hintergrund zu erklären. Ein weiteres Beispiel ist, dass wir einen Deutschlandplan gemacht haben, ohne wirklich eine breite Debatte in der Gesellschaft darüber zu führen. Das ist alles keine Frage.

Aber was weh tut, ist, dass eine Partei, die historisch recht bekommen hat, so abschmiert. Man muss es sich einmal vorstellen: Die Sozialdemokratie war es, die im letzten Jahrhundert nach dem Schreckensweg unserer Gesellschaft Stabilität und Frieden gebracht hat. Und wir stehen jetzt so da, als müssten wir uns rechtfertigen!

Man muss sich vorstellen: In den letzten 20 Jahren haben zwei Parteien historisch versagt, die jetzt bei dieser Wahl gewonnen haben. Es hat die Linke versagt – zum Teil auch die sogenannte Linke – mit einem Gregor Gysi, der jetzt auffordert, die SPD müsse sich sozialdemokratisieren, ohne selbst eine Debatte über die eigenen Fehler geführt zu haben! Ich finde das eine unglaubliche Geschichte.

(Beifall)

Und es hat die FDP mit ihrem Neoliberalismus versagt, die Brandstifter von gestern, die heute die Feuerwehr spielen, ohne die Streichhölzer aus der Hand zu legen. Das darf doch nicht wahr sein, dass die bei Wahlen gewinnen! Das ist doch ein einziger Skandal!

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, die Sache geht weiter. Wir müssen nach hinten gucken, um Fehler zu beseitigen. Aber wir müssen auch nach vorne gucken. Denn – das ist meine Befürchtung – wir stehen aus meiner Sicht am Beginn der härtesten Verteilungskämpfe, die unser Land bisher erlebt hat. Was wir beispielsweise in der Entmachtung des Staates erlebt haben, wird unglaubliche Probleme auf Landes-, Kommunal- und Bundesebene hervorrufen. Was da an Streichungspolitik, an Kürzungspolitik und Verteilungskonflikten bevorsteht, können wir uns noch gar nicht ausmalen.

Jetzt geht es an die Substanz. Jetzt braucht man eine starke Sozialdemokratie, um dort umzuverteilen, wo es wehtut. Sonst sind wir weg. Wir müssen wissen, dass wir jetzt sehr viel mehr die Verteilungsfrage stellen müssen.

Wir werden Verteilungskämpfe um Energie und Rohstoffe erleben, die, wenn sie nicht frühzeitig gelöst werden, auch die Gefahr von Kriegen beinhalten. Wir erleben jetzt schon, dass beispielsweise Fonds mit Öl, Nahrung, Energie und Metallen spekulieren. Da bauen sich Konflikte auf, wie wir sie in der Vergangenheit noch nicht gekannt haben.

Aus meiner Sicht ist der Kern der Wahlniederlage vor allem darin zu begründen, dass wir in der Vergangenheit zu wenig Politik gewagt haben. Die Gesellschaft ist entpolitisiert, und wir haben dazu einen Beitrag geleistet. Das ist der Kern des Konflikts.

(Beifall)

Wir dürfen es uns nicht so einfach machen zu glauben, mit einigen wenigen Änderungen sei das Problem gelöst. Nein, wir stehen am Beginn einer neuen Epoche, wo wir eine neue Qualität von Politik brauchen. Wir werden diese neue Qualität nur hinkriegen, wenn wir in der Tat mehr Demokratie und mehr Politik wagen. Das ist der Kern der SPD.

(Beifall)

Deshalb muss man gegen „Basta!“ sein – nicht weil das irgendjemand sagt, sondern weil das gegen Reformpolitik gerichtet ist.

Liebe Genossinnen und Genossen, der Kern, um den es geht, ist: Die Sozialdemokratie hat nur eine Zukunft, wenn sie eine Idee vom Fortschritt hat. Sie muss den Menschen Sicherheit für morgen und für übermorgen geben. Das bedeutet am Ende eines Jahrhunderts, wo wir die meisten Probleme auf Kosten der Natur entschärft haben, dass wir jetzt Soziales und Ökologie zusammenbringen müssen. Wir müssen auf eine Philosophie sozialökologischer Reformen setzen. Wir müssen mehr Politik wagen und dürfen uns nicht nur mit uns selbst beschäftigen, sondern müssen uns damit beschäftigen, wie eine gute Gesellschaft in der Globalisierung aussehen kann. – Vielen Dank.

(Beifall)

**Heiko Maas, Tagungspräsidium:** Vielen Dank, Michael. – Jetzt hat Peter Conradi das Wort. Ihm folgt Hans Pawlovsky aus Bayern.

**Peter Conradi, Baden-Württemberg:** Liebe Genossinnen und Genossen! Ich bin vor 50 Jahren während der Diskussion über das Godesberger Programm in die SPD eingetreten. Das war damals eine sehr spannende Diskussion. Der Parteitag hat die SPD damals sehr vorangebracht. Aber ein Jahr vorher war ich als Gast aus dem Sozialistischen Deutschen Studentenbund beim Stuttgarter Parteitag 1958. Dieser Stuttgarter Parteitag – so hat DIE ZEIT damals berichtet – wurde zu einem Aufstand gegen den Apparat, zu einer schrecklichen Niederlage des Parteivorstands. Damals kandidierte zum ersten Mal Willy Brandt. Er wurde mühsam gewählt. Er wandte sich in seiner Ansprache gegen den autoritären Zentralismus der Parteiführung. – Irgendwie erinnert mich das an manches. – Fritz Erler hat vom „Byzantinismus“ des Parteivorstands gesprochen. Das heißt, 1958 in Stuttgart wurden die personellen Grundentscheidungen getroffen, die nachher erst das Godesberger Programm möglich gemacht haben.

Was will ich damit sagen? – Es kommt nicht nur auf Programme an. Wir haben gute Programme. Das Hamburger Programm war doch gut! Das Wahlprogramm war hervorragend. Unsere Wahlniederlage kommt doch nicht aus den Programmen – dann müssten wir ja 50 % und mehr haben – sondern daher, dass die Menschen uns, der politischen Führung dieser Partei, unseren Mandatsträgern und Ministern, nicht abnehmen, dass sie für diese Programme stehen, dass sie diese Programme ernst meinen.

(Beifall)

Dann stellt sich die Frage, wie wir weitermachen, auch auf diesem Parteitag, wenn wir an die Erneuerung der Partei gehen. Ich war sehr überrascht zu lesen, dass der erste Schritt, den der Parteivorstand vorgeschlagen hat, eine Vergrößerung des Führungsgremiums ist. Das erinnert lebhaft an Parkinson und die Tatsache, dass man dann, wenn man weniger Indianer hat, mehr Medizinmänner braucht! Das ist ja wohl kein sehr vernünftiger Vorschlag!

Aber noch mehr hat mich überrascht, dass unter den 48 Namen, die der Parteivorstand – der jetzt nur zum Teil da ist – zur Wahl vorgeschlagen hat, ganze 11 neue Namen sind.

(Beifall)

Das klingt eigentlich eher nach einem beherzten „Weiter so!“ . Das sollten wir uns sehr überlegen. Dabei geht es mir nicht um rechts oder links oder darum, was die Kungelrunden zwischen Seeheim und Netz und DL auf die Zettelchen geschrieben haben. Mir geht es um Mitglieder einer Parteiführung, die zu ihrer Auffassung stehen, die diskussionsbereit sind, die zuhören können, die nicht von oben in die Partei

herunterregieren und verlangen, dass wir das abnicken. Auch im Vorstand sitzen viel zu viele, die immer nur abnicken, was andere sagen.

(Beifall)

Auch auf den Parteitag – machen wir uns doch nichts vor! Wir sind ja auch an diesem Desaster mit schuld, weil wir viel zu viel falsche Politik abgesehen und abgenickt haben.

(Beifall)

Aber wenn es jetzt an die Wahl geht, dann hoffe ich doch, dass wir die Kraft auch zur personellen Erneuerung haben, dass dieser Parteivorstand die SPD im Gespräch, in der Auseinandersetzung mit uns, den Mitgliedern, führt und er sie in eine bessere Zukunft führt als das, was wir in den letzten Jahren hatten. Das wünsche ich und traue ich uns auch zu, wenn wir den Mut zur Erneuerung haben.

(Beifall)

**Bärbel Dieckmann, Tagungspräsidium:** Das Wort hat jetzt Hans Pawlovsky aus Bayern. Danach Eckart Kuhlwein.

**Hans Pawlovsky, Bayern:** Liebe Genossinnen und Genossen! Lasst mich eine Vorbemerkung machen. Die neoliberale vermeintliche Heilslehre hat sich als eine gefährliche Irrlehre entpuppt. Ich stehe an zu behaupten, dass auch in Teilen die Agenda 2010 von dieser Irrlehre infiziert wurde.

Liebe Genossinnen und Genossen, das ist keine Wahlniederlage, das ist keine Wahlkatastrophe, sondern das ist eine epochale Niederlage. Deswegen plädiere ich dafür, alles, aber auch alles ohne Tabu auf den Prüfstand zu stellen. Das muss nicht nur für die Glieder, sondern auch für das Haupt dieser Partei gelten.

Liebe Genossinnen und Genossen, deswegen plädiere ich für einen sozialpolitischen, wirtschaftspolitischen Paradigmenwechsel. Ich bin der Meinung, nur wer fähig und willens zur Selbstkritik ist, der ist auch fähig, diese Krise zu überwinden, und kann die Chance nutzen, die in dieser Krise steckt. Liebe Genossinnen und Genossen, ein Lernprozess ist notwendig.

Zum Thema Beschäftigung. Von 2000 bis 2007 nahm die Beschäftigung in den europäischen Industrieländern im Schnitt um etwa 1,6 % zu. Selbst in den Vereinigten Staaten nahm sie um 0,9 % zu. In Deutschland nahm sie nur um 0,2 % zu. Ich möchte sagen, eine wenig erfolgreiche Politik.

Und nun zur Verteilung im gleichen Zeitraum. Die Reichen wurden immer reicher, und die Armen wurden nicht nur immer zahlreicher, sondern auch ärmer. Der Skandal



ist, dass etwa knapp 20 % der Bevölkerung über knapp 70 % des Vermögens verfügen, während knapp 70 % der Bevölkerung hingegen über knapp 3 % des Vermögens verfügen. Zum Skandal wird es erst dann, weil von 2000 bis 2007 noch einmal 800 Milliarden Euro denjenigen gegeben wurden, die ohnehin haben; denn es wurde nur ein geringer Prozentsatz von dieser immensen Summe reinvestiert. Das heißt, mit diesem Geld wurde die Spekulationswelle angeheizt.

Liebe Genossinnen und Genossen, mit diesem Geld hätte man sehr viel Sinnvolles erreichen können, denn andererseits möchte ich auf Hartz IV hinweisen. Einerseits haben die Reichen massiv an Vermögen zugenommen, während Leute, die in Hartz IV kommen, knapp an der Armut vorbei geschlittert sind oder in die Armut gestoßen wurden. Schon ein Präsidentenberater in den Vereinigten Staaten, John Kenneth Galbraith, meinte, hier sieht man öffentliche Armut bei privatem Reichtum.

Ich meine, Geld ist genug im System. Es ist nur in den falschen Händen, liebe Genossinnen und Genossen. Das ist mehr als eine Gerechtigkeitslücke.

Und nun zur Rolle des Staates. Wir haben ja entstaatlicht. Ich erinnere nur an die Post. Wir haben den Staat ja teilweise diskreditiert. Wir haben hier einen Vertrauensverlust erzeugt. Deshalb ist es nur logisch, dass uns die Wahlbevölkerung eine keynesianische Rolle des Staates nicht abnahm, denn wir haben ihn ja vorher diskreditiert. Ich bitte also, sich nicht verwundert zu zeigen, sondern zu erkennen und es in Zukunft besser zu machen.

Liebe Genossinnen und Genossen, zur Rente mit 67 möchte ich klipp und klar sagen, dass man hier schlicht und einfach die Produktivität außen vor ließ.

(Vereinzelt Beifall)

Wenn ich darüber hinaus an die Mehrwertsteuer, an die Konsumsteuer erinnern darf, dann möchte ich auch daran erinnern, dass gleichzeitig die Konzernsteuern reduziert worden sind und dass gleichzeitig die Gewinne aus Konzernverkäufen von der SPD gegen null gefahren worden sind.

Liebe Genossinnen und Genossen, es gibt nur ein Fazit: Lasst uns den fälligen Kurswechsel vorantreiben, lasst uns dafür kämpfen. Glück auf!

(Vereinzelt Beifall)

**Bärbel Dieckmann, Tagungspräsidium:** Jetzt hat Eckart Kuhlwein das Wort, Schleswig-Holstein, gefolgt von Ulrike Rodust, ebenfalls aus Schleswig-Holstein.

**Eckart Kuhlwein, Schleswig-Holstein:** Liebe Genossinnen und Genossen, ich wundere mich ein bisschen, dass die Reihen des Parteivorstands so aufgelockert sind.

(Vereinzelt Beifall)

Viele von denen wollen wieder kandidieren. Wir merken uns die, die jetzt nicht zuhören, wenn die Basis über die Entwicklung der Partei und ihre diskutieren, wenn morgen die Kreuze gemacht werden.

(Zuruf)

– Die sind nicht alle entschuldigt. Guck dich doch mal um! Das muss ja ein Massenandrang sein.

Die erschreckende Niederlage der SPD bei der Bundestagswahl hat vielerlei Ursachen. Für mich ist eine der entscheidenden, dass sich die Partei spätestens seit dem Schröder-Blair-Papier von 1999 sehr stark dem marktradikalen Mainstream eines ungehemmten Kapitalismus angepasst hat.

(Vereinzelt Beifall)

Wo Tony Blair und auch Gerhard Schröder – etwas moderater – abgeblieben sind, wissen wir alle, wo sie damit gelandet sind und wo die europäischen sozialdemokratischen Parteien damit gelandet sind.

Wir haben die Deregulierung der Finanzmärkte unterstützt und haben mit sogenannten Steuerreformen die Umverteilung von unten nach oben gefördert – die Unternehmenssteuerreform, und wir haben geholfen, die öffentlichen Finanzen auszutrocknen. Das war dann die Ideologie, die sagte, dass sich der Staat in einer effizienten Wirtschaft doch zurückziehen sollte und öffentliche Güter privatisiert werden müssten, weil das effizienter wäre, bis hin zu Public Private Partnership, oder wie dieses merkwürdige Modell mit den Krediten aus den USA geheißen hat, unter denen viele Kommunen heute noch leiden. Das war alles Philosophie in rot-grünen Regierungszeiten, Genossinnen und Genossen.

Nach meiner Ansicht haben wir in den letzten Jahren als SPD zu viel über die Agenda 2010 und zu wenig über die Agenda 21 von Rio zu einer nachhaltigen Entwicklung gesprochen.

(Beifall)

Die SPD hat auch in der jüngeren Generation viele Wählerinnen und Wähler verloren, die unter dem Einfluss des drohenden Klimawandels und der fortschreitenden Zerstörung unseres Globus nach neuen Werten suchen. Umfragen in Schulen bei U 16 zeigen einen hohen Grünen-Anteil, die immer noch vermitteln, dass sie da angeblich sensibel und effizient wäre. Unser Thema ist das offensichtlich viel zu wenig gewesen.

Wir müssen einen Weg aufzeigen, wie der Klimawandel abgebremst und eine nachhaltige Entwicklung auf unserer Erde eingeleitet werden kann. Klimawandel ist die größere Herausforderung als die Finanzmarktkrise. Ich würde mir wünschen, dass

unsere Parteiführung auch zum Thema Kopenhagen-Gipfel im Dezember etwas sagt und die SPD deutlich positioniert, damit wir uns nicht von Röttgen und dem Grünen Trittin ökologisch überholen lassen müssen.

(Beifall)

Genossinnen und Genossen, das ist eine Frage, die heute aufgenommen werden muss, damit die Lebensbedingungen der nachwachsenden Generation und ihrer Kinder erträglich gestaltet werden können. Ich finde auch im Leitantrag zu wenig zu diesen Überlegungen. Wir haben deshalb auch noch einen Ergänzungsantrag aus Schleswig-Holstein eingebracht, wo Passagen aus dem Hamburger Grundsatzprogramm noch einmal wiedergegeben werden, damit sie deutlicher als bisher in Richtung nachhaltige Entwicklung und einem Bekenntnis dazu Bestandteil unserer Debatten und unserer Programme werden.

Unser Verständnis von Fortschritt im 21. Jahrhundert verlangt die Verbindung von sozialer, ökonomischer und ökologischer Verantwortung. Lebensqualität ist nach Hamburger Programm mehr als die Jagd nach materiellem Wohlstand. Genossinnen und Genossen, ihr solltet einfach nachsehen – auch die führenden: Die Menschen verlangen intakte Gemeinschaften, in denen es friedlich und solidarisch zugeht und in denen gleiche Chance und Rechte gelten. Sie suchen Anerkennung, das Gefühl, gebraucht zu werden, nicht nur im Beruf. Sie leben von den Beziehungen in der Familie, zu Partnern, Kindern und Freunden, und dafür brauchen sie Zeit. Wirklich reich sind die Menschen nur in einer Gesellschaft, die ihnen mehr selbstbestimmte und freie Zeit gibt, heißt es ausdrücklich im Hamburger Grundsatzprogramm.

Genossinnen und Genossen, ich habe in Hamburg in einer Rede gegen Ende der Debatte zum Grundsatzprogramm an die politischen Akteure appelliert, ab und zu in dieses Programm zu gucken. Sie sollten es ernst nehmen und nicht nur unters Kopfkissen legen, sondern bei allen wichtigen Entscheidungen zu Rate ziehen. Ich hatte seitdem nicht den Eindruck, dass das so beherzigt worden ist. Wir können uns in Zukunft Programmdebatten sparen, wenn diejenigen, die wir mit der Umsetzung beauftragen, gar nicht nachlesen, was da eigentlich diskutiert und formuliert worden ist.

Es wird Zeit, dass wir über das Hamburger Programm die öffentliche Diskussion beginnen und breite Kreise der Bevölkerung ansprechen. Die von oben verordnete Politik muss vorbei sein. Mitglieder und Freunde an der Basis müssen wieder gehört werden. Es muss wieder eine Selbstverständlichkeit werden, in der SPD als Mitglied an der politischen Willensbildung in Deutschland und in Europa mitwirken zu können.

Und noch eine letzte Bemerkung. Es wird viel herumgeheimnist, die Sozialdemokratie habe nicht genügend ökonomische Kompetenz. Peer Steinbrück hat das ja in dem

„Spiegel“-Artikel nach seiner Rede im Parteivorstand auch noch einmal beschworen. Ich hätte gerne genauer definiert, was damit gemeint gewesen ist. Denn gerade Peer hat in der Finanzkrise ein hohes Maß an Kompetenz gezeigt. Nun gut.

Klar muss aber sein: Wirtschaftspolitische Kompetenz erweist sich weder darin, dass wir den Einfluss von Lobbyisten des Finanzplatzes Frankfurt auf den Leim gehen, noch erweist es sich darin, dass man mit solch hervorragenden Wirtschaftsführern wie Herrn von Pierer oder Herrn Middelhoff Umgang pflegt und sich von ihnen beraten lässt.

Genossinnen und Genossen, es gibt, anders als Gerhard Schröder das behauptet hat, durchaus auch eine linke Wirtschaftspolitik, nämlich eine Wirtschaftspolitik, die ökologischen Grenzen beachtet und die soziale Gerechtigkeit wahrt. Hätten wir uns besser und früher daran orientiert, hätten wir viele schreckliche Folgen des Casino-Kapitalismus rechtzeitig erkennen und gegensteuern können. – Schönen Dank.

(Vereinzelt Beifall)

**Bärbel Dieckmann, Tagungspräsidium:** Das Wort hat jetzt Ulrike Rodust. Danach André Kawai. Ich habe noch eine Bitte. Wir haben 54 Wortmeldungen. Das ist gut. Ich bitte euch aber, euch an die Redezeit von fünf Minuten zu halten, damit es eine lebendige Debatte wird und alle an die Reihe kommen. – Ulrike, du hast das Wort.

**Ulrike Rodust, Schleswig-Holstein:** Vielen Dank, Bärbel. Ich werde mich daran halten. – Liebe Genossinnen und Genossen! Ja, der Zustand der Partei ist katastrophal. Die Mitglieder sind wütend, enttäuscht und in vielen Teilen sprachlos, weil viele Genossinnen und Genossen das Vertrauen verloren haben. Selbstkritisch sage ich: Wir, die wir in verantwortlichen Positionen tätig sind, haben etliche Vertrauensverluste produziert.

Nach vielen Monaten des Missvergnügens, nach Rücktritten – etliche auf Druck und in einer unmenschlichen Art und Weise –, nach öffentlich ausgetragenen Streitereien und überaus schmerzlichen Wahlniederlagen geht es jetzt darum, zu zeigen, dass wir auch anders können, dass unsere alte SPD fähig ist, geschlossen und handlungsfähig zu sein. Dazu brauchen wir jeden Einzelnen in unserer Partei. Deshalb müssen unsere Diskussionen zielführend ablaufen, müssen in folgender Reihenfolge und nur in dieser abgearbeitet werden: erst die Inhalte, dann die Strategien und am Schluss die Personen.

Das geht am besten, wenn wir wieder eng zusammenrücken, und dieses als gemeinsame Aufgabe begreifen. Einige wollen die Flügelbildung überwinden. Ich frage: Warum? Die SPD war historisch immer dann besonders vital, interessant und kreativ, wenn sie über starke Flügel verfügte. Da waren wir gemeinsam stark, da haben wir diskutiert – oft bis tief in die Nacht. Da war meine Partei lebendig. Wir haben gestritten und

nach Lösungen gesucht. Am Ende gab es Mehrheiten, und die hatten ein Wir-Gefühl. Viele verlorene Wahlen können kein Zufall sein. Die einzelnen Gremien müssen den Mitgliedern zuhören. Die unterschiedlichen Ebenen müssen sich vernetzen und dürfen sich nicht gegenseitig als Konkurrenz ansehen. Wir müssen die Erfahrung unserer Genossinnen und Genossen von vor Ort aufnehmen.

(Vereinzelt Beifall)

Dies ist ein Prozess, der nicht an einem Punkt beendet ist, sondern kontinuierlich zu einer Erneuerung der Partei führt. Ich mache es konkret: Natürlich haben wir uns weiter intensiv um unser Klientel zu kümmern. Doch schadet es auch nichts, den Blick in Richtungen zu senden, von denen wir immer glauben, dort fänden wir keine unserer Wählerschichten. Deshalb sei es mir erlaubt als Sprecherin des Agrar- und Fischereiausschusses der deutschen Gruppe im Europäischen Parlament zu sagen, dass wir uns auch um die Menschen im ländlichen Raum kümmern müssen. Wer sich nicht kümmert, kann nicht erwarten, dass die vielen jungen Menschen, zum Beispiel in der Land- und Forstwirtschaft und in der Fischereiwirtschaft, die nachhaltig ökologisch und fortschrittlich arbeiten, die die oft ererbten Pfade verlassen, bei uns ihr politisches Zuhause finden. Nein, sie treten scharenweise bei der CDU aus und landen bei den Grünen.

Für die ganze Bundesrepublik gilt das Verfassungsgebot, die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse in allen Teilen des Landes zu erreichen. Mit dem gesellschaftlichen Konsens, gleichwertige Lebensverhältnisse schaffen zu wollen, hängt das Interesse an der Entwicklung der ländlichen Räume. Daran hängt die Infrastruktur, einschließlich der Verkehrsinfrastruktur. Daran hängt das Schulwesen. Daran hängt die wirtschaftliche Entwicklung. Sich hier entschlossen einzusetzen, das lohnt. Das bringt auch Wählerstimmen. Lasst uns gemeinsam daran arbeiten, ob ihr nun aus der Stadt oder wie ich aus dem Dorf kommt! Der ländliche Raum kann nicht ohne die Stadt, und die Stadt kann nicht ohne den ländlichen Raum.

Ich bin fest davon überzeugt, hier liegt für uns eine Chance. Packen wir es an! Denn vergesst nicht: Über 60 Prozent der Bevölkerung leben im ländlichen Raum. Und da werden doch wohl etliche Wählerstimmen auch für uns übrig bleiben. – Danke.

(Beifall)

**Bärbel Dieckmann, Tagungspräsidium:** Jetzt hat das Wort André Kawai und danach Erich Pipa.

**André Kawai, Hessen-Süd:** Liebe Genossinnen und Genossen, zunächst einmal möchte ich an dieser Stelle sagen, dass wir, wenn wir eine Wahlanalyse machen, auch tatsächlich eine Wahlanalyse machen müssen, und nicht nur in einzelne reflexartige Handlungen und Aktionen verfallen dürfen. An dieser Stelle möchten ich sehr deutlich sagen, dass

mich das richtig nervt und mir auf den Zeiger geht, dass diejenigen, die die schlechtesten Wahlergebnisse haben, um 18.03 Uhr schon alles wissen und sagen, woran es gelegen hat. Diejenigen, die die schlechtesten Wahlergebnisse haben, haben die größte Schnauze.

(Vereinzelt Beifall)

Das bedeutet nämlich, dass es etwas komplizierter ist. Es gibt eine ganze Reihe von Gründen, die das Wahlergebnis beeinflusst haben und sozusagen bedingen. Deswegen sollten wir ganz schnell weg von diesen Schwarz-Weiß-Bildern kommen. Denn die Welt ist nicht schwarz-weiß, sie ist ziemlich grau. Es gibt ziemlich viele Graustufen, die wir uns ansehen müssen.

Ein Blick in die Wählerwanderung, die wir zu verzeichnen hatten, zeigt ganz klar, dass wir in der Mitte unheimlich viel Federn haben lassen müssen, weil wir insgesamt mehr Wählerinnen und Wähler in Richtung Union und FDP verloren haben als zum Beispiel in Richtung Linkspartei. Deswegen sind beide Antworten richtig und wichtig. Dass der größte Teil der Wählerinnen und Wähler, die wir verloren haben, eins zu eins ins Lager der Nichtwähler, nämlich 2,1 Millionen Wählerinnen und Wähler, gegangen sind, das sind doch die Punkte, über die wir uns Gedanken machen müssen. Deswegen sind auf komplexe Fragestellungen keine einfachen Antworten möglich. Diese Zeit sollte man sich nehmen und das Ganze sauber aufarbeiten. Denn wir können nicht sozusagen weitermachen wie bisher und eindimensionale Antworten für hochkomplexe Dinge, die passiert sind, geben.

Der nächste Punkte, den ich ansprechen möchten: Wir sollten dazu zurückkehren, dass die SPD, was ihre Forderungen angeht, glaubhaft ist. Man muss es ihr zutrauen. Man muss auch sagen können: Wenn sich die SPD festgelegt hat auf eine Linie, dann muss sie auch möglichst durchgehalten werden. Franz hat das vorhin zwar richtigerweise gesagt, dass man in einer Demokratie Kompromisse braucht. Aber Kompromisse dürfen nicht faul werden und anfangen zu stinken. Dann können wir sie nicht mehr vermitteln und nicht mehr kommunizieren. Dann werden wichtige Eckpfeiler der Politik nicht mehr richtig zuordbar. Das scheint mir an dieser Stelle sehr wichtig zu sein, Genossinnen und Genossen.

Der dritte Punkt ist: Ich glaube, wir sollten eine Organisations- und Strukturreform dieser Partei endlich angehen. Dazu gehört eine Vielzahl von Dingen. Was mich ganz besonders stört, ist, dass diejenigen, die immer sagen, wir müssen raus aus den Hinterzimmern, wir müssen die Hinterzimmerdiplomatie beenden, im Prinzip genau das Gleiche fortsetzen. Wenn wir das tun, dann werden wir mit dieser Partei nicht mehr weiterkommen. Wir brauchen mehr Basiseinfluss, wir brauchen Ur-Entscheidungen, wir brauchen viel mehr Partizipation, wir brauchen ein neues Zeitalter der innerparteilichen Demokratie. Das wird für unsere Partei in der Zukunft entscheidend sein bei der Neuaufstellung.

Ein weiterer Punkt: Wir sind eine starke Mitgliederpartei, aber wir haben einen unheimlichen Aderlass in den letzten Jahren gehabt. Das hat auch unterschiedliche Gründe. Hier gibt es das eine oder andere zu bewerkstelligen, insbesondere mit Blick auf unsere Beitragsordnung. Wer in der Zukunft keine Mitglieder gewinnen will, der lässt die Beitragsordnung so, wie sie ist. Wir sollten tunlichst sehen, dass wir diese Finanzstatuten und die Beitragsordnung an die Lebensrealitäten der Menschen vor Ort anpassen, Genossinnen und Genossen.

Mit dieser Satzung, mit diesem Pamphlet, werden wir keine neuen Mitglieder für die SPD gewinnen können.

Herzlichen Dank.

(Vereinzelt Beifall)

**Bärbel Dieckmann, Tagungspräsidium:** Das Wort hat Erich Pipa, Hessen-Süd, gefolgt von Ulli Nissen, Hessen-Süd.

**Erich Pipa, Hessen-Süd:** Liebe Genossinnen und Genossen, als Franz Müntefering „mehr Demokratie wagen“ erklärt hat, waren wir ja alle begeistert. Da muss man sich natürlich sagen: Da fangen wir am Besten bei unserer eigenen Partei an. Warum befragen wir nicht die Mitglieder? Warum beteiligen wir nicht die Mitglieder in unserer Partei?

Was ist denn einen Tag nach der Wahl passiert? Da haben sich drei Genossen und eine Genossin getroffen. Sie haben Entscheidungen getroffen, die heute und morgen nachvollzogen werden. Das ist nicht glaubwürdig für einen Neuanfang.

(Vereinzelt Beifall)

Franz Müntefering hat auch aufgefordert – die Kommunalpolitiker, die Oberbürgermeister, die Bürgermeister, die Landräte – nun Front gegen die Bundesregierung zu machen. Wir haben damit kein Problem. Ich kenne aber Zeiten, in denen ausdrücklich kommunale Akzeptanz und kommunales Wissen bei Bundesentscheidungen eben nicht erwünscht waren.

Zwei Mitglieder des Bundesvorstandes haben vor wenigen Tagen erklärt, wir müssten die Herzen der Menschen erreichen. Ja, was denn sonst? Ich habe Auftritte bei uns erlebt. Ein Bundesminister kam und weder der Oberbürgermeister noch der Unterbezirksvorsitzende noch der Landrat wussten davon etwas. Die Wählerinnen und Wähler vor Ort spüren, dass die SPD keine Politik aus einem Guss macht.

Thema soziale Gerechtigkeit. Es genügt eben nicht, nur ein Programm zu machen und dieses aufzuschreiben. Das muss natürlich auch vorgelebt werden, und das wurde eben nicht vorgelebt. Wir haben gegen den Grundsatz der Solidarität verstoßen. Es geht

dabei um Hartz IV und die Lebensversicherungen. Wir haben auf Parteitag immer wieder darauf hingewiesen, dass es nicht sein kann, dass eine Bürgerin/ein Bürger 30, 40 Jahre lang von ihrem bzw. seinem Netto in eine Kapitallebensversicherung einzahlt, um diesen Vertrag dann im Falle der Arbeitslosigkeit und später der Langzeitarbeitslosigkeit aufzukündigen. Das war eher ein Beitrag für die Versicherungswirtschaft und kein Beitrag für die soziale Gerechtigkeit.

Wir haben im Wahlkampf erklärt, es gebe eine Gerechtigkeitslücke. Ja, warum haben wir die Lücke denn erst gemacht? Wir hätten sie doch schließen können, und wir haben viele Jahre Zeit gehabt, dies zu tun. Das hat uns Vertrauen gekostet – nicht nur bei den Sozialschwachen, sondern auch in der breiten Mitte unsere Gesellschaft, wo Bürgerinnen und Bürger, auch Gutverdienende, Angst haben, später in Hartz IV abzugleiten.

Also, Genossinnen und Genossen: Wir müssen einen Neuanfang machen und die Partei beteiligen: die Ortsvereine, die Unterbezirke, die Landesverbände an der Bundespartei. Dann werden wir wieder aus dem Loch herauskommen bis hin zu einer wirklich wahren linken Volkspartei von links bis in die breite Mitte unserer Gesellschaft.

Ich bedanke mich.

(Vereinzelt Beifall)

**Bärbel Dieckmann, Tagungspräsidium:** Das Wort hat Ulli Nissen, Hessen-Süd, gefolgt von Christian Reinke, Mecklenburg-Vorpommern.

**Ulrike Nissen, Hessen-Süd:** Liebe Genossinnen und Genossen, lieber Franz Müntefering, ich schätze dich sehr, aber ich hätte doch ein bisschen mehr Selbstkritik von dir erwartet.

(Vereinzelt Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, wir haben seit 1998 nicht nur 50 Prozent unserer Wählerinnen und Wähler verloren, sondern auch 34 Prozent unserer Mitglieder. Da muss doch irgendetwas passiert sein. Das sind nicht alles linke Spinner und Spinnerinnen gewesen sein, die aus der SPD ausgetreten sind, sondern das waren ganz, ganz viele Menschen, die mit ganz, ganz viel Herzblut an der SPD gehangen, aber gesagt haben: Ich ertrage es nicht mehr, in dieser SPD zu sein, weil diese SPD für mich nicht mehr für die soziale Gerechtigkeit steht. Lieber Franz, dazu hätte ich gerne ein paar Worte von dir gehört.

(Vereinzelt Beifall)

Wir sagen immer, wir sind eine Mitgliederpartei. Mitgliederpartei? Was haben wir in den letzten Jahren erlebt? Wie haben wir die Agenda 2010 verkündet bekommen?



Ich musste mir die Bundestagsdebatte anschauen. Dadurch habe ich erfahren, was passiert. So haben wir die Agenda 2010 mitbekommen. Bei der Rente mit 67 war es ähnlich. Liebe Genossinnen und Genossen, wir als Mitglieder wollen nicht nur Plakate kleben und Flyer stecken, sondern auch beteiligt werden. Auch dazu hätte ich gerne noch ein paar Worte mehr gehört.

Hubertus Heil, du hast vorhin angesprochen, die SPD stehe für Freiheit, Gerechtigkeit, Solidarität. Das, was in den letzten Jahren mit der Solidarität passiert ist, ist auch nicht ganz so prickelnd; das muss man ja klar und deutlich sagen. Wie mit Kurt Beck umgegangen worden ist, ist eine Schande, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Ich bekomme jetzt noch eine Gänsehaut, wenn ich darüber nachdenke, wie mit Kurt umgegangen worden ist. So macht man es nicht.

Ähnlich ist auch, wie die Parteispitze Andrea Ypsilanti heftig nicht den Rücken gestärkt, sondern mitgestürzt hat.

(Vereinzelt Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, wir haben in Hessen 2008 bei der ersten Wahl 7,6 Prozent gewonnen. Wir haben fast 37 Prozent der Stimmen in Hessen gehabt. Zur gleichen Zeit hat die SPD auf Bundesebene bei 26, 27 Prozent gelegen. Woran lag das denn, liebe Genossinnen und Genossen? Das lag daran, dass wir in Hessen ein sozialdemokratisches Programm gehabt haben. Wir standen dafür. Ich habe mir hier von euch, liebe Genossen aus dem Parteivorstand, mehr Unterstützung erwartet. Auch darüber, über diese Solidarität, hätte ich heute gerne mehr erfahren.

Zur sozialen Gerechtigkeit ist schon genug gesagt worden; andere werden noch etwas dazu sagen. Ich denke, es war aber auch wichtig, diese Punkte anzusprechen.

Ich danke euch.

(Vereinzelt Beifall)

**Bärbel Dieckmann, Tagungspräsidium:** Das Wort hat Christian Reinke, Mecklenburg-Vorpommern, gefolgt von René van Eckert, Bayern.

**Christian Reinke, Mecklenburg-Vorpommern:** Liebe Genossinnen und Genossen, in den letzten Monaten und Jahren fühlte ich mich immer wieder an das Märchen „Des Kaisers neue Kleider“ des dänischen Autors Hans-Christian Andersen erinnert. Bei diesem Märchen treten am Hof Schneider auf, die ein neues Kleidchen versprechen. Dieses Kleidchen ist durchsichtig; es existiert nämlich gar nicht. Am Ende, bei der Prozession, als der Kaiser mit diesem Kleidchen die Prozession mitläuft, ruft ein kleines Kind: Der Kaiser ist nackt.

So ging es mir, liebe Genossinnen und Genossen, mit der SPD in den letzten Jahren. Alle haben diese Reformkleidchen bewundert; alle haben diese Reformpolitik in den Himmel gelobt, und am 27. September 2009 hat der deutsche Michel, das greinende Kind, gesagt: Die SPD ist nackt.

Liebe Genossinnen und Genossen, hier ist viel über Glaubwürdigkeit gesprochen worden. Wer die Hedge-Fonds von der Leine lässt, wer die Steuerfreiheit von Veräußerungsgewinnen beschließt, der kann anschließend nicht mehr glaubwürdig die Regulierung von Finanzmärkten vertreten.

(Vereinzelt Beifall)

Wer die gesetzliche Rentenversicherung teilprivatisiert, der kann nicht mehr glaubwürdig gegen die Privatisierung anderer Sozialversicherungssysteme auftreten.

(Vereinzelt Beifall)

Wer die Privatisierung der Bahn plant, der kann nicht mehr glaubwürdig die Privatisierung öffentlichen Eigentums ablehnen, liebe Genossinnen und Genossen.

(Vereinzelt Beifall)

Wer, wie ein zum Glück nicht mehr in unserer Mitte weilender Minister, den Niedriglohnsektor stärkt, der kann anschließend nicht mehr glaubwürdig gegen den Niedriglohnsektor polemisieren.

(Vereinzelt Beifall)

Wer schließlich hinsichtlich des Kündigungsschutzes in Betrieben von fünf auf zehn Beschäftigte hochgeht, der kann anschließend eine weitere Einschränkung des Kündigungsschutzes auch nicht mehr glaubwürdig geißeln.

(Vereinzelt Beifall)

Wir haben bei der ganzen Debatte über den Sozialstaat immer diskutiert, dass die Bürgerinnen und Bürger ein Gerechtigkeitsproblem angesprochen haben. Es gibt mit den sogenannten Sozialreformen aber nicht nur ein Gerechtigkeitsproblem, sie waren teilweise auch ökonomisch unvernünftig,

(Vereinzelt Beifall)

und zwar aus folgendem Grunde: Wer ein niedriges Einkommen hat und Lohnersatzleistungen bezieht, der hat eine wesentlich höhere Konsumquote als jemand, der ein hohes Einkommen bezieht.

Wenn wir hier im Zusammenhang mit der Finanzkrise über die Stärkung der Binnen- nachfrage diskutieren, dann müssen wir uns klarmachen, dass wir mit der Kürzung

sozialpolitischer Leistungen auch die Binnennachfrage stranguliert haben, liebe Genossinnen und Genossen, und dass wir mit der Entlastung der Bezieher der oberen Einkommen die Sparguthaben und nicht die Binnennachfrage gestärkt haben.

Insofern ist diese Politik nicht nur sozialpolitisch katastrophal, sondern auch noch ökonomisch unvernünftig gewesen.

(Vereinzelt Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, das liegt auch ein bisschen daran, dass manche ökonomische Kreislaufzusammenhänge ein bisschen komplizierter als die von dir immer wieder ins Feld geführte Volksschule Sauerland sind, Franz Müntefering.

(Vereinzelt Beifall)

Ein paar Zusammenhänge sind ein bisschen komplizierter als in der Volksschule Sauerland.

Das Problem ist auch, dass wir viel zu lange den neoliberalen Professoren Raffelhüschen, Sinn und Rürup hinterhergelaufen sind, die teilweise auf den Gehaltslisten von Privatversicherungen gestanden haben und das dann als Experten für vernünftige Rentenpolitik vertreten haben, liebe Genossinnen und Genossen, was eiskaltes Privatisierungsinteresse im Interesse der privaten Sozialversicherung war. Deshalb, liebe Genossinnen und Genossen, brauchen wir an dieser Stelle einen Kurswechsel.

Eine letzte Bemerkung will ich zum Umgang miteinander machen. Der Vorwärts darf kein Verkündigungsorgan mehr sein, er muss ein Diskussionsorgan werden.

(Beifall)

Die gegenseitigen Verdächtigungen, dass die einen nur den Neoliberalismus durch die Hintertür einführen wollen und die anderen linke Spinner seien, die den Zeitgeist nicht verstanden hätten, müssen aufhören. Andere Meinungen müssen als Bereicherung begriffen werden und dürfen nicht als Quertreiberei denunziert und als Zumutungen für die wichtigen Genossinnen und Genossen an der Parteispitze begriffen werden. Beschlüsse dürfen nicht durch Erpressung, sondern müssen nach gründlicher demokratischer Debatte in der SPD zustande kommen. Anschließend müssen diese Beschlüsse auch gelten, liebe Genossinnen und Genossen.

Ich will mit einem Zitat von Willy Brandt schließen: Es nützt nichts, Mehrheiten für die Sozialdemokratie zu erobern, wenn der Preis dafür ist, dass man kein Sozialdemokrat mehr ist.

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, lasst uns mehr Sozialdemokratie wagen und heute damit anfangen!

(Beifall)

**Bärbel Dieckmann, Tagungspräsidium:** Das Wort hat René van Eckert aus Bayern, gefolgt von Ulrich Kelber aus Nordrhein-Westfalen.

**René van Eckert, Bayern:** Liebe Genossinnen und Genossen, das Ergebnis der Bundestagswahl war eine Zäsur für die Sozialdemokratische Partei. Wir haben es einfach nicht geschafft, unsere Ziele und Vorstellungen an den Bürger und die Bürgerin zu bringen. Dies hatte viele Gründe. Einer der Gründe war auch die Glaubwürdigkeit unserer Partei. Wir galten beim Volk, so hart wie es klingt, als Lügner. Ich führe hier nur das Verhalten nach der Wahl zum Hessischen Landtag in Bezug auf die Zusammenarbeit mit der sogenannten Linkspartei an. Aber auch beim Juso-Bundeskongress im Juni dieses Jahres wurde es deutlich, als der Parteivorsitzende Franz Müntefering und der Kanzlerkandidat Frank-Walter Steinmeier teilweise Pfiffe von den Delegierten erhielten. So, liebe Genossinnen und Genossen, kann man nicht an Glaubwürdigkeit gewinnen.

Nun ist die Partei im personellen Neuaufbau. Wir haben über einen neuen Parteivorstand zu entscheiden. Ich persönlich kann die laute Kritik an der Vorgehensweise in diesem Fall überhaupt nicht nachvollziehen. Die Satzung unserer Partei schreibt vor, dass der Parteivorstand einen Vorschlag auf dem Parteitag einzubringen hat. Dies ist nun geschehen. Und machen wir uns doch nichts vor: Wir fordern an der Basis, dass die Spitze genauso handelt wie im Ortsverein. Und wie führt denn jeder Ortsverein seine Neuwahlen durch? Indem der Ortsvereinsvorsitzende Gespräche darüber führt, wer die Nachfolge antritt, und einen Vorschlag einbringt. Das passiert heute.

(Beifall)

Im Endeffekt steht es doch jedem anderen zu, sich hier zur Wahl zu stellen. Ich bin mir bewusst, warum die Diskussion darüber zurzeit so hochkocht. Dies hat mit der Ankündigung Frank-Walter Steinmeiers zu tun, der am Wahlabend gesagt hat, er übernimmt den Fraktionsvorsitz. Sicherlich war die Wortwahl vielleicht etwas unglücklich, und er hätte sagen sollen, er stehe zur Verfügung und werde sich in der Fraktion zur Wahl stellen. Aber generell gibt es dagegen auch nichts einzuwenden. Ich gehe mal davon aus, dass jeder von uns Frank-Walter Steinmeier für den besseren Kanzler hält. Deswegen haben wir ihn im Wahlkampf ja auch tatkräftig unterstützt. Warum sollte der bessere Kanzler auch nicht den Fraktionsvorsitz übernehmen?

(Beifall)

Außerdem wurde er von der selbständigen Fraktion mit knapp 88 % gewählt. Wir sollten doch diese Entscheidung respektieren.

Zum Abschluss möchte ich dir, Franz Müntefering, für deine Arbeit danken und der neuen Führungscrew, sofern sie gewählt wird, wovon ich stark ausgehe, um Sigmar Gabriel und Andrea Nahles und den Stellvertretern viel Glück wünschen und viel Diskussionsbereitschaft.

Ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Vereinzelt Beifall)

**Bärbel Dieckmann, Tagungspräsidium:** Das Wort hat Ulrich Kelber, Unterbezirk Bonn, und danach Harald Baumann-Hasske, Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Juristinnen und Juristen.

**Ulrich Kelber, Nordrhein-Westfalen:** Liebe Genossinnen und Genossen, in der Tat war der 27. September mehr als eine Wahlniederlage. Es war das Resultat eines mehrjährigen politischen Prozesses, der dahintersteht. Deswegen freue ich mich, dass die meisten in der Debatte auch diese Vielschichtigkeit angesprochen haben und nach vorne debattiert haben. Genauso gut gibt es natürlich das Recht, auch einzelne politische Entscheidungen kritisch zu beleuchten. Etwas geärgert habe ich mich über den einen oder anderen Beitrag, der aus der Debatte über ein einzelnes politisches Projekt wieder die Überschrift produziert, wir seien nicht mehr glaubwürdig für ein bestimmtes Thema. Das ist falsch. Dieses Stichwort sollten wir nicht liefern, sondern uns über die einzelnen Themen streiten.

(Beifall)

Ich will nicht das wiederholen, was andere gesagt haben, sondern zwei andere Aspekte ansprechen. Der eine ist die Europa-Dimension dieser Niederlage. Wir sind nicht die einzige sozialdemokratische Partei, die mit diesem Problem zu kämpfen hat. Es gibt einige Gemeinsamkeiten, die wir fast quer durch alle Länder der Europäischen Union sehen können. Die Sozialisten in Spanien und in Griechenland haben im Augenblick etwas weniger Probleme. Aber schaut nach Frankreich, schaut in die Benelux-Staaten, schaut auch in die wirtschaftlich erfolgreichen skandinavischen Staaten. Wir werden uns fragen müssen: Was haben wir eigentlich dem Populismus und der Politik der Überschriften der Konservativen entgegenzusetzen? Sie sind Meister des Verschleierns. Sie sagen etwas anderes, als sie tun. Sie fokussieren die Aufmerksamkeit auf Themen abseits der eigentlichen politischen Entscheidungen. Was ist unsere Antwort darauf? Welche politischen Projekte erfinden wir, um wieder spannend zu sein? Wo haben wir Antworten auf das, was die Menschen als ihre Alltagsorgen ansprechen? Wie stoppen wir das Problem der Wahlenthaltung und den Rückzug ins Private, die vor

allem uns schaden. Wir sehen doch in unseren eigenen Städten, wer wählen geht und wer nicht wählen geht.

Der zweite Aspekt: Wir brauchen den Mut zur inhaltlichen Breite und Teamfähigkeit. Wir sind sicherlich die Partei, die am breitesten inhaltlich aufgestellt ist, die am meisten über Zukunftsprojekte diskutiert hat. Aber wer bekommt das denn draußen mit? Wir überlassen in der Regel außer bei ein oder zwei Themen die Präsentation den Spezialistinnen und Spezialisten. Wir halten uns zurück, wir transportieren es nicht immer wieder. Und in der Regel nimmt jeder Sozialdemokrat, jede Sozialdemokratin ihre eigene Sau mit durchs Dorf, wenn er oder sie in eine Podiumsdiskussion geht, eine Rede hält oder in einer Talkshow ist oder Ähnliches. Wir müssen es lernen, unsere Themen gemeinsam zu präsentieren, vom Ministerpräsidenten bis zur Oberbürgermeisterin, vom Stadtverordneten bis zum Bundestagsabgeordneten. Wir sind an manchen Stellen eine Partei von Individualisten geworden. Wir müssen zu einer Gemeinsamkeit auch bei den drei, vier breiten Themen kommen, für die wir identifizierbar werden. Das brauchen wir wieder zurück. Das haben wir in den letzten Jahren nicht geschafft.

(Beifall)

**Bärbel Dieckmann, Tagungspräsidium:** Das Wort hat Harald Baumann-Hasske, gefolgt von Klaus Barthel, Bayern.

**Harald Baumann-Hasske, Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Juristinnen und Juristen:** Liebe Genossinnen und Genossen, lieber Uli Kelber, ich möchte dir doch etwas widersprechen. Du hast gerade gesagt, Glaubwürdigkeit in der Breite sei nicht unser Problem. Ich glaube, dass man ein solches historisch schlechtes Wahlergebnis wie das, was wir erlebt haben, nicht erklären kann, ohne dass man ganz klar sagt: Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands hat bei den Wählern ganz klar zentral an Glaubwürdigkeit verloren.

(Vereinzelt Beifall)

Ich glaube, dass wir in vielen Bereichen das eine gesagt haben und das andere getan haben und dass wir vor allen Dingen den Wählern nicht rübergebracht haben, dass wir für das stehen, was wir sagen. Ich glaube, das ist ein zentrales Problem. Und ich glaube, darüber müssen wir hier auch die Auseinandersetzung führen. Denn wir haben viele Politikfelder, in denen wir gut sind. Wir sind gut aufgestellt. Unser Hamburger Programm ist Klasse. Das ist hier, glaube ich, völlig unstrittig, dass wir ein gutes Programm haben. Aber wir haben es nicht geschafft, diese Inhalte an die Wählerinnen und Wähler zu bringen. Denn sonst hätten wir nicht bei 23 % landen können. Das kann nicht sein. Wir sind nicht glaubwürdig, wir müssen glaubwürdig werden. Das müssen wir zurückgewinnen. Wir haben die richtige Politik nicht richtig

kommuniziert. Wir haben die Fehler, die wir gemacht haben – und wir haben Fehler gemacht, nicht eingestanden und nicht korrigiert. Ich glaube, das sind die zentralen Probleme, weshalb uns die Bürgerinnen und Bürger nicht folgen wollten.

(Zuruf: Besonders in Bayern!)

In der Agenda 2010 war es richtig, Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe zusammenzuführen. Und es war aus finanziellen Gründen nötig, das auf dem Niveau der Sozialhilfe zu tun, wobei ich auch ehrlich sagen muss: Das ist im Kopf angekommen. Das kann man kommunizieren, das kann man mit Peer Steinbrück diskutieren, der erklärt einem das. Dann ist das wahrscheinlich richtig, weil ich ihm die Zahlen einfach abkaufe. Aber ich fühle natürlich etwas anderes. Ich sage mir natürlich: Wir greifen den kleinen Leuten in die Tasche. Und das ist nicht vordergründig sozialdemokratisch. Es ist in dem Fall vernünftig. Wenn wir dann aber kurz zuvor die Spitzensteuersätze gesenkt haben, dann entsteht natürlich in der Breite der Betroffenen, bei den kleinen Leuten, der Eindruck, ihnen nimmt man etwas weg, und den Großen gibt man es. Ich denke, wir müssen zusehen, dass unsere Handlungen zusammenpassen, dass sie konsistent sind. Das haben wir in diesen Jahren nicht getan. Ich glaube, dass da ganz zentrale Fehler liegen.

(Beifall)

Ein anderes Beispiel: Schonvermögen. Ich erkläre euch gleich, warum ich auf dieses Detail einsteige. Wir haben in der Partei schon seit zwei, drei Jahren diskutiert, dass das Schonvermögen für diejenigen, die Arbeitslosengeld II beziehen, erhöht werden müsste, weil den Leuten sonst die Ersparnisse für ihren Lebensabend genommen werden.

(Zuruf)

– Ich sage das nur! – Jetzt kommt Schwarz-Gelb daher und macht das mal eben so mit einem Federstrich. Die Gelben stellen sich hin und sagen, sie seien diejenigen, die soziale Gerechtigkeit wiederherstellen. Da dreht sich einem natürlich der Magen um.

(Vereinzelt Beifall)

Wir müssen offensiv kommunizieren, dass wir das wollten, dass das eigentlich unsere Idee war und nicht die FDP merkwürdigerweise plötzlich soziale Gerechtigkeit schafft. Das wird sie nicht wollen, aber wir müssen das so rüberbringen. Wir haben es vor der Wahl nicht so kommuniziert, dass das rübergekommen wäre. Das heißt, da war unsere Politik inkonsistent.

Deswegen: Wir haben nicht einfach die Wahl verloren. Wir haben zentral Glaubwürdigkeit verloren. Ich sage noch eines: Glaubwürdigkeit ist für uns nicht nur so wichtig

wie für jede andere Partei. Für mich und für viele Wählerinnen und Wähler ist die Partei per se glaubwürdig gewesen. Sie war diejenige, auf die sich die kleinen Leute verlassen konnten. Niemand in dieser Republik musste befürchten, zurückgelassen zu werden, weil es die SPD gab. Möglicherweise hat man auch mal anders gewählt, aber man wusste ganz genau: Wenn es darauf ankommt, ist die SPD für die kleinen Leute da. Das hat man uns bei dieser Wahl nicht mehr geglaubt. Ich denke, wir müssen dahin zurück, dass man es uns wieder glaubt. Wir müssen uns zurückbesinnen auf unsere Grundwerte Freiheit, Gerechtigkeit, Solidarität. Auf diese Grundwerte, die ja auch in unserem Programm stehen – die Glaubwürdigkeit gehört als vierter Wert eigentlich dazu –, müssen wir uns zurückbesinnen. Wir dürfen jetzt nicht zurückfallen auf zwar gute und richtige tagespolitische Erwägungen – die gibt es auch; die müsst ihr im Bundestag abarbeiten –, sondern müssen uns darüber klar sein, dass wir erst den Grundstein des Vertrauens beim Wähler und bei der Wählerin schaffen müssen.

(Vereinzelt Beifall)

Zum Thema Hamburger Programm: Das Hamburger Programm ist gut, aber es ist nicht übergekommen. Auch da gab es ein klares Kommunikationsdefizit. Ihr werdet euch vielleicht erinnern: Im Wahlkampf haben sich einige Vertreter der Medien hingestellt und allen Ernstes behauptet, die SPD habe keine Konzepte. Dabei hatten wir das Hamburger Programm und ein ausgezeichnetes Regierungsprogramm. Trotzdem konnten die ungestraft und unwidersprochen sagen, wir hätten keine Konzepte. Dabei sind wir die einzige Partei, die wirklich ein vernünftiges, zukunftsweisendes, visionäres Konzept hat. Warum haben wir es nicht geschafft, das herüberzubringen? Warum können wir nicht mehr so kommunizieren, wie wir das mal konnten? Warum können wir nicht die Fortschrittspartei und die Reformpartei sein? Wir erheben ja diesen Anspruch. Warum bringen wir das nicht rüber? Darüber müssen wir nachdenken.

Genossinnen und Genossen, es gibt ganze Reihe von Bereichen, über die man noch reden könnte. Ein Punkt ist für mich als ASJ-Vorsitzender natürlich besonders wichtig: Freiheitsrechte. Wir bekennen uns in unserem Hamburger Programm zu den Freiheitsrechten. Trotzdem haben wir in den zurückliegenden Jahren auch die Freiheitsrechte drastisch eingeschränkt. Wir hatten sogar einen Innenminister, der gesagt hat, es gebe ein Grundrecht auf Sicherheit und dieses stehe gegen die Freiheitsrechte. Das ist natürlich Unsinn, das steht im Grundgesetz nicht drin. Natürlich müssen wir die Sicherheit in angemessener Form absichern. Es gibt sicherlich einen Anspruch auf Schutz durch den Staat vor Kriminalität und vor Unsicherheit. Aber die Freiheitsrechte als solche müssen immer Bestand haben. Wir müssen unser Bekenntnis glaubwürdig vertreten. Für den Terrorismus haben wir eine Menge an Einschränkungen einfach so hingenommen ...



**Bärbel Dieckmann, Tagungspräsidium:** Harald, kommst du bitte zum Ende?

**Harald Baumann-Hasske, Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Juristinnen und Juristen:** Ich bin gleich fertig. – Wir haben uns an der Stelle durch das Bundesverfassungsgericht korrigieren lassen müssen. Das mussten wir leider mehrfach.

Zum Schluss: Wegen der Kinderpornografie haben wir auch noch Internetsperren eingerichtet. Jetzt müssen wir erleben, dass Schwarz-Gelb das, was die Schwarzen eingefordert hatten, kurz und knapp kassieren konnte.

Das alles sind Fehler, die wir begangen haben und für die wir Wähler verloren haben. Wenn wir das alles vernünftig aufarbeiten und eine klare Linie schaffen, dann werden wir auch Vertrauen zurückgewinnen und dann können wir auch wieder Wahlen gewinnen.

(Vereinzelt Beifall)

**Bärbel Dieckmann, Tagungspräsidium:** Das Wort hat Klaus Barthel, Bayern, gefolgt von Jochen Ott, NRW.

**Klaus Barthel, Bayern:** Liebe Genossinnen und Genossen! Bevor ich Kritik an anderen übe, übe ich einmal Kritik an uns selbst als Delegierte: Wenn ich hier phasenweise die Anwesenheit, die Aufmerksamkeit und den Geräuschpegel beobachte, frage ich mich schon, ob das, was wir hier machen, das ist, was die Partei in dieser Situation nach dem 27. September 2009 von uns erwartet.

(Beifall)

Ich höre es schon wieder überall in den Gängen, wo es heißt: Da gehen jetzt die üblichen Verdächtigen raus, das sind natürlich die Bayern, dann noch die aus Schleswig-Holstein und Hessen. Die kotzen sich hier mal gescheit ab, und die anderen sitzen da hinten drin und schreiben uns später in Zeitungsartikeln – weil sie den besseren Zugang haben –, was sie meinen, dass diese Partei, die sie lange Jahre nur als lästiges Anhängsel betrachtet haben, eigentlich denkt. Damit können wir als Delegierte, als diejenigen, die diese Partei hier vertreten wollen, nicht umgehen.

(Beifall)

Deswegen ist es wichtig, dass wir diese Diskussion führen. Wer keine Diagnose hat, wer nicht überlegt, was in den letzten Jahren schief gelaufen ist – ich meine keine Einzelereignisse, sondern eines nach dem anderen über viele Jahre hinweg –, wird nicht in der Lage sein, die Zukunft zu bestehen und eine richtige Therapie zu finden.

(Vereinzelt Beifall)

Auch ich würde mich lieber hier hinstellen und sagen: Lasst uns doch nach vorne schauen. Aber dieser Diagnose wegen will ich doch noch ein paar Dinge ansprechen, die auch im Bericht des Vorsitzenden eine Rolle gespielt haben. Wenn wir im Deutschland-Plan und im Wahlprogramm zur Bundestagswahl sagen: „Wir sind für den Mindestlohn und gegen den Niedriglohnsektor“, dann muss man doch den Menschen erklären, warum wir diese Erkenntnis jetzt gewonnen haben und warum wir nicht mehr wie 2003 folgende der Ausweitung eines Niedriglohnsektors über die Hartz-Gesetze das Wort reden, sondern dazugelernt haben. Wer in sein Wahlprogramm schreibt, er wolle keine Privatisierung der Bahn, muss doch erklären, warum er es vorher anders gewollt und gemacht hat, wenn er glaubwürdig sein will.

(Beifall)

Wer in seinen Deutschland-Plan und ins Wahlprogramm reinschreibt, wir sind für Konjunkturprogramme und für einen wirtschaftlich handelnden Staat, der muss doch erzählen, warum er seit Blair/Schröder ständig einem Rückzug des Staates aus der Wirtschaft das Wort geredet hat. Wer hier die Föderalismusreform und die Bildung anspricht, der muss doch sagen, warum er erst diesen Extremföderalismus im Bereich der Bildung durchgedrückt hat – später wurde noch die Schuldenbremse obendrauf gesetzt – und warum massiv gegen alle, die in der Partei und der Fraktion dagegen waren, vorgegangen worden ist.

(Beifall)

Erst dann – das haben wir doch in der Bevölkerung gemerkt –, wenn wir zu unseren Fehlern stehen, wenn wir sagen, warum wir Kompromisse machen mussten, schaffen wir wieder Gehör für unsere Ziele und vor allen Dingen unsere Erfolge, die es in der Tat wert wären, gehört zu werden, die aber keiner hört, wenn wir nicht in der Lage sind, es so zu vermitteln, dass das alles zusammenpasst. Die Rente mit 67 ist doch ein wunderbares Beispiel: Uns als Partei wird praktisch die Schuld zugeschoben und gesagt, ihr habt doch dem Koalitionsvertrag zugestimmt. Na klar, das war offensichtlich ein notwendiger Kompromiss; denn in unserem Wahlprogramm stand drin, wir wollen die Rente mit 67 nicht, während bei den Schwarzen drinstand, sie wollten die Rente mit 67. Dann hat man uns hier erzählt, es sei ein notwendiger Kompromiss, wir seien halt nur die eine Hälfte der schwarz-roten Regierung, und deswegen müssten wir dem zustimmen. Aber das heißt doch nicht, dass wir die Rente mit 67 später auf unsere Fahnen in der Sozialpolitik schreiben müssen.

(Beifall)

Es kommen viele, die sagen, das sei alles kompliziert, und wir dürften nicht monokausal sein. Ja, aber lasst mich einen Punkt aus dieser Debatte noch ansprechen: Da wird jetzt

geschrieben, wir dürften uns nicht auf die Verteilung reduzieren lassen. Ich habe in den letzten Jahren nicht erlebt, dass das angeklungen ist. Ganz im Gegenteil, aber was war denn eigentlich das Problem in der Vergangenheit? Wer nicht über Verteilung reden will, der kann nicht über die Zukunft des Sozialstaates und darüber reden, wie wir ihn retten wollen. Wer nicht über Verteilung reden will, der kann die Krise nicht erklären und dazu, wie es zu den Blasen auf den Finanzmärkten gekommen ist,

(Beifall)

der kann nicht erklären, wie er die Krise lösen will: durch eine andere Verteilung von Vermögen, von Einkommen und Staatseinnahmen.

Wer nicht von Verteilung von Geld und Macht im Sinne von Innovation und Gerechtigkeit reden will, der kann unsere sozialdemokratischen Programmziele nicht umsetzen. Und wer nicht über eine gerechte Verteilung reden und entscheiden will, der kann auch die Mehrheit der Menschen in unserem Land nicht für Zukunftsprojekte gewinnen.

(Beifall)

Der muss sich einmal anschauen, wie es nach dieser Krise auf den Finanzmärkten, in der angeblich so viel Kapital vernichtet worden ist – die Armen! – sein kann, dass heute, 2009, nach der neuesten Statistik das Geldvermögen in der Bundesrepublik Deutschland schon wieder genau so hoch ist wie vor der Krise 2007. Dann muss man doch etwas tun! Dann muss man über Vermögensteuer und über eine andere Sozial- und Wirtschaftspolitik diskutieren.

(Beifall)

Dahin müssen wir gehen. Wir müssen das zuspitzen und dürfen auch auf diesem Parteitag nicht nur die Debatte eröffnen und alles offen lassen, sondern müssen auch ein Signal in die Öffentlichkeit und in unsere Basis geben, in welche Richtung unsere Denk- und Lernprozesse laufen.

(Beifall)

**Bärbel Dieckmann, Tagungspräsidium:** Das Wort hat Jochen Ott, NRW, gefolgt von Jörg Jordan, Hessen-Süd.

**Jochen Ott, Nordrhein-Westfalen:** Liebe Genossinnen und Genossen! Wir haben in Köln im Rahmen einer Parteitagsklausur – die wir in dieser Form noch nicht durchgeführt hatten – sehr lange und intensiv ebenfalls die Ergebnisse vom 27. September, aber auch der Kommunalwahlen und der Europawahlen diskutiert. Sicherlich ist Glaubwürdigkeit – das ist von vielen hier gesagt worden – der entscheidende Punkte.

Aber ich möchte ergänzen – auch das wurde in der Debatte schon deutlich – Unser Verständnis als Staatspartei in vielen Diskussionen, dass wir schon notwendige Kompromisse zu unserem Programm gemacht und diese vertreten haben, ohne das eigene sozialdemokratische Profil voranzustellen, wurde von weiten Teilen der Basis als zentrales Problem dargestellt.

Genossinnen und Genossen und lieber Klaus – da will ich an dich anknüpfen, der du vor mir geredet hast – Es muss auch eine selbstkritische Analyse geben. Es darf nicht nur geguckt werden „Was hat die Parteiführung falsch gemacht?“, sondern wir müssen die gesamte Partei in den Blick nehmen.

Genossinnen und Genossen, als 1999/2002 die Kölner Partei aufgrund von Skandalen und Fehlverhalten zusammengebrochen ist, war eines der Elemente auch eine Flügel-landschaft, die so betoniert gewesen ist, dass sich nichts mehr bewegen konnte – keine Kreativität und gegenseitige Verdächtigungen – und dass Leute, die Positionen vertreten haben, die eben nicht flügeladäquat waren, keine Chance mehr hatten.

Genossinnen und Genossen, deshalb sage ich ganz deutlich: Die Ansätze, die in den letzten Wochen insbesondere von Sigmar und Andrea öffentlich verkündet worden sind und die der Franz heute wieder eingefordert hat, sind richtig. Wir müssen uns als Sozialdemokraten definieren und nicht erster Linie als Rechte oder Linke.

(Beifall)

Nur in einer solchen Atmosphäre des Vertrauens und des Miteinanders kann auch ein Rollenspiel gelingen. Ich frage mich, wie es sein kann, dass es Vertreter der CDU und der Grünen fantastisch schaffen, unterschiedliche, sich widersprechende Positionen zu vertreten, und trotzdem als modern und hip gelten, und wir staatstragend alles vorher klären müssen und dann auf allen Seiten verlieren, Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Wenn wir im Rollenspiel spielen wollen, dann brauchen wir eine breite Aufstellung, viele gute Leute mit unterschiedlichen Qualitäten. Daran müssen wir arbeiten.

Ein Zweites. Lassen uns ganz konkret angucken: Wie sieht die Situation in Städten aus? – Wir haben in Köln drei Bereiche der Stadt. Das eine ist ein grüner Teil, in dem die Grünen ihre Hochburgen mit 40 %, 50 % haben. Da sind gut ausgebildete Leute, denen es gut geht, die in hohem Maße in der Lage sind, sich selbst zu organisieren. In diesen Milieus haben wir in den letzten zehn Jahren zunehmend an die Grünen abgegeben, weil wir scheinbar nicht so hip und scheinbar nicht so partizipativ angelegt sind.

Es gibt ferner die konservativen Bereiche. In den konservativen Bereichen sind ebenfalls viele Leute in der Lage, sich selbst zu organisieren. Interessanterweise gewinnt die

SPD in diesen Bereichen Wähler in den letzten Jahren hinzu, aber nur in absoluten Zahlen, nicht in Prozenten. Die CDU setzt sich dort durch.

Der dritte Bereich sind unsere Hochburgen, insbesondere in den alten Arbeiterstadtteilen oder, wie man sie heute oft nennt, Benachteiligtengebieten. In diesen Stadtteilen haben wir die meisten Prozente, aber die geringste Wahlbeteiligung, die kleinsten Ortsvereine, die auf dem Parteitag am wenigsten zu sagen haben, und die Ortsvereine, die am lautesten klatschen, insbesondere wenn der Bezirksbürgermeister von Berlin Buschkowsky auftritt, und sagen „Der spricht uns genau aus der Seele nach dem, was wir hier vor Ort erleben“. Genossinnen und Genossen, das alles ist SPD und ist unsere Situation!

Wir hatten in der letzten Woche eine Jugendhilfekonferenz in Köln, auf der ein Professor dargestellt hat, dass er zu 80 % an der Straße, in der ein Mensch wohnt, nachweisen kann, welche Krankheiten er in seinem Leben haben wird und welchen Bildungsabschluss und welche Zukunftsaussichten er hat.

Genossinnen und Genossen, ich glaube, es ist die zentrale Verantwortung der SPD, Aufstieg wieder zu ermöglichen. Es ist die zentrale Verantwortung, genau hinzugucken, an welchen Stellen wir das Aufstiegsversprechen gebrochen haben. Aber es ist total daneben, jetzt zu glauben, mit einer einseitigen Fokussierung könnte man diese unterschiedlichen Milieus wieder zusammenbinden. Wir brauchen vielmehr eine übergreifende Idee. Da verbieten sich einfache Antworten, wie sie einige heute vorgetragen haben.

(Beifall)

Genossinnen und Genossen, last, but not least, noch ein Satz. Ich finde es insbesondere auch angesichts der Steuerpolitik interessant: 83 % aller Kölner Haushalte – wir haben in Köln 530.000 Haushalte – haben ein Jahreseinkommen von unter 40.000 Euro netto – 83 %! 36 % aller Haushalte in Köln verdienen unter 20.000 Euro netto. Ich bitte euch freundlich, einmal zu überlegen, zu welcher Einkommensgruppe ihr gehört. Ich bin der festen Überzeugung, dass viele auf diesem Parteitag und auf vielen Parteitagen der Sozialdemokratie in der Gruppe sind, die über 40.000 Euro liegt. Vielleicht ist das auch ein Kern des Problems der Sozialdemokratie. – Danke.

(Beifall)

**Garrelt Duin, Tagungspräsidium:** Vielen Dank, lieber Jochen. – Jetzt hat Jörg Jordan das Wort. Im folgt Mark Rackles aus Berlin.

**Jörg Jordan, Parteirat:** Liebe Genossinnen und Genossen! Es ist glücklicherweise schon so viel Kluges gesagt worden, dass ich meinen Beitrag durchaus kürzen kann. Aber

ein paar Dinge möchte ich noch ansprechen. Insbesondere möchte ich mich auf das beziehen, was der Genosse Reinke aus Mecklenburg-Vorpommern und die Genossin Nissen aus Hessen hier gesagt haben. Das will ich nicht wiederholen, aber das traf es, glaube ich. Deshalb haben hier auch viele Beifall gezollt.

Sigmar Gabriel hat auf seinem Hessen-Treffen vor genau einer Woche im Zusammenhang mit der Rolle von Frank-Walter Steinmeier darauf hingewiesen, dass er nichts davon halte, „Hosianna“ und einige Tage wenige danach „Kreuzige ihn!“ zu singen. Die Bezugnahme auf die Bibel ist immer richtig; das wissen wir auch. Aber das erinnert auch daran, wie es hier zu dem Hosianna-Singen gekommen ist.

(Vereinzelt Beifall)

An diesen Ausgangspunkt muss man sich erinnern. Das, was die Medien den „Putsch von Schwielowsee“ genannt haben, also ein unappetitliches Machtspiel, welches dann dazu geführt hat, dass Kurt Beck nicht mehr Vorsitzender war – er selber hat es als Intrige bezeichnet – ist ja eines der Dinge, die dazu beigetragen haben, dass dieses Wahlergebnis so war, wie es gewesen ist.

(Vereinzelt Beifall)

Das heißt, wir haben unsere Glaubwürdigkeit auch durch diese Art Umgang der Führungsspitze untereinander und durch ihre Machtspiele miteinander verloren. Auch das gehört heute in diese Bilanz.

Trotz des fleißigen Wahlkampf-Hosiannas bis hin zum Jubel in der Parteizentrale am Wahlabend haben wir das schlechteste Wahlergebnis seit Jahrzehnten eingefahren. Für viele Millionen Wähler – darüber herrscht Einigkeit; das ahnen alle und wissen alle – ist die sozialdemokratische Politik offensichtlich in hohem Maße diskreditiert worden. 10 Millionen Wähler verloren, 270.000 Mitglieder ausgetreten – dazu hätte ich in einer solchen Situation etwas Deutlicheres und bei den Berichten, die heute kommen, ein „Ja, wir haben verstanden“ erwartet.

(Beifall)

Ich hoffe, dass das dann wenigstens bei den Präsentationen des künftigen Parteivorsitzenden und Oppositionsführers heute und morgen deutlich werden wird. Denn ohne dieses Signal „Wir haben verstanden“ werden wir eher noch weiter in die Tiefe gehen. Das werden als Nächste die Nordrhein-Westfalen im nächsten April oder Mai auszubaden haben.

Wenn man sich auf die Bibel bezieht, wäre es eigentlich klüger gewesen, auf die Bergpredigt zu gehen. Da hat Jesus gesagt: „An ihren Früchten sollt ihr sie erkennen.“ Wenn man diese Früchte einmal nimmt – das Wahlergebnis einerseits: Hartz IV, Rente mit 67,

wachsende Kinderarmut, der gesamte Verlust an Kompetenz für soziale Gerechtigkeit für die Partei. Aber auch umgekehrt: Wo haben wir uns denn dann wirklich engagiert? Die Heuschreckenförderung bis zur Bahnprivatisierung, von den Steuervorzügen, die hier schon genannt waren, bis zu den beliebigen Milliardenbeträgen, die unfähigen, aber geldgierigen Bankern den Weg zum Konkursrichter erspart haben. Alles das ist ja das Bild, aus dem sich dieses Wahlergebnis zusammensetzt. Mit diesem Gesamtbild muss sich die Partei beschäftigen. Wir haben eben – entgegen vielen Annahmen – keine Vermittlungsprobleme. Die Leute sind ja nicht blöd, sondern sie haben uns nur zu gut verstanden, und das ist die Quelle des Wahlergebnisses.

Umso wichtiger – und damit möchte ich schon schließen – ist eben jetzt auch das Signal, das von diesem Parteitag ausgeht, dass wir dieses Signal auch tatsächlich verstanden haben und durch Selbstreflexion zu einer anderen Politik kommen. Das ist das, was ich von Sigmar als dem neuen Vorsitzenden auch schon in seinem Vortrag erwartete, erst recht, nachdem am Wahlabend sozusagen eigentlich nur das Signal war: Weiterspielen und Macht gewinnen. Vor diesem Hintergrund erwarte ich das erst recht von dem Oppositionsführer, wenn er hier denn morgen oder übermorgen seine Präsentation macht.

(Beifall)

**Garrelt Duin, Tagungspräsidium:** Vielen Dank, Jörg. – Das Wort hat Mark Rackles, Berlin. Ihm folgt Gernot Grumbach, Hessen.

**Mark Rackles, Berlin:** Genossinnen und Genossen, nachdem so viel aus der Bibel zitiert wurde, kann man vielleicht auch einmal Ferdinand Lasalle zitieren – nichts gegen die Bibel, aber auch etwas für Lasalle, speziell im roten Dresden: Die revolutionäre Tat besteht ja schon darin, zu sagen, was ist. Er sagte: „laut zu sagen, was ist“. Wir müssen vielleicht zu laut sprechen, aber ich glaube, die Frage der Wirklichkeitsbeschreibung, der Zugang zur Wirklichkeit ist schon die erste Hürde, die wir nehmen müssen, um eine Analyse treffen zu können, die nach vorne gerichtet ist. Wenn ich in der Nuancierung höre – Franz ist da sehr differenziert; es ging um ein Wahlereignis – wir streiten in der Antragskommission um die Qualifizierung, ob es Wahlniederlage oder eine schwere Wahlniederlage ist, dann habe ich den starken Verdacht, dass wir bei der Frage des Zugangs zur Wirklichkeit und zur Beschreibung von Wirklichkeit noch einiges vor uns haben, weil ich glaube, dass wir lernen müssen, dass wir offen, ehrlich, tabulos und ergebnisoffen darüber, was ist, was gewesen ist und was sein soll reden müssen. Denn ohne einen Rückblick auf das, was passiert ist, werden wir kaum nach vorne gucken können.

In dem Sinne ist es zum Beispiel auch, glaube ich relativ wichtig, Selbstkritik zu üben. Ich komme aus Berlin. Uns wurde vorgeworfen, wie haben zu schnell und zu früh

etwas gesagt. Das mag sein. Aber wir haben etwas gesagt. Wir waren, ehrlich gesagt, auch aufgeführt, wie viele andere auch, von den Bildern vom Sonntag, auch von dem Wahlergebnis. Wir haben die letzten Wochen auch genutzt, selbstkritisch über uns selbst nachzudenken und Fragen zu stellen: Wo liegt jenseits der Schlagworte das konkrete Problem?

Ich glaube, wenn man die Fähigkeit zur Selbstkritik in den Vordergrund stellt, sollte man auch von dieser neurotischen Diskussionskultur weg, wann immer die Worte Agenda oder Hartz IV fallen. Es fällt ja nicht im Leitantrag, falls es euch aufgefallen ist. Weder Hartz IV – das ist nur bei der CDU/CSU der Fall – noch Agenda tauchen als Wort auf. Das ist vielleicht auch nicht der Punkt, denn es sind Chiffren. Aber wir sollten von dieser neurotischen Diskussionskultur weg, dass wir über Schonvermögen nicht sprechen können, ohne dass wir das Testament von einzelnen Leuten angehen. Wir können nicht über Kinderregelsätze sprechen. Das muss uns das Bundesverfassungsgericht korrigieren. Schonvermögen muss uns die CDU/CSU korrigieren, weil wir selbst nicht in der Lage sind, das, was wir empfinden, auch auszusprechen. Das muss aufhören.

(Vereinzelt Beifall)

Ich gebe zu: Man kann die Diskussion anders, auch respektvoller führen. Das müssen wir vielleicht noch lernen. Aber wir müssen auch nach hinten blicken können, um zu wissen, wohin wir wollen. Wer nicht weiß, woher er kommt, hat auch keine Richtung. Wir können nicht bestimmungslos nach vorne laufen. Das ist auch eine Frage der Mitte und der linken Volkspartei.

Ich glaube definitiv, wir sind eine linke Volkspartei. Ich komme soziokulturell bzw. sozioökonomisch aus der Mitte. Ich möchte die Mitte nicht aufgeben, aber ich möchte die Mitte von links erschließen. Das ist eine Aufgabe, der wir uns als Partei noch stellen müssen.

Der wichtigste Punkt neben der Frage des Zugangs zur Wirklichkeit bzw. der Fähigkeit zur Selbstkritik ist für mich auch noch die Frage der Sensorik, des Gerechtigkeitsgefühls der Bevölkerung. Das war gestern wieder lange in allen möglichen Analysen drin. Uns wird unterstellt und testiert – das hatte Franz auch angesprochen – wir haben ein bisschen den Kontakt, die Sensorik für das verloren, was als gerecht empfunden wird. Auch da muss es möglich sein, festzustellen: Wenn wir 23,6 Milliarden Euro in der Körperschaftsteuer den großen Unternehmen schenken, gleichzeitig Ablasshandel mit der Pharmaindustrie treiben, die keine Preisfixierung bekommt und sich für ein paar Millionen freikaufen kann – ich nehme jetzt Beispiele, die sechs oder sieben Jahre zurückliegen, damit sich niemand angegriffen fühlt – und gleichzeitig die Praxisgebühr bzw. Zulagen- und Leistungseinschränkungen vornehmen, dann verstoßen wir gegen



ein Gerechtigkeitsempfinden, das sich nachhaltig bei unserer Hauptklientel hält. So etwas bekommen wir auch nicht schnell wieder weg.

Jetzt heißt das nicht, dass wir automatisch alles in die Tonne treten. Das können wir nicht; das ist völlig klar. Aber das heißt, dass wir uns diskursiv-kritisch, und zwar nach vorne gerichtet, in die Opposition hinein, damit befassen: Wie können wir vernünftige Oppositionspolitik machen? Was müssen wir bewerten und feststellen? Es waren bestimmte Rezepte falsch. Was können wir bewerten und sagen, dass das falsch ist, um nach vorne zu gehen und eine aktive Oppositionspolitik zu machen? Der Genosse aus Mecklenburg-Vorpommern hat vorhin gesagt, wir können nicht eine Rolle des Staates einfordern, wenn wir in diesem Sommer noch ein PPP-Beschleunigungsgesetz durchführen. Wir waren gegen PPP. Wir führen im Sommer ein Beschleunigungsgesetz durch. Da sind Brüche drin, und ich lasse mir das nicht verbieten. Ich glaube, diese Diskussion müssen wir in den nächsten Monaten führen, damit wir künftig sprachfähig im Bereich Daseinsvorsorge, öffentliche Güter und auch PPP sind. Ihr werdet morgen einen Antrag zu diesem Bereich aus mehreren Landesverbänden haben.

In diesem Sinne: Es geht nicht darum Einzelpersonen zu zerreden. Aber es geht darum, eine Richtung zu finden, und die kann nur aus der Geschichte entwickelt werden. Die muss nicht 100 Jahre zurückgehen, aber sie sollte mehr als eine Woche zurückgehen.

In diesem Sinne freue ich mich auf die Debatten morgen und danke euch.

(Beifall)

**Garrelt Duin, Tagungspräsidium:** Vielen Dank. – Das Wort hat Gernold Grumbach. Ihm folgt Florian Pronold, Bayern.

**Gernot Grumbach, Hessen-Süd:** Liebe Genossinnen und Genossen! Ich glaube, eine gute Spielregel für die Debatte wäre, dass wir uns nicht damit aufhalten, Schuldige zu suchen, sondern darüber reden, was für Probleme wir haben. Manchmal verstellt der Blick darauf, wer denn für was verantwortlich ist – das ist nicht der Punkt – den Blick darauf, dass wir Probleme haben, und der Schutz oder Nichtschutz verstellt die Debatte.

Ich sage mal: Wir haben kein Problem mit der Demokratie in Deutschland. Ich will es einmal sehr deutlich sagen: Es geht nicht um die Demokratie, sondern es geht um ihre Ergebnisse. Wer sich die Wahlanalysen ansieht, wird feststellen, dass die Hälfte der Leute, die nicht wählen gegangen sind, sich vorher politisch informiert haben und sich bewusst entschieden haben, nicht wählen zu gehen. Es ist eben kein Demokratieproblem, sondern es ist ein Problem unserer Partei und anderer Parteien. Wenn wir das nicht ins Blickfeld nehmen, reden wir über das falsche Thema.

Zweiter Punkt: Wir haben in Deutschland eine Mehrheit für sozialdemokratische Inhalte, aber keine Mehrheit für die SPD. Woran liegt das? Ich sage sehr schlicht: Es liegt daran, dass die Sonntagsreden – auch alle die, die unsere Grundwerte betonen – und unsere Taten nicht zusammenpassen. Mit Verlaub: Wir können keine Bildungsreform machen, die Leute politisch klüger machen und hinterher erwarten, dass sie diesen Unterschied nicht merken. Deswegen ist der Punkt: Unsere Taten müssen wieder zu den Worten passen.

(Beifall)

Da will ich Uli Kelber ganz klar widersprechen: Nein, wir haben ein Problem. Die Leute glauben nicht, dass wir das tun, was wir in unserem Wahlprogramm aufgeschrieben haben. Und warum tun sie das nicht? Das kann man ganz ruhig und selbstkritisch sagen: Weil sie andere Erfahrungen gemacht haben. Ich sage das sehr ruhig, auch nach der Nebenbemerkung eines Redners vorhin, aus hessischer Sicht: Nein, die Wählerinnen und Wähler haben nicht eine Abwägung zwischen der Frage, ob wir eine bessere Bildungs- und Sozialpolitik wollen oder ob wir eine andere Koalitionsaussage wollen, sondern sie haben uns das als Fehler angekreidet. Ich sage das: Diese Aussage hätte ich gerne einmal von all denen, die die Bundespolitik verantwortet haben, genau diese Aussage. Es reicht nicht nur, festzustellen, dass man Fehler macht – wenn man das tut, ist man nämlich in der Vergangenheit gefangen – sondern man muss den Menschen auch sagen, wir haben verstanden, dass wir Fehler gemacht haben, selbst dann, wenn es einem selber wehtut. Und keiner unterstellt ja Boshaftigkeit. Wir haben eine Abwägung getroffen, die Bundesspitze hat eine Abwägung getroffen. Diese Abwägung war, im Nachhinein betrachtet, nicht richtig, und die Wählerinnen und Wähler lassen uns dafür bezahlen. Damit muss man, glaube ich, als politische Partei gut umgehen können.

Damit komme ich dann zu den spannenden Fragen: Wie passt das mit den Sonntagsreden zusammen? Wir können nicht darüber reden, dass wir den Niedriglohnsektor ausrotten wollen, wenn er größer wird. Wir können nicht darüber reden, dass wir Armut ausrotten wollen, wenn die Kinderarmut zunimmt. Und wir können nicht darüber reden, dass wir Solidarität wollen, wenn die Spaltung dieser Gesellschaft wächst und wächst, und wenn sie unter der Beteiligung von Sozialdemokraten wächst. Ich glaube, das ist die Frage, die diese Partei im nächsten Jahr lösen muss: Können wir es schaffen, alle Bereiche so präzise zu debattieren, indem wir sagen, was wir falsch gemacht haben, und das auch öffentlich sagen? Und wo können wir sagen, da haben wir nicht genug gemacht. Auch das ist möglich.

Ich will den Punkt „mehr Demokratie wagen“ zum Schluss bringen. Ich glaube, es gibt einige Elemente, die dazugehören. Das eine ist: Wir beschließen etwas, aber nichts

passiert. Das Zweite: Wir beschließen etwas, aber keiner sagt es laut. Ich will es einmal an der Frage Schonvermögen festmachen. Wir haben im Wahlprogramm gesagt, alles was zur Alterssicherung dient, soll von der Berechnung ausgenommen werden. Hat das irgendjemand in einem Wahlkampfflugblatt gelesen oder in einer Wahlkampfredede gehört? Es hat nicht in die Linie gepasst. Das ist der Punkt, wo Parteitage sagen müssen: Wir beschließen Wahlprogramme nicht aus Spaß, sondern wir wollen, dass sich die entsprechenden Punkte im Wahlkampf wiederfinden.

Zweiter Punkt. Was sind die eigenen Beiträge? Auch das will ich an einem ganz persönlichen Beispiel deutlich machen. Ich weiß nicht, wer sich noch an die Diskussion über Streubomben erinnert. Wir haben einen Initiativantrag mit ungefähr 200 Unterschriften eingebracht. Einige von euch haben erleben müssen, dass ich am Rednerpult einer Überweisung an eine Arbeitsgruppe zugestimmt habe, obwohl dieser Antrag eine Mehrheit auf dem Parteitag gehabt hätte. Ursache dafür war die dringende Botschaft des amtierenden Generalsekretärs der SPD, dass dieser Antrag, wenn er verabschiedet würde, unsere Regierungsfähigkeit und den Kanzler beschädigen würde. Wer auf solche Weise Beschlüsse fasst, muss sich hinterher nicht wundern, dass er nur zum Beschlussstatisten wird. Das ist unser Anteil. In diesem Punkt werden wir etwas lernen müssen.

(Vereinzelt Beifall)

Ich bin stolz, Bezirksvorsitzender zu sein. Ich gewinne die meisten Debatten. Aber ich verliere auch Debatten auf meinem Bezirksparteitag. Und das ist gut so. Auch Bezirksvorsitzende können irren. Die Partei muss in der Lage sein, Positionen zu korrigieren, ohne dass Personen danach als beschädigt gelten. Ich glaube, das muss auf Bundesebene gelernt werden.

(Beifall)

Meine letzten beiden Bemerkungen. Taten müssen an zwei Stellen zusammenpassen. Die Menschen haben das Bankenrettungsprogramm, so wichtig es auch war, so verstanden, dass der Sozialstaat für die Reichen stattfindet. Aber sie haben nicht gesehen, wo der Sozialstaat für die Armen verbessert wird.

Meine zweite Bemerkung. Ich glaube schon, dass die herablassende Art und Weise, mit der gesagt wird, die Mitglieder müssen geführt werden, unterschätzt, was für ein Potenzial und was für eine Klugheit die Versammlung der sozialdemokratischen Mitglieder hat. Die Partei, die nicht auf ihre Mitglieder hört, wird auf Dauer Wähler verlieren. Diese Entwicklung müssen wir mit einer langen Debatte beenden. – Ich danke euch.

(Beifall)

**Garrelt Duin, Tagungspräsidium:** Vielen Dank, Gernot. Bevor Florian Pronold als Nächster spricht, darf ich auf unserem Parteitag in Dresden einen ganz besonderen Gast begrüßen. Greta Wehner ist bei uns. Wir freuen uns sehr, dass du da bist.

(Beifall)

Florian, jetzt hast du das Wort und danach Ralf Stegner.

**Florian Pronold, Parteivorstand:** Liebe Genossinnen und Genossen! Man kann es sich sehr einfach machen; auch ich könnte es mir einfach machen. Wenn man auf die Agenda 2010 und auf das Jahr 2003 zurückblickt, wenn man sich daran erinnert, was man alles dazu gesagt und geschrieben hat, dann könnte man feststellen: Ja, es ist im Großen und Ganzen alles so eingetroffen. Das wäre aber sehr einfach. Mir ist es zu einfach.

Was mich besonders umtreibt, ist: Einer der größten Forderungspunkte beim Mitgliederbegehren war damals eine aktive Konjunkturpolitik des Staates, um in der Wirtschaftskrise den Niedergang zu bekämpfen. Das war im Jahr 2003 vielleicht in der Partei nicht mehrheitsfähig. Ich stelle aber fest: erledigt durch Regierungshandeln. Denn wir haben besser als jedes andere europäische Land durch eine aktive Politik der konjunkturellen Gegensteuerung und auf der anderen Seite durch die Kurzarbeit zwar den stärksten Rückgang des Bruttoinlandsproduktes, aber auch den geringsten Anstieg der Arbeitslosigkeit zu verzeichnen. Wir haben klassische sozialdemokratische Wirtschaftspolitik gemacht. Ich bin der felsenfesten Überzeugung, es gibt nicht nur gute oder falsche Wirtschaftspolitik, es gibt auch sozialdemokratische Wirtschaftspolitik. Und die ist im Regelfalle auch richtig.

Obwohl wir das gemacht haben, obwohl wir auf dem Parteitag und später im Bundesgesetzblatt den Arbeitslosengeld-I-Bezug korrigiert haben, obwohl wir in der Großen Koalition eine deutlichere sozialdemokratische Handschrift hingekriegt haben als vielfach unter Rot-Grün, haben wir diesen Vertrauensverlust bei den Wählerinnen und Wählern erlitten. Das muss uns umtreiben. Das muss Fragen aufwerfen, die nicht zur Antwort haben, dass einzelne Aspekt die Schuld dafür haben.

Der zweite Punkt. Ich hatte das Vergnügen, für die SPD die Erbschaftsteuer mit den Schwarzen verhandeln zu dürfen. Was ich dort erlebt habe, war Klassenkampf von oben. Ich war auf Veranstaltungen, wo Menschen, die mehr erben als jeder von uns hier im Saal sein Leben lang verdienen kann, nicht bereit waren, auch nur einen Cent an Erbschaftsteuer zu zahlen, um denen Chancen zu geben, die nicht mit dem goldenen Löffel im Mund aufgewachsen sind. Mein größtes Problem stellen diejenigen dar, die zu den oberen zwei Prozent der Gesellschaft gehören und die

kein Verständnis dafür haben, dass 500 Euro Studiengebühren für irgendjemanden ein Problem sein könnten.

(Beifall)

Darauf müssen wir als SPD eine Antwort finden. Denn Bildungsgerechtigkeit hat nicht nur etwas mit Chancen, sondern auch mit Verteilungsgerechtigkeit zu tun. Wir brauchen einen intelligenten Entwurf dafür, wie wir als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten glaubhaft sagen können, wovon wir unsere Reformpolitik bezahlen wollen. Dazu gehört, dass Reichtum kein Tabu mehr sein darf.

(Beifall)

Wir sagen, dass die starken Schultern mehr tragen müssen als die schwachen und dass es im Bereich der großen Vermögen wirklich Instrumente geben muss, die man anwendet, damit man einen wenig mehr Gerechtigkeit herstellen kann. Auch da haben wir uns in den letzten Jahren gedrückt, weil wir Angst gehabt haben, als Steuererhöhungspartei gebrandmarkt zu werden. Aber wir erleben jetzt, wie die anderen mit Steuersenkungsversprechen und Wolkenkuckucksheimen gewählt worden sind. Vielleicht ist das auch deswegen der Fall, weil wir nicht deutlich genug gesagt haben, wem wir etwas geben wollen und wem wir etwas nehmen wollen. Diesen Mut müssen wir aufbringen. Klare Konzepte und klare Kante für mehr Verteilungsgerechtigkeit. – Herzlichen Dank.

(Beifall)

**Garrelt Duin, Tagungspräsidium:** Danke, Florian. Das Wort hat Ralf Stegner. Ihm folgt Thorsten Schäfer-Gümbel.

**Ralf Stegner, Parteivorstand:** Liebe Genossinnen und Genossen! Viele haben festgestellt: Wir haben einen dramatischen Einschnitt zu verzeichnen. Wir haben in den letzten Jahren 20 Wahlen verloren, 50 Prozent unserer Wählerinnen und Wähler und mehr als ein Drittel unserer Mitglieder. Auch in Schleswig-Holstein sind wir nach 21 Jahren in die Opposition geraten, und das gegen einen Mann – das macht es nicht schöner -, der sich noch nicht einmal für Politik interessiert. Das ist alles bitter. In weiten Teilen Deutschlands haben wir nichts mehr zu melden. In weiten Teilen sind wir nicht mehr präsent.

Es ist richtig, dass wir nicht die schnellen Antworten geben und nicht am Wahltag um 18.01 Uhr schon alles wissen, was wir vorher nicht gesagt haben. Es ist auch richtig, dass wir nachdenklich bleiben und nicht mit dem Finger auf andere zeigen. Es ist ebenfalls richtig, dass wir eine ergebnisoffene Debatte mit den Mitgliedern führen.

Aber ein paar Dinge wissen wir schon, Genossinnen und Genossen. Diese müssen wir sehr klar beschreiben, weil sonst die Änderungen, die uns wieder zu besseren Zeiten

führen, nicht passieren werden. Dazu gehört, dass wir in der Selbstkritik und in der Härte der Analyse nicht zu weich mit uns umgehen sollten. Wenn wir wieder selbstbewusst nach außen auftreten wollen, dann müssen wir uns klarmachen, dass nicht nur die Absichten der Politik zur Debatte stehen, sondern auch die Wirkungen. Die Absichten waren alle gut; manche Wirkungen auch. Ich denke da an das Thema Irak-Krieg und an das, was Olaf Scholz im Bereich der Kurzarbeit gemacht hat. Da gibt es vieles, wovon wir sagen können: Jede Regierung mit SPD ist besser als ohne.

Richtig ist aber auch, dass bei allen Grundweichenstellungen, die sein müssen, herausgekommen ist, dass die Schere zwischen Arm und Reich größer geworden ist, dass wir viel zu viele prekäre Beschäftigung haben, dass die Menschen Angst vor dem Abstieg haben und vor der Absenkung des Lebensstandards im Alter, obwohl sie ihr Leben lang gearbeitet haben. Sie verübeln es uns deswegen, weil die Kernkompetenz bei uns die Gerechtigkeitsfrage ist, Genossinnen und Genossen. Den ersten Buchstaben in unserem Parteinamen müssen wir sozusagen erfüllen, sonst werden wir nicht gewählt. Das ist der Kern, um den wir uns kümmern müssen.

(Beifall)

Wir können nicht nur sagen, wir brauchen Wirtschaftskompetenz. Das stimmt zwar auch. Aber die Menschen wählen uns in erster Linie nicht wegen der Wirtschaftskompetenz, sondern sie wählen uns, weil sie glauben, wir kümmern uns um die Mehrheit der Menschen. Das sind diejenigen mit Kindern, die hart arbeiten, und diejenigen, die unsere Hilfe brauchen und bekommen müssen. Den anderen, denen es gut geht – wie vielen hier im Saal –, dürfen wir nicht Steuersenkungen versprechen, sondern denen müssen wir sagen: Ihr müsst mehr dazu beitragen, damit das andere funktionieren kann.

(Vereinzelt Beifall)

Genossinnen und Genossen, ich glaube, hier im Saal hat niemand Zweifel: Eine Mehrheit in Deutschland ist gegen Atom, eine Mehrheit in Deutschland ist für Mindestlöhne, eine Mehrheit in Deutschland ist gegen Studiengebühren, eine Mehrheit in Deutschland ist dagegen, den Reichen noch mehr zu geben, sondern sie will stattdessen eine Entlastung für die mit den geringsten Einkommen.

Sie haben uns aber nicht geglaubt, dass wir es auch tun. Das hat auch etwas damit zu tun, wie wir miteinander umgehen. Wenn wir in fünf Jahren sechs Vorsitzende wählen, dann werden wir es schwer haben, zu sagen, Solidarität sei einer unserer Grundwerte, liebe Genossinnen und Genossen. Darüber müssen wir auch reden.

Viele von uns, die es geschafft haben, haben es nicht geschafft, weil sie so toll sind – das gilt für mich auch –, sondern weil ihnen jemand geholfen hat. Das heißt, es geht um das

Thema Respekt für Aufstieg. Wenn jemand wie der Thilo Sarrazin so redet, wie er das als Sozialdemokrat tut, dann schadet uns das mehr, als das jemand anderer tun könnte.

(Beifall)

Das gilt für Wolfgang Clement und manchen anderen auch; sie schaden uns mehr, als das jeder politische Gegner könnte, Genossinnen und Genossen. Deshalb müssen wir auch darauf schauen, wie wir reden.

Deswegen sage ich: Wir müssen jetzt die innerparteiliche Debatte so führen, dass wir uns am Ende klar sind, wo die Korrekturen angebracht werden müssen, und dass wir sagen, dass das, was die Mehrheit der Menschen ungerecht findet, auch ungerecht ist. Das muss man dann ohne Totalrevision – die will niemand, der vernünftig ist – tun. Die Debatte über eine Totalrevision kommt dann auf, wenn wir uns die rosarote Brille aufsetzen und so tun, als sei das, was passiert ist, gar nicht so schlimm. Es ist nicht nur der Wechsel in der Demokratie von Gewinn und Verlust, sondern es ist dramatischer.

Eines will ich deutlich sagen: Wir werden wirklich gebraucht. Das erkennt man, wenn man sich das, was in der Politik passiert, anschaut. Wir müssen gegen Schwarz-Gelb – ob bei der Bildungspolitik, bei der Energiepolitik, beim Thema Arbeit, beim Thema handlungsfähiger Staat und auch bei der Steuerpolitik – wieder für Fortschritt kämpfen. Das glauben sie uns aber nur, wenn wir eine klare Alternative sind. Große Koalitionen nützen uns auch nicht, wenn wir in der Minderheit sind. Auch das muss man ehrlicherweise hinzufügen.

(Vereinzelt Beifall)

Genossinnen und Genossen, ich bin auch seit vielen Jahren in der Partei und könnte mir überhaupt nicht vorstellen, in einer anderen zu sein. Die Jusos in Schleswig-Holstein haben vor 20 Jahren einmal formuliert: Wir sind nicht gut, aber wir sind besser als alle anderen. – Ich finde, das ist schon ein Anfang. Damit sollten wir loslegen: mit einer ordentlichen Analyse und danach mit Beschlüssen, die uns gemeinschaftlich wieder nach vorne bringen.

Herzlichen Dank.

(Beifall)

**Garrelt Duin, Tagungspräsidium:** Das Wort hat jetzt Thorsten Schäfer-Gümbel. Ihm folgt Ottmar Schreiner.

**Thorsten Schäfer-Gümbel, Hessen-Süd:** Liebe Genossinnen und Genossen, über ein Drittel unserer Wählerinnen und Wähler erklärt in einer aktuellen Umfrage, dass sie

uns unsere Niederlage gönnen, dass wir sie verdient haben. Warum tun sie das? Sie machen das auf der einen Seite am Thema Vertrauen und Glaubwürdigkeit fest. Es geht darum, was wir vorher versprochen und anschließend getan haben.

Ich sage dazu sehr klar – auch nach dem, was Gernot Grumbach und andere gesagt haben –: Daran haben auch wir einen Anteil, den wir benannt haben. Deswegen fordere ich alle anderen auch auf, ihre Anteile zu benennen; denn man muss am Anfang der Debatte ehrlich sein, damit man die richtigen Konsequenzen zieht.

Der zweite Teil ist die Frage der politischen Kultur in der SPD und über die SPD. Dazu ist viel gesagt worden: zu der Frage, wie wir mit Vorsitzenden, mit Gremien und untereinander und miteinander umgegangen sind und was das für Flügelausinandersetzungen heißt. Das bedeutet vor allem, dass wir beenden müssen, dass jede Strategie und jede Sachfrage zu einer Macht- und Personalfrage wird.

(Beifall)

Dazu gehört auch ein Aufräumen mit der Frage, was das mit der politischen Mitte ist. Das Thema Politische Mitte ist nicht ein Hinterherrennen hinter soziologischen Kleingruppen, sondern es geht bei dem Konzept der politischen Mitte – zumindest habe ich es immer so verstanden; vielleicht wollte ich es auch so verstehen – um ein Konzept über die Deutungshoheit gesellschaftlicher Entwicklungen. Insofern ist das richtig. Ein Hinterherrennen hinter nicht existenten soziologischen Kleingruppen führt uns aber in die Irre.

(Vereinzelt Beifall)

Das führt uns letztlich zur entscheidenden Frage, die die Wählerinnen und Wähler genauso umgetrieben hat: Für was stehen wir? Was will die Sozialdemokratie? Die Sozialdemokratische Partei ist nach wie vor vor allem auch die Partei von Gerechtigkeit und Arbeit. Ich will keine allgemeine Debatte darüber führen, aber ich will den Punkt einmal vertiefen.

Das tue ich anhand des Themas Hartz IV. Das Thema Hartz IV hat viele richtige Facetten. Das gilt für Fördern und Fordern. Es gilt, dass wir das Zuständigkeitschaos zwischen Sozialhilfe und Arbeitslosenhilfe beendet haben, dass wir die versteckte Armut beendet haben. Wir müssen aber doch zur Kenntnis nehmen, dass sich all diejenigen, die wir auch ansprechen wollten – Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer –, durch Hartz IV hinsichtlich ihrer sozialen Sicherheit, hinsichtlich ihres sozialen Status verunsichert fühlten. Angst ist kein guter Ratgeber in Veränderungsprozessen, liebe Genossinnen und Genossen.

(Vereinzelt Beifall)



Wir müssen das ernst nehmen. Ich sage rückwärtsgewandt ausdrücklich nicht: Das war alles falsch. – Das habe ich in vielen Gesprächen mehrfach gesagt. Es muss stattdessen jetzt darum gehen, uns zu fragen, welche Konsequenzen wir denn aus diesem Befund ziehen. Was heißt das denn für die Fortentwicklung unserer Arbeitsmarktpolitik? Wenn wir das Thema Fort- und Weiterbildung – berufliche Qualifikation – ernst nehmen, dann müssen wir eine gängige Praxis an vielen Stellen beenden, indem die Arbeitsmarktpolitik entweder auf Ein-Euro-Jobs oder auf den fünften Kurs darüber, wie ich eine Bewerbung richtig schreibe, reduziert wird. Das ist ein unangemessener Umgang mit Arbeitslosigkeit, liebe Genossinnen und Genossen.

(Vereinzelt Beifall)

Es geht im Übrigen auch um die Umsetzung des Anspruchs „Leistung muss sich wieder lohnen“. Genossinnen und Genossen, wir können das sagen, weil diejenigen, die sich im Bereich der beruflichen Fortbildung einbringen, eine zweite, eine dritte Chance bekommen müssen. Der dänische Arbeitsmarkt zeichnet sich dadurch aus, dass ein Drittel der Beschäftigten jährlich den Arbeitsplatz wechselt. Das ist ein hoch flexibler Arbeitsmarkt. Warum? Das ist so, weil es auf der einen Seite eine hohe soziale Sicherheit und auf der anderen Seite einen klaren Anspruch auf berufliche Qualifizierung gibt, und zwar einen Anspruch auf qualifizierte berufliche Weiterentwicklung. Das muss aus meiner Sicht die Leitplanke für das sein, was sich an Weiterentwicklung für den Arbeitsmarkt ergibt.

Genossinnen und Genossen, dazu gehört dann eben auch, dass die vier Grundrechenarten ausreichen, um zu erkennen, dass sich das nicht von selbst bezahlt, und dass wir auch darüber zu reden haben werden, wie Verteilungsgerechtigkeit unter schwierigeren Bedingungen hergestellt werden kann.

Letztlich gilt für uns heute, wie auch in allen anderen Debatten, das, was Carlo Schmid gesagt hat: In der SPD ist es wie auf einem Floß: Man hat ständig nasse Füße, aber man geht nie unter.

Herzlichen Dank.

(Beifall)

**Garrelt Duin, Tagungspräsidium:** Vielen Dank, Thorsten. – Das Wort hat Ottmar Schreiner. Ihm folgt Martin Schulz.

**Ottmar Schreiner, Parteivorstand:** Liebe Genossinnen und Genossen, ich will zunächst einmal an Florian Pronold anknüpfen, der gesagt hat: Wir müssen die Verteilungsgerechtigkeit wieder auf die Tagesordnung der Partei setzen.

Das haben viele über viele Jahre gefordert. Es war einer der großen Grundirrtümer der letzten Jahre, den Versuch zu unternehmen, Verteilungsgerechtigkeit aus dem Wertekanon der SPD zu löschen oder an den Rand zu drängen.

(Vereinzelt Beifall)

Das war ein verheerender Fehler in einer Zeit, in der die Unterschiede zwischen Arm und Reich immer größer geworden sind, in der die Unterschiede in den Vermögen und Einkommen immer größere Ausmaße angenommen haben. In kaum einem anderen Land Europas werden die wirklich Vermögenden so wenig zur Finanzierung öffentlicher Aufgaben herangezogen wie hier bei uns in Deutschland.

Ich habe es für höchstnotpeinlich gehalten, dass wir seit Jahren einen Eiertanz um die Frage geführt haben, ob wir die Wiedereinführung der Vermögensteuer fordern dürfen oder nicht.

(Beifall)

Was darf denn eine sozialdemokratische Partei, wenn sie sich bereits vor dieser Frage drückt?

Das Ganze hat auch einen beschäftigungspolitischen Aspekt. Wir wissen aus vielen Untersuchungen, dass die Beschäftigungsfelder der Zukunft im Wesentlichen im Bereich der Bildung, im Bereich der Gesundheit und im Bereich der Sicherheit liegen. Wir wissen zudem, dass hier die öffentliche Nachfrage in weiten Teilen gefordert ist. Wir müssen das also finanzieren. Ich wäre sehr dafür, im Bildungsbereich die notwendigen Milliarden zu investieren, damit möglichst alle Kinder eine vernünftige Ausbildung erhalten.

In den deutschen Jugendstrafanstalten hat von Tausend Insassen einer Abitur. Das heißt, Bildung schützt auch vor Jugendkriminalität. Durch eine vernünftige Bildung der jungen Menschen werden auch unsere Bahnhöfe sicher. Die Vermögenden können doch bitte sehr einen vernünftigen Beitrag dazu leisten, damit wir diese Aufgabe in Zukunft anpacken können.

(Beifall)

Ich will einen zweiten Aspekt ansprechen, weil ich hier auch als Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen spreche. Das war für uns in den letzten Jahren in weiten Teilen kein Honigschlecken. Ich will keinen Hehl daraus machen, dass ich davon ausgehe, dass wir eine grundlegende Revision sowohl der Arbeitsmarktpolitik wie auch der Rentenpolitik brauchen. Es geht nicht um Änderungen im Detail. Wir haben in der Arbeitsmarktpolitik in den letzten Jahren Kernprinzipien der sozialdemokratischen Arbeitsmarktpolitik ausgehebelt. Das Kernprinzip der sozialdemokratischen

Arbeitsmarktpolitik war die strukturell schwächere Partei am Arbeitsmarkt. Das sind der Arbeitnehmer und die Arbeitnehmerin. Im Falle der Arbeitslosigkeit soll ihnen ein Minimum an Selbstbestimmung erhalten werden, sie sollten nicht vollends unter die Räder kommen und gezwungen sein, ihre Arbeitskraft um jeden noch so niedrigen Preis zu verhökern. Das war das Kernelement sozialdemokratischer Arbeitsmarktpolitik, eine Schutzfunktion für diejenigen zu bilden, die strukturell schwächer sind am Arbeitsmarkt im Verhältnis zu den Arbeitgebern. Diese strukturelle Ungleichheit ist durch die moderne Arbeitsmarktgesetzgebung nicht gemildert, sie ist verschärft worden, weil ein Arbeitsloser nach der neuen Rechtslage seine Arbeitskraft um jeden Preis zu verkaufen hat. Tut er es nicht, läuft er Gefahr, sanktioniert zu werden. Das ist der direkte Weg in den Niedriglohnssektor gewesen.

(Beifall)

Das ist der direkte Weg in die Vertiefung und Verbreiterung von prekären und atypischen Beschäftigungsverhältnissen gewesen. Wir sind inzwischen neben den USA weltweit an zweiter Stelle das Land mit dem höchsten Anteil an Niedrig- und Armutslöhnen. Diese Schleusen sind durch die Mechanismen der Hartz-Gesetzgebung weit geöffnet worden. Deshalb muss das im Interesse der Menschen korrigiert werden, liebe Kolleginnen und Kollegen. Das wird alleine mit Detailänderungen nicht zu erreichen sein.

(Beifall)

Im Übrigen, wenn man sich die Instrumente anschaut: Das waren früher überwiegend gute Qualifizierungsinstrumente mit dem Ziel, die Arbeitslosen wieder in gute Arbeit einzugliedern. Das war gewissermaßen der emanzipatorische Aspekt der Arbeitsmarktpolitik. Bei den Langzeitarbeitslosen gibt es so gut wie kein einziges brauchbares, vernünftiges Instrument, das für eine langfristige Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt sorgen könnte. Die Langzeitarbeitslosigkeit hat sich enorm verfestigt. Da gibt es kaum noch eine Möglichkeit, wieder auszusteigen. Und was viele Redner völlig zu Recht betont haben: Wir haben weder eine arbeitsmarktliche noch eine andere Perspektive für die Millionen von Menschen in der Unterschicht. Und die werden wir entwickeln müssen. Noch haben wir keine vernünftige Antwort auf die Fragen von vielen Leuten aus der Arbeitnehmerschicht: Was tut ihr dagegen, dass wir Gefahr laufen, im Falle der Arbeitslosigkeit nach unten in den Keller der Gesellschaft abzurutschen und dort nicht wieder herauszukommen? Diese Frage werden wir mit einer neuen Arbeitsmarktpolitik beantworten müssen.

Zur Rente werde ich im Verlauf der Debatte noch etwas sagen. Ich bin noch längst nicht am Ende, aber am Schluss meiner Ausführungen. Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall)

**Garrelt Duin, Tagungspräsidium:** Vielen Dank, Ottmar. Das Wort hat Martin Schulz. Ihm folgt Michaela Engelmeier-Heite.

**Martin Schulz, Parteivorstand:** Liebe Genossinnen und Genossen, wir diskutieren über die notwendige Analyse der Lage der SPD nach dieser für meine Begriffe unstrittig schweren Wahlniederlage. Ich möchte euch eine Frage stellen nach den Redebeiträgen, die ich gehört habe, nach der Rede von Franz, nach den vielen analytischen Beiträgen, die sicher in großer Zahl in den Analysen und Argumenten voll zutreffend sind. Dennoch folgende an uns selbst gerichtete Frage, auch mit dem Ziel zu überlegen, ob ihr aus der Beantwortung der Frage, die ich stelle, vielleicht für euch selbst mit Blick auf die Zukunft etwas gewinnen könnt.

Die Sozialistische Partei Frankreichs hat in den letzten Wahlen ein anderes Programm als wir vorgelegt. Es war eine Oppositionspartei und keine Regierungspartei. Sie hat viele Forderungen, die hier auf den Tisch gelegt worden sind, als Kritik an uns und unserem Regierungshandeln als Wahlprogramm formuliert und liegt bei 17 %. Wir haben in den skandinavischen Staaten europaweit verloren. Ich bin auch Vorsitzender einer parlamentarischen Fraktion, die am Tag der Europawahl in ganz Europa verloren hat. Nichts gibt es zu beschönigen an dem, was wir falsch gemacht haben. Nichts gibt es daran zu bestreiten. Aber vielleicht müssen wir auch begreifen, dass die Krise der Sozialdemokratie nicht ein deutsches Phänomen ist, sondern ein Phänomen in Gesamteuropa und dass wir uns als SPD deshalb auf den Weg machen müssen, eine Strategie zu entwickeln, weil wir die größte Mitgliedspartei der Sozialistischen Internationale sind, die größte Mitgliedspartei der sozialdemokratischen Partei Europas sind, eine Strategie, wie die Sozialdemokratie nicht nur in Deutschland, sondern in Europa insgesamt wiederbelebt werden kann. Das ist auch eine Aufgabe dieses Parteitags.

(Beifall)

Denn, Genossinnen und Genossen, ein Stück von dem, was Ottmar Schreiner hier beschreiben hat, kann man auch beim Namen benennen. Verteilungsgerechtigkeit herzustellen bedeutet, dass der Staat auch die Einnahmen erzielen können muss, damit er Verteilungsgerechtigkeit garantieren kann. Ein Stück der Krise des Kapitalismus ist aber doch, und das ist einer unserer Fehler als deutsche Sozialdemokraten und als Sozialdemokraten in anderen Ländern, dass der Nationalstaat nicht mehr in der Lage ist, die Anteile so zu generieren, dass er sein eigenes Budget, seinen eigenen Haushalt so aufstellen kann, dass er die Verteilungsgerechtigkeit auf nationaler Ebene noch garantieren kann. Wir tun aber noch immer oder schon viel zu lange so, als könnten wir es noch, obwohl wir es lange nicht mehr können.

Deshalb ist eine Antwort auf die Krise der Sozialdemokratie: Die Konservativen und Liberalen haben längst erkannt, dass die Globalisierung und Europäisierung der

Finanzmarktgesetzgebung, der Wirtschaftsgesetzgebung, der Handelsgesetzgebung auf europäischer Ebene in ihrem Interesse ist, ihre Interessen befriedigt, die Interessen ihrer Wählerinnen und Wähler befriedigt. Die Antwort darauf kann nicht die Renationalisierung des Sozialstaats sein, sondern muss die Europäisierung des Sozialsystems als Ergänzung der national vorhandenen Schutzstrukturen sein.

Deshalb, Genossinnen und Genossen, ist es ganz wichtig – das will ich an dieser Stelle doch mal sagen –, dass sich diese Partei dazu bekennt, dass sie regieren will. Wir sind jetzt in der Opposition, aber was heißt das denn? Die Gesetzgebung, die für die Dinge, die ich gerade angesprochen habe, notwendig ist in Europa, für die Kontrolle der Finanzmärkte, wird jetzt von Guido Westerwelle vertreten. Da hätte ich aber lieber Peer Steinbrück und Frank-Walter Steinmeier sitzen gehabt. Das will ich deutlich sagen.

(Beifall)

Deshalb, Genossinnen und Genossen, glaube ich, dass es wichtig ist, dass wir klar analysieren, was wir bei uns falsch gemacht haben. Aber wir müssen aus der Analyse auch eine Konsequenz ziehen. Und die Konsequenz, von der ich glaube, dass wir sie ziehen müssen, lautet: Die Glaubwürdigkeit von sozialdemokratischer Politik – das hat Gernot Grumbach, finde ich, richtig auf den Punkt gebracht – hängt davon ab, dass das Handeln der Personen und das, was sie sagen, übereinstimmen. Sagen, was man tut, und tun, was man sagt. Das ist absolut richtig.

Aber es hängt auch ein Stück davon ab, dass wir unseren Wählerinnen und Wählern die Grenzen dessen, was wir im Nationalen erreichen können, wirklich beschreiben, wenn sie erreicht sind, und dass wir nicht so tun, als ob man zum Beispiel eine Finanzmarktkrise durch nationale Gesetzgebung oder Parteitagbeschlüsse bewältigen könnte. Dafür braucht man eine transnationale Politik. Wenn man das nicht schafft, Genossinnen und Genossen, dann werden wir den Sozialstaat auf Dauer nicht erhalten können. Zum Sozialstaat im nationalen Rahmen gehört das soziale Europa dazu.

Deshalb, finde ich, sind die Beschlüsse, die wir als Partei in Hamburg gefasst haben, die Beschlüsse in unserem Wahlprogramm, die richtigen und richtungsweisenden. Dazu gehört auch das, was Franz Müntefering gesagt hat, worüber überhaupt keiner in der Debatte geredet hat: Demokratie und Wirtschaft, Demokratie und dieser Wildwestkapitalismus schließen sich aus. Denn dieser Wildwestkapitalismus gefährdet die Demokratie – aber nicht nur national. Denn der Kapitalismus hat sich längst internationalisiert. Dann brauchen wir als Gegenmacht aber auch eine internationale Demokratie, die diesen Namen verdient.

Was das im Konkreten bedeutet, das will ich euch anhand eines kleinen Beispiels zum Abschluss erläutern: Franz hat von den Boulevardpolitikern in Italien und in Frankreich

gesprochen. Ja, in Frankreich wird weniger über den Abbau des Sozialstaats diskutiert als darüber, was Carla Bruni beim letzten Staatsempfang anhatte. Und in Italien haben wir eine Politik, in der eine mediale Verquickung mit den ökonomischen Interessen des Regierungschefs zum Alltag gehört.

Jetzt werdet ihr fragen: Was hat das auf dem Parteitag hier zu suchen? Deshalb komme ich zurück auf die europäische Demokratie, die der Franz angesprochen hat: Als die Kirch Media Gruppe in Deutschland pleite gegangen ist, standen ProSieben und Sat 1 zum Verkauf. Der vorletzte Bieter war die Firma des Herrn Berlusconi, Fininvest. Die haben den Zuschlag Gott sei dank nicht bekommen. Wenn sie ihn bekommen hätten, dann würden über diesen Parteitag heute zwei dem Silvio Berlusconi gehörende Medienanstalten in Deutschland berichten. Und ich sage euch, wie die berichten würden: so, wie es dem italienischen Premierminister gefällt. Ich sage euch noch einmal: Kritik an allem, was wir richtig oder falsch gemacht haben, ja. Aber ich will in die Zukunft gerichtet schauen und mit dafür sorgen – Franz hat das zu Recht im Zusammenhang mit der europäischen Demokratie angesprochen –, dass die Sozialdemokratische Partei Deutschlands nicht nur Nabelschau betreibt, sondern das bleibt, was sie immer war: die Avantgarde des europäischen Sozialismus. – Vielen Dank.

(Beifall)

**Garrelt Duin, Tagungspräsidium:** Das Wort hat die Michaela Engelmeier-Heite, ihr folgt Andreas Bovenschulte aus Bremen.

**Michaela Engelmeier-Heite, Nordrhein-Westfalen:** Liebe Genossinnen und Genossen! Es sind ja nun schon viele Sachen gesagt worden. Ich möchte eigentlich auch nicht nach dem Motto verfahren, es ist alles schon gesagt, nur noch nicht von jedem. Trotzdem möchte ich ganz klar meine Empfindungen sagen:

Ich bin Bundestagskandidatin gewesen für die SPD Oberberg. Es ist mir im letzten Wahlkampf immer öfter passiert, dass mich die Leute angesprochen und gesagt haben: Ich habe immer die SPD gewählt, dieses Mal wähle ich sie nicht, denn sie hat ihr Herz verloren – Andrea Nahles hat uns das in Bochum ganz klar bestätigt. Ich glaube nicht, dass wir unser Herz verloren haben. Wir haben es vielleicht öfter versteckt und manchmal vergessen, unsere Basis zu beteiligen. Mir ist es ganz wichtig, dass wir die offene Diskussion, die angestoßen ist durch dieses horrendes Ergebnis bei der Bundestagswahl, in allen Ortsvereinen, in allen Unterbezirken und natürlich auch auf der höchsten Ebene führen.

Einen Aspekt möchte ich einbringen, der mir heute ein bisschen zu kurz gekommen ist – ich möchte eine Bresche dafür schlagen –: In meinem zweiten Leben bin ich Vizepräsidentin eines großen deutschen Sportverbandes, des Deutschen Judo-Bundes. Mit

200.000 Mitgliedern sind wir einer der mittleren Sportverbände. Ich habe immer nicht verstanden, dass unsere Partei, die wirklich in allen gesellschaftlichen Schichten verankert ist, gerade im Sport, das gar nicht genutzt hat. Uns fehlen Netzwerke. Aus euren Ortsvereinen werdet ihr kennen, dass die Schwarzen uns das vormachen: Die sitzen in jedem Vereinsvorstand, die sitzen in jedem Schützenverein, während wir unser Licht unter den Scheffel gestellt haben. Das muss auch die SPD machen, um in die gesellschaftliche Mitte zurückzufinden. Wir müssen uns nicht nur im Sportbereich, sondern auch im kulturellen Bereich verankern. Wir müssen einfach da sein und Ansprechpartner der Leute werden. Dann nehmen sie uns das auch ab. Zuletzt war das leider nicht mehr der Fall.

Deswegen hoffe ich, dass von diesem Parteitag dieser Aufruf nach draußen getragen wird. Lasst uns einfach wieder überall da reingehen, wo wir gebraucht werden. Dann bin ich ganz, ganz zuversichtlich, dass es wieder klappt.

(Beifall)

**Garrelt Duin, Tagungspräsidium:** Ganz herzlichen Dank, Michaela. Das Wort hat Andreas Bovenschulte aus Bremen. Ihm folgt Ute Berg, Paderborn.

**Andreas Bovenschulte, Bremen:** Liebe Genossinnen und Genossen! Aus Bill Clintons Wahlkampagne ist die urmarxistische Einsicht übermittelte: Es ist die Wirtschaft, Dummkopf! – Ich finde das nicht falsch. Denn so sehr es richtig ist, dass gesellschaftlicher Reichtum gerecht verteilt werden muss, genauso richtig bleibt es natürlich, dass er vor der Verteilung erst zu erwirtschaften ist. Gemessen an dieser objektiven Bedeutung der Wirtschaftspolitik für die SPD scheint mir die kritische Debatte an diesem Punkt noch etwas unterbelichtet zu sein. Ich glaube aber, dass es auch beim Thema der wirtschaftspolitischen Strategien dringend notwendig ist, kritisch Bilanz zu ziehen und sich zu fragen: Was war richtig, und an welchen Punkten haben wir Maßnahmen betrieben und eine Politik gemacht, die nicht geeignet war, ein tragfähiges, nachhaltiges Wirtschaftswachstum zu gewährleisten?

Genossinnen und Genossen, wenn man sich die wirtschaftspolitische Bilanz unserer Regierungszeit von 1998 bis 2008 anguckt, dann stellt man leider fest, dass vieles nicht zum Besten bestellt war. Da kann man im Prinzip jeden Indikator nehmen, den man möchte:

Nehmen wir den Indikator Wirtschaftswachstum, der natürlich am nächsten liegt. In diesem Zeitraum haben wir im europäischen Vergleich eindeutig eine unterdurchschnittliche Performance hingelegt. Nehmen wir die Entwicklung der Beschäftigung, dann müssen wir auch an diesem Punkt feststellen, dass die Entwicklung unterdurchschnittlich war. Und nehmen wir die Entwicklung der Löhne, dann müssen wir leider auch in diesem Punkt eine unterdurchschnittliche Entwicklung feststellen.

Ich glaube, die problematischste Entwicklung hat sich dann im Zeitraum ab 2005 gezeigt. Da haben wir nämlich die historisch einmalige Situation gehabt, dass es ein kräftiges oder zumindest mittleres Wirtschaftswachstum gab und die Realeinkommen der Mehrheit der Menschen trotzdem stagnierten oder sogar gesunken sind. Das haben sie uns sehr übel genommen.

Genossinnen und Genossen, man kann jetzt lange darüber diskutieren, was die Ursachen für diese Entwicklung waren. Das lässt sich auch nicht hier auf einem Parteitag in einem kurzen Redebeitrag in allen Facetten ausleuchten. Ich glaube aber, dass richtig ist, was schon ein Vorredner gesagt hat: Im Kern war unser Problem, dass das deutsche Wirtschaftsmodell noch viel zu stark auf Herstellung von Wettbewerbsfähigkeit und einseitiger Kostensenkung aufgebaut ist. Wir haben unsere Exportweltmeisterei mit unterdurchschnittlichem Wirtschaftswachstum und mit Lohnverzicht erkaufte. Genossinnen und Genossen, zum Teil waren es wirtschaftspolitische Ursachen, die zu diesem wirtschaftspolitischen Modell geführt haben. Leider haben wir durch einige unserer Entscheidungen aber auch dazu beigetragen, diese exportorientierte Einseitigkeit zu unterstützen. Unsere arbeitsmarktpolitischen Reformen – ich glaube, das muss man sich eingestehen –, die Verschärfung der Zumutbarkeitskriterien, die Ablösung der Arbeitslosenhilfe und anderes, haben letztlich dazu beigetragen, die strukturelle Verhandlungsposition der Gewerkschaften zu schwächen. Und die Folge davon waren sinkende Reallöhne

(Vereinzelt Beifall)

Genossinnen und Genossen, wenn das das Problem war, stellt sich jetzt natürlich die Frage: Was ist die Therapie? Ich glaube, eine der wichtigsten Aufgaben in den nächsten Monaten und Jahren wird es sein, zu einem ausgeglicheneren Wirtschaftsmodell zu kommen. Der entscheidende Hebel hierzu ist, dass wir eine Wende in der Verteilungspolitik brauchen. Nur wenn es wieder eine produktivitätsorientierte Lohnpolitik gibt, wenn wir wieder einen vernünftigen Zuwachs des Binnenkonsums und der Binnennachfrage haben, werden wir diese wirtschaftspolitische Einseitigkeit überwinden und ein nachhaltiges, sozialdemokratisches Wirtschaftsmodell entwickeln können.

(Vereinzelt Beifall)

Genossinnen und Genossen, was können wir dazu tun? Wir führen ja nicht die Lohnverhandlungen, aber wir müssen uns bei all unseren arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen überlegen, welche Auswirkungen sie auf die Verhandlungsmacht der Arbeit gegenüber dem Kapital haben und welche Möglichkeiten wir haben, die Gewerkschaften dabei zu unterstützen, ökonomisch sinnvolle Reallohnsteigerungen durchzusetzen, damit wir ein nachhaltiges Wirtschaftsmodell – was nicht auf der permanenten Verschuldungsbereitschaft amerikanischer Verbraucher aufgebaut ist – durchsetzen können. Ich



glaube, das ist eine Voraussetzung dafür, dass wir wirklich in großem Umfang gute Arbeit schaffen können. – Besten Dank.

**Garrelt Duin, Tagungspräsidium:** Danke, Andreas. Das Wort hat Ute Berg. Ihr folgt Björn Böhning, Berlin

**Ute Berg, Parteivorstand:** Liebe Genossinnen und Genossen! Franz Müntefering hat eben in seinem Rechenschaftsbericht einen weiten Bogen gespannt: von der Entwicklung unserer Partei über die Entwicklung in unserem Land in den letzten Jahren hin zu den Aufgaben, die vor uns liegen. Es war in Teilen eine sehr nachdenkliche Rede, auch selbstkritisch, durchaus aber auch selbstbewusst und kämpferisch.

Und es war ein Aufruf, sich durch das desaströse Ergebnis am 27. September nicht entmutigen zu lassen, sondern die klare Botschaft auszusenden: Wir kommen wieder!

Lieber Franz, das ist auch unser Ziel. Genau deshalb müssen wir heute eine Zäsur setzen und einen Neuanfang auf mindestens vier Ebenen starten:

Wir müssen – das wurde schon mehrfach gesagt – mehr innerparteiliche Demokratie wagen. Ich finde, es ist geradezu sensationell, was in unserer Partei schon passiert ist, seit wir das angekündigt haben. Ihr alle werdet in euren Unterbezirken und Ortsvereinen erlebt haben, dass die Leute wieder viel mehr in die Veranstaltungen strömen und auch diesen Aufruf „Mehr Demokratie wagen“, „Mehr innerparteiliche Demokratie wagen“ ernst nehmen und sich auch daran halten.

Wir müssen auf gegenseitige Solidarität und Akzeptanz ausgerichtet sein.

Wir müssen einen anderen Stil pflegen, unsere Partei stärker auch nach außen öffnen und mit Wissenschaftlern, Gewerkschaftern, Unternehmern, Künstlern, mit Menschen aus allen Bereichen der Gesellschaft zusammenkommen, mit ihnen reden und vor allem auch ihre Empfindungen und Anregungen mit aufnehmen.

Viertens müssen wir uns klarer und deutlicher positionieren als in der Vergangenheit und die Positionen, die wir entwickelt haben, auch offensiv vertreten.

Das alles kann nur in einer gemeinsamen Kraftanstrengung gelingen. Die Partei in Bund, Ländern und Kommunen muss zusammenarbeiten – gemeinsam mit den Parlamentariern in der Bundestagsfraktion, den Landtagen, den Kommunalparlamenten, auch in der EU und vor allem – das ist ganz wichtig – mit den Mitgliedern überall, wo sie sind, also mit der Parteibasis. Das ist inzwischen Grundkonsens.

Diese Diskussionsprozesse – das müssen wir uns auch klar machen und in Kauf nehmen – brauchen viel mehr Zeit. Aber sie sind mit Sicherheit auch nachhaltiger als schnelle Entscheidungen einiger weniger Spitzengenosinnen und Spitzengenossen

über die Köpfe der Partei hinweg, die dann letztlich nur noch nachempfunden und nachvollzogen werden können.

Bei all den Diskussionen, die wir führen, dürfen der eigentliche Sinn und Zweck unseres politischen Handelns nicht in den Hintergrund treten, nämlich unsere Politik an den Bedürfnissen und an der Lebenswirklichkeit der Menschen auszurichten und wirklich auch glaubhaft zu vermitteln, dass wir ihre Lebensbedingungen verbessern wollen. Wir müssen das mit ganz viel Herzblut tun. Das wurde schon gesagt. Das Motto von Hannah Arendt „Politik ist Liebe zum Leben“ fand ich übrigens ganz schön. Das müssen wir beherzigen. Aber wir müssen auch unseren Verstand mit dazu einsetzen, und wir dürfen keine Wolkenkuckucksheime und keine Eier legende Wollmilchsau vermarkten wollen, wie es die Linkspartei in vielen Bereichen tut.

Was heißt das ganz konkret? – Die Menschen wollen Sicherheit, gerade in unruhigen Zeiten, zuallererst durch Arbeit, und zwar durch gute Arbeit, von der sie sich und ihre Familien ernähren können. Um dies auch wirklich gewährleisten zu können, müssen wir Zukunftsmärkte stützen und ausbauen und innovative Entwicklungen voranbringen, zum Beispiel im Bereich der grünen Technologien, bei denen wir schon jetzt, wie ihr wisst, in vielen Bereichen Weltmarktführer sind. Damit schaffen wir die Grundlage für neue Arbeitsplätze, wir schützen unsere Umwelt und legen auch die Grundlagen für eine prosperierende Wirtschaft. Frank-Walter Steinmeier hat in seinem Deutschlandplan dazu hervorragende Vorschläge gemacht, die es jetzt nur noch zu konkretisieren gilt.

Dass wir dafür gut ausgebildete Menschen brauchen, die eine solche Entwicklung voranbringen, versteht sich von selbst. Schon aus diesem Grund ist die Bildungsfrage von existenzieller Bedeutung. Nur mit gut ausgebildeten Menschen und einer Politik, wie ich sie gerade skizziert habe, können wir auf Dauer auch einen leistungsfähigen Sozialstaat und eine solidarische Gesellschaft erhalten bzw. festigen, und nur so können wir die großen Herausforderungen unserer Zeit – Klimawandel, Knappheit der Energieressourcen, alternde Gesellschaft – meistern.

Ich komme zum Schluss. Ich wollte eigentlich auch noch etwas zur Rolle des Staates und zu unseren Prinzipien sagen, die eben nicht nur Klientelpolitik wie bei der FDP beinhalten können und dürfen, sondern die Allgemeinheit im Auge haben müssen. Das spare ich mir jetzt.

Ich sage abschließend nur noch einmal: Ich bin davon überzeugt, dass wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten die Garanten für soziale Gerechtigkeit, für einen starken Sozialstaat und eine prosperierende Wirtschaft sind. Ich würde das durchaus auch gleichberechtigt nebeneinander stehen lassen wollen. Wir brauchen da die Auseinandersetzung mit Schwarz-Gelb wirklich nicht zu fürchten.

Noch eines, Genossinnen und Genossen: Es ist ganz wichtig, dass wir diese Politik auch weiter verfolgen. Denn ich bin ganz fest davon überzeugt, dass wir in diesem Land weiterhin und gerade jetzt unbedingt gebraucht werden.

(Beifall)

**Garrelt Duin, Tagungspräsidium:** Das Wort hat jetzt Björn Böhning. Ihm folgt Franziska Drohsel.

**Björn Böhning, Parteivorstand:** Liebe Genossinnen und Genossen! Einige Rednerinnen und Redner haben gefragt, warum wir dort oben nicht die ganze Zeit zugehört haben und nicht die ganze Zeit im Raum waren. Für mich kann ich es beantworten: Wir haben uns entschlossen, auf diesen Parteitag zehn bundesweit bekannte Bloggerinnen und Blogger einzuladen und mit ihnen gemeinsam zu diskutieren, wie Sozialdemokratie wieder stärker in der Gesellschaft verankert werden kann. Ich finde es wichtig, dass wir diese Diskussion hier führen. Es ist aber auch wichtig, dass wir wieder stärker mit gesellschaftlichen Gruppen in Verbindung kommen, liebe Genossinnen und Genossen. Das war auch Teil des Problems in den letzten Jahren und Monaten.

(Beifall)

Das Thema Sicherheit und Sicherheitspolitik hat leider in den letzten Jahren offensichtlich zu mehr Unsicherheit geführt. Genossinnen und Genossen, Sicherheit muss auch Vertrauen schaffen. Wer ein BKA-Gesetz macht, wer Vorratsdatenspeicherung zulässt, der schafft nicht Sicherheit, sondern der schafft Unsicherheitsgefühle. Dieses Unsicherheitsgefühl müssen wir ernst nehmen.

(Vereinzelt Beifall)

Deswegen ist es unsere Aufgabe, wieder Vertrauen zurückzugewinnen und auch deutlich zu machen: Freiheit ist bei uns nicht nur ein Wert von Freiheit in der Gesellschaft, sondern auch von Freiheit gegenüber denjenigen, die Daten und andere Dinge sammeln. Wir sagen: Freiheit zuerst. Auch das muss in diesem Bereich gelten. Datenschutz und Bürgerrechte sind nicht nur ein Wald-und-Wiesen-Thema, sondern der Kern sozialdemokratischer Politik.

(Beifall)

Wenn wir über die Wahlanalyse reden, dann können wir aus meiner Sicht nicht darüber schweigen, dass wir 20 % bei jungen Wählerinnen und Wählern verloren haben, und können wir nicht darüber schweigen, dass das auch Ursachen hat, nämlich dass es der SPD offensichtlich nicht gelungen ist, das digitale Lebensgefühl wirklich einzufangen, liebe Genossinnen und Genossen, dass es nicht gelungen ist, die Diskussionen, die im Netz und darüber hinaus zum Beispiel über Netzsperrern geführt worden sind, in der

SPD zu reflektieren und darüber gemeinsam zu diskutieren, dass es auch nicht gelungen ist, das Internet nicht nur als Quelle von Bedrohungen oder als Medium, das eingeschränkt werden muss, zu begreifen, sondern seine demokratischen und freiheitlichen Potenziale auszubauen. Liebe Genossinnen und Genossen, auch das gehört dazu, wenn wir über die Wahlanalyse reden.

(Beifall)

Deswegen reicht es nicht aus, sich nur ein Facebook-Profil zu machen, sondern es muss dazu führen, dass wir wieder Diskurse im Netz führen – nicht nur über das Thema Netzsperrern – sehr wohl –, sondern auch darüber, wie wir wieder stärker mit jungen Menschen in Kontakt kommen, die sich hauptsächlich diskursiv im Netz konstituieren. Ich glaube, das ist ganz wichtig. Ich möchte mich gerne dafür engagieren.

Apropos junge Menschen: Das Thema „Versagte Aufstiegshoffnungen und berechtigte Abstiegsängste“ ist natürlich eines, das uns zu diesem Wahlergebnis geführt hat. Ich bin der Meinung, dass wir die Aufstiegshoffnungen, die junge Menschen an uns formuliert haben, wirklich nicht so erfüllt haben, wie es sich gehört. Wenn junge Menschen mit 25 aus der Uni kommen, vielleicht ein oder zwei Studienabschlüsse haben – ich überspitze das –, vier Sprachen sprechen, drei Auslandsaufenthalte hinter sich haben und trotzdem nur einen befristeten Vertrag für ein halbes Jahr oder ein Praktikum oder wieder eine Befristung und noch eine Befristung und keinen richtigen Job bekommen, dann hat das etwas mit unerfüllten Aufstiegshoffnungen zu tun, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Dann haben junge Leute irgendwann von Praktika die Schnauze voll und davon, dass sie nicht eine ordentliche Perspektive bekommen. Sie richten die Frage an uns, ob sich ihre Leistung noch lohnt oder nicht. Diese Frage müssen wir beantworten.

Zum Thema Abstiegsängste: Ich hatte meinen Wahlkreis in Friedrichshain-Kreuzberg. Dort haben wir viele sozialdemokratische Kernwähler, die uns nicht mehr vertrauen, die auch nicht mehr zur Wahl gehen, die auch mich nicht gewählt haben. Es hat auch etwas damit zu tun, dass das einzige Angebot, das wir ihnen im Bereich Abstiegsängste und Behebung von Abstiegsängsten gemacht haben, Bildungspolitik ist, Bildung und Integration. Ich finde das richtig. Aber wenn 10 bis 15 % unserer Kernwählerschaft nur noch Bildungsversagen kennen, keinen Bildungserfolg mehr kennen und wenn es ihnen nicht gelingt, im Bildungssystem so, wie es gestaltet ist, wirklich nach vorne zu kommen, dann können wir ihnen nicht nur sagen: Bildung als Chance. Das begreifen die nicht, das wollen sie nicht, das verstehen sie auch nicht.

Deswegen ist es unsere Aufgabe, auch über die Frage des Niveaus der Bildungsausgaben zu sprechen, aber auch über die Frage, wie es uns gelingt, eine gemeinsame Bildungspolitik

von Bund, Ländern und Kommunen gemeinsam zu formulieren und nicht immer nur auf die andere Ebene zu verweisen, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Es geht auch darum, über Integrationspolitik zu sprechen. Wenn heute in Berlin fast jeder zweite junge Mensch in der Schule einen Migrationshintergrund hat, dann können wir doch nicht nur über Bildungspolitik oder andere Fragen sprechen, sondern wir müssen Integrationspolitik als Querschnittsaufgabe unserer Gesellschaft begreifen. Da hat es in der vergangenen Diskussion zwei Rohrkrepierer gegeben. Der erste Rohrkrepierer ist, dass wir damals der Überzeugung waren, das sind Gastarbeiter, die auch wieder gehen. Das ist nicht so. Die bleiben hier, und das ist auch gut so. Der zweite Rohrkrepierer ist, dass wir dachten, das funktioniert alles von alleine, die integrieren sich, und alles ist gut. Nein, Integrationspolitik ist eine Aufgabe, die wir vorwärts diskutieren müssen und die wir auch stark diskutieren müssen, über alle Querschnittspolitikbereiche hinweg.

Der letzte Punkt, der mir wichtig ist: Gerechtigkeitsempfinden. Das hat auch Frank angesprochen. Ich glaube schon, dass wir uns selbstkritisch fragen müssen, warum wir es zugelassen haben, dass die Schere zwischen Arm und Reich in Deutschland immer weiter aufgegangen ist. Ich bin sehr dafür, darüber zu reden: Gute Arbeit zuerst. Ja, das ist richtig, und das soll auch so sein. Wir müssen aber auch darüber reden, warum es uns nicht gelingt, das reale Gerechtigkeitsempfinden, das offensichtlich empfindlich gestört ist, so zu beantworten, dass uns die Menschen wieder mit sozialer Gerechtigkeit verbinden. Deswegen sage ich, liebe Genossinnen und Genossen: Gute Arbeit zuerst, soziale Gerechtigkeit aber auch. – Vielen Dank.

(Beifall)

**Garrelt Duin, Tagungspräsidium:** Danke, Björn.

Zwei Dinge einmal zwischendurch. Zum einen ist auf der Damentoilette ein Ring einer Genossin liegengeblieben, Gold mit Steinchen. Wenn es eine ehrliche Finderin – um die wird es sich dann im Zweifel handeln – gibt, möge sie diesen Ring bitte hier vorne abgeben. Dann wäre diejenige, die ihn verloren oder liegengelassen hat, sehr dankbar.

Das Zweite ist, einfach nur mal zur Information, weil es viele Fragen danach gibt: Wir hatten bisher 35 Wortmeldungen und haben jetzt noch 25 Wortmeldungen vorliegen. Dann habt ihr eine ungefähre Vorstellung.

Jetzt ist Franziska dran. Danach kommt Kerstin Griese.

**Franziska Drohse, Berlin:** Liebe Genossinnen und Genossen! 146 Jahre nach der Gründung der deutschen Sozialdemokratie, knapp sieben Wochen nach dem historisch

schlechtesten Ergebnis der SPD seit Gründung der Bundesrepublik, für eine stolze Partei wie die SPD zweifelsohne eine Demütigung und ein Auftrag, die Ursachen zu analysieren und Konsequenzen zu ziehen. In den letzten Wochen konnte man sehen, wie man es nicht tun sollte. Statt den Wähler ernst zu nehmen und sich einer selbstkritischen Bestandsaufnahme zu unterziehen, wurde der Vertrauensverlust von sage und schreibe 10 Millionen Wählerinnen und Wählern als Kommunikationsproblem deklariert. So, liebe Genossinnen und Genossen, geht die Talfahrt weiter!

(Beifall)

Selbstverständlich hat unsere Regierungszeit viele richtige und wichtige Wegmarken gesetzt: Der Atomausstieg und die Reform des Staatsbürgerschaftsrecht wäre in einer anderen politischen Konstellation nicht durchsetzbar gewesen. Aber mit dem Kernbereich unserer Glaubwürdigkeit, mit dem Grundgedanken der Sozialdemokratie, haben wir Schindluder getrieben. Es gibt sicher viele Menschen, die uns wegen unserer guten Kulturpolitik wählen. Aber die Basis unserer Politik war immer das Versprechen, dass es den sozial Benachteiligten besser mit uns gehen würde, dass alle mit uns gut leben können sollen und dass dem Kapitalismus, dem System, das so viele Ungleichheiten produziert, soziale Regeln gegeben werden sollen. Dafür sind wir 1998 gewählt worden, dafür haben wir das Vertrauen bekommen, und das haben wir leider – das zeigt das Ergebnis glaube ich, ganz klar – enttäuscht.

(Beifall)

Allzu viele sind den neoliberalen Heilsversprechern hinterhergelaufen und wollten den Staat in ein Unternehmen verwandeln. Unter unserer Regierungsbeteiligung ist die Schere zwischen Arm und Reich auseinandergegangen. Dieser Weg war in unserer Partei kein Konsens. Er wurde in jedem einzelnen Punkt durch schnöde Erpressung herbeigeführt. Diese Basta-Politik, diese Ohnmacht der Basis gegenüber der eigenen Führung hat dazu beigetragen, dass Wahlkämpfe nicht mehr gezogen haben. Jeder von uns hat die Erfahrung gemacht, wie schwer es ist, am Infostand zu stehen, wenn man die Beschlüsse der Partei nicht mehr aus vollster Inbrunst verteidigen kann, geschweige denn, dass man sie überhaupt noch erklären kann.

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, dem müssen wir uns an diesem Wochenende stellen. Wie sollen wir Schwarz-Gelb den Kampf ansagen, den Kampf gegen Steuerungerechtigkeit, den Kampf gegen die Aufweichung der Mitbestimmung, wenn wir uns nicht klar zu den sozialen Härten verhalten, die wir mit hervorgebracht haben? Da ist mir eine Diskussion über alles und nichts, eine ausschließliche Rechenschaftsdebatte und keine Klarheit, wie der Weg jetzt weitergehen soll, ehrlich gesagt, nicht genug. Ich möchte

von diesem Parteitag wissen, welche konkreten Herausforderungen wir als Partei in den nächsten zwei Jahren bewerkstelligen wollen, und ich möchte wissen, wie jeder einzelne Genosse und jede Genossin sich in diesen Prozess einbringen kann.

Aus diesem Grund haben die Jusos einen Initiativantrag genau zu dieser Frage gestellt. Für mich ist die Antwort nämlich recht klar: Die SPD muss wieder Partei der sozialen Gerechtigkeit sein, denn diese Gesellschaft braucht die SPD. Wir brauchen ja nur rauszugehen und uns die gesellschaftlichen Zustände anzusehen: Kinder, die nicht jeden Tag eine warme Mahlzeit bekommen, Jugendliche, die vor Perspektivlosigkeit nicht einmal mehr formulieren können, was ihnen die Gesellschaft verwehrt, Menschen, die in Arbeitslosigkeit abgerutscht sind und vor Hartz IV, der Schikane der Job-Center und der Ausgrenzung in ihrem Freundeskreis stehen.

Deshalb dürfen wir uns nicht in unser Schneckenhaus zurückziehen, sondern wir müssen rausgehen. Wir müssen wissen, was in dieser Gesellschaft los ist, und wir müssen Lösungen finden. Einige Lösungen haben wir auch schon. Die müssen wir dann aber auch konsequent und mutig nach draußen vertreten.

Wenn wir sagen, wir brauche eine Umverteilung von oben nach unten, dann muss man auch den Mut haben, klar zur Vermögensteuer zu stehen, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Und wenn wir keine Privatisierung der öffentlichen Daseinsvorsorge wollen, muss auch endgültig Schluss sein mit der Diskussion über die Bahnprivatisierung.

(Beifall)

Lasst uns an anderer Stelle wiederum klare Fragen formulieren, denn auch ich glaube nicht, dass wir heute auf alles eine Antwort haben. Aber lasst uns die Weichen klar stellen und lasst uns vor allem dafür sorgen, dass wir eine neue Diskussionskultur haben, wo wir einmal nach draußen gehen, mit Gewerkschaften und mit der gesellschaftlichen Bewegung diskutieren, wo wir zum anderen aber wieder von unten nach oben diskutieren und die Basta-Politik ein Ende hat.

Das ist unser Antrag. Ich würde mich über eure Unterstützung freuen. Schließlich wollen wir alle eine starke SPD und eine starke Sozialdemokratie in dieser Gesellschaft. – Danke.

(Beifall)

**Garrelt Duin, Tagungspräsidium:** Vielen Dank, Franziska. – Das Wort hat jetzt Kerstin Griese. Ihr folgt Niels Annen.

**Kerstin Griese, Parteivorstand:** Liebe Genossinnen und Genossen! Zu einer Diskussion über die Erfolge und die Fehler der SPD, zu einer Diskussion über unsere Glaubwürdigkeit gehört meines Erachtens, dass man über beides spricht, über Fehler, die gemacht wurden, aber auch über Erfolge. Ich glaube, dass es für unsere Identität und dafür, wie wir weiterarbeiten, wichtig ist, auf diesen Erfolgen aufzubauen, und dass es das Hauptanliegen sein muss, dass wir ein sozialdemokratisches Profil entwickeln und stärken, uns nicht an andere Parteien anbiedern, sondern dass wir unser Profil wieder stärker finden, dass wir unsere Mitte finden und uns selbst als Sozialdemokratie dort richtig verorten.

Wenn man sich die Wählerverhaltensanalysen ansieht, sieht man, dass etwa ein Drittel unserer Wählerinnen und Wähler für Rot-Grün war – das ist für mich die sympathischste Richtung –, ein Drittel wollte eine Koalition der Linkspartei, und ein Drittel fand die Große Koalition gut. Das heißt, uns hilft es überhaupt nicht weiter, anderen hinterherzurrennen, sondern uns hilft es nur, uns auf unsere Kraft, unsere Inhalte und unsere Stärke zu besinnen.

(Beifall)

Deshalb geht es darum, welches Gesellschaftsbild, welches Menschenbild wir verkörpern – nicht nur, welches wir aufschreiben, sondern welches wir auch verkörpern –, auch in der Auseinandersetzung mit dem politischen Gegner.

Zu dem, was zur Selbstkritik gehört, ist aus meiner Sicht wichtig, zu sagen: Wir müssen noch mehr tun. Wir haben zu wenig getan, um Armut entgegenzuwirken. Die Armutschere in unserem Land ist leider größer geworden. Gerade beim Thema Kinderarmut sieht man das. Da müssen wir mehr tun, und da müssen wir uns in Zukunft noch besser mit Gewerkschaften, mit Kirchen und mit Wohlfahrtsverbänden vernetzen.

Aber in der Auseinandersetzung gerade mit dem politischen Gegner – das sollte für uns auch wieder im Vordergrund stehen – ist es wichtig, unser Profil zu benennen. Ich will am Beispiel der Familienpolitik deutlich machen, dass es auch wichtig ist, auf unseren Erfolgen aufzubauen.

Wir erleben gerade, was passiert, wenn Schwarz-Gelb regiert. Es gibt einen Steuerfreiheitbetrag, der nur den Reichen hilft, eine Familienpolitik mit der Gießkanne, die den Effekt hat, dass Reiche reicher werden und Arme ärmer. Stattdessen haben wir dafür plädiert – wir haben dafür die ersten Zeichen gesetzt und die ersten Entscheidungen gefällt –, dass in die wichtige Infrastruktur für Kinder investiert wird.

Auch wenn diese neue Regierung jetzt schlimme Rückschritte vorhat, gibt es Dinge, die bleiben und die mit der Sozialdemokratie verbunden werden. Man muss in dieser Debatte immer wieder benennen, welche Dinge unser Land positiv verändert haben: das



Ganztagsschulprogramm, der Ausbau der Kinderbetreuung. In Nordrhein-Westfalen gibt es heute für ein Viertel aller Kinder im Grundschulalter einen Ganztagsschulplatz. Das ist nicht mehr zurückzudrehen. Das sind sozialdemokratische Erfolge. Das gehört auch zu einer Analyse unserer Situation. Wenn man sich anschaut, was die jetzige Bundesregierung vorhat – zum Beispiel die katastrophalen Pläne zum Betreuungsgeld –, dann wissen wir alle: Das geht in eine ganz andere Richtung. Nichtsdestotrotz sage ich noch einmal: Unsere familienpolitischen Erfolge bleiben bestehen.

Zur Glaubwürdigkeit gehört zum Beispiel auch, dass wir uns dem stellen müssen, was das Bundesverfassungsgericht zum Thema Kinderregelsätze bei Hartz IV sagen wird. Das ist ein Bereich, wo wir deutlicher Änderungen vorschlagen müssen, wo wir auch Unterschiede verdeutlichen können. Man sieht, dass Schwarz-Gelb überhaupt keinen Bezug zu den Menschen hat, die in Armut leben, die ausgegrenzt sind und die sich nicht am eigenen Schopfe aus ihren Schwierigkeiten herausziehen können. Wenn wir die neue Diktion der Bundesregierung von Leistung und Privatisierung hören, ist es für uns wichtig, unser Profil der sozialen Gerechtigkeit zu betonen und auf dem aufzubauen, was wir gemacht haben. Ich bin dagegen, so zu tun, als sei dies alles nichts gewesen. Das waren wichtige gesellschaftliche Fortschritte, die unser Land geöffnet haben.

Das gilt auch für einen Bereich, von dem ich meine, dass wir ihn noch viel stärker behandeln müssen, für den Bereich der Migrationspolitik und des Staatsbürgerschaftsrechts. Auch da sind wir noch nicht so weit gekommen, wie wir wollten. Es gibt immer noch den Optionszwang beim Staatsbürgerschaftsrecht. Wir wollen, dass man doppelte Staatsbürgerschaft haben kann. Aber auch da haben wir schon erste Schritte unternommen.

Bei aller Notwendigkeit, über die Fehler und Probleme zu reden, müssen wir auf das setzen, was wir verändert haben und wo sich unser Land zum Positiven geöffnet hat. Wie heißt es so schön: Der Feind des Guten ist das Bessere. Deshalb mein Appell: Lasst uns gemeinsam dafür kämpfen, dass es mit der SPD besser wird und dass unser Markenkern der sozialen Gerechtigkeit im 21. Jahrhundert erkennbar wird. Wir müssen deutlich machen, wo wir ansetzen und an welchen Punkten wir in Zukunft weiterarbeiten werden. – Vielen Dank.

(Beifall)

**Heiko Maas, Tagungspräsidium:** Das Wort hat jetzt Niels Annen. Danach spricht Julian Nida-Rümelin.

**Niels Annen, Parteivorstand:** Liebe Genossinnen und Genossen! Ich glaube, dieser Wahlsonntag war für uns alle ein schlimmer Sonntag. Er war ein Schock. Trotzdem

gibt es gute Nachrichten. Es ist schon darauf hingewiesen worden: Die überwiegende Mehrheit in diesem Land ist nicht nur offen für sozialdemokratische Positionen, sie unterstützt sozialdemokratische Positionen. Deswegen, Genossinnen und Genossen, glaube ich, dass es um die Frage geht: Wie kann es eigentlich sein, dass in einer Zeit, in der der ungebremste Kapitalismus offensichtlich mit seinen Konzepten gescheitert ist, in der eine Partei wie die von Herrn Westerwelle mit ihren marktliberalen Positionen durch die Ereignisse der letzten Monate und Jahre eigentlich widerlegt worden ist, es der Sozialdemokratie nicht gelungen ist, die Zustimmung für Themen wie starker Staat, gesetzliche Mindestlöhne, solidarische Finanzierung der Sozialsysteme in eine politische Mehrheit zu verwandeln?

Ich will euch ganz offen sagen: Ich habe keine fertige Antwort darauf in der Tasche. Ich glaube, die Frage, wie wir den Weg zu neuer Stärke und den Weg auch wieder zurück in die Regierung schaffen, hängt auch davon ab, welches Signal von diesem Parteitag an die vielen Menschen ausgeht, die wir in den letzten elf Jahren unserer Regierungsverantwortung verloren haben. Deswegen bin ich überzeugt davon: Die Leute wären doch überhaupt nicht zufriedener, wenn die SPD sagt: Das ist unser Konzept, wir wissen jetzt woran es gelegen hat. – Sie erwarten von uns aber eine klare Haltung.

Durch den bisherigen Verlauf der Debatte bin ich ermutigt. Denn wir haben die richtigen Fragen gestellt. Es geht jetzt darum, dass wir um die richtigen Antworten ringen. Wir müssen das aber in einer Weise machen, wie wir das in den letzten Jahren zum Teil nicht geschafft haben. Ich will das aufgreifen, was Franz Müntefering heute Morgen in seiner Rede gesagt hat: Es ist eine offene Frage, ob wir Volkspartei bleiben. Ja, Genossinnen und Genossen, da hat Franz recht. Ich glaube, es ist aber auch eine Frage an uns. Denn Volkspartei bedeutet natürlich auch, dass man es aushält und aushalten will, dass es unterschiedliche Meinungen und Persönlichkeiten in dieser Partei gibt. Der Streit, der sich daraus ergibt, er wird uns nicht schaden. Er würde uns dann schaden, wenn es nur um Positionen und nur um Nickeligkeiten geht. Aber wenn die Menschen den Eindruck haben, das ist eine Partei, die darum ringt und im positiven Sinne streitet, was für dieses Land richtig ist, dann werden wir nicht nur Volkspartei bleiben, Genossinnen und Genossen, dann werden wir auch wieder Erfolge haben.

Die Berechtigung von Sozialdemokratie in diesem Land hat etwas damit zu tun, dass es unsere historische Aufgabe und unser Anspruch gewesen ist – im Gegensatz zu dem, was die Kommunisten gemacht haben –, mit demokratischen Mitteln in unserem Land und in Europa dafür zu sorgen, dass dieser ungebremste Kapitalismus gebändigt wird. Deswegen ist es für eine sozialdemokratische Partei so schwierig, zu akzeptieren, dass in den letzten Jahren die Reichen in diesem Land reicher und die Armen ärmer geworden sind.

Ist das alles die Schuld der Sozialdemokratie? Man hat manchmal den Eindruck, wenn man den internen Diskussionen lauscht. Natürlich nicht! Es hat etwas mit unserer Schwäche zu tun, sozialdemokratische fortschrittliche Antworten populär zu machen, sich stark zu machen. Deswegen brauchen wir den Schulterchluss. Wenn wir ehrlich sind: Wir haben in den letzten 11 Jahren immer dieselben Leute in den Talkshows gehört: Herr Sinn, Herr Raffelhüschen haben uns eingeredet: weniger Staat und mehr Eigenvorsorge seien die Antwort.

Die Sozialdemokraten und auch die Gewerkschaften waren alle miteinander nicht stark genug. Uns fällt kein Zacken aus der Krone, wenn wir sagen: Ja, wir haben viele Dinge falsch gemacht. Es sind auch falsche Entscheidungen getroffen worden. Aber die Grundausrichtung und die Grundüberzeugung dieser Partei sind intakt. Deswegen bin ich überhaupt nicht in Sorge. Wir werden das gemeinsam schaffen, wenn wir das, was wir gemeinsam diskutieren, auch in die Praxis umsetzen. – Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall)

**Heiko Maas, Tagungspräsidium:** Vielen Dank, Niels. Jetzt spricht Julian Nida-Rümelin.

**Julian Nida-Rümelin, stellv. Vorsitzender des Kulturforums der Sozialdemokratie:** Genossinnen und Genossen! Möglicherweise bin ich in diesem Saal der Einzige mit dieser Einschätzung. Aber ich finde es beachtlich, mit welcher Konzentration dieser Parteitag einer sehr ernsthaften Debatte folgt. Das gilt zum großen Teil auch für den Vorstand. Wir sollten alle einen Beitrag dazu leisten, dass es so bleibt. Es gibt noch eine lange Rednerliste. Ich werde versuchen, alle Argumente, die schon vorgebracht worden sind, nicht zu wiederholen.

Ich will zwei Punkte ansprechen, die bislang nur am Rande erwähnt wurden und die verständlicherweise nicht im Mittelpunkt der Analyse stehen, die mir aber wichtig zu sein scheinen.

Der erste Aspekt. Wenn wir einmal die erfolgreichen Wahlen 1969, 1972, 1998 und auch noch 2002 vergleichen, dann haben sie alles eines gemeinsam, nämlich dass die Sozialdemokratie auf breite Unterstützung gestoßen ist im Bereich Kultur und Wissenschaft. Das war auch noch 2002 deutlich der Fall. Ich erinnere mich an diesen Wahlkampf gut. Rot-Grün war so eindeutig positioniert in diesem Bereich der kreativen Klasse, dass die Konservativen nichts dagegen aufbieten konnten. Das galt also noch 2002. Es galt nicht mehr 2005, und es galt überhaupt nicht mehr 2009.

Genossinnen und Genossen, ich glaube, an dem Punkt müssen wir kurz nachdenken und sagen, woran das liegt. Ich verstehe es sehr gut, und ich glaube, es ist auch

richtig, dass man sich in einer solchen schwierigen Phase, in der die Sozialdemokratie in Europa ist – Martin Schulz hat darauf hingewiesen; das gilt auch für die SPD in Deutschland –, auf das besinnt, bei dem wir uns alle einig sind: soziale Gerechtigkeit, Schulterschluss mit den Gewerkschaften, Arbeitnehmerinteressen. Aber wir müssen auch Brücken in eine sehr vielfältig gewordene und immer vielfältiger gewordene Gesellschaft hinein bauen oder auch Brücken wieder restaurieren, bei denen es in der letzten Zeit zu einer Einsturzgefahr kam.

Ich bin bereit, einen Beitrag dazu zu leisten. Ich habe kein politisches Mandat und bin in diesen Bereich beruflich und auch sonst tätig. Mein Appell ist: Vielfalt und Offenheit für die gesellschaftlichen Entwicklungen und für die kulturellen Interessen, die es in dieser Gesellschaft gibt.

(Beifall)

Die zweite Anmerkung. Hubertus Heil hat völlig zu Recht darauf hingewiesen: Wir haben in einem nicht ganz einfachen Prozess – ich glaube, sieben Jahre mit wechselnden Vorsitzenden – ein wirklich gutes neues Grundsatzprogramm erarbeitet, aber wir sollten uns hier keiner Fehleinschätzung hingeben. Die Programmatik einer Partei ist nicht das bedruckte Papier, sondern als Pragmatiker will ich es einmal so formulieren: Die Programmatik einer Partei ist die in sich schlüssige Interpretation ihrer Praxis, einschließlich ihrer Äußerungen, ihrer Reden. Bedrucktes Papier, Reden und Praxis: Das muss also zusammen stimmen, und es muss über die Zeit hinweg schlüssig sein. Das ist dann die Programmatik einer Partei.

Noch einmal Martin Schulz erwähnend: Das ist ein Problem, das wir in fast ganz Europa haben. Die große Erzählung des sozialdemokratischen Projektes ist unscharf, unklar, widersprüchlich geworden. Wir haben dieses Problem auch in Deutschland – trotz des Hamburger Programms.

Um das etwas zu konkretisieren: Ich würde vorschlagen, wir führen in den nächsten Wochen und Monaten eine Debatte darüber, bei welchen mittelfristigen Projekten unsere Programmatik Profil und Richtung bekommen könnte.

Ich gebe dazu einen Hinweis. Es gibt ja viele Legenden. Eine Legende ist zum Beispiel, wir seien ein Hochsteuerland. Deutschland ist eines der Niedrigsteuerländer in der OECD. Das ist einfach ein Faktum. Man muss ja nur die Statistiken lesen können.

(Vereinzelt Beifall)

Eine weitere Legende, von der Bild-Zeitung jedes Jahr erneuert, lautet, es gebe einen aufgeblähten Staatsapparat. Irgendwann im Juni oder Juli wird gesagt: Ab jetzt arbeitet man für sich selbst, während man vorher für den Staat gearbeitet hat. – Ich

setze einmal eine Zahl dagegen: 8 Prozent der Lohn- und Gehaltssumme in Deutschland – bei 12 Prozent der Köpfe – sind von Angehörigen des öffentlichen Dienstes. In Schweden sind das über 30 Prozent. Genossinnen und Genossen, ich glaube, wir müssen da offensiv herangehen.

(Vereinzelt Beifall)

Wenn wir einen humanen, sozialen Staat wollen, dann heißt das: einen aktiven Staat. Es geht nicht in erster Linie um Transferleistungen, sondern um einen aktiven Staat mit Ganztageeinrichtungen aus Gender-Gesichtspunkten: für die Kinder, für die Zukunft und für die Bildung. Es geht um einen aktiven Staat, der jedem, der aus dem Erwerbsleben herausfällt, sofort wieder neue Perspektiven gibt. Dafür braucht es mehr Menschen – Frauen wie Männer – in diesen Berufen. Wir haben einen großen Spielraum in dieser Richtung. Wir sollten ihn zu konkreten mittelfristigen Projekten verdichten und damit wieder Glaubwürdigkeit und programmatische Perspektive entwickeln.

(Vereinzelt Beifall)

Ich will eines zum Schluss hinzufügen, Genossinnen und Genossen: Ich bin gerade vorhin beim Hereinkommen von einem Journalisten angesprochen und gefragt worden, wie ich denn die Zukunft der SPD sehe. Ich will es einmal so formulieren: Schwarz-Gelb hat klar gewonnen, aber dieser Staat, der die Handlungsfähigkeit der Politik auf allen drei Ebenen vom Start weg ruiniert, wird auf Dauer keine Mehrheit in diesem Lande finden; da bin ich mir ganz sicher.

(Beifall)

**Heiko Maas, Tagungspräsidium:** Vielen Dank, Julian. – Jetzt hat Christian Flisek das Wort. Danach spricht Joachim Poß.

**Christian Flisek, Bayern:** Liebe Genossinnen und Genossen! Lieber Franz, du hast gesagt, auf den letzten Parteitag gab es immer Mehrheiten für die Regierungspolitik, die in den letzten elf Jahren gemacht wurde. Ich denke, das ist formal korrekt. Ich betone aber: Es ist formal korrekt. Es ist eine richtige Feststellung, wenn man auf die formale Beschlusslage abstellt. Ich bezweifle allerdings, ob man auch dann noch von diesen Mehrheiten so reden könnte, wie du das getan hast, wenn man das Ganze inhaltlich betrachtet. Ich will das vorwegschicken: Ich halte das in der Art und Weise, wie du das in deinem Bericht getan hast, für eine kühne Behauptung.

Liebe Genossinnen und Genossen, vielleicht ist es euch aufgefallen: Normalerweise haben solche Parteitage ja ein Motto. Unser Motto heute ist einfach nur: Sozialdemokratische Partei Deutschlands. – Es ist sehr viel über unseren Markenkern gesprochen

worden. Ich will das einmal aus einer anderen Perspektive betrachten: Wir haben es in den letzten Jahren zugelassen, dass dieser Markenkern zerfleddert wurde, dass sich andere politische Kräfte dessen, was wir in unserem Namen tragen – das Soziale – bemächtigt haben.

Wenn wir in Bundestagsdebatten heute hören, dass sozial das ist, was Arbeit schafft, dann haben wir über Jahre hinweg nicht aufgepasst, was mit diesem Begriff passiert. Wir sind jetzt in einer Defensive, in einer Verteidigungsposition, und es bedarf eines Kraftaktes, um diesen Begriff wieder neu zu definieren und ihn neu zu füllen.

Franz, du hast auch gesagt – du hast Hannah Arendt zitiert –: „die Liebe zu den Menschen“. – Ich glaube, gerade dann, wenn man die Liebe bemüht, gehört sehr viel Leidenschaft dazu. Ich glaube, beim Umgang mit dem Thema Soziales ist uns in der letzten Vergangenheit sehr viel Leidenschaft abhanden gekommen. Die Menschen haben den Eindruck gehabt, wir würden diesen Begriff einfach nur noch verwalten.

Ich habe manchmal auch den Eindruck, dass wir das, wenn wir über Themen wie Solidarität reden, so ein bisschen wie eine Monstranz vor uns hertragen. Ich glaube, es ist unsere Aufgabe, diese Begriffe wieder mit modernen Inhalten zu füllen und zu zeigen, dass wir eine Debatte mit solchen Begriffen führen. Das ist keine abstrakte Debatte, sondern das ist eine Debatte über unser eigenes Koordinatensystem, und ich glaube, das brauchen wir dringend.

Liebe Genossinnen und Genossen, ich habe gesehen und ich habe es auch aus den Beiträgen herausgehört – das gibt mir zu denken –, dass wir eigentlich zwei Parteien sind. Angst habe ich nicht vor unseren Flügeln – links, rechts –, sondern Angst habe ich ein bisschen vor unserer Vorstellung, dass wir sagen: Da gibt es diese Parteitagspartei, diese Programmartei, dann gibt es diese Partei, die in der Regierung ist, die Regierungspartei SPD, und das ist irgendwie nicht zusammenzubringen.

Ich glaube, dafür kann es nur zwei Ursachen geben: Entweder ist das, was wir in unsere Programmen hineinschreiben, nicht für die reale politische Wirklichkeit geeignet, oder denen, die für uns Regierungsverantwortung tragen, fehlt es an Phantasie und im Zweifel eben auch an politischen Machtprojekten, um diese Mehrheiten in Deutschland zu organisieren, die wir in unsere Programme hineinschreiben. Ich glaube, die Tatsache, dass das in der letzten Zeit auseinandergefallen ist, ist das, was wir heute hier das Glaubwürdigkeitsproblem nennen.

Dann wird über Kommunikationsprobleme diskutiert. Ich versuche ganz einfach einmal, das herunterzubrechen; ich bin da ein ganz einfach gestrickter Mensch. Wenn wir aberwitzig viele Milliarden Euro für die Stabilisierung der Finanzmärkte aufwenden und gleichzeitig jahrelang den Menschen erzählt haben, für die Stabilisierung der

sozialen Sicherungssysteme, für Innovationen im Bildungssystem sei das Geld nicht da, dann, so meine ich, lieber Franz, liebe Genossinnen und Genossen, entsteht ein ganz fataler Eindruck bei den Menschen, nämlich der, dass uns die Finanzsysteme mehr wert sind als die sozialen Sicherungssysteme und die Bildungssysteme.

(Beifall)

Wenn sich dieser Eindruck verfestigt – und er hat sich verfestigt –, dann bekommen wir dafür eben die Quittung.

Ein anderes Beispiel. Wir diskutieren darüber, dass wir die Bahn aus Gründen, die ich nicht nachvollziehen kann, privatisieren müssen. Gleichzeitig wird gesagt: Wir müssen Banken, die sich verspekuliert haben, wieder an die Kandare nehmen; wir müssen sie verstaatlichen. Dies sind Dinge – da gehört nicht viel Bildung dazu –, bei denen die Menschen selbst merken: Das alles geht nicht zusammen. – Und das war Teil unserer Politik, liebe Genossinnen und Genossen.

(Vereinzelt Beifall)

Das ist auch kein Kommunikationsproblem.

Ich möchte noch einen Punkt ansprechen. Es geht um den Umgang miteinander. Heute Morgen gab es einen Geschäftsordnungsantrag. Ralf Stegner sagte, wir sollten bitte über die Sache und nicht über die Form und das Verfahren streiten. Es gibt aber Leute, die einmal gesagt haben: Durch Verfahren kann man auch Vertrauen schaffen, je nachdem, wie man diese Verfahren ausgestaltet. – Ich glaube, es geht darum, durch transparente Verfahren Vertrauen zu schaffen. Wer das Verfahren im politischen Streit, in der demokratischen Auseinandersetzung, geringschätzt, der muss sich dann eben auch nicht wundern, dass seine Inhalte, die er dabei gewinnt, oft nicht akzeptiert werden, dass sie also einer mangelnden Akzeptanz unterliegen.

Ihr habt, das sage jetzt nach den Wahlen auch ganz offen – ich komme zum Schluss; ich gebe das jetzt mal von der Basis bzw. davon, was ich als meine Basis sehe, weiter –, viele Gefühle und Bedürfnisse der Menschen in unserer Partei strapaziert, vor allem auch mit der Entscheidung, drei Tage nach diesem Ergebnis direkt ein neues Führungsquintett zu präsentieren.

(Beifall)

Nehmt das bitte zur Kenntnis. Wir müssen weitermachen, das ist klar. Aber ich denke, wir können nicht immer nur so weitermachen und zur Tagesordnung übergehen, als sei nichts passiert.

(Beifall)

**Heiko Maas, Tagungspräsidium:** Das Wort hat jetzt Joachim Poß. Ihm folgt Katharina Kappelhoff.

**Joachim Poß, Parteivorstand:** Liebe Genossinnen und Genossen, ich freue mich, auch mit meinem Beitrag dazu beitragen zu können, dass alle Dinge auf den Tisch kommen, zum Beispiel auch die Wahrnehmung eines Menschen, der schon seit Jahrzehnten in der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion und in der Partei mitwirkt, die sich womöglich von der Wahrnehmung anderer unterscheidet, die in der Tat eine stärkere Außensicht haben. Das will ich an wenigen Punkten klarmachen.

Meine Quintessenz ist, dass es uns aus vielen Gründen, die gerechtfertigterweise genannt wurden, die mit der Entwicklungen der letzten Jahre zu tun hatten – die Stichworte der Agenda sind gefallen –, nicht gelungen ist – zunehmend in der letzten Zeit, bewiesen bei der Bundestagswahl –, unser Profil als linke Volkspartei zu entwickeln, die in den Stadtteilen und Betrieben auch als linke Volkspartei sinnlich erfahrbar ist – aus welchen Gründen auch immer. Das ist für mich die Quintessenz. Und das muss ja unser Ziel sein. Aber unser programmatisches Selbstverständnis – das nicht erst seit Godesberg existiert, aber vielleicht verstärkt seit Godesberg – einer linken Volkspartei, die offen für alle Schichten der Bevölkerung ist und klarmacht, dass sie in erster Linie an der Seite der Arbeitnehmerschaft steht, hat sich nicht mehr vermittelt. Daran müssen wir arbeiten. Dazu einige wenige Stichworte ergänzend zu anderen, die zu Recht genannt wurden.

Martin Schulz ist auf das Verhältnis von Finanzkapital und nationaler Politik eingegangen. Ich füge hinzu: auch nationaler sozialdemokratischer Politik. Das betrifft Fragen wie: Wie können wir mit einer anderen Steuerpolitik dieser Auseinanderentwicklung der Gesellschaft entgegenwirken? Oder gibt es da womöglich Grenzen, die wir selbst bei gutem Willen nicht überwinden können? Ich gebe Martin mit seiner Analyse ganz generell recht: Trotzdem sage ich als Anhänger, der ich immer war: Natürlich können wir die Finanzausstattung unseres Sozialstaates mit einer Vermögenssteuer, für deren Wiedereinführung ich immer war, und mit einer höheren Erbschaftssteuer besser ausstatten. Das heißt aber nicht, dass wir alle Widersprüche, die sich aus der Entwicklung des internationalen Finanzkapitals ergeben, auflösen können. Abgesehen von dieser Kleinigkeit braucht es für eine solche Politik – Florian Pronold hat das Stichwort Erbschaftssteuer erwähnt – auch noch politische Mehrheiten, sowohl im Bundestag als auch im Bundesrat.

Das gilt übrigens auch für die Arbeitsmarktreform. Ich habe mit Ludwig Stiegler und vielen anderen im Vermittlungsausschuss gesessen. Ich habe gesehen, wie Herr Stoiber und Herr Koch, und wie sie alle heißen, gesagt haben: Was, so hohe Regelsätze, die müssen doch noch um 30 % abgesenkt werden! Das, wofür wir Schläge bekommen



haben, meinetwegen zu Recht, waren doch Kompromisse, die sozusagen stark von den Schwarzen geprägt waren. Das ist die Wahrheit. Auch das konnten wir nicht vermitteln. Wir sind also für Ergebnisse politisch haftbar gemacht worden, als ob sie reinrassige sozialdemokratische Ergebnisse gewesen wären. Das hätten wir sicherlich in der Partei noch stärker diskutieren müssen, als das der Fall war.

Aber das heißt nicht bei entsprechenden Mehrheiten, dass wir mehr tun konnten. Das heißt nicht, dass alle in der SPD eine solche Position wie ich hatten. Das ist auch die Wahrheit. Das ist klar.

Das Nächste ist: Zu einer erfolgreichen Partei gehört auch, dass die Leistungen der sozialdemokratischen Politik in Regierungen usw. auch da anerkannt werden, wo sie zweifelsfrei gegeben sind. Das, was die Regierungsmitglieder der Sozialdemokratie geleistet haben, um sich dieser Finanz- und Wirtschaftskrise entgegenzustemmen, ist nicht in der eigenen Partei und damit auch zwangsläufig nicht in der Öffentlichkeit honoriert worden. Denn all das, was gegriffen hat, ob die Konjunkturpakete, das kommunale Investitionsprogramm oder die Maßnahme der Kurzarbeit von Olaf, ist von uns. Die Schwarzen haben sich nur über etwas mehr oder weniger Steuersenkungen gestritten. Das ist nicht ausreichend vermittelt worden – aus welchen Gründen auch immer. Das liegt sicherlich daran – und das ist in dieser Debatte wieder sichtbar geworden, wie es auch hier sichtbar geworden ist –, dass der Gerechtigkeitsbegriff in unserer Partei immer noch nicht geklärt ist, obwohl wir im Hamburger Programm zum ersten Mal eine solche Klärung zwischen vorsorgendem Sozialstaat und Verteilungsgerechtigkeit zu Papier gebracht haben – und ich glaube, in hervorragender Weise. Aber das wurde in der Partei nicht umgesetzt. Das ist in den Turbulenzen der Ereignisse seit 2008 verlorengegangen.

Das alles muss man zusammennehmen und darf anderes auch nicht verschweigen. Das Ergebnis 1998 bei der Bundestagswahl war doch nicht nur das Ergebnis der hervorragenden Arbeit des Personals – das war es sicherlich auch –, sondern die Leute hatten natürlich auch Kohl satt. Das kam hinzu. Mit diesem glänzenden Ergebnis wurden die strukturellen Schwächen, die in unserer Partei schon bestanden, beginnend in den 80er und 90er Jahren, überdeckt. Dann holten uns mit der Unbequemlichkeit dieses Regierungsauftrages diese strukturellen und organisatorischen Schwächen anschließend ein. Das könnte man durchbuchstabieren, wozu aufgrund der knappen Zeit zu Recht nicht die Gelegenheit besteht.

Bei allem, was noch zu erwähnen ist und den Umfragen dieser Tage: Wir sollten uns von den Umfragen nicht die Zuversicht nehmen lassen. Es sind viele unterwegs – nicht nur unsere politische Konkurrenz –, die die große Chance sehen, unseren Charakter

als Volkspartei zu vernichten. Diesen Gefallen sollten wir ihnen bei diesem Parteitag jedenfalls nicht tun.

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall)

**Heiko Maas, Tagungspräsidium:** Vielen Dank, Joachim, jetzt hat Katharina Kappelhoff das Wort. – Zwischenzeitlich begrüße ich auch ganz herzlich die stellvertretende Vorsitzende des BUND in Deutschland, Ulrike Mehl, die hier unter uns ist. Herzlich willkommen.

(Beifall)

**Anna-Katharina Kappelhoff, Hessen-Nord:** Liebe Genossinnen und Genossen, ich versuche ein bisschen, den Verzug von Joachim aufzuholen. Ich versuche es in drei Minuten.

Seneca hat einmal gesagt: „Wenn ein Seemann nicht weiß, welches Ufer er ansteuern muss, dann ist kein Wind der richtige.“ Die Frage ist: Wohin soll es mit uns gehen? Das ist vorhin schon einmal angesprochen worden. Die Journalle frägt das auch sehr gerne. Ich versuche auch einmal, eine Antwort darauf zu finden, denn ich habe mir die Frage auch gestellt. Aber weniger, weil es mir um Wählerstimmen geht, die uns in Regierungsverantwortung bringen, sondern mehr, weil mir diese Partei und ihre Ideale und Ziele am Herzen liegen und ich mit vielen anderen Menschen die Meinung teile, dass es an der Zeit ist, wieder das zu sein, wofür die allermeisten Menschen von uns auf die Straße gehen, im strömenden Regen Plakate kleben und Flyer verteilen, nämlich eine soziale und gerechte Partei, die es auch verdient hat, wiedergewählt zu werden.

(Beifall)

Die schlechten Ergebnisse bei Landtagswahlen, der Europawahl und zuletzt der Bundestagswahl zeigen, dass die Menschen uns nicht mehr richtig vertrauen. Wir haben das in uns gesetzte Vertrauen leichtfertig aufs Spiel gesetzt und unsere Glaubwürdigkeit damit gleich mit verspielt. Wir haben damit nicht nur unsere Wähler verloren, wir verlieren auch uns selbst. Ich ganz persönlich verliere mich, meine innerste Verbindung zu dieser Partei, meine Motive, einer Gemeinschaft beizutreten, die sich seit ihrer Gründung „soziale Gerechtigkeit“ auf die Fahnen geschrieben hatte. Statt Personalfragen zu diskutieren und vorschnelle Entscheidungen zu treffen, brauchen wir eine ernsthafte Debatte über unsere Zukunftsfähigkeit, eine Debatte über Inhalte, Ziele und Aufgaben dieser Partei. Ich bin Sozialdemokratin, weil ich Verantwortung in dieser Gesellschaft übernehmen will, für Menschen, die keine starke Lobby haben,

die nicht schuld sind an der Krise und sie trotzdem bezahlen müssen, Menschen, die die Förderung ihrer Kinder nicht allein stemmen können. Diese Menschen sind es, denen ich mich verpflichtet fühle, für die ich als 21 Jahre junge Frau eine soziale und gerechte Politik machen will.

(Beifall)

Ich ganz persönlich will wieder sagen können, dass ich Mitglied einer Partei bin, die ihrer sozialen Verantwortung nachkommt, die Politik macht für diejenigen, die auf Solidarität und soziale Gerechtigkeit angewiesen sind. Wir müssen einen Schritt voraus sein. Wir müssen diejenigen sein, die Utopien entwerfen. Wir müssen aus unseren Erfahrungen lernen und es besser machen. Wir müssen wieder die programmatischen Vordenker werden, die wir einmal waren.

Für unsere Partei heißt das, Entscheidungen wieder gemeinsam zu treffen, mit allen. Statt starrer Gremienarbeit und Entscheidungsfindungen im stillen Kämmerlein müssen wir Plattformen bieten, um Mitglieder besser einzubinden und um ihre Kompetenzen zu erweitern.

Ich ganz persönlich bin bereit, für diese soziale Gerechtigkeit zu kämpfen, und ich weiß ganz sicher: Ihr seid es auch. Denn letztendlich ist Solidarität das Element, das uns alle hier verbindet. In diesem Sinne ein herzliches Glückauf aus Nord-Hessen.

(Beifall)

**Heiko Maas, Tagungspräsidium:** Vielen Dank, Katharina. – Jetzt hat das Wort Elke Fasler. Nach ihr spricht Rolf-Georg Köhler.

**Elke Fasler, Sachsen:** Liebe Genossinnen und Genossen! Ich komme vom Landesverband Sachsen und ganz konkret aus Zittau aus der Oberlausitz. Für mich sind Parteitage immer wieder etwas ganz Besonderes; denn ich bin ein Kind der ehemaligen DDR. Ihr werdet wissen: Dieser Parteitag findet in einem ganz besonderen Jahr statt, nämlich „20 Jahre friedliche Revolution“. Wir haben dazu in den letzten Wochen sehr viele Berichte gehabt, es gab große Festivitäten. Mir haben diese bedauerlicherweise alle zu kurz gegriffen: Ohne diese Partei hätte es diese friedliche Revolution in dieser Form nämlich nicht gegeben.

(Beifall)

Ich will euch begründen, warum: Es waren Willy Brandt und Egon Bahr, die mit ihrer Politik „Annäherung durch Wandel“ die Entspannungspolitik in Osteuropa vorangetrieben haben.

(Vereinzelt Beifall)

Das ist nicht nur meine Meinung. Ich konnte das taufrisch hören, als Egon Bahr vor kurzem in Zittau am Internationalen Hochschulinstitut, der kleinsten Uni Deutschlands, mit der Ehrendoktorwürde ausgezeichnet wurde. Dort haben das renommierte Politiker aus Tschechien und Polen nochmals bestätigt. Deshalb, muss ich euch sagen, bin ich stolz auf diese Partei. Wir sollten das nie vergessen.

(Beifall)

Ich glaube, dieses Land hat sich nicht nur durch die Wiedervereinigung verändert. Es gab Eingriffe, gerade durch uns ostdeutsche Länder. Ihr wisst ganz genau, dass wir uns damals Tarifen versperrt haben, als aufgrund von Verfehlungen Niedriglohn eingeführt wurde. Das ist nicht auf unsere Partei zurückzuführen. Ich komme aus Sachsen, und da regiert seit immerhin 20 Jahren die CDU.

Ich möchte noch Folgendes sagen: Ich glaube nicht, dass wir uns ständig neu erfinden müssen, dass wir uns ständig selbstkritisch das Leben schwer machen müssen. Wir haben ein hervorragendes Regierungsprogramm. Wir haben ein hervorragendes Grundsatzprogramm. Wir haben einen hervorragenden Deutschland-Plan. Alle, die für uns kandidiert haben, ob auf Bundesebene oder auf kommunaler Ebene, sind hervorragende Kandidaten gewesen. Ich glaube, wir machen nur einen Fehler: Wir – auch wir Sozialdemokraten – leben in einer Mediengesellschaft. Auch der Wähler lebt in einer Mediengesellschaft. Es ist, denke ich, oft wesentlich einfacher, als wir es uns vorstellen, warum man Wahlen verliert. Ich glaube nicht, dass es nur Hartz IV und die Rente mit 67 sind. In einer entsolidarisierten Gesellschaft erhoffen sich die Menschen Solidarität. Wenn die Partei, die für Solidarität, Freiheit und Gerechtigkeit steht, selbst nicht so richtig solidarisch miteinander umgeht und dann auf irgendeine Schlagzeile in den Medien reinfällt – die Medien sind ja heutzutage auch unter Druck; auch sie können nicht mehr in die Tiefe gehen –, dann halte ich das für einen gravierenden Fehler.

(Beifall)

Ich danke allen Vorrednern. Jeder von uns weiß: Jede dieser Reden ist nur ein kleines Puzzlestück. Keiner von uns kann ein Patentrezept liefern. Ich danke an dieser Stelle auch den Mitarbeitern im Willy-Brandt-Haus. Gerade mit Beginn der Weltwirtschaftskrise und unserer Wahlniederlage sind dort die Rechner heißgelaufen, und nicht jeder konnte gleich eine Antwort bekommen. Aber ich finde, dort wird hervorragende Arbeit geleistet. Wir sollten fragen: Warum ist es so, und wie können wir es gemeinsam besser machen?

Ich bedanke mich ganz herzlich bei Kurt Beck, der das Grundsatzprogramm unterschrieben und damit den Linksruck ermöglicht hat. Ich bedanke mich bei Franz. Franz,

ich werde dir nie vergessen, dass du mit dieser Heuschreckendebatte Deutschland so richtig aufgemischt hast. Das wird Geschichte schreiben. Ich danke auch Frank-Walter Steinmeier herzlich für diesen Wahlkampf, den wir alle mitgestaltet haben. Das soll hier keine Lobhudelei sein, und ich will auch keinen Zweckoptimismus verbreiten, sondern nur sagen: Wir alle sind neben Delegierten und Mitgliedern auch Menschen. Das haben wir zu respektieren. Wenn man Genossen anschießt, dann haben wir uns zu solidarisieren.

(Vereinzelt Beifall – Glocke)

– Danke schön für die Erinnerung. Ich wünsche mir von diesem Parteitag ein neues Wir-Gefühl. Ich wünsche uns viel Erfolg und erhoffe eines: Partizipation. Unsere Strukturen der Parteien ermöglichen uns das. Wir sind eine basisdemokratische Partei. Lasst uns Partizipation in der Demokratie intensiv wagen, von unten nach oben, von oben nach unten. – Danke schön für das Verständnis.

(Beifall)

**Heiko Maas, Tagungspräsidium:** Vielen Dank. – Das Wort hat jetzt Rolf-Georg Köhler. Nach ihm spricht Peter Friedrich.

Ich möchte ganz herzlich Erhard Eppler begrüßen, der unter uns ist. Lieber Erhard, herzlich willkommen!

(Beifall)

Du wirst am Sonntag noch zu uns sprechen. Julian Nida-Rümelin hat eben die Kulturschaffenden angesprochen. Deshalb möchte ich auch ganz herzlich Klaus Staeck begrüßen, der ebenfalls unter uns ist. Lieber Klaus, herzlich willkommen!

(Beifall)

Bevor Rolf-Georg etwas sagt, will ich darauf hinweisen, dass eine EC-Karte der Stadtparkasse München gefunden worden ist. Sie ist auf den Namen Tobias Bergmann ausgestellt. Ich bitte, dem Präsidium die PIN-Nummer mitzuteilen.

(Heiterkeit)

Rolf-Georg, du hast das Wort.

**Rolf-Georg Köhler, Hannover:** Und wenn ihr sie habt, gebt ihr bitte einen aus! – Genossinnen und Genossen! Der Beginn des Parteitags hat mich irritiert: Die Bayern hatten einen Antrag gestellt, den ich persönlich für selbstverständlich gehalten habe.

(Beifall)

Wir sind eine Programmpartei. Auf der Basis von Programmen wählen wir unseren Vorstand. Wir hatten heute Morgen die Möglichkeit dazu und sind sehr schnell – vielleicht nur, weil wir nicht mehr darüber nachgedacht haben – darüber weggegangen. Ein Teil der Ergebnisse, die wir heute im Nachgang zu betrachten haben, ist das Ergebnis von elf Jahren Regierungsbeteiligung. Wenn man das als Sozialdemokrat bewertet, dann gibt es ein Kriterium, das die Wertschätzung dieser elf Jahre leider Gottes sehr deutlich ausdrückt, wobei das natürlich nicht an der Masse der Entscheidungen liegen kann; denn es ist auch vieles Gutes entschieden worden: Das Ergebnis von elf Jahren sind 23 Prozent Zustimmung durch den Wähler – zu unseren Personen, zu unseren Inhalten und zu unseren Mitgliedern. Dies ist bitter, und zwar deswegen, weil wir in diesen elf Jahren auch Kultur verlernt haben, innerparteiliche Kultur, die sich damit beschäftigte, Inhalte kontrovers und konsequent zu diskutieren. Dies haben wir als Genossinnen und Genossen an der Basis zugelassen. Das kann nicht ein Vorwurf allein an die Vorstände sein.

Das Zweite ist: Wir haben als Sozialdemokraten etwas verloren, was uns vom Wähler deutlicher entgegengehalten wird als anderen Parteien: Glaubwürdigkeit. Der Anspruch der Sozialdemokraten verlangt mehr Ehrlichkeit als bei anderen. Das ist eine hohe Auszeichnung, und zwar für das, wofür wir stehen und gestanden haben, für unseren Gerechtigkeitsanspruch, wobei man die Gerechtigkeitsfrage sehr häufig auch diskutieren muss, weil sie von vielen unterschiedlich bewertet wird.

Wir stehen für einen starken Staat und haben in den elf Jahren eine der größten Privatisierungskampagnen für öffentliches Vermögen herbeigeführt.

Wir haben in Kommunen Altersheime privatisiert, um aus Tarifverträgen herauszukommen. Wir haben Wohnungen der GAGFAH privatisiert, die heute nicht mehr instand gehalten werden. Dasselbe Unternehmen hat hier in Dresden die Wohnungsbau-gesellschaft gekauft mit all den Folgen, die man jetzt schon erkennen kann. Auch das war sozialdemokratische Politik! – In Dresden ist es nicht von der SPD verkauft worden, aber in Dresden ist es im Rahmen dieser Debatten verkauft worden. Das ist mein Hinweis.

Wir haben zugelassen, dass sich unsere Bindungen an Gewerkschaften aufgelöst haben, und die Gewerkschaften haben zugelassen, dass sich ihre Bindungen an uns aufgelöst haben. Wir haben gemeinsam nicht aufgepasst, dass das, was wir moralisch fordern, in Inhalten umgesetzt wird.

Die Frage der wirtschaftlichen Entwicklung der Bundesrepublik ist vorhin ganz deutlich beantwortet worden. Es ist nicht so, dass das eine Erfolgsgeschichte ist. Andere Staaten haben mit einer anderen Voraussetzung wesentlich mehr erreicht. Wir haben Türen an den Finanzmärkten geöffnet, die einen Teil der Krise mit verursacht haben. Wir

haben den Staat in Bereichen zurückgedrängt, wo der Staat Regeln setzen muss. Wir müssen wieder lernen, diese Regeln zu formulieren und sie als Handlungsrahmen der öffentlichen Hand wieder vorzugeben.

Glaubwürdigkeit erringt man dadurch, indem das Handeln und das Programm zueinander passen. Die Menschen wählen nicht aufgrund eines Programms. Sie wählen aus persönlicher Erfahrung und Hoffnung. Wenn ihre Erfahrung ist, dass die Aussage und die Realität nicht in Deckung zu bringen sind, dann verliert man Glaubwürdigkeit.

Ich gehöre nicht zu denen, die sagen „Das hat der Vorstand gemacht“; denn diese Partei besteht nicht nur aus dem Vorstand. Aber diese Partei hat auch verschiedene Wahrnehmungsebenen. Wir haben das bezogen auf die Bundesparteitagsbeschlüsse hier schon besprochen. Franz Müntefering sagt zu Recht: Das ist beschlossen worden. – Ich stelle die Frage: Ist das auf dem Bundesparteitag auch diskutiert worden? Ist das in den Ebenen darunter diskutiert worden? Gab es eine tragfähige Mehrheit für diese Beschlüsse der Bundespartei? – Ich glaube, in Teilbereichen nein.

Genossinnen und Genossen, vor Ort erleben wir, dass dann der Glaube verloren geht. Wir werden auf der Straße angesprochen, wenn wir in die Wahlkämpfe gehen. Thomas Oppermann weiß, wie wir Wahlkämpfe führen. Uns wird gesagt: Vor Ort macht ihr es richtig, aber mit Berlin wollen wir nichts zu tun haben.

(Vereinzelt Beifall)

Wir wollen mit Berlin zu tun haben und wir wollen, dass wir gemeinsam wieder die Inhalte diskutieren.

Wenn ihr ein bisschen ins Internet schauen wollt, dann schaut vielleicht einmal auf unsere Seite [www.starke-basis.de](http://www.starke-basis.de). Dort äußern sich Genossinnen und Genossen, Sympathisanten und Gegner der SPD. Von denen, die sich dort melden, werden elf Jahre Regierung nicht als Erfolg bewertet. Was dort gefordert wird, ist: Die SPD muss sich wieder streiten können – streiten in der Sache, streiten nicht gegen Personen und streiten für die Menschen. – Herzlichen Dank.

(Beifall)

**Heiko Maas, Tagungspräsidium:** Das Wort hat jetzt Peter Friedrich. Nach ihm spricht Eva Högl.

**Peter Friedrich, Baden-Württemberg:** Liebe Genossinnen und Genossen! Rolf-Georg, gestatte mir gleich eine Anmerkung zu dem, was du gerade gesagt hast. Du hast eine ganze Reihe von Punkten aufgezählt, was in den letzten elf Jahren alles unter unserer Regierungsverantwortung geschehen ist. Das meiste davon unterschreibe ich und sehe ich genauso, dass das passiert ist. Aber ich finde, es gehört zur ehrlichen Analyse

dazu, uns weder für allmächtig noch für ohnmächtig zu erklären. Nicht alles, was in den letzten elf Jahren passiert ist, ist automatisch Ausfluss sozialdemokratischen Regierungshandelns. Das muss man sich auch bewusst machen. Man muss auch deutlich machen, gegen welche Widerstände der Gesellschaft wir angekämpft haben. Denn uns ist in den letzten Jahren eines als Partei widerfahren: Dass wir eben nicht Themen in der Gesellschaft auf die Tagesordnung gebracht haben, in der Gesellschaft diskutiert haben, daraus dann als Partei Beschlüsse abgeleitet haben und das dann in Regierungshandeln übersetzt haben, sondern wir haben häufig genau das Gegenteil gemacht: Wir haben Regierungshandeln getan, um Probleme abzuwenden oder zu lösen, haben dieses Regierungshandeln hinterher auf Parteitage getragen, auf Parteitaggen legitimiert und dann versucht, in der Gesellschaft rüberzubringen, was wir alles Gutes tun. Liebe Genossinnen und Genossen, das war die Umkehrung dessen, wie Politik in einer sozialdemokratischen Partei eigentlich entstehen sollte!

(Vereinzelt Beifall)

Diesen Weg wieder umzudrehen, ist eine der Aufgaben, vor denen wir heute stehen, dass wir tatsächlich wieder in die Gesellschaft hineinwirken. Denn bei manchem Redebeitrag, wenn jetzt von Korrektur und Ähnlichem die Rede ist, kann ich mir nicht verkneifen: Wir regieren nicht mehr! Das mag vielleicht nicht jedem bewusst geworden sein. Aber wir haben die Regierungsmacht verloren. Deswegen kann man jetzt vieles sagen, was in dieser Gesellschaft notwendig ist. Aber worauf wir unsere Kraft richten müssen, ist doch, jetzt in die Gesellschaft in ihrer ganzen Breite hineinzuwirken und die ganze Breite der Gesellschaft übrigens auch in die Partei hineinwirken zu lassen. Wenn ich in diesen Parteitag, in die Kreisparteitage und die Mitgliederversammlungen in den Ortsvereinen hineingucke, in denen ich in den letzten Monaten war – es waren viele –, dann stelle ich fest: Die Sozialdemokratie ist im Schnitt ihrer Mitglieder männlicher als die Bevölkerung, sie ist im Schnitt älter als die Bevölkerung, es gibt im Schnitt wesentlich weniger Migrantinnen und Migranten als in der Bevölkerung, und sie ist im Schnitt – mit Verlaub, Genossinnen und Genossen – auch wohlhabender als die durchschnittliche Bevölkerung. Wenn wir immer nur über die Probleme Dritter reden sozusagen als fremd empfundenes Problem und nicht die Probleme und die Menschen in unsere Partei hineinholen, dann werden wir diesen Draht in die Gesellschaft nicht wieder erlangen und dann werden wir auch nicht in die Gesellschaft hineinwirken können. Dann werden wir auch nicht wieder mehrheitsfähig werden, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Ich fand das Motto von Martin Dulig „Wegen Umbau geöffnet“ ein sehr gutes Motto für unsere Partei. Franz Müntefering hat heute Morgen in seiner Rede gesagt, am Ende



des Parteitages soll die Partei geschlossen und entschlossen sein. Richtig! Aber sie soll auch, liebe Genossinnen und Genossen, aufgeschlossen sein für die vielen Bereiche der Gesellschaft, die sich heute durch die Politik nicht widergespiegelt fühlen und die wir in den letzten Jahren verloren haben. Deswegen ist Aufgeschlossenheit eine der Kerndisziplinen für die Sozialdemokratie in den nächsten Jahren.

(Beifall)

Ich möchte noch etwas sagen. Es kam eigentlich keine Rednerin und kein Redner ohne den Hinweis aus, dass wir mehr Demokratie in der SPD wagen sollen. Das ist vollkommen richtig. Aber ich bin seit vielen Jahren auf den Parteitag. Ich habe immer wieder die schöne Aufgabe, in der Antragskommission Anträge vorzubereiten und aufzuarbeiten. Liebe Genossinnen und Genossen, wir haben den Anspruch darauf, dass ein Vorstand und Regierungsmitglieder das, was die Partei beschließt, dann auch umsetzen. Das ist wohl war. Das ist unsere Anforderung an den Vorstand. Das muss es auch sein. Ehrlich gesagt, ich habe kein Verständnis dafür, dass man dann, wenn ein Parteitag beschlossen hat, schon auf dem Weg nach Hause einzelne Mitglieder der Partei – mehr oder weniger prominent – hört, die die Beschlüsse, die gerade gefasst wurden, für sich als nicht vollständig in Ordnung revidieren. Dafür habe ich kein Verständnis.

(Beifall)

Aber zur demokratischen Verantwortung in der Partei gehört auch die Disziplin von Delegierten, mit Beschlüssen, die ein Parteitag gefasst hat, nach Hause zurückzukehren, auch wenn sie nicht der eigenen Meinung entsprechen, und sie dann auch zu Hause zu vertreten und in die Partei hineinzuvermitteln, was der Parteitag beschlossen hat.

(Beifall)

Wir können die Deutungshoheit über Ergebnisse eines Parteitags nicht Bild und spiegel.de überlassen, sondern es ist unsere Aufgabe, dafür zu sorgen, dass Beschlüsse der Partei auch in der Partei in Solidarität und im Einvernehmen gelebt werden. Wer damit nicht einverstanden ist, soll Anträge schreiben, sie einbringen und dafür kämpfen. Ich habe in den letzten Jahren keinen undemokratischen Parteitag erlebt. Aber was ich erlebt habe, ist, dass zum Schluss weder die Basis noch die Spitze die Beschlüsse für sich als verbindlich angesehen hat. Das hat etwas mit politischer Kultur zu tun. Die muss man sich neu erarbeiten. Die kann man nicht per Beschluss herbeiführen. Dafür kann das heute ein guter erster Auftakt sein. – Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall)

**Heiko Maas, Tagungspräsidium:** Das Wort hat jetzt Eva Högl. Nach ihr spricht Hermann Scheer.

**Eva Högl, Bundestagsfraktion:** Liebe Genossinnen und Genossen! Nach diesen deutlichen Worten von Peter Friedrich kann man hier aber sagen, dass wir hier eine wirklich gute, konstruktive und sehr konzentrierte Debatte führen. Ich finde, das zeichnet uns heute auch wirklich aus.

(Beifall)

Ich möchte zu einem Punkt sprechen, der heute noch nicht allzu oft erwähnt worden ist, der mich aber bei dem Wahlergebnis am 27. September sehr erschüttert hat, nämlich das Thema Frauen. Wir haben massiv bei Frauen verloren, liebe Genossinnen und Genossen, und das als Partei, die bisher immer ihre Wahlen mit der Unterstützung von Frauen gewonnen hat, und als Partei, die vor 90 Jahren – wir haben das gerade erst gefeiert – das Frauenwahlrecht erkämpft hat. Es waren Sozialdemokratinnen, die das erkämpft haben. Vor 90 Jahren, im Februar 1919, hat Marie Juchacz – eine Sozialdemokratin – als erste Frau in einem deutschen Parlament gesprochen. Vor 60 Jahren – wir haben das gerade gefeiert – hat ebenfalls eine Sozialdemokratin den entscheidenden Artikel im Grundgesetz zur Gleichstellung von Frauen erkämpft. Deshalb bin ich sehr besorgt, wenn wir jetzt feststellen müssen, dass es gerade die Frauen sind, die uns die Unterstützung versagen.

Nun gehöre ich zu denen, liebe Genossinnen und Genossen, die nicht sagen „Elf Jahre Regierung waren Mist“, sondern die sagen: Wir haben in den elf Jahren Regierung viele wichtige Entscheidungen getroffen.

Wir haben viele Akzente gesetzt, und darauf können wir auch stolz sein. Aber gerade in dem Bereich Frauenpolitik – seht es mir nach – muss ich sagen, haben wir eine doch sehr magere Bilanz. Das will ich hier noch einmal kurz vor Augen führen.

Wenn wir uns einmal die Mühe machen und Anträge herauskramen, die wir vor etwa 20 Jahren beschlossen haben, und wenn wir dann einmal gucken, wo wir im Bereich Gleichstellung guten Gewissens einen Haken dranmachen können, dann sind das nicht allzu viele Bereiche, die wir in den elf Jahren Regierungszeit wirklich gut für die Frauen geregelt haben. Das ist uns im Wahlkampf auch um die Ohren geflogen, liebe Genossinnen und Genossen. Gerade in diesem Bereich – es ist heute schon oft angesprochen worden – hatten wir ein massives Glaubwürdigkeitsproblem. Viele haben zu uns gesagt: „Ja, wenn ihr die Themen anspricht, dann müssen wir doch feststellen, dass dort in elf Jahren nicht besonders viel passiert ist.“

Ich will das noch einmal kurz vor Augen führen: Der Niedriglohnsektor, ein Frauen-Niedriglohnsektor. Wir diskutieren über die Entgeltgleichheit von Männern und Frauen. Auch dort wird der Unterschied immer größer. Wir haben es nicht geschafft, das Ehegattensplitting abzuschaffen, liebe Genossinnen und Genossen. Und wenn wir

über Frauen und Führungspositionen reden, dann ist doch auch einigermaßen wenig, wenn wir in unserer Regierungszeit nur einmal eine beamtete Staatssekretärin hatten, ganz am Anfang mit Brigitte Zypries im Innenministerium.

Ich war im Wahlkampf sehr dankbar, dass Frank-Walter Steinmeier, Franz Müntefering und auch Manuela Schwesig keine Rede ausgelassen haben, in der sie nicht ganz engagiert auf diese Themen aufmerksam gemacht haben und gesagt haben, dass die SPD die Partei ist, die für Gleichstellung und für eine gute, moderne Frauenpolitik steht. Aber, liebe Genossinnen und Genossen, das kam zu spät, und hat nicht gereicht. Wir hätten hier viel frühzeitiger handeln müssen.

(Beifall)

Jetzt können wir nicht mehr über Gesetze handeln, aber jetzt können wir über darüber handeln, wie wir unsere Partei aufstellen. Deswegen möchte ich noch einmal dafür plädieren, dass die SPD – Peter hat es eben auch angesprochen – bunter wird, dass wir vielfältiger werden, dass die SPD von Männern und Frauen repräsentiert wird, aber auch von Leuten, die ganz woanders herkommen. Ich nutze das noch einmal für ein engagiertes Plädoyer dafür, mehr Quereinsteigerinnen und Quereinsteigern bei uns in der Partei eine Chance zu geben, sie mitzunehmen. Lasst uns die vielen neuen Leute, die wir jetzt als Mitglieder gewonnen haben, mitnehmen, und lasst uns nicht voraussetzen, dass man erst 30 Jahre jedes Plakat geklebt haben muss, bevor man in der SPD einmal mitbestimmen und mitmachen darf.

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, es ist gerade für Frauen wichtig, wie wir miteinander umgehen, wie wir in der Partei unsere Kultur pflegen. Deswegen ist das auch ein Beitrag dazu, mehr Frauen zu bekommen.

Wenn ich darf, würde ich gerne noch einen zweiten Punkt ansprechen, ein Steckenpferd von mir. Es ist heute schon einmal angesprochen worden, aber noch nicht in der Breite, wie es eigentlich notwendig ist. Das ist das Thema Europa. Es ist gesagt worden – damit will man nicht von unserer Situation in der SPD ablenken –, es ist eine Krise der europäischen Sozialdemokratie. Es ist uns europaweit nicht gelungen, für unser Konzept eines sozialen Europas zu werben und unsere Konzepte für die Bewältigung der Finanzkrise deutlich zu machen und damit zu überzeugen, und das, obwohl wir in Deutschland gezeigt, dass wir mit sozialdemokratischen Konzepten viel besser durch die Finanzkrise kommen, als es in anderen Ländern der Fall ist. Aber das hängt auch damit zusammen, liebe Genossinnen und Genossen, dass wir mit dem Thema Europa auch in der Partei sehr stiefmütterlich und extrem distanziert umgehen,

(Vereinzelt Beifall)

– ich bedanke mich für den Applaus an dieser Stelle –, dass wir das Thema nicht so engagiert aufgreifen, wie es eigentlich notwendig ist. Deswegen möchte ich die Gelegenheit nutzen, hier dafür zu werben, dass wir bei unserer Analyse, bei unserer Diskussion über das Programm, über die Personen und über unsere Strategie bitte immer auch Europa ins Blickfeld nehmen, und zwar nicht, weil wir es müssen, sondern weil wir es wollen.

Ich bin Andrea Nahles ausgesprochen dankbar, dass sie eine Online-Diskussion über die Zukunft der europäischen Sozialdemokratie angeschoben hat. Das halte ich für dringend erforderlich. Ich hoffe, dass wir diesen Kurs fortführen und noch eine Schippe drauflegen.

Ich sage das nicht nur, weil es hier um uns, um die SPD geht, warum das Thema Europa so wichtig, sondern das Thema Europa ist auch ein ganz hervorragendes Thema, um uns von CDU, FDP, aber auch von den linken Populisten abzugrenzen; denn die alle haben keine Angebote für ein gutes Europa. Die setzen entweder nur auf Markt und Bürokratieabbau oder nur auf nationale Rezepte, die nicht weiterführen. Wir haben bei der Debatte um den Lissabon-Vertrag gesehen, dass genau dieser Kurs nicht zum Erfolg führt. Wir sehen das jetzt auch noch einmal bei der Besetzung oder bei dem Vorschlag für den deutschen Kommissar. Schwarz-Gelb schickt einen drittklassigen Ministerpräsidenten nach Brüssel. Das ist genau die Europapolitik, liebe Genossinnen und Genossen, die wir nicht wollen.

(Beifall)

Das symbolisiert eine Geringschätzung gegenüber diesem wichtigen und tollen politischen Projekt, und das werden wir auf keinen Fall zulassen. Deswegen würde ich mich sehr freuen, wenn die SPD als die internationale Partei noch viel stärker das Thema Europa nutzt, um sich zu profilieren, und gerade in Europa deutlich macht, dass all die Fragen, über die wir diskutieren – Arbeit, Soziales, Umwelt und Wirtschaft – nur zu einer vernünftigen Lösung geführt werden können, wenn wir es mit europäischen Rezepten machen.

Diese beiden Punkte – mehr Frauen, SPD bunter werden und Europa – wollte ich gerne angesprochen habe. Ich würde mich sehr freuen, wenn ihr mich darin unterstützt und wenn gerade in diesen Bereichen auch gute Signale von Dresden ausgehen. – Herzlichen Dank.

(Beifall)

**Bärbel Dieckmann, Tagungspräsidium:** Das Wort hat jetzt Hermann Scheer, danach Herbert Schmalstieg für den Seniorenrat.

**Hermann Scheer, Parteivorstand:** Liebe Genossinnen und Genossen! Es ist heute in vielen Beiträgen von Fehlern gesprochen worden. Es ist von der Differenz zwischen

dem, was wir beschließen, und dem, was dann tatsächlich getan worden ist, gesprochen worden. Es ist von Widersprüchen gesprochen worden, die damit zusammenhängen. Natürlich gab es davon sehr viel mehr als lediglich bei Hartz IV oder Rente mit 67, jeweils immer in Bezug auf die Erwartungen, die an die SPD gerichtet waren, und nicht unmittelbar bezogen auf Beschlüsse, die allgemeine Öffentlichkeit ohnehin meistens gar nicht so genau kennt.

In der Tat ist es ein Schlüsselproblem, inwieweit wir zu einem roten Faden kommen können und die Beliebigkeit hinter uns lassen können. Auf der einen Seite ein klares Bekenntnis etwa im Grundsatzprogramm zu der öffentlichen Infrastruktur, aber dann ein systematisches Weiterverfolgen irgendwelcher Konzepte zur Bahnprivatisierung. Wen irritiert das nicht, innerhalb der Partei und außerhalb der Partei?

(Beifall)

In der Tat dann die Versuche der Re-Regulierung der Finanzmärkte oder der Neu-regulierung der Finanzmärkte. Aber dann dürfen wir nicht verschweigen, dass die Heuschrecken von uns sogar schwärmeweise ein paar Jahre vorher mit losgelassen worden sind.

(Beifall)

Nur wenn man sich tatsächlich zu Fehlern bekennt, wird das, was wir gut gemacht haben, auch glaubwürdig. Glaubwürdigkeit hängt damit zusammen, dass wir tatsächlich zeigen: Hier gibt es einen Erkenntnisprozess. Dann müssten wir die Frage beantworten: Was ist denn eigentlich der Grund, warum solche Fehler entstanden sind? Es ist ja nicht so, dass es nicht Warnungen, Hinweise oder sonst etwas aus der Parteidiskussion gegeben hätte. Und das hängt mit der politischen Verfahrenskultur, mit der Willensbildungskultur zusammen, wie sie sich in der SPD und auch darüber hinaus entwickelt hat. Eine zunehmende Fixierung der gesamten Willensbildung, geradezu ein Verlagern, ein Ausquartieren der politischen Willensbildung an die Medien, die Verwechslung von öffentlicher Meinung mit tatsächlichen Meinungen – unsere Basis sind doch nicht die Medien, sondern die Basis ist die allgemeine Bevölkerung, die gegenüber dem genauso skeptisch geworden ist, was in den Medien steht und was ja längst zu zunehmenden Entfremdungen geführt hat.

(Beifall)

Wenn wir die Frage beantworten wollen, wie wir aus vorhandenen Mehrheiten politische Mehrheiten machen wollen, wie wir aus vorhandenem sozialdemokratischen Bedürfnis sozialdemokratische Mehrheiten machen wollen, müssen wir an genau an dieser Stelle ansetzen. Wir müssen die Schlüsselbegriffe, die uns fehlgeleitet haben oder die uns in Sackgassen geführt haben, erkennen. Da ist die Kultur des Neoliberalismus, über die

auch gesprochen werden muss: Das Kurzzeitdenken, die Reduzierung all dessen, was als realistisch gilt, auf das, was gerade heute und morgen noch realisierbar erscheint, der damit verbundene Verzicht auf Langfristüberlegungen, obwohl wir es mit elementaren Langfristgefahren in der Gesellschaft zu tun haben, die Ängste hervorrufen, auf die wir eine Antwort finden müssen. Wer denn sonst, wenn wir es nicht tun?

Dann der Begriff der Mitte. Die Orientierung an der Mitte ist einer der fatalsten Denkfehler. Es gibt eine soziologische Mitte. In dieser soziologischen Mitte gibt es progressive Kräfte, die nachdenken. Diese Kräfte müssen wir wiedergewinnen. Wir haben sie in den 70er Jahren immer gehabt.

Sie haben zu den damaligen Wahlerfolgen beigetragen. Aber politisch ist der Begriff von der Mitte eigentlich gegenstandslos. Denn Mitte ist, politisch gesehen, da, wo nichts ist. Alles drängt sich dorthin – die Plätze sind überbucht –, weil man da nirgendwo aneckt.

Wenn man politisch handelt und Substantielles bewirken will, stößt man, was immer man beabsichtigt, auf Widerstände. Damit ist man in einem Konflikt, wenn man seine Politik durchsetzen will. Wer aber etwas in einem Konflikt durchsetzen will, kann dann nicht mehr in der Mitte stehen, weil er ansonsten neben sich stehen würde. Wir müssen uns also verabschieden von dem politischen Begriff der Mitte.

(Beifall)

Das gilt nicht für die soziologische Mitte. Sie ist etwas völlig anderes.

Das Hauptproblem liegt im Parteiselbstverständnis. Das wurde in den letzten Jahren in vielen Schriften behandelt. Ich denke an die Schrift von Erhard Eppler über die Privatisierung der Gewalt. Das ist ein großes Problem der Weltzivilisation. Mit der Privatisierung des Staates geht einher der Neoliberalismus. Wir haben es auch zu tun mit der Privatisierung einer Partei. Wie erfolgt die Privatisierung einer Partei? Wenn der politische Diskurs ausschließlich oder fast überwiegend nur noch fixiert ist auf Personenauswahl, auf das Auswechseln von Personen und auf das Warten auf den neuen Deus ex Machina, der es dann stellvertretend für die Partei richten soll, dann ist es egal, wer es ist. Denn er wird dabei immer überfordert sein.

Es gibt einen sehr klugen Satz von Bertolt Brecht: „Der junge Alexander eroberte Indien. Er allein?“ – Natürlich nicht. Es gibt keine Wahlerfolge einer Partei nur durch eine Person. Es gibt keine Wahlniederlagen nur durch eine Person, sondern es gibt Niederlagen einer Partei, weil sie in ihrem Willensbildungsmechanismus nicht ausreichend intakt war, weil sie Fehler nicht frühzeitig identifizieren konnte oder weil sie beschlossen hat, etwas zu machen, selbst im Wissen, dass es hochproblematisch ist. Das hat Peter Conradi angesprochen.

Basta-Politik funktioniert nur, wenn auch abgenickt wird. Basta-Politik ist immer Abnickpolitik und überhaupt nichts anderes. Wenn man aus falsch verstandener persönlicher Loyalität die sachliche Loyalität zu dem, was sozialdemokratisches Anliegen ist, hintanstellt, dann ist klar, dass man permanent mit Rücksichtnahme auf die Führungsperson Dinge nicht sagt, die gesagt werden müssten. Wir brauchen deshalb eine Re-Demokratisierung der Partei. Das macht die Politik produktiver und fehlerfreier und auch widerspruchsfreier.

(Beifall)

Bei all dem, was Franz Müntefering angesprochen hat – die Partikularisierung von Parteien, die Atomisierung der Wählergruppen -, brauchen wir eine zusammenhängende Idee. Nur die verbindet. Eine solche tragende Idee ist möglich. Wir haben doch den praktischen Beweis geliefert. Wir haben viele Wahlniederlagen erlitten. Aber wir haben im Januar 2008 mit Andrea Ypsilanti als Spitzenkandidatin den größten Wahlerfolg dieses Jahrzehnts erzielt.

(Beifall)

Das muss gesagt werden. Das hatte inhaltliche Gründe. Welche inhaltlichen Gründe haben diese Mobilisierung bewirkt? Darüber wurde nicht diskutiert, weil einigen offenbar dieses Wahlergebnis gar nicht schmeckte und weil es eine Alternative zu dem Kurs war, den die SPD ansonsten beschritten hat.

(Beifall)

Das heißt, wenn wir uns neu finden wollen, dann müssen wir sehen, welche Ansatzpunkte es gab, um aus dieser Talsohle herauszukommen. Das geht eben nur mit integrativen Politikkonzepten, die eine tragende soziale Idee verkörpern – und das glaubwürdig. – Danke schön.

(Beifall)

**Bärbel Dieckmann, Tagungspräsidium:** Herbert Schmalstieg hat das Wort. Danach folgt Gert Weisskirchen.

**Herbert Schmalstieg, Seniorenrat:** Liebe Genossinnen und Genossen! Vor fünf Stunden hat Franz Müntefering, wie ich finde, eine eindrucksvolle Rede gehalten.

(Vereinzelt Beifall)

Dafür sollten wir ihm danken. Wir sollten ihm auch für die Analyse danken, die er angestellt hat.

Wir sind eine Volkspartei. Wir wollen eine Volkspartei bleiben. Wir haben bei diesen Wahlen als Volkspartei in alle Richtungen verloren. Wir haben eine fünfstündige Debatte

gehabt, die gut war, die aber auch hier und da den einen oder anderen irritiert hat. Wir haben natürlich in den elf Jahren der Regierungszeit der SPD auch viele Erfolge gehabt. Diese darf man nicht vergessen. Viele könnte man hier nennen.

Ich will als Kommunalpolitiker nur darauf hinweisen, dass es ohne diese SPD, ohne Joachim Poß und ohne Bernd Scheelen zum Beispiel keine Gewerbesteuer mehr in den deutschen Städten gegeben hätte, weil die anderen sie abschaffen wollten und jetzt wieder versuchen, sie abzuschaffen.

(Beifall)

Wir stellen uns natürlich die Frage: Warum fiel dieses Wahlergebnis für uns so deprimierend aus? Es gibt sicherlich viele Gründe. Einige waren mit der einen oder anderen Entscheidung nicht einverstanden. Vielleicht lag es auch daran, dass wir als Partei nicht vermitteln konnten, mit wem wir regieren wollen. In diesem Wahljahr konnten wir es nicht mit den Linken. Die FDP hat sich verweigert. Viele haben sich daher gefragt: Mit wem will denn Frank-Walter Steinmeier als Kanzler eine Regierung bilden?

Es gibt aber auch andere Gründe. Viele Domänen, die unsere Partei immer besetzt hat – wie Friedens- und Entwicklungspolitik – wurden in andere Bereiche gedrängt, weil diese Politik bei uns nicht mehr stattfand.

(Vereinzelt Beifall)

Ich bin als Mitglieder des Seniorenrates angekündigt worden, obwohl ich noch nicht so alt aussehe. Wir haben gestern im Seniorenrat über drei Stunden über dieses Wahlergebnis diskutiert. Ich habe in den fast 50 Jahren meiner Mitgliedschaft in der Sozialdemokratischen Partei viele Wahlkämpfe erlebt. Ich habe meine eigenen immer gewonnen. Worauf es jetzt ankommt, ist: Wie können wir es schaffen, Vertrauen zurück zu gewinnen? Unser Wahlprogramm ist diskutiert und verabschiedet worden. Wir hatten einen erstklassigen Parteivorsitzenden und einen hervorragenden Spitzenkandidaten. Die Wahl geht verloren, und alle mäkeln jetzt herum. Das dürfen wir nach einer solchen Wahlniederlage nicht machen. Nein, wir gewinnen Wahlen gemeinsam, und wir verlieren Wahlen gemeinsam. Dazu müssen wir stehen, liebe Genossinnen und Genossen.

(Vereinzelt Beifall)

Es ist viel von Wende gesprochen worden. Lasst mich dazu bemerken: Nach der Wahl hatten viele von uns das Gefühl, dass die SPD nicht mehr stattfand in öffentlichen Äußerungen. Schaute man in die Medien, was sah man? Die Grünen, die Linken und andere meldeten sich zu den Koalitionsverhandlungen zu Wort. Aber die SPD fand nicht statt. Dieses muss sich wieder ändern. Wenn wir Vertrauen



zurückgewinnen wollen, müssen wir deutlich machen, dass wir in Deutschland und in Europa eine starke Sozialdemokratie nötig haben, wenn es darum geht, wirklich für die Grundwerte des demokratischen Sozialismus, für Freiheit und Gerechtigkeit und Solidarität einzutreten. Das ist eine der wichtigsten Aufgaben für die Zukunft.

(Beifall)

Wenn so viel vom Wandel und vom Wechsel gesprochen wird, sollten wir uns einmal das Hamburger Programm anschauen. Welche Partei in Deutschland hat Grundwerte, wie wir sie haben? Man könnte fast sagen: Man braucht sich nur das Godesberger Programm anzuschauen. Da steht alles drin, was wir für die Zukunft brauchen.

Das ist etwas, was auch von diesem Parteitag ausgehen muss.

Franz hat zu Recht gesagt: Opposition ist Mist. – Jetzt sind wir in der Opposition und es kommt darauf an, sich nicht zu verbiegen und zu guten Dingen, die man getan hat, auch zu stehen.

Wir sind aber nicht die einzige Oppositionspartei. Wenn wir Regierungsverantwortung zurückgewinnen wollen, dann müssen wir die führende Oppositionspartei werden und sein. Aus dieser Position heraus müssen wir uns auch wieder erneuern, weil wir ansonsten, Genossinnen und Genossen, unter die Räder kommen.

(Vereinzelt Beifall)

Mit ein Grund für dieses Wahlergebnis war auch, dass es weite Teile in den Medien gab, die uns vorführen wollten, um zu dokumentieren: Man braucht in Deutschland und in Europa keine Sozialdemokratische Partei und Idee mehr. – Dagegen wollen und müssen wir uns in aller Schärfe wehren.

(Vereinzelt Beifall)

**Bärbel Dieckmann, Tagungspräsidium:** Herbert, kommst du bitte zum Ende?

**Herbert Schmalstieg, Seniorenrat:** Es ist oft gefordert worden, mehr Demokratie zu wagen. Wir sind die Partei der Arbeit und des sozialen Ausgleichs. Es kommt darauf an, dass wir gerade in dieser Zeit deutlich machen, dass kritisches und freies Denken bei uns hier in der SPD willkommen sind und dass wir auch bereit sind, uns mit diesen Ideen auseinanderzusetzen.

Was wichtig ist: Hier ist oft von dem Thema „Basta“ gesprochen worden. Ich wünsche der Partei insgesamt, dass mit einer neuen Führung das, was mit „Basta“ immer wieder formuliert wurde, wirklich ein Ende hat.

Vielen Dank und ein herzliches Glückauf!

(Beifall)

**Bärbel Dieckmann, Tagungspräsidium:** Gert Weisskirchen, Baden-Württemberg, hat das Wort. Danach kommt Dietmar Nietan, NRW.

**Gert Weisskirchen, Baden-Württemberg:** Liebe Genossinnen und Genossen! Es gibt eine Mehrheit im deutschen Volk für die soziale Gerechtigkeit. Es gibt im Parlament gegenwärtig leider keine Mehrheit für die soziale Gerechtigkeit, und genau darin liegt unsere Aufgabe.

Liebe Genossinnen und Genossen, nachdem wir die Regierung verloren haben, kommt es jetzt darauf an, dass die Partei die Kraft entwickelt, gemeinsam mit dem Parlament und der Fraktion dafür zu sorgen, dass bei der nächsten großen Auseinandersetzung, bei den Wahlen, das, was in der Bevölkerung die Mehrheit ist, nämlich die Sehnsucht nach sozialer Gerechtigkeit, in den Parlamenten wieder mehrheitsfähig wird. Wir als Partei müssen diejenigen sein, die die Kraft dafür gemeinsam mit der Fraktion aufbringen.

(Vereinzelt Beifall)

Dabei gibt es ein grundsätzliches und ein strategisches Problem. Zum grundsätzlichen Problem – Martin hat darauf hingewiesen –: Der Globalismus als Ideologie schwächt alle Nationalstaaten. Die einzige Chance, die wir haben, ist, dass die Europäische Union eine Sozialstaatsorientierung gewinnt, damit das, was der Sozialstaat verlieren kann, für die Arbeit der Menschen, für die arbeitenden Menschen zurück – oder neu gewonnen wird. Das ist, verdammt noch mal, eine Aufgabe, die wir eben nicht nur den Regierungen überlassen dürfen, sondern die wir gemeinsam mit den Sozialdemokratischen Parteien Europas jetzt angehen können. Jetzt ist die Stunde derjenigen, die in den Parteien und sozialen Bewegungen dafür sorgen, dass die Lücken gefüllt werden, die nötig sind, damit die soziale Gerechtigkeit wieder mehrheitsfähig wird.

(Vereinzelt Beifall)

Schaut euch das einmal an – Martin hat ja auch darauf hingewiesen –: Das ist nicht nur ein Problem der deutschen, der niederländischen oder der französischen Sozialdemokratie. Es hilft da nicht, alleine über Instrumente nachzudenken; das muss man auch.

Der entscheidende Punkt dabei ist aber, liebe Genossinnen und Genossen – das ist der zweite Diskussionsbeitrag, auf den ich gerne eingehen möchte, nämlich auf Julians –: Was uns wie in den 70er, 80er und nach 1989 am Ende nachher auch in den 90er Jahren wieder neu gelingen muss, ist: Wir müssen in der Bundesrepublik

Deutschland neue Bündnispartner finden und versuchen, mit alten Bündnispartner – in Anführungsstrichen – das, was auseinandergerissen worden ist – Entfremdungsprozesse sind entstanden; manche der Instrumentendebatten, die wir, Franz, geführt haben, haben zu diesen Entfremdungsprozessen beigetragen –, wieder zusammenzuführen. Wir müssen dafür sorgen, dass diejenigen, die in der Zivilgesellschaft da sind – die Gewerkschaften, die Kirchen, die Sozialverbände –, wieder wissen, dass sie sich ausschließlich auf die Sozialdemokratie als Partei und als Fraktion verlassen können. Das ist der erste und wichtigste Punkt.

Liebe Genossinnen und Genossen, lasst uns dazu beitragen, dass es wieder eine Stimmung für soziale Gerechtigkeit, für Veränderung und dafür, dass Gleichheit gilt, in der Bundesrepublik Deutschland gibt. Dies ist die Wurzel, der Grund, von Freiheit. Ich habe Freiheit immer so verstanden: Freiheit braucht einen tiefliegenden Grund in den Menschen selbst. Den Grund finden wir darin, dass die Menschen gleich sind und gemeinsam versuchen, Veränderungsprozesse durchsetzen. Das erst ist soziale Freiheit: Die Menschen machen sich gemeinsam auf den Weg, wie die Sozialdemokratische Partei Deutschlands dies auch neu tut, liebe Genossinnen und Genossen.

**Bärbel Dieckmann, Tagungspräsidium:** Das Wort hat Dietmar Nietan, NRW. Danach kommt Manfred Schaub, Hessen-Nord.

**Dietmar Nietan, Nordrhein-Westfalen:** Lieber Franz, liebe Genossinnen und Genossen, ich weiß nicht, ob es möglich ist, aber ich probiere das: Kann man Dank sagen und gleichzeitig auch klar Kritik üben? Ich glaube, man kann das.

Lieber Franz, ich möchte Dir für viele Dinge sehr persönlich danken – das weißt du –, aber ich möchte dir auch für das danken, was du für uns, für unsere Partei und für unser Land getan hast. Ich finde, mit diesem Dank sollte man auch beginnen, wenn er aufrichtig gemeint ist, und von meiner Seite ist er aufrichtig gemeint.

Den besten Dank kann man aber vielleicht sagen, wenn man auch ehrlich sagt, was einem nicht gefallen hat, weil es in unserer Partei vielleicht viel und oft so ist, dass die Frage, ob man an der richtigen Stelle im Hintergrund Weichen stellt, wichtiger ist, als dass man offen und ehrlich sagt, was man gut findet und nicht gut findet. Wir wollen ja wohl gemeinsam zu dieser politischen Kultur kommen, dass offene und kritische Debatten hier entscheidender als das sind, was im Hintergrund vielleicht geschoben und verschoben wird.

Ich habe in den Jahren, in denen ich dich erleben durfte, den Eindruck gewonnen, dass es bei der Art, mit der du die Partei geführt und in der Regierung gearbeitet hast, immer diesen Balanceakt gab: Staatsräson zu zeigen – das ist das, was du sagst, nämlich die Verantwortung für das Ganze ernst zu nehmen – und gleichzeitig aber auch die

Parteiräson nicht zu verlieren. Vielleicht – das ist meine persönliche Meinung; sie muss nicht richtig sein – ist diese Balance zwischen der Verantwortung für das Ganze und der Verantwortung, die Partei mitzunehmen, manchmal etwas aus den Fugen geraten – vielleicht auch deshalb, weil sich der Wunsch, für das Ganze einzustehen, darauf verkürzt hat, dass man gut regiert. Das ist wichtig und überhaupt keine Frage, damit es da auch keinen Zweifel gibt.

Eine Regierung ohne SPD ist schlecht für unser Land, und ich glaube auch, dass unser Land ohne eine starke SPD noch schlechter dran wäre. Ich glaube, diese Balance müssen wir wiederherstellen, liebe Genossinnen und Genossen.

(Vereinzelt Beifall)

Das Zweite, das du angesprochen hast und was mich bewegt hat, hier noch einmal etwas dazu zu sagen, ist das, was du „Prioritäten setzen“ genannt hast. Jawohl, das müssen wir alle lernen, und das ist sehr schmerzhaft, weil man dann auch offen und ehrlich sagen muss, was geht und was nicht geht. Priorität zu setzen hat aber auch etwas damit zu tun, die Menschen mit ihren Ängsten und Sorgen an der richtigen Stelle mitzunehmen.

Ich möchte jetzt an dieser Stelle keine Grundsatzdebatte über die Rente mit 67 führen. Ich glaube aber, auch das hat etwas mit Prioritätensetzung zu tun. Wenn wir sagen, Fordern und Fördern sei richtig, dann ist für mich der entscheidende Punkt: Ja, man kann auch die Rente mit 67 einführen, aber nur dann, wenn der erste Schritt der ist, dafür zu sorgen, dass Erwerbsminderungsrenten und höhere Beschäftigungsquoten für ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer organisiert werden; das muss zuerst getan werden. Wenn man das getan hat und die Menschen das Gefühl haben, dass sie im Alter eine Chance haben, lange beschäftigt zu sein, dann kann man auch die Rente mit 67 einführen – und nicht umgekehrt; denn dann verliert man das Vertrauen der Menschen. Ich glaube, hier waren die Prioritäten einfach falsch.

(Vereinzelt Beifall)

Der dritte Punkt. Redlichkeit. Du hast Redlichkeit angemahnt, und du hast darüber gesprochen – ich gebe zu, dass das etwas ist, das uns alle bewegt –, dass manchmal das Fraktionieren und das Denken in Flügeln eine Dimension angenommen hat, die für uns und unsere Partei nicht gut ist.

Aber auch dazu will ich deutlich sagen: Ich hatte das Gefühl, dass nicht nur dich, sondern uns alle die Geister eingeholt haben, die man gerufen hat. Ich will nur daran erinnern: Als ich 1998 in den Bundestag kam, fing eine dritte Strömung – oder wie immer man das nennen will – an, sich zu etablieren. Und viele von denen, die sich heute über Fraktionierungs- und Strömungsverhalten aufregen, haben diese Strömung

gehätschelt und getätschelt mit Sonderseminaren der Friedrich-Ebert-Stiftung und anderen und wundern sich dann, warum sich andere besser organisiert haben.

(Beifall)

Wenn wir das schon so diskutieren, dann muss man fragen, welche Geister man gerufen hat, als man gedacht hat, dass es da eine dritte Kraft gibt, die die anderen beiden schwächen kann, und man deshalb nur diese gefördert hat. Ich glaube, darin liegt das Problem dessen, was du kritisch als Überfraktionierung der Strömungen angesprochen hast.

Ich will sehr deutlich sagen, dass dein Leitspruch, den du von Hannah Arendt übernommen hast, mich sehr bewegt. Ich halte ihn auch für richtig. Hannah Arendt hat auch gesagt: Politik ist angewandte Nächstenliebe. – Aber angewandte Nächstenliebe in der Politik heißt auch, dass man Vorbild ist. Auch das will ich an dieser Stelle sagen – nicht nach dem Motto: das muss jetzt auch noch einmal von mir gesagt werden, sondern das ist für mich kulturell ein ganz entscheidender Punkt –: Wenn wir die Partei der Solidarität sind und wenn diejenigen, die an vorderster Stelle politische Verantwortung tragen, zu Recht auch die Solidarität der Basis einfordern für unangenehme Entscheidungen, die wir alle mittragen müssen, dann gilt das auch umgekehrt. Manche von denen, die im Regieren immer die Solidarität der Basis eingefordert haben, haben im Umgang mit Kurt Beck als Parteivorsitzendem genau diese Solidarität nicht gezeigt und waren ein schlechtes Vorbild für ein solidarisches Miteinander.

(Beifall)

Ich glaube, dass es viel mehr diese Punkte sind als politisch unterschiedliche Meinungen, die wir in der Partei haben – und es ist gut, dass wir sie haben, darum müssen wir auch ringen. Über die Frage einer zukünftigen politischen Kultur muss offen miteinander gestritten werden können. Man darf nicht sofort in eine Schublade gesteckt werden, weil man etwas kritisiert oder etwas befürwortet. Das muss gefördert werden.

Letzte Bemerkung: Wir müssen wieder mutiger werden, mutiger in dem Sinne, dass wir als Sozialdemokratie bereit sind, die gesellschaftlichen Verhältnisse, wie es so schön heißt, zum Besseren ändern zu wollen und uns nicht mit ihnen abzufinden. Zu diesem Mut gehört es auch, sich wieder mit den Mächtigen anzulegen. Das ist das, was die Menschen von uns erwarten. Wenn wir das tun und es mit Menschenfreundlichkeit und Zuversicht tun, dann heißt es zu Recht: Mit uns und nur mit uns in die neue Zeit.

Vielen Dank.

(Beifall)

**Bärbel Dieckmann, Tagungspräsidium:** Das Wort hat jetzt Manfred Schaub. Ich bitte die 15 Rednerinnen und Redner, die jetzt noch auf der Liste stehen, darum, sich an die fünf Minuten Redezeit zu halten. Danke.

**Manfred Schaub, Parteivorstand:** Liebe Genossinnen und Genossen, das mit dem Rückblick ist wichtig, und das mit der Analyse ist richtig. Aber ich rate uns dringend, dass wir bald die Kurve kriegen und ab morgen früh vielleicht schon richtig nach vorn blicken. Ich hoffe sehr, dass wir morgen mit dem Leitantrag dann auch die neue Zeit einleiten.

(Beifall)

Jede Minute, die wir uns mit uns selbst beschäftigen, fehlt uns, um uns damit zu beschäftigen, dass Schwarz-Gelb versucht, die Gesellschaft weiter zu spalten. Ich sage euch dazu auch: Die Klientelparteien, die außer uns in der Opposition sind, reichen nicht aus. Die Menschen brauchen und wollen eine starke Sozialdemokratie. Ich glaube, wir sind uns sehr einig darin, dass das Profil mit sozialer Gerechtigkeit wieder geschärft werden soll. Aber spätestens dann, wenn es darum geht, diesen Begriff mit Leben zu erfüllen, fangen wir an, darüber zu diskutieren. Dann müssen wir ihn auch endlich mit Leben erfüllen.

Dazu gehört als Erstes ein klares Bekenntnis dazu, dass das Fundament jeder sozialen Gerechtigkeit eine Gerechtigkeit der Bildungschancen ist. Das müssen wir klar und deutlich bekennen. Spätestens dann wissen wir auch, dass wir ein durchgängiges Konzept für die Bildung brauchen, und zwar über alle Bildungsbereiche, aber auch über alle Ebenen hinweg. Den Menschen ist es wirklich egal, wo die Kompetenzen im Bund, bei den Ländern oder bei den Kommunen anfangen und aufhören. Ich glaube, wir brauchen ein Bildungskonzept aus einem Guss. Es kann nämlich nicht sein, dass eine Kommune zum Beispiel die Gebührenfreiheit bei den Kindergärten komplett abschafft und dann in der nächst höheren Ebene der Kreis sagt: Das dürft ihr nicht machen, weil eure Haushaltslage nicht dementsprechend ist. Wir werden weiter dazu stehen, dass ein Kopfgeld das Falsche ist und Gebührenfreiheit das Richtige, Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Dann sind wir bei der zweiten großen Frage, die wir zu klären haben, nämlich die Frage nach der Rolle des Staates. Ich will das ganz klar und deutlich sagen: Das muss ein Bekenntnis sein, auch von diesem Parteitag: Wir brauchen wieder einen handlungsfähigen Staat, und wir brauchen endlich wieder handlungsfähige Kommunen. Da müssen spätestens die Überlegungen losgehen, wie wir die Finanzausstattung der Kommunen verbessern, wie wir mit dem Aufbürden von weiteren Aufgaben Schluss machen, wie wir

damit Schluss machen, Geld zu entziehen und wie wir vor allem auch auf der kommunalen Ebene mit der Privatisierung Schluss machen. Es muss Schutzzonen für die Daseinsvorsorge geben. Es muss Spielraum dafür geben, dass die Kommunen weiter die Grundversorgung herstellen können. Dafür brauchen wir die Unterstützung der gesamten Partei. Es kann nicht sein, dass sich alles, was sich rechnet, privatisiert und von Privaten gemacht wird und dass wir als Kommunen, als Staat letztlich nur das zu zahlen haben, was wir machen müssen.

(Beifall)

Ich will in aller Deutlichkeit sagen: Ein Signal müssen auch Schutzzonen für Energie- und Wasserversorgung geben. Es muss Spielraum für Mobilität und Bildung auf der kommunalen Ebene geben.

(Beifall)

Schwarz-Gelb, liebe Genossinnen und Genossen, ist nämlich gerade dabei, die kommunale Ebene komplett zu erdrosseln: mit Mehrwertsteuer, mit Umsatzsteuer für einige Bereiche und damit, dass die Gewerbesteuer abgeschafft werden soll. Das ist die komplette Erdrosselung der Kommunalpolitik.

(Vereinzelt Beifall)

Deshalb wird das unsere Aufgabe sein – Franz hat das heute Morgen gesagt –; denn Basisdemokratie heißt für uns auch, wieder kommunalen Spielraum und Handlungsfähigkeit auf der kommunalen Ebene zu erzeugen. Lasst uns das in dem Sinne ab morgen anpacken, Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

**Bärbel Dieckmann, Tagungspräsidium:** Jetzt kommt Wolfgang Jüttner aus Hannover und dann Thomas Schuler aus Chemnitz.

**Wolfgang Jüttner, Parteivorstand:** Liebe Genossinnen und Genossen, vor zwei Jahren waren wir in Hamburg sehr stolz auf das Grundsatzprogramm. Ich finde, zu Recht. Im Juni waren wir stolz auf das Wahlprogramm, auch zu Recht. Unsere Antworten sind in Ordnung. Aber es hilft uns nichts: Die Niederlage war krachend. Meine Einschätzung ist: Es wird dauern. Denn was müssen wir erreichen: Wir müssen Vertrauen zurückgewinnen. Und das kann man nicht mal eben so. Dazu gehört zum einen, dass wir unser Grundsatzprogramm, das Wahlprogramm, auch das, was Frank Steinmeier im Deutschlandplan niedergeschrieben hat, revitalisieren, offensiv in die gesellschaftliche Auseinandersetzung bringen. Das haben wir nämlich bisher weitestgehend versäumt.

(Vereinzelt Beifall)

Aber es geht auch darum, dass wir unsere Antworten, auch die aus Hamburg, in Zusammenhang bringen mit dem realen Lebensgefühl der Leute. Der ist nämlich bisher nicht immer herstellbar. Das hat auch damit zu tun, dass wir zurzeit nicht diejenigen sind, die als gesellschaftliche Vordenker angesehen werden.

Ich will an drei Beispielen deutlich machen, wo wir weiter diskutieren müssen, wo wir nachdenken müssen.

Das Erste ist Arbeit. Arbeit muss im Mittelpunkt sozialdemokratischer Politik stehen. Da steht sie beim Thema Vollbeschäftigung. Aber, Genossinnen und Genossen, wir sollten mal darüber nachdenken, ob Arbeit bei uns noch zu stark im Bereich Vollerwerbsarbeit verwurzelt ist und dann am ehesten in einem deutschen Großbetrieb. Das hat mit der Realität immer weniger zu tun. Bei allem Respekt für das beispielsweise aktuelle Engagement bei Opel – darum geht es morgen auch noch –: Bei vielen Veranstaltungen habe ich erlebt, dass die Leute sagen: Ja, da engagiert ihr euch, aber wo seid ihr, wenn es darum geht, dass in einer Stadt im nächsten Kleinbetrieb um die Ecke jeden Monat Arbeitsplätze verlorengehen?

(Vereinzelt Beifall)

Haben wir noch das Verständnis für die Ausdifferenziertheit des Arbeitsmarktes, wie er heute besteht? Haben wir Respekt vor der Arbeit, die unter anderen Bedingungen, beispielsweise in der Kreativwirtschaft, geleistet wird? Ich befürchte, wir sind nicht mehr auf der Höhe der Zeit beim Thema Arbeit.

Zweite Bemerkung: Sozialstaat. Wir sind die Garanten für den Rechtsanspruch im Sozialstaat. Die anderen sind eher für Barmherzigkeit. Aber Genossinnen und Genossen, in den letzten Jahren ist es zum Zwiespalt gekommen zwischen Sozialstaat und Gerechtigkeit. Was uns umtreibt, ist doch, dass diejenigen aus der Mitte der Gesellschaft, die normalen Facharbeiterinnen und Facharbeiter, sich brüskiert sehen durch unseren Angriff auf ihren Arbeitsethos. Das ist es gewesen. Wenn jemand Jahrzehnte lang gearbeitet hat und begünstigt durch sozialdemokratische Beschlüsse innerhalb kürzester Frist gleichgestellt wird mit jemanden, der an der Erwerbsgesellschaft nicht beteiligt war, dann geht das auf den Kern sozialdemokratischer Identität.

Das haben wir missachtet, und dafür werden wir gegenwärtig abgestraft.

(Beifall)

Wir erleben zurzeit, dass der Sozialstaat finanziert wird von der oberen Hälfte des unteren Drittels. Wir haben dazu beigetragen, dass die Einnahmesituation oben günstiger wurde: Die Zahl der Reichen nimmt zu, die Steuersätze sind mit uns runtergegangen. Diejenigen, die die Arbeit getragen haben, die wirklich Leistungsträger dieser



Gesellschaft waren, sind von uns vermehrt verdonnert worden, den Sozialstaat für die zu garantieren, die kein Einkommen haben. Das wird als Ungerechtigkeit erlebt. Nichts ist für eine Sozialdemokratie schlimmer als erlebte Ungerechtigkeit; das geht auf unser Alleinstellungsmerkmal, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Deshalb: Wer über Sozialstaat reden will, muss über Verteilungsgerechtigkeit reden.

Noch ganz kurz eine dritte Bemerkung: Wir müssen über Demokratie reden. In dieser Gesellschaft gibt es ein Mehr an Selbstbestimmtheit vieler Persönlichkeiten. Die wollen beteiligt werden. Das fängt in der eigenen Partei an, endet da aber nicht. Ich möchte den Satz „Diese Maßnahme ist ohne Alternative“ in der Sozialdemokratie nicht mehr hören. Das sage ich in aller Eindeutigkeit.

(Beifall)

Es gibt nämlich immer Alternativen. Sie sind manchmal schlechter, manchmal besser. Das kann man aber erst feststellen, wenn man es gründlich diskutiert hat. – Mit diesem Satz ist in den letzten Jahren oft genug jede Debatte beendet worden. Das hat uns massiv geschadet.

Es gab in diesem Sommer eine Umfrage, bei der über tausend Arbeiter gefragt worden sind, ob sie davon ausgehen, dass ihre Stimmabgabe Auswirkungen hat. Was meint ihr, wie die geantwortet haben? Niemand war der Meinung, dass das Auswirkungen hat, wenn sie sich an der Wahl beteiligen. Wenn das im Moment die Wahrnehmung von parlamentarischer Demokratie ist, dann kommt es auch darauf an, dass wir darüber nachdenken, wie wir demokratische Teilhabe erweitern – nicht nur, aber auch in unserer Partei.

Ich glaube, wir haben eine Menge zu tun in den nächsten Monaten und Jahren. Das geht nicht mit Selbstgefälligkeit, aber es geht mit Stolz, mit Demut und vor allen Dingen mit Neugier; die fehlt oft genug.

(Beifall)

**Bärbel Dieckmann, Tagungspräsidium:** Das Wort hat jetzt Thomas Schuler aus Sachsen, danach Christian Lange.

**Thomas Schuler, Sachsen:** Liebe Genossinnen und Genossen! Eines hat mich bei der Analyse der Bundestagswahl am meisten überrascht und auch betroffen gemacht: der massive Einbruch bei den Jung- und Erstwählern. Nur 17 Prozent der unter 35-Jährigen Wähler gaben uns ihre Stimme. Bei den über 60-Jährigen waren es 10

Prozent mehr. Das schmerzt nicht nur – denn früher war es anders –, sondern es hatte bei der Wahl ganz konkrete Konsequenzen: Durch diese schiefe Altersstruktur haben wir eine halbe Million Wähler verloren. Die zweite Konsequenz wird sich bei der nächsten Wahl zeigen: Wenn wir das nicht ändern, wird sich diese schiefe Kurve verschieben, und wir werden zusätzlich Wähler verlieren.

Alle Diskussionen, auch unser Leitantrag, konzentrieren sich bei der Wahlanalyse auf die 3,7 Millionen jungen Wähler, die wir an andere Parteien abgegeben haben, und auf die 2,1 Millionen Nichtwähler. Doch ich denke, es ist leichter, durch konkrete politische Arbeit oder Konstellationen abgewanderte Wähler zurückzuholen, als wieder die Präferenz der jungen Wähler zurückzugewinnen und so die ungünstige Altersstruktur wieder zu normalisieren. Aber wie kann man dagegen angehen? Ich möchte euch zwei Strategien vorschlagen – denn auch ich denke, die Zeit ist gekommen, über die Zukunft nachzudenken –, eine leichte und eine schwierige Strategie.

Die leichte Strategie ist ganz einfach: Nehmt die Themen und Anliegen der Jusos ernst.

(Beifall)

Manche aus meiner Generation stöhnen innerlich auf, wenn mal wieder ein Parteiantrag von den Jusos kommt, den sie für realitätsfremd halten. Denen möchte ich entgegenhalten: Die Jusos sind nicht die Spielwiese der Partei, sondern eines unserer besten Frühwarnsysteme für das Rumoren in unserer Gesellschaft

(Beifall)

und für neue politische Themen. Also hört bitte zu! Das Beispiel Internetzensur ist schon angesprochen worden. Wir haben einen Parteitagsbeschluss dazu, der aber im Regierungshandeln nicht angemessen umgesetzt wurde. Die Quittung haben wir bekommen; Franz Müntefering hat die Zustimmungswerte der Piratenpartei schon genannt. Das sind eigentlich auch unsere Wähler. Wir müssen für die Zukunft aufpassen, dass es uns nicht so geht wie bei den Grünen: Wir haben sehr spät auf das Thema Ökologie reagiert, so junge Wähler für lange Zeit verloren und Raum für die Entwicklung einer neuen Partei gelassen habe. Ich begrüße daher außerordentlich die Initiative „Demokratie und Freiheit“ im Leitantrag.

Übrigens, meine Forderung, die Themen und Anliegen der Jusos ernst zu nehmen, gilt auch auf der Landesebene und auf der Kommunalebene. In unserem Unterbezirk Chemnitz sind wir über die letzten Jahre ein Stück weitergekommen, durch gemeinsame Projekte wie den Info-Stand, durch gemeinsame Veranstaltungen der AG 60 plus und der Jusos sowie, ganz wichtig, durch Personalentwicklung.

Noch ein Satz zu der schwierigen Strategie: Wir müssen unsere Werte weiterentwickeln und sie der Gesellschaft von heute und morgen auf den Leib schneiden. Denn sich auf die Wurzeln besinnen, ist das eine, aber wir müssen diese Werte auch entwickeln. Es sind Werte aus dem 19. Jahrhundert, und wir können nicht erwarten, dass wir die Generation des 21. Jahrhunderts damit erreichen, wenn wir sie nicht angemessen übersetzen. Außerdem: Wer in der Krise ist, liebe Genossinnen und Genossen, der darf auch darüber nachdenken, ob es neue Werte gibt, die in unseren Kanon passen. – Danke schön.

(Beifall)

**Bärbel Dieckmann, Tagungspräsidium:** Das Wort hat jetzt Christian Lange, danach Hans-Helmut Birke.

**Christian Lange, Baden-Württemberg:** Liebe Genossinnen und Genossen! Lieber Franz, du hast vor einigen Monaten einen Satz geprägt, der mir eigentlich sehr gut gefallen hat. Du hast gesagt: Der Himmel hängt voller sozialdemokratischer Antworten. Wir alle sind enttäuscht darüber, dass die Menschen nicht zugegriffen haben, sondern dass sie Parteien gewählt haben, die Hartz IV auf jeden Fall befürworten, wenn nicht gar verschärfen, die die Rente mit 67 gut finden, wenn nicht gar noch verschärfen, die für den Afghanistan-Einsatz sind und damit keine Probleme haben.

Wir fragen uns alle – auch ich frage mich das als Wahlkämpfer –: Wie konnte das geschehen in der Situation der größten Wirtschafts- und Finanzkrise seit dem Zweiten Weltkrieg? Viele Antworten sind heute in den vergangenen Stunden schon gegeben worden. Es hat auch etwas mit emotionaler Bindekraft zu tun, die uns verloren gegangen ist. Sie macht sich an Themen fest, die wir hier noch nicht angesprochen haben. Sie macht sich – ich betone das ganz bewusst – auch an dem Umgang mit den Wahlergebnissen in Hessen und an unserer Diskussion über die Linkspartei fest. Dies war eine Diskussion unter uns, und sie war keine sympathische Diskussion. Sie hat uns alle verletzt, egal auf welcher Seite wir standen, und sie hat dazu geführt, dass wir emotionale Bindekraft verloren haben und dass Menschen gesagt haben: Mit der Partei will ich nichts zu tun haben. Auch das gehört zur bitteren Wahrheit, die jedenfalls ich empfunden habe.

Ich will auch aufgreifen, wie wir uns als Regierungspartei dieser Frage gewidmet haben. Ja, wir haben den Versuch gemacht – vom Ansatz her eigentlich erfolgreich, finde ich –, das Sozialsystem zu retten, anstatt es an die Wand fahren zu lassen. Wir haben uns entschlossen, diesen Weg über die Hartz-Gesetzgebung – ich nenne sie ganz bewusst als Beispiel – zu gehen. Aber was ist daraus am Ende geworden? Wir alle sind für Fördern und Fordern. Aber herausgekommen ist, dass das Fordern klappt, aber das Fördern nicht. Bei uns wird das abgeladen. Trotzdem ist der Ansatz eines

aktivierenden Sozialstaats, der Menschen stärkt und ihnen Wege öffnet, damit sie ihr eigenes Leben in die Hand nehmen, richtig. Auch in dieser Frage haben wir emotionale Bindekraft verloren; das müssen wir, glaube ich, festhalten.

Zum Dritten frage ich mich: Wie kommt es eigentlich, dass wir, obwohl wir in den letzten Wochen vor der Bundestagswahl für jeden erkennbar bei Opel interveniert haben, keinen Kausalzusammenhang herstellen konnten zwischen der Intervention unseres Spitzenpersonals und dem Ankreuzen des Wahlzettels bei der Sozialdemokratie? Ich meine nicht nur die Bundestagswahl, sondern auch die Europawahl. Es ist die Zeit der Renaissance des Staates.

Aber ich muss doch zur Kenntnis nehmen, dass die Krise die Menschen eben nicht zu uns getrieben hat. Ganz im Gegenteil. Sogar 10 % der Gewerkschaftsmitglieder haben FDP gewählt, Genossinnen und Genossen! Was heißt das? Für mich kann das nur heißen, dass das Vertrauen der Menschen in staatliche Lösungen, so wie wir uns das wünschen würden und wie ich mir das auch wünsche und wofür ich gekämpft habe, nicht da ist, sondern dass, im Gegenteil, der Eindruck entstanden ist: Wir helfen den Großen, da kommt der Staat, und bei den Kleinen kommt der Insolvenzverwalter bzw. die Privatinsolvenz.

(Beifall)

Auch das ist eine Wahrheit, die wir zur Kenntnis nehmen müssen, ohne dass ich jetzt an dieser Stelle eine Antwort geben kann.

Für mich ist die Antwort die – wenn überhaupt; da knüpfe ich an das an, was schon viele erwähnt haben –: Unser Godesberger Programm und unser Hamburger Programm können, meine ich, diese gesellschaftliche Anschlussfähigkeit herstellen, wenn wir sagen: Unser Ziel muss es sein, dass Menschen auch in unserer Gesellschaft des 21. Jahrhunderts vom Hartz IV-Empfänger zum Professor oder vom Arbeiterkind zur Konzernchefin werden können. Alles dies ist eine sozialdemokratische Vision, die, glaube ich, auch in der jetzigen Zeit gerade für die SPD in unserer schweren Niederlage Hoffnung und Zuversicht geben kann. Ich meine, dafür können wir nach diesem Parteitag gemeinsam mit unserer neuen Führung kämpfen. Herzlichen Dank.

(Beifall)

**Bärbel Dieckmann, Tagungspräsidium:** Das Wort hat Hannes Birke, Schleswig-Holstein. Danach spricht Udo Bullmann, Hessen-Süd.

**Hans-Helmut Birke, Schleswig-Holstein:** Liebe Genossinnen und Genossen! Ich gehöre zu den Mandatsträgern, die bei der Philippika von Peer Steinbrück noch relativ gut weggekommen sind, nämlich zu den Mandatsträgern, die er in seiner Stellungnahme,

in seiner Analyse als tüchtige Kommunalpolitiker bezeichnet hat. Zu denen gehöre ich. „Tüchtig“ können andere beantworten, aber Kommunalpolitiker bin ich.

Gerade in der Kommunalpolitik nehmen wir im unmittelbaren Kontakt mit den Menschen, die dort mit ihren Anliegen, ihren Wünschen, ihren Forderungen und mit ihrer Kritik an uns herantreten, die Probleme wie mit einem Brennglas wahr, die sich abzeichnen und die uns Menschen zurückmelden. Das ist sozusagen der Kern von Kommunalpolitik, wie wir ihn erfahren und erleben.

Weil heute sehr viel über die Frage von Gerechtigkeit und auch über soziale Gerechtigkeit geredet worden ist und manchmal bei mir der Eindruck entstanden ist, dass einige in ihrer durchaus berechtigten Kritik Gefahr liefen, das Kind mit dem Bade auszuschütten, möchte ich gerne sagen, wie wir als Kommunalpolitiker vor Ort erfahren, was gerecht ist und was Menschen uns zurückmelden. Liebe Genossinnen und Genossen, in Schleswig-Holstein ist es gelungen, das dritte Kindergartenjahr beitragsfrei zu gestalten.

(Beifall)

Das hat Eltern mit Kindern in Höhe von mindestens 171 Euro Elternbeitrag monatlich entlastet. Liebe Genossinnen und Genossen, das ist ein Stück von Familienpolitik, die keine Steuersenkung in diesem Bereich jemals erreichen kann.

(Beifall)

Auf dieser Ebene gilt es weiterzumachen. Das ist das, wo Menschen sagen: Das ist gerecht, wenn ihr Familienpolitik macht!

Genossinnen und Genossen, es hat einen langen Weg in Schleswig-Holstein gegeben, bis bundesweit anerkannt das Schulgesetz in der Weise geändert worden ist, dass Kinder länger gemeinsam in Gemeinschaftsschulen lernen. Es hat in Schleswig-Holstein einen Run darauf gegeben, weil Eltern sagen: Wir wollen die besten Bildungschancen für unser Kind. Wir wollen gemeinsam lernen, und zwar in einem gemeinsamen Prozess. Dafür sind die Gemeinschaftsschulen der richtige Weg, der richtige Ansatz. Das dürfen wir uns nicht kaputt machen und kaputt reden lassen. Diesen Weg wollen wir weiter in dieser Richtung gehen. Das ist gerecht, und das ist Bildungspolitik.

(Beifall)

Stichwort „Ausstieg aus der Kernenergie“: In meinem Kreis, in dem ich zu Hause bin, hat mal ein kluger Mann gesagt, wir seien im Fadenkreuz von drei Kernkraftwerken. Was meint ihr, was es für eine Freude und für ein Spaß bei uns war, als Stade als erster praktischer Punkt in diesem Bereich abgeschaltet worden ist!

(Beifall)

Das war konkret. Das haben Menschen erlebt. Deswegen lassen wir uns auch nicht den Ausstieg aus der Kernenergie als wesentlichen Beitrag für den Umweltschutz ausreden. Daran halten wir fest, und da machen wir weiter. Das ist originäre sozialdemokratische Politik in diesem Bereich. Das sollten wir auch sehen, wenn wir hier miteinander diskutieren.

**Bärbel Dieckmann, Tagungspräsidium:** Darf ich dich bitten, jetzt zum Ende zu kommen!

**Hans-Helmut Birke, Schleswig-Holstein:** Mein Gott, ich habe noch so viel zu sagen. Wenn du gestattest, ich habe noch eine ganze Liste.

**Bärbel Dieckmann, Tagungspräsidium:** Bitte nicht!

**Hans-Helmut Birke, Schleswig-Holstein:** Dann lasse ich es. Schleswig-Holstein ist in solchen Dingen ohnehin immer sehr fortschrittlich.

(Beifall)

Ich möchte gerne noch einen Punkt ansprechen, wenn du das gestattest. Das ist wirklich nur ganz kurz.

**Bärbel Dieckmann, Tagungspräsidium:** Nein, ich bitte dich, jetzt zum Ende zu kommen.

**Hans-Helmut Birke, Schleswig-Holstein:** Franz hat heute Morgen in seiner Rede etwas sehr Richtiges gesagt. Er hat gesagt: Wenn er auf die Kommunalpolitik schaut, dann sieht er vom Engagement her, dass die Listen für die Kommunalwahlen nicht voll werden oder dass man große Probleme in diesem Bereich hat. Das ist richtig. Man hat manchmal den Eindruck, man bewegt sich mit kleinen roten Inseln in einem schwarzen Meer der Fläche. Diesen Eindruck haben wir sehr häufig. Deswegen meine Bitte: Wir diskutieren nicht nur Inhalte – das ist wichtig und notwendig – sondern wir müssen auch Organisation diskutieren, wie diese SPD in der Breite wieder stärker kampagnefähiger wird, um die Menschen dort zu erreichen, wo sie glauben, wir hätten sie da schon verlassen. – Vielen Dank für eure Aufmerksamkeit.

(Beifall)

**Bärbel Dieckmann, Tagungspräsidium:** Jetzt hat Udo Bullmann, Hessen-Süd, das Wort. Danach folgt Bettina Hagedorn, Schleswig-Holstein.

**Udo Bullmann, Hessen-Süd:** Genossinnen und Genossen! Einige meiner Vorrednerinnen und Vorredner haben darauf hingewiesen, dass wir mit unserer Wahlniederlage in Europa nicht allein sind. Martin hat hier den richtigen Hinweis gegeben, dass wir auf der einen Seite Globalisierungen haben. Die Wirtschaft organisiert sich international,

und unsere nationalen Möglichkeiten der politischen Gestaltung bleiben dahinter zurück. Aber was heißt das denn, liebe Genossinnen und Genossen? – Das ist nicht das Ende der Sozialdemokratie, sondern das unterstreicht die Notwendigkeit, die Sozialdemokratie endlich auf ihre europäischen Füße zu stellen. Das ist die Botschaft aus dieser Situation.

Ich will da weitermachen, wo Martin und Gerd hingeleuchtet haben: Wie können wir das denn bewegen? Wie können wir das machen? – Im Umkehrschluss heißt das, Genossinnen und Genossen: Wenn die Erkenntnis richtig ist, es ist schwerer, einen Mitgliedstaat sozialdemokratisch zu reformieren nur mit nationalen Mitteln – das geht nämlich nicht mehr – dann bedeutet das für uns auch: Es gibt keine zentrale sozialdemokratische Reformstrategie mehr, bei der Europa nicht mitgedacht wird und bei der die Handlungsmöglichkeiten und die Einwirkungsmöglichkeiten der europäischen Ebene nicht gleichzeitig ein Teil der Strategie sind.

Ich will dazu ein paar praktische Vorschläge machen und hoffe sehr, dass wir sie zusammen mit dem neuen Vorstand aufgreifen können. Ich glaube – gerade weil Hannes hier aus der Sicht der Kommunalpolitik gesprochen hat – dass wir jeder jungen Genossin und jedem jungen Genossen, die bzw. der bei uns in der Kommunalpolitik anfängt, eine Chance geben sollten, ihr europapolitisches Rüstzeug zu verstärken. Denn auf Ballhöhe zu spielen, bedeutet auch, dass man modernes Regieren in diesem Zusammenhang begreifen können muss, um darauf einzuwirken. Europa steckt längst in der Kommunalpolitik drin. Also sollten wir uns allen Mühen unterziehen, dass wir das stärker in der Partei verankern.

Zweitens. Lernen ist nicht verboten. Die skandinavische Arbeitsmarktpolitik gibt viele Hinweise, wie wir unseren Ansatz reformieren können. Ja, ich brauche mehr Sicherheit und nicht weniger Sicherheit, wenn ich will, dass sich die Menschen verändern, und wenn sie sich bewegen sollen. Das ist völlig richtig. Ja, ich brauche gute Institute vor Ort. Ich brauche Hilfe vor Ort. Ich darf nicht jahrelang darauf geben, dass ich eine große Organisation wie die Bundesanstalt reformiere, wenn die Hilfe vor Ort fehlt.

Ich muss natürlich auch mit der Konjunktur gehen und in die gute Konjunktur reformieren, und ich darf nicht gegen die Konjunktur arbeiten; denn die besser ausgebildeten Menschen wollen anschließend noch Arbeit haben.

Es gibt Dinge, wo wir absolut vorne sind: die Energiepolitik. Wir müssen endlich einsteigen, das auch zu einem Renner überall in Europa zu machen, und müssen dafür bei unseren Schwesterparteien werben.

Letzter Satz: Mir hat unheimlich gut gefallen, was Julian über die große Erzählung der Sozialdemokratie gesagt hat, die eine europäische werden muss. Man muss sie auf

Spanisch, auf Französisch, aber auch auf Niederländisch und auf Deutsch sprechen können. Das bedeutet, dass wir uns bei der Sozialdemokratischen Partei Europas noch stärker engagieren und sie endlich zu dem machen, was sie sein könnte: eine Mitgliederpartei, so wie wir es besprochen und beschlossen haben. – Ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall)

**Bärbel Dieckmann, Tagungspräsidium:** Jetzt spricht Bettina Hagedorn, Schleswig-Holstein. Anschließend spricht Jörg Wenghöfer, ebenfalls Schleswig-Holstein.

**Bettina Hagedorn, Schleswig-Holstein:** Liebe Genossinnen, liebe Genossen! Eine – wie ich finde – zu Recht sehr nachdenkliche Debatte geht zu Ende. Was mir in dieser Debatte wichtig ist: Viele haben hier kritische Worte, auch selbstkritische Worte, gefunden, aber kritische Worte, die auch sehr stark in diese Richtung gegangen sind, und das zu Recht. Aber diese Debatte wird nur glaubwürdig für uns alle, wenn jeder in den Spiegel guckt, und damit meine ich wirklich jeden.

(Vereinzelt Beifall)

Zu glauben, dass diese Wahlen nur „irgendwo da oben“ verloren gegangen sind, ist eine nach meiner festen Überzeugung komplett falsche Wahrnehmung.

(Beifall)

Wir haben diese Wahlen alle zusammen, und das über viele, viele Jahre, verloren. Der heutige Parteitag mit dieser Aussprache sollte diese nachdenkliche Analyse und Debatte wirklich nur beginnen, denn hier dürfen wir nicht kurz springen. Wir haben Oppositionsjahre vor uns und dürfen und müssen uns Zeit dafür nehmen. Dafür müssen wir auch wirklich ehrlich miteinander umgehen.

Ich bin Bundestagsabgeordnete, habe aber auch 20 Jahre Kommunalpolitik gemacht. Ich glaube, ich kann beide Seiten ganz gut beurteilen. Es ist bestimmt richtig, dass in den letzten Jahren manches nicht genügend übersetzt und dargestellt worden ist. Aber wie ich 20 Jahre Kommunalpolitik gemacht habe und weil ich weiß, wie die Basis ist, habe ich – ich weiß, viele Kolleginnen und Kollegen von mir haben das auch getan – es übersetzt und habe informiert. Aber ich kenne auch ganz viele Ortsvereine, die diese Informationen gar nicht haben wollten. Ich kenne ganz viele Ortsvereine, die das nicht mit mir diskutieren wollten. Und wenn sie es schon diskutiert haben, haben sie mit den Augen gerollt, wenn ich ihnen etwas über die Finanzierbarkeit unseres Staates erzählt habe, wenn ich versucht habe, sie aufzuklären, warum wir das alles tun. Dann weiß ich auch, dass sie das hinterher nicht wirklich mit ihrem Nachbarn, mit ihrem Arbeitskollegen



diskutieren wollten und dass sie lieber ins nächste Mauselloch und sich eigentlich dafür geschämt haben, dass sie Sozialdemokraten waren. Auch durch diesen mangelnden Bekennermut in unserer ganzen Partei auf allen Ebenen haben wir an Glaubwürdigkeit verloren.

(Beifall)

Und wenn wir zu einer neuen, gemeinsamen Stärke finden wollen, dann können wir das eben nur gemeinsam schaffen. Das bedeutet, dass wir auch auf der Ortsvereinsebene, auf der Kreisebene, auf der Landesebene und auch auf der Bundesebene sagen müssen: Ja, wir müssen den Menschen mehr zuhören.

Wenn hier zu Recht gesagt worden ist, wir müssen mehr auf die Basis hören, frage ich mich manchmal ein bisschen: Wer ist das eigentlich, die Basis? Darunter kann man viel verstehen. Manche titulieren sich auch hier vorne selbst als Basis und sind Bundestagsabgeordnete. Es passt immer ganz gut, sich als Basis zu titulieren. Aber es geht nicht nur darum, auf die Basis zu hören. Das ist selbstverständlich, und es muss wieder selbstverständlich werden, dass wir dialogfähig werden, dass wir Partizipation zulassen. Aber es reicht nicht. Wichtig ist, dass unter Sozialdemokraten – und zwar auf allen Ebenen und auch auf der untersten Ebene – der Dialog mit der ganz normalen Bevölkerung verlorengegangen ist. Das bedeutet, dass wir uns insgesamt aufschließen müssen, in die Vereine, in die Verbände, aber auch gegenüber den Menschen, die nicht in den Vereinen und Verbänden sind, weil nämlich alle ihre Bindungswirkung verloren haben.

Wir müssen die Menschen zu Projekten einladen, und zwar zu dem Projekt: Wie wollen wir eigentlich leben in dieser Gesellschaft, in 10, in 15 Jahren? Was ist dafür erforderlich? Welche Rolle kann und muss die SPD dabei spielen? Wenn wir das nicht gemeinsam machen und wenn nicht mit Selbstgerechtigkeit und damit Schluss ist, dass sich manche immer über die anderen erheben und in unserer Partei meinen, sie haben die Weisheit mit Löffeln gefressen, während es andere wohl noch nicht so richtig begriffen haben, werden wir diesen Dialog verlieren. Aber ich bin sicher: Wir können und wir werden ihn gewinnen. Nur eines müssen wir tun: Dafür nach diesem Analyseprozess die Reihen ganz fest schließen.

(Beifall)

**Bärbel Dieckmann, Tagungspräsidium:** Jörg Wenghöfer, Schleswig-Holstein, und dann Lennart Fey.

**Jörg Wenghöfer, Schleswig-Holstein:** Liebe Genossinnen und Genossen! Ich bin wie viele von euch gestern hierher angereist und hatte ein sehr differenziertes Gefühl. Ich wusste nicht so ganz genau, wie das hier heute gehen wird, worauf wir uns hier

einlassen. Ich muss sagen, ich stelle fest: Wir können ganz gut miteinander umgehen, und es ist gut Sozialdemokrat zu sein. Heute macht das richtig Spaß.

(Beifall)

Gut heißt aber nicht, dass es nicht besser werden kann. Es muss besser werden. Wenn wir von diesen vielen Ideen und diesen guten Ansätzen, die wir heute hören, etwas umsetzen wollen, wenn wir Partizipation, Teilhabe und Synergien haben wollen, werden wir das organisieren müssen, Genossinnen und Genossen. Und wenn wir etwas organisieren wollen, dann hat das etwas mit Geld zu tun. Das wird heute kaum diskutiert. Das ist ein bisschen Elfenbeinturm, ohne auch die Bodenhaftung zu organisieren und unbequeme Fragen zu stellen, wie: Was ist mit unseren Ortsvereinsstrukturen? Passen sie sich eigentlich dem an, was wir hier diskutieren? Wie ist es mit unserer Beitragsstruktur? Ein Genosse hat es heute einmal angesprochen, aber das geht so unter. Das ist ein ganz wesentlicher Aspekt. Wie ist es mit der Abgabendisziplin von Abgeordneten, von Ministern – so wir welche haben – von Staatssekretären und der EU Administration? Wie ist das mit unserer Bürostruktur in der Fläche? Können wir es uns eigentlich leisten, dass Abgeordnete alleine entscheiden, wo Büros entstehen, wenn wir weiße Flecken haben. Dabei denke ich an Ostdeutschland und auch an Bayern. Es ist immer schwierig. Wieso akzeptieren wir es eigentlich wie ein Naturgesetz, dass die CSU in Bayern immer vorne ist, egal, in welcher Konstellation? Das finde ich inakzeptabel.

Wir müssen also verstehen, wo wir stehen, Genossinnen und Genossen. Das heißt, wir müssen auch bereit sein, Konsequenzen daraus zu ziehen. Und wir müssen uns die Frage stellen: Wie verteilen wir unser Geld? Oder wie laufen bei uns Entscheidungsstrukturen? Was ist mit Personal- und Organisationsstrukturen sowie Kostenstrukturen? Wieso geben wir Massen von Geld aus, wenn Wahlkampf ist, und laufen auf der Strecke trocken? Ihr wollt Partizipation, aber wie organisiert ihr es. Fragt einmal eure Schatzmeister oder Kreiskassierer, wie das denn gehen soll.

Ohne Organisation werden also viele dieser Ideen steckenbleiben. Deswegen bitte ich euch: Lasst uns nicht auf halben Weg stehenbleiben, Barbara und Andrea. Ich bitte euch und fordere euch geradezu auf: Organisiert diesen Veränderungsprozess auch, und lasst uns nicht nur über Inhalte diskutieren, sondern auch über das, was uns meistens unbequem ist.

Und wenn Herbert Wehner heute schon einmal zitiert wurde, weil er aus Dresden kommt, ist das vielleicht ein guter Ansatz, denn Herbert Wehner sagte einmal, Politik sei Organisation, oder Organisation sei Politik. Und ich füge als Schatzmeister hinzu: Organisation kostet Geld. Lasst uns über Geld sprechen, Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

**Bärbel Dieckmann, Tagungspräsidium:** Lennart Fey, Schleswig-Holstein, und dann Jonas Merzbacher, Bayern.

**Lennart Fey, Schleswig-Holstein:** Liebe Genossinnen und Genossen! Heute reden wir über die Zukunft der SPD, unserer Partei. Hier sind die Wahlvorschläge für den neuen Vorstand. Was meint ihr: Wie viele unter 30-Jährige wurden hier vorgeschlagen? Ich sage es euch: Null! Wollen wir uns so zukunftsfähig aufstellen? Wollen wir so wieder junge Menschen für uns gewinnen? Wir haben so viele junge Menschen in unserer Partei, die etwas machen möchten, die sich engagieren, die sich sicherlich auch gerne im Bund engagieren möchte. Wir müssen sie doch nur lassen. Bitte, lasst uns in unserer veralteten Partei mal wieder mehr Jugend wagen. – Danke.

(Beifall)

**Heiko Maas, Tagungspräsidium:** Vielen Dank. – Das Wort hat jetzt Jonas Merzbacher. Nach ihm spricht Enrico Schäfer.

**Jonas Merzbacher, Bayern:** Liebe Genossinnen und Genossen! Der Vorredner hat es kurz und knapp gemacht. Ich habe mir überlegt: Was denken denn die Leute draußen, die heute am Fernseher sitzen, über unsere Diskussion? Wir diskutieren hier immer wieder fast schon im Kreis drei Themen: Hartz IV, die Rente mit 67 und – am wichtigsten; das kommt bei allen immer wieder vor – die Basta-Politik. Ich glaube, wir müssen uns Gedanken darüber machen, wie wir uns in Zukunft aufstellen. Wir sind alle gemeinsam ein Zug. Wir wechseln heute Abend vielleicht die Führungsmannschaft in der Lokomotive aus. Entscheidend ist jedoch, dass wir dahinter, die Waggons, funktionieren. Wir können uns nicht nur mit den Thema Hartz IV, Rente mit 67 und Basta-Politik auseinandersetzen, sondern wir haben noch andere Themen: Wie schaut es mit der Gleichstellung aus? Wie schaut es mit der Wehrungerechtigkeit bei der Wehrpflicht aus? Die Leiharbeit, die Verteilungsdiskussion, der demographische Wandel. All diese Themen kommen mir heute ein bisschen zu kurz.

Deswegen sage ich ganz deutlich: Wir haben Bremsen, jeder einzelne in seinem Waggon, jeder Landesverband: Schleswig-Holstein, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Hessen-Nord, Hessen-Süd. Jeder von uns hat in seinem Waggon eine Bremse. Deswegen würde ich darum bitten, dass von diesem Bundesparteitag ein Signal ausgeht, dass jeder in seinem Waggon aktiv mitsteuert. Es war nicht Franz allein, es war nicht Frank-Walter allein. Wir alle gemeinsam haben uns in den letzten elf Jahren vielleicht ein bisschen hängen lassen. Wir waren in der Regierung und haben die Ärmel zum Teil nicht mit hochgekrempt. Ich als Bürgermeister, als junger Unterbezirksvorsitzender muss mich auch einmal selbstkritisch betrachten und muss fragen: Mensch, was haben wir als Einzelne dazu beigetragen?

Ich sage ganz deutlich: Lasst uns auf diesem Bundesparteitag die Chance nutzen, nach draußen das Signal zu senden: Wir stehen für soziale Gerechtigkeit, und das nicht nur bei zwei, drei Themen, sondern wirklich in der Breite. Wir diskutieren die Themen hier und müssen uns fragen: Wo können wir für soziale Gerechtigkeit stehen?

So lasst uns in unser Stammbuch schreiben: Wir wechseln vielleicht die Mannschaft auf der Lokomotive aus. Aber wir in den Waggons wollen unseren Teil dazu beitragen, dass diese SPD nicht bei 23 Prozent stehen bleibt. Denn wir können mehr leisten, wenn wir die soziale Gerechtigkeit wieder in einem breiten Spektrum definieren und nicht nur an zwei, drei Themen festmachen. – Danke schön.

(Vereinzelt Beifall)

**Heiko Maas, Tagungspräsidium:** Vielen Dank. – Jetzt hat Enrico Schäfer das Wort. Ihm folgt Hilde Mattheis.

**Enrico Schäfer, Hessen-Nord:** Liebe Genossinnen und Genossen! Ich möchte einen weiteren Aspekt von Glaubwürdigkeit und Vertrauen ansprechen, der in den letzten Wochen bei mir im Ortsverein und auch in einigen anderen Ortvereinen Thema gewesen ist. Neben der Frage, zu tun, was man sagt, gibt es noch einen wichtigen Punkt, liebe Genossinnen und Genossen: Wir brauchen mehr Geduld und dürfen nicht sofort das Flattern bekommen, wenn wieder genau gesucht, geschaut und geschrieben wird, wo bei uns die Differenzen liegen und wer gegen wen ist.

Liebe Genossinnen und Genossen, wer die eigene Parteispitze, ohne mit der Wimper zu zucken, wie schmutzige Unterwäsche in kurzen Abständen auswechselt, der braucht sich nicht zu wundern, wenn er keine Glaubwürdigkeit und keine Vertrauen bekommt. Wir sind keine Wegwerfpartei. Glaubwürdigkeit und Vertrauen und Identifikation benötigen persönliche Kontinuität. Die Parteispitze braucht Zeit, gemeinsam mit der Basis ein Projekt zu entwickeln, das gut in der Sache ist und wieder zu nachhaltigem Erfolg führt. Deshalb ein Appell an uns alle: Wenn wir heute und morgen eine neue Parteispitze wählen, lasst uns im kritischen Dialog langfristig zueinander stehen, auch dann, wenn es nicht sofort und unmittelbar zu messbaren Erfolgen führt.

Wir brauchen Zeit, miteinander Profil zu entwickeln und dies auch nachhaltig nach außen durch Konstanz im Personaltableau zu repräsentieren, und zwar dadurch, dass wir auch die unschönen Momente solidarisch und gemeinsam durchstehen und uns weniger von Showdown zu Showdown duellieren. Auch das ist ein Baustein, wie wir wieder Glaubwürdigkeit und Vertrauen nachhaltig gewinnen und unsere sozialdemokratischen Ziele besser durchsetzen können zum Wohl der Menschen in unserem Land. – Danke schön.

(Beifall)

**Heiko Maas, Tagungspräsidium:** Vielen Dank. – Jetzt hat Hilde Mattheis das Wort. Danach Frank Nikutta. Ich mache euch darauf aufmerksam, dass es jetzt noch vier Wortmeldungen gibt. Nach diesen Wortmeldungen werden wir abstimmen über einen satzungsändernden Antrag und danach wird Sigmar Gabriel seine Rede halten. So viel zum weiteren Verlauf des Programms. – Liebe Hilde, jetzt hast du das Wort.

**Hilde Mattheis, Parteivorstand:** Liebe Genossinnen und Genossen! Ich glaube, es ist heute bei der Aussprache klar geworden: Es gibt keine Alternative zu einem inhaltlichen Erneuerungsprozess und zu einer organisationspolitischen Veränderung in unserer Partei. Wir sind uns alle klar darüber, dass, wenn wir am Sonntag abreisen, all das, was wir hier diskutiert haben, nicht wieder vergessen werden darf, sondern unsere praktische Politik in den Ortsvereinen bestimmen muss.

Ich bin überzeugt, dass, wenn wir nach folgenden zwei Grundsätzen handeln wollen, die heute von vielen Rednerinnen und Rednern herausgearbeitet worden sind – nämlich dass wir wieder mehr Sozialdemokratie wagen und dass wir in der Partei wieder mehr Demokratie wagen wollen –, nicht nur sagen müssen, was wir denken, sondern auch tun müssen, was wir sagen. Diese Grundsätze können uns gerade in der Opposition weiterhelfen.

(Vereinzelt Beifall)

Wir haben bei bestimmten Projekten unseren sozialdemokratischen Pfad verlassen. Das haben uns die Menschen übel genommen. Ich meine: zu Recht. Ich mache es gerne an einem Beispiel fest: Wir haben zu Regierungszeiten – darauf waren wir zu Recht stolz – die Armuts- und Reichtumsberichterstattung immer wieder präsentiert und eine Bilanz unserer Gesellschaft gezogen. Wir haben darin alle Anzeichen dieser sich vergrößernden Spaltung der Gesellschaft selber dokumentiert. Wir haben es aber nicht geschafft, das in praktische Politik umzumünzen, sondern uns ein Stück weit von einer Philosophie leiten lassen, dass es allen in der Gesellschaft gut geht, wenn es Unternehmen gut geht. Das war falsch, wir sehen es nun.

Wir haben durch Arbeits- und Beschäftigungspolitik die Schleusen für Armut und für Dumpinglöhne geöffnet. Wir haben Armutsrisiken für Kinder, für Alleinerziehende und für Arbeitslose erhöht. Das alles sind Antworten gewesen, die falsch waren. Ich glaube, wenn wir uns auf den richtigen Weg machen – das wollen wir ja, das haben alle hier dokumentiert –, dann gilt es einen Punkt ganz klar zu benennen: Wir müssen sagen, wo die Fehler der Vergangenheit lagen. Es reicht nicht, nur an den arbeitsmarktpolitischen Stellschrauben zu drehen, sondern da gilt es auch, klar zu formulieren, wo unsere Visionen und wo unsere Zukunftsziele liegen.

Als wir 1998 in die Regierung kamen, war eine der ersten Maßnahmen der Regierung, das Schlechtwettergeld wieder einzuführen. Mein Nachbar, der Maurer ist, ist damals

zu mir gekommen und hat gesagt: Das ist gut. Ihr macht das, was ihr sagt. Diesen Grundsatz zur Stärkung der Partei wieder zu befolgen, halte ich für einen der zentralen Grundsätze, die wir uns vornehmen müssen.

(Vereinzelt Beifall)

Wir dürfen nicht nur sagen, was wir denken, sondern wir müssen auch tun, was wir sagen.

(Vereinzelt Beifall)

Richtig ist: In der Opposition ist es relativ schwierig, das zu beweisen. Aber – und auch das ist heute schon gesagt worden – lasst uns mit der Stärkung der Partei, angefangen bei den Ortsvereinen, beginnen. Das ist unsere Basis. Wenn wir linke Volkspartei sein wollen – und wir sind eine linke Volkspartei –, dann müssen wir in der Tat genau wieder an der Basis anfangen. Die SPD braucht in jedem Ort ein Gesicht.

Wir wollen – auch das ist heute von vielen angesprochen worden – nicht nur auf unsere Partei stolz sein, sondern wir wollen Mitgliederpartei sein. Das heißt, mitdenken, mitmachen, mitbestimmen und mittragen. Wenn wir alle miteinander diese Grundsätze befolgen, ist mir um unsere Partei nicht bang. Den ersten Aufschlag haben wir heute gemacht. Ich glaube, dass wir die nächsten Schritte gut zusammen gehen können. Lasst uns das in dem Leitantrag dokumentieren. Denn der Leitantrag braucht in einigen Punkten noch eine klare Botschaft, nämlich dass wir es mit der Verteilungsfrage ernst meinen und dass wir mit der Vermögensteuer und mit der Reform der Erbschaftsteuer beginnen wollen. – Danke.

(Beifall)

**Heiko Maas, Tagungspräsidium:** Vielen Dank. – Das Wort hat jetzt Frank Nikutta. Ihm folgt Beate Siewecke.

**Frank Nikutta, Hessen-Nord:** Liebe Genossinnen und Genossen! Ich komme von der Basis. Ich bin nämlich Ortsvereinsvorsitzender in einer kleinen nordhessischen Stadt mit 15.000 Einwohnern. Ich musste bei der Arbeit an der Parteibasis erfahren, welche Auswirkungen die Berliner Politik in den letzten Jahren gehabt hat.

Ich bin 1995 in die Partei eingetreten – auch aufgrund der Folgen der Kohl'schen Reformpolitiken, die nicht gegriffen haben. 16 Jahre Kohl waren mir dann doch genug, sodass ich sehr, sehr froh war, dass die SPD 1998 damals noch in Bonn die Mehrheit erreicht hat.

Jetzt, elf Jahre später, stehen wir im Tal der Tränen. Es ist nicht nur so, dass wir die Wählerinnen und Wähler in unserem Land, sondern auch viele Mitglieder verloren haben. Zum

ersten Mal sind wir nicht mehr mitgliedstärkste Partei in der Bundesrepublik Deutschland. Es war als Ortsvereinsvorsitzender, das kann ich euch sagen, kein Vergnügen, im wöchentlichen Abstand die Austritte aus der Partei in der Post auf dem Schreibtisch zu haben.

Warum ist das passiert? Das ist heute schon vielfach angesprochen worden. Das Vertrauen, das die Mitglieder, aber auch die Menschen in uns gesetzt haben, ist verloren gegangen. Das Soziale in dem Parteinamen unserer Partei war nicht mehr existent. Hartz IV und die Rente mit 67 – das ist auch schon erwähnt worden – sind sicherlich die Bausteine, die dazu geführt haben. Ich finde, der neugewählte Parteivorstand muss ganz selbstkritisch damit umgehen und auch mögliche Fehler eingestehen, um notwendige Korrekturen an diesen Gesetzen dann auch vorzunehmen. Das ist meines Erachtens unabänderlich.

(Vereinzelt Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, wir brauchen Visionen – diese Partei hat derzeit meines Erachtens keine Visionen –, um von der Gesellschaft wahrgenommen zu werden. Die Menschen fragen sich: Warum sollen wir die SPD wählen? – Das ist derzeit nicht transportabel. Visionen könnten sein: Bildung, regenerative Energien und die soziale Gerechtigkeit, für die wir in unserem Parteinamen seit ganz vielen Jahren stehen haben, wieder zu verwirklichen.

Liebe Genossinnen und Genossen, darüber hinaus brauchen wir aber auch Kontinuität in der Führung. Enrico Schäfer hat das vorhin schon angesprochen. Das Parteiprogramm ist das eine, und das Vertrauen in das Führungspersonal ist das andere.

Wir haben in Kassel einen Eingang, in dem alle Parteivorsitzenden mit Bild hängen. Da ist nicht mehr viel Platz. Ich hoffe, dass die neugewählte Spitze mit Sigmar Gabriel an der Spitze lange Zeit dort hängen wird. Mein Appell an die neue Spitze mit Sigmar Gabriel und Andrea Nahles ist, dass sie zusammen mit dem gesamten Parteivorstand mit einer Stimme sprechen.

Ich habe heute in der „Rheinischen Post“ gelesen, dass dort von Nahles und Gabriel als einer Sterbenotgemeinschaft die Rede war, weil sie bis vor kurzem ja noch nicht einmal ihre Telefonnummern kannten. Ich denke aber, dass es möglich ist, diese Brücken auch zu überwinden. Sigmar, du warst ja einmal in Lohfelden. Dort habe ich dich erlebt; das wirst du nicht mehr wissen. Ich muss sagen: Das war klasse. Da warst du noch Ministerpräsident von Niedersachsen. Ich traue dir das zu – und Andrea Nahles genauso. Wir brauchen neue Köpfe.

(Vereinzelt Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, wenn es gelingen wird, dass wir das „S“ in unserer Partei wieder stärken, das Vertrauen der Menschen zurückzugewinnen und eine

Kontinuität in der Führungsspitze zu haben, dann bin ich mir sicher, dass wir nicht mehr 16 Jahre Opposition erleiden müssen, wie damals unter Kohl, sondern dass die SPD dann wieder zukunftsfähig ist. Dafür wünsche ich euch alles Gute.

Glückauf!

**Heiko Maas, Tagungspräsidium:** Das Wort hat jetzt Beate Sieweke. Nach ihr spricht Garrelt Duin.

**Beate Sieweke, Nordrhein-Westfalen:** Liebe Genossinnen und Genossen, eigentlich wollte ich meinen Wortbeitrag ja anlässlich von Sigmars Kandidatur machen. Dann stellte sich heraus, dass ich die Einzige bin, die sich gemeldet hat. Von daher will ich jetzt nicht sagen, dass ich das Letzte bin, aber ich glaube, ich bin die Vorletzte zu dem jetzigen Tagesordnungspunkt.

Ich möchte Folgendes sagen: Ihr habt alle den „Vorwärts“ bekommen. Dort steht – ihr habt das sicherlich gesehen –: „Neuanfang Dresden“. Ich meine, bei unserem Parteitag gibt es bezogen auf einen Neuanfang zwei Probleme.

Das Erste ist der Leitantrag, und das Zweite sind die Kandidaturen. Ich möchte zu beiden Punkten etwas sagen.

Erst einmal zum Leitantrag. Er wurde vom jetzigen Bundesvorstand verfasst, und es wird auf der ersten Seite darauf hingewiesen, dass wir auf elf Jahre erfolgreiche Regierungsverantwortung zurückblicken. Ich meine, wer so etwas schreibt, der meint, dass nichts geändert werden muss. Der Ruf nach einem Neuanfang, der im „Vorwärts“ steht, wird durch so etwas völlig unglaubwürdig.

(Vereinzelt Beifall)

Ich meine: Diejenigen, die das verfasst haben, haben elf Jahre lang eine erfolgreiche Regierungspolitik mitgemacht. Sie konnten vielleicht auch gar nichts anderes schreiben. Ich meine, wir brauchen einen wirklichen Neuanfang, und zwar einen radikalen und nicht diesen Spagat, den es im Leitantrag gibt.

Jetzt noch zum Punkt Kandidaturen. Ich meine, wir brauchen Genossen in der Führung unserer Partei, die glaubwürdig einen inhaltlichen Neuanfang vertreten können. Das sehe ich nicht bei Personen, die die alte Politik jahrelang mitgemacht haben. Ich nenne einige Beispiele:

Ein Thema, das mir furchtbar am Herzen liegt, ist der Kriegseinsatz in Afghanistan. Heute ist leider auch unglaublich wenig dazu gesagt worden. Ich würde mich freuen, wenn Sigmar das gleich während seiner Vorstellungsrede noch ergänzen würde.



Wir haben als Partei jahrzehntlang die Lehre aus dem Zweiten Weltkrieg vertreten: kein Krieg unter deutscher Beteiligung. Das haben wir geändert. Wir verteidigen jetzt den Frieden am Hindukusch. Auch das wird uns am 27. September unglaublich viele Stimmen gekostet haben, liebe Genossinnen und Genossen.

Es ist schon etwas – heute mehrfach – zum Thema der Beteiligung der SPD an der Liberalisierung der Finanzmärkte gesagt worden – vor allen Dingen auch von Hermann Scheer. Es ist ganz schwierig, dass unsere neue Parteiführung, die kandidiert und die die Liberalisierung mitgemacht hat, jetzt eine Begrenzung der Finanzmärkte vertreten soll. Für mich ist das sehr schwierig.

Ich habe mich in meiner Heimatstadt Düsseldorf, aber auch hier auf dem Parteitag mit Genossinnen und Genossen lange über dieses Problem unterhalten. Viele teilen meine Bedanken, sagen aber: Na gut, aber wen stellen wir dann auf? Das ist natürlich ein Problem. Ich meine aber: Wenn mir die Suppe nicht schmeckt, dann brauche ich sie nicht zu essen.

Kurz und gut: Meine Bilanz ist, dass ich weder dem Antrag, der vorliegt, noch den Kandidaturen für den inneren Parteivorstand zustimmen werde.

Danke schön.

(Vereinzelt Beifall)

**Heiko Maas, Tagungspräsidium:** Meine liebe Genossinnen und Genossen, jetzt kommen wir zur 66. und letzten Wortmeldung. Das ist die von Garrelt Duin.

(Vereinzelt Beifall)

**Garrelt Duin, Parteivorstand:** Liebe Genossinnen und Genossen, ich möchte zum Abschluss noch einmal über das Thema der Meinungsführerschaft reden, das heute in vielen der anderen 65 Wortbeiträge zum Ausdruck gekommen ist. Es muss uns wieder gelingen, die Meinungsführerschaft in unserer Gesellschaft zu gewinnen. Ich will an einem Beispiel deutlich machen, wie schwierig das in den letzten Jahren geworden ist.

Bei den Gästen da hinten sitzt jemand, der Fritz Niemeier heißt. Die meisten von euch werden ihn nicht kennen. Er ist seit vielen Jahrzehnten in der SPD. Er war viereinhalb Jahrzehnte Werftarbeiter bei mir im Wahlkreis, in Emden, und ist letzte Woche in den Ruhestand verabschiedet worden. Die letzten vielen Jahre war er dort Betriebsratsvorsitzender. Er gehört zu denen, für die es selbstverständlich war, schon zu Zeiten der Lehre in die IG Metall und in die SPD einzutreten. Heute sind wir weit davon entfernt, dass das eine Selbstverständlichkeit ist. Er war für uns Ohr und Stimme in diesem Betrieb, und er ist es natürlich auch weiterhin.

Dabei ging es nicht nur um die Rente mit 67, sondern es ging in den letzten Jahren um etwas viel tiefer Liegendes. Das, was er uns berichtet hat und was die Diskussionen mit ihm ausgemacht hat, war, dass die Kolleginnen und Kollegen das Gefühl hatten, dass wir ihre Lebensleistung nicht ausreichend anerkennen. Das kann man an einer solchen Diskussion wie der über die Rente mit 67 festmachen. Das kann man auch an anderen sozial- und arbeitsmarktpolitischen Entscheidungen festmachen.

Liebe Genossinnen und Genossen, wir müssen uns aber sehr tief gehende Gedanken machen, wenn wir auch in Zukunft wieder ein Ohr und eine Stimme in den Betrieben haben wollen. Deswegen ist es so unabdingbar, dass wir mit den Gewerkschaften und den Betriebsräten wieder enger ins Gespräch kommen. Ohne sie werden wir die Meinungsführerschaft in Deutschland nicht zurückgewinnen, liebe Genossinnen und Genossen.

(Vereinzelt Beifall)

Ich bin mir sicher, dass es dabei um viele inhaltliche Entscheidungen gehen wird. Es geht aber nicht nur um Inhalte, sondern es wird auch um den Stil unserer Arbeit gehen.

Wenn der Kollege im Blaumann und mit dem Schweißkoffer vor uns steht und mit mir über die Rente mit 67 reden will, weil er nicht weiß, wie er es eigentlich 40, 45 Jahre lang schaffen soll, mit dem Schweißkoffer in der Hand durch den Doppelboden zu kriechen, und wir ihm dann mit Folienvorträgen über den demografischen Wandel kommen, dann entfernen wir uns nicht nur inhaltlich, sondern auch von der Sprache her von ihm. Deswegen müssen wir auch die Sprache wieder ändern, liebe Genossinnen und Genossen.

(Vereinzelt Beifall)

Einen zweiten Punkt will ich zum Abschluss ansprechen. Ich bin der festen Überzeugung, wenn wir in vier Jahren auf der Bundesebene wieder ein besseres Ergebnis haben wollen, wenn wir wieder Regierungsverantwortung übernehmen wollen, dann ist auf der Strecke dahin ganz entscheidend, dass wir nicht nur gute Debatten im Deutschen Bundestag führen – das werden wir als Bundestagsfraktion machen – sondern dass wir auf dieser Strecke der kommenden vier Jahre auch vom Willy-Brandt-Haus aus, auch von der Zentrale aus alle Kraft in die Kommunen und in die Länder hineinlegen. Ohne diesen Weg wird das nicht funktionieren.

(Beifall)

Ich möchte gerne, dass wir auf dem nächsten Parteitag Hannelore Kraft als Ministerpräsidentin von Nordrhein-Westfalen und nicht als Fraktionsvorsitzende begrüßen.

(Beifall)

## AUSSPRACHE

Ich möchte aber natürlich auch, dass auf der Strecke Kurt Beck, Klaus Wowereit, Erwin Sellering, Jens Böhrnsen und Matthias Platzeck ihre Ämter weiterhin ausführen können. Aber wir brauchen das in mehr Ländern, wir brauchen mehr Stärke in den Bundesländern – ob das bei uns in Niedersachsen ist oder in Hessen, Bayern, Baden-Württemberg. Man muss sich das vor Augen führen: Wenn wir in Bayern einmal 5 % gewinnen, ist das fast so viel wert wie 20 % in sehr viel kleineren Ländern. Deswegen brauchen wir die Unterstützung aus dem Willy-Brandt-Haus, damit wir in den Ländern wieder stark werden. Dann klappt es auch auf der Bundesebene.

Herzlichen Dank.

(Beifall)

**Heiko Maas, Tagungspräsidium:** Vielen Dank, Garrelt. Über den Schluss werden wir beide uns noch unterhalten.

Liebe Genossinnen und Genossen, es haben sich 66 Delegierte an dieser Aussprache beteiligt, bei denen ich mich ganz herzlich für die sachliche und konstruktive Atmosphäre bedanken will, in der die Aussprache stattgefunden hat. Aber ich will mich auch bei all denjenigen bedanken, die hier zugehört haben. Denn das sieht man von hier oben: Im Gegensatz zu vielen anderen Parteitag ist das Plenum die ganze Diskussion über sehr voll gewesen. Ich finde, das ist ein sehr gutes Zeichen. Dafür ein herzliches Dankeschön!

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, ich würde jetzt den Tagesordnungspunkt „Bericht der Mandatsprüfungs- und Zählkommission“ aufrufen und Ruth Barthels bitten, ihn uns mitzuteilen.

## Bericht der Mandatsprüfungs- und Zählkommission

**Ruth Barthels, Mandatsprüfungs- und Zählkommission:** Liebe Genossinnen und Genossen, ich möchte euch das Ergebnis der Mandatsprüfungskommission mitteilen: Nach unserem Organisationsstatut setzt sich der Parteitag aus 480 in den Landesverbänden und Bezirken gewählten Delegierten und 45 stimmberechtigten Mitgliedern des Parteivorstandes zusammen.

Anwesend sind 471 Delegierte

(Zurufe: Oh!)

und 44 stimmberechtigte Parteivorstandsmitglieder. Die Legitimation der Stimmberechtigten wurde von der Mandatsprüfungskommission geprüft. Unter den anwesenden 515 Stimmberechtigten sind 225 Frauen. Das entspricht einem Anteil von 43,7 %.

(Beifall)

Die Quote ist also erfüllt. Der Parteitag ist damit beschlussfähig. Ich wünsche unserem Parteitag weiterhin einen guten Erfolg. – Danke.

(Beifall)

## Beratung satzungsändernder Antrag

**Heiko Maas, Tagungspräsidium:** Vielen Dank, Ruth. – Liebe Genossinnen und Genossen, bevor ich die Rede von Sigmar Gabriel aufrufe, rufe ich zunächst einmal den Initiativantrag 2 zur Satzungsänderung auf. Da der Initiativantrag 2 die zukünftige Zusammensetzung des Parteivorstandes betrifft, ist es notwendig, dass wir schon jetzt darüber abstimmen, bevor wir später in die einzelnen Wahlgänge eintreten. Dieser Antrag ist vom Parteivorstand als Initiativantrag eingebracht worden, daher muss der Antrag zunächst gemäß § 37 Abs. 2 unseres Organisationsstatutes mit Dreiviertelmehrheit zur Beratung angenommen werden. Für die spätere Beschlussfassung ist noch eine Zweidrittelmehrheit erforderlich. Ich weise noch einmal darauf hin, dass die Kontrollkommission diesen Antrag so zur Beschlussfassung empfohlen hat.

Deshalb, liebe Genossinnen und Genossen, würde ich zunächst darüber abstimmen lassen, dass wir den Antrag hier zur Beschlussfassung vorlegen. Dazu ist eine Dreiviertelmehrheit erforderlich.

Wer dafür ist, dass wir diesen Antrag zur Beschlussfassung vorlegen, den bitte ich um sein Kartenzeichen. – Vielen Dank. Wer ist dagegen? – Wer enthält sich der Stimme? – Das ist jetzt wirklich ganz klar eine Dreiviertelmehrheit gewesen. Damit wäre der Antrag zur Beschlussfassung angenommen.

Wir könnten dann über den Antrag abstimmen. Hierfür ist eine Zweidrittelmehrheit erforderlich. Ich lasse auch darüber abstimmen. Wer für die Annahme des Antrags ist, die Satzung entsprechend zu ändern, den bitte ich um sein Kartenzeichen. – Wer ist dagegen? – Einige Gegenstimmen. Gibt es Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Dann wäre auch der Antrag bei wenigen Gegenstimmen mit einer klaren Zweidrittelmehrheit angenommen und damit beschlossen. Ich danke euch.

Liebe Genossinnen und Genossen, wir kommen zum nächsten Tagesordnungspunkt, zur Rede von Sigmar Gabriel.

Lieber Sigmar, du hast das Wort.

(Beifall)

## Rede Sigmar Gabriel

**Sigmar Gabriel:** Liebe Gäste, liebe Freunde der Sozialdemokratie, liebe Genossinnen und Genossen und liebe Beate Sieweke aus Nordrhein-Westfalen! Sie hat eben als Vorletzte gesprochen. Beate hat gesagt, sie könne dem Leitantrag nicht zustimmen und auch den Kandidaturen zum Parteivorstand nicht. Ich wollte sie um etwas bitten. Ich möchte dich bitten, dass du dem Leitantrag und mir und allen anderen eine Chance gibst.

(Beifall)

Ich sage das nicht so dahin, weil ich sonst keinen Einstieg in meine Rede finden würde.

(Heiterkeit)

Ihr könnt euch das nicht vorstellen, aber selbst einer wie ich hat ein bisschen Lampenfieber vor dem, was jetzt kommt.

(Beifall)

Ich habe das zu Beate gesagt, weil es ja nicht selbstverständlich ist, was hier passiert. Es ist ja nicht so, dass es über die Kandidaturen zum Parteivorsitz, zur Generalsekretärin und zum Parteivorstand keine Debatten gegeben hätte, die auch richtig und notwendig sind.

Es geht hier eigentlich um zwei Dinge: Wir kandidieren – das ist erlaubt in der Sozialdemokratie. Und wir bitten um einen Vertrauensvorschuss; denn um mehr können wir heute noch nicht bitten.

Liebe Genossinnen und Genossen, wir wissen, dieser Parteitag ist nicht irgendein Parteitag. Er stellt eine politische Zäsur für die SPD dar, aber auch für die politische Entwicklung im Land. Wir haben eine historische Niederlage erlitten, obwohl wir in einer Zeit leben, die geradezu nach sozialdemokratischen Antworten schreit. Diejenigen regieren jetzt unser Land, die über Jahrzehnte die ökologischen und sozialen Bedürfnisse der Menschen der Ideologie des Marktes untergeordnet haben. Sie sind die ideologischen Wegbereiter der Finanz- und Wirtschaftskrise. Und trotzdem haben sie die Wahlen gewonnen. Wir könnten es uns jetzt leicht machen und sagen: „Ihr werdet schon sehen, was ihr von denen habt!“, in der Hoffnung, dass sich die Weisheit und die Richtigkeit unserer Politik und unseres Regierungshandelns sozusagen im Nachhinein schon herausstellen wird. Ich glaube, wir alle wissen: Von uns wird jetzt etwas anderes gefordert.

Wir müssen uns die Zeit nehmen, zu prüfen, woran es denn gelegen hat, dass die Mehrzahl der Deutschen in allen Umfragen sozialdemokratische Antworten auf die

Krise geben oder sie fordern, der Sozialdemokratischen Partei bei der letzten Bundestagswahl aber nicht geglaubt hat, dass wir diese Antworten wirklich geben wollen.

Natürlich, wir werden CDU/CSU und FDP, diese Klientelkoalition, für das kritisieren, was sie tun oder planen. Aber genauso wichtig ist es, das Wahlergebnis jetzt anzunehmen. Was wir jetzt am wenigsten brauchen, liebe Genossinnen und Genossen, sind Spekulationen über denkbare oder undenkbbare Koalitionen.

(Beifall)

Die Wählerinnen und Wähler haben uns nicht mit 23 Prozent nach Hause geschickt, damit wir sofort danach zuerst darüber nachdenken, wie wir uns in scheinbar geeigneten Konstellationen mit anderen Parteien wieder zurück an die Macht schleichen können. Die wollen nicht, dass wir über andere nachdenken, sondern sie wollen, dass wir über uns selbst nachdenken. Genau das werden wir tun, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Es geht um unsere eigenen Vorschläge, unsere eigenen Politikentwürfe, unsere eigenen Konzeptionen und Vorhaben – und nicht um das Verhältnis zu anderen Parteien, auch nicht, wenn sie sich links nennen. Um es gleich am Anfang zu sagen: Die deutsche Sozialdemokratie definiert sich weder in Abgrenzung noch in Ableitung von anderen Parteien. Sie definiert sich selbst. Denn was links ist, das bestimmt sich immer inhaltlich und nicht nach rechnerischen Mehrheiten.

Es gibt für mich keinen Grund, Koalitionen prinzipiell auszuschließen, aber es gibt auch keinen Grund, sie prinzipiell immer zu schließen, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Ich will, dass die SPD wieder stärker wird, dass sie so stark wird, dass andere darüber nachdenken müssen, was sie bei sich ändern müssen, damit sie mit uns regieren dürfen, liebe Genossinnen und Genossen.

(Lebhafter Beifall)

Am Anfang steht die Überprüfung unserer eigenen Politik. Überprüfen heißt, zu unterscheiden zwischen dem, was richtig war, was gut war und was das Land in den letzten elf Regierungsjahren der SPD weitergebracht hat, und dem, was nicht richtig war, was nicht so gut war und wo wir etwas falsch eingeschätzt haben. Lasst uns dabei nicht in allzu leichte Erklärungen flüchten: dass es nur daran gelegen habe, dass uns die Menschen nicht richtig verstanden hätten oder wir es nicht richtig erklärt hätten. Wer ein derartiges Wahlergebnis bekommt, der hat mehr als nur ein Kommunikationsproblem.

(Beifall)

Zu den Delegierten hinter mir will ich zwischendurch sagen: Wenn ich euch den Rücken zudrehe, dann tut mir das leid. Gelegentlich muss man auch darauf achten, dass nicht nur moderne Formen gewahrt werden, sondern dass man sich auch noch sieht. Ich fühle mich durch euch im Rücken gestärkt, würde euch derzeit aber lieber Auge in Auge gegenüberstehen.

(Heiterkeit und Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, lasst uns auch nicht kleinmütig sein. Es gab in unserer Regierungszeit ungeheuer viel, auf das wir nach wie vor stolz sein können. Seid sicher: Wenn wir das nicht sagen – die anderen werden das nicht für uns tun.

(Beifall)

Nur aus dem Stolz über das, was man erreicht hat und gut gemacht hat, erwächst die innere Kraft, sich zu dem zu bekennen, was man nicht so gut gemacht hat und was man verändern muss. Die beiden Dinge gehören in der SPD zusammen, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Die erste Nagelprobe, ob wir gemeinsam in der Opposition richtig und gut aufgestellt sind, ist die Frage, ob uns das gelingt oder ob wir über unsere Wahlanalyse weiter innerparteilich streiten. Weil sich in den letzten Tagen einige kritische Stimmen mit dem verbunden haben, was Andrea Nahles und ich auf den Regionalkonferenzen gesagt haben, will ich sagen: Wir sind in den letzten anderthalb Wochen dort 6.000 SPD-Mitgliedern begegnet. Da soll noch mal einer sagen, die Partei sei verzagt und habe keinen Mut mehr! Klar haben die kritisiert, aber sie wollen auch wieder raus, sie wollen, dass die SPD wieder stärker wird, weil sie wissen, dass sozialdemokratische Politik in Deutschland für die Menschen gebraucht wird. Das ist der Grund, weshalb sie gekommen sind.

(Beifall)

Nachdem wir dort unsere Erklärung für die Wahlen gegeben haben, gab es Berichte in den Zeitungen, das sei eine Abrechnung, die neue Führung stehe gegen die alte. Weil das so geschrieben wurde, will ich am Anfang sagen: Ich fühle mich verantwortlich für alles, was wir in den letzten Jahren gemacht haben – für das, was wir alle miteinander gut fanden, und für das, wo wir hinterher feststellen, dass das nicht so gut gewesen ist und dass wir das verändern müssen. Ich halte nichts davon, dass wir die Partei aufteilen in die, die schon immer alles wussten, und die, die immer alles falsch gemacht haben. Das geht nicht.

(Beifall)



Ich habe mich über den Applaus des Parteitages für Franz Müntefering gefreut. Jeder von uns weiß doch, dass sich Franz einen anderen Abschied gewünscht hätte als einen mit 23 Prozent in einer großen Notlage. Übrigens, auch wenn es keiner glaubt: Ich persönlich wäre lieber Bundesumweltminister unter einem Kanzler Frank-Walter Steinmeier gewesen.

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, die SPD kann und darf und will ihre Regierungszeit nicht verleugnen. Vieles aus den elf Jahren bleibt: das Zuwanderungsgesetz, die Verbesserung der Stellung gleichgeschlechtlicher Partnerschaften, die Senkung des Eingangssteuersatzes, die Verteidigung des Gesundheitssystems gegen Heerscharen von Lobbyisten – da werden sich noch einige schnell nach Ulla Schmidt zurücksehen, liebe Genossinnen und Genossen –,

(Beifall)

das Ganztagsschulprogramm, die Erneuerbaren Energien. Das alles stand auch unter der Überschrift: Agenda 2010. Liebe Genossinnen und Genossen, auch wenn es schon oft gesagt wurde: Auch das Nein zum Irakkrieg bleibt ein sozialdemokratisches Verdienst, und das lassen wir uns nicht kleinreden.

(Beifall)

Und was die große Koalition angeht: Wie viele Menschen in Deutschland wären inzwischen schon arbeitslos ohne das Konjunkturprogramm von Frank-Walter Steinmeier, ohne die Kurzarbeiterregelung von Olaf Scholz? Und wie sähe die Bankenkrise wohl aus, wenn es nicht jemanden wie Peer Steinbrück gegeben hätte, der der Regierung und den Finanzministern in Europa und der Welt den richtigen Kurs gegeben hat?

(Lebhafter Beifall)

Die Regierungszeiten von Sozialdemokraten in Deutschland waren übrigens nie eine leichte Zeit. Immer wenn es schwierig war, mussten Sozialdemokraten ran: in der ersten Wirtschaftskrise, der Ölkrise, in der Zeit des sogenannten Deutschen Herbstes, und nach Kohl in einer Situation, die sich wie eine bleierne Last auf das Land gelegt hatte, wieder mitten in der Wirtschaftskrise.

Ich sage das deshalb, weil Sozialdemokraten in ihren Regierungszeiten immer vor gewaltigen Herausforderungen standen, die manchmal schwerer waren als vieles davor und oft historische Entscheidungen beinhaltet haben. Ich sage das auch, liebe Genossinnen und Genossen, weil wir manchmal mit unseren Vertreterinnen und Vertretern in Regierung, Fraktion oder Partei ziemlich respektlos umgehen. Ich sage

das in aller Offenheit. Das gilt auch für den Umgang mit denen, die auf Parteitage Minderheitenmeinungen vertreten, die Warner sind, die nicht alles mitmachen. Die hat es ja auch gegeben. Die Kritik heute ist ja nicht zum ersten Mal gekommen an manchem von dem, was wir gemacht haben. Ich glaube, es geht zuallererst am Anfang auch darum, dass wir uns darüber im Klaren werden, dass der innerparteiliche Umgang untereinander ein anderer werden muss, liebe Genossinnen und Genossen, ein anderer!

(Beifall)

Die unversöhnliche Härte, mit der bei uns manchmal politische Debatten personell ausgetragen werden, dass es scheinbar in der Sozialdemokratie so schwierig ist, sich in der Diskussion zu verzeihen, wird von Menschen außerhalb der SPD beobachtet und macht oft keinen sehr attraktiven Eindruck.

Wenn das Wort „Genossin“ oder „Genosse“ wieder einen stolzen Klang erhalten soll, dann müssen wir es auch so verstehen, wie es mal gemeint war: als Zeichen innerer Verbundenheit, als Symbol für Gleichheit in der Partei, egal ob Bundeskanzler oder Mitglied im Ortsverein oder in der Arbeitsgemeinschaft, und als Zeichen, dass uns viel mehr eint als uns trennt, liebe Genossinnen und Genossen.

(Lebhafter Beifall)

Lasst uns uns freuen über unterschiedliche Meinungen! Lasst uns froh sein, wenn Menschen bei uns sind, zu uns kommen, unterschiedliche Auffassungen haben und uns gegenseitig respektieren! Ich glaube, dass diejenigen, die uns beobachten, die überlegen, ob sie uns wählen und vertrauen, zuerst sehen wollen, dass wir uns selbst vertrauen. Die allermeisten außerhalb der SPD interessieren sich nämlich nicht für unseren innerparteilichen Streit, für unsere Personaldebatten oder für unsere Flügel. Aber sie haben ein sehr deutliches Gespür dafür, ob wir das, was wir über eine tolerante, weltoffene und solidarische Gesellschaft erzählen, auch selber vorleben, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Wenn wir jetzt diskutieren, dann kämpfen wir nicht um innerparteiliche Geländegewinne des einen oder des anderen. Wir kämpfen ab jetzt ausschließlich für Geländegewinne in der Gesellschaft, liebe Genossinnen und Genossen. Wenn wir das wieder schaffen und wenn wir trotz aller notwendigen Debatten beieinander bleiben, dann ist mir jedenfalls nicht bange. Wenn wir uns auf das besinnen, was die deutsche Sozialdemokratie seit 146 Jahren stark gemacht hat, nämlich Aufgeschlossenheit füreinander und Geschlossenheit miteinander, dann werden wir wieder eine starke

SPD, die die Tradition der Erneuerung, die Kraft zur Veränderung und den Mut zu mehr Politik wieder aufbringt, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Die SPD hat in ihrer Geschichte schlimmere Krisen durchlebt als jetzt. Aber sie hat durch ihre Mitglieder und Anhänger auch immer wieder die Kraft für einen neuen Aufbruch, einen neuen Anfang gehabt. Es ist jedes Mal zu einer starken und selbstbewussten und auch erfolgreichen Partei gekommen. Das, liebe Genossinnen und Genossen, ist der Auftrag, wie ich ihn sehe, an diesen Parteitag in Dresden, 50 Jahre nach Godesberg, einen neuen Aufbruch und einen neuen Anfang miteinander hinzukriegen.

(Beifall)

Für mich gibt es drei Erkenntnisse aus dem Bundestagswahlergebnis. Mit einem Verlust von 10 Millionen Wählerinnen und Wählern seit 1998 haben wir die Hälfte unserer Anhängerschaft verloren. Wir haben in alle Richtungen verloren. Eine Partei, der das passiert, hat eines nicht: ein sichtbares Profil. Das ist die erste bittere Erkenntnis aus der Bundestagswahl.

Die zweite ist noch beunruhigender: Warum hat die SPD ausgerechnet in dieser Zeit der größten Finanz- und Wirtschaftskrise die Wahlen verloren, die, wie gesagt, geradezu nach sozialdemokratischen Antworten schreit? Ausgerechnet die, die die ideologischen Wegbereiter der Krise sind, haben gewonnen.

Liebe Genossinnen und Genossen, die dritte Erkenntnis ist – die macht mich besonders nachdenklich –: Nicht nur uns geht es so, sondern fast allen sozialdemokratischen Parteien in Europa. Die niederländische Sozialdemokratie liegt unter 20 %. In Frankreich kannst du von einer sozialistischen Partei kaum noch sprechen. In Italien fällt das auch schwer. Und Labour liegt nicht gerade vor einem gigantischen, großen Wahlsieg.

Um das zu erklären, helfen die Verweise auf einzelne Politikbestandteile, glaube ich, nicht weiter. Die Erkenntnis lautet: Die Gründe für den Niedergang der Sozialdemokratie in vielen Ländern Europas, auch in Deutschland, liegen offenbar tiefer als auf der Oberfläche einzelner politischer Beschlüsse. Die schwierigen Beschlüsse, die uns so sehr von unserer Wählerschaft entfernt haben – zur Arbeitsmarktreform, zur Leiharbeit, zur Rente – sind, glaube ich, nur Symptome, nicht die eigentlichen Ursachen.

Wie ist es aus meiner Sicht dazu gekommen? – Ich glaube, wir haben nicht eine Wahl verloren. Wir haben in Etappen verloren. Ich glaube, das liegt an einem großen Missverständnis, man kann auch sagen: an einem Irrglauben darüber, was eigentlich die politische Mitte in Deutschland ist. Seit bald 20 Jahren geht ein neues Gespenst um in Europa: das Gespenst der politischen Mitte, genauer gesagt: der neuen Mitte. Alle

reden über sie, alle reklamieren sie für sich. Alle meinen sie zu kennen, ohne allerdings genau erklären zu können, wer oder was die Mitte ist oder wofür die politische Mitte steht. Auch wir haben die politische Mitte für uns reklamiert und haben sie mehrfach in der Nachkriegsgesellschaft gefunden: in den 70er Jahren durch Willy Brandt, später durch Helmut Schmidt und auch durch Gerhard Schröder. Jedes Mal, wenn die SPD die politische Mitte gewonnen hat, hat sie auch Wahlen gewonnen, hat sie Mehrheiten und Zustimmung bekommen.

Dennoch sage ich: Die politische Mitte in Deutschland war nie ein fester Ort, nie eine bestimmte Gruppe in der Gesellschaft oder in der Wählerschaft. Die politische Mitte definiert sich nicht durch Einkommens- oder Berufsgruppen und übrigens auch nicht durch bestimmte politische Einstellungen, denen man sich anzupassen habe. Die politische Mitte Willy Brandts war etwas ganz anderes. Sie war kein fester Ort, sondern sie war die Deutungshoheit in der Gesellschaft. Die politische Mitte in einem Land hat der gewonnen, der in den Augen der Mehrheit der Menschen die richtigen Fragen und die richtigen Antworten bereithält.

(Beifall)

Also der, der die Deutungshoheit über die aktuellen gesellschaftlichen Herausforderungen besitzt. Der steht in der Mitte der Gesellschaft. Willy Brandt wusste das. Er wusste, dass man diese Deutungshoheit erobern muss: von links, mit emanzipatorischen Antworten auf die Herausforderungen der Zeit. Er wusste, dass die Menschen Ende der 60er Jahre die Nase voll hatten von der restaurativen Adenauer-Ära. Deshalb hat er mit seiner sozialdemokratischen Antwort darauf unter der Überschrift „Mehr Demokratie wagen“ die Deutungshoheit Ende der 60er Jahre und in den 70er Jahren gewonnen. Er stand mit dieser Deutung fest in der Mitte der Gesellschaft. Er wusste außerdem, dass die Menschen in Deutschland über alle sozialen Schichten hinweg den Kalten Krieg beenden wollten. Sein Satz „Wir wollen ein Volk der guten Nachbarn sein nach innen wie nach außen“ war ein Programmsatz, der alles ausdrückte, wonach sich damals eine große Mehrheit der Deutschen sehnte: nach einer Politik der Entspannung. Er hatte mit beiden Programmsätzen die Deutungshoheit über die Fragen und die Antworten seiner Zeit. Er hatte die Mehrheit unseres Landes hinter sich und stand damit fest in der Mitte der Gesellschaft. Das war nicht selbstverständlich. Es gab enorme Auseinandersetzungen darüber. Aber Willy Brandt und die SPD haben nicht ihre Antworten angepasst, sondern sie haben um die Deutungshoheit in dieser Gesellschaft gekämpft, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Ihre Fragen, die Fragen und Antworten der SPD und die Anfragen und Antworten Willy Brandts, waren emanzipatorisch, aufklärerisch und damit eben links. Wir haben

die Menschen zu diesen Positionen mitgenommen, sie überzeugt und dann Schritt für Schritt Mehrheiten gewonnen. Am Ende standen die emanzipatorischen, die aufgeklärten Argumente der Sozialdemokratie in der Mitte der Gesellschaft. Die Mitte war links, weil wir sie verändert haben. Die SPD hat sie erobert, und das müssen wir wieder machen, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Das Konzept der politischen Mitte, wie es seit ein paar Jahren in Deutschland interpretiert wird, ist etwas ganz anderes. Wir haben uns einreden lassen – und mit uns viele andere in der Sozialdemokratie Europas – die politische Mitte sei etwas Festgelegtes, an das man sich anpassen müsse, wenn man Wahlen gewinnen will. Der Politologenglaube, man müsse sich einer vermeintlich festgelegten Mitte annähern, wenn man noch Wahlen gewinnen will, statt sie mit eigenen Antworten und Konzepten wieder für sich zu gewinnen, ist – so glaube ich – die eigentliche Ursache für unsere Wahlverluste.

(Beifall)

Denn die hinter dieser scheinbar festgelegten Mitte stehende Deutungshoheit lag ja seit dem Fall der Mauer nicht bei uns, sondern jeden Tag ein bisschen mehr bei den Marktideologen. Wettbewerbsfähigkeit im Zeitalter der Globalisierung – so die weltweite Deutungshoheit seit Mitte der 90er Jahre – sei nur durch Anpassung an die Märkte zu schaffen. Deregulierung statt weltweites Regulieren, Verzicht auf Spielregeln für die Wirtschaft statt soziale und ökologische Grenzen der globalisierten Märkte. Und jeder, der das bezweifelte wurde doch ins Reich des 19. Jahrhunderts verschoben. Kein Zeitungsbericht, keine wissenschaftliche Veröffentlichung, kein Kommentar, der nicht bis vor wenigen Monaten, bis zur Finanz- und Wirtschaftskrise, diese Deutung der Markttradikalen nicht übernommen hätte. Mitbestimmung, Tarifautonomie, Sozialstaat, ja, sogar demokratische Politik selbst, das galt doch nur noch als Ballast in Zeiten der Globalisierung.

(Beifall)

Nicht überall, aber doch in wichtigen Bereichen haben wir nicht mehr um die Deutungshoheit unserer eigenen Antworten gekämpft. Statt die Mitte zu verändern, haben wir uns verändert. Wir haben uns schrittweise der damals herrschenden Deutungshoheit angepasst, und mit uns viele andere sozialdemokratische Parteien in Europa. Wenn es eine Lehre aus der Wahlniederlage gibt – bei uns und in anderen Teilen der Welt – dann die, dass sich die SPD nie anderer Leute Deutungshoheit anpassen darf, sondern dass wir immer um unsere Deutungshoheit kämpfen müssen.

(Lebhafter Beifall)

Gott sei Dank haben wir uns nicht überall ergeben. Wir haben nun wirklich nicht alles mitgemacht, was diese neunmalklugen BWL-Yuppies

(Beifall und Heiterkeit)

oder die aus den Redaktionsetagen, liebe Genossinnen und Genossen, gesagt haben.

(Beifall)

Ich kann es mir nicht verkneifen. Meine Leute haben mir gesagt, ich soll es mir verkneifen, aber ich sage es trotzdem: Ich kann mich noch daran erinnern, wie wir in jedem Gespräch ausgelacht worden sind, als es darum ging, den Kündigungsschutz zu erhalten. Das sei das Wettbewerbshindernis. Ich finde, einige, die das gesagt und geschrieben haben, könnten uns angesichts mancher Krise dankbar dafür sein, dass wir es in dieser Zeit für sie erhalten haben, liebe Genossinnen und Genossen.

(Lebhafter Beifall)

Mitbestimmung, Tarifvertragsfreiheit, Kündigungsschutz, Lohnfortzahlung im Krankheitsfall und vieles andere mehr haben wir verteidigt. Ich glaube, auch darauf können wir angesichts der aktuellen Finanz- und Wirtschaftskrise stolz sein. Aber wir haben eben in der Anpassung an die herrschende Lehre, die wir für die Mitte gehalten haben, auch Politikkonzepte entwickelt, die schon große Teile unserer Mitgliedschaft innerlich nicht akzeptiert haben

(Beifall)

und die unsere Wählerschaft in ihrem Bedürfnis nach sozialer Sicherheit und sozialer Gerechtigkeit verletzt haben und bei ihnen nicht etwa Aufstiegsfreude, sondern Abstiegsängste geweckt haben.

(Beifall)

Ich will offen sagen, was für mich dazu zählt. Natürlich ist es so, dass das alte System der Arbeitslosenversicherung und der Arbeitslosenhilfe viele Ungerechtigkeiten hatte. Ich erinnere mich gut daran – lasst uns das nicht vergessen – dass auch in unserer Mitgliedschaft viele gesagt haben, es kann nicht sein, dass sich der Verbleib in der Arbeitslosenhilfe plus Schwarzarbeit mehr lohnt als die Aufnahme sozialversicherungspflichtiger Arbeit in Deutschland. Lasst uns das nicht vergessen.

Aber genauso stimmt doch: Wenn einer 20 oder 30 Jahre gearbeitet hat, dann unverschuldet arbeitslos wird und dann nach zwölf oder 18 Monaten genauso viel oder genauso wenig wie der bekommt, der noch nie gearbeitet hat, der muss

das als Missachtung seiner Lebensleistung empfinden, und das haben die bei uns kritisiert.

(Beifall)

Ebenso wie viele aus den Gewerkschaften habe ich mir bei der Leih- und Zeitarbeit auch erhofft, dass dieser berühmte Klebeeffekt eintritt, dass jemand, der gar nicht gearbeitet hat, über die Leiharbeit erst einmal in den in den Betrieb reinkommt. Dann stand ja auch als Grundsatz: Gleicher Lohn für gleiche Arbeit. Was wir aber falsch gemacht haben, ist Folgendes: Wir haben das Scheunentor für Scheintarifverträge mit Scheingewerkschaften so aufgemacht, dass für viele Leih- und Zeitarbeit der Regelfall geworden ist und dass sie mit Armutslöhnen zu leben haben, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Und, ja, es stimmt: Die alte Formel der Rentenversicherung passt nicht mehr, wenn immer weniger Leute arbeiten, wenn die Menschen später anfangen zu arbeiten, aber Gott sei Dank länger leben. Aber eines weiß ich eben auch. Meine Mutter ist Krankenschwester gewesen, und ich kenne keine Krankenschwester, die mit 67 noch einen Patienten heben kann.

(Beifall)

Deswegen werden wir das, was uns dort an Kritik entgegengekommen ist, jetzt in der Partei debattieren müssen. Aber ich sage euch: Es hilft auch nichts, wenn wir aus der Zahl 67 eine 65 machen oder wenn wir sagen, wir gehen zurück auf „Los“. Es geht doch eigentlich darum, dass wir uns jetzt die Zeit nehmen, um das Verhältnis von Arbeit und sozialen Sicherungssystemen zu klären. Wir müssen die Frage klären, wie einer, der gearbeitet hat und der vielleicht mit 62 schon nicht mehr kann, ohne dramatische Einkommens- und Rentenverluste bis ins Rentenalter kommt. Das müssen wir jetzt klären, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Andrea Nahles, ich und die anderen, die mitmachen – und das steht im Leitantrag – wollen das jetzt machen, und zwar von unten nach oben, unter Beteiligung der Ortsvereine, der Unterbezirke, der Bundestagsfraktion, der Landes- und Bezirksverbände, aber übrigens auch unter Beteiligung derjenigen, die uns dazu guten Rat geben können, und zwar der Gewerkschaften, der Sozialverbände und vieler anderer in Deutschland. Ich möchte einfach, dass wir die Chance nutzen, das zu tun, und nicht so zu tun, als wüssten wir zu jedem Detail eine Antwort. Aber in einigen Monaten – spätestens in zwölf – müssen wir solche Antworten haben.

Lasst mich eines vorwegnehmen: Deswegen bin ich dafür, dass wir jährlich Parteitage abhalten, und wenn wir nicht wählen, dann diskutieren wir über Politik und entscheiden sie. Das brauchen wir auch in der Opposition, liebe Genossinnen und Genossen.

(Lebhafter Beifall)

Sozialdemokratie war immer dann stark, wenn sie sich nicht mit Anpassung zufrieden gegeben hat, wenn sie mehr war als das kleinere Übel. Die SPD hat nur Erfolg, wenn sie den Hoffnungsüberschuss produziert, den Menschen übrigens brauchen, und zwar einen Hoffnungsüberschuss dahingehend, dass man sich nicht abfinden muss, weder mit dem eigenen Leben noch mit dem anderer, liebe Genossinnen und Genossen.

Sozialdemokraten wollen das Leben verändert und sich nicht immer an die herrschenden Verhältnisse anpassen müssen. Deswegen sind wir doch in die Politik gegangen.

(Beifall)

Die Mitte ist der Ort der politischen Auseinandersetzung. Ihr kann man sich nicht anpassen. Denn hier streiten letztlich Sozialdemokraten mit Konservativen und Neoliberalen um die Deutungshoheit für die zentralen Fragen und Antworten unserer Zeit. Deshalb, liebe Genossinnen und Genossen, warne ich vor einer falschen Alternative nach dem Motto „Entweder links oder Mitte“. Das wollen uns jetzt einige herbei schreiben. Das ist eine völlig unsinnige Gegenüberstellung und gefährlich dazu. Unsinnig, weil diese Gegenüberstellung unpolitisch ist. Links ist nämlich auch kein festgelegter Ort. Das wusste Willy Brandt, als er, an seine SPD gerichtet, gesagt hat: Bleibt immer auf der Höhe der Zeit. Jede Zeit braucht eigene Antworten.

Linke Politik ist doch etwas anderes. Sie ist doch nicht ein Politikinstrument, sondern sie ist der Ausdruck einer Grundhaltung, der Ausdruck eines Menschen- und Gesellschaftsbildes. Bei diesem Bild geht es um die Emanzipationsfähigkeit des Menschen. Für uns ist der Mensch zur Freiheit fähig, aber eben auch zur Verantwortung und Solidarität mit allen anderen, die bei uns und woanders leben.

(Beifall)

Wenn mich einer fragt „Was ist links?“, dann sage ich: Links heißt, dass man für Gesellschaften eintritt, die gerecht sind, weil Freiheit und Verantwortung, Freiheit und Solidarität, Freiheit und Gerechtigkeit aneinander gebunden sind. Diese Grundüberzeugung ist das, was für mich und für die Sozialdemokratie links ist. Wenn wir links so verstehen, dann müssen wir uns doch nicht nach links öffnen, sondern wir müssen unsere politischen Konzepte daraufhin überprüfen, ob sie diesem Anspruch auf Freiheit und Verantwortung gerecht werden.

(Beifall)



Von dieser Grundüberzeugung, dass Freiheit, Verantwortung, Gerechtigkeit und Solidarität zusammengehören, wollen wir möglichst viele Menschen überzeugen; das soll unsere Gesellschaft prägen. Dieser Gedanke soll fest in der Mitte der Gesellschaft verankert sein. Deshalb ist es falsch, links und Mitte gegeneinander zu stellen. Es ist aber auch gefährlich. Denn CDU/CSU und FDP brauchen diese Gegenüberstellung. Nur wenn sie es schaffen, uns auszugrenzen, dann haben Sie eine Chance, dass sie die Deutungshoheit und die Mehrheit behalten. Sie brauchen die Konfrontation zwischen links und Mitte. Wir dürfen in diese Falle nicht hineinlaufen. Die anderen würden sich über eine Zerrissenheit der SPD freuen, die über einen vermeintlichen Linkskurs oder über einen Mitte-Kurs streitet.

Es ist doch kein Zufall, liebe Genossinnen und Genossen, dass sich in der Regierungserklärung der Kanzlerin für CDU/CSU und FDP der Begriff von der „Koalition der Mitte“ befindet. Sie wollen, dass sich der Eindruck verfestigt, dass sich links und Mitte ausschließen. Sie möchten Etiketten verteilen: sie, die Moderaten in der Mitte der Gesellschaft, und die anderen Fundamentalisten oder Schlimmeres. Diese Koalition aus Union und FDP will nicht, dass über Gesellschafts- und Menschenbilder in der Mitte der Gesellschaft gerungen wird. Denn sie können sich zufriedengeben damit, dass inzwischen fast ein Drittel der Gesellschaft nichts mehr von demokratischer Politik erwartet. Wir, liebe Genossinnen und Genossen, können uns damit nicht zufriedengeben.

(Beifall)

Immer mehr Menschen wenden sich von der demokratischen Willensbildung, von den Parteien, auch von der Sozialdemokratie, ab. Sie haben jede Hoffnung verloren, dass die demokratische Politik ihr Leben und ihren Alltag versteht, geschweige denn, dass sie daran etwas ändern wollte oder könnte. CDU/CSU und FDP haben mit der Koalitionsvereinbarung ein Dokument vorgelegt, das zeigt, dass ihnen dieser Zustand völlig egal ist. Sie kümmern sich nicht um die, die ausgeschlossen sind. Für sie sind Bürgerinnen und Bürger nur Steuerbürger, die möglichst wenig ausgeben wollen. Für sie besteht Leistung eines Menschen nur aus Wettbewerb und Konkurrenz. Sie hoffen, dass ihr Menschenbild vom egoistischen Steuerbürger sich in der Mitte der Gesellschaft festsetzen kann. Sie wollen, dass sich die Menschen damit abfinden, dass ausschließlich Konkurrenz und Wettbewerb ihr Leben bestimmt. Deshalb senken sie die Steuern für die, die es gar nicht nötig haben. Und deshalb spalten sie die Krankenversicherung und treiben die Leute in die privaten Versicherungen.

CDU/CSU und FDP sind die demokratische Rechte dieses Landes. So müssen wir sie nennen, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Sie denken im Wesentlichen nur über die Freiheit des Einzelnen nach. Nach der Koalitionsvereinbarung von CDU/CSU und FDP ist der Staat vor allem dazu da, die Konkurrenz zu organisieren. Solidarität und Verantwortung auch dafür, dass andere mitgenommen werden: Fehlanzeige! Das wird degeneriert und entkernt zur Armenhilfe. Das ist übrigens der Grund, warum die nichts mehr mit Ludwig Erhard und seiner sozialen Marktwirtschaft zu tun haben. Das ist der Grund, warum sich die ideologischen Bannerträger „Initiative Neue Marktwirtschaft“ nennen; denn in Wahrheit wusste Erhard sehr wohl, dass die soziale Marktwirtschaft sozusagen für das Gemeinwohl Sicherung schaffen soll und nicht für das Gewinnstreben des Einzelnen.

Ich glaube, es ist weder liberal noch christlich, was sie dort tun. Wir müssen dem offensiv unser Menschenbild entgegenstellen. Menschen tun dann etwas, wenn sie herausgefordert sind, wenn sie durch Leistung aus ihrem Leben etwas machen können, und nicht, wenn sie in ständiger Angst vor Arbeitslosigkeit, Krankheit oder Armut im Alter leben, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Menschen leisten etwas, wenn sie ihr Leben und das ihrer Kinder nachhaltig verbessern können. Menschen zahlen auch bereitwillig Steuern, wenn sie merken, dass diese Steuern dazu dienen, ihr eigenes Leben, das Leben ihrer Kinder und das Leben anderer lebenswerter zu machen – durch bessere Schulen, durch bessere Kindergärten, durch eine saubere Umwelt und auch durch Hilfe für diejenigen, die krank oder pflegebedürftig sind.

CDU/CSU und FDP können ihre Mehrheitsfähigkeit nur sichern, wenn sie so tun, als würden sich links und Mitte ausschließen, wenn sie so tun, als gehöre ihnen die Mitte. Deshalb wollen sie uns ausgrenzen. Das ist der Grund für die Rückkehr zum politischen Sprachgebrauch der 50er und 60er Jahre. Habt ihr das gar nicht gemerkt? Die reden wieder von der bürgerlichen Koalition. Angela Merkel ist umgezogen: vom weltoffenen Berlin in den Rheingold-Express von Adenauer.

(Beifall)

Lasst uns denen zuallererst einmal sagen: Wenn es eine Partei in Deutschland gibt, die die bürgerliche Demokratie verteidigt hat, dann die Sozialdemokratische Partei Deutschlands, zum Teil mit dem Leben und der Freiheit ihrer Mitglieder und Anhänger.

(Anhaltender Beifall)

Als die Vorläuferparteien der heutigen sogenannten Bürgerkoalition die erste bürgerliche Demokratie von Weimar in der Kroll-Oper beerdigt haben durch ihre Zustimmung

zu Hitlers Ermächtigungsgesetz, da haben Sozialdemokraten unter Otto Wels unter Einsatz ihres Lebens und ihrer Freiheit diese bürgerlichen Freiheitsrechte erkämpft und verteidigt.

(Anhaltender Beifall)

Wir brauchen keine Belehrungen über das, was bürgerliche Demokratie und bürgerliche Freiheit sind, liebe Genossinnen und Genossen – von denen nicht und von keinem anderen.

(Beifall)

Jetzt, liebe Genossinnen und Genossen, wollen wir die Mehrheit unserer Gesellschaft wieder davon überzeugen, dass Veränderung möglich ist: für jeden Einzelnen, für unsere Gesellschaft. Das gilt übrigens ebenso auf der ganzen Welt. Das ist seit 146 Jahren unsere Aufgabe. Bei der Öffnung zur politischen Mitte kämpfen wir um die Deutungshoheit über die anstehenden gesellschaftlichen Aufgaben. Wenn wir das wieder schaffen, wenn wir die Mehrheit von dieser Fähigkeit zur Veränderung überzeugen, dann haben wir die Mitte wieder erobert, und dann ist sie wieder links, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Das heißt übrigens nicht, dass wir einfach wieder unsere alten Papiere herausholen.

(Vereinzelt Beifall)

– Das sind scheinbar die Einzigen, die sie noch kennen.

(Heiterkeit)

Ich will, dass ihr die Namen aufschreibt.

(Heiterkeit)

Nein, im Ernst: Liebe Genossinnen und Genossen, ich weiß nicht, wie es euch geht. Ich glaube, die Menschen in Deutschland sind gelegentlich auch genervt von Parteien, die ihnen immer schon fertige und ideale Lösungen präsentieren.

(Vereinzelt Beifall)

Manchmal passen unsere Antworten auch nicht auf alle; Wolfgang Jüttner hat darauf hingewiesen. Wenn wir zum Beispiel den Kündigungsschutz verteidigen, dann ist das richtig, und das hilft all denen, die normale Arbeitsverhältnisse haben. Was ist aber eigentlich mit der Generation Praktikum?

(Vereinzelt Beifall)

Was ist mit den vielen jungen Selbstständigen, die zurzeit im Wesentlichen von Selbstausbeutung leben?

Wir müssen all denen also zuerst zuhören, damit wir den Lebensalltag in Deutschland auch richtig verstehen, und dann gemeinsam mit ihnen politische Konzepte erarbeiten, die ihnen Aufstieg und Teilhabe auch dann ermöglichen, wenn sie nicht in der klassischen sozialdemokratischen Großbetriebsstruktur ihren Weg machen. Statt loszumarschieren und alte und neue Politikangebote zu verkaufen, müssen wir sie einladen: die politisch Interessierten, Betriebsräte, Gewerkschaften, Umweltverbände, Kulturinitiativen, Sozialverbände, Kirchen, Wissenschaftler. Kein Gesprächspartner ist zu viel und keine Initiative zu klein, als dass es sich nicht lohnen würde, mit ihnen zu reden, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Übrigens: Unternehmer, mittelständische Familienbetriebe, Handwerker, Selbstständige und auch die vielen klugen und verantwortungsbewussten Manager, die es in Deutschland auch gibt, brauchen wir auch. Sie leiden unter der Finanz- und Wirtschaftskrise übrigens häufig genauso wie ihre Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Hinter diesen Unternehmer- und Managerbiographien steckt auch viel Engagement, Leistung und Verantwortungsbewusstsein. Liebe Genossinnen und Genossen, das sind unsere Partner; das ist nicht der Klassenfeind. Auch das müssen wir verstehen.

(Beifall)

Über unsere politischen Konzepte müssen wir mit anderen diskutieren. Wir müssen offen für neue Vorschläge, andere Sichtweisen und kritische Ideen sein. Das verstehe ich unter der Öffnung der SPD zur Gesellschaft. Was wir wieder mehr brauchen, sind Nervenenden in unsere Gesellschaft.

Natürlich haben wir noch vieles, was anderen Parteien fehlt, vor allen Dingen Mitglieder. Seien wir aber auch an diesem Punkt ehrlich miteinander. Peter Friedrich hat das vorhin gesagt: Das Durchschnittsalter in unserer Partei ist zu hoch. Früher fehlten uns die Frauen, heute fehlen uns die Jungen und die Frauen. Es fehlen uns oft Facharbeiter, Betriebsräte, Krankenschwestern, Polizisten, Techniker, Ingenieure, Wissenschaftler. All die und viele andere brauchen wir, wenn wir wissen wollen, wie es in unserer differenzierten Gesellschaft wirklich aussieht.

Früher war es natürlich, dass die SPD diese Nervenenden in den Städten, Gemeinden, Betrieben, bei der Feuerwehr, im Sport – überall – hatte. Man wurde als Sozialdemokrat quasi in einem bestimmten Milieu geboren: dem Arbeiterstadtteil. Oder man wurde als Arbeitnehmer im Großbetrieb sozialdemokratisch sozialisiert. Heute gibt es dieses sozialdemokratische Milieu schon lange nicht mehr. Deshalb müssen wir auch unsere Angebote an die, die sich für Politik interessieren, ändern.

Viele Ortsvereine tun das doch längst. Da sind Mitgliederversammlungen offen für jeden. Da kandidieren auf den Ratslisten – auch auf sicheren Listenplätzen – Neumitglieder und nicht erst, wenn sie 12 Jahre lang zweiter Schriftführer in der Abteilung gewesen sind und den Nachweis erbracht haben, 400.000 Flugblätter verteilt zu haben.

(Vereinzelt Beifall)

– Ich weiß, das ist bei euch zum Teil anders, aber bei uns ist das oft so, dass die zum ersten Mal auf Platz 13 zur Probe kandidieren dürfen. Ich glaube, das muss sich ändern. Es gibt viele, bei denen nicht gefragt wird, ob jemand Mitglied ist, sondern, ob er sich engagieren will. Dann darf er im Ortsverein oder in der Arbeitsgemeinschaft mitmachen.

Eines allerdings ist die Voraussetzung für alle, die bei uns sind und jene, die wir einladen wollen: Alle wollen, wenn sie kommen, über das, was sozialdemokratische Politik ist, wirklich mitentscheiden. Reine Fördermitgliedschaften sind für niemanden mehr interessant, liebe Genossinnen und Genossen.

(Vereinzelt Beifall)

Deshalb lasst uns die Partei auch wieder nach innen öffnen. Lasst uns gemeinsame Themen setzen, die in jedem Ortsverein, in jedem Unterbezirk und in jeder Arbeitsgemeinschaft der SPD in einem bestimmten Zeitraum behandelt werden, und die dabei entstehende Meinungsbildung in der Partei zusammenfassen. Lasst uns offene Mitgliederversammlungen wie die, die wir jetzt in der Krise gemacht haben, nicht immer nur dann machen, wenn es uns schlecht geht, liebe Genossinnen und Genossen.

(Vereinzelt Beifall)

Lasst uns jährliche Arbeitsparteitage machen. Dazu habe ich schon etwas gesagt. Lasst uns doch auch wichtige Fragen ab und zu direkt von allen Mitgliedern per Urwahl entscheiden, liebe Genossinnen und Genossen. Eine Partei, die für Volksabstimmung im Grundgesetz eintritt, darf keine Angst davor haben, wichtige Fragen ihrer eigenen Mitgliedschaft zur Abstimmung zu stellen. Das glaubt uns doch sonst keiner.

(Beifall)

Wir dürfen uns nicht in die Vorstandsetagen und Sitzungsräume zurückziehen. Unsere Politik wirkt manchmal aseptisch, klinisch rein, durchgestylt, synthetisch. Auch das müssen wir ändern. Wir müssen raus ins Leben, dahin, wo es laut ist, dahin, wo es brodeln, dahin, wo es manchmal riecht, gelegentlich auch stinkt. Wir müssen dahin, wo es anstrengend ist, liebe Genossinnen und Genossen, weil nur da das Leben ist, wo es anstrengend ist. Nur da, wo es anstrengend ist, da ist das Leben!

(Anhaltender Beifall)

Das können wir doch; das haben wir doch alles gemacht. Es ist doch nicht so, dass wir das nicht könnten. Am besten können es zurzeit übrigens unsere Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker. Deshalb wollen Andrea Nahles und ich eine ständige Konferenz der Kommunalpolitiker mit der SGK zusammen beim Parteivorstand einrichten. Wir brauchen sie. Wir müssen die Kommunen wieder stärker in die Meinungsbildung der SPD einbeziehen.

(Beifall)

Ich möchte mit euch eine Sozialdemokratische Partei entwickeln, bei der wir wieder so etwas wie eine Politikwerkstatt haben. Die SPD muss eine Politikwerkstatt für gesellschaftlichen Fortschritt sein. Es muss nicht alles fertig sein, und es geht nicht darum, dass wir alle fertig werkeln, es ins Schaufenster stellen und hoffen, dass die Leute, die vorbeikommen, reinkommen und es kaufen. Besser ist es, sie einzuladen und zu sagen: Passt auf, ihr könnt mitmachen. Der Mantel, den wir hier schneidern wollen, soll wetterfest sein. Er soll übrigens auch eine rote Farbe tragen.

Wie man das am besten macht, wie das passt: Helft uns dabei, macht mit bei uns. Wir laden alle ein, die an einer solidarischen, freien, aber auch verantwortungsbewussten Gesellschaft mitarbeiten wollen. Politik als Werkstatt: Das ist die SPD, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Alle, die gesagt haben, Geschlossenheit ist eine sozialdemokratische Tugend, haben Recht; das stimmt. Aber eine Zweite gehört dazu, liebe Genossinnen und Genossen: Aufgeschlossenheit. Das gehört auch dazu.

(Vereinzelt Beifall)

Woran wir arbeiten: Das ist eine schwierige Aufgabe. Es ist übrigens eine, der nur wir uns stellen.

Was wollen wir denn in dieser Gesellschaft? Wir wollen, dass wirtschaftliche Leistungsfähigkeit, soziale Sicherheit und ökologische Verantwortung zusammengehören. Nicht von jedem ein bisschen etwas, nicht eine Balance zwischen allem, sondern diese Dinge zusammendenken: Darum geht es.

Wir wissen genau, wirtschaftlich erfolgreich werden Unternehmen nur in einem Land sein, in dem die Menschen auch sozial sicher leben. Aber soziale Sicherheit gibt es auf Dauer nur, wenn das Land und die Unternehmen auch erfolgreich sind. Und beides macht keinen Sinn, wenn das in einer Art und Weise erfolgen würde, dass wir unsere eigene Zukunft und die unserer Kinder und Enkel ruinieren, wenn wir die ökologischen Lebensgrundlagen zerstören. Deswegen muss die SPD alle drei Dinge zusammen tun.

Die anderen kümmern sich manchmal oder vermeintlich um eines. Für uns gehören wirtschaftliche Leistungsfähigkeit, soziale Sicherheit und ökologische Verantwortung zusammen. Das ist Sozialdemokratie für uns.

(Beifall)

Die Formel dafür hatten wir übrigens schon gefunden, nämlich Innovation und Gerechtigkeit. Das sind eine Hoffnung und ein Versprechen, nämlich das Versprechen, Innovation und Gerechtigkeit miteinander zu verbinden, eine Politik für viele und nicht für wenige zu machen, eine Politik, die Chancen eröffnet und Teilhabe organisiert. Aber wir haben, glaube ich, diese Mehrheitsformel im Laufe der Jahre ein bisschen aus dem Blick verloren. Der eine Teil der Partei hat über Innovation diskutiert, der andere über mangelnde soziale Gerechtigkeit. Und wenn der eine „Innovation“ gesagt hat, haben die anderen gehört: zu wenig soziale Gerechtigkeit. Und wenn die einen gesagt haben: „Es gibt aber zu wenig soziale Gerechtigkeit“, dann haben die anderen gehört, es seien Kritiker einer wachstums- und wettbewerbsorientierten Politik.

Genossinnen und Genossen, eine moderne Sozialdemokratie muss beide Elemente wirklich verbinden. Innovation und Gerechtigkeit sind nicht zwei Flügel der SPD, liebe Genossinnen und Genossen. Das ist deutlich mehr.

(Beifall)

Es ist egal, welche Begriffe man einsetzt: Innovation und Gerechtigkeit, Freiheit und Solidarität – es geht immer um das Gleiche. Wir wollen, dass Menschen aus ihrem Leben etwas machen können, und wir wollen, dass dabei niemand vergisst, dass es auch andere gibt, die es schwerer haben, oder dass man es selber einmal schwerer haben kann. Wir wollen, dass es dem Einzelnen durch Leistung und Engagement besser geht, aber auch, dass die sicher und in Menschenwürde bei uns leben können, die das nicht oder noch nicht schaffen.

Und wir wollen dafür Regeln bei uns und weltweit, für den Markt und die darin arbeitenden Unternehmen. Aber eben nicht nur dort. Wir wollen auch, dass Menschen in unserer Gesellschaft mitreden, mitentscheiden und sich beteiligen. Ja, wir wollen soziale Marktwirtschaft. Aber wir wollen noch mehr: Wir wollen soziale Demokratie in Deutschland, liebe Genossinnen und Genossen. Das ist mehr als nur Spielregeln für die Unternehmen.

(Beifall)

CDU/CSU und FDP sehen das übrigens anders. Man kann das schön nachlesen, gleich auf den ersten Seiten der Koalitionsvereinbarung. Da steht ein verräterischer Satz über deren Gesellschaftsbild. Dort heißt es: „Die Ordnungspolitik setzt in der

Sozialen Marktwirtschaft die Rahmenbedingungen.“ Soweit so richtig. Jetzt kommt es: „Deren oberstes Ziel muss sein, dass Bürger und Unternehmer ihre produktiven Kräfte entfalten und ihr Eigentum sichern können.“ Soziale Marktwirtschaft als Eigentumssicherung! Als ob es bei uns darum ginge, dass das Eigentum gefährdet wird! Welche Blindheit für das Leben in unserem Land!

(Beifall)

Soziale Marktwirtschaft soll das Gemeinwohl vor dem grenzenlosen und hemmungslosen Gewinnstreben Einzelner schützen und nicht umgekehrt. Wenn in den letzten Monaten Eigentum gefährdet wurde, dann, weil Millionen Menschen ihr Haus, ihre Rentenversicherung, ihre Lebensversicherung und ihre Arbeit verloren haben, weil es zu wenig Regeln für das Gemeinwohl gab und nicht, weil es zu viel davon gegeben hat.

(Beifall)

Aber Vorsicht, liebe Genossinnen und Genossen, unser Freiheitsverständnis, das an Verantwortung und Solidarität gekoppelt ist, wird schon längst nicht mehr in allen Teilen der Gesellschaft geteilt. Was wir vielleicht als normal empfinden, ist für andere brüchig geworden, weil nicht wenige meinen, die anderen gingen sie nichts an, brüchig aber auch, weil viele, die selbst vom sozialen Abstieg bedroht sind, nicht mehr an Solidarität glauben – oft, weil sie sie selbst nicht erleben. Wenn der Einsatz für den Erhalt von Arbeitsplätzen bei Opel durch die SPD in der letzten Bundesregierung auch in unserer Wählerschaft als Verschwendung von Steuergeldern angesehen wurde, dann kann von einem gemeinsamen Verständnis von Solidarität nicht mehr überall die Rede sein.

(Beifall)

Ich glaube, je brüchiger der Sozialstaat wird, desto weniger wird an seinen Wert geglaubt. Wenn wir also die Leistungsfähigkeit des Sozialstaates sichern wollen, dann kämpfen wir zugleich um unsere Werte, um die Werte von Freiheit und Solidarität, von Innovation und Gerechtigkeit. Dieses Verständnis von Freiheit und Solidarität, von den Chancen des Einzelnen, aus seinem Leben etwas machen zu können und sich trotzdem auch um andere zu kümmern, müssen wir erst wieder fest in der Mitte Deutschlands verankern.

Liebe Genossinnen und Genossen, es geht um ein anderes Verständnis vom Zusammenleben bei uns. Wir, die Sozialdemokraten in Deutschland, aber auch in Europa, müssen darum ringen. Ich bin fest davon überzeugt, dass wir alle Chancen dazu haben; denn die Mehrheit der Deutschen und auch der Europäer will keine Zweiklassenmedizin, keinen handlungsunfähigen Staat, der keine Schulen und Kindergärten ausstatten kann. Die Mehrheit will keine Armutslöhne. Und übrigens will



die Mehrheit auch kein Bildungssystem, bei dem ein paar wenigen Studenten mit Stipendien geholfen wird, aber Millionen kein BAföG bekommen, liebe Genossinnen und Genossen.

(Starker Beifall)

Ich glaube, mit diesem Politikkonzept sind Angela Merkel und Guido Westerwelle weder in der Mitte noch dauerhaft in der Mehrheit. Ihnen sagen wir – und das lasst uns ganz laut und deutlich und selbstbewusst sagen : Macht euch auf was gefasst! Wir kämpfen wieder in Deutschland um die Deutungshoheit und um das Land!

(Beifall)

Ich gebe zu, sie machen es uns am Anfang leicht. Stolperstart und Fehlstart ist ja noch eine milde Untertreibung. Diesem Anfang wohnt nun wirklich kein Zauber inne, und gegen die aktuelle Bundesregierung ist ja eine Studentenversammlung der 70er Jahre ein Hort der Disziplin.

(Heiterkeit und Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, ich will noch eine Bemerkung zum moralischen Geist, zur moralischen Orientierung dieser Koalition machen. Das ist ein Beispiel, wie sie wirklich denken und handeln. Ich meine die Wahl der Vizepräsidenten vor drei Wochen im Deutschen Bundestag. CDU/CSU und FDP haben Wolfgang Thierse das schlechteste Ergebnis aller Vizepräsidenten beschert. Die, die am Empörtesten reagieren, wenn sich Koalitionen von SPD und der Partei Die Linke bilden, die solche Koalitionen in den Gazetten als moralischen Verrat an den Bürgerrechten der ehemaligen DDR geißeln und die am liebsten eine Kontaktsperre für uns verhängen wollen, haben sich nicht geschämt, der Vertreterin der Partei Die Linke mehr Stimmen zu geben als dem Bürgerrechtler Wolfgang Thierse, liebe Genossinnen und Genossen.

(Anhaltender Beifall)

Und das übrigens nur aus einem Grund: Wolfgang Thierse hat sich in seiner Zeit als Bundestagspräsident als überparteilicher und neutraler Wahrer des bürgerlichen, demokratischen Rechtsstaates erwiesen. Und weil er als Bundestagspräsident qua Amt für die Einhaltung des Parteiengesetzes und die Ahndung von illegalen Parteispenden verantwortlich war, musste er sich mit dem Gebaren der CDU beschäftigen. Er hat nach Recht und Gesetz entsprechende Strafen verhängt. Und dafür, dass er sich an Recht und Gesetz gehalten hat, haben die ihn jetzt abgestraft, liebe Genossinnen und Genossen.

(Stürmischer Beifall und Zurufe: Buh!)

So viel zur bürgerlichen Koalition der Mitte. Ich finde: Schämen sollten sie sich! Das wäre vielleicht nicht bürgerlich, aber anständig.

(Beifall)

Lieber Wolfgang Thierse, wir wissen, dass dein Vorgehen sogar vom Bundesverfassungsgericht als rechtmäßig bestätigt wurde. Für die Union ist aber dieses einwandfreie Verhalten von dir, die Wahrung von Rechtsstaatlichkeit in einer Demokratie, bis heute Anlass zur miesen Retourkutsche. Deshalb sage ich dir: Mach dir nichts draus, wir Sozialdemokraten sind stolz darauf, dass du unser Vizepräsident bist.

(Beifall)

Diese Bundesregierung hat ein instrumentelles Verhältnis von Wirtschaft und Gesellschaft. Sie steht nicht für den Erhalt des Gemeinwohls, sie steht für Klientelpolitik: im Bereich der Steuern, in der Energiepolitik, für die Atomkonzerne, die Pharmaindustrie und andere mehr. Übrigens, das Wort „Gemeinwohl“ ist im ganzen Text der Koalitionsvereinbarung nicht zu finden. Stattdessen allerdings ein paar Nebensächlichkeiten, zum Beispiel auf Seite 25: „Deutschland braucht klare Ziele in der Raumfahrt.“ Kein Geld mehr für Bildung in den Ländern, dafür aber für Peterchens Mondfahrt. Das ist das, was die betreiben!

(Heiterkeit und Beifall)

Das ist wirklich politisches Kabarett und nicht Kabinett. Aber im Kabinett dürfen jetzt endlich alle mitspielen, selbst wenn man da, wo man spielt, eigentlich kein Ministerium mehr haben wollte. Nun sitzt Herr Niebel am Kabinetttisch. Der gehört übrigens zur Kavallerie des Regierungsregiments, schneidig, aber außerordentlich begrenzt.

(Heiterkeit und Beifall)

Wisst ihr, gute Entwicklungshelfer kommen nicht aus der Kavallerie, die kommen aus der Sozialdemokratie – oder, Heidi?

(Beifall)

Selbst das sozialdemokratische Umtriebe so richtig nicht verdächtige Handelsblatt kommt unter der Überschrift „Die Retro-Republik“ zu dem Schluss, dass die schwarzgelbe Finanz- und Sozialpolitik auf völlig überholten Annahmen fußt. Es stellt fest: „Spätestens in zwei Jahren steigen die Sozialbeiträge oder die Steuern oder beides.“ Diese Koalition ist nicht nur „bedingt regierungsfähig“, wie die Süddeutsche Zeitung schreibt, sie kann es einfach nicht. Es fehlt ihr der Sinn für das, was die Gesellschaft zusammenhält. Von Herbert Wehner – wie gesagt: großer Sohn dieser Stadt, der hier vor 103 Jahren geboren wurde – stammt das Zitat: „Die sozialdemokratische Partei hat

eine Idee. Das ist die Idee von einem Gemeinwesen, in dem das Menschenmögliche an sozialer Gerechtigkeit verwirklicht wird. Die anderen müssen sich Ersatzideologien suchen und an solchen auffranken.“ Dieser Gedanke ist immer noch gültig. Wir stehen für das Gemeinwohl, die anderen glauben immer noch an die blinden Kräfte des Marktes.

Selbst das zweite SPD-Kampfbblatt, die FAZ,

(Heiterkeit)

– das ist der Werbeblock –

(Beifall)

befindet: „In der schwarz-gelben Finanzpolitik passt nichts zusammen. Im Bundeshaushalt fehlen in den kommenden vier Jahren mehr als 250 Milliarden Euro. Gleichwohl wollen Union und FDP um rund 24 Milliarden Euro im Jahr die Steuern senken. Das Publikum reibt sich verwundert die Augen und fragt sich, wie das funktionieren soll. Die Regierung ist fatalerweise nicht in der Lage, eine plausible Rechnung vorzulegen.“ Ich finde, ihr solltet die Zeitung abonnieren, liebe Genossinnen und Genossen.

(Heiterkeit und Beifall)

Ich sage euch: Das ist die erste Bundesregierung, die schon unmittelbar nach Amtsantritt gegen den Amtseid verstoßen hat. Da heißt es nämlich, sie soll Schaden vom deutschen Volk abwenden. Das Gegenteil machen sie gerade, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Wir dagegen müssen mehr Politik wagen. Das heißt vor allem, Richtungsfragen unserer Gesellschaft wieder auf die Tagesordnung zu setzen und sie nicht kommunikativ lösen zu wollen, sondern real. Das beginnt man am besten damit, dass man sagt, was ist, und nicht einfach nur so tut, als wisse man beliebige Antworten. Richtungsfragen werden die politischen Debatten der nächsten Jahre bestimmen; da bin ich sicher. Wer Richtungsfragen aufwirft, muss nicht sofort jede Richtungsantwort haben, sondern vor allem viele aus der Gesellschaft einladen, über die richtigen Antworten mit uns zu diskutieren.

Was sind für mich die großen Richtungsfragen? – Erstens. Wer bestimmt die Regeln, die Ökonomie oder die Politik? Die Wirtschafts- und Finanzkrise hat uns vor Augen geführt, dass der Marktfundamentalismus eine Gefahr für die Arbeit, für die Wirtschaft und auch für die Demokratie ist. Die Wirtschafts- und Finanzkrise, deren Ende noch nicht abzusehen ist, hat innerhalb weniger Stunden und Tage 25 Billionen Dollar an Werten vernichtet. Sie hat ungefähr 50 Millionen Menschen die Arbeit gekostet. Sie

hat die armen Länder ärmer gemacht, und sie hat gezeigt: Nicht die Politik setzt die Rahmenbedingungen, sondern die Ökonomie. Und seien wir ehrlich: Ein Teil unseres Problems liegt doch auch darin, dass wir den Menschen jahrelang erzählt haben, wir haben für Bildung, für Kindergärten, für die Rente nicht genug Geld – aber dann mussten wir innerhalb von Stunden wir Milliarden- und Billionenbeträge aufbringen, weil es sonst noch schlimmer geworden wäre. Das hat doch kein Mensch als gerecht empfunden, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Es geht nicht einfach um das moralische Versagen einiger ökonomischer Eliten oder Manager, wie uns manche weismachen wollen. Der Verfassungsrechtler Ernst-Wolfgang Böckenförde hat mit dieser Legende in einem bemerkenswerten Beitrag in der *Süddeutschen Zeitung* aufgeräumt. Böckenförde stellt darin fest, dass die verantwortlichen Manager nichts anderes gemacht haben, als die Möglichkeiten des Kapitalismus und des Finanzkapitalismus und deren gesetzliche Grundlagen zu nutzen. Sie haben sich systemgerecht verhalten. Moralische Appelle wie die von Frau Merkel sind total hilflos und unzureichend. Die Spielregeln müssen so sein, dass solche Exzesse nicht wieder passieren. Und die schwarz-gelbe Bundesregierung sagt zu all dem nichts, was sie dagegen konkret tun will. Wer über den Finanzkapitalismus nicht reden will, der soll über die soziale Marktwirtschaft schweigen, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Die vielleicht wichtigste Aufgabe, die vor der Sozialdemokratie steht, in Deutschland, in Europa und weltweit, ist, darüber zu reden, wie wir solche Spielregeln schaffen wollen, wie sie wirksam sind. Das ist zum Beispiel der Grund, weshalb ich hoffe, dass Peer, auch wenn er nicht mehr kandidiert, an Bord bleibt. Keiner hat dafür in den letzten Monaten mehr durchgesetzt und angefangen als Peer Steinbrück.

(Lebhafter Beifall)

Wir haben doch Verbündete dafür, über die Gewerkschaften und Umweltverbände weit hinaus. Es sind die Mittelständler, die Handwerksmeister – die ich vorhin schon genannt habe –, in vielen ganz normalen Industrie- und Dienstleistungsunternehmen auch die Manager, die nicht mehr wissen, wie sie mit dieser Finanz- und Wirtschaftskrise klarkommen sollen. Sie alle zahlen doch auch die Zeche und bekommen keine Kredite, keine Liquidität, und sollen jetzt mit hohen Zinsen die Rechnung derjenigen bezahlen, die sich vorher einen Deubel um die Prüfung der Kredite gekümmert haben. Das sind doch auch diejenigen, die wir brauchen und die unter dem leiden, was die anderen da veranstaltet haben.

(Beifall)

Wenn die jetzt CDU oder FDP wählen, dann müssen wir denen sagen: Glaubt ihr denn, dass die Banken an diese beiden Parteien vor der Bundestagswahl gespendet haben, weil sie denken, dass CDU/CSU und FDP bessere Spielregeln für die Banken schaffen werden?

Das Gegenteil ist der Fall. Lasst uns denen sagen, wie man bei uns im Harz sagt: Nur die allergrößten Kälber wählen ihre Metzger selber, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Wir wollen eine wirtschaftspolitische Strategie erarbeiten, die nachhaltiges Wachstum und die Schaffung von Arbeitsplätzen in den Mittelpunkt stellt. Vollbeschäftigung muss das Ziel der Politik, vor allen Dingen der sozialdemokratischen Politik in Deutschland bleiben, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Nirgendwo haben wir so viel Grund zur Kontinuität. Denn auf der Grundlage des Deutschlandplans von Frank-Walter Steinmeier haben wir die Grundlagen dafür schon gelegt. Wir müssen für mehr Beschäftigung sorgen. Deswegen ist es übrigens Quatsch, Steuern für Besserverdienende zu senken. Wenn man Steuern senkt, dann doch jetzt dort, wo Investitionen gebraucht werden. Nachhaltige Investitionen schaffen Arbeitsplätze. Wenn man Steuern senkt, dann um Beschäftigung zu schaffen und nicht um die Sparkonten zu erhöhen, liebe Genossinnen und Genossen!

(Beifall)

Die zweite Frage ist: Wohlstand und Chancen für viele oder nur für wenige? – Die Finanzkrise setzt diese alte Frage wieder auf die Tagesordnung: Wer zahlt was? Denn natürlich geht es auch im heutigen Deutschland, in Europa und in der Welt immer wieder auch um Verteilungsfragen: Welche Schultern tragen wie viel? Oder klarer: Welche Einkommens- und Reichtumsverteilung ist als Antwort auf die Krise und für eine funktionsfähige Wirtschaft notwendig, in der noch immer das Prinzip „Autos kaufen keine Autos“ gilt? 10 % der Bevölkerung in Deutschland verfügen über 61 % des privaten Vermögens. Allein das oberste Prozent besitzt 23 % des gesamten Nettovermögens. Das Aufkommen vermögensbezogener Steuern zum Bruttoinlandsprodukt macht in Deutschland gerade einmal 0,9 % aus. Das ist weniger als die Hälfte des Anteils in Frankreich, Groß-Britannien oder in den USA. Armut ist wieder eine Größe in unserer Gesellschaft. 10 % unserer Bevölkerung leben in verfestigter Armut. 25 % zählen zum sogenannten Prekariat.

Diese wenigen Zahlen zeigen eines: Wir brauchen wieder einen neuen sozialen Konsens in Deutschland, einen Konsens, der breite Schultern stärker zur Finanzierung des Gemeinwohls heranzieht und den Menschen aus der Armut heraushilft. Das hat gar nichts mit Sozialneid zu tun. Ich persönlich finde Reichtum übrigens etwas Tolles. Ehrlich gesagt,

wäre ich gerne selber reich. Ich finde, daran ist nichts Schlimmes, vor allen Dingen dann nicht, wenn man hier Steuern bezahlt. Aber eines ist doch klar: Keiner wird durch eigene Leistung reich. Dazu gehören viele andere: ein Land mit sozialem Frieden, mit Kultur, mit Wirtschaftsförderung, mit Bildung, mit Universitäten. Das alles gehört dazu, damit Menschen wohlhabend werden.

Jetzt ist das Land in Schwierigkeiten. Dann ist es aber doch verdammt noch einmal kein Sozialneid, wenn man sagt: Wenn das Land, das dich wohlhabend, vielleicht sogar reich gemacht hat, in Schwierigkeiten ist, dann musst du ein bisschen mehr mithelfen, es aus den Schwierigkeiten wieder herauszukriegen, als andere, liebe Genossinnen und Genossen! Das ist doch kein Sozialneid!

(Lebhafter Beifall)

Ich nenne das sozialen Patriotismus. Wir müssen wirklich dafür sorgen, dass es eine neue Solidarität in unserem Land gibt. Verteilungsfragen sind keine Ideologie. Das sind Gerechtigkeitsfragen.

Lasst mich allerdings auch offen sagen: Es wird oft nicht reichen, dass die SPD sich auf einen neuen Spitzensteuersatz oder die Vermögensteuer verständigt. Ich bin bekanntermaßen Vorsitzender des Fanclubs der Vermögensteuer. Ich war nicht immer so in der Mehrheit auf Parteitag wie jetzt scheinbar. – Hans-Jochen, ich könnte da ein paar Geschichten erzählen.

(Heiterkeit)

Das lasse ich aber heute. Aber ich weiß doch auch, dass wir mit dem Spitzensteuersatz 3 Milliarden zusätzlich bekommen hätten, und wenn Peer Steinbrück und ich zu unserer Zeit als Ministerpräsidenten die Vermögensteuer hätten durchsetzen können, dann hätten wir vielleicht 8 Milliarden oder 9 Milliarden, bei optimistischer Annahme, gekriegt. Aber was uns zum Beispiel fehlt, sind jedes Jahr 25 Milliarden im Bildungssektor, damit wir wenigstens wieder auf den Durchschnitt der Industrienationen kommen. Das heißt, es wird nicht reichen, über so etwas zu sprechen.

Ich sage euch in aller Offenheit: Für mich ist das Fehlen einer Börsenumsatzsteuer mindestens genauso ungerecht

(Beifall)

wie die Tatsache, dass wir mit Steuergeldern Energiefresser und Spritfresser auch noch subventionieren, obwohl dies die Klimakatastrophe weiter befördert, liebe Genossinnen und Genossen.

(Lebhafter Beifall)

Ich glaube, für mehr Gerechtigkeit, für einen sicheren Sozialstaat, für mehr Bildungsinvestitionen müssen wir auch unsere Konzepte zur ökologischen Steuerreform weiterentwickeln. Das steht auch auf der Tagesordnung unserer Partei, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Die dritte Frage: Solidarität in Eigenverantwortung. Der Sozialstaat ist das Kernprojekt der Sozialdemokratie. Ich sage, er ist die größte zivilisatorische Errungenschaft moderner Gesellschaften. Das Prinzip ist einfach, aber revolutionär. Der Sozialstaat beinhaltet nichts anderes als die Zehn Gebote einer gerechten Gesellschaft. Das Prinzip lautet: Derjenige, der unverschuldet in Not gerät, erfährt die Solidarität, die Unterstützung und die Hilfe der Gemeinschaft. Wer arm ist, wird deshalb nicht krank, und wer krank ist, wird deshalb nicht arm. Wer ins Alter kommt, dem helfen wir, dass er in Würde im Alter leben kann, und denen, die arbeitslos werden, helfen wir, dass sie fortgebildet werden und zurückkehren können.

Das, was wir dazu verlangen, ist eine Gegenleistung: dass Menschen sich in dieser Gesellschaft anstrengen. Denn nur dann, wenn sich alle anstrengen, kann man denen, die Hilfe brauchen, Hilfe gewähren. Das ist der Grund, liebe Genossinnen und Genossen, weshalb ich dagegen bin, dass wir uns auf das neue Projekt der Konservativen und gelegentlich auch der Grünen einlassen, für alle ohne Leistung sozusagen ein Bürgergeld zu zahlen. Das erzieht die Leute nicht zu Leistung und Anstrengung in unserer Gesellschaft.

(Beifall)

Ich finde, darüber müssen wir in der Partei reden. Wir müssen überall diejenigen einladen, die das wollen. Die sollen mit uns diskutieren, und wir werden ihnen erklären, warum wir glauben, dass wir helfen wollen, aber dass sich alle anstrengen müssen, wenn sie es können, diese Hilfe auch gemeinsam in Deutschland sicherzustellen.

Wer – wie die gegenwärtige Bundesregierung – die Kosten des Gesundheitssystems privatisieren will und aus der Parität herausgeht, der macht das Gegenteil. Privatisierung ist das Gegenmodell zur Solidarität. Wer privatisiert, der zerstört Solidarität und betreibt Klientelpolitik. Das müssen wir bekämpfen, liebe Genossinnen und Genossen!

(Beifall)

Zum Sozialstaat gehört aber mehr als zum Beispiel Mindestlöhne. Dazu gehören auch vernünftige Löhne dort, wo Tariflöhne existieren. Ich kenne den Spruch auch: In Tarifverhandlungen soll man sich nicht einmischen. Das weiß ich. Aber ich finde, als Sozialdemokrat kann man schon einmal in den Tarifikämpfen der Gewerkschaften sagen, dass wir es volkswirtschaftlich sinnvoll und auch gerecht finden, wenn die alte gewerkschaftliche

Lohnforderung mindestens eingelöst wird: Produktivitätssteigerung und Inflationsrate gibt mehr Lohn, liebe Genossinnen und Genossen. Das darf man bei uns in Deutschland schon noch sagen.

(Beifall)

Es geht nicht nur um Lohn. Jetzt in der Krise kamen sie alle: die Unternehmensleitungen mit den Betriebsräten, mit den Gewerkschaften und haben mit dem Staat geredet, was man machen muss, damit es besser wird. Die haben alle die Erfahrung gemacht, dass es mit Gewerkschaften und Betriebsräten wunderbar ist. Jedenfalls haben sie uns das erzählt. Jetzt sage ich: Wenn das so ist, dann, finde ich, muss man Mitbestimmung in Deutschland ausbauen. Ich finde es nicht zwangsläufig richtig, dass Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer die paritätische Mitbestimmung in Aufsichtsräten von Konzernen nur ab 2.000 Beschäftigten haben. Das geht auch darunter, liebe Genossinnen und Genossen!

(Beifall)

Die vierte Frage ist: Chancen und Zugänge für viele oder nur für wenige? Da geht es um Bildung. 13,4% der öffentlichen Ausgaben werden in den OECD-Staaten für Bildung angesetzt. Wollte Deutschland diesen Wert im Durchschnitt erreichen, bräuchten wir jährlich 20 bis 25 Milliarden Euro mehr. Ich sage euch: Die Eltern, die Schüler, die Lehrer, die Studenten und übrigens auch die Arbeitgeber und Gewerkschaften können es nicht mehr hören, dass wir diesen Befund seit Jahren vor uns hertragen und dann aber immer sagen: Tut uns leid, die jeweils andere Ebene ist dafür zuständig.

(Beifall)

Ich kenne niemanden außerhalb der Politik, der sich für die Zuständigkeiten interessiert.

Die Leute wollen, dass sich die Zustände in Deutschland ändern, nicht nur die Zuständigkeiten.

(Beifall)

Keine Angst, ich will keine neue Föderalismusreform. Aber dass uns die letzte Föderalismusreform jetzt wirklich geholfen hätte, kann man, glaube ich, auch nicht sagen.

(Beifall)

Was wir brauchen, ist ein sozialdemokratisches Konzept, bei dem Bund, Länder und Gemeinden die Finanzen aufbringen, damit in den Ländern eine so gute Bildungspolitik gemacht werden kann wie zum Beispiel in Rheinland-Pfalz, liebe Genossinnen und Genossen. Da kann man besichtigen, wie so etwas funktioniert.

(Beifall)



Bildung ist die Voraussetzung für sozialen Aufstieg. Das geht nur, wenn Bund, Länder und Kommunen zusammenarbeiten. Wir müssen Kindergärten und Kindertagesstätten zu Frühförderzentren machen, insbesondere in den sozialen Brennpunkten. Wir müssen dafür sorgen, dass an der Ganztagschule nicht nur ein Schild steht und eine Mensa gebaut wird, sondern dass auch genug Lehrer, Sozialpädagogen, Psychologen, Sportpädagogen, Theaterpädagogen. Die gehören rein in die deutschen Schulen.

(Beifall)

Das ist der Unterschied zwischen skandinavischen und unseren Schulen. Die nehmen das Geld in die Hand und finanzieren das.

Übrigens: Für Sozialdemokraten muss Bildung kostenfrei sein, vom Kindergarten bis zur Universität, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Und weil das alles Geld kostet und weil man Geld nur einmal ausgeben kann, ist es eben falsch, die Steuern für Besserverdienende zu senken. Viel wichtiger wären Laptops, Lernmittelfreiheit, warmes Mittagessen in den Schulen, Lehrer und Frühförderstätten. Dafür brauchen wir das Geld, und nicht um Steuern zu senken.

(Beifall)

Lasst uns auch eine Debatte darüber führen, ob es eigentlich wirklich klug ist, immer wieder die Kinderfreibeträge in der Steuer zu erhöhen, obwohl wir doch wissen, dass das die einen trifft und die anderen nicht.

(Beifall)

Ich will zur Bildung noch etwas sagen. Gute Bildung soll nicht nur Kompetenzen, sondern vor allen Dingen auch Orientierung im Land und in der Welt vermitteln. Eine lebendige Demokratie braucht einen politisch gebildeten Staatsbürger bzw. Staatsbürgerin. Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten das spätestens seit Wilhelm Liebknecht: Wissen ist Macht, demokratische Macht. Aber wer sich anschaut, was am Nachmittag in Deutschlands Fernsehsendern läuft, oder wer einmal in manche politischen Blogs im Internet schaut, in denen die Anonymität scheinbar jede Grenze des menschlichen Anstands beseitigt hat, oder wie wenig noch Zeitungen gelesen werden, der bekommt eine Ahnung, liebe Genossinnen und Genossen, wie dringend nötig unser Land auch wieder eine Initiative für politische Bildung hat.

(Beifall)

Sozialer Aufstieg und Teilhabe in der fünften Frage, die uns bevorsteht, ist aber nicht nur ein Kernanliegen der SPD für die deutschen Mitbürgerinnen und Mitbürger. Aufstieg und Qualifizierung durch Bildung und vor allen Dingen durch Integration sind ebenso unerlässlich für alle, die aus anderen Ländern der Welt zu uns gekommen sind oder deren Eltern aus anderen Staaten zu uns gekommen sind. Ich glaube, eine der größten Aufgaben, eine der größten Richtungsfragen, die wir beantworten müssen, lautet: Wie schaffen wir endlich bessere Integration von Ausländerinnen und Ausländern oder Menschen aus anderen Ländern, die zu uns gekommen sind. Menschen mit Migrationshintergrund sind selbstverständlicher Teil unserer Gesellschaft, auch wenn es gelegentlich Probleme im Zusammenleben gibt. Diese Probleme sind vor allen in vielen Großstädten, aber auch in anderen Kommunen unübersehbar. Deshalb werden wir uns gerade dort, wo wir kommunalpolitisch Verantwortung tragen, stärker darum kümmern müssen. Ich weiß, dass nicht alle, aber viele Migrationsprobleme mit der sozialen Situation der betroffenen Familien zusammenhängen. Manches, was wir als Migrationsproblem bezeichnen, ist in Wahrheit ein Unterschichtproblem.

(Beifall)

Aber ich weiß auch: Nur wenn wir bereit sind, auch hier Bildungs- und Ausbildungsperspektiven für diese Kinder, Jugendlichen und Familien zu schaffen, sind Einstiege und Aufstiege, nur dann ist Integration und Teilhabe möglich. Nur dann könnten wir Ghettobildung in den Großstädten und jugendliche Verwahrlosung und Jugendkriminalität vorbeugen.

Liebe Genossinnen und Genossen, nicht das Zuwanderungsgesetz entscheidet, ob Deutsche und Jugendliche gut miteinander leben. Nicht das Jugendhilfegesetz entscheidet, ob Jugendliche und Kinder gefördert werden oder verwahrlosen. Das alles gelingt nur, wenn die Orte, an denen wir leben, die Städte und Gemeinden auch ausreichend finanziell ausgestattet sind, um Kindergärten Schulen, Spielplätze, Sportförderung, Musikschulen, Volkshochschulen und alles, was wir brauchen, auch wirklich zu bezahlen, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Städte und Gemeinden sind mehr als eine Holding zur Abwasserbeseitigung. Das sind Orte der gesellschaftlichen Integration. Es ist doch so: Viele von uns empfinden doch eine Situation auf der Welt, dass sich ständig alles verändert. Es gibt nur wenige, die das klasse finden. Die meisten Menschen wollen irgendwo auch sicheren Grund unter den Füßen haben. Und wo, wenn nicht in Städten und Gemeinden, kann das hergestellt werden? Dort entscheidet sich, ob Deutsche und Ausländer, Jung und Alt, Männer und Frauen, Unterschicht, Mittelschicht und Leute, denen es besonders gutgeht, gut zusammen leben können.

Ich will nicht deshalb eine ständige Konferenz der Kommunalpolitiker beim Parteivorstand, um ein neues Gremium zu machen oder damit mich Stephan Weil heute doch noch wählt, sondern ich bin dafür, das zu machen, weil ich weiß, dass diese gesellschaftlichen Orte der Integration für uns Leuchtfeuer sind, an denen wir uns orientieren müssen, liebe Genossinnen und Genossen. Da entscheidet sich das Zusammenleben der Menschen in Deutschland. Deshalb brauchen wir eine Aufwertung der Kommunalpolitik in der SPD.

(Starker Beifall)

Übrigens: Die Ersten, die wir ansprechen müssen, sind die Migrantinnen und Migranten, die Ausländerinnen und Ausländer, die Kinder und die Enkel derer, die zu uns gekommen sind. Die brauchen wir zu allererst in der SPD. Eine Partei, die die Lebenswelt dieser Menschen zu wenig kennt, kann keine gute Politik machen. Deswegen lasst uns die einladen. Die Frankfurter SPD hat dafür ein schönes Beispiel. Lasst uns die einladen, lasst uns die wählen. Man braucht nicht immer nur Hardwareintegration mit Geld und Sozialarbeitern. Softwareintegration mit dem Ortsvereinsvorsitzenden, mit dem Kassierer, mit dem Landtagsabgeordneten, mit Elternvertretungen oder Betriebsräten; da funktioniert das am besten. Dann gehören die mittenrein in die SPD, und dann werden wir bei denen übrigens auch mehr Verständnis und bessere Wahlergebnisse haben, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Der sechste Punkt: Wie soll die Welt aussehen, multilateral oder altes Denken? Die deutsche Sozialdemokratie hat eine lange internationale Tradition. Wir waren die Ersten, die 1925 in Heidelberg für das Vereinigte Europa plädiert haben. Wir haben die Entspannungspolitik eingeleitet, die zu einer Überwindung der Blockkonfrontation und zur Wiedervereinigung beigetragen hat. Und übrigens: Wir haben uns für eine starke UNO und damit auch für die Durchsetzung des Völkerrechts in den internationalen Beziehungen eingesetzt.

Beate Sieweke und andere haben mich aufgefordert, ich soll auch etwas zu Afghanistan sagen. Ich will das an dieser Stelle machen. Ich glaube, unsere Schwierigkeit besteht in folgender Situation. Wir wissen: So, wie es da in Afghanistan weitergeht, werden am Ende keinen Erfolg haben. Der Kasai und seine seltsame Regierung delegitimieren sogar noch das militärische Eingreifen dort. Das merken wir.

Ich glaube, 80 bis 90 % der deutschen Bevölkerung – vielleicht auch der Partei – wollen raus aus Afghanistan; das wissen wir. Aber ich sage euch, warum wir es uns schwermachen müssen und warum wir jetzt erst einmal in der Partei darüber reden müssen. Viele von euch haben an das Grundsatzprogramm der SPD erinnert. In

diesem Grundsatzprogramm steht ein ganz weitgehender Auftrag. Darin steht, wir wollen dafür sorgen, dass die Nato in ein kollektives Sicherheitssystem der Vereinten eingebunden wird. Wir haben gesagt, militärische Intervention soll nicht von den USA, nicht von der Nato beschlossen werden. Wir wollen, dass die UN das beschließt. Das ist die Programmatik der SPD.

Nun hat die UN allerdings beschlossen, dass in Afghanistan militärisch interveniert werden soll. Das macht unser Problem aus. Wir konnten im Falle des Irak mit gutem Gewissen sagen: Nein, wir machen nicht mit, weil die UN das nicht beschlossen hatte, weil es ein völkerrechtswidriger Krieg war, der da geführt wurde. Wir konnten es uns in Afghanistan nicht so leicht machen, und wir können es uns immer noch nicht so leicht machen.

Ich habe fast den Eindruck, dass Helmut Schmidt recht hat, der gesagt hat: Jede Lösung ist im Grunde gefährlich. – Er hat einen anderen Ausdruck benutzt, den ich hier jetzt nicht wiederholen will. Aber unser Problem ist doch, dass wir auf der einen Seite zu diesem Völkerrecht stehen, es selber erkämpft haben und die UNO stärken wollen, und auf der anderen Seite dieser Beschluss uns auffordert, nicht nur A, sondern auch B zu sagen und auch militärisch zu intervenieren.

Was wir alle brauchen, ist eine Debatte darüber, wie wir damit umgehen wollen. Ich gebe freimütig zu: Ich habe dafür keine schnelle Lösung. Ich kann das hier nicht erklären. Ich könnte es mir leicht machen und sagen: Lasst uns einfach den Plan von Frank-Walter Steinmeier umsetzen und im Jahr XY sind wir draußen. – Da würden ein paar jubeln. Aber ich habe einen solchen Plan nicht. Frank-Walter hat Recht mit dem, was er vorschlägt. Aber eine Jahreszahl können wir alle zurzeit nicht sagen.

Lasst uns über diese Frage inhaltlich reden mit klugen Leuten außerhalb und innerhalb unserer Partei. Aber lasst es uns nicht so einfach machen, als gäbe es leichte Lösungen. Dort zu bleiben, ist ganz schlimm, rausgehen ist auch ganz schlimm zurzeit. Also lasst uns in den nächsten Wochen darüber in der Partei diskutieren, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Heute brauchen wir auch ein neues Projekt für die internationalen Realitäten. Nach der West-Integration, nach der Ostpolitik, nach der EU-Integration ist jetzt eine Phase gekommen, wo es auch darum geht, dass Sozialdemokraten für einen neuen Internationalismus eintreten. Dieser neue Internationalismus muss die veränderten Realitäten – den Aufstieg Chinas, Indiens, Brasiliens – in allen internationalen Institutionen berücksichtigen. Es geht um eine internationale Politik gegen Armut, aber auch gegen Klimawandel, gegen Furcht und Flucht vor und aus sozialer Not und die

daraus entstehenden neuen Formen des globalen Terrorismus. Liebe Genossinnen und Genossen, das ist etwas, was der SPD gut zur Gesicht steht. Wir haben mit Willy Brandt und den anderen Ländern – ich nenne nur Gro Harlem Brundtland – den Nord-Süd-Dialog auf die Tagesordnung der Weltpolitik gesetzt.

Ich finde, in anderer Art und Weise und mit anderen Bezügen müssen wir das wieder machen. Es ist gut, dass es zu den besten Traditionen der SPD gehört, dass wir nicht nur schauen, wo im eigenen Land die Not am größten ist, sondern dass wir mit allen anderen Ländern dieser Erde gemeinsam die Armut bekämpfen wollen.

(Beifall)

So wie jetzt kann das jedenfalls nicht weitergehen. Das Ökosystem Erde ist längst aus dem Gleichgewicht geraten. Die Menschheitsherausforderungen müssen unser politisches Thema sein und nicht nur dann, wenn wir einmal im Umweltministerium gewesen sind. Daran sind übrigens ganz viele junge Leute interessiert. Hier ist die Frage gestellt worden: Wie kommen wir wieder mehr mit jungen Leuten in Kontakt? Das ist ein Thema, das wir weder den klugen Umweltverbänden noch Attac überlassen dürfen. Das ist ein sozialdemokratisches Thema, über das wir hier und mit den jungen Leuten und allen anderen reden müssen.

(Beifall)

Aber wir schaffen das nur, wenn es in dieser Frage mehr gibt als die deutsche Sozialdemokratie. Das ist eine Aufgabe der europäischen Sozialdemokratie und der Sozialistischen Internationalen. Sie muss mehr sein als ein Buch mit schönen Zitaten von Willy Brandt und Felipe Gonzales. Wenn wir das mit internationaler Politik ernst meinen, das muss es auch eine europäische und eine weltweite Linke geben, die aus sozialdemokratischer Sicht klare und eindeutige Antworten gibt und nicht verschiedene.

(Beifall)

Das sind für mich wichtige Richtungsfragen, die wir stellen müssen und bei denen wir um die Deutungshoheit kämpfen müssen.

Liebe Genossinnen und Genossen, wir tagen hier in Dresden 50 Jahre nach Godesberg, 40 Jahre nach dem Motto von Willy Brandt „Mehr Demokratie wagen“. Beides waren damals Aufbrüche: Godesberg und die Regierungserklärung. Godesberg stand für die Öffnung der Arbeiterpartei SPD zur Volkspartei, Willy Brandts „Mehr Demokratie wagen“ war ein Aufruf an alle, an anderen Formen von Staat und Gesellschaft mitzuwirken. Beides waren sozialdemokratische Aufbrüche.

Ich glaube, wir stehen wieder vor einem Aufbruch und einem neuen Anfang mit sozialdemokratischen Herausforderungen. Der Pädagoge Hartmut von Hentig hat

einmal zur Schule gesagt, ihre Aufgabe sei es, Menschen zu stärken, Sachen zu klären. Er hat das nicht zufällig in dieser Reihenfolge gesagt. Er hat absichtlich gesagt: erst Menschen stärken und dann Sachen klären. Ich glaube, das ist eine gute Aufgabenbeschreibung auch für sozialdemokratische Politik. Wir müssen immer zuerst um die Mehrheit für unser Bild vom Menschen und vom Zusammenleben kämpfen. Wenn dieses Bild von freien, starken und selbstbestimmten Menschen in einer starken, aber eben auch verantwortungsbewussten Gemeinschaft mehrheitsfähig ist, dann werden das auch unsere Gesetzesvorschläge sein.

Die Prognosen, dass uns das wieder erfolgreich gelingt, sind übrigens gar nicht so schlecht. Die der SPD nicht unbedingt jeden Tag nahe stehende Meinungsforscherin Renate Köcher von Allensbach – das stand wieder in der „FAZ“ – hat einen interessanten Befund geliefert. Unter der Überschrift „Chancen der SPD“ stellt sie fest: „Es gibt in der Bevölkerung einen breiten Konsens, welche politischen Ziele vorrangig verfolgt werden sollten, und klassische sozialdemokratische Anliegen spielen hierbei eine große Rolle.“ Frau Köcher weist darauf hin, dass 46 Prozent der Wahlberechtigten die SPD auch heute auf den ersten oder zweiten Platz ihrer Parteisympathie setzen. 37 Prozent halten es bei der nächsten Bundestagswahl für möglich, SPD zu wählen. Lasst uns daraus ein bisschen mehr machen! Nach dem 27. September hört sich das geradezu vermessen an. Das weiß auch ich. Aber ich bin zutiefst davon überzeugt, dass es uns gelingt. Ob Frau Köcher mit ihrer Prognose recht hat, liegt nur an uns, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Nur wenn wir selber an uns glauben, glauben uns noch andere. Nur wenn wir uns etwas zutrauen, trauen die uns auch etwas zu. Nur wenn wir klarmachen, dass die soziale Demokratie die bessere Antwort ist, werden unsere Antworten beeindrucken.

Übrigens: Wir werden 2013 150 Jahre alt, jetzt sind es 146 Jahre. Man kann sich die Frage stellen: Wie ist das eigentlich gelungen, wie kann es sein, dass es eine Partei 146 Jahre gibt? Das ist doch nichts Selbstverständliches. Wie kommt es, dass wir das Kaiserreich und die Sozialistengesetze überlebt haben? Wie kommt es, dass wir den Ersten Weltkrieg, den Zweiten Weltkrieg, den Faschismus und die Weimarer Republik und auch den Kommunismus überlebt haben? Bei allem Auf und Ab Deutschlands gab es immer Sozialdemokraten. Wie kommt das? Das liegt nicht daran – ich hoffe, das nimmt mir keiner übel –, dass wir immer die richtigen Beschlüsse gefasst haben. Es liegt auch nicht daran – Anwesende und Lebende ausgenommen –, dass wir immer die besten Mandatsträger, Parteivorsitzenden und Regierungsvertreter hatten. Es gab – Lebende ausgenommen – immer ein paar, die es nicht so gut gemacht haben.

(Heiterkeit)

Wie kommt es, dass es trotzdem 146 Jahre lang immer wieder Menschen gegeben hat, die zu uns gekommen sind? Seit der Wahlniederlage gibt es über 5.000 neue Mitglieder in unserer Partei.

(Beifall)

Das liegt an einer Idee. Es ist eine Idee, die die Menschen zu uns geführt hat. Das ist die Idee der Freiheit, nicht nur Freiheit von Not, Unterdrückung und Verfolgung, sondern auch Freiheit, aus seinem Leben etwas machen zu können, dass man nicht an das Einkommen der Eltern gebunden ist, dass man nicht das werden muss, was der Vater oder die Mutter schon waren, dass man nicht gebunden ist an das Geschlecht, Hautfarbe, Religion oder an das Viertel, aus dem man kommt. Der Lebensweg soll frei sein. Weil wir wissen, dass auf jedem Lebensweg Hürden sind, haben wir uns zusammengetan und haben gesagt: Jetzt wollen wir mal trainieren, dass wir die Hürden überspringen können, am besten durch eine gute Bildung und Ausbildung. Wo wir wussten, dass die Hürden so groß sind, dass selbst die beste Ausbildung nicht zum Überspringen ausgereicht hätte, haben wir uns untergehakt und haben die Hürden beiseite geschoben. Das Nennen wir Solidarität.

Ich glaube, dass es diese Idee vom offenen und freien Lebensweg ist, von der Hilfe dafür, dass jeder diesen Lebensweg beschreiten kann, die die Menschen immer wieder zu uns bringt. Wir wissen diese Idee fest in der Mitte Deutschlands verankert. Wir müssen sie nur wieder wachrufen, liebe Genossinnen und Genossen. Darum geht es in den nächsten Jahren.

(Beifall)

Unsere Idee eines freien und selbstbestimmten Lebens und der Verantwortung für andere bei uns und überall in der Welt: Das ist auch modern im Zeitalter der Globalisierung. Dafür braucht es in Deutschland eine starke und geschlossene SPD, eine SPD, die mutig und konfliktbereit ist und die klar im Denken und entschlossen im Handeln ist. Dafür wollen wir arbeiten, liebe Genossinnen und Genossen: Andrea Nahles, Olaf Scholz, Klaus Wowereit, Manuela Schwesig, Hannelore Kraft, Barbara Hendricks, Martin Schulz, aber auch Frank-Walter Steinmeier, die Bundestagsabgeordneten und die anderen, die für den Parteivorstand kandidieren. Trotzdem werden wir das nicht alleine schaffen.

Erstens. Dieses Team ist schon einmal wichtig. Tut mir den Gefallen und lasst es, wenn ihr uns, die wir kandidieren, schon gar nicht mitwählen wollt, an mir aus, aber macht es nicht wieder mit dem Links-Rechts-Schema. Das ist auf diesem Parteitag Quatsch. Wir brauchen alle an Bord.

(Beifall)

Zweitens. Glaubt mal nicht, dass ihr nach Hause fahren könnt und wir die Arbeit machen. Das geht nur, wenn wir das zusammen machen. Es wird jetzt immer nach mehr Basisdemokratie gerufen. Das heißt auch: mehr Arbeit. Macht euch keine Illusionen.

(Heiterkeit und Beifall)

Ihr müsst damit rechnen, dass wir euch belästigen, liebe Genossinnen und Genossen. Als Team werden wir das gemeinsam schaffen.

Ganz zum Schluss, weil ich weiß, das Politiker – vor allen Dingen Sozialdemokraten – gerne gramebeugt von der Last ihrer Arbeit durch die Lande laufen: Ich glaube, die Leute wollen etwas anderes. Sie wollen auch Optimismus und Tatkraft. Denkt deswegen immer an ein chinesisches Sprichwort: Wer nicht lächeln kann, der soll keinen Laden aufmachen. – Lasst uns ordentlich Läden aufmachen in Deutschland.

Vielen Dank.

(Lang anhaltender und lebhafter Beifall – Die Delegierten erheben sich – Sigmar Gabriel nimmt die Gratulation von verschiedenen Delegierten entgegen)

Tut ihr mir einmal einen Gefallen? – Hört bitte auf. – Vielen Dank. Es hilft nichts: Ihr müsst noch wählen.

(Heiterkeit und Beifall)

Vielen Dank. Lasst es uns nicht übertreiben. – Das reicht. Mehr wollte ich gar nicht. Vielen Dank. Wir können weitermachen.

(Heiterkeit und Beifall)



## Wahl des Parteivorsitzenden

**Bärbel Dieckmann, Tagungspräsidium:** Lieber Sigmar, diesem Beifall ist nichts hinzuzufügen. Es war eine große, Mut machende, zukunftsorientierte Rede. Du hast es selbst gesagt: Wir müssen jetzt noch wählen.

Ich will ein paar Dinge dazu sagen: Es handelt sich um eine Einzelwahl. Es gibt keine andere Kandidatur.

Ich bitte jetzt die Mandatsprüfungskommission, die Wahlzettel für den Wahlgang zum Parteivorsitzenden auszuteilen. – Hat die Mandatsprüfungskommission damit begonnen, die Wahlzettel auszuteilen? Es wäre nett, wenn die Gänge freigemacht würden, damit die Verteiler der Stimmzettel ein bisschen Platz haben.

Ich bitte die Medienvertreter, ihre Objektive gleich bei dem Wahlgang nicht auf die Delegierten zu richten.

Wenn ihr den Wahlzettel habt: Der Wahlzettel ist nur gültig, wenn entweder „Ja“, „Nein“ oder „Enthaltung“ angekreuzt ist. Ihr nehmt bitte die Kontrollmarke 1. Sie kommt unten rechts auf den Wahlzettel.

Darf ich fragen, ob überall Wahlzettel angekommen sind? – Das ist noch bei einer ganzen Reihe nicht der Fall. Wir müssen noch einen Moment warten. – Sind jetzt überall Wahlzettel angekommen? – Jetzt haben alle Delegierten einen Stimmzettel. Ich eröffne damit den Wahlgang.

Ich wiederhole noch einmal: Der Stimmzettel ist nur gültig, wenn entweder Ja, Nein oder Enthaltung angekreuzt ist. Und bitte die Kontrollmarke 1 unten rechts auf dem Stimmzettel anbringen!

Ich bitte jetzt die Mandatsprüfungskommission, die Stimmzettel einzusammeln. Das wird einen Moment dauern.

Würden bitte diejenigen ihre Stimmzettel hochhalten, bei denen die Stimmzettel noch nicht eingesammelt worden sind! – Es sind noch einige, in der Mitte und rechts von mir.

Jetzt sind alle Stimmzettel abgegeben. Ich schließe damit den Wahlgang und bitte die Mandatsprüfungskommission, die Stimmen auszuzählen.

Lieber Michael Sommer, du hast dich bereit erklärt, jetzt dein Grußwort, deine Rede zu halten. Du weißt, dass du für uns niemals ein Lückenbüßer bist.

Lieber Michael Sommer, du hast das Wort.

(Beifall)

## Grußwort des DGB-Vorsitzenden Michael Sommer

**Michael Sommer, Bundesvorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbundes:** Liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Genossinnen und Genossen, es ist doch ganz gut, wenn ich jetzt das Grußwort halte. Ihr und ich müssen auf das Ergebnis warten. Jetzt habe ich mir hier schon was für dich aufgeschrieben, Sigmar. Ich sage mal: Für die Presse, denn die Rede ist dort bereits verteilt, gilt das jetzt schon sozusagen als danach gesprochen.

Aber dir persönlich will ich auch eines sagen: Ich glaube, nicht nur nach aber gerade auch nach deiner Rede dürfte die Position des Parteivorsitzenden für dich nicht mehr entrinnbar sein. Und weil dem so ist, wünsche ich dir nicht nur Kraft und Glück, sondern vor allen Dingen auch – und das sage ich auch als Vorsitzender einer nicht ganz kleinen Organisation –: Kein Vorsitzender kommt ohne die Solidarität und Unterstützung seiner eigenen Organisation aus. Ich wünsche dir sehr, dass du diese Solidarität und Unterstützung hast, lieber Sigmar.

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Greta Wehner, lieber Erhard Eppler, lieber Hans-Jochen Vogel: Ich bin gerne zu eurem Parteitag gekommen, und ich überbringe euch auch gerne die Grüße des Deutschen Gewerkschaftsbundes, des Bundes der Gewerkschaften, der Vertretung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Deutschland. Ich bin der Einladung gerne gefolgt, heute zu euch zu sprechen. Denn auch und gerade in schwierigen Zeiten darf der Dialog zwischen Sozialdemokratie und Gewerkschaften nicht abreißen, Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Unabhängig von der politischen Großwetterlage – ich wiederhole: unabhängig von der politischen Großwetterlage – muss gelten: Wir sprechen miteinander und wir hören einander zu. Auch das ist wichtig, Genossinnen und Genossen und Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall)

Und daran hat sich bei allen Meinungsverschiedenheiten der vergangenen Jahre nichts geändert. Daran wird sich nichts ändern. Und ich füge hinzu: Daran darf sich auch nichts ändern.

(Beifall)

Viele meiner Kolleginnen und Kollegen aus den Gewerkschaften und auch ich haben eure heutige Debatte intensiv verfolgt. Auch ich habe sehr aufmerksam die Analyse

in eurem Leitantrag gelesen. Ich denke, die Analyse in dem Leitantrag ist in weiten Teilen richtig. Ich füge hinzu: Leider ist sie in weiten Teilen richtig. In dieser Analyse heißt es, bei allen Wahlen der vergangenen Jahre habe die SPD die stärksten Einbußen bei Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern verkräften müssen. – Weiter heißt es, die Arbeitsmarktreformen hätten in weiten Teilen der Arbeitnehmerschaft Furcht vor sozialem Abstieg ausgelöst. Das ist wohl so. Ich nenne beispielhaft die Rente mit 67 und die damit verbundenen Rentenabschläge, die das eigentliche Problem sind, die Ausweitung des Niedriglohnsektors, der ausufernde Missbrauch von Leiharbeit, die nicht hinzunehmende Zunahme von prekärer Beschäftigung.

Ich erinnere aber auch an die Mehrwertsteuererhöhung, an die Steuergeschenke für Unternehmen, an die auch von Sozialdemokraten mit zu verantwortende Deregulierung der Finanzmärkte. Davon, Genossinnen und Genossen, liebe Kolleginnen und Kollegen, hat vieles Beifall in den Medien gefunden. Und natürlich ist es schick, gut in der Presse dazustehen – nicht nur in der FAZ. Natürlich ist es leichter, seiner eigenen Propaganda zu glauben, als unbequeme Kritik zum Beispiel aus den Gewerkschaften aufzunehmen. Es ist auch bequemer, die veröffentlichte Meinung für die tatsächliche Meinung der Menschen zu halten. Aber die Menschen sind nicht dumm. Sie wissen doch ganz genau, ob es ihnen besser geht oder schlechter. Und sie beurteilen sehr bewusst, welche Politik in ihrem Interesse ist und welche nicht. Sie lassen sich auch nicht ins Bockshorn jagen, nicht von Talkshows, in denen ihnen weisgemacht werden soll, dass Armutslöhne gut für das Land sind und Mindestlöhne des Teufels. Aber das glauben sie einfach nicht, und das ist auch gut so, Kolleginnen und Kollegen.

(Vereinzelt Beifall)

Die Leute lassen sich übrigens auch nicht von aufgeblasenen Wirtschaftswissenschaftlern für dumm verkaufen, die ihnen einreden wollen, dass sie besser dran wären, wenn es keinen Kündigungsschutz und keine Mitbestimmung gäbe, aber dafür sehr viel private Rente. Das glauben die denen nicht. Und sie lassen sich auch nicht von irgendwelchen Managern hinter die Laterne führen, die ihnen wortreich erklären, dass sie angeblich Millionen wert sind und noch einen Bonus bekommen müssen, damit sie bleiben oder gehen oder überhaupt arbeiten. Man weiß es ja nicht so genau.

Liebe Delegierte, nicht die Medien und auch nicht die Beratungsgurus – aus welchem Anbaugelände auch immer –, sondern die Wählerinnen und Wähler entscheiden selbst darüber, ob sie die Steuern zu hoch finden oder ob es ihnen doch wichtiger ist, einen Sozialstaat zu haben, der in der Lage ist, seine Aufgaben zu erfüllen. Auch hier gilt: Die Menschen wollen überzeugt werden. Denn sonst könnte man kaum erklären, dass auch 10 Prozent der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die in den deutschen Gewerkschaften organisiert sind, aus wahrscheinlich steuerpolitischen Gründen die

FDP gewählt haben – obwohl wir das Gegenteil gesagt haben und obwohl wir vom Gegenteil überzeugt sind. Es ist richtig, dass die Menschen es selbst erkennen und von uns überzeugt werden wollen. Deshalb rate ich uns allen, die Qualität politischer Beschlüsse nicht daran zu messen, ob diejenigen applaudieren, die darüber schreiben, und auch nicht unsere Politik danach auszurichten. Wenn ich das sage, dann glaube ich, dass das vielfach in den letzten Jahren passiert ist.

Wir müssen uns immer wieder fragen, ob die Entscheidungen gut sind für Millionen von Menschen, die davon betroffen sind, und ob die Leute bereit sind, diese Entscheidungen zu akzeptieren, oder aber sie wenigstens für notwendig halten. Diese Frage mag zwar manchmal unbequem sein, aber sie ist notwendig, wenn man Erfolg haben will. Ich füge hinzu: Es macht allemal mehr Sinn, auf den Beifall der eigenen Leute zu schielen als auf den Applaus des Gegners.

(Beifall)

Es ist doch gar nicht so schwer, zu ermitteln, was die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in diesem Land erwarten und hoffen, was für sie die Mitte ist in der Definition von Sigmar: Sie wollen gute Arbeit, sie wollen einen Lohn, von dem sie sich und ihre Familien ernähren können, sie wollen Integration und Gleichheit. Sie wollen gute Bildung und Ausbildung. Sie wollen eine auskömmliche Rente, und sie wollen, dass ihre Lebensleistung gewürdigt wird.

(Vereinzelt Beifall)

Das ist, glaube ich, entscheidend für die Menschen. Sie wollen einigermaßen sicher sein, dass sie nach Schicksalsschlägen wie Krankheit oder Entlassung nicht endgültig abstürzen. Wenn sie das mit Hartz IV und Agenda 2010 verbinden, dann müssen wir das zur Kenntnis nehmen und vielleicht auch etwas daran ändern, Kolleginnen und Kollegen.

(Vereinzelt Beifall)

Bei allen Veränderungen in Wirtschaft und Gesellschaft, bei aller Globalisierung und Modernisierung sämtlicher Lebensbereiche gibt es meines Erachtens doch eine Konstante, die sich niemals ändern wird: Die Menschen werden immer nach ihrem kleinen Glück streben. Ich betone: nach ihrem kleinen Glück! Sie wollen keinen Rückschritt, sondern sie wollen den kleinen Fortschritt. Genau das verbinden sie mit ihrer Sozialdemokratie, übrigens auch mit ihren Gewerkschaften. Das ist unsere gemeinsame Basis: dass die Menschen von uns wollen, dass wir ihren kleinen Fortschritt organisieren, Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Die Menschen wollen in Frieden leben, ja, im Innern und in der Welt. Sie wollen menschenwürdig leben, lernen, arbeiten und alt werden, sie wollen tatsächlich Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität, und dies nicht nur als Floskel im Parteiprogramm. Dafür brauchen sie starke Einheitsgewerkschaften, und dafür braucht Deutschland eine starke linke Volkspartei. Deutschland braucht eine starke SPD, Genossinnen und Genossen!

(Beifall)

Wir brauchen eine SPD, eine Sozialdemokratie, die aus sich heraus stark ist, also eine SPD, die wieder in die Lage kommt, die politische Mehrheit als Alternative zu den Konservativen und Neoliberalen zu bilden und, so füge ich hinzu, eine solche Mehrheit auch zu führen. Das ist der Anspruch und das ist die Aufgabe.

(Beifall)

In diesem Sinn wünsche ich euch Kraft, Mut, Zuversicht und für die nächsten Tage nicht nur einen guten Mut, sondern auch gute Beratungen und kluge Beschlüsse. Glückauf!

(Beifall)

**Bärbel Dieckmann, Tagungspräsidium:** Vielen Dank, Michael Sommer, für deine Worte, für deine inhaltlichen Ausführungen, aber vor allem für das Angebot der ganz engen Zusammenarbeit.

Liebe Genossinnen und Genossen, wir sind gegenüber dem vorgesehenen Ablauf etwas verspätet. Aber ich denke, es war gut, dass wir diese Diskussion hatten und gute Reden gehört haben. Wir würden euch gerne vorschlagen, dass wir die Wahlen zu den stellvertretenden Vorsitzenden, zur Generalsekretärin, der Schatzmeisterin und dem Verantwortlichen für die Europäische Union noch heute Abend durchführen.

(Vereinzelt Beifall)

Das bedeutet, dass wir erst etwa eine halbe Stunde später zum Parteiabend gehen. Ich denke, es ist trotzdem richtig. Ich spreche es hier an, weil wir euch damit auch darum bitten wollen, das mitzutragen, und damit nicht einzelne Genossinnen und Genossen gehen. Das sind wichtige Wahlen, und es wäre gut, wenn die Delegierten bei den Wahlen hier wären. Seid ihr damit einverstanden, oder gibt es erheblichen Widerspruch gegen diese Vorgehensweise? – Ich sehe keine lauten Proteste. Deshalb nehme ich an, dass das Einverständnis bedeutet. Wir führen diese Wahlgänge also noch durch.

Es werden sich jetzt die vier Kandidatinnen und Kandidaten für den stellvertretenden Vorsitz und für die Generalsekretärin vorstellen. Martin Schulz hat eben gesagt, er

brauche sich nicht mehr vorzustellen. Barbara, du machst das, glaube ich, genauso. Dann bitte ich die fünf, die sich vorstellen, sich kurz zu halten. Wir beginnen jetzt mit den Vorstellungen, bis das erste Wahlergebnis da ist. Es beginnt Hannelore Kraft.

(Beifall)

Hannelore, du hast das Wort:

## Rede Hannelore Kraft

**Hannelore Kraft, Parteivorstand:** Liebe Genossinnen und Genossen! Nach dieser Rede von Sigmar Gabriel kann man sich selbst nur einen Gefallen tun: kurz bleiben! Deshalb sage ich: Ich teile die Vision, die Sigmar hier dargestellt hat. Ich möchte bei diesem Aufbruch dabei sein. Dafür braucht man verschiedene Eigenschaften: Man muss klar sein in der Sprache. Das bin ich. Man muss mutig sein. Das bin ich. Hier geht es um strukturelle Veränderungen, hier geht es um Auseinandersetzungen, die wir in dieser Gesellschaft werden führen müssen. Man muss einen starken Willen haben. Den habe ich. Und man braucht Leidenschaft. Leidenschaft bringe ich mit. Das ist wichtig in der politischen Auseinandersetzung.

Leidenschaft bringe ich besonders für ein Feld mit, das sind unsere Kinder, unsere Jugendlichen. Mir geht es darum, dass wir eine soziale, eine gerechte Gesellschaft unter realen Bedingungen zeigen, die unseren Kindern klare Perspektiven geben. Wieder geht es dabei um Sicherheit. Es darf nicht so bleiben, dass diejenigen, die sich anstrengen – von denen wir heute schon viel gehört haben –, die Schulabschlüsse machen, die hervorragend sind, die an der Uni einen tollen Abschluss machen, von einem Praktikum ins nächste geschickt werden. Das darf nicht so bleiben, Genossinnen und Genossen. Das muss SPD-Politik sein.

(Beifall)

Es darf auch nicht sein, dass wir weiterhin zulassen, dass dieses Schulsystem von Hürden nur so gespickt ist. Das sind die Studiengebühren, aber das sind auch die Zulassungsbedingungen an unseren Hochschulen. Eines liegt mir ganz besonders am Herzen: Lasst uns als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten dafür kämpfen, dass dieser unglaubliche Druck, der da vom Kindergarten an aufgebaut wird – manche Kinder bekommen schon in der zweiten Klasse der Grundschule Nachhilfe, damit sie ja die Empfehlung für das Gymnasium kriegen –, endlich aufhört. Weg mit dem Druck in unserem Schulsystem, liebe Genossinnen und Genossen!

(Beifall)

Lasst uns auch noch einmal genau auf die Studienbedingungen schauen. Gerade streiken die Studierenden überall im Land. Ich sage: Wir sind mit ihnen solidarisch; denn so wie der Bachelor/Master umgesetzt wird, ist das nicht gut für die Entwicklung unseres Landes.

(Beifall)

Wir brauchen keine angepassten Menschen mit Kopf auf, Wissen rein und Kopf zu. Bildung, liebe Genossinnen und Genossen, ist für uns Sozialdemokratinnen und

Sozialdemokraten immer mehr als reine Wissensvermittlung. Dafür werden wir streiten müssen. Da würde ich gerne an vorderster Front mit dabei sein. Deshalb bitte ich um eure Unterstützung. – Vielen Dank.

(Beifall)

**Bärbel Dieckmann, Tagungspräsidium:** Vielen Dank, Hannelore. – Der Nächste ist Olaf Scholz



## Rede Olaf Scholz

**Olaf Scholz, Parteivorstand:** Liebe Genossinnen und Genossen!

Bei Kandidatenvorstellungen ist es meistens so, dass man ein paar biografische Daten aufzählt. Die dürften hier aber alle bekannt sein. Ein Datum will ich trotzdem nennen: Ich bin seit 1975 Mitglied der Sozialdemokratischen Partei. Ich bin in meinem 17. Lebensjahr eingetreten. Deshalb sage ich: So, wie es der Sozialdemokratischen Partei heute geht, sollte es ihr nicht gehen. Das ist eine Angelegenheit, die mir persönlich nahegeht, und ich will mich dafür einsetzen, dass es den Sozialdemokraten in Deutschland wieder besser geht, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Politische Biografien bringen es mit sich, dass man eine Reihe von Ämtern hatte, bei denen man die Gelegenheit hatte, auch etwas falsch zu machen. Ich hoffe, dass ich nun mit Anfang 50 genug Gelegenheit zu Fehlern hatte, und will deshalb das Amt des stellvertretenden Parteivorsitzenden mit all dieser Erfahrung in eurem Sinne, in unserem Sinne ausüben.

(Beifall)

Jeden von uns bewegen viele Themen. Ein Thema geht mir persönlich nicht aus dem Sinn. Es ist für mich das wichtigste Thema, das sich auch mit der Sozialdemokratischen Partei verbindet. Wir sind eine Partei, die mit der modernen Arbeit entstanden ist. Wir stehen für Arbeit, für gerechte Arbeit, für gute Arbeit und auch für die Moral und die Wertvorstellungen, die aus der Arbeit und ihren Haltungen entsteht. Deshalb ist es für uns eine Katastrophe, dass seit Anfang der 80er Jahre mehr als 1 Million Menschen jedes Jahr ohne Arbeit sind, dass sich die Langzeitarbeitslosigkeit in den letzten Jahrzehnten so verfestigt hat. Das wieder zu ändern und sich niemals mit verfestigter Massenarbeitslosigkeit abzufinden, ist für mich zentrales politisches Programm.

(Beifall)

Wir müssen den Arbeitnehmern, den Bürgerinnen und Bürgern Sicherheit bei der Arbeit geben, auch mehr als es heute mit ausufernden Praktika, befristeter Beschäftigung und Leiharbeit der Fall ist. Und wir müssen uns dafür einsetzen, dass man gut zurechtkommt, wenn man arbeitet. Das ist nicht nur eine Frage von Mindestlöhnen, sondern auch von ordentlichen Löhnen und auch eine Frage all der vielen neuen Selbstständigen in unserer Gesellschaft. Lasst uns für die Arbeit kämpfen! Das ist ein sozialdemokratisches Thema.

(Beifall)

**Bärbel Dieckmann, Tagungspräsidium:** Vielen Dank, Olaf. – Das Wort hat jetzt Manuela Schwesig für ihre Vorstellung.

## Rede Manuela Schwesig

**Manuela Schwesig, Mecklenburg-Vorpommern:** Liebe Genossinnen und Genossen! Mein Name ist Manuela Schwesig. Ich bin die Neue!

(Beifall)

Viele Freunde haben mich in den letzten Tagen gefragt: „Manuela, warum tust du dir das Himmelfahrtskommando an, in diesen Zeiten stellvertretende Parteivorsitzende zu werden?“ Ich habe ihnen gesagt und sage euch heute hier: Das ist kein Himmelfahrtskommando. Stellvertretende Parteivorsitzende in dieser stolzen Partei sein zu dürfen, ist eine großartige und wunderbare Aufgabe.

(Beifall)

Die SPD ist in unserer Gesellschaft alternativlos. Ich bin stolz, in dieser Partei zu sein, gerade heute, gerade hier und gerade in diesen schwierigen Zeiten.

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, wir sind heute mit der Wiederbelebung unserer Partei ein großes Stück vorangekommen. Wir haben eine schonungslose und offene Debatte geführt. Ich habe immer wieder die Frage gehört: Wie können wir wieder das Herz der Sozialdemokratie beleben? Aber was ist eigentlich das Herz der Sozialdemokratie? – Für mich ist es zum einen die Basis: wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten, die in den Vereinen, Verbänden, Dörfern, Städten und auch Ländern Verantwortung tragen, die vor Ort sind, die das Gespür haben, die mit dem Ohr an der Masse sind und wissen, wo der Schuh drückt. Aber dazu gehören auch unsere Grundwerte. Die Grundwerte Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit sind für mich auch das Herz der Sozialdemokratie. Diese Werte werden mehr denn je in dieser eher egoistischen Gesellschaft nachgefragt.

Die Frage nach der sozialen Gerechtigkeit ist für viele Menschen eine bedeutende Frage. Wir müssen sie mehr als bisher mit Leben erfüllen. Wir müssen wieder mehr die Lebensleistungen von Menschen anerkennen – nicht nur bei der Frage der Arbeitsversicherung und Rente. Wir müssen mehr Chancen vor allem für Kinder organisieren. Wir müssen Kinderarmut bekämpfen. Dazu gehören eine soziale Familienpolitik von der Geburt eines Kindes an bis ins hohe Alter, selbstbestimmt alt zu werden, selbstbestimmt und in Würde zu leben, und dazu gehört eine gute medizinische und pflegerische Versorgung.

(Beifall)

Viele dieser Themen brennen den Menschen unter den Nägeln. Aber bevor wir unsere besseren Antworten finden und geben, müssen wir wieder glaubwürdig werden. Wenn man glaubwürdig die Werte Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit als Partei vertreten

will, dann müssen wir sie zuallererst in unserem Inneren leben, in der Partei wieder leben. Dazu gehört, dass wir zusammenstehen und solidarisch streiten und solidarisch kämpfen. Das heißt natürlich nicht, dass wir nicht über Fehler reden dürfen. Ich habe schon so oft den Satz gehört: „Manuela, Politiker dürfen keine Schwächen eingestehen, keine Fehler eingestehen.“ Ich halte diesen Satz für Quatsch. Natürlich muss man immer wieder politische Entscheidungen hinterfragen. Wie soll unsere Gesellschaft sonst vorankommen?

(Beifall)

Oder ist irgendjemand in diesem Saal fehlerlos? Unsere Stärke von morgen ist es auch, Schwächen von gestern einzugestehen.

(Beifall)

Dazu gehört aber, dass wir uns nicht selbst zerfleischen. Das können wir uns nicht leisten, und das können wir den Bürgerinnen und Bürgern dieses Landes nicht antun. Denn in diesem Land regiert jetzt Schwarz-Gelb. Die werden dafür sorgen, dass die Schere zwischen Arm und Reich, dass die soziale Spaltung größer wird. Wir sehen es im Bereich der Gesundheit. Die medizinische Versorgung soll privatisiert werden. Herr Rösler hat offensichtlich nicht den Anspruch, dass alle anderen Kinder genauso gut zur Welt kommen können wie seine Kinder, wenn er diese medizinische Versorgung vom Geldbeutel abhängig macht.

(Beifall)

An dieser Stelle sage ich ganz klar an Herrn Rösler: Jung sein reicht nicht. Man muss auch das Herz am richtigen Fleck haben.

(Beifall)

Zur Familienpolitik reicht es eben nicht, nur für Heile-Welt-Familien Politik zu machen. Wir brauchen Familienpolitik für alle Menschen, die partnerschaftliche Verantwortung übernehmen: für Eltern mit Kindern, ob mit oder ohne Trauschein, aber vor allem auch für Alleinerziehende, für Patchworkfamilien, für Regenbogenfamilien, auch für den Single, der sich heute fragt: Was ist mit meiner pflegebedürftigen Mutter? Wie kann ich hier Beruf und Familie vereinbaren? – Dieses moderne Familienpolitikbild unterscheidet uns von der CDU und von der CSU. Ich finde es unmoralisch, dass Frau von der Leyen sagt, sie will Kinderarmut bekämpfen, und gleichzeitig mit der CSU ein Betreuungsgeld einführt, welches dazu führt, dass Kinder aus der Krippe gekauft werden, dass sie dort keine Förderung mehr bekommen.

(Beifall)

Deswegen auch von dieser Stelle ein Appell an Frau von der Leyen: Kinderarmut ist wirklich nicht das richtige Thema, sich medial zu inszenieren. Man sollte nicht nur Respekt vor den eigenen Kindern haben, sondern auch vor allen anderen, die in unserem Land leben.

(Beifall)

Ich hätte noch mehr zum Rest der Bundesregierung zu sagen. Aber für so viel Mist, wie die verzapfen, reichen die fünf Minuten nicht. Deswegen möchte ich zum Ende kommen und darum werben, dass wir uns zukünftig nicht nur zusammenraufen – das reicht nicht, liebe Freunde – sondern wieder zusammenschließen und gemeinsam für eine solidarische Gesellschaft kämpfen. Ich möchte, ehrlich gesagt, nicht mehr hören, wer mit wem noch irgendeine offene Rechnung zu begleichen hat. Ich möchte, dass wir gemeinsam für eine neue SPD stehen, gemeinsam nach vorne, in Stolz und kämpferisch.

Dafür stehe ich hier, und dafür werbe ich um euer Vertrauen. – Vielen Dank.

(Beifall)

**Bärbel Dieckmann, Tagungspräsidium:** Vielen Dank, Manuela. – Das Wort hat jetzt Klaus Wowereit.

## Rede Klaus Wowereit

**Klaus Wowereit, Berlin:** Liebe Genossinnen und Genossen! Die Zeit ist kurz, aber eines hat dieser Parteitag bislang in beeindruckender Weise gezeigt: Trotz der katastrophalen Niederlage ist diese Partei in der Lage, offen miteinander zu diskutieren. Sie ist in der Lage, nachzudenken, und sie ist auch in der Lage, gemeinsam nach vorne zu gehen, um wieder eine Stärke zu gewinnen, die für soziale Gerechtigkeit in unserer Gesellschaft notwendig ist.

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, keine Biografie, aber ein Hinweis, weil es mir wichtig ist und weil es ein Thema ist, das wir in Zukunft bearbeiten müssen: Ich würde hier nicht in dieser Funktion als Regierender Bürgermeister von Berlin stehen, wenn nicht meine Mutter sich den Buckel krummgemacht hätte, um einen Aufstiegsgedanken zu verwirklichen und zu leben, nämlich dass es ihren Kindern einmal besser gehen sollte. Sie war Arbeiterin. Sie war stolz darauf. Sie hat dafür gekämpft, dass die Kinder einen Aufstieg haben, auch wenn das ganz, ganz schwer war, liebe Genossinnen und Genossen.

Ich sage das jetzt nicht, um irgendeine Debatte über mich auszulösen, sondern als Beispiel für das, vor dem wir heute stehen. Wir müssen es schaffen, dass heute auch Generationen, die es gewohnt sind, in Arbeitslosigkeit zu leben, die es gewohnt sind, von Sozialhilfe zu leben, auch eine Chance haben, einen Mut haben, einen Aufstieg zu haben. Dies müssen wir als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten organisieren, liebe Genossinnen und Genossen. Sonst kann es nicht funktionieren.

(Beifall)

Dies gilt für deutsche Familien, aber dies gilt erst recht auch für Familien mit einem Migrationshintergrund. Auch da muss dieser Gedanke geweckt werden. Warum sind die Menschen denn aus ihren Ländern weggegangen? Sie sind doch nicht aus der Türkei oder aus anderen Ländern weggegangen, weil sie ihre Heimat nicht geliebt haben. Sie wären doch gerne dort geblieben. Sie sind weggegangen, weil sie sich bedroht fühlen, durch Krieg, durch Elend oder durch die wirtschaftliche Situation, gerade weil sie keine Perspektive mehr für ihre Kinder gesehen haben. Deshalb müssen wir doch daran appellieren, dass sie deshalb nach Deutschland gekommen sind und dass deshalb auch Migrationsfamilien eine Aufgabe haben, ihre Kinder zu fördern, damit sie eine bessere Zukunft haben. Das bedeutet in erster Linie auch, dass sie Deutsch lernen, damit sie im Bildungssystem mithalten können. Liebe Genossinnen und Genossen, auch das ist eine Erkenntnis, die wir im Bereich der Integrationspolitik haben, und auch dafür müssen wir kämpfen.

(Beifall)

Ein zweiter inhaltlicher Punkt, den man nicht lange ausführen kann, der mir heute aber auch ein bisschen zu kurz gekommen ist. Wir sind heute in Dresden. Vor mehr als 20 Jahren hätten wir hier nicht stehen können. Wir haben gerade am 9. November 20 Jahre friedliche Revolution und 20 Jahre Mauerfall gefeiert. Wir waren so glücklich am 9. November 1989, alle Menschen in Ost und in West. Wir lagen uns in den Armen. Es ist eine riesige Aufbauleistung, die in den letzten 20 Jahren erfolgt ist, durch Ost und durch West und durch die Menschen, die das erreicht haben. Dafür sollten wir gemeinsam dankbar sein.

(Beifall)

Dies haben nicht Regierungen geschafft, sondern das waren die Bürgerrechtlerinnen und Bürgerrechtler. Ich bin glücklich und stolz darauf, dass viele der Bürgerrechtler, die auf die Straße gegangen sind und ihr Leben riskiert haben, den Weg zur Sozialdemokratie gefunden haben. Die SPD hat in den letzten 20 Jahren bewiesen, dass wir für den Aufbau Ost viel getan haben, in Solidarität aller Menschen in Deutschland. Da sind die Vertreter aus Ostdeutschland auch dankbar, dass in Nord-, in West- und in Süddeutschland diese Solidarität da war, liebe Genossinnen und Genossen. Sonst hätte es nicht funktionieren können. Aber es ist auch noch viel zu tun. Deshalb nicht aus Jammerei oder um irgendwelche Hilfe zu erbetteln, sondern um deutlich zu machen, wir müssen noch alle Anstrengungen unternehmen.

Deshalb irrt Herr Ramsauer, wenn er populistisch sagt, wir müssen jetzt Autobahnen im Westen bauen. Nein, liebe Genossinnen und Genossen, das ist nicht der Ansatz. Hätte er, gesagt, wir müssen die Autobahnen dort bauen, wo sie am wichtigsten sind, dann wäre es eine richtige Politik gewesen, 20 Jahre nach der Vereinigung.

(Beifall)

Dafür steht die Sozialdemokratie, eine Politik für alle Menschen in der Republik zu machen und um gleiche Lebensverhältnisse zu schaffen. Dafür will ich mich auch einsetzen. Ich bitte um euer Vertrauen als stellvertretender Parteivorsitzender, damit wir gemeinsam die schwierige Zeit überstehen können und nach vorne schauen können. – Schönen Dank für eure Aufmerksamkeit.

(Beifall)

## Rede Andrea Nahles

**Bärbel Dieckmann, Tagungspräsidium:** Vielen Dank, Klaus Wowereit. – Das Wort hat Andrea Nahles als Kandidatin als Generalsekretärin. Sie wird etwas länger sprechen, weil sie uns ihre Vorstellungen etwas ausführlicher darstellen möchte. Andrea, du hast das Wort.

**Andrea Nahles, Parteivorstand:** Liebe Genossinnen und Genossen, wir sind zwar die älteste Partei, aber wir haben nie verlernt, neu anzufangen. Das spürt man heute hier. Hier und heute fangen wir neu an. Aber wenn wir zu einer alten Stärke zurückfinden wollen, dann dürfen wir nicht so bleiben, wie wir sind. Dann müssen wir renovieren, umbauen, und nicht nur die Fassade neu streichen. Und wer wäre besser für diese Aufgabe geeignet als die Tochter eines Maurermeisters? Die steht nämlich vor euch.

(Vereinzelt Beifall)

Ich will euch sagen, was zu tun ist. Was ist zu tun? Wir müssen Leidenschaft in die Debatte reinbringen. Und wer wäre dafür geeigneter als wir? Der SPD, den Ortsvereinsvorsitzenden, den Leuten an den Infoständen geht es nicht nur um Macht. Damit lockst du keinen Sozi an den Infostand. Die Leute wollen wissen: Wofür Macht? Sie wollen sich für die Menschen einsetzen. Sie haben Leidenschaft für die Sache, sie haben Leidenschaft für die Werte, Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität. Wir gehen nicht in die politische Auseinandersetzung, um ein paar Geschenke für Besserverdienende zu verteilen, wie es Schwarz-Gelb gerade tut. Das unterscheidet uns. Das ist unsere Leidenschaft, die Leidenschaft für die Menschen. Wenn ihr diese Woche gesehen hättet, wie Westerwelle bräsig auf der Regierungsbank saß und selbstzufrieden gelächelt hat – Frank-Walter hat es miterleben dürfen – dann wisst ihr eines. Der tut das für sich selbst. Der tut das nicht aus Leidenschaft für die Menschen oder um Schaden von den Menschen abzuwenden. Das macht den Unterschied zwischen denen und uns, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Und Leidenschaft, das bekommt ihr im Doppelpack. Ich bin aus der Vulkaneifel, und Sigmar habt ihr eben selber erlebt. Ich denke, das spricht für sich. Aber Leidenschaft, ja, das hat auch etwas damit zu tun, dass man andere Meinungen zulässt, und damit dass wir verschiedene Menschen sind. Das ist der Clou. Das muss unserer Partei gar nicht schaden. Wenn es nämlich nicht darum geht, ob wir miteinander streiten, sondern wie wir miteinander streiten, fair miteinander streiten. Ich sage euch: Ich glaube, es ist gut, wenn die SPD eine Frau als Generalsekretärin bekommt. Basta und Testosteron hatten wir in den letzten Jahren genug.

(Beifall und Heiterkeit)

Genossinnen und Genossen, wir sind die Partei der sozialen Gerechtigkeit. Soziale Gerechtigkeit ist nicht irgendein Leitsatz der SPD. Soziale Gerechtigkeit ist das Fundament unserer politischen Arbeit. Wir wissen, in unserem Land geht es nicht immer nur gerecht zu. Manche behaupten, das sei der Preis von Fortschritt. Aber das ist nicht unser Verständnis von Fortschritt. Erfolgreiche Wirtschaftspolitik und soziale Gerechtigkeit stehen eben nicht gegeneinander. Lassen wir uns an dieser Stelle – Sigmar hat das ausgeführt – nicht auseinanderdividieren. Wir haben auch in Hamburg mit unserem Programm eine Grundlage gelegt. Ich sage: Fortschritt, das heißt für Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten immer: mehr Gerechtigkeit. Das ist dann sozialdemokratischer Fortschritt, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Lieber Michael, zu dem, was das Verhältnis zu den Gewerkschaften angeht, möchte ich auch als zukünftige Generalsekretärin, sofern ich das Vertrauen hierfür bekomme, etwas sagen. Wir sind keine Schicksalsgemeinschaft mehr. Das waren wir früher, der politische und der betriebliche Arm der Arbeiterbewegung. Das sind wir heute nicht mehr. Manchmal leiden wir noch ein bisschen darunter, habe ich manchmal das Gefühl. Aber die SPD ist keine Gewerkschaftspartei, und die Gewerkschaften sind keine Parteiengewerkschaften. Aber wir können doch immer noch eine Wertegemeinschaft sein. Wir können unsere Arbeit doch immer noch auf gemeinsamen Überzeugungen fußen lassen. Und wenn wir uns in einzelnen Meinungen dann unterscheiden, ist das kein Beinbruch.

Wenn wir weiterhin dafür streiten, dass die Demokratie nicht am Werktor haltmacht, dass wir auch Bürgerinnen sind, wenn wir Arbeitnehmerinnen sind, wenn wir also für Arbeitnehmerrechte und für gerechte Löhne kämpfen, dann sind wir eine Wertegemeinschaft. Darauf wollen wir unsere Arbeit in Zukunft bauen.

(Beifall)

Ich werde morgen im Rahmen der Antragskommission noch mehr dazu sagen, was wir als Mitgliedspartei und als Volkspartei leisten müssen. Lasst mich nur ein paar Sätze dazu sagen. Wenn wir für das, was Sigmar heute politisch ins Feld geführt hat, nämlich für den Kampf um die Deutungshoheit, Schlagkraft gewinnen wollen, dann müssen wir unsere eigene Organisation stärken. Da geht es nicht darum, ob wir die richtige Agentur aussuchen für die nächsten Wahlkämpfe, sondern es geht darum, dass unsere eigenen Leute wieder überzeugt davon sind, dass es sich lohnt, wieder offensiv mit ihren Nachbarn, mit ihren Kollegen für unsere Sache einzutreten. Ich will nicht, dass mir Betriebsräte sagen: Wir kriegen die Hucke voll, wenn wir Werbung für die SPD in den Betrieben machen.



Ich glaube, wir müssen uns selbst wieder kampagnenfähiger machen, indem wir selber wieder überzeugter sind. Wir sind die besten Kampagnenmacher. Wir haben dazu noch den Vorteil, dass wir es ehrenamtlich machen. Das wollen wir vom Willy-Brandt-Haus aus unterstützen.

(Beifall)

Ich will euch einen Indikator dafür nennen, dass unsere Partei lebendiger wird. Das ist die Frage, ob es uns in den nächsten Jahren gelingt, mehr junge Frauen wieder für die Arbeit in unserer Partei zu begeistern. Ich kenne viele junge Frauen, die trotz Kind und Karriere mitmachen wollen, aber nicht in Hinterzimmern. Da müssen wir durchlüften. Ich will eine Partei, die nicht nur nach Pfeife, Zigarillo und Zigarre riecht, sondern ruhig auch einmal ein bisschen nach Jil Sander. Das wäre gar nicht so schlecht, um mehr junge Leute und vor allem junge Frauen in unserer Partei zu integrieren.

(Beifall)

Ich denke, wir sollten an dieser Stelle auch die jungen Menschen ansprechen, die sich vor allem im Netz bewegen. Ich sage Euch: Es geht nicht um AWO-Treffen oder Facebook-Profile. Wir müssen beides machen. Wir müssen in die Vereine und ins Netz. Nur dann werden wir in Zukunft erfolgreich sein, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Ich denke, dass Franz Müntefering und Sigmar recht hatten, als sie gesagt haben, dass wir um unsere Demokratie kämpfen müssen. Wir haben keine 100 Millionen Euro von Gesamtmetall bekommen, die wir in die Initiative „Neue Soziale Marktwirtschaft“ investieren. Aber wir haben gemeinsame Werte mit Kirchen, mit Gewerkschaften und mit ganz vielen gesamtgesellschaftlichen Organisationen. Wir haben die Friedrich-Ebert-Stiftung, wir haben andere, die unsere Werte teilen. Deswegen sollten wir auch darauf setzen. Es ist nicht immer nur eine Frage des Geldes. Wir müssen uns verbünden und Allianzen bilden, um dieser neoliberalen Hegemonie auch etwas Organisationspolitisches entgegen zu setzen. Auch darin sehe ich meine Aufgabe, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Franz hat recht: Opposition ist Mist. Aber ich komme vom Lande. Wir vom Lande wissen: Mist ist ein guter Dünger. Meine Eltern haben einen großen Misthaufen, und da wachsen die größten Kürbisse in der ganzen Eifel. Was ich damit sagen will, ist: Aus Mist kann Neues wachsen und gedeihen. Also machen wir das Beste aus dem Mist! Darum muss es gehen.

(Beifall)

Opposition ist eine wirklich gute Aufgabe für uns, die wir annehmen. Wir werden eine gute Opposition werden. Und wer gute Opposition macht, das ist der, der demnächst wieder regieren wird. In Nordrhein-Westfalen fangen wir damit an. – Vielen Dank.

(Beifall)

## Rede Barbara Hendricks

**Bärbel Dieckmann, Tagungspräsidium:** Vielen Dank, Andrea. Jetzt hat unsere Schatzmeisterin Barbara Hendricks – ich denke, sie ist auch die zukünftige Schatzmeisterin – das Wort.

**Barbara Hendricks, Schatzmeisterin:** Liebe Genossinnen und Genossen! Das Ergebnis der Bundestagswahl hat vielfältige Auswirkungen – übrigens auch finanzielle. Bedauerlicherweise haben wir mit Mindereinnahmen von 3,5 Millionen Euro umzugehen: 2,5 Millionen Euro zulasten des Parteivorstandes und 1 Million Euro zulasten der Landesverbände und Bezirke. Das ist ärgerlich und bitter. Aber das haut uns nicht um. Wir sind nämlich solide aufgestellt.

Die staatliche Teilfinanzierung ist natürlich eine wichtige Einnahmequelle für die SPD, aber die Beiträge unserer Mitglieder und auch die Beiträge unserer Mandatsträger sind und bleiben die wichtigsten Finanzierungsquellen für unsere Kampagnefähigkeit. Unter anderem deswegen müssen wir natürlich auch daran interessiert sein, immer wieder neue Mitglieder zu gewinnen. Aber das ist natürlich nicht der einzige Grund. Es geht selbstverständlich um mehr.

Wir brauchen eine starke Partei in der Fläche. Wir brauchen engagierte und motivierte Genossinnen und Genossen, die helfen, den Auftrag, wie er in Art. 21 des Grundgesetzes beschrieben ist, zu erfüllen. Dort heißt es: „Die Parteien wirken bei der politischen Willensbildung des Volkes mit.“ Das können nur Menschen in Parteien, nur Menschen, die an den politischen Debatten teilnehmen und die Mühen des politischen Diskurses auf sich nehmen.

Um diesem Anspruch auch zukünftig gerecht zu werden, müssen wir die nächsten Jahre als Chance zur organisationspolitischen Umgestaltung nutzen. Das ist auch im Leitantrag, der morgen beraten wird, angelegt. Wir müssen parteiinterne Strukturen und Prozesse kritisch hinterfragen und – wo nötig – offen über Alternativen nachdenken. Dabei geht es nicht nur einfach darum, möglichst viel Geld zu sparen. Das Ergebnis der Organisationsstrukturreform muss vielmehr ein Höchstmaß an Effektivität sein. Ich will als Schatzmeisterin im Dialog mit den Gliederungen unserer Partei meinen Beitrag dazu leisten.

Während Union und FDP geradezu überhäuft werden mit Großspenden aus der Wirtschaft, in Zeiten der Finanzkrise nicht zuletzt aus dem Bereich der Finanzwirtschaft, generieren wir einen wichtigen Teil unserer Einnahmen aus unternehmerischer Tätigkeit selbst. Ich habe euch den Rechenschaftsbericht der DDVG auf die Tische legen lassen. Ausgerechnet die Sozis, wird sich manch einer bei Schwarz und Gelb denken. Klar, dass denen unser unternehmerischer Erfolg ein Dorn im Auge ist.

Herr Westerwelle sagte vor einiger Zeit im Deutschlandfunk: Wer nicht einmal in den fettesten Jahren ohne Schulden auskommt, wie soll man dem zutrauen, dass er in mageren Jahren einigermaßen vernünftige Finanzpolitik macht? Da kann ich nur eines sagen: Während die FDP seit Jahren Millionen Schulden vor sich herschiebt, ist die SPD schuldenfrei – hinweg über fette und weniger fette Jahre.

(Beifall)

Ich sage bei jeder Gelegenheit stolz: Wir – unsere Finanzminister und auch unsere Schatzmeisterin – beweisen, dass die Sozis mit Geld umgehen können.

(Beifall)

Natürlich ist mir klar: Die kommenden Jahre werden finanziell sicher nicht zu den fettesten Jahren gehören. Aber das kriegen wir hin.

Ich werde auch gerne den Vorschlag aufgreifen, der heute von einem Genossen aus Hessen-Nord gemacht worden ist, nämlich unsere Beitragstabelle zu überarbeiten. Das habe ich mir vorgenommen. Es wird bis zum nächsten Parteitag eine neue Vorlage geben. – Herzlichen Dank.

(Beifall)

**Bärbel Dieckmann, Tagungspräsidium:** Danke, Barbara. – Jetzt Martin Schulz als Kandidat für den Verantwortlichen für die Europäische Union beim Parteivorstand. Martin, Du hast das Wort.

## Rede Martin Schulz

**Martin Schulz, Parteivorstand:** Liebe Genossinnen und Genossen! Die SPD hat eine neue Position geschaffen durch eine Satzungsänderung. Im Präsidium der Partei soll sich jemand verantwortlich um die Angelegenheiten der Europäischen Union kümmern. Ich bewerbe mich um dieses Amt. Ich möchte euch drei Gründe nennen, warum ich glaube, dass dieses Amt wichtig ist.

Alles, was Sigmar Gabriel in seiner Rede gesagt hat, alles, was Andrea Nahles eben in ihren Ausführungen hier dargelegt hat, alles, was die Manuela Schwesig, Olaf Scholz, Hannelore Kraft und Klaus Wowereit hier vorgetragen haben, alle Fragen der Innenpolitik, die die soziale Gerechtigkeit betreffen, alle Fragen der Innenpolitik, die die Kontrolle der Finanzmärkte berühren, alle Fragen, die die Sicherheit am Arbeitsplatz betreffen, die Bewältigung des Klimawandels, die Arbeitnehmerrechte in multinationalen Konzernen, den Ausbau der Mitbestimmung, egal, welches Thema wir heute diskutiert haben: Es ist alles nationale Politik und zugleich europäische Politik.

Wenn wir nicht den europäischen Sozialstaat schaffen, dann bedroht die EU, so, wie sie heute ist, den Sozialstaat auf der nationalen Ebene. Deshalb ist es gut, dass die SPD eine Position für jemanden schafft, der sich mit der Entwicklung der EU, die in eine falsche Richtung geht, befasst. Das ist der Grund, warum ich um euer Vertrauen für diese Position bitte.

(Vereinzelt Beifall)

Zweitens, Genossinnen und Genossen. Die SPD ist eine internationale Partei! Ich will den Satz zitieren, den Sigmar Gabriel in Anlehnung an Willy Brandt und seine Regierungserklärung von 1969 gesagt hat: Wir wollen ein Volk der guten Nachbarn sein, nach innen und nach außen. – Ein Volk der guten Nachbarn nach außen heißt: Solidarität der reichen Staaten. Und wir sind immer noch ein reiches Land. Wir sind ein reicher Kontinent und solidarisch mit den Regionen dieser Erde, die von Hunger, Armut und Bürgerkrieg heimgesucht sind.

Auch das ist eine Aufgabe der EU: in der internationalen Politik nicht als globale Wirtschaftsmacht alleine, sondern vor allen Dingen als Friedensmacht aufzutreten. Für das steht die Sozialdemokratische Partei Deutschlands wie keine andere Partei in Europa.

(Vereinzelt Beifall)

Zum Dritten, Genossinnen und Genossen. Internationale Solidarität heißt auch: Stärkung internationaler Institutionen.

Wir haben mit dem Lissaboner Vertrag, der jetzt in Kraft tritt, die Chance, Europa ein Stück demokratischer zu machen. Dafür braucht es endlich auch Wahlerfolge. Es kann nicht sein, dass wir uns damit abfinden, dass wir die Europapolitik nicht so ernst nehmen wie die anderen Politikfelder. Ja, ich bin dafür, dass wir ein Kommunalgremium beim Parteivorstand schaffen. Ich war elf Jahre lang Bürgermeister einer rheinischen Stadt.

Kommunalpolitik ist wichtig, die Landespolitik ist wichtig, die Bundespolitik ist wichtig, aber wir haben am 7. Juni wieder einmal eine Europawahl verloren, weil wir bis dato keinen Beauftragten für die EU-Politik im Präsidium hatten. Das ändern wir jetzt.

Vielen Dank.

(Beifall)

**Bärbel Dieckmann, Tagungspräsidium** Vielen Dank, Martin. – Damit ist die Vorstellungsrunde beendet.

Es liegt das Wahlergebnis zur Wahl des Vorsitzenden der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands vor. Ich bitte die Vorsitzende der Mandatsprüfungskommission um ihren Bericht.

## Wahlergebnis des Parteivorsitzenden

**Ruth Barthels, Vorsitzende der Mandatsprüfungs- und Zählkommission:** Liebe Genossinnen und Genossen, ich habe die große Ehre und das Vergnügen, euch das Ergebnis der Wahl des Vorsitzenden bekannt zu geben: Es wurden 503 Stimmen abgegeben; davon waren 501 gültig. Mit Ja haben 472 gestimmt, mit Nein 18, Enthaltungen 11.

(Beifall)

Das bedeutet: 94,2 Prozent. Herzlichen Glückwunsch, lieber Sigmar.

(Anhaltender Beifall – Die Delegierten erheben sich)

**Garrelt Duin, Tagungspräsidium:** Lieber Sigmar, eine Frage bleibt offen: Nimmst Du die Wahl an?

**Sigmar Gabriel, Parteivorsitzender:** Ja, ich nehme die Wahl an und danke für das große Vertrauen.

(Beifall)

**Garrelt Duin, Tagungspräsidium:** Herzlichen Glückwunsch unserem neuen Parteivorsitzenden, Sigmar Gabriel.

## **Wahl der stellvertretenden Vorsitzenden, der Generalsekretärin, der Schatzmeisterin und des Verantwortlichen beim Parteivorstand für die EU**

**Bärbel Dieckmann, Tagungspräsidium:** Liebe Genossinnen und Genossen, wir kommen jetzt zu den weiteren Wahlen. Es geht um die vier stellvertretenden Vorsitzenden, um die Generalsekretärin, um die Schatzmeisterin und um den Verantwortlichen beim Parteivorstand für die Europäische Union.

Wir werden dies jetzt in einem Wahlverfahren machen. Ich erkläre das noch einmal:

Ihr werdet für die Wahl der vier Stellvertreter einen grünen Stimmzettel bekommen. Es geht dabei nicht um eine Listenwahl, sondern um eine verbundene Einzelwahl. Das heißt, es muss bei jedem der vier Kandidaten/Kandidatinnen entweder mit „Ja“, mit „Nein“ oder mit „Enthaltung“ gestimmt werden. Es ist die Kontrollmarke 2.

Für die Wahl des Generalsekretärs/der Generalsekretärin ist es dann der blaue Stimmzettel – ebenfalls „Ja“, „Nein“ oder „Enthaltung“ – und die Kontrollmarke 3. Ich sage es auch gleich noch einmal.

Bei der Wahl der Schatzmeisterin ist es ein heller Lilaton. Auch dort wird mit „Ja“, „Nein“ oder „Enthaltung“ gestimmt. Es ist die Kontrollmarke 4.

Bei der Wahl des Beauftragten für die EU ist es der gelbe Zettel.

Die Mandatsprüfungskommission wird jetzt die Stimmzettel austeilen. Ich bitte noch einmal sehr darum, dass die Journalisten den Wahlvorgang nicht filmen. Es ist eine geheime Wahl. Wenn alle Delegierten die vier Zettel bekommen haben, dann gehe ich die Kontrollmarken noch einmal der Reihe nach durch, damit da kein Fehler gemacht wird. Es wird jetzt einen Moment länger dauern, aber ich denke, es ist insgesamt doch das effektivste und schnellste Verfahren. – Danke.

Ich bitte euch noch einmal, die Kontrollmarke noch nicht aufzukleben. Wenn gleich alle den Stimmzettel haben, dann sage ich es euch noch einmal, weil die Stimmzettel jetzt wohl in unterschiedlicher Reihenfolge verteilt wurden. Ich sage gleich also noch einmal, wo welche Kontrollmarke verwendet wird.

Darf ich einmal fragen, wo noch keine Stimmzettel sind? Haben alle einen Stimmzettel bekommen? – Dann fangen wir an.



Ich wiederhole es noch einmal: Der grüne Stimmzettel ist für die Wahl der stellvertretenden Vorsitzenden. Es ist eine verbundene Einzelwahl. Kreuzt also bitte bei jedem Namen „Ja“, „Nein“ oder „Enthaltung“ an. Es ist die Kontrollmarke 2.

Für den blauen Stimmzettel – die Wahl zur Generalsekretärin – ist es die Kontrollmarke 3.

Für die Wahl zur Schatzmeisterin – der lilafarbene Stimmzettel – ist es die Kontrollmarke 4.

Und der gelbe Stimmzettel für die Wahl des Beauftragten für die Europäische Union hat die Kontrollmarke 5.

Ich bitte die Mandatsprüfungskommission jetzt darum, die Stimmzettel einzusammeln. Es werden alle vier Stimmzettel gleichzeitig eingesammelt.

Liebe Genossinnen und Genossen, ich bitte diejenigen ihre Stimmzettel hochzuhalten, bei denen der Stimmzettel noch nicht eingesammelt worden ist. – Da ist noch jemand.

Jetzt sehe ich niemanden mehr, bei dem der Stimmzettel noch nicht eingesammelt wurde, dann ist der Wahlgang damit geschlossen.

Ich bitte noch ganz kurz um eure Aufmerksamkeit. Wir möchten gerne das Stimmresultat gleich noch bekannt geben. Es wäre schön, liebe Genossinnen und Genossen, wenn das noch abgewartet würde.

Zweitens ein organisatorischer Hinweis: Die Tische werden abgeräumt, alle Dinge, die auf euren Stühlen liegen, bleiben auf den Stühlen. Das heißt, wer etwas hierlassen will, bitte auf den Stuhl legen, nicht auf dem Tisch liegen lassen.

Drittens. Die Antragskommission trifft sich in einer Viertelstunde im Erlweinsaal. Es gibt dazu noch ein Paket mit Änderungsanträgen, die hier abgeholt werden können.

Ich unterbreche jetzt den Parteitag, bis die Wahlergebnisse vorliegen. Vielen Dank für die Aufmerksamkeit und eure große Konzentration.

Der Parteiabend fängt später an. Niemand verpasst also etwas, wenn er das Ergebnis noch hier abwartet.

(Unterbrechung von 20.07 bis 21.04 Uhr)

**Bärbel Dieckmann, Tagungspräsidium:** Liebe Genossinnen und Genossen, zuerst einmal vielen Dank, dass ihr alle gewartet habt. Danke auch an die Medien, die alle hiergeblieben sind. Die Ergebnisse liegen jetzt vor. Ich bitte die Sprecherin der Mandatsprüfungskommission, vorzutragen.

**Ruth Barthels, Mandatsprüfungs- und Zählkommission** Liebe Genossinnen und Genossen, ein langer Tag geht zu Ende. Ich gebe euch jetzt der Ergebnisse zur Wahl der stellvertretenden Vorsitzenden bekannt:

Hannelore Kraft: Es wurden 509 gültige Stimmen ermittelt. Davon waren 459 Jastimmen. Das bedeutet eine Zustimmung von 90,2 Prozent der abgegebenen Stimmen. Herzlichen Glückwunsch!

(Beifall)

Für Olaf Scholz wurden 509 abgegebene gültige Stimmen ermittelt. Davon waren 436 Jastimmen. Das bedeutet eine Zustimmung von 85,7 Prozent der abgegebenen Stimmen. Herzlichen Glückwunsch!

(Beifall)

Für Manuela Schwesig wurden ebenfalls 507 gültige Stimmen abgegeben. Davon waren 445 Jastimmen. Das bedeutet eine Zustimmung von 87,8 Prozent. Herzlichen Glückwunsch!

(Beifall)

Klaus Wowereit: 508 gültige Stimmen, davon 455 Jastimmen. Das bedeutet eine Zustimmung von 89,6 Prozent. Herzlichen Glückwunsch!

(Beifall)

Als nächstes möchte ich euch das Ergebnis zur Wahl der Generalsekretärin bekannt geben: 512 Stimmen wurden abgegeben, 510 waren davon gültig. Mit Ja haben gestimmt 355. Das bedeutet eine Zustimmung von 69,6 Prozent der abgegebenen Stimmen. Herzlichen Glückwunsch, Andrea!

(Beifall)

Jetzt komme ich zur Wahl der Schatzmeisterin. Auch hier wurden 512 Stimmen abgegeben, 508 davon waren gültig. Mit Ja haben gestimmt 458. Das bedeutet eine Zustimmung von 90,2 Prozent der abgegebenen Stimmen. Herzlichen Glückwunsch!

(Beifall)

Und last, but not least die Wahl des Verantwortlichen für die Europäische Union im Vorstand: Martin Schulz. Es wurden abgegeben 512 Stimmen, davon waren 505 Stimmen gültig. Mit Ja haben gestimmt 422. Das bedeutet eine Zustimmung von 83,6 Prozent der abgegebenen Stimmen. Herzlichen Glückwunsch.

(Beifall)

Vielen Dank.

**Bärbel Dieckmann, Tagungspräsidium:** Vielen herzlichen Dank. Liebe Genossinnen und Genossen, ich kann euch nicht ersparen, fragen zu müssen, ob ihr die Wahl annehmen wollt.

Hannelore Kraft, nimmst du die Wahl an?

**Hannelore Kraft, Parteivorstand:** Ja. Ich nehme die Wahl sehr gerne an.

**Bärbel Dieckmann, Tagungspräsidium:** Olaf Scholz?

**Olaf Scholz, Parteivorstand:** Ja.

**Bärbel Dieckmann, Tagungspräsidium:** Manuela Schwesig?

**Manuela Schwesig, Mecklenburg-Vorpommern:** Ja.

**Bärbel Dieckmann, Tagungspräsidium:** Klaus Wowereit?

**Klaus Wowereit, Berlin:** Ja.

**Bärbel Dieckmann, Tagungspräsidium:** Andrea Nahles?

**Andrea Nahles, stellvertretende Vorsitzende:** Ja.

**Bärbel Dieckmann, Tagungspräsidium:** Barbara Hendricks?

**Barbara Hendricks, Schatzmeisterin:** Ja, und danke für das Vertrauen!

**Bärbel Dieckmann, Tagungspräsidium:** Und Martin Schulz?

**Martin Schulz, Parteivorstand:** Jawohl.

**Bärbel Dieckmann, Tagungspräsidium:** Ich wünsche allen alles Gute! Herzlichen Glückwunsch. Wir sehen uns gleich wieder beim Parteiabend.

(Unterbrechung: 21.10 Uhr)

**Samstag 14. November 2009, Beginn 9:24 Uhr**

**Doris Ahnen, Tagungspräsidium:** Liebe Genossinnen und Genossen! Verehrte Gäste! Wir möchten gerne unseren Parteitag fortsetzen. Ich begrüße Sie und euch alle ganz herzlich. Ich hoffe, ihr hattet alle einen schönen Parteabend und wir können jetzt gestärkt unsere Arbeit fortsetzen.

Eine schöne Tradition am Morgen eines Parteitages ist es, unseren Geburtstagskindern zu gratulieren. Wir freuen uns ganz besonders, heute Bernd Lange und Ties Rabe gratulieren zu können. Herzlichen Glückwunsch zum Geburtstag!

(Beifall)

Wir haben noch eine unter uns, die gestern Geburtstag hatte und vergessen worden ist. Einen besonders herzlichen Glückwunsch an Hiltrud Lotze!

(Beifall)

## Beratung Resolution und Initiativantrag zur Situation bei Opel

Liebe Genossinnen und Genossen, das Thema Opel hat gestern hier schon mehrfach eine Rolle gespielt. Dieser Parteitag findet in einer besonders entscheidenden und wichtigen Zeit statt. Deswegen liegt euch eine Resolution zu diesem Thema vor. In diese Resolution wird uns jetzt Kurt Beck gerne einführen. Kurt, du hast das Wort!

(Anhaltender Beifall)

**Kurt Beck, Rheinland-Pfalz:** Guten Morgen, liebe Genossinnen und Genossen! Lasst uns, liebe Genossinnen und Genossen, heute Morgen in dem guten Gefühl der gestern wieder neu gewonnenen Kraft und in diesem Gemeinschaftsgefühl der Solidarität bewusst an diejenigen wenden, die gerade in besonderer Weise der Solidarität in unserem Land bedürfen. Ich spreche von unseren Kolleginnen und Kollegen bei Opel, aber auch bei allen anderen Betrieben, die derzeit in Schwierigkeiten sind und deren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer voller Sorgen sind.

(Beifall)

Das, was wir bei General Motors erlebt haben, war eine ganz besonders schlimme Erfahrung. Dort ist über Jahre und Jahrzehnte hinweg an den Interessen der arbeitenden Menschen vorbei gewirtschaftet worden. Man hat das Unternehmen fast zugrunde gerichtet. Als dann die Politik und vor allen Dingen die IG Metall und die Betriebsräte miteinander um die Standorte in Deutschland, um die Arbeitsplätze gekämpft haben, hat man sich scheinbar auf einen Zukunftsweg für Opel geeinigt, um dann nach der Bundestagswahl im allerletzten Moment wieder alles zu zerschlagen, was an neuen Hoffnungen entstanden war. Dies war ein schäbiges Stück Kapitalismus, liebe Freundinnen und Freunde!

(Beifall)

Es war auch kein besonderes Glanzstück, das der frühere Bundeswirtschaftsminister abgeliefert hat mit seiner persönlichen Profilbildung über eine nachdrückliche Vertretung dessen, was wir gemeinsam als Bundesregierung und als Länder mit Opel-Standorten vereinbart hatten, was mit den Arbeitnehmern, mit dem Unternehmen und mit möglichen Übernehmern besprochen war. Wenn der Bundeswirtschaftsminister konsequenter mit den Absprachen umgegangen wäre, hätten wir heute vielleicht eine bessere Lage, liebe Freundinnen und Freunde.

(Beifall)

Bitte lasst mich hinzufügen: Ich finde, wir haben auch allen Grund, die europäische Politik in diesem Zusammenhang zu diskutieren. Wenn eine europäische

Wettbewerbskommissarin darauf achtet, dass zwischen Opel-Standorten in Europa kein unlauterer Wettbewerb stattfindet, dann ist dies in Ordnung, dann entspringt dies auch unserer Grundüberzeugung gemeinsamer Positionierung in Europa. Wenn aber am Ende diese Wettbewerbskommissarin gegenüber einem Unternehmen, das in Amerika voll vom Staat finanziert ist, die europäischen Unternehmer in den Nachteil versetzt, dann müssen diese Positionen überprüft werden, liebe Freundinnen und Freunde.

(Beifall)

Wir haben jetzt die Situation, dass die Verantwortlichen bei General Motors, abgestützt auf amerikanisches Staatsgeld, die Ansätze für eine neue Lösung zerschlagen haben. Wir erwarten aber – das muss mit aller Deutlichkeit auch von diesem Parteitag wie von jeder verantwortlichen Versammlung ausgehen –, dass jetzt schnellstmöglich neue Antworten formuliert werden und die Menschen nicht nach jahrelanger Unsicherheit wieder auf Dauer in Unsicherheit gehalten werden.

(Beifall)

Man muss vermuten, dass vieles von dem, was die ganze Zeit in dieser Unsicherheitsphase Ausdruck fand, Unternehmenspolitik ist: Menschen verunsichern, um Druck ausüben zu können. Die Tatsache, dass einen Tag, nachdem man das Magna-Konzept zerschlagen hatte, eine Sprecherin von General Motors vor die Öffentlichkeit geht und den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, die zwei Tage zuvor erklärt haben „Wir sind bereit, auf 265 Millionen Euro im Jahr zu verzichten, um unsere Arbeitsplätze zu retten“, gleich mit Insolvenz droht, ist schon ein Schurkenstück, liebe Genossinnen und Genossen!

(Beifall)

Ich hoffe, dass die neue Bundesregierung dabei bleibt und dass wir als Opel-Standortländer ebenfalls zusammenbleiben, gemeinsam mit der IG Metall, gemeinsam mit den Betriebsräten klare Forderungen an General Motors zu stellen.

Das, was ich jetzt dazu ausführe, drückt auch die Resolution aus, die wir euch zur Beschlussfassung vorgelegt haben.

Erster Punkt: Wir erwarten von General Motors ein Konzept, das für Opel Europa eine hohe Selbstständigkeit mit beinhaltet, das entsprechende Investitionen in Forschung und Entwicklung beinhaltet, damit dort zukunftssträchtige Autos gebaut werden können, die Elektroantriebe, Hybridantriebe und energiesparende saubere Abgasleistungen im Mittelpunkt der Entwicklungen haben. Wir erwarten, dass das so organisiert ist und mit dem notwendigen Geld ausgestattet wird, dass daraus über Jahr und Tag ein konkurrenzfähiges Unternehmen entsteht.

(Beifall)

Zum Zweiten: Wir haben allen Grund, aufgrund der Diskussionen, die geführt worden sind, und der früheren Zusagen in aller Unvermissverständlichkeit zu verlangen: Es darf im Zusammenhang mit der Umstrukturierung von Opel keine betriebsbedingten Kündigungen geben! Die Menschen haben es nicht verdient, dass man sie da im Unklaren lässt.

(Beifall)

Zum Dritten, liebe Genossinnen und Genossen: Wir werden uns als Opel-Standorte in Deutschland nicht auseinanderdividieren lassen. Uns sind Eisenach, Bochum, Rüsselsheim und Kaiserslautern jeweils gleich viel wert. Wir erwarten, dass – wie es im Magna-Konzept der Fall war – die Standorte in einem neuen Konzept auch für die Zukunft gesichert werden.

(Beifall)

Darum wollen und werden wir kämpfen. Dazu erwarten wir so schnell wie möglich von General Motors ein Konzept.

Liebe Genossinnen und Genossen, dann, wenn ein schlüssiges Konzept vorliegt, sind wir auch bereit, darüber zu reden, dass wir mit staatlichen Mitteln wieder helfen. Aber in der Reihenfolge:

Erst ein Konzept, erst klare Positionen, und dann die Gespräche und Verhandlungen über Steuergeld, liebe Freundinnen und Freunde.

(Beifall)

Gestattet mir eine letzte Bemerkung. Dieser Kampf um Opel, dieser Kampf um die Arbeitsplätze hat erneut gezeigt, wie wichtig es ist, dass wir in Deutschland Gewerkschaften und Betriebsräte haben, die für ihre Unternehmen im Interesse der Arbeitsplätze handlungsfähig und handlungsbereit sind. Ich fordere diejenigen, die Westerwelles, und wie immer sie heißen mögen, auf, mit ihrem dummen, abwertenden Gerede über Gewerkschaften und Betriebsräte aufzuhören. Ohne die hätten wir jetzt schon keine Opel-Standorte in Deutschland mehr, und viele andere Betriebe auch nicht.

(Beifall)

In diesem Sinne, liebe Genossinnen und Genossen: Lasst uns von diesem Parteitag nicht nur in dem guten Gefühl weggehen, dass wir füreinander, für die Idee der Sozialdemokratie einen guten neuen Anfang gefunden haben, nicht zuletzt, lieber Sigmar, auch durch deine hervorragende Rede am gestrigen Tag, die ja auch entsprechend bestätigt worden ist, sondern auch, weil wir hier spüren: Wir brauchen den Schulterschluss mit allen, die für ein gerechtes, erfolgreiches und soziales Deutschland arbeiten und kämpfen wollen. Deshalb gelten unser Gruß und unsere Solidarität all denjenigen,

die von dieser Wirtschaftskrise, die von anderen als den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern angerichtet worden ist, unser Gruß, die jetzt in Sorge und Angst um ihre Arbeitsplätze sind. Wir versprechen, dass das, was in unserer Macht steht, getan wird, um ihnen zur Seite zu stehen.

In diesem Sinne: Beschließt bitte diese Resolution!

(Anhaltender Beifall)

**Doris Ahnen, Tagungspräsidium:** Lieber Kurt, dir herzlichen Dank für die klaren Worte. Ich denke, du hast am Applaus gemerkt: Auch noch für ein bisschen mehr.

(Beifall)

Liebe Delegierte, wenn ihr damit einverstanden sein könntet, würden wir in diesem Kontext auch gleich den Initiativantrag 3, „Für den Erhalt von zukunftsfähigen Standorten und Arbeitsplätzen bei Opel“, der euch vorliegt, mit aufrufen und würden euch gerne um Zustimmung zu diesem Antrag bitten. Wer dem zustimmen kann, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Ist jemand dagegen? – Enthält sich jemand? – Eine Enthaltung habe ich gesehen. Also, wenn der Parteitag so weitergeht, wird alles gut. Herzlichen Dank für eure Zustimmung.



## Wahl der weiteren Mitglieder des Parteivorstandes

Wir würden dann in der Tagesordnung fortfahren und würden uns als Nächstes der Wahl der weiteren Mitglieder des Parteivorstandes zuwenden. Ich darf euch in diesem Kontext darauf hinweisen, dass es Veränderungen bei den Kandidaturen gibt, die ich euch jetzt noch einmal kurz vorstellen will und deswegen um eure Aufmerksamkeit bitte.

Im Wege eines gültigen Initiativvorschlags kandidiert zusätzlich Ansgar Dittmar aus Hessen-Süd. Er ist Bundesvorsitzender der Schwusos. Ihre Kandidatur für den Parteivorstand zurückgezogen haben Susanne Kastner und Wolfgang Tiefensee.

Ich weiß nicht, inwieweit euch das schon bekannt ist. Ich gehe davon aus, dass das jetzt keine Unterbrechung der Beratung notwendig macht, es sei denn, es würde jetzt jemand dem widersprechen oder würde das ausdrücklich fordern. Das sehe ich aber nicht. Dann könnten wir zur Wahl der weiteren Mitglieder des Parteivorstandes kommen.

An euch wird gleich ein Wahlzettel ausgeteilt, der wie folgt aussieht. Ich darf euch noch einmal auf folgende Punkte bezüglich der Wahl hinweisen.

Der Parteivorstand besteht aus insgesamt bis zu 45 Mitgliedern. Das Sitzungspräsidium würde euch gerne empfehlen, wie in der Vergangenheit auch die Zahl von 45 zu wählen. Findet das eure Zustimmung? Ich frage umgekehrt: Spricht jemand dagegen? Wenn das nicht der Fall ist, dann sind nach Abzug der bereits stattgefundenen Einzelwahlen zum Parteivorstand noch 37 Beisitzer zu wählen.

Im ersten Wahlgang ist gewählt, wer mehr als die Hälfte der abgegebenen gültigen Stimmen hat. Ihr wisst, bei der Wahl der Beisitzer handelt es sich um eine Listenwahl, also um ein anderes Verfahren als bei den bis dahin stattgefundenen Wahlgängen. Das heißt, die Stimmzettel sind nur gültig, wenn höchstens so viele Kandidatinnen und Kandidaten angekreuzt werden, wie insgesamt zu wählen sind, und wenn mindestens die Hälfte der Zahl der zu Wählenden aus der Vorschlagsliste angekreuzt ist. Das heißt in Zahlen: Mindestens 19, höchstens 37 Kandidatinnen und Kandidaten.

Neinstimmen und Enthaltungen machen den Stimmzettel ungültig.

Ihr wisst, dass der Parteivorstand insgesamt quotiert sein muss. Bei einer Gesamtzahl von 45 Mitgliedern bedeutet dies, dass jeweils mindestens 18 Frauen und Männer zu wählen sind. Vier sind jeweils schon gewählt. Auch darauf will ich noch einmal hinweisen.

Aus meiner Sicht könnten dann jetzt die Stimmzettel für die Wahl der Beisitzerinnen und Beisitzer zum Parteivorstand verteilt werden.

Dann braucht ihr sicherlich ein bisschen Zeit, um den Zettel auszufüllen. Ich darf schon darauf hinweisen, dass ihr dann den Wahlzettel mit der Kontrollnummer 6 versehen möget.

Haben jetzt alle einen Stimmzettel? – Ich glaube, jetzt haben alle einen Stimmzettel. Dann bitte noch einmal: Kontrollnummer 6. Damit eröffnen wir den Wahlgang.

Weil ich gefragt werde, sage ich es gerne nochmals: mindestens 19 und höchstens 37 Kandidatinnen und Kandidaten. Ich möchte außerdem darauf hinweisen, dass beim Wählen bitte nicht fotografiert und gefilmt wird. Die Delegierten möchten ihr Wahlrecht ungestört ausüben können.

Ich glaube, inzwischen haben alle ihre Stimmzettel ausgefüllt. – Keiner widerspricht. Dann bitte ich, dass die Zettel eingesammelt werden.

Eine Bitte an die Delegierten: Bitte bleibt im Saal. Denn: Wenn die Stimmzettel eingesammelt sind, freuen wir uns auf die Rede von Frank-Walter Steinmeier.

Sind alle Stimmzettel eingesammelt? – Offensichtlich ist das der Fall. Dann schließe ich den Wahlgang. Ich freue mich jetzt sehr auf die Rede unseres Fraktionsvorsitzenden im Bundestag, Frank-Walter Steinmeier.

(Beifall)

## Rede des Fraktionsvorsitzenden im Bundestag

**Frank-Walter Steinmeier, Fraktionsvorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion:** Liebe Genossinnen und Genossen! Der gestrige Abend war lang. Das haben wir uns verdient. Ich freue mich, dass die Reihen schon wieder dicht geschlossen sind und dass ich fröhliche Gesichter sehe.

Ich weiß nicht, wie es euch gegangen ist: Als ich mich am Donnerstag auf den Weg nach Dresden gemacht habe, habe ich dies mit gemischten Gefühlen getan. Aber ich bin seit gestern für unsere Partei wieder sehr viel zuversichtlicher als vor 48 Stunden. Diese Partei hat gezeigt, dass sie lebendig ist.

(Beifall)

Es ist wahr: Der 7. Juni und vor allem der 27. September waren bittere Tage für unsere Partei. Aber entscheidend ist doch, liebe Genossinnen und Genossen: Diese Tage waren nicht das letzte Wort über die SPD. Wir lassen uns nicht kleinkriegen. Das ist die gute Botschaft dieses Parteitags. Wir gehen an die Arbeit. Es wird viel Arbeit sein. Aber wir gehen aufrecht, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Wir gehen aufrecht nach 11 Jahren Regierung, nun in der Opposition. Wir wissen, dass eine Partei, die nicht zu ihrer Geschichte steht, auch keine Zukunft gewinnen kann. Das heißt natürlich Bereitschaft zu einer ehrlichen, offenen und fairen Diskussion. Diese Bereitschaft haben wir, und wir diskutieren. Dabei vergessen wir nicht, dass wir dieses Land aus dem schwarz-gelben Muff der 90er Jahre geholt haben, dass wir dieses Land geöffnet haben und dass wir dieses Land nach vorne gebracht haben. Wir haben die Wirklichkeit nie ignoriert, wir haben die Menschen niemals eingelullt. Wir haben gekämpft. Ich erinnere mich: manchmal stellvertretend für die Gesellschaft, manchmal auch stellvertretend für andere, die nicht den Mut zur Wahrheit und zu Entscheidungen hatten.

Wir haben auch in diesem Jahr gekämpft, über den ganzen Sommer hinweg. Ich war überall in der Republik. Ich war mit euch unterwegs und habe euren Einsatz gesehen. Ich habe eure grenzenlose Unterstützung gespürt. Das hat mich getragen, das hat mich immer wieder ermutigt. Deshalb – und trotz des Ergebnisses – einen ganz, ganz herzlichen Dank für euren Einsatz.

(Beifall)

In diesem Wahlkampf, aber auch auf diesem Parteitag habe ich gesehen: In dieser Partei steckt – das unterschätzen andere – eine ganz große Kraft. Das sozialdemokratische Herz schlägt. Es schlägt in den Ortsvereinen, es schlägt bei den Jusos, bei den Älteren,

bei 60 plus, bei der Initiative „Erfahrung packt an!“. Und es hat in diesem Sommer ganz gewaltig geschlagen bei den jungen Teams, die unermüdlich auf den Straßen und auf den Plätzen unterwegs waren. Lasst uns diese tollen jungen Leute auf der Strecke nicht wieder verlieren. Sie sind stolz auf das, was sie tun. Sie sind stolz auf diese Partei. Fühlt euch eingeladen, liebe junge Leute, die nächste Strecke mit uns zu gehen.

(Beifall)

Vor uns liegt eine spannende Zeit, vor uns liegt eine schwere Zeit. Wir haben keine geringere Aufgabe als die SPD neu zu erfinden, die Kraft zur Besinnung zu entwickeln, und das ohne Rechthaberei und ohne Hochmut. Wir brauchen Zukunftsdebatten, die uns wieder attraktiv machen, gerade auch in den Bereichen der Gesellschaft, in denen wir das nicht mehr sind.

Neugier entwickeln, hingehen, zuhören: Ich bin mir sicher, so wird die SPD wieder stärker, und dann können und dann werden wir auch wieder Wahlen gewinnen. Liebe Hannelore, der Mai in Nordrhein-Westfalen: Das ist unser nächstes Ziel.

(Beifall)

Es gibt Grund zur Hoffnung, liebe Genossinnen und Genossen: Tausende neue Mitglieder sind im September und im Oktober zu uns gekommen. Das sind Mitglieder, die jetzt keine einfache und keine schnelle Karriere suchen. Der Schritt, jetzt einzutreten, ist ein politisches Bekenntnis. Diese Leute, die jetzt eintreten, sie wissen, dass dieses Land, Deutschland, ohne eine starke Kraft der sozialen Balance leidet. Sie wollen, dass die SPD in Deutschland wieder stark wird. Liebe Genossinnen und Genossen, wir dürfen diese Menschen nicht enttäuschen. Gehen wir an die Arbeit, schauen wir jetzt auch nach vorne. Wir dürfen den anderen, diesen Schwarz-Gelben, in den nächsten Wochen keine Ruhe lassen.

(Beifall)

Deutschland braucht eine starke SPD, Deutschland braucht eine starke Opposition, weil diese Regierung ohne Kurs und ohne Verantwortung ist. Diese Regierung hat keine Zukunftsidee. Im Gegenteil – das ist jetzt schon sichtbar –: Schwarz-Gelb ist auf dem Rückmarsch in die Vergangenheit mit den gescheiterten Konzepten von gestern. Darum, liebe Genossinnen und Genossen, werden wir Sozialdemokraten eine Gegenmacht sein und Druck organisieren: mit einer harten Opposition im Parlament, in der ganzen Gesellschaft. Das ist jetzt unsere Aufgabe. Die sind im Schlafwagen an die Macht gekommen, liebe Genossinnen und Genossen, aber der Rheingold-Express ist an der Endstation.

(Beifall)

Schauen wir auf diese Koalition. Liebe Genossinnen und Genossen, ich habe selbst dreimal an Koalitionsverhandlungen teilgenommen: 1998, 2002 und 2005. Das, was die da in einer sogenannten Koalitionsvereinbarung aufgeschrieben haben, hätte niemand von uns gewagt, an die Öffentlichkeit zu bringen. Die Presse hätte uns das zu Recht um die Ohren gehauen.

Da zeigt sich: Die, die sich da schon seit Monaten als das Traumpaar der deutschen Politik bezeichnet haben, waren möglicherweise auf alles vorbereitet – aufs Verteilen von Posten und Pöstchen –, nur auf eines waren sie nicht vorbereitet, liebe Genossinnen und Genossen: Aufs Regieren waren die nicht vorbereitet. Und das ist das, was ich unverantwortlich nenne, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Dieser Koalitionsvertrag ist ein einziges Dokument der Vertagung und Verunsicherung. Vor der Nordrhein-Westfalen-Wahl im Mai wird im Augenblick jedenfalls noch gut Wetter vorgegaukelt. Danach kommt das, was notwendig und unweigerlich ist. Das Ergebnis dieser Koalition wird sein, liebe Genossinnen und Genossen: Wer viel hat, der darf auch mehr behalten. Die große Mehrheit der Menschen in Deutschland wird in die Röhre gucken. Schwarz-Gelb wird die soziale Spaltung in diesem Lande vertiefen statt zu bekämpfen. Dazu werden auch Sozialdemokraten gebraucht. Das müssen wir jeden Tag anprangern, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Vertagung und Verunsicherung: Unzählige Kommissionen haben sie eingerichtet. Und noch mehr Prüfaufträge. Alle schwierigen Entscheidungen werden vertagt, und das Wichtige wird vernebelt.

Das erste Gesetz, das die jetzt vorgelegt haben, nennen die „Wachstumsbeschleunigungsgesetz“. Es ist genau das Gegenteil. In Wahrheit ist das, was die da machen, ein Zukunftsverhinderungsgesetz. Schwarz-Gelb verteilt durch dieses Gesetz Geschenke im Umfang von Milliarden an Steuerberater, Erben, Ärzte, große Hotelketten. Das sind Geschenke, die auf Pump finanziert sind. Bis 2013 müssen wir allein 3,9 Milliarden Euro mehr Zinsen zahlen. Das Geld wird für Forschung und für Investitionen in diesem Land und in die Zukunft fehlen. Es gilt, das klarzumachen. So entsteht eben kein Wachstum. So macht Schwarz-Gelb die Zukunft kaputt. Das dürfen wir nicht zulassen. Da ist harte Opposition erforderlich, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Bis vor ein paar Wochen war das alles doch noch ganz klar. Wir sind in der tiefsten Krise der Nachkriegszeit. Wir sind da noch längst nicht durch. Das dicke Ende auf

dem Arbeitsmarkt kommt ja noch. Statt eben das zu tun, was zum Schutz der Menschen und der Arbeitsplätze jetzt notwendig ist, haben die aber nichts Besseres zu tun, als Steuergeschenke auf Pump zu finanzieren.

Wir sind das in der Regierung anders angegangen, liebe Freunde. Olaf Scholz hat die Kurzarbeit verlängert: 1,4 Millionen Menschen, die in der Kurzarbeit und nicht arbeitslos sind. Aber das reicht nicht. Der Druck auf dem Arbeitsmarkt steigt. Das ist jetzt schon zu sehen: steigende Arbeitslosigkeit bei den Jungen unter 25 Jahren und bei den Älteren über 50 Jahren. Die Kurzarbeit muss noch einmal verlängert werden. Aber das wird nicht reichen.

Deshalb bringt die SPD-Bundestagsfraktion jetzt einen Gesetzentwurf zur geförderten Altersteilzeit ein. Wir wollen eine Beschäftigungsbrücke zwischen den Generationen. Ältere scheiden aus, und Jüngere landen, wenn der Vorschlag durchgesetzt werden kann, eben nicht auf der Straße, sondern sie bekommen ihre faire Chance auf den Einstieg. Das sind Hoffnungszeichen, die wir jetzt in der Krise brauchen, liebe Genossinnen und Genossen. Das ist Politik für die Zukunft dieses Landes, und dafür kämpfen wir auch weiterhin – auch in der Opposition.

(Beifall)

Union und FDP lehnen das ab. Sie sagen: kein Geld für so etwas. Das Geld fehlt eben. Sie haben es für Steuerberater, Erben, Ärzte, Hotelketten ausgegeben. Das ist der Zynismus von Schwarz-Gelb. Aber nicht nur das. Das ist auch ökonomische Geisterfahrrerei.

Wo kommt das Geld am Ende denn an? Die Leute werden, wenn da jetzt Hoteliers gefördert werden, deshalb doch nicht mehr in Hotels gehen, als im eigenen Bett zu schlafen. Diejenigen, die es als Erben, Ärzte oder Steuerberater bekommen, werden morgen doch nicht ein Brot mehr kaufen, sondern die werden das anlegen, die werden das auf die Bank tragen, die werden das in Fonds stecken und die werden die Finanzmärkte bedienen. Es ist doch kein Wunder, dass gestern selbst die „Welt“ schrieb, dass das Börsenkasino wieder eröffnet ist und dass wir auf die nächste Spekulationsblase zusteuern.

Das alles, liebe Leute, passiert, bevor wir die Folgen der letzten Krise bearbeitet haben. Die Verursacher der Krise sind bisher ungeschoren davongekommen.

In der Koalitionsvereinbarung findet sich kein Wort über die Finanzmarktsteuer. Ich weiß nicht, ob ihr Frau Merkel bei der Regierungserklärung – oder das, was sie Regierungserklärung nennt – zugehört habt. Sie hat dort gesagt – ich zitiere es –, sie würde sich international an einer Börsenumsatzsteuer „beteiligen“.

Was heißt das, liebe Genossinnen und Genossen? Das heißt: Zustimmung, weil Ablehnung gesichert ist. – Und das ist Heuchelei. Damit werden die Falschen geschont.

(Beifall)

Das ist ein Verzicht auf Einnahmen, die wir dringend brauchen.

Wir fordern ein Ja zur internationalen Finanzmarktsteuer und, wenn sie nicht kommt, zur nationalen Börsenumsatzsteuer. Wir brauchen beides, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Wenn man auf das Treiben dieser Koalition in den ersten Wochen und Tagen ihrer Regierungszeit schaut, dann hat man doch den Eindruck: Da werden Schulden gemacht wie im Rausch. Da scheinen alle Dämme gebrochen zu sein. Westerwelle, der uns bis gestern und vorgestern noch erklärt hat, die Schulden von heute sind die Steuererhöhungen von morgen, hat alles vergessen. Er ist nicht mehr der Sparer, als der er sich noch im Wahlkampf dargestellt hat, sondern die FDP gehört jetzt zu den Schuldenmachern der Nation. Das ist Mutation in Lichtgeschwindigkeit. Dieser Rollenwechsel, dieser Positionswechsel, den sie da hinlegen, ist wirklich atemberaubend.

(Beifall)

Aber ich rede hier ja nicht über Fragen der politischen Ästhetik. Das ist auch mehr als Rhetorik. Das, was da jetzt gemacht wird, diese Steuergeschenke auf Pump – 24 Milliarden sollen ja noch kommen –, haben Folgen. Das wird tiefe Löcher reißen, und zwar nicht nur in die Haushalte des Bundes, auch in die von Ländern, auch in die von Kommunen. Das trifft dann eben nicht nur die Banken. Das trifft auch nicht nur die Topverdiener, sondern die Folgen werden die Mehrheit der Menschen treffen. Es wird ausgerechnet die treffen, die auf Hilfe, auch auf staatliche Hilfe angewiesen sind. Das heißt dann im Klartext, wenn wir über Schuldenmachen in dieser Größenordnung und auf Pump reden, für die einfachen Leute am Ende: höhere Kitabeträge, weniger neue Ganztagschulen, weniger Jugendsozialarbeit, Kürzung bei den Bibliotheken, bei den Sportvereinen und bei den Seniorennachmittagen.

Warum sage ich das? Viele von euch tragen doch Verantwortung in den Städten und Gemeinden. Schon ohne Steuersenkung fehlen ihnen durch Einnahmeausfälle wegen der Wirtschaftskrise 8 Milliarden Steuereinnahmen. Viele Kommunen, viele Städte und Gemeinden stehen jetzt schon mit dem Rücken zur Wand. Und jetzt nimmt ihnen Schwarz-Gelb auch noch das letzte Hemd. Weniger Einkommenssteuer, Infragestellung der Gewerbesteuer, Wegfall des Mehrwertsteuerprivilegs für kommunale Betriebe: Liebe Freunde, ich sage das in großem Ernst: Die Kommunen sind in Gefahr. Und

von der Demontage kommunaler Selbstverwaltung spreche nicht nur ich, davon spricht auch die Oberbürgermeisterin von Frankfurt. Ich sage: Willkommen in der Opposition, Frau Roth! Hier sind Sie richtig.

(Beifall)

Wir haben das in den letzten Jahren bewiesen. Nicht irgendeine der anderen Parteien, sondern die SPD ist Kommunalpartei in Deutschland. Wir haben zu Jahresanfang das kommunale Investitionsprogramm zustande gebracht. Alle Spielräume, die wir für die Kommunen erkämpft haben in den letzten Jahren, machen Union und FDP wieder kaputt. Ich sage euch: Das, was wir als SPD in der Regierung begonnen haben, müssen wir jetzt leider in der Opposition fortsetzen. Aber es ist notwendig. Wir müssen weiterarbeiten an dem breiten Bündnis für handlungsfähige Kommunen, mit den Ländern, im Schulterschluss mit den Bürgermeistern und Oberbürgermeistern, mit den Landesregierungen, mit unseren Oppositionsfraktionen. So bauen wir eine Opposition, die Schwarz-Gelb mit ihrer falschen Klientelpolitik gegen die Kommunen, gegen die Städte und Gemeinden unter Druck setzt. Das ist notwendig, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Einen weiteren Schwerpunkt, das ist unumgänglich, werden wir in der Familienpolitik setzen müssen. Auch hier, liebe Leute, ist Schwarz-Gelb auf dem schnellen Rückmarsch in die 90er Jahre. Missversteht mich nicht: Ich verstehe, dass sich die Menschen in Deutschland freuen, wenn mehr Geld für Familien versprochen wird. Aber, liebe Freunde, der oberste Grundsatz muss doch lauten: Jedes Kind ist uns gleich viel wert. Und was macht Schwarz-Gelb? Was ist die Folge des Gesetzesvorschlages, der eingereicht wurde? Das bedeutet – und darauf müssen wir hinweisen – für die Verkäuferin 240 Euro mehr im Jahr, und die Besserverdienenden, liebe Leute, bekommen fast das Doppelte, nämlich 443 Euro mehr im Jahr. So treibt die Koalition die Schere zwischen reichen und armen Familien weiter auseinander. Ich sage: Das ist nicht gerecht, das ist falsche Politik, und die müssen wir als Sozialdemokraten bekämpfen, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Aber selbst das ist noch zu kurz gedacht. Die ganze Wahrheit ist noch besorgnis-erregender. Das Füllhorn, das sie im Augenblick ausschütten, können sie in der Tat nicht zweimal ausschütten. Wer Kinderfreibetrag und Kindergeld in einem Zug erhöht, der muss doch aus unserer Sicht auch sagen, was das für Betreuung in diesem Land bedeutet. Und da werden Frau Merkel und Herr Westerwelle ganz schmallippig: keine Spur von einem Gesamtkonzept. Wir – niemand anders – haben in den letzten zehn



Jahren dafür gesorgt, dass die Weichen in der Familienpolitik neu gestellt werden: mehr Betreuung, mehr Ganztagsbetreuung, bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Was die jetzt vorhaben, ist nicht mehr und nicht weniger als ein Salto rückwärts, liebe Genossinnen und Genossen. Aber das sagen sie den Eltern nicht. Sie sagen den Eltern nicht, was der Preis für die Großzügigkeit von heute ist und dass sie das Geld nicht zweimal ausgeben können. Das heißt am Ende doch, dass der Ausbau der Betreuung, der so dringend notwendig ist, zum Halten kommt. Das hilft berufstätigen Eltern überhaupt nicht. Wir wissen doch, dass moderne Familienpolitik nur da sein kann, wo Eltern ihren Lebensunterhalt wirklich selbst verdienen können. Das ist moderne Familienpolitik, und die verrät Schwarz-Gelb gleich doppelt. Ich weiß, wir haben auf Parteitagern viel über die sogenannte Herdprämie geredet. Ich rede aber viel lieber über die Fernhalteprämie. Denn der Skandal ist doch, dass wir staatliches Geld ausgeben, falsche Anreize geben, damit Kinder, die mit anderen zusammen lernen sollen, von solchen Einrichtungen auch noch ferngehalten werden. Das ist die falsche Politik. Das dürfen wir nicht zulassen. Das müssen wir hart kritisieren.

(Beifall)

Um das gleich anzuschließen: Für diese falsche Politik kritisieren wir Schwarz-Gelb im Bund. Aber wir sollten es nicht dabei belassen. Denn die Steuergesetze wie das sogenannte Wachstumsbeschleunigungsgesetz werden auch im Bundesrat beraten. Lasst uns auch einmal auf die CDU-regierten Länder schauen. Keine schwarz-gelbe Regierung, liebe Leute, die dieses Gesetz im Bundesrat mitträgt und damit auf Steuereinnahmen verzichtet, kann anschließend ihre Hände in Unschuld waschen und sagen, dass kein Geld für Kindergärten da ist. Wir entlassen sie nicht aus ihrer Verantwortung. Wir haben die Eltern auf unserer Seite. Deshalb müssen wir an dieser Stelle angreifen, noch härter als an anderen.

(Beifall)

Die Politik der Spaltung, die auch in der Familienpolitik angelegt ist, wird aus meiner Sicht aber nirgendwo deutlicher als in der Gesundheitspolitik. Wir haben in der Regierung als SPD dafür gesorgt, dass das gute Solidarprinzip im Gesundheitswesen nicht angetastet wird. Das heißt, dass in Deutschland jeder Zugang zu medizinischen Leistungen hat, dass Menschen in diesem Land für Menschen eintreten, dass Kosten solidarisch getragen werden. Dieses Prinzip, das uns stark gemacht hat in den letzten Jahren, wofür wir in der Welt anerkannt sind, was sich andere abschauen, liebe Freunde, wird Schwarz-Gelb zum Kippen bringen. Was anderes nämlich passiert mit dem Einfrieren der Arbeitgeberbeiträge zur Krankenversicherung?

Was ist die Folge? Alle Risiken von Kostensteigerungen im Gesundheitswesen, stammen sie nun aus Ärztehonoraren, stammen sie aus steigenden Arzneimittelpreisen

oder kommen sie von neuen Behandlungsmethoden, werden in Zukunft einseitig den Versicherten, den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, auferlegt. Das ist nichts anderes – lasst uns das auch öffentlich so sagen – als der Ausstieg aus der Solidarität. Das betrifft 70 Millionen Versicherte und vor allem auch die Rentnerinnen und Rentner in Deutschland. Da soll sich keiner täuschen.

(Beifall)

Aber Entsolidarisierung planen sie nicht nur zwischen den Beitragszahlern, sondern Entsolidarisierung planen sie auch zwischen den Kassen. Auch wenn das bei der Lektüre des Koalitionsvertrages vielleicht noch nicht alle so richtig gemerkt haben: Was ist das eigentlich Ziel, wenn sie über den Gesundheitsfonds reden? Sie wollen über den Gesundheitsfonds an den Finanzausgleich zwischen den armen und den reichen Kassen ran. Am Ende und kurz gesprochen ist das gut für Bayern, aber schlecht für den Osten. Denn was bedeutet eine solche Änderung für die strukturschwachen Regionen insgesamt? Dass dort die Beiträge nach oben schießen. Am Ende wird das bedeuten: weniger Leistung und vor allem weniger Ärzte im Osten.

Das passt ins Bild: Der Aufbau Ost wird von Schwarz-Gelb gerade beerdigt. Kein einziger ostdeutscher Minister ist mehr im Kabinett. Sie versenken die Aufgabe „Aufbau Ost“ im Innenministerium, als sei Aufbau Ost neuerdings zu einem Problem der inneren Sicherheit geworden. Der neue Verkehrsminister Ramsauer sagt zum 20. Jahrestag des Mauerfalls: Schluss mit Aufbau Ost, jetzt ist der arme Süden dran. Das ist auf den ersten Blick nur eine der Frechheiten von Ramsauer, viel wichtiger aber ist, liebe Freunde, dass hinter dieser Äußerung von Ramsauer Methode steckt. Diese Methode heißt im Koalitionsvertrag: Regionalisierung. Schaut da mal genauer hin: Die fordern regionale Hebesetze bei der Erbschaftsteuer, die fordern Regionalisierung bei der Krankenversicherung, und alles immer mit derselben Konsequenz: Die reichen Regionen werden reicher und die anderen, im Osten, im Norden, in den ländlichen Regionen, gucken in die Röhre.

Schwarz-Gelb spaltet Deutschland in arme und reiche Regionen. Nichts mehr von der Einheitlichkeit der Lebensverhältnisse, die Frau Merkel noch am Tag der Deutschen Einheit und am Jahrestag des Mauerfalls im Munde geführt hat. Das geht in die falsche Richtung. Diese falsche Politik müssen wir verhindern, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Am verheerendsten aber ist es in der Arbeitsmarktpolitik. Das, was da angelegt ist und was man in der Aussprache zur Regierungserklärung vom Arbeitsminister dazu öffentlich gehört hat, wird dazu führen, dass dieses Land dauerhaft entzweit wird: in die Menschen, die von ihrer Arbeit leben können, und die anderen, die mit Billig- und

Hungerlöhnen abgespeist werden. Schwarz-Gelb bricht mit einem ganz wichtigen Grundprinzip unserer Gesellschaft. Das ist unser Grundprinzip, und es heißt: Wer den ganzen Tag arbeitet, der muss auch von seinem Lohn leben können.

(Beifall)

Dieses Prinzip, liebe Leute, wird infrage gestellt oder geknickt, und zwar wieder mit einem Trick in der Koalitionsvereinbarung: Dort steht, sittenwidrige Löhne sollten verboten werden. – Was ist das für eine Heldentat? Sittenwidrige Löhne sind schon heute unzulässig. Das wissen die genau. Das Entscheidende ist doch: Wer, wie jetzt in diesem Koalitionsvertrag, die Schwelle zu den illegalen Löhnen so niedrig zieht, der erteilt am Ende Stundenlöhnen von 4 Euro und weniger den Segen. Arbeit muss sich lohnen, das haben sie im Wahlkampf plakatiert – ein Wahlversprechen, das sie schamlos brechen. Was ist das für ein Leistungsbegriff, und was ist das für ein Menschenbild, wenn Eltern ihren Kindern sagen müssen: Ich war den ganzen Tag, ich war die ganze Woche, ich war den ganzen Monat arbeiten, aber am Monatsende muss ich doch zum Sozialamt? Das ist entwürdigend. Das führt zur Altersarmut von morgen. Das ist der falsche Weg. Unsere Antwort bleibt die richtige: Wir brauchen Mindestlöhne. Dafür werden wir kämpfen, auch in der Opposition.

(Beifall)

Schon jetzt ist abzusehen: Schwarz-Gelb bedeutet Schuldenpolitik im Blindflug, Entsolidarisierung in der Gesundheit, Ausspielen der Regionen gegeneinander, Ausbluten der Kommunen, aber gleichzeitig vollmundige Steuersenkungen auf Pump. Diese Regierung macht das Gleiche wie mancher Banker vor der Krise: Spekulationen, Luftbuchungen, abenteuerliche Wachstumsprognose und haltlose Kreditaufnahme. Das werden wir in härtester Form kritisieren. Das werden wir nicht durchgehen lassen, nicht im Deutschen Bundestag und nicht in der deutschen Öffentlichkeit, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Mein Anspruch für die Opposition ist: Wir müssen nicht nur zeigen, welches Unglück Schwarz-Gelb ist, wir müssen auch zeigen, dass wir es besser können. Wir können es besser. Wir haben Konzepte, die weit besser sind als das, was uns Schwarz-Gelb im Koalitionsvertrag hingelegt hat. Wir wollen Wachstum, das nachhaltig ist. Wir wollen Wachstum, das sozial gerecht ist. Wir wollen Wachstum, das ökologisch tragfähig ist. Wir wollen gezielt Märkte von morgen erschließen, mit Technologien, die Energie einsparen, die mit erneuerbaren Energien Rohstoffe schonen. Und wir sagen, liebe Genossinnen und Genossen: Es muss beim Ausstieg aus der Atomkraft bleiben, weil Atomkraft nicht verantwortbar ist.

(Beifall)

Wir arbeiten an einer Industriepolitik, damit Deutschland zum Ausrüster der Welt für das Zeitalter des Klimaschutzes wird. Da müssen wir investieren: keine Klientelgeschenke, sondern in Zukunft investieren – mit einer zu Ende gedachten, machbaren Strategie.

Und wir arbeiten am Ausbau von Gesundheit und Pflege. Denn der demografische Wandel ist doch nicht eine Last. Er ist Glück für die Menschen, für uns alle, weil wir länger leben, und es ist eine Riesenchance für Beschäftigung.

In diesen Feldern, liebe Freunde, entsteht die Arbeit von morgen. Ich will, dass wir diese Ansätze mit neuen Ideen zusammenführen in einem Konzept „Innovation und Arbeit – Zukunft der Arbeit“, an dem die Fraktion gemeinsam mit der Partei arbeiten wird. Wir wollen zeigen: Die SPD ist und sie bleibt die Partei der Arbeit. Das werden wir auch in der Opposition erkennbar machen, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Ins Zentrum dieser Strategie für sichere und zukunftsfähige Arbeitsplätze gehören Bildung und Integration. Ich will keine verlorene Generation der Schulabbrecher. Ich will nicht, dass wir in fünf, sechs Jahren zweierlei haben: auf der einen Seite hohe Arbeitslosigkeit, auf der anderen Seite steigenden Fachkräftemangel. Auch darum brauchen wir mehr Bildung. Sozialer Aufstieg – Franz hat gestern darüber gesprochen – heißt für die allermeisten heute, erst einmal einen sozialen Einstieg zu finden.

Das bedeutet, dass wir vielen Kindern in vielen Stadtteilen helfen – Kindern, die Sprachtrainer, Förderlehrer und Sozialarbeit brauchen. Wir müssen mehr Chancen durch Bafög schaffen. Ich bin davon überzeugt: Wir werden sozialen Aufstieg und vor allen Dingen sozialen Einstieg nur organisieren können, wenn wir die Türen auf den Bildungslaufbahnen weit aufmachen, wenn wir die sozialen Hürden dort, wo sie bestehen, beseitigen. Dafür, liebe Genossinnen und Genossen – das bleibt weiterhin wahr –, gibt es nur einen einzigen Weg – Sigmar hat es gestern gesagt –: Weg mit den Gebühren von der Kita bis zur Universität! So sichern wir Zukunft! Anders geht es nicht.

(Beifall)

Ganz zum Schluss, liebe Genossinnen und Genossen: Auch weiterhin bleibt es dabei: Wir werden gebraucht, weil Globalisierung gestaltet werden muss. Wir müssen das mit alten Verbündeten, mit neuen und aufstrebenden Partnern in der Welt tun. Wir haben damit Erfahrung. Gemeinsam mit Peer und Heidemarie haben wir das getan. Uns war es nie egal, wie es an anderen Orten dieser Welt aussieht, wie es den Menschen dort geht, ob diese Menschen eine Chance zum Überleben haben. Glaubt denn wirklich jemand, das ginge so weiter mit einer Partei, die noch vor zwei Monaten das

Entwicklungsministerium für überflüssig gehalten hat und deshalb konsequenterweise mit Dirk Niebel besetzt hat? Die schleichen sich aus der Verantwortung weltweit! Auch das dürfen wir nicht zulassen, liebe Genossinnen und Genossen!

(Beifall)

Ein letztes Wort: Wir wollen die Einigung Europas als politisches Projekt und nicht bloß als Basar, auf dem täglich und wöchentlich um Fördermittel gefeilscht wird. Viele Entscheidungen fallen in Brüssel und nicht mehr in Berlin; das ist eine Binsenweisheit. Aber der Beitrag von Kurt hat eben am Fall Opel noch einmal gezeigt, wie hautnah, wie alltäglich, wie wichtig dies für uns ist. Alle anderen Länder in Europa haben gelernt, dass das wichtig ist, dass dort wichtige Entscheidungen getroffen werden. Deshalb schicken die ihre Besten. – Wir schicken Oettinger. Liebe Genossinnen und Genossen, das ist doch unglaublich!

(Beifall)

Martin Schulz kann es euch berichten, darüber wird in Brüssel und Straßburg gesprochen. Es ist doch unglaublich, dass die CDU einen Politiker als Kommissar nach Brüssel schickt, der mit Europa in der Vergangenheit nichts zu tun hatte, der damit nichts anzufangen weiß, als Abschiebeposten, weil er zu Hause in der CDU eher stört. So kann man mit Europa nicht umgehen! Das ist ein schlimmer Fehler! Das müssen wir laut und deutlich sagen.

(Beifall)

Liebe Freunde, Opposition im Deutschen Bundestag ist nicht die Rolle, für die wir uns beworben haben. Aber es ist die Rolle, die wir annehmen müssen. Ich verspreche euch: Wir werden eine harte, eine kritische, eine kämpferische Opposition sein. Wir wollen und werden nicht einfach zuschauen, wie Deutschland in die Vergangenheit zurückfällt, in epochalen Entscheidungssituationen, die wir jetzt haben, seine Zukunft verspielt. Wir werden zeigen, liebe Genossinnen und Genossen, dass es eine bessere Alternative gibt. Auch deshalb bin ich Sozialdemokrat. Dafür will ich mit eurer Hilfe arbeiten. – Ich danke euch herzlich.

(Lang anhaltender Beifall)

**Doris Ahnen, Tagungspräsidium:** Lieber Frank-Walter, ganz herzlichen Dank für deine Rede und auch für deinen kämpferischen Antritt in der Fraktion! Ich denke, du hast das am Applaus gespürt.

Liebe Delegierte, liebe Genossinnen und Genossen, selbstverständlich ist zu dieser Rede auch eine Aussprache vorgesehen. Uns liegt bisher eine Wortmeldung vor, nämlich von Gernot Erler.

## Aussprache

**Gernot Erler, Baden-Württemberg:** Liebe Genossinnen und Genossen! Gestern hat Sigmar Gabriel gesagt: Wenn wir nicht über das sprechen, was wir in den vergangenen elf Jahren geleistet haben, dann wird das keiner machen. Ich finde, er hat recht. Deswegen möchte ich hier die sehr kämpferische Rede von Frank-Walter Steinmeier mit ein paar Bemerkungen zu der internationalen Politik ergänzen.

Es war in der Tat die rot-grüne Bundesregierung unter sozialdemokratischer Führung, die nach den Tragödien auf dem Balkan in den 90er Jahren überhaupt erst eine europäische Außen-, Sicherheits- und Friedenspolitik auf den Weg gebracht hat. Wir waren es, die für die Westbalkanstaaten zum ersten Mal eine europäische Perspektive beschlossen und durchgesetzt haben und damit einen Weg heraus aus dieser Tragödie formuliert haben. Es gab nicht nur die Ablehnung 2003, sich an dem Irak-Krieg zu beteiligen, sondern es war sozialdemokratische Handschrift, die dann in die europäische Sicherheitsstrategie eingegangen ist mit den Prinzipien der Prävention, der Verhandlungslösungen in Konflikten.

Und, liebe Genossinnen und Genossen, wir haben Friedensinstrumente in der rot-grünen Regierungszeit geschaffen. Ohne die SPD gäbe es heute kein Zentrum für internationale Friedenseinsätze, das weltweit anerkannt ist. Ohne uns gäbe es keinen zivilen Friedensdienst, der in diesen Jahren sein zehnjähriges Jubiläum feiert. Ohne uns gäbe es nicht diesen Aktionsplan für zivile Krisenprävention, an der sich mehrere Ministerien beteiligen.

Die anderen reden jetzt von Menschenrechtspolitik. Aber es waren Sozialdemokraten, die 1998 Menschenrechtspolitik aufgewertet haben!

(Beifall)

Zum ersten Mal gab es einen Vollausschuss im Deutschen Bundestag für Menschenrechte. Zum ersten Mal gab es ein Deutsches Institut für Menschenrechte und einen Beauftragten der Bundesregierung für Menschenrechte. Wer hat das denn gemacht? Das waren doch nicht die, sondern das waren wir!

(Beifall)

Es war Heidemarie Wieczorek-Zeul, die elf Jahre lang dafür gekämpft hat, dass es mehr Geld für Entwicklungszusammenarbeit gibt. Das war gut so, weil aus unserer Sicht dies zusammen mit dem Dialog über Kulturen die Antwort auf den 11. September 2001 war.

(Beifall)

Globale Prävention ist nur mit mehr Entwicklungszusammenarbeit möglich.

Es waren die Sozialdemokraten, die zum ersten Mal wieder Geld für Friedensforschung gegeben haben. Die brauchen wir heute. Darauf können wir stolz sein.

(Beifall)

Aber es ist uns auch gelungen, liebe Genossinnen und Genossen, diese Politik in den letzten vier Jahren in der Großen Koalition zu retten. Das konnten wir alles dort fortschreiben.

Es war Frank-Walter Steinmeier – er hat das hier ein bisschen zu bescheiden ausgedrückt –, der die Klimapolitik und die Abwehr der Gefahren von dem Klimawandel zu einem Zentrum der deutschen Politik gemacht hat. Wir haben uns in der Außenpolitik auch immer mehr mit Wassermanagement, Energieversorgung und Nahrungsmittelversorgung auf der Welt beschäftigt. Und was passiert jetzt? – Schaut mal in den Koalitionsvertrag! Ich will hier nicht in die Einzelheiten gehen, aber vier Punkte ansprechen, bei denen ich sage: Wir müssen sehr aufmerksam und sehr kämpferisch sein.

In dem Koalitionsvertrag von Schwarz-Gelb steht zum Beispiel, dass sie Änderungen bei dem Parlamentsbeteiligungsgesetz wollen und dass sie da ein Vertrauensgremium schaffen wolle. Ich sage hier für den SPD-Parteitag: Es ist heute ein guter Teil der politischen Kultur, dass wir keinen einzigen bewaffneten Bundeswehrsoldaten ins Ausland schicken, ohne dass das Parlament darüber eine Mehrheitsentscheidung getroffen hat. Das muss auch so bleiben!

(Beifall)

Der zweite Punkt ist: Wir haben keinerlei Hinweise und keinerlei Bestätigung mehr von dieser europäischen Perspektive für die Westbalkanstaaten, die seit 2003 in Europa gültig ist. Das ist gefährlich. Wir alle wissen, dass wir längst keine Stabilität auf dem Balkan haben. Ich kenne mich da ein bisschen aus. Wir brauchen diese europäische Perspektive und werden dafür sorgen, dass sie nicht in Vergessenheit gerät.

Der dritte Punkt ist: Herr Westerwelle redet jetzt viel über Abrüstung. Er will sich da profilieren. Bei seinem ersten konkreten Punkt, nämlich beim Abzug der amerikanischen Atomwaffen aus Deutschland, musste er schon ein ganzes Stück zurückrudern.

Da gibt es aber eine andere Gefahr, nämlich dass in dem Windschatten dieses lauten Geredes etwas anderes passiert. Wir lesen im Koalitionsvertrag, es soll eine Harmonisierung der Rüstungsexportrichtlinien stattfinden und es soll Wettbewerbsgleichheit in Europa geschaffen werden. Ich sage: Wir sind stolz darauf, dass wir in Deutschland

in der rot-grünen Regierungszeit die strengsten Richtlinien für Rüstungsexporte eingerichtet haben. Wir werden dafür kämpfen, dass es auch dabei bleibt, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Den letzten Punkt hat Frank-Walter schon angesprochen. Es ist nicht nur eine Provokation, dass Herr Niebel jetzt für Entwicklungspolitik zuständig ist, der in Wirklichkeit der Spezialist für Abwicklungspolitik ist, was Entwicklungspolitik angeht, sondern im Koalitionsvertrag fehlt auch jede Festlegung auf Zeitziele. Wir haben nun einmal die europäische Vereinbarung, bis 2010 0,51 % des Bruttosozialprodukts und bis 2015 0,7 % des Bruttosozialprodukts für diesen für den Frieden wichtigen Bereich auszugeben. Nichts davon steht im Koalitionsvertrag. Das ist wirklich eine gefährliche Entwicklung, und da werden wir kämpfen müssen.

Deswegen sage ich: Es ist falsch, dass diese Parlamentsrechte bei Auslandseinsätzen aufgeweicht werden. Es ist falsch, von den verbindlichen Perspektiven für die West-Balkanstaaten abzurücken. Es ist falsch, dass bei den politischen Richtlinien für deutsche Rüstungsexporte Abstriche gemacht werden. Und es ist falsch, von den europäischen Zielen bei der Entwicklungspolitik abzurücken. Ihr könnt euch darauf verlassen: Wir im Deutschen Bundestag werden zusammen mit Frank-Walter gegen diese Politik, gegen diese falsche Politik im Koalitionsvertrag kämpfen. Dafür brauchen wir eure Unterstützung, und um die bitte ich euch.

(Beifall)

**Doris Ahnen, Tagungspräsidium:** Vielen Dank, Gernot. – Es liegt jetzt eine weitere Wortmeldung vor, und zwar von Gert Weisskirchen.

**Gert Weisskirchen, Baden-Württemberg:** Liebe Genossinnen und Genossen! Ein Punkt, der mich bei den Koalitionsvereinbarungen der CDU und der FDP fast bestürzt gemacht hat, lieber Frank-Walter, war, dass es eine der wichtigsten Errungenschaften, eines der wichtigsten neuen Ziele, die mit deiner Außenpolitik und mit der von Gerhard Schröder zusammenhängen, war, dass diese Regierung darauf verzichtet, dass es eine gemeinsame europäische strategische Antwort auf die Entwicklung innerhalb Russlands gibt. Das ist etwas, was mich wirklich irritiert: Es gibt keine strategische Partnerschaft mehr, zumindest nach dem, was im Koalitionsvertrag steht. Ich halte das für ungeheuerlich. Ich halte es für sehr gefährlich. Wenn sich Europa, die Europäische Union nicht bemüht, mit Russland gemeinsam eine Modernisierungspartnerschaft einzugehen und diesem Land mitzuhelfen, dass es sich modernisiert, dann wird es für unser Verhältnis zwischen der Europäischen Union und Russland dramatisch werden können, liebe Genossinnen und Genossen.



Das müssen wir gemeinsam mit Frank-Walter und mit der Fraktion verhindern, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Ich will auch sagen, warum. Ich sage das so, wie ich es verstehe, Frank-Walter. Medwedew, das ist eine große Chance. Niemand geringerer als der amerikanische Präsident hat diese Chance sehr genau erkannt. Er, Medwedew, steht dafür, dass dieses Land, Russland, eine Chance hat, sich an die gemeinsamen europäischen Werte richtig, von innen her und von unten aus der eigenen Debatte in diesem Lande anzuschließen. Das hat Barack Obama sehr genau erkannt. Er hat uns sogar darum gebeten – er bittet uns, Deutschland, darum –, dass wir konstruktiv an dieser Arbeit beteiligt sind und dass sich Deutschland, dass sich die Europäischen Union an dem Prozess beteiligen, Russland zu geben, was es braucht.

Deshalb, lieber Frank-Walter, muss jetzt die Sozialdemokratie ihre Fähigkeiten, die sie hat, in der Opposition nutzen. Ich will dabei nur einen Punkt nennen. Wir haben so viele Städtepartnerschaften bzw. regionale Partnerschaften. Nordrhein-Westfalen spielte diesbezüglich immer schon eine ganz zentrale, wichtige Rolle. Lasst uns jetzt durch die Instrumente mithelfen, die uns zur Verfügung stehen, als Partei, als Städte und Gemeinden, als Gemeinderatsfraktionen, Regionalverbände. Wir alle sollten mithelfen, dass dieser Prozess der inneren Modernisierung Russlands, des Anschlusses an die Demokratie und an die europäischen Werte gemeinsam gelingt. Frank-Walter, du hast uns auf deiner Seite.

(Beifall)

**Doris Ahnen, Tagungspräsidium:** Vielen Dank für diese Beiträge zur Aussprache. Weitere Wortmeldungen liegen zu diesem Tagesordnungspunkt nicht vor, sodass wir, da noch keine Wahlergebnisse vorliegen, in Antragsberatung einsteigen würden.

Ich würde euch vorher gerne noch einen Hinweis geben. Guckt einmal in eure Unterlagen, die auf euren Tischen liegen. Es geht um den Dröschner-Preis. Es gibt dort auch einen Preis der Delegierten. Das heißt, die Delegierten können ihre Favoriten für den Preis auswählen. Das ausgezeichnete Projekt erhält 1.000 Euro. Unter den teilnehmenden Delegierten werden fünf Kunstdrucke des Porträts von Willy Brandt von Andy Warhol verlost.

Ich will euch noch einmal ausdrücklich – auch im Namen von Heidi – bitten, dass ihr euch an diesem Projekt beteiligt. Es stehen viele draußen drei Tage lang in der Ausstellung, begleiten unseren Parteitag und haben ein enormes Engagement an den Tag gelegt. Es wäre einfach schön, wenn die Delegierten im Rahmen der Möglichkeiten, die wir haben, nämlich die Ausstellung zu besuchen, aber eben auch an

diesem Wettbewerb teilzunehmen, ihre Wertschätzung gegenüber diesen Projekten zum Ausdruck bringen würden.

Abgabeschluss ist heute um 14 Uhr in der Halle 4. Bitte macht mit und guckt, dass sich der eine oder andere daran beteiligt. Herzlichen Dank.

Da noch keine Wahlergebnisse vorliegen, würden wir mit dem Bericht der Antragskommission beginnen. Olaf, ich glaube, du hast die verantwortungsvolle Aufgabe, uns in diese Debatte einzuführen.

## Bericht der Antragskommission

**Olaf Scholz, Antragskommission:** Liebe Genossinnen und Genossen! Wir haben seit der Wahlniederlage eine ganze Reihe sehr guter, sehr intensiver Diskussionen geführt, überall in der Partei und auch gestern auf dem Parteitag. Diskussionen, in denen wir uns sorgfältig mit den Ursachen der Wahlniederlage, mit der Frage, wie es dazu gekommen ist und was man daraus für Schlüsse und Schlussfolgerungen ziehen muss, beschäftigt haben. Diese Diskussion spiegelt sich auch in dem Antrag wider, den der Parteivorstand vorlegt. Es ist ein Antrag – das will ich ausdrücklich sagen –, der nicht schnell entstanden ist, sondern der das Ergebnis einer ebenfalls sehr sorgfältigen Diskussion überall in den Gliederungen der Partei ist. Wir haben den mehrfach im Präsidium diskutiert, ebenso im Parteivorstand, im Parteirat, mit den Landes- und mit den Bezirksvorsitzenden und immer wieder in der Antragskommission.

Dort hat auch eine Diskussion über die Konzeption, die Ausrichtung und den Inhalt dieses Antrags stattgefunden, bevor die erste Zeile geschrieben war. Ich glaube, das war ein guter Weg, der es möglich gemacht hat, all das, was in der Partei beredet wird, in diesem Antrag unterzubringen und möglich zu machen, dass es dort seinen Niederschlag findet. Wer den Antrag in seinen verschiedenen Stadien liest, der stellt fest: All das, was zum Beispiel gestern in der Analyse über das Ergebnis der Bundestagswahl gesagt worden ist, findet sich auch in diesem Antrag wieder. Das war nur möglich, weil sich so viele bereits an seiner Erarbeitung beteiligt haben.

Liebe Genossinnen und Genossen, ich will an dieser Stelle auch Dank sagen. Ganz besonders natürlich den Mitgliedern der Antragskommission, denn dorthin habt ihr Genossinnen und Genossen geschickt, die sehr kompetent sind und die sehr viel Zeit investiert haben, um mitzudiskutieren und das einzubringen, was aus den vielen Anträgen und den Vorschlägen der Untergliederungen der Sozialdemokratischen Partei in diesen Antrag hineingehört.

Ich habe dort bei den letzten Sitzungen auch einen guten Stil erlebt, der geprägt ist von dieser Kompetenz, aber auch von einer Haltung, einander zu helfen. Ja, wir haben an verschiedenen Fragen nicht eine Meinung. Aber wir wollen das so miteinander diskutieren, dass daraus eine gemeinsame Politik werden kann. Ich glaube, in dieser Antragskommission kann man erkennen, das so etwas in der Sozialdemokratischen Partei geht. Die, die da mitarbeiten, haben es gezeigt. Ich will mich für ihre zeitreiche Arbeit bedanken.

(Beifall)

Wir haben eine Wahlniederlage erlitten. Man kann nach einem solchen Ergebnis nicht sagen, wir schütteln uns kurz durch, und dann machen wir weiter wie bisher. Einfach nur mehr vom selben, das ist bestimmt keine Antwort.

Es wäre auch falsch zu sagen, dass alles das, was zu dem Wahlergebnis von 23 Prozent geführt hat, nur erklärbar ist mit der Tatsache, dass wir uns nicht richtig ausgedrückt, es nicht richtig erklärt oder es auf die falsche Art und Weise erklärt haben. Es muss, wenn man eine solche Niederlage erlitten hat, auch Gründe geben. Denn nicht alles, was wir gemacht haben, ist richtig gewesen. Das wird in diesen Antrag auch klar angesprochen. Anders wäre es nicht ehrlich, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Wir haben uns entschieden bei dem, was wir euch hier vorschlagen – das gilt auch für die letzte Fassung –, das durch durchzuhalten, was wir in der ganzen Partei jetzt machen wollen, nämlich dafür zu sorgen, dass dieser Parteitag der Beginn der Debatte ist und sie nicht beendet. Das heißt, man muss alle Probleme und auch alle kritischen Fragen ansprechen. Aber man kann nicht am Anfang einer Diskussion entscheiden, wie sie am Ende ausgehen soll. Das ist die Politik, die wir nicht mehr wollen. Der Antrag muss das dann auch entsprechend ausdrücken.

(Beifall)

Das ist für jeden schwer. Denn ehrlicherweise sitzt hier keiner ohne Meinung. Fast jeder von uns hat zu den verschiedenen Fragen schon eine klare Vorstellung, wie es ausgehen soll. Aber wenn man miteinander diskutiert, dann kann man nicht gewissermaßen an der Stelle, wo man entschieden ist, sagen: „Das muss hinein“, und bei den anderen Fragen, bei denen man in der Diskussion noch etwas bewegen will, sagen: „Das wird später entschieden“. Wir müssen unseren Stil bei allen Themen beibehalten. Im Antrag ist dies gelungen, und das durchaus ohne Verschweigen. Alles wird angesprochen. Ich glaube, das ist der richtige Weg.

Liebe Genossinnen und Genossen, wir haben natürlich uns auch auseinandergesetzt mit der Frage, wie es in der Opposition weitergeht. Ein ganzer Teil dieses Antrages beschäftigt sich mit dem, was wir auf der Basis unserer bisherigen Politik vorzuschlagen haben. Da gibt es das Grundsatzprogramm, das Wahlprogramm, den Deutschlandplan von Frank-Walter Steinmeier. Natürlich ist das eine Ausgangsbasis für die Oppositionspolitik, die wir im Bundestag, aber nicht nur da, sondern auch in der Gesellschaft und im ganzen Land an den Tag legen müssen.

Natürlich gehört dazu auch, dass wir die neue Regierung kritisieren, wie das zum Beispiel Frank-Walter Steinmeier heute, aber auch in der Erwiderung auf die Kanzlerin im Bundestag gemacht hat. Eines ist doch ganz klar: Die Union hat ihre Wahlversprechen

schon gebrochen. Ich denke insbesondere an das große Versprechen, eigentlich sei die Union so ähnlich wie wir und eigentlich wäre sie für all das, was wir ihr mühsam abgerungen haben, selber verantwortlich. Mindestlöhne, Kündigungsschutz und Mitbestimmung: Wer die Regierungserklärung und die Koalitionsvereinbarung sieht, weiß: Alle diese Versprechen sind schon jetzt gebrochen. Der Kündigungsschutz wird abgeschafft durch die Ausweitung der befristeten Beschäftigung. Bei den Mindestlöhnen ist vereinbart, dass gewissermaßen FDP und Arbeitgeberverbände bei jeder Verlängerungsentscheidung ein Veto-Recht haben. Es wird am Ende der vier Jahre christlich-liberaler Koalition weniger Mindestlöhne geben als heute. Auch das ist ein gebrochenes Versprechen.

An der Mitbestimmung kann man sehen, dass Schwarz-Gelb die deutschen Gesetze zwar nicht ändern will, aber aktiv mitmacht bei der Schaffung einer europäischen Privatgesellschaft, einer Art europäischer GmbH, die dann mitbestimmungsfrei konstituiert werden kann. Darüber kann die gesamte Mitbestimmung in Deutschland kaputtgehen. Das dürfen wir nicht zulassen. Das bringen wir in diesem Antrag zum Ausdruck.

(Beifall)

Wenn wir über Oppositionspolitik reden, dann gehört dazu, dass wir nicht bei dem stehen bleiben können, was wir bisher gesagt haben. Wir müssen uns also auch weiterentwickeln. Das ist eine Aufgabe, die wir miteinander zustande bringen müssen. Es wird an den entscheidenden Stellen gesagt, wo es notwendig ist. Wenn wir also hier formulieren, dass wir der Bundesregierung ein eigenes sozialdemokratisches Steuerkonzept entgegensetzen, dann bedeutet das auch, dass wir das, was wir bisher an Forderungen haben, auch weiter entwickeln wollen. Wir wollen eine sozialdemokratische Steuerpolitik entwickeln.

Liebe Genossinnen und Genossen, natürlich müssen wir, wenn wir uns mit der Wahlniederlage auseinandersetzen, den Blick auf die Zukunft richten. Das geschieht in einem Kapitel, das für die Zukunft der Sozialdemokratischen Partei wichtig ist, ein Kapitel, das dazu beitragen soll, dass wir uns als Sozialdemokratische Partei neu aufstellen können. Wir haben es „Politische Initiativen für eine Gesellschaft der selbstbestimmten und freien Bürgerinnen und Bürger“ genannt. Das ist ein großer Anspruch. So ist es auch gemeint.

Zwei Dinge sollen angesprochen werden. Wir lassen uns von der Union und von der FDP nicht ausbürgern, indem sie sagen, sie seien eine bürgerliche Koalition und der Rest des Landes gehöre nicht zur Demokratie dazu. Das ist nicht akzeptabel. Wir sind die Partei der Bürgerrechte. Wir waren schon eine demokratische Partei, als es die Demokratie in Deutschland noch nicht gegeben hat.

(Beifall)

Wir sind eine Partei der Emanzipation. Wir setzen uns für ein selbstbestimmtes Leben und dafür ein, dass jeder die Möglichkeit hat, seine Talente zu entfalten. Das muss auch wirklich möglich sein. Es muss jedem gelingen können, in dieser Welt zurechtzukommen und seine Möglichkeiten zu nutzen. Das ist eine Freiheit, für die wir kämpfen. Auch darum geht es in diesem Kapitel des Leitantrages.

Liebe Genossinnen und Genossen, wir haben zwei Initiativen vorgeschlagen, die für unsere Debatte zukünftig von zentraler Bedeutung sein sollen. Bei der Initiative „Gut und sicher leben“ geht es um zweierlei. Es geht einmal darum, darüber zu debattieren, was in den letzten Jahren nicht richtig gelaufen ist. Da gibt es einen Gesichtspunkt, der fast jedem von uns einsichtig ist. Wir haben Reformen gemacht, über die wir gestritten haben und bei denen wir abschließend wahrscheinlich nicht alle einer Meinung sind. Aber sie tragen dazu bei, dass der Sozialstaat in Deutschland wieder so weit funktioniert, dass wir mitten in der Krise in der Lage sind, mit den Handlungsmöglichkeiten eines Sozialstaates auf die Krise zu reagieren und dafür zu sorgen, dass nicht Hunderttausende von Arbeitnehmern ihren Arbeitsplatz verlieren. Auch das ist ein Erfolg unserer Politik.

(Beifall)

Auch wenn man den Aspekt der Selbstbestimmung und der Freiheit des Einzelnen zugrunde legt, ist es eben keineswegs sicher, dass jeder die Möglichkeit hat, sein Leben in gewünschter Weise zu entfalten und so zu leben, wie er es selber möchte. Denn dafür sind die Voraussetzungen nicht immer gegeben. Viele haben gesagt: Was ihr da macht, ist ja gut und schön. Aber wenn ich an mein Leben, an das Leben derjenigen, die ich kenne, oder an das Leben derjenigen, die in einer schwierigen Lebenssituation sind, denke, dann muss ich sagen, dass das nicht immer hinhaut.

Daher müssen wir diskutieren, wie es um die Lebenssituation von Kindern bestellt ist. Das Stichwort Kindergrundsicherung taucht auch dort auf. Wir müssen diskutieren über die Frage, wie man in einer Situation zurecht kommen kann, in der der Bildung doch wieder neue Schranken gesetzt werden. Die Frage ist: Was können wir tun für den Ausbau von Kinderbetreuung, von Schulen und dafür, dass mehr Menschen eine gute Qualifikation und Bildung bekommen?

Liebe Genossinnen und Genossen, Hunderttausende bekommen jedes Jahr keinen Ausbildungsplatz. Wir dürfen dazu nicht schweigen und sagen, dass die Welt eigentlich in Ordnung sei. Sie ist es an dieser Stelle nicht.

(Beifall)

Wir müssen auch darüber diskutieren, wie die Perspektive desjenigen ist, der ohne Arbeit ist. Sind die Hilfen vernünftig organisiert? Darüber muss diskutiert werden.

Wie ist es, wenn man arbeitet? Da geht es um die Debatte über die Mindestlöhne, die wir begonnen haben. Aber es geht auch um ausreichende Löhne und darum, wie man sicherstellen kann, dass man mit Arbeit tatsächlich den eigenen Lebensunterhalt bestreiten kann. Das ist eine Sache, die heute nicht mehr für alle gewährleistet ist.

Ich erinnere mich noch genau an ein paar Erfahrungen, die ich gemacht habe, als ich mit 17 Jahren Sozialdemokrat wurde. Da haben aus meiner Sicht damals ältere Genossen mir gesagt: Olaf, ich bin ganz stolz. Ich habe es hinbekommen, dass meine Frau nie arbeiten musste, und die Kinder haben eine gute Schule besucht. – Klar: Das mit der Erwerbstätigkeit von Frauen sehen wir heute anders. – Wenn es um die Lebenssicherheit geht, dann muss man aber doch sagen: Es kann heute keineswegs jemand ein einfaches Arbeitseinkommen sicher für sich voraussetzen. Deshalb gehört es auch in unsere Analyse, dass die Perspektiven der Arbeitnehmermittelschichten schlechter geworden sind. Wir müssen dafür kämpfen, das sie wieder eine bessere Zukunftsaussicht haben, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Dass wir diese Initiative so breit diskutieren, hat natürlich auch damit zu tun, dass wir natürlich erkennen müssen, dass das kein Phänomen der deutschen Politik und der letzten elf Jahre ist. In Deutschland ist das ein Phänomen, das eigentlich Anfang der 80er Jahre eingesetzt hat. Seitdem sind über eine Million Bürgerinnen und Bürger ohne Arbeit. Wir sind seitdem nie wieder von einer hohen Arbeitslosigkeit heruntergekommen.

Es ist aber eine Situation, die wir überall in Westeuropa, in Nordamerika, in Asien, dort, wo ehemalige Industriestaaten – so hat man das früher genannt – existieren, sehen. Überall kann man erkennen: Es ist für eine Kerngruppe der Gesellschaft, für die sich Sozialdemokraten einsetzen, aus der sie stammen und die ihnen wichtig ist, etwas anders geworden. Deshalb müssen wir sagen: Wir müssen dafür kämpfen, die Bedingungen zu ändern. Es muss möglich sein, dass man ein ganzes Leben lang gut zurechtkommen kann, wenn man sich anstrengt.

(Vereinzelt Beifall)

Drei Sätze, dürfen nicht nur Postulat der Politik bleiben:

Wer sich anstrengt, muss etwas davon haben. – Dabei geht es um ordentliche Löhne und Beschäftigung.

Wer sich Mühe gibt, muss sein Leben verbessern können. – Das hat etwas mit der Durchlässigkeit unserer Gesellschaft zu tun. Man muss immer wieder die Möglichkeit erhalten – zum Beispiel durch Bildung –, seine Lage zu verbessern.

Das gehört natürlich zu jeder solidarischen Gesellschaft dazu: Keiner wird am Wegesrand zurückgelassen.

Für diese drei Grundsätze müssen wir kämpfen

(Vereinzelt Beifall)

Wir haben uns auch vorgenommen, dass wir im Rahmen einer Initiative „Demokratie und Freiheit“ diskutieren wollen. Warum haben wir das so genannt? Das haben wir erst einmal getan, weil es da etwas zu diskutieren gibt. Die Welt hat sich geändert – auch durch das Internet. Neue Möglichkeiten, auch für die Demokratie, sind entstanden – neue Gefahren genauso.

(Vereinzelt Beifall)

Es geht nicht nur um das Internet, sondern es geht insgesamt um die Frage von Bürgerrechten, die wir neu diskutieren müssen. Die älteste liberale Partei dieses Landes, nämlich die Sozialdemokraten, muss vorgehen, wenn es um Bürgerrechte, Freiheit und Demokratie geht – nicht nur im Internet, auch in der Wirtschaft. Natürlich haben Mitbestimmung und Sicherheit vor unternehmerischer Willkür auch etwas mit bürgerlicher Demokratie und Freiheit zu tun – jedenfalls aus der Perspektive der dort Beschäftigten.

Es geht aber eben auch um das moderne Lebensgefühl, um die digitale Kultur. Die Sozialdemokratische Partei muss – Willy Brandt wird da immer zitiert – auf der Höhe der Zeit sein. Das müssen wir jetzt herstellen. Noch sind wir nicht da. Kein anderer ist da, aber wir sollten die Ersten sein, die ankommen und sagen, wie es weitergeht. Das ist der Auftrag dieser Initiative.

(Vereinzelt Beifall)

Wir haben von Initiativen gesprochen. Das ist auch ein politisches Projekt, weil wir nicht sagen, dass dort jetzt ein neuer Arbeitskreis stattfindet und dass es dort ein neues Forum und einen Club X und einen Club Y gibt, sondern das soll eine breite Debatte in der Partei sein – eine Bewegung und nicht nur ein paar Tagungen. Die Initiativen sollen sich auch nicht nur auf die SPD beschränken. Wir wollen mit vielen anderen diese Fragen der Neuorientierung unserer Partei diskutieren. Das ist kein Projekt von oben. Es lebt davon, dass alle mitmachen. Und genau darum geht es. Darum ist es nicht nur als Initiative bezeichnet, sondern es ist auch ausdrücklich so gemeint. Es geht um eine gemeinschaftliche Veranstaltung der ganzen Sozialdemokratischen Partei.

(Vereinzelt Beifall)

Wenn es um die Zukunft der SPD geht, dann müssen wir natürlich das, was eingangs diskutiert wurde – auch gestern –, weiterführen. Wir haben gesagt: Wir



wollen über die Zukunft und über die Wahlanalyse diskutieren. Wir werden eine breite Beteiligung über das hinaus haben, was heute gewesen ist. Wir bitten die Untergliederungen, dass sie zusammenkommen und Vorschläge machen – auch zur Wahlanalyse. Und es wird eine Unterbezirkskonferenz geben, auf der wir das zusammentragen.

Wir werden die politischen Konsequenzen ziehen – nicht nur auf Flugblättern und durch Parteivorstandsresolutionen, sondern auch in den Gremien, die dafür zuständig sind. Alles muss am Ende auch einen Aspekt der politischen Willensbildung beinhalten. Damit enden wir hier auf diesem Parteitag. Auch das wollen wir ausdrücklich mit diesem Antrag sagen.

Wir werden die Partei neu organisieren müssen. Das ist nicht nur das Vorhaben der Generalsekretärin, sondern das ist das Vorhaben von uns allen. Dazu liegt eine ganze Reihe von Vorschlägen vor. Wenn wir die Zukunft der SPD als Volkspartei sichern wollen, dann müssen wir immer darstellen, dass es uns möglich ist, sie als eine starke, von Mitgliedern und Anhängern getragene Partei zu organisieren. Hier ist offensichtlich nicht alles so aufgestellt, wie es sein soll. Deshalb wird es auch ein wichtiges Vorhaben der nächsten Zeit sein, dafür zu sorgen, dass sich das ändert.

(Vereinzelt Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, lasst mich über den Leitantrag hinaus, der so breit diskutiert entstanden ist, noch ein paar andere Anträge nennen, auf die wir hier in der Einzelantragsberatung zurückkommen werden. Viele Anträge sind schon in das Wahlprogramm und in das Grundsatzprogramm eingeflossen. Es sind viele Anträge, die wir mitverhandelt haben, auch schon sehr alt gewesen. Manche sind in den Leitantrag eingeflossen, über den wir jetzt gleich beschließen werden. Ein paar Anträge sollen daneben beschlossen werden, weil sie eine Aktualität haben, durch die das richtig ist. Ich will einige herausgreifen.

Wir wollen uns noch einmal zur Leiharbeit äußern. Liebe Genossinnen und Genossen, lasst uns die Wahrheit sagen: Bei der Leiharbeit ist etwas aus dem Runder gelaufen. Das hat zu einer Ausdehnung geführt, die niemand wollen konnte, und die muss wieder zurückgedrängt werden.

(Beifall)

Dass Unternehmen eigene Firmen gründen und Arbeitnehmer an sich zu schlechteren Tarifen als sonst in der Firma ausleihen, ist nicht in Ordnung, und das muss beendet werden, liebe Genossinnen und Genossen.

(Vereinzelt Beifall)

Dass Leiharbeit ein Mittel für Dumpinglöhne geworden ist, ist nicht in Ordnung und muss beendet werden – zumindest dadurch, dass man nach einer bestimmten Zeit den gleichen Lohn wie die anderen in dem Betrieb erhält, in dem man arbeitet. Das muss auch dadurch geschehen, dass es dort Mindestlöhne gibt. Aber auch dadurch, dass die Betriebsräte sowohl bei befristeter Beschäftigung als auch bei Leiharbeit ein Mitbestimmungsrecht erhalten, um die Zahl dieser Arbeitskräfte zugunsten besserer Arbeit für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu begrenzen.

(Vereinzelt Beifall)

Es gibt in der Partei viele kluge Leute. Deshalb gibt es auch viele kluge Anträge zur Finanzkrise und zu der Frage, was man tun muss. Es ist uns ein bisschen schwer gefallen. Wir haben empfohlen, einen Antrag aus Hessen-Süd als Grundlage zu nehmen, und wir haben versucht, die anderen darin zusammenzufassen, um noch einmal zu sagen, dass es eine Alternative zu dem gibt, was sich die neue Regierung vorgenommen hat.

Der Finanzkrise kann man nur mit einer Politik begegnen, mit der den Märkten – auch den Finanzmärkten – Regeln gesetzt werden, und zwar nicht nur mit Presseerklärungen. Da muss in den Gesetzen dieses Landes, aber auch in den internationalen Regeln real etwa geändert werden.

(Vereinzelt Beifall)

Wir haben soziale Fragen angesprochen, zum Beispiel die, wie es mit Ferienjobs von jungen Leuten in Arbeitslosengeld-II-Haushalten aussieht. Wir wollen dort etwas ändern. Es muss möglich sein, dass sie ihre Arbeitseinkommen behalten können. Es ist für viele moralisch eine schwere Herausforderung, wenn sie sagen müssen: Ich gebe mir Mühe, aber jetzt muss ich das alles abgeben. – Für die Erwachsenen gelten andere Prinzipien. Den jungen Leuten muss also doch ganz früh gezeigt werden, dass es sich lohnt, wenn man arbeitet. Das wollen wir erreichen, indem wir dort die gesetzlichen Regeln ändern, liebe Genossinnen und Genossen.

(Vereinzelt Beifall)

Wir haben uns noch einmal mit dem Staatsangehörigkeitsrecht auseinandergesetzt. Das geschieht im Leitantrag und an vielen anderen Stellen. Eine Sache greifen wir jetzt heraus, weil sie aktuell ist, weil dort jetzt etwas geschehen muss und weil wir die schwarz-gelben Regierung treiben müssen. Wir wollen, dass die Optionspflicht abgeschafft wird, dass die jungen Leute, die eine deutsche Staatsbürgerschaft haben, sie also nicht hergeben müssen, nachdem sie 18 geworden sind. Liebe Genossinnen und Genossen, das muss sich ändern.

(Beifall)

Wir brauchen ein Gleichstellungsgesetz, das auch in der Privatwirtschaft Veränderungen durchsetzt. Das steht lange auf der Tagesordnung. Leider können wir das jetzt nicht als Gesetzgeber mit Mehrheit umsetzen, aber wir wollen das politische Konzept entwickeln, um das hinzukriegen.

Liebe Genossinnen und Genossen, wir sagen auch etwas dazu, dass es keine Atomwaffen auf deutschem Boden geben sollte. Das ist auch wichtig, weil da einer wackelt, der neue Außenminister von der FDP. Frank-Walter hat darauf hingewiesen. Wir wollen ihn beim Wackeln ein bisschen unterstützen, aber er soll in die richtige Richtung fallen. Dazu gibt es hier noch mal einen kleinen Anstoß.

Und, liebe Genossinnen und Genossen, wir haben die vielen Anträge zur Bahnreform auf Basis eines dieser Anträge zusammengefasst und setzen uns mit den Plänen der neuen Regierung auseinander. Dort ist die Privatisierung der Bahn vorgesehen. Wir sagen klar und deutlich: Wir wollen keine Privatisierung der Bahn. Das ist kein sozialdemokratisches Projekt.

(Beifall)

Von den Initiativanträgen, die wir zuletzt noch zu verhandeln haben, haben wir ein paar herausgegriffen, die eine aktuelle Bedeutung haben. Es gibt noch einen Antrag, in dem ein gemeinsam mit der AfA formulierter Text steht, über die Diskussion zur Zukunft der Rente, die wir in der Initiative „Gut und sicher leben“ führen wollen. Dort wird noch einmal beschrieben, welche aktuellen Probleme bestehen.

Wir sagen etwas zur Bildungspolitik. Es wird gleich einen Initiativantrag des Parteivorstandes dazu geben. Wir stellen uns auf die Seite der Studenten und auch gegen das, was im Rahmen des Bologna-Prozesses stattgefunden hat. Aber wir sagen auch: Wir müssen dafür sorgen, dass die Bedingungen an den Universitäten besser werden. Wir lassen die Studenten nicht alleine. Das ist auch ein sozialdemokratisches Thema.

(Beifall)

Wir greifen die schwarz-gelbe Gesundheitspolitik auf. Frank-Walter hat alles dazu gesagt. Der Initiativantrag tut es auch. Das kann man denen nicht durchgehen lassen. Im Übrigen müssen wir auch mithelfen, dass nicht durch die Art und Weise, wie heute über Politik gesprochen wird, keiner mehr versteht, was irgendwer meint. Wenn man Leuten etwas wegnimmt, klingt das immer so, als ob man ihnen etwas gibt. So sind auch die Pläne der Union und der FDP zur Frage der Gesundheitspolitik. Es muss ganz klar gemacht werden, dass das ein Auszug aus der Solidarität ist. Diesen Auszug wollen wir stoppen.

(Vereinzelt Beifall)

Zum Schluss will ich einen Antrag herausgreifen, den wir auch zur Annahme empfohlen haben. Er wird euch allen gefallen. Antragsbücher sollen rechtzeitig versandt werden, zehn Tage vor dem Bundesparteitag. Diesem Vorschlag konnten wir uns nicht entziehen. Wir denken, ihr seid damit einverstanden. Schönen Dank

(Beifall)

**Garrelt Duin, Tagungspräsidium:** Lieber Olaf, vielen Dank für deine einleitende Rede. Ich möchte mich gleich zu Beginn dieser Debatte, lieber Olaf, im Namen aller Delegierten bei dir bedanken für die Arbeit an diesem Antrag als Chef der Antragskommission in den letzten Wochen. Das war ja ein hartes Stück Arbeit.

(Beifall)

Dafür herzlichen Dank.

Liebe Genossinnen und Genossen, wir haben folgenden weiteren Ablauf vorgesehen: Jetzt wird es eine Generaldebatte zu dem Leitantrag geben. Dafür haben wir auch schon eine Reihe von Wortmeldungen vorliegen, aktuell 25. Wir werden diese Debatte unterbrechen, wenn ein Wahlergebnis vorliegt, und dann zügig den zweiten Wahlgang durchführen. Im Anschluss an die Generaldebatte werden wir die einzelnen Initiativanträge, zu denen ihr auch Empfehlungen der Antragskommission vorliegen, aufrufen, gegebenenfalls auch noch einmal Wortmeldungen zulassen und dann Punkt für Punkt über die Anträge abstimmen.

## Generaldebatte zum Leitantrag

Wir steigen jetzt in die Generaldebatte ein. Die erste Wortmeldung kommt von Christine Negele aus Bayern. Ihr folgt Stephan Weil von der SGK aus Hannover. Christine, du hast das Wort.

**Christine Negele, Bayern:** Danke. Liebe Genossinnen und Genossen, für mich ist es ein bisschen erschreckend, dass ich gleich nach Olaf sprechen soll. Ich hoffe, ich bin nicht allzu nervös, und, wenn ja, dass ihr es mir verzeiht.

Ich habe diesen Antrag als sehr wohltuend empfunden, weil sehr viel von dem schon aufgenommen ist, was in der Basis besprochen wurde. Olaf hat vorhin gesagt, der Antrag ist der Beginn der Debatte in allen Gliederungen, dass da alles rein muss und wir darauf verzichten müssen, Sachen zu verschweigen. Es ist auch viel drin, manches ist mir aber zu undeutlich, zu angedeutet. Das betrifft vor allen Dingen die Verantwortung, die wir für die Regierungspolitik übernehmen müssen.

Es ist richtig, wenn es einen eigenen Antrag zur Leiharbeit gibt. Denn ich denke, es war unser Regierungshandeln, das die Möglichkeiten der Leiharbeit ausgeweitet hat, weil wir übersehen haben, was das für Folgen haben kann. Aber ich denke, wir sollten das wirklich deutlich benennen und in den Antrag aufnehmen. Alles, was im Moment im Antrag steht, ist, dass es in unserer Politik auch Schwächen gegeben hat und wir auch Fehler gemacht haben. Aber ich denke, wir sollten auch hineinschreiben, dass wir die Verantwortung für diese Fehler übernehmen und sie benennen.

Wir haben einen Änderungsantrag dazu geschrieben; das ist der Initiativantrag 11, der wird nachher aufgerufen. Die Antragskommission empfiehlt lediglich die Annahme der Veränderungen in der Richtung, dass wir positiv aufnehmen, dass wir für die Grundsicherung gesorgt haben, das heißt also, die Altersarmut von Frauen bekämpft haben. Das ist auch richtig. Ich finde es sowieso richtig, dass wir alles aufnehmen, was wir in diesen elf Jahren an Gutem und wirklich Wichtigem erreicht haben in der Regierungspolitik. Aber dazu sollten wir in zwei Sätzen auch einfügen, dass wir die Unregulierung der Hedgefonds und der Private Equity Fonds zugelassen haben, dass wir die Ausweitung der Leiharbeit und der prekären Beschäftigung als Folge unserer Politik zu verantworten haben und dass wir auch den Wegfall von Leistungen und die Erhöhung von Zuzahlungen im Gesundheitswesen zu verantworten haben. Ich denke, das ist wichtig, wenn wir wirklich ein Signal an diejenigen senden wollen, die uns nicht mehr gewählt haben.

Liebe Genossinnen und Genossen, ich komme aus dem Landkreis Miesbach, das ist bayerisches Oberland rund um den Tegernsee. Da sieht man ganz genau, wenn man die

Stimmen auszählt, wer gewählt hat und wer nicht. Und es waren unsere Genossinnen und Genossen, die nicht mehr zum Wählen gegangen sind. Deswegen nutzt es uns nicht so viel, wenn wir zwar hier in den Reden die Verantwortung übernehmen, aber sich davon in dem Leitantrag, der auch an die Basis rausgeht und gelesen wird, nicht alles wiederfindet. Ich denke, es ist ein Signal, wenn wir Glaubwürdigkeit zurückgewinnen wollen, dass wir uns deutlich zu unseren Fehlern bekennen. Dann haben wir auch eine ganz andere Startbasis für die anderen Anträge, in die wir aufnehmen, was wir jetzt anders und besser machen wollen.

Ich bitte euch deswegen noch einmal herzlich, dass ihr dem Initiativantrag 11 in Gänze zustimmt und nicht der Empfehlung der Antragskommission folgt, nur die Verbesserungen unter dem ersten Spiegelstrich anzunehmen und die anderen Sachen im Ungefähren zu belassen.

Herzlichen Dank.

(Vereinzelt Beifall)

**Garrett Duin, Tagungspräsidium:** Vielen Dank. – Das Wort hat der amtierende Bundesvorsitzende der SGK, Stephan Weil. Ihm folgt Angelika Graf aus Bayern.

**Stephan Weil, Bundesvorsitzender SGK:** Liebe Genossinnen und Genossen, ich möchte gerne stellvertretend für die vielen Tausend Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker zu dem Leitantrag einige Bemerkungen machen.

Von uns war ja auf diesem Parteitag schon öfter die Rede, gestern bei Sigmar Gabriel, heute bei Frank Steinmeier. Das tut gut, dafür bedanken wir uns. Es ist natürlich klar: Wenn die Partei sagt, ein Comeback wird vor allem auch darüber funktionieren, dass wir in den Kommunen noch stärker werden, dann rennt die Partei damit bei ihren Kommunalos weit offene Türen ein. Wir sind dabei.

(Vereinzelt Beifall)

Ich will auch sagen: Wir haben damit auch schon gute Erfahrungen gemacht. Ich möchte mich ausdrücklich bei Peer Steinbrück und Jochen Poß dafür bedanken, dass sie die Gewerbesteuer verteidigt und gestärkt haben.

(Vereinzelt Beifall)

Ich möchte mich bei Frank Steinmeier bedanken, der uns in vorbildlicher Weise einbezogen hat, als es um das Konjunkturpaket ging. Wir fangen nicht bei null an, aber es wird alles kein Selbstläufer sein. Deswegen möchte ich gerne etwas über zwei Erfolgsvoraussetzungen sagen, die es aus meiner Sicht gibt. Der frühere niedersächsische Finanzminister, Helmut Kasimir, ist mal von Journalisten gefragt worden, ob er nun zum rechten oder

zum linken Flügel der Partei gehört. Er hat geantwortet: Ich gehöre zum Rumpf. – Ich glaube, das beschreibt ziemlich genau die Rolle der Kommunalpolitiker in der Partei.

Wir sind der Rumpf. Ohne uns, liebe Flügel, könnt ihr nicht flattern.

(Beifall)

Wir sind der Rumpf, aber wir sind nicht dessen verlängerter Teil in der Partei.

(Heiterkeit und vereinzelt Beifall)

Deswegen gibt es eine herzliche Bitte – man könnte aber auch sagen: eine klare Erwartung –: Unsere Partei wird als Gesamtveranstaltung wahrgenommen. Wir können uns vor Ort abrödeln bis zum Geht-nicht-mehr. Die Leute gucken vor allen Dingen auch darauf, ob wir als Partei insgesamt überzeugen. Wenn wir auf Bundesebene nicht wieder Geschlossenheit erreichen, wenn wir es nicht schaffen, Funkdisziplin zu wahren – intern miteinander diskutieren, aber nach außen nur gut übereinander reden –, dann werden alle Bemühungen vor Ort nicht fruchten. Also eine herzliche Bitte aus den Rathäusern ins Willy-Brandt-Haus und in die Bundestagsfraktion: Bitte nehmt den neuen Parteivorstand auch zum Anlass, zu einer neuen Kultur der Geschlossenheit zurückzukehren. Wir vor Ort brauchen das.

(Beifall)

Meine zweite Bemerkung: Natürlich braucht die Partei Selbstkritik, Selbstreflexion, Selbstfindung, aber – da grenze ich mich ein bisschen von meiner Vorrednerin ab – wenn der Maßstab für politischen Erfolg die Bereitschaft zu scharfer Selbstkritik ist, dann steht die SPD unmittelbar vor der absoluten Mehrheit. Doch die Leute erwarten von uns nicht in erster Linie, dass wir schonungslos mit uns selber ins Gericht gehen, sondern sie wollen vor allen Dingen eine klare Alternative zu Schwarz-Gelb sehen; davon bin ich absolut überzeugt.

(Vereinzelt Beifall)

Wir in den Rathäusern haben nicht die Zeit, darauf zu warten, bis irgendwann einmal die letzte Frage innerparteilich geklärt ist. Die Koalitionsvereinbarung von Schwarz-Gelb ist eine klare Kampfansage an die kommunale Selbstverwaltung in Deutschland.

(Vereinzelt Beifall)

Wir stehen vor einem gewaltigen Finanzproblem. In dieser Situation gibt Schwarz-Gelb die Staatskassen, vor allem die kommunalen Kassen, zur Plünderung frei. Wir werden anschließend vor Ort begründen müssen, warum wir dringend notwendige Dinge nicht tun oder, noch schlimmer, dringend notwendige Institutionen schließen, Beihilfe kürzen etc., was wir selber für überhaupt nicht vertretbar halten. Deshalb ist meine herzliche Bitte

an die Partei: Wir in den Rathäusern brauchen eine starke Bundespartei. Wir brauchen eine starke Opposition, wir brauchen euch als Bündnispartner, wir brauchen euch im Kampf, um in den nächsten Jahren vieles zu bewahren, was geschaffen worden ist und was jetzt durch Schwarz-Gelb auf das Höchste gefährdet ist. Also: Ja zur Selbstkritik, ja zur Selbstfindung, aber den Blick vor allem nach vorne richten, die Aufgabe als Opposition annehmen und Gas geben! Dann haben wir eine gute Perspektive, in den Rathäusern, in den Städten und Gemeinden und als Gesamtpartei. – Herzlichen Dank.

(Beifall)

**Garrelt Duin, Tagungspräsidium:** Vielen Dank, lieber Stephan. Erlaube mir noch eine persönliche Bemerkung: Du hast morgen eine ganz, ganz schwierige Aufgabe. Du wirst auf der Trauerfeier für Robert Enke sprechen. In den Zeitungen steht zu lesen, dass über 100.000 Menschen im Stadion und außerhalb dabei sein werden. Ich wünsche dir ganz persönlich, wenn du dort morgen sprichst, die Kraft, die notwendig ist, um die Menschen bei ihrer Trauer und ihrer Anteilnahme zu begleiten. Herzlichen Dank, Stephan Weil.

(Beifall)

Ich möchte die Delegierten bitten, der Diskussion zum Leitantrag genauso konzentriert und intensiv zu folgen, wie wir das gestern bei der Debatte gemacht haben. Ihr solltet auch noch aus einem anderen Grund hier im Raum sein: Wir werden in unmittelbarer zeitlicher Nähe das Wahlergebnis für die Beisitzerinnen und Beisitzer bekannt geben. Für das weitere Verfahren wäre es deshalb gut, wenn alle hier im Raum sind.

Das Wort hat jetzt Angelika Graf aus Bayern.

**Angelika Graf, Bayern:** Liebe Genossinnen und Genossen! Der Leitantrag, den wir heute diskutieren, hat einen Schwerpunkt in der Sozialpolitik, weiter gefasst im Bereich der Gerechtigkeit. Es gibt diverse Änderungsanträge, die diesen Leitantrag noch weiter konkretisieren werden. Ich glaube, wir haben gestern eine gute Diskussion geführt, und ich bin sicher, die Diskussion heute wird genauso gut.

Wir haben uns gestern mit dem Thema Wahlanalyse – was hat es damit auf sich, dass wir so viel verloren haben – beschäftigt. Sowohl Franz Müntefering als auch Sigmar Gabriel haben das Stichwort „Migranten in unserer Gesellschaft“ genannt. Sigmar Gabriel hat gesagt, wir sollen sie in die SPD holen. Das tun wir im Wahlkreis Rosenheim, aus dem ich komme. Wir haben bei den Jusos ungefähr genauso viele Menschen mit Migrationshintergrund wie solche, die keinen Migrationshintergrund haben.

Das Wahlprogramm, das sich die SPD gegeben hat, war auch insofern gut, als es ein Angebot zum kommunalen Wahlrecht für Nicht-EU-Bürger gemacht hat. Das war ein wichtiges Signal. Trotzdem stelle ich fest, dass uns die Migranten bei der vergangenen



Bundestagswahl nicht gewählt haben. Man soll ja den Taxifahrern auf den Mund schauen: Ich bin in Berlin mit einem Taxifahrer unterwegs gewesen, der mir sehr eindrücklich geschildert hat, wo insbesondere die Migranten mit einem türkischen Hintergrund, die uns sonst als treue Wähler begleitet haben, bei dieser Wahl hingegangen sind – zu den Grünen oder zu den Nichtwählern. Warum ist das so? Ich denke, es hat auf der einen Seite etwas mit der schwierigen Arbeitsplatz- und Ausbildungsplatzsituation zu tun; denn Migranten haben heute immer noch Schwierigkeiten, zum Beispiel einen vernünftigen Ausbildungsplatz zu bekommen. Auf der anderen Seite hat es aber auch damit zu tun, dass die Ausländerpolitik, die wir durch die letzte Koalition vertreten mussten, nicht unbedingt der Hit war, wie man so schön sagt. Das Staatsangehörigkeitsrecht, das Olaf angesprochen hat, ist sicher ein wichtiger Punkt. Deswegen bin ich froh über die Anregung, die aus Bayern gekommen ist, nämlich über einen Änderungsantrag die doppelte Staatsbürgerschaft ausdrücklich in diesen Antrag aufzunehmen. Das ist das eine.

Bei Thema Ehegattennachzug allerdings ist mir die Formulierung, die in dem Initiativantrag drinsteht, zu wenig, zu flach. Im Augenblick sind wir in der Situation, dass wir einen Ehegattennachzug mit zwei unterschiedlichen Zielsetzungen haben. Der Ehegattennachzug ist nämlich diskriminierend. Es gibt Menschen, die müssen keine Deutschprüfung ablegen, und es gibt Menschen, die eine Deutschprüfung ablegen müssen, wenn sie zu ihrem deutschen oder ausländischen Partner nach Deutschland ziehen. Deshalb plädiere ich an euch, das Thema Diskriminierung noch einmal deutlich aufzunehmen. Es kann nicht sein, dass jemand der aus den USA, den der Ehepartner nachholt, keine Deutschprüfung ablegen muss, während jemand, der aus der Türkei, aus Afrika oder aus China nachgeholt werden soll, eine Deutschprüfung ablegen muss, und das unter erschwerten Bedingungen im Goethe-Institut.

(Vereinzelt Beifall)

Also: Bitte, liebe Genossinnen und Genossen, helft uns, dass wir in der Bundestagsfraktion dieses Thema stärker nach vorne bringen können, mit Unterstützung der Partei!

**Garrelt Duin, Tagungspräsidium:** Vielen Dank, Angelika. Jetzt übernimmt Doris für das weitere Verfahren mit der Wahl der Beisitzerinnen und Beisitzer.

**Doris Ahnen, Tagungspräsidium:** Liebe Genossinnen und Genossen, an euch noch einmal die Bitte: Sorgt dafür, dass die Delegierten, die kurzzeitig nicht im Saal sind, wieder hereinkommen. Denn was Ruth Barthels uns jetzt zu sagen hat, ist sicher von großem Interesse und hat dann natürlich auch Konsequenzen für den weiteren Fortgang des Parteitages. Also: Macht euch kurz auf den Weg, eure Nachbarin oder euren Nachbarn zu suchen, sofern sie nicht im Saal sind.

Ich gebe jetzt Ruth Barthels das Wort.

## Ergebnis erster Wahlgang der Beisitzerinnen und Beisitzer im Parteivorstand

**Ruth Barthels, Mandatsprüfungs- und Zählkommission:** Liebe Genossinnen und Genossen, ich möchte euch das Ergebnis des ersten Wahlgangs über die Wahl der weiteren Mitglieder im Parteivorstand berichten: Abgegeben wurden 494 Stimmzettel. 19 davon waren ungültig. Damit waren 475 Stimmzettel gültig. Das notwendige Quorum beträgt damit 238 Stimmen; das ist eine Stimme mehr als die Hälfte. Wer diese Anzahl erreicht hat, ist gewählt.

Ich verlese jetzt zunächst diejenigen, die im ersten Wahlgang gewählt wurden:

Doris Ahnen: 423.

(Beifall)

Niels Annen: 337.

(Beifall)

Ute Berg: 324.

(Beifall)

Björn Böhning: 270.

(Beifall)

Jens Bullerjahn: 281.

Edelgard Bulmahn: 377.

(Beifall)

Ulla Burchardt: 278.

Garrelt Duin: 271.

(Beifall)

Elke Ferner: 367.

(Beifall)

Birgit Fischer: 338.

Evelyne Gebhardt: 252.

Kerstin Griese: 308.

Gernot Grumbach: 256.

(Beifall)

Dietmar Hexel: 254.

Karin Jöns: 248.

(Beifall)

Wolfgang Jüttner: 340.

(Beifall)

Ulrich Kelber: 290.

Barbara Ludwig: 260.

(Beifall)

Heiko Maas: 382.

(Beifall)

Ulrich Maly: 319.

(Beifall)

Christoph Matschie: 286.

(Beifall)

Julian Nida-Rümelin: 349.

(Beifall)

Joachim Poß: 335.

Florian Pronold: 306.

(Beifall)

Thorsten Schäfer-Gümbel: 377.

(Beifall)

Ottmar Schreiner: 298.

(Beifall)

Angelica Schwall-Düren: 298.

Ralf Stegner: 302.

(Beifall)

Ute Vogt: 280.

(Beifall)

Als Nächstes verlese ich die zehn, die im ersten Wahlgang nicht gewählt wurden: Ansgar Dittmar: 140. Ursula Engelen-Kefer: 204. Michaela Engelmeier-Heite: 220. Peter Friedrich: 205. Michael Groschek: 224. Jochen Hartloff: 209. Eva Högl: 229. Hilde Mattheis: 219. Manfred Schaub: 236. Thomas Schlenz: 208.

Das ist das Ergebnis des ersten Wahlgangs. – Danke.

(Beifall)

**Doris Ahnen, Tagungspräsidium:** Liebe Delegierte! Erst einmal vielen Dank, Ruth, für den Bericht. Da mir schon signalisiert wird, dass es Beratungsbedarf gibt, schlage ich vor, dass wir gleich eine kurze Unterbrechung machen, bevor ich dann frage, wer von denen, die im ersten Wahlgang nicht gewählt worden sind, für den zweiten Wahlgang zur Verfügung steht.

Ich möchte euch trotzdem bitten, damit einverstanden zu sein, dass Sigmar an dieser Stelle kurz das Wort ergreifen darf.

**Sigmar Gabriel, Parteivorsitzender:** Liebe Genossinnen und Genossen! Ich habe mich deshalb zu Wort gemeldet, weil ein Kandidat, der im ersten Wahlgang nicht gewählt worden ist, heute nicht hier sein kann, weil er krank ist, aber bei dem es jedenfalls aus meiner Sicht – wenn ihr mir das nicht übel nehmt – besonders wichtig wäre, dass er dabei bleibt. Es ist der Konzern- und Gesamtbetriebsratsvorsitzende von ThyssenKrupp Thomas Schlenz.

(Beifall)

Meine Bitte ist, dass in den Delegiertenbesprechungen darüber beraten wird, ob ihr meiner Bitte folgen könntet, Thomas Schlenz auf jeden Fall wieder in den Parteivorstand zu wählen. Wir brauchen aktive Betriebsräte in den Gremien der Partei. Er gehört dazu. Deswegen ist das meine Bitte.

(Beifall)

**Doris Ahnen, Tagungspräsidium:** Ich glaube, das war ein wichtiger Hinweis, dies auch in den Delegationsbesprechungen, sofern jetzt solche stattfinden, zu bedenken.

Ich schlage vor, Olaf, dass wir an dieser Stelle die Antragsberatung unterbrechen. Wir sind ja Gott sei Dank noch in der Grundsatzdebatte, so dass das auch noch möglich

ist. Ich schlage euch vor, dass wir uns um 12.00 Uhr wieder hier im Saal treffen. Sehr viel länger Zeit lassen könnt ihr euch jetzt nicht; denn dann müssen wir mit dem Parteitag weitermachen. Aber dann ist jetzt ausreichend Raum, sich in den Delegationen zu besprechen.

(Unterbrechung von 11.38 Uhr bis 12.04 Uhr)

**Doris Ahnen, Tagungspräsidium:** Liebe Genossinnen und Genossen, wir möchten gerne den Parteitag fortsetzen.

Ich habe erst einmal noch die Aufgabe, diejenigen, die im ersten Wahlgang gewählt sind, zu fragen, ob sie die Wahl annehmen: Niels Annen? – Ute Berg? – Björn Böhning? – Jens Bullerjahn? – Edelgard Bulmahn? – Ulla Burchardt? – Garrelt Duin? – Elke Ferner? – Birgit Fischer? – Evelyne Gebhardt? – Kerstin Griese? – Gernot Grumbach? – Dietmar Hexel? – Karin Jöns? – Wolfgang Jüttner? – Ulrich Kelber? – Barbara Ludwig? – Heiko Maas? – Ulrich Maly? – Christoph Matschie? – Julian Nida-Rümelin? – Joachim Poß? – Florian Pronold? – Torsten Schäfer-Gümbel? – Ottmar Schreiner? – Angelica Schwall-Düren? – Ralf Stegner? – Ute Vogt?

Alle haben die Wahl angenommen. Dann gratuliere ich allen ganz herzlich!

(Beifall)

Jetzt würde ich gerne diejenigen, die im ersten Wahlgang nicht gewählt worden sind, fragen, ob sie bereit sind, im zweiten Wahlgang noch einmal anzutreten: Ansgar Dittmar? – Ursula Engelen-Kefer? – Michaela Engelmeier-Heite? – Peter Friedrich? – Michael Groschek? – Jochen Hartloff? – Eva Högl? – Hilde Mattheis? – Manfred Schaub? – Thomas Schlenz – wir haben eben gehört, dass er leider erkrankt ist, aber ausdrücklich erklärt hat, dass er gerne bereit ist, im zweiten Wahlgang noch einmal anzutreten.

Die Stimmzettel werden jetzt gedruckt.

Dann würde ich euch gerne Folgendes vorschlagen: Während die Stimmzettel für den zweiten Wahlgang gedruckt werden, hätten wir eine wirklich schöne Freude, ein Grußwort vom Vorsitzenden des BUND, Hubert Weiger, zu hören. Wir freuen uns wirklich sehr, dass er heute hier ist. Wir freuen uns noch mehr, dass er bereit ist, auch ein Grußwort zu uns zu sprechen. Herzlich willkommen!

(Beifall)

– Das mit dem Applaus gerade dem BUND-Vorsitzenden gegenüber können wir besser.

(Beifall)

Wir freuen uns, dass du nicht alleine gekommen bist, sondern dass auch Ulrike Mehl als stellvertretende Vorsitzende dabei ist, die auch einmal SPD-Bundestagsabgeordnete war. Herzlich willkommen!

(Beifall)

Wenn du bereit wärst, Hubert, würden wir dich jetzt um dein Grußwort bitten.

(Beifall)

## **Grußwort Prof. Hubert Weiger, Bundesvorsitzender Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland, BUND**

**Prof. Dr. Hubert Weiger, BUND:** Sehr geehrte Frau Ahnen! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Sehr geehrter, lieber Herr Gabriel! Ich bedanke mich, dass Sie mich als Vorsitzenden des Bundes für Umwelt- und Naturschutz Deutschland zu Ihrem Parteitag eingeladen haben. Ich verbinde diesen Dank mit einem herzlichen Glückwunsch, vor allem an Sie gerichtet, Herr Gabriel, zu Ihrer überzeugenden Wahl zum neuen Vorsitzenden der SPD.

(Beifall)

Zuhören können, Offenheit für andere, neue Positionen und die Bereitschaft zum offenen Diskurs und für mehr Demokratie innerhalb der SPD und erst recht in unserem Lande, dies ist ein hoffnungsvolles Zeichen für uns als größten Natur- und Umweltschutzverband und für viele engagierte Bürger in Deutschland. Der Wunsch nach Solidarität und nach sozialer Gerechtigkeit, aus dem heraus die Identität der SPD herrührt, muss in Zukunft noch mehr als früher mit der Antwort nicht nur auf soziale und ökonomische Krisen, mit der Antwort auf die zentrale ökologische Krise verbunden werden. Auf die epochale Herausforderung, Leben und Wirtschaften mit der Bewahrung der natürlichen Lebensgrundlagen, der ökologischen Tragfähigkeit unseres Landes sowie des Planeten in Einklang zu bringen, muss gerade die SPD glaubwürdige Antworten finden,

(Beifall)

denn die Dramatik der globalen Klimaveränderung und Naturzerstörung und die aktuelle Krise eines ungezügelt kapitalistischen Wirtschaftssystems, das im Bereich der internationalen Bankenwelt Hunderte von Milliarden Folgekosten verursacht – mit nur einem Teil dieser Folgekosten könnten wir tatsächlich nachhaltiges Wirtschaften weltweit ermöglichen –, ist eine besondere Herausforderung nicht nur die SPD, sondern für die gesamte Gesellschaft. Wir dürfen uns nicht länger hilflos den Exzessen und Risiken einer vermeintlich wirtschaftsfreundlichen und wachstumsorientierten Politik ausliefern,

(Beifall)

einer Politik, welche dazu führt, national wie weltweit, dass die Reichen immer reicher und dass die Armen immer ärmer geworden sind, dass die Energie- und Rohstoffverbräuche immer ungleicher verteilt worden sind, dass der Süden unserer Erde immer stärker als Rohstoff- und Futtermittellieferant und als Absatzgebiet für die Produkte, die wir im eigenen Lande nicht mehr loswerden können, kolonialisiert wird, dass die

Artenvielfalt genauso wie die kulturelle Vielfalt und die demokratischen Grundrechte immer weniger gegenüber den Interessen multinationaler Konzern und ihrer renditeorientierten Ziele untergeordnet werden und dass wir uns damit konfrontiert sehen, dass über Jahrzehnte staatlich gemästete und subventionierte Energiekonzerne sich zunehmend als Staat im Staate aufführen

(Beifall)

und die Unverfrorenheit besitzen, nachdem sie letztendlich Milliarden an zusätzlichen Gewinnen aufgrund des Atomkonsenses eingefahren haben, alles dafür zu tun, den Atomausstieg jetzt zu kippen.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, es muss dieser Gesellschaft verdeutlicht werden, dass der Atomkonsens letztendlich mit vielen Zugeständnissen erkaufte worden ist. Es ist mehr als unverfroren, kaum dass diese Gewinne eingesackt worden sind, letztendlich den Atomausstieg aufzukündigen.

(Beifall)

Ich danke sowohl für den BUND als auch persönlich Ihrem neuen Parteivorsitzenden Herrn Gabriel außerordentlich, dass er genau diese Fragen thematisiert hat und dass er klare Kante gegenüber den Atomkonzernen in Deutschland gezeigt hat und damit ein Parteivorsitzender ist, der sich erstmals in der Geschichte Ihrer Partei ohne Wenn und Aber gegen die Atomenergie wendet.

(Beifall)

Wir dürfen auch nicht zusehen, dass letztendlich unsere zusehends den Interessen der Agrogentechnik untergeordnet werden.

(Beifall)

Die Agrogentechnik ist nichts anderes als der letzte Schritt zur Industrialisierung, zum Abhängigmachen nicht nur der Landwirte, sondern von uns allen über das Saatgut von genmanipulierter Nahrung, meine Damen und Herren.

(Beifall)

Wir verlieren damit ein Grundrecht der Menschheit, nämlich die Nahrungsmittelsouveränität. Alle wohlfeilen Sprüche von Koexistenz helfen uns nicht weiter, weil es Koexistenz zwischen letztendlich aggressiven Methoden und friedlichen Methoden in dem Fall nicht gibt.

(Beifall)



Der Klimawandel ist Realität, und er bedroht national genauso wie weltweit unsere Lebensgrundlagen. Die Klimaschutzziele sowohl der alten als auch der neuen Bundesregierung sind, was die Ziele angeht, positiv. Aber sie sind unglaublich, meine Damen und Herren, wenn man sich gleichzeitig für ein Ende des Atomausstiegs und für den massiven Zubau von neuen Kohlekraftwerken einsetzt.

(Beifall)

Atomausstieg, meine Damen und Herren, ist notwendiger denn je, denn es gibt keine friedliche Nutzung der Atomenergie. Es gibt kein einziges Gramm hochradioaktiver Abfälle, welches national oder weltweit gelagert worden ist. Und Atomenergie verhindert den Eintritt in ein Solarzeitalter, welches allein letztendlich unser gemeinsames Überleben garantiert.

(Beifall)

Ehrlichkeit bedeutet aber auch, den Menschen zu sagen, dass die Forderungen nach undifferenziertem Wirtschaftswachstum keinen Ausweg darstellen, sondern eine Sackgasse. Wir wachsen, und trotzdem werden die Ungleichgewichte immer größer. Wir lösen kein einziges unserer Probleme durch Wachstum. Wir verzögern nur die Lösung, die dringend notwendig ist.

(Beifall)

Deswegen plädieren wir gerade als BUND für eine kritische Wachstumsdebatte. Wir müssen als Gesellschaft formulieren, was wachsen soll, und genauso formulieren, was schrumpfen soll, meine Damen und Herren.

(Beifall)

Wachsen soll der Bereich der erneuerbaren Energien. Schrumpfen soll sofort die Atomenergie und mittel- und langfristig die Kohleenergie. Wachsen müssen wir in Qualitäten und nicht länger in Quantitäten.

Daher freuen wir uns auf den vom Ihrem Parteivorsitzenden angesprochenen neuen Dialog. Wir hoffen darauf, dass die SPD als große und – ich sage das ganz bewusst – linke Volkspartei genau diese Themen aufgreift und dass sie thematisiert, dass gerade einkommensschwächere Bevölkerungsschichten am stärksten nicht nur unter sozialen Ungleichgewichten leiden, sondern am stärksten von der Zerstörung unserer Heimat und unseres Globus betroffen sind.

(Beifall)

Die Umweltpolitik muss damit wieder ein Kernanliegen der SPD sein. Denn wie keine andere Partei sind Sie in der Lage, die Frage nach Arbeit und die Frage nach einer

gesunden Umwelt miteinander zu verknüpfen. Es ist darf nicht länger in Deutschland passieren, dass die Not der Arbeitslosen schamlos ausgenutzt wird, um umweltzerstörende Großprojekte durchzusetzen.

(Beifall)

Wir brauchen deshalb eine Verkehrspolitik, welche tatsächlich unsere Mobilität langfristig sichert. Stichwort: Bürgerbahnen statt Hochgeschwindigkeitsbahnen. Unser Land ist mit Straßen genügend erschlossen. Wir müssen nicht länger in Beton und Asphalt investieren. Wir müssen endlich in die geistigen Qualitäten unseres Landes investieren.

(Beifall)

Wir brauchen endlich eine Chemiewirtschaft, welche dafür sorgt, dass chemische Substanzen produziert werden, die umwelt- und menschenverträglich sind. Ich halte es persönlich für ein katastrophales Zeichen der inneren Verfassung der neuen Bundesregierung, wenn als eines der wenigen konkreten Ziele im Koalitionsvertrag genannt wird, dass diese Regierung sich einsetzen wird für die Anwendung der Kartoffelsorte Amflora des BASF-Konzerns. Wie weit sind wir gekommen – ich sage bewusst: verkommen –, dass ein spezifisches Produkt eines deutschen Konzerns zum staatlichen Ziel erklärt wird?

(Beifall)

Ich sage genauso deutlich: Wer diese Genkartoffel aussäht, wird nicht nur Widerstand ernten, er wird, wenn endlich gesellschaftliche Mehrheiten in politische Abstimmungen umgesetzt werden, auch die politischen Mehrheiten über kurz oder lang verlieren.

(Beifall)

Wir brauchen eine Energiepolitik, welche in der Tat aus der Atomenergie aussteigt, aber welche auch nicht länger auf den Zubau von neuen Kohlekraftwerken setzt. Wir plädieren nachdrücklich dafür, dass wenigstens in diesem Zusammenhang Ihr Parteitagbeschluss aus dem Jahre 2007 durchgesetzt wird, nämlich kein Neubau eines Kohlekraftwerkes ohne komplette Abwärmenutzung. Denn dann hätten wir so gut wie kein einziges Problem mehr in unserem Land.

(Beifall)

Es gibt also viel zu tun. Aber Sie müssen die Welt nicht neu erfinden. Denn Sie haben ja außerordentliche sozialdemokratische Politiker in Ihrer Geschichte hervorgebracht. Ich sehe Erhard Eppler, Michael Müller, Ernst Ulrich von Weizsäcker. Dazu gehören auch Sigmar Gabriel, der in seiner Zeit als Umweltminister Entsprechendes

auf den Weg gebracht hat, und Ihre neue Geschäftsführerin Astrid Klug. Sie haben also engagierte Umweltpolitiker. Aber was wir uns als BUND wünschen, ist, dass diese Umweltpolitiker in Ihrer Partei auch anerkannt werden, auch dann, wenn sie kontroverse Positionen vertreten. Sie dürfen sich nicht länger auf den hinteren Plätzen der Listen wiederfinden. Sie sind vielmehr das Pfund Ihrer Partei, auch im Interesse Ihrer eigenen Glaubwürdigkeit.

(Beifall)

Die Umweltbewegung – ich sage das ganz deutlich – ist allein zu schwach, um letztendlich in der Gesellschaft zu verdeutlichen, woher die Umweltzerstörung stammt: durch falsche Subventionen, durch weltweite Kapitalspekulationen, auch durch umwelt- und sozialschädliche Vereinbarungen der WTO. Wir brauchen endlich menschen- und umweltverträgliche Alternativen. Wir brauchen faire und soziale Wettbewerbsbedingungen, mit denen letztendlich Gemeinwohlbelange nicht länger auf dem Altar kurzfristiger ökonomischer Interessen geopfert werden.

Greifen Sie doch das Wort von Ernst Ulrich von Weizsäcker auf: Die Preise müssen die ökologische Wahrheit sagen, aber nicht nur die ökologische, sondern auch die soziale Wahrheit. Dann löst sich vieles von alleine. Menschen kaufen bei Lidl ein, weil sie vermeintlich Geld sparen. Wenn die Kameras, die auf sie gerichtet sind, in den Massentierhaltungsbeständen von Schweinen aufgestellt wären, dann brauchten wir nicht mehr an den Verbraucher zu appellieren „Kauft kein Schweinefleisch aus Massentierhaltungsbeständen!“, dann würden diese Produkte nicht mehr gekauft werden. Die Verbraucher werden aber bis heute über die Art und Weise der Produktion getäuscht.

(Beifall)

Wir brauchen in Deutschland – wir setzen hier ganz bewusst auf die SPD – neue sozialökologische Leitbilder. Wir brauchen ökologischen Wohlstand statt quantitatives Wachstum. Wir müssen endlich Märkte gestalten, statt deregulieren. Wir brauchen keine weiteren Privatisierungen öffentlicher Aufgaben. Gemeinwohl darf nicht länger kurzfristigen Interessen geopfert werden.

(Beifall)

Wir dürfen auch nicht länger unsere staatliche Forschung abhängig machen von der Höhe wirtschaftlicher Zuwendungen, denn dann machen wir sie von den Großen abhängig und gefährden damit die Freiheit der Forschung und damit letztendlich auch der Lehre in unserem Land. Kritische Forschung braucht Unterstützung, aber nicht der Wirtschaft, sondern des Staates.

(Beifall)

Wir müssen eine Debatte führen, ob es nicht notwendig ist, privatisierte öffentliche Unternehmen wieder zu rekommunalisieren,

(Beifall)

also die Re-Kommunalisierung als eine Chance des direkten Bürgereinflusses.

Wir brauchen einen Stopp des Abbaus demokratischer Mitwirkungsprozesse. Die Beschleunigungsgesetzgebung dient in erster Linie dazu, ohne Rücksichtnahme auf Bürger und Betroffene Großprojekte rasch durchzusetzen. Dies ist ein Akt der Entdemokratisierung in unserem Land. Wir müssen mehr Demokratie – wie Willy Brandt es gesagt hat – wagen, statt die Bürger zu entmündigen.

(Beifall)

In der Tat: Wir brauchen einen Abbau der Bürokratie. Aber das ist die Formularbürokratie, das ist die überflüssige Bürokratie. Es darf keine Verwaltung abgebaut werden, die öffentliche Interessen schützt.

Wir brauchen eine Fortsetzung der ökologischen Steuerreform in der Verknüpfung von Arbeit und Umwelt und in der Verknüpfung von Energie- und Ressourcensparen. Wir brauchen endlich den überfälligen Abbau umweltschädlicher Subventionen. Ich kann Ihnen nur aus der Praxis des Natur- und Umweltschutzes berichten: Es ist chancenlos, neue Subventionstatbestände zu kreieren, solange die fehlgeleiteten umweltschädlichen Subventionen in Deutschland in der Größenordnung von 40 bis 50 Milliarden Euro liegen. Wir brauchen dieses Geld für ein Biodiversitätsschutzprogramm, für die Finanzierung von Klimaschutzziele.

Wir haben also sicherlich – nicht nur Sie als SPD, sondern auch wir als Teil der Gesellschaft als unabhängiger und überparteilicher Verband, der sich aber politisch klar positioniert – genügend zu tun. Wir sind dabei, auch diejenigen noch mehr als bisher zu unterstützen in den Parteien und damit auch in der SPD, welche sich genau für diese Ziele einsetzen.

Damit komme ich zum Schluss. Es hilft allerdings nicht, so gut und so notwendig es ist, in der Opposition nur entsprechende Beschlüsse zu formulieren. Es ist notwendiger denn je, dass dort, wo die SPD Verantwortung trägt – in den Ländern, genauso in den Kommungen –, tatsächlich diese Beschlüsse umgesetzt werden. Man muss sehen, wenn man in einer sozialdemokratisch regierten Gemeinde ist, dass es hier einen Platz für Kinder und für Natur gibt und nicht nur für Autos.

(Beifall)

Wir freuen uns auf den Diskurs mit Ihnen auf allen Ebenen, einen Diskurs, der in der Tat von unten zu beginnen hat und bei dem man sich letztendlich, wie Sigmar Gabriel

es gestern formuliert hat, freut, dass es unterschiedliche Meinungen gibt. Ich halte das für eine Aufforderung an die gesamte Gesellschaft.

Vielfalt, meine Damen und Herren, ist die Chance. Es muss einen kontroversen Diskurs geben, um dann auch zu entsprechenden Ergebnissen zu kommen. Das und nicht die Einfachheit, die in vielen Fällen gegolten hat, ist die Qualität, die wir fordern müssen.

In diesem Sinne wünsche ich Ihnen alles Gute für Sie auf dem Parteitag. Wir sind zu einem offenen und fairen Dialog bereit. Fair heißt, auch unterschiedliche Meinungen auszuhalten, fair heißt aber auch, dort zusammenzustehen, wo das notwendig ist. Hier liegt eine große Aufgabe vor uns, nämlich der Kampf gegen den Atomausstieg.

Danke schön.

(Beifall)

**Garrelt Duin, Tagungspräsidium:** Lieber Hubert Weiger, es war uns eine wirkliche Ehre, dass Sie hier heute ein Grußwort zu uns gesprochen haben – zum ersten Mal in der Geschichte der SPD-Parteitage.

(Beifall)

Nach all dem, was wir heute noch beschließen und was Sigmar Gabriel gestern gesagt hat, bin ich mir sicher, dass das heute auch nicht das einzige oder letzte Mal gewesen ist. Ganz herzlichen Dank dafür, dass Sie heute hier waren.

(Beifall)

Ich habe euch jetzt folgenden Vorschlag zu machen. Es gibt einen Initiativantrag 14, der sich genau auf das bezieht, was Hubert Weiger gerade gesagt hat. Wir schlagen euch vor, dass er in diesem Zusammenhang aufgerufen wird, dass Christoph Matschie für die Antragskommission, Heike Wiegel für die Antragsteller und im Anschluss Sigmar Gabriel spricht, dass wir danach darüber abstimmen und daran folgend den zweiten Wahlgang durchführen.

Da sich kein Widerspruch regt, rufe ich jetzt den Initiativantrag 14 auf.

Christoph Matschie hat das Wort.

(Vereinzelt Beifall)

## Beratung Initiativantrag 14 – Atomausstieg

**Christoph Matschie, Antragskommission:** Lieber Hubert Weiger, liebe Genossinnen und Genossen, ich finde es gut, dass wir das Thema, das gerade zum Schluss noch einmal angesprochen worden ist, nämlich der Kampf um den Atomausstieg, hier auf dem Parteitag sofort noch einmal aufgreifen.

Es gibt einen Antrag, der sich mit dem volkswirtschaftlichen Nutzen von Atomkraftwerken beschäftigt. Ich möchte euch den Vorschlag machen, dass wir diesen Antrag in einer geänderten Fassung hier aufgreifen und ein klares Signal setzen. Dieses Signal muss sein: Die SPD steht zum Atomausstieg, und wir werden gemeinsam mit den Umweltverbänden darum kämpfen, dass es beim Atomausstieg bleibt.

(Beifall)

Es gibt viele gute Gründe, weshalb wir diesen Atomausstieg vereinbart haben. Ich will nicht alle aufzählen, aber es ist mir wichtig, eines hier noch einmal deutlich zu machen: Es ist angesichts des wachsenden Atommülls, angesichts der Sicherheitsrisiken und angesichts der Tatsache, dass nukleares Material verbreitet wird, nicht verantwortbar, dass die Atomkraft weiter genutzt wird. Angesichts all dieser Herausforderungen ist es unverantwortbar, den Atomkonsens aufzukündigen und die Atomkraftwerke länger laufen zu lassen.

(Beifall)

Es ist aber auch gesellschaftspolitisch nicht verantwortbar. Diese Energiefrage ist eine, die unsere Gesellschaft immer wieder gespalten hat. Es war ein Verdienst der Sozialdemokratie, hier in Deutschland dafür gesorgt zu haben, dass wir in der Energiepolitik einen Konsens gefunden haben, dass wir einen Konsens im Umgang mit der Atomenergie gefunden haben und dass wir ein Ausstiegsszenario mit der Atomwirtschaft festgelegt haben. Es ist fahrlässig, diesen Konflikt mit der Verlängerung der Laufzeiten jetzt wieder in die Gesellschaft hineinzutreiben.

(Beifall)

Deshalb ist unser Vorschlag, dass wir den Initiativantrag 14 nutzen, um durch eine geänderte Fassung zu einem Beschluss zu kommen, mit dem ein klares Signal zum Ausstieg aus der Atomenergie und zur Zusammenarbeit mit den Umweltverbänden gegeben wird.

Der Vorschlag der Antragskommission ist folgende Fassung:

Der von der neuen Bundesregierung geplanten Verlängerung der Laufzeiten der Atomkraftwerke werden wir uns mit einer öffentlichen Kampagne in Zusammenarbeit

mit den Umweltverbänden entgegenstellen. Zentrale Argumente sind für uns das Sicherheitsrisiko, die Vergrößerung der Atommüllmenge, die Verlangsamung der notwendigen Energiewende sowie der Verweis auf den gesamtwirtschaftlichen Schaden einer längeren Nutzung der Atomenergie.

Ich finde, wir sollten hier an dieser Stelle, nachdem Hubert Weiger zu uns gesprochen hat, ein klares Signal des Parteitag geben: An dieser Stelle stehen wir zusammen! Wir kämpfen gemeinsam für den Atomausstieg!

Herzlichen Dank.

(Beifall)

**Garrelt Duin, Tagungspräsidium:** Vielen Dank, Christoph. – Das Wort hat jetzt Heike Wiegel, und danach spricht Sigmar.

**Heike Wiegel, Braunschweig:** Laufzeitverlängerungen für Atomkraftwerke verstoßen gegen die Strahlenschutzverordnung, wenn der volkswirtschaftliche Nutzen nicht nachgewiesen werden kann. Die Strahlenschutzverordnung – § 4 – verlangt bei neuen Erkenntnissen und Veränderungen eine Abwägung der gesundheitlichen Beeinträchtigung mit dem volkswirtschaftlichen Nutzen – für Tätigkeiten, mit denen eine Kontamination von Mensch und Umwelt verbunden ist. – Unsere SPD-Fraktion soll sich dafür einsetzen, dass die neue Bundesregierung damit konfrontiert wird und entsprechend Stellung nehmen muss.

Mit der ehemaligen rot-grünen Bundesregierung wurde der Ausstieg aus der Stromerzeugung durch die Kernkraftwerke geregelt. In diesem Rahmen wurde auch die Stromversorgung sichergestellt. Laufzeitverlängerungen für Atomkraftwerke sind Geschenke an die Energieversorger, die wir uns nicht mehr leisten können.

(Vereinzelt Beifall)

Die Atomindustrie wurde stark subventioniert. Bis 2008 haben sich schon 130 Milliarden Euro aufsummiert, und ab 2009 sollen es weit über 90 Milliarden Euro werden. Das sind Summen, die sich kaum noch jemand vorstellen kann. Für uns Steuerzahler bedeutet das pro Kilowatt 7,5 Cent auf den normalen Strompreis – über die Steuern. Stunde für Stunde zahlen wir drauf. Aber das merkt doch keiner. Oder doch? Steuergelder: Das ist unser und euer Geld!

Auch für das Risiko von Atomkraftwerken haftet der Bürger mit seiner Gesundheit und seinem Vermögen. Von einer möglichen GAU-Schadenssumme brauchen die Kernkraftwerksbetreiber nur 0,05 Prozent zu versichern. Fast die gesamte Schadenssumme trägt der Bürger: mit seinem Leben, seiner Gesundheit und seinem Vermögen. Würde man dieses Risiko mitversichern, dann kämen pro Versicherungspolice 1 bis 2 Euro zusätzlich drauf.

Stromerzeugung aus Atomkraftwerken ist unwirtschaftlich und wird nur unter massiver Subventionierung betrieben. Es ist unstrittig, dass Atomkraftwerke gesundheitliche Beeinträchtigungen bewirken. Auch wird bei keinem Atomausstieg und dem anfallenden Atommüll, der über viele Tausend Millionen von Jahren Probleme mit sich bringt, die bis heute ungelöst sind, die starke Umweltzerstörung in den Uranabbaugebieten in Kauf genommen. Mit Generationenverantwortung hat dies nicht, aber auch rein gar nichts zu tun. Es ist genau das Gegenteil einer nachhaltigen Energieversorgung.

Die Erzeugung von Atomstrom soll CO<sup>2</sup>-neutral sein. Das ist eine Lüge. Wer so etwas erzählt, der will Glauben machen, man könne den Uranabbau, den Aufbau von Atomkraftwerken, den Rückbau und die Reparaturen sowie die komplette Entsorgung ausblenden.

Als Brückentechnologie wird die Atomkraft nicht gebraucht. Denn gerade in den letzten 10, 20 Jahren hat sich unwahrscheinlich viel geändert auf dem Markt der Energieversorgung. Man könnte heute schon auf die 22 % Atomstrom verzichten. Man kann abschalten. Wir haben genügend Techniken. Wir haben die Möglichkeiten, auf diesen Atomstrom zu verzichten. Man muss es eben nur wollen.

Lassen wir uns einmal überraschen, wie die neue Bundesregierung zu diesem Thema argumentieren will, wenn sie damit konfrontiert wird. Ich unterstütze den Änderungsantrag von Matthias Matschie. Ich glaube, dass das so in Ordnung ist.

(Vereinzelt Beifall)

**Garrelt Duin, Tagungspräsidium:** Vielen Dank, Heike. – Jetzt hat Sigmar Gabriel das Wort.

**Sigmar Gabriel, Parteivorsitzender:** Heike, Matthias heißt Christoph. Wen du meinst, ist Machnig. Der ist jetzt der Angestellte von Christoph.

(Heiterkeit und Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, ich habe mich nur kurz gemeldet, lieber Hubert Weiger, weil ich mich bei Ihnen stellvertretend für die Umweltverbände in Deutschland sehr bedanken will für die letzten vier Jahre guter Zusammenarbeit. Ich möchte auch der Hoffnung Ausdruck verleihen, dass das hier nur der Anfang einer neuen, aber genauso intensiven Zusammenarbeit sein soll.

Liebe Genossinnen und Genossen, ich will euch gleich nur rechtzeitig warnen: Er kann auch kritisch mit der SPD umgehen. Und, Herr Weiger, wir können da kritisch mit den Umweltverbänden umgehen, wo es sein muss. Aber, und das ist meine Bitte an euch, es lohnt sich, die Umweltverbände einzuladen, nicht nur auf den Bundesparteitag, sondern auch in den Ortsverein, in den Unterbezirk, auf die Bezirks- und Landesparteitage,



in die Arbeitsgemeinschaften. Das sind kluge Leute, das sind Menschen, die eigentlich auf unserer Seite sind und denen wir es leichter machen sollten als manchmal in der Vergangenheit. Wir brauchen sie, und sie brauchen uns. Ich würde mich freuen, wenn sozusagen die Tatsache, dass jetzt zum ersten Mal vier Jahre ein Sozialdemokrat Bundesumweltminister war, dazu führt, dass wir zu dem zurückkehren, was Willy Brandt und Erhard Eppler schon vor vielen Jahren wussten und was uns gelegentlich ein bisschen durchgerutscht ist: Wir sind natürliche Bündnispartner. Das wollen wir gemeinsam in den nächsten Jahren zeigen. Vielen herzlichen Dank, und alles Gute für Sie und die Umweltverbände!

(Beifall)

**Garrelt Duin, Tagungspräsidium:** Vielen Dank. Sigmar. Ihr habt von Christoph Matschie Ausführungen zu dem Antrag Ini 14 in der durch die Kommission veränderten Fassung gehört. Wer diesem so geänderten Antrag zustimmen kann, den bitte ich jetzt um sein Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Das ist das einstimmig so angenommen.

(Beifall)

Das ist auch noch einmal ein Signal an die Umweltverbände und an die Öffentlichkeit. Herzlichen Dank.

Doris macht jetzt mit dem zweiten Wahlgang der Beisitzer weiter.

**Doris Ahnen, Tagungspräsidium:** Liebe Genossinnen und Genossen, im zweiten Wahlgang können höchstens acht, müssen aber mindestens vier weitere Mitglieder des Parteivorstandes gewählt werden. Gewählt sind im zweiten Wahlgang die Kandidatinnen und Kandidaten mit der höchsten Stimmenzahl, soweit die Quote nicht verletzt wird. Unser Vorstand besteht insgesamt aus 45 Mitgliedern. Das heißt, es müssen dem Vorstand mindestens je 18 Frauen und Männer angehören. Bisher gewählt sind 21 Männer und 16 Frauen. Es fehlen also noch mindestens zwei Frauen.

Soweit die Erklärungen zum zweiten Wahlgang. Gibt es dazu noch Fragen? – Wenn das nicht der Fall ist, würde ich darum bitten, dass die Stimmzettel ausgeteilt werden. Es sind die blauen Stimmzettel. Die Betroffenen sind schon in den Reihen unterwegs. Ich darf euch bitten, sobald ihr einen Stimmzettel habt, die Kontrollnummer 7 auf diesen Stimmzettel zu kleben und dann eure Wahl zu vollziehen.

Haben alle Delegierten inzwischen einen Stimmzettel?

(Zurufe: Nein!)

Ja, wir hier oben haben noch keine.

Bitte die Hand heben, wo bisher keine Stimmzettel sind. – Ich glaube, bis auf uns sind alle versorgt.

Herr Scholz, wir haben das mit der Kontrollmarke schon gesagt, aber noch mal persönlich für Olaf: Es ist die Nummer 7.

Haben alle ihren Stimmzettel ausgefüllt? – Ich höre keinen Protest. Dann würde ich darum bitten, dass die Stimmzettel eingesammelt werden. – Bitte Hand hoch, wo die Stimmzettel noch nicht eingesammelt sind.

Sind jetzt alle Stimmzettel eingesammelt? – Noch nicht.

So, jetzt bekomme ich das Okay, alle Stimmzettel sind eingesammelt. Dann schließe ich den Wahlgang und bitte euch, die Stimmen auszuzählen.

Ich gebe wieder zurück an Garrelt.

## Generaldebatte zum Leitantrag

**Garrelt Duin, Tagungspräsidium:** Danke, Doris. – Wir steigen wieder in die vorhin schon begonnene Generaldebatte zum Leitantrag an. Als Nächste hat Annette Karl das Wort. Ihr folgt Ulli Nissen.

**Annette Karl, Bayern:** Liebe Genossinnen und Genossen, gestern in unserer Debatte ist das Thema Arbeitsmarktreformen und ihre Auswirkungen mit vollem Recht sehr oft angesprochen worden. Ich denke, eine der Hauptauswirkungen der Arbeitsmarktreformen ist die Tatsache, dass wir im Bewusstsein der Menschen unseren sozialen Markenkern verloren haben.

Der Leitantrag geht auf dieses Thema dann auch dezidiert ein. Dort sind folgende Sätze formuliert: „Die Arbeitsmarktreformen haben ... Furcht vor sozialem Abstieg durch Arbeitslosigkeit ausgelöst.“ Außerdem steht darin: „Leistungskürzungen in der gesetzlichen Rentenversicherung haben zu erheblichem Akzeptanzverlust sozialdemokratischer Alterssicherungspolitik geführt.“

Ich denke, es ist richtig und wichtig, dass diese Sätze im Leitantrag formuliert worden sind. Aber ein Leitantrag, der für sich in Anspruch nimmt, klar und wahrheitsgemäß zu formulieren und die Situation zu beschreiben, kann sich nicht darin erschöpfen, nur die Auswirkungen auf das Befinden der Menschen zu beschreiben.

(Beifall)

Der Leitantrag muss nach vorne schauen, er muss Konsequenzen für unsere sozialdemokratische Politik aufzeigen. Der Landesverband Bayern hat deshalb einen Initiativantrag gestellt, und zwar den Initiativantrag Nummer 6, in dem klare Positionen zur Rente mit 67 und zu den Hartz-Regelsätzen formuliert werden. So fordern wir, dass die Altersgrenze für einen abzugsfreien Bezug der Rente wieder herabgesetzt werden muss. Gleichzeitig muss die SPD Konzepte entwickeln, damit bestimmte besonders belastete Berufsgruppen auch früher abschlagsfrei in Rente gehen können.

(Vereinzelt Beifall)

Denn, liebe Genossinnen und Genossen, zur Wahrheit und Klarheit gehört auch, dass der Einspareffekt der Rente mit 67 letztlich sehr gering ist. Er beträgt nämlich nur 0,5 % beim Beitragssatz im Jahr 2030. Dieser Beitrag ist zu gering, um einen derartigen massiven Eingriff in die Lebensplanung der Menschen zu rechtfertigen.

(Vereinzelt Beifall)

Der zweite Bereich unseres Antrags geht auf die Regelsätze bei Hartz IV ein. Ich denke, wir müssen es uns in unserem Land leisten können und wollen, jedem Menschen ein menschenwürdiges Leben zu ermöglichen. Deshalb müssen wir den Forderungen der Wohlfahrtsverbände nach einer Erhöhung der Regelsätze nachkommen. Vor allem brauchen Kinder einen eigenständigen Regelsatz. Kinder sind kein Anhängsel der Eltern. Sie brauchen einen eigenen Satz für ihre eigenen Bedürfnisse.

(Beifall)

Zum Dritten. In der Gesetzgebung muss endlich der Zwang, auch jedes noch so prekäre Arbeitsverhältnis aufnehmen zu müssen, aufgehoben werden. Denn das führt vor allen Dingen bei Frauen zu immer mehr mies bezahlter Teilzeitarbeit, die hinterher nur dazu führt, dass diese Frauen im Alter auf Grundsicherung angewiesen sind.

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, ich bitte euch, diesem Initiativantrag – entgegen dem Votum der Antragskommission – in allen Teil zuzustimmen. Ich denke, es ist an uns, hier und heute ein Zeichen zu setzen, dass wir mit den Forderungen der Gewerkschaften und Wohlfahrtsverbände d'accord gehen, dass wir an der Seite der Arbeitsuchenden und der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und ihrer Kinder stehen. – Danke schön.

**Garrelt Duin, Tagungspräsidium:** Vielen Dank, Annette. Das Wort hat jetzt Uli Nissen, Hessen-Süd. Ihr folgt Angelica Schwall-Düren, NRW.

**Ulrike Nissen, Hessen-Süd:** Liebe Genossinnen und Genossen! Ich möchte anfangen mit einem Zitat von Aristoteles – das ist über 2 300 Jahre alt –: „Der wahrhafte Demokrat muss darauf schauen, dass das Volk nicht ganz zu arm werde. Denn dies ist die Ursache, wenn eine Demokratie schlecht wird. Man sollte den Ertrag der Staatseinkünfte an die Armen verteilen.“ Ich denke, das sollten wir ernst nehmen.

Liebe Genossinnen und Genossen, viele von euch wissen: Ich bin leider nicht weichgespült. Als ich die erste Ausgabe des Initiativantrages sah, war ich wirklich entsetzt. Ich hatte das Gefühl, es ist nichts erkannt worden. Auch viele meiner Genossinnen und Genossen aus Frankfurt haben gesagt: Uli, mach deutlich, dass wir mit einem solchen Antrag nicht leben können. Die überarbeitete Fassung ist besser, aber natürlich noch nicht perfekt. Mir ist ganz wichtig, dass wir klarmachen und anerkennen, dass wir Fehler gemacht haben.

Hier steht drin: „Wir haben uns der Krise des Sozialstaats gestellt. Wir haben die sozialen Sicherungssysteme gegen den Druck nach zunehmender Privatisierung verteidigt.“ Liebe Genossinnen und Genossen, gab es unter uns die Riester-Rente?

(Vereinzelt Beifall)

Darüber freuten sich die Versicherungsunternehmen. Ich konnte davon profitieren, weil ich selber in dem Bereich tätig bin, aber man kann nicht sagen, dass wir dagegen gestimmt haben.

Hier im Antrag steht auch drin, dass die Unterbezirke ihre Meinung dazu abgeben sollen, warum die Wahlergebnisse so schlecht sind. Liebe Genossinnen und Genossen, ich habe einen Vorschlag zu machen: Lasst euch doch vom Parteivorstand von jeder Austrittserklärung eine Kopie geben.

Wie gesagt, mir ist vieles zu schwammig. Aber gut ist die Initiative „Gut und sicher leben“. Das ist ganz wichtig.

Im Initiativantrag steht auch drin, dass wir einen Parteitag abhalten wollen. Es steht aber nicht drin, wann. Ich möchte gerne, dass wir ein klares Datum aufnehmen: Parteitag im Jahre 2010. Sigmar Gabriel hat ja gestern angesprochen, er wolle jedes Jahr einen Parteitag abhalten. Deswegen: Weil heute noch nicht alles endgültig ausformuliert ist, braucht es klare Formulierungen für diese Position.

Leider ist Sigmar jetzt nicht da; ich finde das sehr schade. Eigentlich wollte ich ihm ein Geschenk machen. Sigmar Gabriel hat gestern Abend gesagt, er sei der erste Vorsitzende des Fanclubs Vermögensteuer. Lieber Sigmar Gabriel, wenn du irgendwo draußen stehst und das hörst: Wir wollen dir ein Geschenk machen; denn wir fordern, die Einführung der Vermögensteuer in den Leitantrag aufzunehmen.

(Beifall)

Dann wird deinem Anspruch zur Durchsetzung verholphen. – Ich danke euch.

(Beifall)

**Garrelt Duin, Tagungspräsidium:** Vielen Dank, Uli. – Die Festschreibung des Jahres ist, wenn ich das richtig sehe, ein nicht vorliegender Änderungsantrag. Du kennst das Verfahren: Bitte einmal schriftlich vorlegen. Dann können wir das nachher zur Abstimmung stellen.

Es hat das Wort Angelica Schwall-Düren, danach Norbert Römer, NRW.

**Angelica Schwall-Düren, Parteivorstand:** Liebe Genossinnen! Liebe Genossen! Ich möchte unsere Debatte gerne um den Aspekt Europa ergänzen. Ich bin froh, dass sowohl Sigmar Gabriel als auch Frank-Walter Steinmeier und Martin Schulz gestern schon darauf hingewiesen haben, wie wichtig dieses Thema ist. Deswegen möchte ich ein paar Minuten darauf verwenden, zu bestimmen, wo wir mit der Partei in Sachen Europa stehen.

Das schlechte Ergebnis bei der Europawahl ist sicherlich ein Schritt auf dieser Etappe gewesen. Aber für die Abfolge schlechter Wahlergebnisse gibt es auch spezifische Gründe. Ich bin davon überzeugt, dass die SPD nach wie vor nicht genügend europäisiert ist. Deswegen wirkt sie auf diesem Feld auch nicht in die Gesellschaft hinein.

Was bedeutet das im Einzelnen? Wir haben diese Europawahl immer noch als eine Sekundärwahl gesehen, wo das Engagement der Mitglieder, der Funktions- und Mandatsträger eher zurückhaltend bis bescheiden war, genauso wie der Einsatz der materiellen Mittel. Was wir versucht haben, eine Politisierung und Personalisierung, ist uns trotz des hervorragenden Kandidaten Martin Schulz noch nicht ausreichend gelungen.

Liebe Genossinnen und Genossen, ich finde, entscheidend ist, dass Europa als wichtiges Thema noch nicht in der SPD und damit auch nicht in der Gesellschaft angekommen ist. Die Bürgerinnen und Bürger, unsere Wähler und Wählerinnen, wissen zwar, dass sie der Europäischen Union Frieden und Sicherheit zu verdanken haben. Aber schon bei der Frage des Wohlstands und der sozialen Sicherheit stellen sie Fragen. Das ist genau das, was sie von dieser Union erwarten. Sie erwarten, dass diese Union nicht nur den Kampf gegen internationale Kriminalität aufnimmt, sondern auch den Kampf gegen den entfesselten Kapitalismus.

Das hat sehr viel zu tun mit der Debatte, die wir jetzt führen wollen: Gut und sicher leben. – Bei offenen Märkten muss das europäische Recht so gestaltet werden, dass wir in der Europäischen Union soziale Mindeststandards bekommen, die dann national umgesetzt werden, zum Beispiel in Form von nationalen Mindestlöhnen. Das hat damit zu tun, dass die Finanzmärkte nicht national reguliert werden können. Dies muss zumindest europäisch erfolgen, wenn wir überhaupt eine Chance haben wollen, internationale Regulierung zu erreichen. Da hat Franz Müntefering wirklich recht: Wir dürfen die EU nicht den Marktradikalen überlassen.

(Vereinzelt Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, das hat auch mit der für die Menschheit so wichtigen Frage zu tun, ob wir die Klimaveränderungen wirklich in den Griff bekommen. Deshalb müssen wir eine europäische Klima- und Energiestrategie entwickeln. Wenn wir hier allein wirken wollen, dann springen wir zu kurz. Für mich heißt das: In die innerparteilichen Debatte „Gut und sicher leben“ muss Europa einbezogen werden, sowohl was die Entwicklung der Perspektiven anbetrifft, als auch was die Wege, Etappen und Instrumente anbetrifft, und zwar auch aus innenpolitischen Gründen. Allerdings, liebe Genossinnen und Genossen, müssen wir unbedingt mit unseren Kolleginnen und Kollegen aus unseren Schwesterparteien und mit der SPE zusammenarbeiten. Das ist mir Anlass, hier einige Vertreter aus unseren Nachbarländern zu begrüßen,

die heute unserem Parteitag folgen, nämlich Genossen und Genossinnen aus Frankreich, aus Polen, aus Spanien, aus Griechenland und Schweden. So weit habe ich das zumindest mitbekommen; möglicherweise sind auch noch andere da. Auch sie seien herzlich willkommen geheißen.

(Beifall)

Zum Schluss, liebe Genossinnen und Genossen: Es hat den Initiativantrag 18 gegeben, der diesen europäischen Aspekt in den Leitantrag aufnehmen will. Soweit ich das mitbekommen habe, wird die Antragskommission das auch übernehmen. Ich freue mich sehr darüber und appelliere an euch alle, bei der Erarbeitung unserer zukünftigen Konzepte die EU mit einzubeziehen. Nur so werden wir in der Zukunft erfolgreich sein. – Herzlichen Dank.

(Beifall)

**Garrelt Duin, Tagungspräsidium:** Vielen Dank, Angelica. – Bevor gleich Norbert Römer und danach Mike Groschek aus NRW das Wort bekommen, möchte ich euch sagen, dass neben Erhard Eppler noch zwei weitere Delegierte des Godesberger Parteitags unter uns sind. Die begrüßen wir ganz herzlich. Hier vorne sitzt Klaus Schütz. Es ist sehr schön, dass du heute mit dabei bist!

(Beifall)

Ebenso herzlich begrüßen wir – er war damals im Zweifel noch ein ganz junger Hüpfen – Franz-Josef Antwerpes in unserer Mitte, der damals schon mit dabei gewesen ist.

(Beifall)

Alle werden gemeinsam mit Anke Fuchs um 14 Uhr die Ausstellung zum Godesberger Programm eröffnen. Vielleicht kann es der eine oder andere Gast – den Delegierten darf ich das ja jetzt nicht empfehlen – dann einrichten, mit dabei zu sein.

Jetzt hat Norbert Römer das Wort. Ihm folgt Mike Groschek.

**Norbert Römer, Nordrhein-Westfalen:** Genossinnen und Genossen! Ich komme gleich zum Kern meines Anliegens: Wir in Nordrhein-Westfalen stehen vor einer ganz wichtigen Wahl, die im Übrigen auch für die ganze SPD von großer Bedeutung sein wird. Deshalb gucken 140.000 rote Schwestern und Brüder gespannt auf diesen Parteitag, weil sie selbstverständlich erwarten, dass die ganze SPD jetzt auch wieder Schritt aufnimmt, uns unterstützt und für uns Rückwind organisiert, den wir in Nordrhein-Westfalen dringend brauchen

Ihr wisst, Schwarz-Gelb – seit viereinhalb Jahren sind die dran – hat in Nordrhein-Westfalen dafür gesorgt, dass die Kolleginnen und Kollegen in den Betrieben, in den

Verwaltungen direkt am eigenen Leib erfahren, was es heißt, wenn die dran sind. Schwarz-Gelb weiß in Nordrhein-Westfalen inzwischen, dass die eigene Mehrheit bröckelt, dass wir denen im Nacken sitzen. Deshalb ist es so wichtig – gestern haben wir dafür die Grundlagen gelegt –, dass der Parteitag uns auch inhaltlich dabei unterstützt, dass wir vor allen Dingen diese Auseinandersetzung gewinnen können. Wir sind zuversichtlich, wir sind da entschlossen und wir sind sicher, dass wir Rüttgers nach Hause schicken und dass mit Hannelore Kraft in Nordrhein-Westfalen zum ersten Mal eine Frau Ministerpräsident dieses Landes wird.

(Beifall)

Deshalb, Genossinnen und Genossen, kommt es darauf an, dass wir wieder ganz nah bei den Menschen sind. Ich gebe gerne zu, dass wir verloren gegangenes Vertrauen zurückgewinnen und neues dazubekommen können. Das muss selbstverständlich mit dem einhergehen, was wir gestern ausführlich diskutiert haben: den Abstiegsängsten der Menschen politisch zu begegnen. Dafür ist in diesem Leitantrag eine Menge an Grundlagen gegeben, die uns in die Lage versetzt, in den nächsten Wochen und Monaten mit den Genossinnen und Genossen auch über Entscheidungen in diesen Prozess zu kommen.

Dann kommt es darauf an, dass wir auch Aufstiegshoffnungen bedienen, dass wir bei vielen Kindern in vielen Familien erst dafür sorgen müssen, dass Aufstiegshoffnungen entstehen können. Deshalb konzentrieren wir uns auf die Förderung von Kindern vor der Schule, in der Schule und auch nach der Schule. Deshalb setzen wir uns für ein gebührenfreies Erststudium und vor allem für mehr betriebliche Ausbildungsplätze ein. Wir unterstützen die Gewerkschaften, die Betriebsräte dabei, dass sie mit Tarifverträgen, mit Betriebsvereinbarungen dafür sorgen, dass es neue betriebliche Ausbildungsplätze gibt. Das reicht nicht aus. Deshalb müssen wir auch gemeinsam immer wieder neu Wirtschaft und Verbände aus der Wirtschaft ermahnen, mehr auszubilden, weil wir doch eine Erfahrung haben, Genossinnen und Genossen: Vor der Krise wussten wir, es gibt einen Facharbeitermangel. Immer noch sind viel zu viele Betriebe in Deutschland dabei, sich vor der Notwendigkeit zu drücken, berufliche Ausbildung zu organisieren. Das muss von uns gerade mit Blick auf die Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen immer wieder auch angemahnt und vor allen Dingen auch gefordert werden.

(Beifall)

Ein Zweites will ich sagen: Gerade in Nordrhein-Westfalen, einem Industrieland, haben die Kolleginnen und Kollegen mit uns, mit der Sozialdemokratischen Partei, immer auch die Hoffnung auf Fortschritt, auf Innovationen verbunden. Gerade hat der BUND-Vorsitzende zu uns gesprochen. Er hat uns deutlich gemacht, welchen



Herausforderungen wir durch den vom Menschen verursachten Klimawandel gegenüberstehen. Er hat Konsequenzen gefordert.

Eine Konsequenz nehmen wir uns in diesem Leitantrag vor: Wir wollen dafür sorgen, dass die CO<sup>2</sup>-Emissionen bis zum Jahr 2020 um 40 % gesenkt werden. Das geht nur, Genossinnen und Genossen, wenn es einen nachhaltigen Beitrag aus Nordrhein-Westfalen gibt. Wir sind – ich wiederhole das noch einmal – Industrie- und Energieland. 44 % aller CO<sup>2</sup>-Emissionen, die vom Handel erfasst sind, entstehen in Nordrhein-Westfalen, weil dort konzentriert Stahlproduktion, Zementproduktion, auch Stromproduktion ist. 27 % des gesamten Stromverbrauchs der Bundesrepublik Deutschland entfallen auf Nordrhein-Westfalen. Ich sage das deshalb, weil damit die Größe der Herausforderung, vor der wir stehen, deutlich wird. Wir wollen den Klimaschutz zu einem Fortschrittmotor machen, weil wir unsere industrielle Produktion in Nordrhein-Westfalen ökologisch umbauen, ökologisch erneuern wollen. Das müssen wir mit den Kolleginnen und Kollegen in den Betrieben schaffen. Die müssen das Vertrauen in uns setzen, dass die SPD tatsächlich auch in diesem Bereich wieder Fortschrittmotor wird.

Deshalb werbe ich dafür, dass wir diesen Leitantrag so, wie er ist, unterstützen. Ich werbe dafür, dass wir damit Rückenwind von diesem Parteitag bekommen. Wir brauchen ihn in Nordrhein-Westfalen. – Vielen Dank fürs Zuhören.

(Beifall)

**Garrelt Duin, Tagungspräsidium:** Vielen Dank, Norbert. – Das Wort hat Mike Groschek. Ihm folgt Evelyne Gebhardt.

**Michael Groschek, Nordrhein-Westfalen:** Liebe Genossinnen und Genossen! Norbert Römer hat recht: Wir müssen nach diesem Parteitag das Gewinnen beginnen. Die erste echte Chance dazu ist am 9. Mai in Nordrhein-Westfalen. Ich glaube, dass der Parteitag bis jetzt so verlaufen ist, dass wir sagen können: Ihr habt uns Rückenwind gegeben, dass wir diesen Parteitag für uns als Chance bei der Landtagswahl nutzen können, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Wir haben gestern vor allen Dingen darüber diskutiert, wie Glaubwürdigkeit und Vertrauen in unsere Politik zurückgewonnen werden können. Ich glaube, dass das ein Schlüsselbegriff ist, um wieder erfolgreich SPD-Politik zu vermitteln. Ich möchte an drei Beispielen deutlich machen, wo wir besser werden müssen:

In Berlin haben wir die Diskussion um die Rütli-Schule erlebt. Die Rütli-Schule ist aber überall in Deutschland! Wenn die Menschen erleben, dass wir Jahr für Jahr auf

unseren Parteitagen Chancengleichheit und Bildungsgerechtigkeit beschließen, aber in ihrem Alltag um die Ecke die Rütli-Schule vor der Tür haben, dann stimmt etwas nicht mit der Glaubwürdigkeit von Politik, liebe Genossinnen und Genossen. Deshalb müssen wir noch konsequenter in der Bildungspolitik werden und den Menschen ein Angebot offerieren, wie es jetzt am Standort Rütli da ist, wie es Sigmar eingefordert hat. Eine Schule der Zukunft muss eine Schule sein, die nicht nur integrativ ist, sondern in die man auch gerne geht, weil sie modern ist, modern ausgestattet ist und weil sie von der Toilette bis zu den Fachräumen wirklich kindgerecht und nicht versifft und verkommen ist, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Ein zweiter Punkt: sozialer Zusammenhalt. Der Vorsitzende der SGK hat deutlich gemacht, wo wir Antworten, auch neue Antworten finden müssen. Bei der finanziellen Ausgestaltung der Kommunen haben wir vieles geleistet. Ohne uns keine Gewerbesteuer! Ohne uns wären die Kommunen nur noch eine Hülle statt selbstverwaltete Städte, wären die Kommunen nur noch Standorte. Deshalb sind wir alle aufgefordert, deutlich zu machen, dass in Ost und West kommunale Armutsinseln politisch nicht gestattet werden können und von uns nicht ertragen werden. Deshalb brauchen wir eine solidarische Finanzausstattung. Auch da brauchen wir als SPD neue Antworten über das Verteidigen der Gewerbesteuer hinaus, liebe Genossinnen und Genossen.

Ein dritter Punkt: die Arbeit. Wir haben darüber geredet, dass wir Arbeitsmarktförderung auch kritisch reflektieren müssen, dass wir neu auf das Handwerk zugehen müssen, weil das Handwerk in Wirklichkeit politische Partner und nicht ideologische Bevormundung braucht, wie es die anderen immer über ihre Handwerksfunktionäre versuchen.

Es gibt die Chance, das Handwerk für uns zu erreichen. Bei uns in unserem Wahlkreis war es so, dass der Kreishandwerksmeister an der Spitze der Protestdemonstration marschiert ist, als es galt, die Privatisierungsversuche der Rüttgers-Regierung von Stadtwerken und Sparkassen zu verhindern. Das war Handwerkspolitik, die nicht Klientelpolitik ist, sondern die den Interessen der Handwerkerinnen und Handwerker dient. Da müssen wir den Menschen Mut machen, auch dem selbständigen Handwerker, uns als Partner zu empfinden und zu begreifen.

Eine letzte Bemerkung zur Arbeitsförderung. Ich glaube, wir sind gut beraten, auf diesem Parteitag nicht so zu tun, als könnten wir nach diesem Parteitag nur in die Schublade greifen und die alten Antworten als Antworten auf neue Fragestellungen in unser Programm oder Schaufenster stellen. Das alleine wird nicht funktionieren, Genossinnen und Genossen. Wir müssen uns neu anstrengen, um denen eine ehrliche, überzeugende Antwort zu geben, die da sagen: „Es ist schön und gut, wenn

ihr sagt, fördern und fordern. Aber ich bin es leid wie dicke Tinte, jetzt im 13. und 14. Bewerbungstraining zu hocken, ohne endlich einmal aus dem Training heraus einen Job zu kriegen.“ Da brauchen wir neue Antworten, die auch dahin gehen müssen, dass wir überlegen, wie denn möglicherweise eine regionalisierte, auf die Strukturen vor Ort organisierte Arbeitsmarktförderung aussieht, und dass wir überlegen, wie denn vielleicht ein sozialer Arbeitsmarkt aussieht, der eine Alternative zu der falschen Diskussion der leistungslosen Grundsicherung ist, liebe Genossinnen und Genossen. Denn wer A sagt, muss auch B sagen. Schulterzucken als Antwort wird nicht mehr reichen.

Und weil das so ist, finde ich es toll, dass wir uns in unserem Leitantrag dazu bekennen, eine sozialdemokratische Steuerpolitik neu zu denken und zu beschreiben. Ich finde es blöd, jetzt so zu tun, als hätten wir die schon in unseren Schubladen. Wir schieben mal eben alle steuerpolitischen Forderungen zusammen und sind dann neu aufgestellt. Falsch! Aber eine Richtung muss unter uns klar sein: Wir sollten den Menschen von Anfang an sagen, mit uns wird es Steuergerechtigkeit und keine Steuergeschenke geben, denn die Kinder brauchen gescheite Schulen, die Erwachsenen brauchen gescheite Arbeitsmarktförderung, und wir alle brauchen Kommunen, in denen es sich zu leben lohnt. Das muss eine Botschaft sein, liebe Genossinnen und Genossen. Der Parteitag ist auf einem guten Weg, diese Botschaft auch zu geben.

(Beifall)

**Garrelt Duin, Tagungspräsidium:** Herzlichen Dank, Mike. – Das Wort hat Evelyne Gebhardt, Baden-Württemberg, gefolgt von Bernhard Daldrup, NRW.

**Evelyn Gebhardt, Baden-Württemberg:** Danke schön. Liebe Genossinnen und Genossen, erst einmal möchte ich mich für den Vertrauensbeweis bedanken, den ihr mir als neu Kandidierende gegeben habt, indem ihr mich gleich im ersten Wahlgang gewählt habt. Ich finde das wunderbar und werde alles daran setzen, eurem Vertrauen wirklich gerecht zu werden, denn das ist ganz wichtig.

(Vereinzelt Beifall)

Mit diesem Leitantrag ist ein Anfang, der Beginn einer wichtigen Diskussion angezettelt worden, der für unsere Partei äußerst wichtig ist. Ich finde es gut, dass wir uns – wie Sigmar es gestern gesagt hat – die Zeit nehmen wollen, ganz gründlich zu diskutieren und voranzubringen und die vielen unterschiedlichen Ideen auch wirklich unter einen Hut zu bringen, die aus der ganzen Bundesrepublik Deutschland kommen.

Es gibt allerdings auch immer noch Nacharbeitsbedarf; das ist ganz klar. Lasst mich einfach zwei Punkte herausgreifen, die mir ganz besonders wichtig sind, der eine als Europaabgeordnete, der andere als stellvertretende Bundesvorsitzende der ASF.

Zum Ersten: Es gibt den Initiativantrag I 8 zu den Änderungen. Da ist ein kleiner Fehler geschehen, den ich gerne berichtigen möchte. Es ist eine kleine Unachtsamkeit, die allerdings sehr viel ausdrücken kann; denn es ist vorgeschlagen, dass diese Ergänzung unter dem Begriff „verantwortungsbewusste Europa-, Außen-, Entwicklungspolitik“ gestellt wird. Liebe Genossinnen, liebe Genossen, Europapolitik ist weit mehr als Sicherheits- und Außenpolitik. Europapolitik ist Innenpolitik. Mit Europapolitik geht es nicht nur um unsere Politik in der Außendarstellung und um eine Antwort auf die Globalisierung. Sie ist auch nicht nur Antwort auf die Wirtschaftspolitik im Binnenmarkt der Europäischen Union, sondern das ist weit mehr, seitdem wir den Lissabon-Vertrag haben. Das sind eben Bürgerrechte, das heißt Verbraucherschutz, Innenpolitik, justizielle Zusammenarbeit, Landwirtschaftspolitik, um nur ein paar Bereiche zu benennen.

Deswegen ist das hier nicht richtig angesiedelt. Ich bitte darum, dass daraus ein Extrapunkt gemacht wird. „Für die soziale Ausrichtung der europäischen Politik“ könnte der Titel dieses Extrapunktes sei, der an die gleiche Stelle gesetzt werden könnte, aber eben nicht nur als Außen- und Sicherheitspolitik.

(Vereinzelt Beifall)

Liebe Genossinnen, liebe Genossen, der zweite Bereich, den ich ansprechen möchte, ist ein Antrag, der ohne Antragsbereich zu finden ist. Wenn ihr in eurem Antragsbuch nachschaut, ist es ganz hinten der allerletzte der Anträge, in dem die ASF den Aktionsplan „Gleichstellungspolitik jetzt!“ eingeführt hat, ein wichtiger Antrag. Dieser Antrag soll erledigt sein durch die Annahme des Leitantrags in der Fassung der Antragskommission. Da steht allerdings nur, dass wir einen Aktionsplan machen wollen, aber nicht, dass der Aktionsplan der ist, der in dem Antrag der ASF steht. Ich möchte darum bitten: Wenn sich die SPD nicht in der Lage fühlt, heute diesen sehr weitreichenden Antrag tatsächlich anzunehmen, sollte der Antrag wenigstens nicht nur als Material an den Parteivorstand, sondern an alle Gliederungen der SPD geschickt werden, mit der Bitte, diesen Antrag wirklich zu diskutieren. Ich bitte den Parteivorstand im Sinne dessen, was wir gestern diskutiert haben, auch die Antworten weiterzugeben, in welche Richtung wir die Politik in diesem Bereich gestalten wollen. Das wäre etwas.

Ich sage euch allen – das werde ich auch verifizieren –: Als neu gewähltes Mitglied des Vorstands werde ich zusammen mit Elke darauf schauen, dass auch wirklich Rücklauf kommt. Wer keinen Rücklauf gibt, der gibt sein Einverständnis zu diesem Antrag. Davon werden wir schlicht und einfach ausgehen, nicht wahr, Elke? Ich will und ich möchte, dass in der SPD auch wirklich über diesen Aktionsplan diskutiert wird, damit er auch wirklich ein Aktionsplan der SPD insgesamt wird. Denn wir können

nicht immer nur über Gleichstellungspolitik diskutieren, sondern wir müssen sie in der SPD auch leben. Darum bitte ich auch sehr. Daran können wir alle gemeinsam arbeiten. – Danke schön.

(Beifall)

**Garrelt Duin, Tagungspräsidium:** Vielen Dank, Evelyne, und noch einmal der Hinweis darauf, dass wir Änderungsanträge, die mündlich gestellt werden, noch einmal schriftlich brauchen.

Bernhard Daldrup hat das Wort. Ihm folgt Matthias Miersch, Region Hannover.

**Bernhard Daldrup, Nordrhein-Westfalen:** Liebe Genossinnen und Genossen, ich wollte noch einmal eine Bemerkung zur Kommunalpolitik machen. Wir haben uns gestern alle sehr darüber gefreut, mit welcher Deutlichkeit und Klarheit ein Bekenntnis zur Kommunalpolitik abgegeben worden ist und welche Rolle und Bedeutung die Kommunalpolitik in der Zukunft haben soll.

Da wir jetzt in Berlin in der Bundesregierung nicht mehr Verantwortung tragen, glaube ich, dass es wichtig ist, an der einen oder anderen Stelle sozusagen Patente zu sichern und deutlich zu machen, worin denn eigentlich Unterschiede zu Schwarz-Gelb bestehen. Da sind meines Erachtens zwei Botschaften besonders wichtig, weil sie zentrale Unterschiede sind.

Die erste Botschaft, die uns unterscheidet, ist: Ja, die SPD ist der Anwalt der Kommunen. Wir haben dafür eine ganze Reihe von Beispielen, die hier verschiedentlich vorgetragen worden sind und von mir nicht mehr im Einzelnen dargestellt werden müssen, angefangen von offener Ganztagsgrundschule über das Kinderfördergesetz bis zum Konjunkturpaket II, und ähnliche Dinge mehr.

Die zweite Botschaft, die uns wirklich zentral unterscheidet, Genossinnen und Genossen, ist die, dass die Sozialdemokraten der Garant für stabile kommunale Finanzen sein müssen. Das ist ein ganz elementarer Unterscheid zu Schwarz-Gelb, Genossinnen und Genossen. Ich weiß, wovon ich rede, denn seit 2005 haben wir in Nordrhein-Westfalen Schwarz-Gelb. Was uns Rüttgers und seine Leute angetan haben, macht in Geld etwa 2 Milliarden Euro an Kürzungen gegenüber den Kommunen und zusätzlichen Belastungen aus, für die es keinen entsprechenden Ausgleich gegeben hat. Wer so mit den Kommunen umgeht, Genossinnen und Genossen, der startet einen Generalangriff auf die kommunale Selbstverwaltung, der startet einen Generalangriff auf die Lebensqualität, auf die Kultur in den Städten, und von denen müssen wir uns unterscheiden, Genossinnen und Genossen. Das sollten wir uns nicht wegnehmen lassen.

(Beifall)

Aber ich will auch einen dritten Punkt ansprechen, der sich an uns selber richtet. Wenn hier gesagt wird, dass es in Zukunft Konferenzen mit den Oberbürgermeistern, Bürgermeister, mit den Landräten und mit den Ehrenamtlichen geben soll, dann ist das gut.

Dies ist ein wichtiger Schritt, um den Zusammenhalt der Sozialdemokraten untereinander zu gewährleisten. Aber auch in der Kommunalpolitik ist nicht alles Gold, was glänzt im Hinblick auf unsere eigene Organisation. Da sollten wir uns nichts vormachen.

Das letzte Kapitel unseres Leitantrages heißt „Zukunft der SPD als Volkspartei“. Dazu will ich euch etwas vortragen. Wir haben in Deutschland ungefähr 12.500 Kommungen. Wir haben als Sozialdemokraten für diejenigen, die in den Städten und Gemeinden Kommunalpolitik machen, eine eigene Organisation, die SGK. Sie soll dafür sorgen, dass gute Kommunalpolitik gemacht wird, dass es gute und qualifizierte Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker gibt. Die SGK in der Bundesrepublik Deutschland hat zum gegenwärtigen Zeitpunkt ungefähr 25.000 Mitglieder in 12.500 Kommunen, zwei pro Kommune. Das ist ein bisschen wenig. Wenn ihr dann noch weiterhin seht, dass von den 25.000 9.000 aus Nordrhein-Westfalen und 3.500 aus Hessen kommen, dann muss man sagen, dass es eine Schieflage gibt.

Ich meine, man muss das ändern. Deswegen wäre es gut, wenn die Landesverbände der SPD, die Bezirke, die Organisation und natürlich die Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker selbst dafür sorgen, dass ihre eigene Organisation gestärkt wird. Das hat im hohen Maße mit der Mehrheitsfähigkeit der SPD zu tun. Denn nur wenn wir in den Kommunen gut sind – viele Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker nehmen Funktionen in der Partei wahr –, wird es mit der Mehrheitsfähigkeit wieder etwas werden.

Deswegen habe ich die Bitte an euch: Wenn wir gute Kommunalpolitik machen wollen, wenn wir die Partei neu und besser aufstellen wollen, dann brauchen wir eine stärkere Sozialdemokratische Gemeinschaft für Kommunalpolitik. Werbt dafür, dass diejenigen, die entsprechende Mandate haben, die Organisation tatkräftig stützen. Das ist nicht in allen Bundesländern gleich. In einigen gibt es Pflichtmitgliedschaften; in anderen ist das ganz anders geregelt. An der Stelle müssen wir besser werden.

Ich will die Gelegenheit gerne nutzen – auch wenn das den weiteren Fachdiskussionen vorbehalten ist –, vor dem Bundesparteitag in dieser Form Unterstützung einzufordern. – Danke schön.

(Beifall)

**Garrelt Duin, Tagungspräsidium:** Danke, Bernhard. – Das Wort hat Matthias Miersch, Region Hannover. Ihm folgt Elke Ferner.

**Matthias Miersch, Hannover:** Genossinnen und Genossen! Ich bin fest davon überzeugt, dass von diesem Parteitag wirklich ein Aufbruch ausgeht und dass wir jetzt an die Ortsvereine treten und sie auffordern können, das, was im Leitantrag skizziert ist, tatsächlich aufzuarbeiten.

Wir müssen aber eine Sache vorher noch ein bisschen deutlicher erklären. In dem Leitantrag fehlt nämlich die grundsätzliche Frage, wie wir eigentlich mit den Beschlüssen, die wir nach internen Diskussionsprozessen innerhalb der Partei fassen, und wie wir mit der tatsächlichen Umsetzung umgehen. Bei uns allen, die wir Verantwortung tragen in Ortsvereinen und in Unterbezirken, kam in der ersten Phase der Auswertungskonferenzen ein Thema immer wieder vor: Wie wurde mit dem Beschluss des Bundesparteitages zur Privatisierung bzw. zur Nicht-Privatisierung der Deutschen Bahn umgegangen? Die Realität passte nicht zu dem Beschluss, Genossinnen und Genossen.

(Vereinzelt Beifall)

Wenn wir uns jetzt die Mühe machen – ich bin davon überzeugt, dass wir es hinkriegen –, die Gliederungen zu mobilisieren, sich aktiv einzubringen, dann muss es eine gewisse Verbindlichkeit bei elementaren Beschlüssen auf Parteitagen geben. Das muss jeder wissen, der politische Verantwortung für die Sozialdemokratische Partei trägt.

(Vereinzelt Beifall)

Auf Seite 3 des Leitantrages reden wir darüber, dass wir nicht mit den Flügeln zu stark schlagen sollen, dass wir nach demokratischen Prozessen eine Entscheidung gemeinsam vertreten sollen. Wir sollten uns aber auch der Frage widmen, wie wir mit Parteitagsbeschlüssen umgehen. Es ist klar, dass es kein imperatives Mandat gibt. Es ist klar, dass man in Koalitionen gezwungen ist, Kompromisse einzugehen. Aber uns muss klar sein: Wenn die Seele durch Kompromisse angekratzt wird, dann wird es richtig schwer, Leute zu finden, die dann im Wahlkampf auch tatsächlich an den Ständen stehen und die Realpolitik verteidigen, liebe Genossinnen und Genossen.

(Vereinzelt Beifall)

Wir haben es im Bezirk Hannover versucht durch den Initiativantrag 25, in dem wir sagen, dass Parteitagsbeschlüsse von elementarer Bedeutung so auszulegen sind, dass nicht gegen sie gehandelt werden darf. Das Beispiel Deutsche Bahn haben wir da aufgenommen. Die Antragskommission hat bis jetzt Ablehnung empfohlen. Ich glaube, es wäre ein sehr gutes Signal, wenn hier der Bundesparteitag ein deutliches Selbstbewusstsein zeigt und damit den Ortsvereinen ein Signal sendet, dass der an

diesem Wochenende beginnende Prozess dazu führen wird, dass mehr Demokratie in der Partei berücksichtigt wird. Ich bitte euch um eure Unterstützung.

(Beifall)

**Garrelt Duin, Tagungspräsidium:** Vielen Dank, Matthias. Das Wort hat nun Elke Ferner. Ihr folgt Hannelore Hunter-Roßmann, Bezirk Weser-Ems.

**Elke Ferner, Parteivorstand:** Liebe Genossinnen und Genossen! Wir haben gestern viel diskutiert und dabei bemängelt, dass wir über das, was gut gelaufen ist, nicht ausreichend gesprochen haben. Das gilt leider auch für das Thema Gleichstellung. Wir haben während des Wahlkampfes wirklich versucht, damit zu punkten. Wir haben im Regierungsprogramm gute Beschlüsse dazu gefasst. Das gilt auch für das Hamburger Programm. Aber wir fangen schon wieder damit an, dass wir die Diskussion nicht fortführen. Die Tatsache, dass uns Frauen bei den Wählerinnen und Wählern in allen Altersgruppen bei der letzten Wahl nicht mehr das Vertrauen geschenkt haben, hängt vielleicht auch damit zusammen, dass wir dieses Thema nicht kontinuierlich über vier Jahre hinweg behandeln. Wir haben doch gute Positionen. Wir sind das Original, wenn es um das Thema Gleichstellungspolitik geht.

Es waren die Sozialdemokraten, die vor 90 Jahren das Frauenwahlrecht eingeführt hat. Es war unsere Genossin Elisabeth Selbert, die sich für den Art. 3 Grundgesetz, der festlegt, dass Männer und Frauen gleichberechtigt sind, eingesetzt hat. Wir haben es nun mit einer schwarz-gelben Regierung zu tun, die in Sachen Gleichstellungspolitik null verstanden hat.

Das sieht man an Dingen wie beispielsweise dem Betreuungsgeld. Es ist zum einen eine Herdprämie, da die Frauen in den tradierten Rollenmustern gefangen werden sollen. Zum anderen werden die Kinder, die es notwendig brauchten, von den Bildungseinrichtungen ferngehalten. Wir haben in dem Leitantrag einige Punkte aufgegriffen. Unter anderem wollen wir einen Aktionsplan „Gleichstellung“ entwickeln. Dazu gehört natürlich – neben dem, was es schon gibt; ich nenne beispielsweise das Gleichstellungsgesetz, das Gesetz, das die Entgeltungleichheit beendet – auch die Diskussionen, ob unser Steuerrecht wirklich auch das Adjektiv geschlechtergerecht verdient.

Wir diskutieren seit vielen Jahren Anträge zum Thema Ehegattensplitting auf jedem Bundesparteitag, auch auf diesem wieder. Ein entsprechender Antrag wurde verwiesen an die Initiative „Gut und sicher leben“. Aber ich sage euch, es wird das letzte Mal sein, dass wir Frauen und auch die Jusos das mitmachen.

(Beifall)



Wir wollen auch mal eine Entscheidung in der Sache zu diesem Thema haben. Denn ein Steuerrecht, das die Erwerbsarbeit von Ehefrauen weniger wertvoll erscheinen lässt, weil deutlich weniger Netto jeden Monat auf dem Lohnzettel steht, verhindert, dass Frauen von der Kindererziehung in den Beruf zurückkehren, weil für sie sich die Arbeit anscheinend nicht lohnt.

Ich bitte herzlich darum, dass wir uns bei der Diskussion um das Steuerrecht, die im nächsten Jahr stattfindet, intensiv dem Thema Ehegattensplitting und dem Thema Familienförderung widmen, damit wir zu guten Beschlüssen kommen.

Ein Letztes möchte ich noch ansprechen, nämlich das Thema Prekäre Beschäftigung. Frauen sind besonders davon betroffen. Die meisten Teilzeitbeschäftigten sind Frauen. Was das bedeutet, auch wenn es im Moment wegen fehlender Betreuungseinrichtungen vielleicht keine Alternativen gibt und weil es vielleicht an der einen oder anderen Stelle auch gewünscht ist, weiß aber auch jeder: Die Frauen sind in der Regel von Qualifizierungsmaßnahmen ausgeschlossen, sie haben, wenn es später darum geht, wieder in Vollzeit einzusteigen, Schwierigkeiten, auf eine volle Stelle zu kommen, und die männlichen Kollegen sind im Hinblick auf die Karriere deutlich an ihnen vorbeigezogen.

Wir brauchen auch eine vernünftige Regelung im Bereich der geringfügigen Beschäftigung. Es ist für mich unerträglich, dass der Löwenanteil der Minijobber Minijobberinnen sind, die ohne sozialen Schutz und häufig auch zu Dumpinglöhnen arbeiten. Die Wochenbegrenzung von 15 Stunden, die wir schon beschlossen haben, reicht da nicht aus, sondern wir brauchen eine Regelung, die im Prinzip im Grundsatz bedeutet: Jede Arbeit muss auch einen sozialen Schutz genießen. – Auch das gehört für meine Begriff zu den Dingen, die wir in den nächsten zwölf Monaten zu diskutieren haben.

(Vereinzelt Beifall)

Ich glaube, dass wir hier viel Vertrauen zurückgewinnen müssen. Das bedeutet aber auch, dass wir dann, wenn wir über Gesellschaftspolitik reden, das Thema Gleichstellung von Frauen und Männern in der Gesellschaft nicht vergessen dürfen, und das bedeutet auch, dass bei Veranstaltungen, die die Partei durchführt, Frauen nicht nur sichtbar sind, sondern auch zu Wort kommen – auch als Referentinnen.

In diesem Sinne bedanke ich mich für eure Aufmerksamkeit, und ich hoffe auf Unterstützung in den Diskussionen, die noch vor uns liegen.

(Beifall)

**Garrelt Duin, Tagungspräsidium:** Danke, Elke. – Jetzt kommt Hannelore Hunter-Roßmann. Danach wird das Wahlergebnis bekannt gegeben. Nach der Bekanntgabe

des Wahlergebnisses werden wir dann zur Verabschiedung von einzelnen Genossinnen und Genossen kommen. Ich bitte euch alle, dann wieder hier im Saal zu sein, weil ich glaube, dass das noch einmal ein ganz wichtiger Moment sein wird. – Hannelore, du hast das Wort.

**Hannelore Hunter-Roßmann, Weser-Ems:** Moin, liebe Genossinnen und Genossen, ich möchte kurz die Fahne der Ehrenamtlichen Kommunalos hochhalten.

Sigmar, du hast gestern und auch auf den Regionalkonferenzen mehrfach gesagt, dass das Ehrenamt mehr Gewicht in der SPD bekommen soll. Das finde ich gut und richtig. Ich denke, wir sollten das an einer weiteren Stelle im Leitantrag auch schriftlich fixieren. Ich bitte, das als Ergänzung unter dem Punkt 4 – Zukunft der SPD als Volks- und Mitgliederpartei – in den vorletzten Absatz in zweiten Satz zu schreiben. Da steht dann, wenn ihr dem zustimmt:

„In diese Arbeiten sollen die SGK, insbesondere auch die dort organisierten ehrenamtlichen Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker, und andere eingebunden werden.“

(Beifall)

Als Begründung sage ich: Ich sehe, dass die Diskussion sonst vielleicht von den hauptamtlichen OBs dominiert werden könnte. Das ist nicht böse gemeint, Stephan Weil. Ich glaube aber, viele sehen das vielleicht ähnlich, und ich bitte euch um Unterstützung.

Danke.

## Ergebnis zweiter Wahlgang der Beisitzerinnen und Beisitzer im Parteivorstand

**Doris Ahnen, Tagungspräsidium:** Liebe Genossinnen und Genossen, jetzt wird die Ruth uns die Ergebnisse des zweiten Wahlgangs zur Wahl der Beisitzer und Beisitzerinnen im Parteivorstand mitteilen.

**Ruth Barthels, Mandatsprüfungs- und Zählkommission:** Liebe Genossinnen und Genossen, der zweite Wahlgang ist beendet. Es waren im zweiten Wahlgang acht Kandidaten zu wählen; zehn standen zur Wahl. Entscheidend war die jeweils höchste Stimmenzahl.

Abgegebene Stimmen 507, gültig waren 500 Stimmen. Gewählt sind – ich werde das dem Alphabet nach verlesen –:

Michaela Engelmeier-Heite mit 303 Stimmen,

(Beifall)

Peter Friedrich mit 217 Stimmen,

(Beifall)

Michael Groschek mit 298 Stimmen,

(Beifall)

Jochen Hartloff mit 350 Stimmen,

(Beifall)

Eva Högl mit 202 Stimmen,

(Beifall)

Hilde Mattheis mit 247 Stimmen,

(Beifall)

Manfred Schaub mit 284 Stimmen

(Beifall)

und Thomas Schlenz mit 458 Stimmen.

(Beifall)

Die Quote ist damit erfüllt.

Nicht gewählt wurden: Ansgar Dittmar mit 94 Stimmen und Ursula Engelen-Kefer mit 183 Stimmen.

Danke, das war es.

**Doris Ahnen, Tagungspräsidium:** Vielen Dank für den Bericht. – Ich darf die Gewählten fragen, ob sie die Wahl annehmen.

Michaela Engelmeier-Heite?

**Michaela Engelmeier-Heite, Nordrhein-Westfalen:** Ja.

**Doris Ahnen, Tagungspräsidium:** Peter Friedrich?

**Peter Friedrich, Baden-Württemberg:** Ja.

**Doris Ahnen, Tagungspräsidium:** Michael Groschek?

**Michael Groschek, Nordrhein-Westfalen:** Ja.

**Doris Ahnen, Tagungspräsidium:** Jochen Hartloff?

**Jochen Hartloff, Rheinland-Pfalz:** Ja.

**Doris Ahnen, Tagungspräsidium:** Eva Högl?

**Eva Högl, Berlin:** Ja.

**Doris Ahnen, Tagungspräsidium:** Hilde Mattheis?

**Hildegard Mattheis, Baden-Württemberg:** Ja.

**Doris Ahnen, Tagungspräsidium:** Manfred Schaub?

**Manfred Schaub, Hessen-Nord:** Ja.

**Doris Ahnen, Tagungspräsidium:** Thomas Schlenz – das wissen wir – ist leider erkrankt, aber er hat ja vorher erklärt, dass er die Wahl annehmen würde.

Euch allen, die ihr gewählt seid, herzlichen Glückwunsch.

(Beifall)

Ich darf an dieser Stelle Sigmar, unserem Parteivorsitzenden, das Wort zur Verabschiedung geben.

## Verabschiedung der ausscheidenden Parteivorstandsmitglieder

**Sigmar Gabriel, Parteivorsitzender:** Liebe Genossinnen und Genossen, ihr habt einen neuen Parteivorstand gewählt. Vielen Dank.

Zuerst danke ich denen, die kandidiert haben, aber nicht gewählt worden sind. Ich finde, wir sollten stolz darauf sein, dass wir mehr Leute haben, die wollen und es auch können, als wir Plätze im Parteivorstand haben. Vielen Dank an die, die nicht gewählt worden sind.

(Beifall)

Vor allen Dingen, liebe Genossinnen und Genossen, sage ich natürlich herzlichen Dank an die, die kandidiert haben, aber auch an die, die jetzt aus dem Parteivorstand ausscheiden. Ich glaube, es ist eine gute Tradition, dass wir uns auf dem Parteitag – auch in Anwesenheit möglichst aller Delegierten – bei denjenigen bedanken, die in den letzten Jahren die SPD in nicht ganz einfachen Zeiten geführt und versucht haben, die Partei auf eine sichere Bahn zu bekommen – und das zum Teil seit vielen Jahren.

Zuallererst, liebe Genossinnen und Genossen, lasst uns dem ein herzliches Dankeschön sagen, dem wir, dem die deutsche Sozialdemokratie, unglaublich viel zu verdanken haben. Franz Müntefering, vielen herzlichen Dank für deine Arbeit.

(Lang anhaltender Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, ein wirklich großer Sozialdemokrat verlässt die Brücke, das Steuer, aber natürlich nicht unser Schiff. Franz, du hast seit Jahrzehnten und seit 1995 an vorderster Linie der Partei für die Sozialdemokratie und für das Land, für Deutschland, viel getan und erreicht.

Es gibt – jedenfalls ist das mein Eindruck – drei Wahlsprüche, die dich in deiner politischen Laufbahn geleitet haben:

Der Erste, den du selber oft zitiert hast, stammt von einem alten, verdienten Genossen; du hast ihn übernommen. Er lautet: Man muss das Leben nehmen, wie es ist, aber man darf es nicht so lassen.

Der Wille zum Handeln und zum Verändern – das immer verbunden ist mit viel Arbeit und natürlich auch mit Ärger – spricht daraus.

Der zweite Wahlspruch – angelehnt an Albert Camus – lautet: Man muss sich Sisyphus als einen glücklichen Menschen vorstellen – trotz der scheinbaren Vergeblichkeit des Versuchs, den Stein den Berg hinaufzurollen die Freude und Gelassenheit bei alledem nicht zu verlieren.

Das dritte Motto, glaube ich, fällt uns allen am ehesten ein, wenn wir über dich nachdenken oder sprechen: Schlage die Trommel, und fürchte dich nicht. – Ein mutiger Trommler – ich glaube, das bist du und das bleibst du, lieber Franz. Vielen Dank dafür! Das können wir von dir lernen.

(Beifall)

Du hast einen langen Weg in und mit der SPD hinter dir: Stadtratsmitglied in Sundern – gestern habe ich deinen Ortsverein kennenlernen können –, Landtagsabgeordneter im Nordrhein-Westfälischen Landtag, Minister in NRW, Bundesgeschäftsführer, Generalsekretär, Vorsitzender der deutschen Sozialdemokratie. Immer ging es dir darum, deine SPD nach vorne zu bringen und zu stärken.

Damals schrieb mal ein Journalist über dich, über den neuen Bundesgeschäftsführer: Franz Müntefering handelt, während andere noch nicht diskutieren. – Ich glaube, Genossinnen und Genossen, dass man beides machen muss, aber man muss, glaube ich, auch gelegentlich aufpassen, dass wir nicht nur sammeln, sondern – das, was er uns empfiehlt – immer beides machen: Führen und Sammeln.

Den Wahlkampf 1998 hast du mit einer modernen und hoch professionellen Kampagne geführt. Ich habe gestern an das Motto, das unser Motto bleibt und für uns richtig ist – Innovation und Gerechtigkeit – erinnert. 1999 wurde eigens für dich das Amt des Generalsekretärs erfunden. Und hier hattest du mal wieder Gelegenheit, klarzumachen, wie du zur Partei stehst. Von dir stammt der Satz: Ich bin Generalsekretär der Partei, nicht des Vorsitzenden. – Ich vermute, das hast du mit Andrea Nahles gemein.

(Heiterkeit und Beifall)

Du hast dich früh darum gekümmert, dass junge Leute angesprochen wurden. Denn die SPD hat schon länger das Problem eines nicht gesunden Altersdurchschnitts. Du warst mutig: Die Führung der Partei hast du gleich zweimal übernommen, obwohl Päpste eigentlich nicht wiederkommen. Und es waren nie verlockende Zustände, in denen sich die SPD gerade befand.

2004 gab es die Auseinandersetzung um die Agenda 2010. Du hast ihr nach langer Prüfung – du hast es dir wahrlich nicht leicht gemacht – zugestimmt und sie mit durchgesetzt. Aber du hast auch zugegeben, dass du deine Meinung erst nach einem langen Prozess geändert hattest. In vielen Dialogveranstaltungen hast du damals erklärt, warum du der festen Überzeugung bist, dass die Reformpolitik notwendig war. Du sahst es als deine Aufgabe an, unseren Bundeskanzler, Gerhard Schröder, zu stützen – mit großem Erfolg. Ohne dich wäre die Kanzlerschaft früher zu Ende gegangen. Ich vermute, Genossinnen und Genossen – auch wenn wir uns manchmal mit mancherlei

Führungs- und Politikfragen gequält haben –, dass es nicht lange dauern wird, bis wir uns die Querelen einer Regierungspartei zurückwünschen.

(Beifall)

Das ist angenehmer, als wenn man sich weniger quält, aber nichts durchsetzen kann. Die SPD muss an der Regierung orientiert bleiben. Das ist dein Vermächtnis, Franz. Ich glaube, das werden wir nicht vergessen.

(Beifall)

Aus Anlass des 40. Jahrestages der Regierungserklärung „Mehr Demokratie wagen“ hast du Willy Brandt einen Pfadfinder genannt. Du bist selber ein Pfadfinder, jemand, der losgeht und nach Wegen sucht. So ein Pfadfinder – das wissen wir – lockt, bittet, überzeugt. Allerdings nötigt er manchmal Leute auch, mitzukommen. Franz kann überzeugen und Menschen mitnehmen. Ich glaube, du bist das, was Johannes Rau einen „Menschenfischer“ genannt hat.

Manchmal wird gesagt ,du seiest zu autoritär. Ich habe dich nicht so empfunden. Ich habe dich als jemanden empfunden, der eher die Leinen lose lässt, der aber weiß, dass es notwendig ist, sich abzustimmen. Ich glaube, das ist nicht autoritär. Sich abzustimmen, ist notwendig, liebe Genossinnen und Genossen. Auch das, glaube ich, ist etwas, das wir nicht vergessen dürfen.

Deine zentrale Sorge in der letzten Zeit betraf Folgendes – das hörte ich immer, wenn ich dich habe reden hören –: Die Demokratie in Deutschland ist erfolgreich, aber sie ist erfolgreich, weil sie mit wachsendem wirtschaftlichen und sozialen Wohlstand verbunden war. Was, so deine Frage, wird wohl passieren, wenn das Menschen nicht mehr so erleben wie in den letzten 60 Jahren? Und viele erleben es ja schon nicht mehr so. Du willst dich nicht damit abfinden, dass ein Drittel unserer Bevölkerung nichts mehr vom demokratischen Staat wissen will. Du hast dir Sorgen um die Demokratie gemacht. Auch das ist ein Satz, der uns in Erinnerung bleiben muss: Demokratie muss mehr sein als Zuschauerdemokratie, liebe Genossinnen und Genossen.

Wenn von der SPD und ihrem Vorsitzenden die Rede ist, dann kommt oft der Satz – ich erinnere das auch bei Gerhard Schröder –: Du hast es uns nicht immer leicht gemacht, wir dir aber auch nicht. Aber so ist das: Tennisspieler in der Partei kannst du eben nicht leiden, die hast du über kurz oder lang zu Fußballspielern gemacht – meistens jedenfalls.

Franz ist authentisch – ich glaube, auch gelassen. Man spürt, dass du immer im Einklang mit dir selbst bist. Ich glaube, dass man das von dir lernen kann. Du bist auch ein Kärner im Wehnerschen Sinn. Franz ist ein alter, aber eben auch junger und

moderner Sozialdemokrat, der weiß, dass es am Ende bei uns um Werte geht, die uns zukunftsfähig machen, die uns traditionell zum Erfolg verholpen haben, aber auch um Werte, die heute umso notwendiger sind, von Freiheit und Solidarität, von Freiheit und Gerechtigkeit.

Du hast Stillstand und bist auch selbst immer in Bewegung. Wir alle haben dich übrigens auch zutiefst bewundert, als du trotz deines innerlichen Engagements, trotz der Sorge um die Partei und trotz der Tatsache, dass du wusstest, dass viel zu tun bleibt, dich am Ende auch selber verantwortlich gefühlt hast für einen Menschen, der dir über viele Jahre ganz nahe war – Ankepetra. Ich glaube, dass das etwas ist, was nicht nur uns in Erinnerung bleibt: Verantwortung nicht nur für die Gesellschaft zu predigen, sondern sie auch selber für den Nächsten und den Allernächsten zu übernehmen, wenn es notwendig ist.

(Beifall)

Ich finde, du bist ein großes Vorbild an Mitmenschlichkeit. Du bist allerdings auch ein Solitär in einer redseligen Zeit. Es ist klar, du kannst Geheimnisse für dich behalten. Ich bin immer an deinem Gesicht verzweifelt, weil ich versucht habe, herauszufinden: Was denkt der Kerl jetzt eigentlich? – So wie eben, als es dir dann doch nicht gelungen ist, dein Gesicht unter Kontrolle zu behalten. Dann wusste man, wenn du denkst: Mein Gott, was redet der da?

Aber ich glaube, die Regierungsfähigkeit, deine Mitmenschlichkeit, dein Wille zum Handeln, zum Führen – das alles bleibt in der Partei erhalten. Du willst eben, dass die Partei keine Selbsterfahrungsgruppe ist, auch dann nicht, wenn ihr das schwerfällt. Du willst, dass es eine Partei ist, die sich verändert, aber auch eine, die die Welt zum Besseren verändert.

Liebe Genossinnen und Genossen, Franz bleibt der Sozialdemokratie erhalten. Er hat vor Kurzem gesagt: für immer. Ich finde, wir sollten ihn beim Wort nehmen.

(Beifall)

Ich glaube, Menschen wie du, wie Hans-Jochen Vogel, wie Erhard Eppler, wie Helmut Schmidt, die auch dann, wenn sie die Führung der Partei verlassen, ihr solidarisch, mit Rat und Tat und nicht mit billiger Polemik zur Seite stehen, das sind Sozialdemokraten, die der Partei und allen, die nach uns kommen, in Erinnerung bleiben werden, mehr als andere.

(Beifall)

Noch einmal: Wir haben dir viel zu verdanken. Du hast die SPD so genommen, wie sie ist, aber du hast sie nicht so gelassen. Liebe Genossinnen und Genossen, lasst uns



noch einmal einem großen Sozialdemokraten herzlich applaudieren. Vielen Dank, Franz Müntefering!

(Langanhaltender Beifall)

Jetzt musst du noch einmal nach vorne kommen.

(Franz Müntefering bekommt ein Bild überreicht)

**Franz Müntefering:** Liebe Genossinnen und Genossen! Ich bedanke mich ganz herzlich. Ich bedanke mich bei Sigmar, beim Parteivorstand, bei euch allen. Sigmar hat die Gelegenheit genutzt, um viel Gutes über mich zu sagen. Es war alles richtig.

(Heiterkeit und Beifall)

Ich will die Gelegenheit nutzen, mich meinerseits herzlich zu bedanken: bei euch allen und bei der Partei.

Ich habe nur eine Bitte – nehmt die einfach mit –: So wichtig es auch ist, dass wir miteinander und über uns sprechen, vergesst darüber nie, dass die SPD nicht um ihrer selbst da ist, sondern um dafür zu sorgen, dass die Menschen menschenwürdig leben können. Wir sind dafür da, Dinge zu gestalten, Politik zu gestalten. Wo Menschen beieinander sind, müssen sie Regeln finden. Der Grundgedanke der Sozialdemokratie war immer, dass zunächst der Einzelne kommt, das Individuum. Aber wenn mehrere beieinander sind, müssen sie sich Regeln geben, aus denen heraus sich erklärt, wie man miteinander leben will. Das ist nicht immer ganz leicht, weil unterschiedliche Interessen aufeinander stoßen. Das Wichtige ist, dass wir als Partei nie so selbstzufrieden sein dürfen, dass wir uns genügen, wenn wir miteinander diskutieren, gute Parteitage machen, intern gute Entscheidungen treffen. Entscheidend ist, dass wir immer auf dem Weg bleiben, um mit den Menschen zusammen für die Gesellschaft die Dinge zu gestalten und ihnen ein menschenwürdiges, gutes Leben zu ermöglichen.

Karl Richter, den Sigmar eben schon zitiert hat, hat gesagt: Das Leben nehmen, wie es ist, aber es nicht so lassen! – Karl Richter ist auch in anderer Weise ein Vorbild; er ist nämlich 102 Jahre alt geworden. Das hat verschiedene Logiken. Eine Logik ist: Wenn man bei der Sozialdemokratie ist und jeden Morgen aufsteht, kann man ganz alt werden. Man kann daraus wirklich etwas machen. Karl Richter hat als junger Mensch noch erlebt, wie Scheidemann vor dem Reichstag am 9. November 1918 die Republik ausrief. Das hat er mir erzählt, auch wie er die Dinge sich hat entwickeln sehen. Je nachdem, wie alt man ist, hat man sehr unterschiedliche Vorstellungen von der Geschichte, von der eigenen und von der der Partei.

Wir sind gut beraten, wenn wir dieses Wort von der Politikwerkstatt aufnehmen, das Sigmar gestern gebraucht hat. Wir sollten uns klar darüber sein, dass die SPD

erstens eine Geschichtswerkstatt ist – 146 Jahre, in denen unglaublich viel Gutes drin ist – und zweitens eine Zukunftswerkstatt ist, nämlich eine Gruppe von Menschen, die darüber nachdenkt, wie es denn eigentlich werden soll; nicht in der Gewissheit, dass man das alles so gestalten kann, wie man es will, aber dass man es doch beeinflussen und es in eine gute Richtung lenken kann. Diese Idee, dass wir aus eine gemeinsame Geschichte haben, die nicht zu Ende ist, und die wir nach vorne tragen müssen, muss uns begleiten. Je mehr wir selbst davon überzeugt sind, umso mehr werden wir die Menschen erreichen können, damit sie mit uns dieses Land, Europa und die Welt gestalten.

Als Willy Brandt ging, hat er in seiner Abschiedsrede gesagt: Wenn ihr mich fragt, was das Wichtigste ist, sage ich euch, neben dem Frieden die Freiheit. – Das ist vielleicht ein Wort, das Sozialdemokraten nicht jeden Tag sagen. Aber das trifft den Kern: Es geht um jede Einzelne, um jeden Einzelnen. Das ist das, was unsere Politik bestimmen muss.

Vielen Dank noch einmal! Ich bin ganz sicher: Wir werden uns noch an vielen Stellen sehen und miteinander reden.

Was das Reden angeht, will ich noch eine Anmerkung machen, die Sigmar schon angesprochen hat. – Sigmar versteckt sich. – Du sitzt schon wieder auf meinem Platz.

(Heiterkeit und Beifall)

Also, zum Reden: Es gibt welche, die reden zehnmal mehr, als sie wissen, und manche, die sagen nur ein Zehntel von dem, was sie wissen. Ich weiß, ich habe die Neigung, mich immer zu der einen Gruppe zu zählen – was auch immer ihr darüber denkt.

Ich wünsche euch alles Gute, ein herzliches Glückauf und viel Erfolg, für die SPD, für die Sozialdemokratische Partei, und für die Menschen in Deutschland und in Europa. – Vielen Dank.

(Beifall)

**Sigmar Gabriel, Parteivorsitzender:** Vielen Dank. – Das Bild, das wir Franz geschenkt haben, stammt von Johannes Heisig, dem Sohn von Bernhard Heisig, und hing bisher in Franz' Arbeitszimmer im Willy-Brandt-Haus. Es passt, glaube ich, ganz gut zu ihm. Deswegen haben wir gesagt: Nimm ein bisschen was mit, das behältst du bei dir, wir behalten dich auch ein bisschen.

Mir ist schon ein guter Redner eingefallen für das 150-jährige Jubiläum der SPD in vier Jahren.

(Beifall)

Wir müssen noch andere Genossinnen und Genossen aus dem Parteivorstand verabschieden. Einer von denen hat vorhin zu mir gesagt, das sei jetzt für längere Zeit das letzte Mal, dass er einen Wahlzettel ausfüllen kann: Frank-Walter Steinmeier. Er bleibt dabei und geht doch ein bisschen. Vielen Dank, Frank-Walter, für Deine Mitarbeit im SPD-Parteivorstand. Du musst ja doch zu den Sitzungen kommen, es ist also nur ein halber Abschied. Vielen Dank und alles Gute!

(Beifall)

Ein zweiter, der geht und bislang stellvertretender Parteivorsitzender war, hat viele Aufgaben in der Partei übernommen – er war sogar einmal für Umweltpolitik zuständig; ich kann jetzt ja das Geheimnis lüften, weshalb ich mit meinem Haushalt immer gut klargekommen bin –: Staatssekretär in Schleswig-Holstein, Minister in Schleswig-Holstein, Minister in NRW, Ministerpräsident und – was ihr nie gedacht habt – Vizevorsitzender des Fanclubs der Vermögensteuer. Vielen, vielen Dank, Peer Steinbrück! Du warst ein großartiger Bundesminister der Finanzen.

(Lebhafter anhaltender Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, das ist auch nur ein halber Abschied, aber aus einem Amt, in dem er uns, wie ich finde, glänzend in allen Wahlkämpfen vertreten hat, einem Amt, das er wirklich ausgefüllt hat. Aber er geht ja auch nur halb. Er wird stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion. Lasst uns herzlich Hubertus Heil verabschieden – nur aus dem Amt des Generalsekretärs der SPD. Vielen Dank für Deine Arbeit und viele glänzende Auftritte!

(Beifall)

Jemand, die mir immer guten Rat gegeben hat, auch in der Zeit im Umweltministerium, und die jedenfalls nach meinem Empfinden wie kaum eine andere in den letzten Jahren die Kommunalpolitik mit ihrer großen Aufgeschlossenheit, ihrem klugen Engagement, aber auch mit einem großen Herzen vertreten hat und die uns jetzt auch nur den Parteivorstand verlässt – mehr nicht –, ist Bärbel Dieckmann. Vielen, vielen Dank, liebe Bärbel! Eine großartige Arbeit!

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, lasst uns auch jemanden mit Applaus verabschieden, die in schwierigen Zeiten, in denen andere geflüchtet sind, die schwierigen Debatten zwischen SPD und Gewerkschaften ausgehalten hat, die Vertreterin der Gewerkschaften, der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und einer engagierten Sozialpolitik im Parteivorstand gewesen ist. Sie hat über viele Jahre die Verbindung

von SPD und DGB dargestellt: Ursula Engelen-Kefer, Mitglied des Parteivorstands seit 1986. Vielen Dank dafür!

(Beifall)

Es verlässt uns auch Susanne Kastner, Mitglied des Parteivorstands der SPD seit 2004, seit 1989 Mitglied des Deutschen Bundestags und vor allen Dingen zwischen 2002 und 2009 eine hervorragende Repräsentantin der deutschen Sozialdemokratie, aber auch der ganzen deutschen Bevölkerung als Vizepräsidentin des Deutschen Bundestags. Vielen Dank, Susanne Kastner!

(Beifall)

Es geht auch jemand, der weiß, dass es sich selbst da, wo es fast aussichtslos erscheint, Mehrheiten zu bekommen, lohnt, für sozialdemokratische Politik zu kämpfen, jemand, der auch mit Herz und Verstand die Sozialdemokratie in Bayern repräsentiert hat. Er ist seit 1990 Mitglied im Bayerischen Landtag, von 2000 bis 2009 Vorsitzender der SPD-Landtagsfraktion und seit 2003 Mitglied des Parteivorstands und ein wirklich guter Freund: Franz Maget. Vielen Dank für deine Arbeit!

(Beifall)

Es geht jemand, von dem ich auch ganz sicher bin, dass er ein streitbarer Geselle in der SPD bleibt. Ich kann mir nicht wirklich vorstellen, dass die Tatsache, dass er nicht mehr für den Parteivorstand kandidiert hat, dazu führt, dass er nicht mehr im Parteivorstand auftaucht und auch sagt, wenn er denkt, dass wir etwas falsch machen. Jemand geht, der den Alternativen Nobelpreis bekommen hat – eine große Ehrung- und der schon sehr lange bei uns politisch aktiv ist, wie kaum ein anderer für Erneuerbare Energien gestritten hat und der seit 1993 dem Bundesvorstand der SPD angehört. Vielen Dank, Hermann Scheer, dem streitbaren Gesellen!

(Anhaltender Beifall)

Er geht und bleibt doch, nämlich als Vorsitzender des Forums Ostdeutschland, jemand, der die ostdeutsche, aber auch die gesamtdeutsche Sozialdemokratie verkörpert: Wolfgang Tiefensee, 1998 bis 2005 erfolgreicher Oberbürgermeister der Stadt Leipzig, 2005 bis 2009 erfolgreicher Bundesminister für Verkehr, Bau und Wohnungswesen und seit 2005 Mitglied im Parteivorstand der SPD. Damit du nicht auf dumme Gedanken kommst, auch wenn du nicht mehr kandidierst: Du musst trotzdem weiter kommen und die Aufgabe, die engagierte Sozialdemokratie der gar nicht so neuen fünf Bundesländer weiter bei uns zu vertreten. Vielen Dank, Wolfgang Tiefensee! Du bleibst bei uns!

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, wir verabschieden heute auch, weil sie nicht mehr zum Parteivorstand kandidiert hat, Andrea Ypsilanti. Seit 1999 Abgeordnete des Hessischen Landtags, 2001 bis 2003 stellvertretende Landesvorsitzende, 2003 bis 2009 Landesvorsitzende der hessischen SPD, 2007 bis 2009 Vorsitzende der hessischen SPD-Landtagsfraktion. Liebe Genossinnen und Genossen, Hermann Scheer und einige andere haben darauf hingewiesen, dass man auch in schwierigen Zeiten Wahlen gewinnen kann. Das Wahlergebnis der ersten hessischen Landtagswahl ist einem engagierten Eintreten für Bildungspolitik, einer klaren Aussage zu Erneuerbaren Energien und einer modernen Wirtschaftspolitik und dem Einsatz von Andrea Ypsilanti zu verdanken. Ich finde, das sollten wir heute deutlich sagen.

(Lebhafter Beifall)

Ich glaube, auch wenn Dinge manchmal hinterher nicht so gut laufen, ist es wichtig, die Verdienste der Menschen, die bei uns gewesen sind, nicht zu vergessen. Die Leute bleiben in der Partei und sind wichtige Mitglieder. Ich glaube, wir können von diesem Wahlkampf für kommende Wahlkämpfe wirklich eine Menge lernen. Klare Kante zu zeigen ist, glaube ich, etwas, was wir hinkriegen müssen.

(Beifall)

Nun will ich jemanden verabschieden, zu dem ich in meiner Rede gestern schon etwas gesagt habe und der 1990 die Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten der DDR als Vorsitzender der Partei und als Vorsitzender der Volkskammer-Fraktion der SPD in die Wiedervereinigung geführt hat: Wolfgang Tiefensee, Entschuldigung: Wolfgang Thierse.

(Heiterkeit)

Ich habe mit Wolfgang Tiefensee am Kabinetttisch so viel über Knete und Umweltpolitik gestritten, dass mir dieser Name einfach mehr präsent war.

(Heiterkeit)

Nein. Im Ernst: Wolfgang Thierse. Ich möchte an dieser Stelle ein paar Bemerkungen mehr machen, wenn ihr dies gestattet. Denn wir haben gerade erlebt: 20 Jahre Fall der Mauer wurden gefeiert. In Reden wird oft gesagt, dass das die Revolution der Menschen und nicht der Politiker war. Ich fand das immer eine etwas seltsame Bemerkung, als würde sich das ausschließen. Das waren politisch engagierte Menschen. Das waren vor allen Dingen Menschen wie Wolfgang Thierse und andere, die dann noch in der DDR eine Sozialdemokratische Partei neu gegründet haben. Das ist ja für uns keine einfache Sache. Es gibt ohnehin nur zwei echte Neugründungen, die bis heute existieren: Das waren Bündnis 90/Die Grünen und wir. Die anderen,

liebe Genossinnen und Genossen, die uns gelegentlich meinen Ratschläge erteilen zu müssen, hatten keine Probleme, Vermögen und Mitglieder derjenigen in sich aufzunehmen, die über viele Jahre Mauer und das, was damit an Unmenschlichkeit zusammenhängt, verteidigt haben.

Wir haben keine Blockflöten bei uns gehabt, sondern eine eigene Partei.

(Beifall)

Das sind bis heute andere Ausgangsvoraussetzungen. In Thüringen gibt es 4.200 SPD-Mitglieder, glaube ich. Im Ruhrgebiet ist das ungefähr ein Unterbezirk. Das heißt, wir haben in vielen ostdeutschen Ländern auf einer anderen Basis der Partei aufgebaut, als wir sie aus den alten westdeutschen Ländern kannten. Der Kampf der dortigen Sozialdemokratie gegen die traditionellen Gegner der SPD aus CDU/CSU und FDP ist eben einer, der gleichzeitig noch ein Kampf um eine realistische linke Volkspartei, erst mit der SED, dann der PDS und heute mit der Partei Die Linke.

Ich glaube, Genossinnen und Genossen, dass wir gut daran tun, der ostdeutschen Sozialdemokratie in diesem manchmal immer noch etwas ungleichen Kampf in besonderer Weise zur Seite zu stehen.

(Beifall)

Wir sind in besonderer Weise denen zu Dank verpflichtet, die 1989 und 1990 eine Diktatur beseitigt und die älteste freiheitliche Partei in Deutschland neu aufgebaut haben. Dazu gehören Wolfgang Thierse und viele andere, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Wir tagen hier in Dresden. Wir tagen in Sachsen, in Ostdeutschland. Wir haben in diesen Tagen noch einmal alle vor Augen geführt bekommen, was für eine gewaltige Leistung es war, auf friedlichem Wege eine Diktatur vor 20 Jahren zum Einsturz zu bringen. Aber ein bisschen hatte ich den Eindruck, dass wir in diesen Tagen, wo wir manchmal natürlich sehr mit uns beschäftigt waren, die Rolle der Sozialdemokraten, und zwar hüben wie drüben, in diesen Zeiten ein wenig unter den Scheffel gestellt haben. Lasst uns das in einem Jahr anders machen, wenn wir 20 Jahre deutsche Einheit feiern, auch 20 Jahre der Vereinigung der beiden sozialdemokratischen Parteien. Wir können unsern Anteil daran deutlicher machen und – in den Mittelpunkt unserer Arbeit im nächsten Jahr stellen. Wir können stolz auf das sein, was Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten hüben wie drüben für die deutsche Einheit getan haben und bis heute tun, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Wir verabschieden jemanden – eigentlich noch nicht so ganz, weil er noch im Amt ist und es auch solange bleibt, bis der Parteivorstand die vorgeschlagene Nachfolgerin hoffentlich gewählt hat –, der uns seit vielen Jahren zur Seite steht. Er war 2004 bis 2005 schon Bundesgeschäftsführer der SPD. 2005 bis 2006 war er Staatssekretär im Arbeitsministerium. Seit 2008 ist er wieder Bundesgeschäftsführer der SPD. Wir verabschieden heute auch Kajo Wasserhövel. Vielen Dank, Kajo, für großartige Leistungen bei uns.

(Beifall)

Nur eine Bemerkung dazu: Es ist nicht so, dass wir auf Leute verzichten könnten, Kajo. Wir werden auch dich weiter belästigen mit der Bitte, dabei zu bleiben. Herzlichen Dank für deine Arbeit!

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, das ist die Verabschiedung der jetzt ausscheidenden Parteivorstandsmitglieder gewesen. Jetzt bitten wir alle diejenigen, die eben genannt wurden, noch einmal auf die Bühne zu kommen, um wenigstens einen Blumenstrauß zu bekommen. Eigentlich hättet ihr mehr verdient, aber mehr kann sich Barbara Hendricks nicht leisten.

(Heiterkeit)

Deswegen wollen wir euch wenigstens einen Blumenstrauß geben. Kommt bitte alle einmal nach vorn.

(Beifall)

**Barbara Hendricks, Schatzmeisterin:** Genossinnen und Genossen, eine Schatzmeisterin hat ja auch ganz bunte Aufgaben. Ich will euch erzählen, dass ich in dieser Woche eine Karte bekommen habe, deren Text ich euch einmal vorlesen möchte. Ich habe nämlich einen Auftrag bekommen, den wir dann auch noch erfüllen wollen, und zwar gerne. Hier heißt es:

„Sehr geehrte Frau Dr. Hendricks! Mit der von uns am 03.11.2009 überwiesenen Spende möchten wir unseren Dank abstaten den scheidenden SPD-Ministern aus der Großen Koalition, die für unser Land und die Bevölkerung gute Arbeit geleistet haben.“ Es folgen die Namen: Frank-Walter Steinmeier, Peer Steinbrück, Peter Struck, Fraktionsvorsitzender, Ulla Schmidt, Wolfgang Tiefensee, Olaf Scholz, Heidemarie Wieczorek-Zeul, Sigmar Gabriel, Brigitte Zypries sowie Hubertus Heil und Franz Müntefering.

Nun sagen sie auch noch: „Und auch an Sie, Frau Dr. Hendricks, unseren Dank.“ Ich will aber keine Blumen. Ich wollte nicht das Geld für die Blumen sparen – macht euch

keine Sorgen –, aber hier heißt es ausdrücklich: „Bitte verwenden Sie die Spende für Blumen an jeden der Genannten, wenn sie aus ihren Ämtern in würdiger Form auf dem Parteitag verabschiedet werden.“

(Beifall und Heiterkeit)

Alle, die noch nicht hier sind, zum Beispiel Brigitte Zypries, Ulla Schmidt, ich bitte die eben Genannten nach vorne zu kommen.

Unterschrieben ist die Karte von einem Ehepaar aus einer kleinen Gemeinde in Thüringen. Wir haben es nachgeprüft: Sie sind keine Mitglieder unserer Partei, aber das kann ja vielleicht noch werden.

(Beifall)

**Doris Ahnen, Tagungspräsidium:** Liebe Genossinnen und Genossen, nach dieser schönen Verabschiedung bleibt uns gleichwohl nichts anderes übrig, als weiterzuarbeiten, und zwar im Laufe des Nachmittags weiterhin im Wechsel zwischen Antragsberatung und noch zu vollziehenden Wahlen.

Wir wollen jetzt gerne den nächsten Wahlgang aufrufen, und zwar die Wahl der Mitglieder zur Bundesschiedskommission. Ich darf darauf hinweisen, dass es sich bei der Vorsitzenden/dem Vorsitzenden der Bundesschiedskommission um eine Einzelwahl handelt, und darf zunächst fragen, ob es außer Hannelore Kohl weitere Vorschläge gibt. Wenn das nicht der Fall ist, handelt es sich um eine Einzelwahl bei nur einem Kandidaten. Das heißt, ihr könnt mit Zustimmung, Ablehnung oder Enthaltung abstimmen.

Ich gehe davon aus, dass die Mandatsprüfungs- und Zählkommission schon arbeitsfähig ist. Ganz wunderbar! Dann können die Stimmzettel jetzt ausgeteilt werden.

Wenn alle ihren Stimmzettel haben, dann würde ich euch bitten, die Kontrollmarke Nummer 8 für den Stimmzettel vorzusehen. Damit ist der Wahlgang eröffnet.

Haben alle ihren Stimmzettel ausgefüllt? – Das ist der Fall. Dann könnt ihr bitte einsammeln.

Hat noch jemand einen Stimmzettel, den er abgeben möchte? – Das ist nicht der Fall. Dann ist der Wahlgang hiermit geschlossen.

Wir fahren fort in der Antragsberatung. Als Nächster hat Christian Büchter das Wort. Danach folgt Sebastian Weigle.



## Generaldebatte zum Leitantrag

**Christian Büchter, Nordrhein-Westfalen:** Liebe Genossinnen und Genossen! Es fällt einem ein bisschen schwer, von der Verabschiedung der großen Persönlichkeiten zu der Antragsberatung zurückzukehren. Ich versuche es einmal.

Der Leitantrag ist im Großen und Ganzen in Ordnung. Ich glaube, es ist nichts Revolutionäres. Aber ich finde es toll, dass die Debatte eröffnet ist und dass über Inhalte und darüber, wie es mit unserer Organisation weitergehen soll, gesprochen werden soll.

Aber eine Kleinigkeit hat mich gestört. Auf der letzten Seite steht in Zeile 19: „Viele dieser Fragen wollen wir in einer ‚Werkstatt Kampagnenfähigkeit‘ bearbeiten.“ Es ist richtig. Wir haben eine Niederlage erlitten. Aber wir müssen den Hintern wieder hochkriegen für die wichtige Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen. Wir wollen nicht, dass da am 9. Mai weiter jemand auf dem Ministerpräsidentenstuhl sitzt, der sich als Erbe von Johannes Rau versteht, aber Ausländer diskriminiert, die Kommunen abzockt und das Schulsystem zurück in die Steinzeit schickt.

Wir müssen daher schauen, dass wir im Frühjahr den Hintern wieder hochkriegen für Kampagnen. Aber ich finde, dass die „Werkstatt Kampagnenfähigkeit“ ein wenig kurz greift. Kampagnen sind ja letztendlich kein Selbstzweck, sondern sie werden gemacht mit aktiven Mitgliedern. Die Basis ist keine Eventagentur, die sich einfach T-Shirts überzieht und in den Wahlkampf geschickt wird. Wir wollen Mitglieder gewinnen, die aktiv mitdiskutieren.

Viele Mitglieder, die sich in den letzten Jahren in die innere Immigration zurückgezogen haben, müssen wir wieder für die Partei aktivieren. Wir müssen viele Menschen neu in die Partei holen. Ich nenne zum Beispiel junge Frauen, die Mühe damit haben, Beruf und Familie miteinander zu verbinden. Ich nenne auch Schichtarbeiter, die eine ganz andere Sprache sprechen als viele in der Partei heutzutage. Wir müssen uns um die Rentner kümmern, die vielleicht gerne mitmachen würden, die aber zum Beispiel nicht mehr so mobil sind wie andere. Wir müssen uns um die Studenten kümmern, die zwar erst um 11 Uhr aufstehen, die aber dafür die ganze Nacht über Politik diskutieren.

Die Diskussion müssen wir auch dafür nutzen, dass wir uns überlegen, wie wir unsere Partei transparent machen. Wie können wir den Leuten, die in unsere Partei eintreten, das Gefühl geben, dass sie als Mitglieder mitentscheiden können und dass ihre Meinung gefragt ist? Wir sollten uns also nicht nur überlegen, wie wir wieder kampagnefähig werden, sondern wir sollten überlegen, wie wir wieder eine Mitgliederpartei werden.

Deswegen beantrage ich, nicht die „Werkstatt Kampagnenfähigkeit“ zu nennen, sondern die „Werkstatt Mitgliederpartei“. Das ist eine ganz wichtige Diskussion, die wir in der nächsten Zeit führen sollten. – Vielen Dank und Glückauf!

(Beifall)

**Doris Ahnen, Tagungspräsidium:** Liebe Delegierte! Liebe Gäste! Ich muss sagen: Das ist eindeutig zu laut hier. Für die Rednerinnen und Redner ist das kaum zumutbar. Tut uns bitte den Gefallen, unterhaltet euch vor der Tür, wenn ihr etwas zu bereden habt. Bitte schenkt jetzt dem Sebastian die notwendige Aufmerksamkeit. Sebastian, Du hast das Wort.

**Sebastian Weigle, Baden-Württemberg:** Liebe Genossinnen und Genossen! Ich möchte mich ganz gezielt einem Thema in dem Leitantrag widmen und hier ganz konkret einen Änderungsantrag meines Landesverbandes einbringen. Es geht um den Umgang mit dem Thema Internet und neue digitale Kultur, die entstanden ist und die die SPD – das müssen wir selbstkritisch sagen – verschlafen hat.

Es gibt zwei Stellen in diesem Leitantrag, wo dieses Thema behandelt wird, davon einmal ausführlich weiter hinten – das möchte ich inhaltlich nicht bewerten – und einmal vorne, wo es darum geht, wo denn die Aufgaben der SPD liegen.

Ich möchte auf diesen ersten Punkt eingehen. Wir müssen auf der Seite 6 ansetzen, wo steht: Die SPD muss sich öffnen für die neuen Kommunikationsgewohnheiten. – Da muss etwas Klareres hin. Es ging in diesem Wahlkampf um die Gesetzgebung. Es gab die 27 Kandidatinnen und Kandidaten, die einen deutlichen Appell an die Bundestagsfraktion gerichtet haben, in dem sie gefordert haben: Kehrt um! Macht das nicht! – Die Reaktion der Bundestagsfraktion war kaum zu spüren.

Ich glaube, wir hatten den richtigen Riecher an dieser Stelle, weil wir gesagt haben: Wir müssen an dieses Thema anders herangehen. Wir müssen einen offenen Zugang zu diesem Thema herstellen und keinen repressiven Ansatz fahren. Wenn ich die letzten Jahre die Diskussion um das Thema Internet gehört habe, dann muss ich sagen: Es ging immer darum, was man alles verbieten muss. Deswegen wollen wir diesen Satz über das Öffnen mit Blick auf neue Kommunikationsgewohnheiten ersetzen durch eine andere Formulierung, eine Formulierung, die zwei Aspekte beinhaltet.

Zum einen: Die SPD erkennt an, dass es hier eine neue Kultur gibt, die entstanden ist, eine Internet-Kultur. Zum anderen: Wenn wir uns mit diesem Thema beschäftigen – wir müssen uns beispielsweise mit dem Thema Verrechtlichung beschäftigen –, dann sollte die SPD genau dem Ansatz folgen, den Franz Müntefering vorhin vorgestellt hat, nämlich das Thema freiheitsorientiert zu diskutieren. Deswegen wollen wir hier hinein formuliert haben:

„Und schließlich muss sich die SPD offensiv mit den Chancen und Herausforderungen der digitalen Gesellschaft auseinandersetzen. Die Anliegen der Generation Internet und die dort neu entstehende digitale Kultur brauchen eine freiheitsorientierte Herangehensweise, keinen repressiven Ansatz.“

Damit können wir uns von dem unterscheiden, was die neue Regierung macht, und damit bekommen wir auch einen neuen Ansatz für die Diskussion mit denen, die im Internet aktiv sind, die durchaus sehr politisch sind und die für uns durchaus auch gewinnbar sind.

Vielen Dank.

(Vereinzelt Beifall)

**Doris Ahnen, Tagungspräsidium:** Als Nächstes hat Fabian Löffler aus Rheinland-Pfalz das Wort.

(Vereinzelt Beifall)

**Fabian Löffler, Rheinland-Pfalz:** Liebe Genossinnen und liebe Genossen, von der gestrigen Rede von Sigmar Gabriel am gestrigen Tag ging ein Signal aus, ein Signal der Erneuerung dieser SPD, und die positive Stimmung ist auch heute noch überall zu spüren.

Klare Worte und eine klare Sprache machen die Sozialdemokratie aus. Im Leitantrag wird diese klare Sprache deutlich. Es wird dort gesagt – das ist der Tenor –: Mit erhobenem Haupt können wir auf die letzten elf Jahre der Regierungspolitik zurückblicken. Aber genauso selbstbewusst können wir eigene Fehler und Versäumnisse auch eingestehen. – Genau dieser Punkt der Selbstkritik kommt mir aber im Leitantrag an vielen Stellen zu kurz.

Wir schreiben, die prekäre Beschäftigung habe in den letzten Jahren zugenommen, als sei sie vom Himmel gefallen. Wir müssen dagegen klar benennen, dass wir, die SPD, es waren, die Leiharbeit und 400-Euro-Jobs massiv ausgeweitet und gefördert haben, liebe Genossinnen und Genossen. Das war ein Fehler, und den müssen wir auch klar benennen.

(Vereinzelt Beifall)

Es war auch unsere Einkommensteuerreform, die zu einer Umverteilung von unten nach oben geführt und diese Umverteilungsprozesse in unserer Gesellschaft beschleunigt hat. Es ist klar: Wir haben auch den Eingangssteuersatz massiv gesenkt. Aber diese Senkung des Eingangssteuersatzes zusammen mit der massiven Senkung des Spitzensteuersatzes kommt natürlich gerade auch den Gutverdienern in dieser Gesellschaft

zugute, liebe Genossinnen und Genossen. Deswegen war diese Herangehensweise auch ein Fehler, wenn wir sie aus verteilungspolitischer Sicht betrachten.

(Vereinzelt Beifall)

Jetzt gilt es aber, nach vorne zu diskutieren. Dazu müssen wir Positionen beziehen. Es reicht dann nicht, verklausuliert davon zu sprechen, dass wir die Hürden im Steuersystem, die Frauen in den Weg gestellt werden, wenn sie einer Erwerbsarbeit nachgehen wollen, beseitigen wollen. Liebe Genossinnen und Genossen, auch hier sind eine klare Sprache und klare Inhalte nötig. Wir wollen das Ehegattensplitting abschaffen, und das muss unsere Forderung sein. Das müssen wir in den Leitantrag schreiben.

(Vereinzelt Beifall)

Es kann auch nicht sein, dass uns bereits weit über 100 Einkommensmillionäre, die sich in einer Initiative zusammengeschlossen haben, vorrechnen, wie viel weniger Steuern sie seit zehn Jahren, seitdem wir an der Regierung waren, zahlen müssen, und uns bitten, die Vermögensteuer wieder einzuführen. Liebe Genossinnen und Genossen, kommen wir ihnen dieser Bitte nach und führen wir die Vermögensteuer wieder ein. Lasst uns das in den Leitantrag schreiben.

(Vereinzelt Beifall)

Die Frage, ob wir in einer Gesellschaft leben wollen, in der starke Schultern auch mehr schultern und tragen, ist doch eine der entscheidenden Frage, die das Gerechtigkeitsempfinden der Menschen genauso berührt wie die Frage nach einem gerechten Übergang vom Arbeitslosengeld I zu Arbeitslosengeld II. Wenn wir dieses Gerechtigkeitsempfinden, dieses Bedürfnis nach Gerechtigkeit, auch in einem Steuersystem widerspiegeln wollen, liebe Genossinnen und Genossen, dann muss es ein zentrales Anliegen von uns sein, auch eine Vermögensteuer dort hineinzuschreiben. Das muss auch ein klares Signal sein, das von diesem Parteitag ausgeht, liebe Genossinnen und Genossen.

(Vereinzelt Beifall)

Stimmt deswegen bitte den Änderungsanträgen, mit denen eine Vermögensteuer gefordert wird, zu.

Ich danke euch für euer Interesse und für die Minuten, die ihr mir jetzt gegeben habt. Danke schön.

(Vereinzelt Beifall)

**Doris Ahnen, Tagungspräsidium:** Dir auch ein Dankeschön, Fabian. – Als Nächster hat Heiko Maas das Wort. Ihm folgt Franziska Drohsel.

**Heiko Maas, Parteivorstand:** Liebe Genossinnen und Genossen, die besten Programme und die besten Anträge nützen nichts, wenn uns die Menschen nicht das glauben, was wir in unsere Anträge schreiben.

Deshalb geht es nicht nur um das richtige Profil, sondern es geht vor allen Dingen auch um die Rückgewinnung der Glaubwürdigkeit. Das ist vielfach schwieriger als die Suche nach dem richtigen Profil, und das dauert bedauerlicherweise auch länger. Ich will auch deutlich sagen, dass ich nicht glaube, dass man die Glaubwürdigkeit am einfachsten dadurch zurückgewinnt, dass man sich möglichst weit von dem distanziert, was man in elf Regierungsjahren getan hat.

Ich könnte es mir einfach machen. Ich habe damals gegen die Agenda 2010 gestimmt. Es ist aber nicht so einfach. Ich glaube nicht, dass es uns die Menschen abnehmen, wenn wir wenige Tage oder Wochen nach verlorenen Wahlen das Gegenteil von dem behaupten, was wir elf Jahre lang vorher gemacht haben. Damit gewinnen wir nicht mehr Glaubwürdigkeit.

(Vereinzelt Beifall)

Glaubwürdigkeit hat im Übrigen nicht immer in erster Linie etwas damit zu tun, ob man sich für die eine oder andere Position entscheidet, sondern Glaubwürdigkeit hat vor allen Dingen damit zu tun, dass man das, was man vor der Wahl gesagt hat, nach der Wahl auch tut.

(Vereinzelt Beifall)

Ich will einmal einen Punkt ansprechen, der so noch nicht zur Sprache gekommen ist, der aber, glaube ich, tiefe Furchen hinsichtlich unserer Glaubwürdigkeit hinterlassen hat.

Wir sind vor der vorletzten Bundestagswahl angetreten und haben den Leuten gesagt, dass wir eine Mehrwertsteuererhöhung verhindern wollen, während wir nach der Bundestagswahl dann eine 3-prozentige Mehrwertsteuererhöhung mitgetragen haben. Das führt zum Verlust von Glaubwürdigkeit. Ich glaube, auch das muss eine Lehre sein. Glaubwürdigkeit besteht nur, wenn wir nach der Wahl das tun, was wir vorher gesagt haben. Kompromisse ja, aber auch die haben ihre Grenze!

(Vereinzelt Beifall)

Deshalb brauchen wir einen Prozess, und am Ende dieses Prozesses, der in diesem Leitantrag mit dem Begriff der Reformwerkstatt beschrieben ist, muss die Politik stehen, die das Profil unserer Partei in den nächsten Jahren ausmachen wird. Ich will nur zu zwei Punkten etwas sagen:

Der erste Punkt ist – ich bin froh darüber, dass wir uns ausdrücklich dazu bekennen –, dass die Themen Nachhaltigkeit und Klimaschutz zu den wichtigen Themen gehören,

mit denen wir uns Profil schärfen wollen. Liebe Genossinnen und Genossen, ich bin mir an dieser Stelle zu 100 Prozent sicher: Es gibt keinen Grund, die ökologische Frage nur den Grünen zu überlassen, und ich weiß, wovon ich rede.

(Vereinzelt Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, das ist auch ein Punkt, über den man einmal reden muss. Das ist ein großes Zukunftsthema. Es ist wichtig für unsere Gesellschaft.

Es ärgert mich ein bisschen, dass alle darüber reden, wie unser Verhältnis zur Linkspartei ist, aber keiner darauf achtet, wie sich die Grünen in Deutschland orientieren. Jetzt wird darüber debattiert, dass sie sich strategisch geschickt ein bisschen für die Bürgerlichen öffnen. Wir müssen vielleicht auch einmal zur Kenntnis nehmen, dass die Grünen in den Ländern mittlerweile häufiger mit der CDU koalieren, als das mit uns der Fall ist.

Das ist deren Angelegenheit. Wir haben auch gar keinen Anspruch darauf, dass sie immer mit uns koalieren, es stört mich nur, dass bei den Grünen vor der Wahl immer häufiger links geblinkt wird, damit man das linksalternative Milieu bei Wahlen gewinnt, und nach der Wahl rechts abgebogen wird. Wir haben auch keine Wähler an die Grünen zu verschenken, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Ich will einen zweiten Punkt ansprechen, den gestern auch Julian Nida-Rümelin angesprochen hat. Wir müssen uns wieder für viele gesellschaftliche Gruppen öffnen.

(Vereinzelt Beifall)

Es war einmal so, dass insbesondere die Kulturschaffenden und die Intellektuellen eine Gruppe gewesen sind, die nicht nur für uns interessant gewesen ist, sondern für die wir auch interessant gewesen sind. Davon hatten wir etwas. Wenn wir Fortschrittspartei sein wollen, dann ist es gut für unsere eigene Entwicklung, wenn wir eng mit der gesellschaftlichen und künstlerischen Avantgarde in diesem Land kommunizieren, liebe Genossinnen und Genossen. Wir brauchen die Kulturschaffenden. Wir müssen deren erster Ansprechpartner sein, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Wenn es uns gelingt, in den kommenden Monaten und Jahren ein Profil für die SPD zu erarbeiten, das uns für viele attraktiv macht, die wir erreichen können, mit dem aber auch Antworten auf die wichtigsten Fragen dieser Gesellschaft gegeben werden,

und wenn wir es glaubwürdig vertreten, dann mache ich mir keine Sorgen um die Zukunft unserer Partei.

Schönen Dank.

(Beifall)

Als Nächste hat Franziska das Wort, unsere Juso-Bundesvorsitzende. Aber bitte stellt euch schon einmal darauf ein, dass nach dem Beitrag von Franziska erste Ergebnisse zum Vorsitz der Bundeschiedskommission vorliegen und wir dann gleich in den Wahlgang der stellvertretenden Vorsitzenden eintreten wollen. Also sorgt bitte dafür, dass sich die Reihen wieder etwas füllen.

Franziska, jetzt hast du das Wort.

**Franziska Drohsel, Berlin:** Danke. – Liebe Genossinnen und Genossen, wir als Jusos hatten gestern angekündigt, dass wir einen Initiativantrag einbringen. Das haben wir auch getan. Darin haben wir noch einmal festgehalten, dass sich die SPD der Gerechtigkeitsfrage stellen muss. Jetzt ist uns hier von allen Seiten signalisiert worden, dass alle Zukunftsfragen über diese Partei im Leitantrag formuliert werden sollen. Deswegen wollten wir uns bemühen, unsere zentralen Anliegen noch als Änderungsantrag einzubringen. Das möchte ich jetzt bei einem Punkt machen.

Gestern ist von vielen immer wieder betont worden, dass die Schere zwischen Arm und Reich in den letzten Jahren auseinandergegangen ist. Es ist ebenso betont worden, dass die SPD ihre Glaubwürdigkeit zurückerobern muss. Ich finde, wenn wir das ernst meinen, müssen wir auch den Mut haben, konsequent zu sein. Dann führt kein Weg daran vorbei, das Instrument, das Umverteilung von oben nach unten organisiert, auch in diesen Leitantrag aufzunehmen und gemeinsam nach draußen zu vertreten: Das ist die Vermögenssteuer, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Aus diesem Grund würde ich jetzt formal den Änderungsantrag stellen, dass auf Seite 11 des Leitantrages unter der Überschrift „Einen handlungsfähigen Staat erhalten“ eingefügt wird: „Unser Steuerkonzept wird Vermögende unter anderem durch die Wiedereinführung der Vermögenssteuer stärker in die Verantwortung für das Gemeinwohl nehmen.“ Dann geht es weiter, wie es vorgesehen ist.

Ich denke, liebe Genossinnen und Genossen, wenn wir es ernst meinen und die kritische Diskussion des gestrigen Tages nicht nur leere Phrasen und hohle Wortdrescherei gewesen sein soll, dann tut es auch Not, dass wir konsequent und mutig sind. Dazu

gehört, die Dinge beim Namen zu nennen. Zur Umverteilung von oben nach unten gehört die Vermögenssteuer. Vielen Dank!

(Beifall)

**Bärbel Dieckmann, Tagungspräsidium:** Danke, Franziska. – Jetzt hast du das Wort, Ruth.



## Wahl der Vorsitzenden der Schiedskommission

**Ruth Barthels, Mandatsprüfungs- und Zählkommission:** Liebe Genossinnen und Genossen, ich möchte euch jetzt das Ergebnis der Wahl zur Vorsitzenden der Schiedskommission vorstellen. 434 Stimmen wurden abgegeben, 4 davon waren ungültig, 430 waren gültig. Es gab eine Enthaltung, 2 Nein-Stimmen und 427 Ja-Stimmen für Hannelore Kohl. Das bedeutet eine Zustimmung von 99,3 %. Herzlichen Glückwunsch!

(Beifall)

**Bärbel Dieckmann, Tagungspräsidium:** Hannelore will gerne das Wort ergreifen.

**Hannelore Kohl, Schiedskommission:** Bitte keine Angst, dass ich eine lange Rede halte. Ich möchte zunächst erklären, dass ich die Wahl annehme. Ich danke euch, liebe Genossinnen und Genossen, für das enorme Vertrauen, das ihr mir, aber auch allen anderen Mitgliedern der Schiedskommission, jetzt schon so viele Jahre entgegengebracht habt. Schiedskommissionen stehen ja erfahrungsgemäß nicht so sehr im Mittelpunkt, es sei denn, es gibt ganz besondere Einzelsituationen, dann ändert sich das.

Ich will die Gelegenheit nutzen, auf einen Punkt hinzuweisen. Wir haben in den letzten Jahren mehrfach Fortbildungsveranstaltungen für Mitglieder von Schiedskommissionen auf Unterbezirks- und Bezirksebene angeboten. Das hat sich bewährt und ist gut angenommen worden. Ich möchte an der Stelle noch einmal dafür werben, wenn in euren Bereichen Interesse besteht, euch an die Rechtsstelle zu wenden. Dann werden wir das auf jeden Fall organisieren können. – Vielen Dank.

(Beifall)

**Bärbel Dieckmann, Tagungspräsidium:** Dir auch ganz herzlichen Dank, liebe Hannelore.

Wir würden dann sogleich in den Wahlgang zu den stellvertretenden Vorsitzenden der Bundesschiedskommission eintreten. Das ist eine verbundene Listenwahl. Es dürfen bei der Wahl der stellvertretenden Vorsitzenden höchstens zwei Namen angekreuzt werden, es muss mindestens ein Name angekreuzt werden. Im ersten Wahlgang bedarf es der absoluten Mehrheit. Der Stimmzettel ist vorbereitet und kann jetzt verteilt werden. Er müsste mit der Kontrollmarke Nummer 9 versehen werden. Zur Wahl stehen Werner Ballhausen und Roland Rixecker.

Wartet noch jemand auf seinen Stimmzettel? – Haben alle ihren Stimmzettel ausgefüllt? – Dann würde ich darum bitten, dass die Stimmzettel eingesammelt werden.

Ich bitte darum, die Hände zu heben, wo die Stimmzettel noch nicht eingesammelt sind. – Das sind noch ziemlich viele. – Wer hat noch einen Stimmzettel? – Sind jetzt alle Stimmzettel eingesammelt? – Nein, da hinten noch nicht.

Jetzt sind alle Stimmzettel eingesammelt. Dann schließe ich den Wahlgang.

Wir fahren in der Antragsberatung fort. Als Nächste hat Simone Burger das Wort. Ihr folgt Sonja Pellin.

## Generaldebatte zum Leitantrag

**Simone Burger, Bayern:** Liebe Genossinnen und Genossen, wir machen weiter in der Reihe: Änderungsanträge des Juso-Bundesvorstands. Hier kommt Änderungsantrag Nummer 2. Mit diesem Leitantrag setzen wir zwei Werkstätten ein: die Initiativen „Gut und sicher leben“ und „Demokratie und Freiheit“. Hier in Dresden wollen wir zumindest die richtigen Fragen stellen, um danach die Antworten zu geben. Wir haben in diesem Leitantrag viele konkrete Fragen: Wie sehen die richtigen Angebote für Kinder und Jugendliche aus? Oder: Wie sieht die Idee von guter Arbeit aus?

Doch wir wollen mehr. Und ich glaube, auch diese Partei braucht mehr als konkrete Antworten. Diese Partei braucht eine Antwort auf die Frage: Wie kann eine neue Form von Solidarität ausschauen in einer Gesellschaft, in der die Individualisierung immer stärker wird?

Viel wurde auf diesem Parteitag darüber gesprochen, wie es sein kann, dass in Zeiten der größten Finanz- und Wirtschaftskrise die SPD verliert. Und nicht nur wir verlieren, sondern die Sozialdemokratie in weiten Teilen Europas verliert.

Sehr, sehr leise wurde angesprochen, dass, wann immer in den letzten Jahren neoliberale Botschaften verkündet wurden wie: „Wenn jeder an sich selber denkt, dann ist an alle gedacht“, die Gegenantwort sehr leise war, oder dass, wenn solidarische Systeme Stück für Stück schlechtgeredet wurden, wir manchmal auch mit dabei waren.

Gerade in meiner Generation ist der Glaube daran, dass wir diese Gemeinschaft gemeinsam organisieren müssen und dass Solidarität sich lohnt, nahezu erloschen. Wenn man heute fragen würde: „Wie sieht das Verhältnis SPD und Jugend aus?“, dann würde der Beziehungsstatus bei Facebook lauten: It is complicated. – Das mag nicht verwundern. Denn meiner Generation hat man gesagt: Wenn du später Rente willst, dann lege dir ein Aktienportfolio zu, dann glaube an die New Economy, oder glaube an den zweiten Aufschwung der Börse. Und wenn du es dir irgendwie leisten kannst, dann gehst du natürlich in die private Krankenversicherung.

Viele meiner Kollegen in meinem Alter haben Lebensläufe angesammelt, die man in Büchern veröffentlichen kann. Genau das ist der Punkt, an dem wir auch einmal kritisch fragen sollten: Braucht diese Partei nicht auch einen Debatte, die sich kritisch mit Leistung auseinandersetzt? Und: Reicht es, zu sagen: Leistung muss sich wieder lohnen? – Es reicht aus meiner Sicht nicht. Denn nicht jeder kann sich diese Leistung leisten. Nicht jeder kann sich die teuren und prestigeträchtigen Praktika bei

der UNO leisten. Ich glaube nicht, dass wir diesen Wahnsinn der Lebensläufe noch weiter anheizen sollten.

(Beifall)

Aber das betrifft nicht nur meine Generation, sondern das gilt generell. Der Satz „Die Rente ist sicher“ gilt in unserer Gesellschaft bestenfalls noch als Witz, ein Witz, über den keiner mehr lacht, weil er schon so alt ist. Mit der Wirtschaftskrise haben wir gehofft, dass die staatlichen Institutionen gewinnen würden, dass sie wieder mehr Ansehen bekommen würden. Aber das ist durch jede Studie widerlegt. Die Wirtschaftskrise hat nur die Einstellung zur privaten Vorsorge geändert.

Nur 51 Prozent aller jungen Beschäftigten glauben daran, dass die Rente sicher ist – vielleicht auch deshalb, weil wir nicht dafür eingetreten sind, weil wir nicht für solidarische Vorschläge gekämpft und uns deutlich in die Bütt gewagt haben. Wir haben eher die Riester-Rente in den Vordergrund gestellt, als zu sagen: Wir glauben an die staatliche Rente, wir glauben an die gesetzliche Krankenversicherung. Das müssen wir nun nachholen und bitter bezahlen.

(Vereinzelt Beifall)

Deswegen brauchen wir eine generelle Auseinandersetzung mit den neoliberalen Thesen von Schwarz-Gelb. Wir möchten als Änderungsantrag gerne folgenden Satz einfügen in den Bereich Initiative „Gut und sicher leben“, zweitletzter Absatz, ganz am Ende: „Dabei muss die Leitfrage sein: Wie kann eine neue Form der Solidarität aussehen, wenn die Gesellschaft von immer stärkeren Entsolidarisierungstendenzen geprägt ist?“ – Danke.

(Beifall)

**Garrelt Duin, Tagungspräsidium:** Vielen Dank, Simone. Das Wort hat Sonja Pellin, ihr folgt Michael Müller.

**Sonja Pellin, Rheinland-Pfalz:** Liebe Genossinnen und Genossen! In den letzten Wochen haben wir als Partei viel über innerparteiliche Demokratie diskutiert. Wir haben angemahnt, dass in dieser Partei endlich wieder Debatten stattfinden müssen, dass wir uns endlich wieder trauen können müssen, zu sagen, was wir denken und wie wir die Politik unserer Parteiführung bewerten. Wir haben darüber diskutiert, dass Beschlüsse von Parteitag wieder ernst genommen werden müssen.

Und, liebe Genossinnen und Genossen, was sehen wir hier auf dem Parteitag? Wir diskutieren heute den Leitantrag, der den Prozess unserer inneren Erneuerung strukturieren soll, der den Prozess der inhaltlichen Erneuerung begleiten soll. Das Zuhören und teilweise das Diskutieren und Debattieren haben wir ein bisschen verlernt. Das

finde ich schade. Die Debatte um den Leitantrag wird ständig durch Wahlen unterbrochen, und eigentlich wird das dem ganzen Thema leider nicht gerecht.

(Beifall)

Nun aber zu den inhaltlichen Punkten im Leitantrag: Olaf hat davon gesprochen, dass wir als SPD dafür gesorgt haben, dass der Sozialstaat wieder funktioniert. Zu welchem Preis haben wir das eigentlich getan? Der Leitantrag spricht davon, dass wir in der Vergangenheit schwere und wichtige Entscheidungen getroffen haben und viel bewegt haben. Liebe Genossinnen und Genossen, Bewegung ist nicht alles. Wir sehen jetzt auch in der schwarz-gelben Regierung Bewegung, mit dem Gesetz, das letzte Woche vom Kabinett eingebracht wurde. Aber Bewegung ist kein Selbstzweck. Wir wollen Bewegung, die sozial fortschrittlich ist. Leider sehen wir das nicht bei Schwarz-Gelb. Aber leider haben wir es in der Vergangenheit auch nicht immer bei der SPD gesehen.

(Vereinzelt Beifall)

Unter SPD-Regierungsbeteiligung haben wir zum Beispiel dafür gesorgt, dass sich Menschen bis tief in die Mittelschicht unsicher fühlen. Liebe Genossinnen und Genossen, es war nicht nur ein diffuses Gefühl, sondern wir haben auch dafür gesorgt, dass die Abstiegsängste, die diese Menschen haben, für viele Realität geworden sind. Das ist nichts, worauf man stolz sein kann, aber etwas, worüber wir nachdenken sollten. Das tun wir ja auch heute und in den vergangenen Wochen.

Wir haben auch dafür gesorgt, dass die Schere zwischen Arm und Reich nicht zusammengeht, sondern größer wird. Das hat sich die Bundesregierung in ihrem Armuts- und Reichtumsbericht auch noch selbst bestätigt. Aber die Debatte dazu ist ausgeblieben.

Die SPD hat dafür gesorgt, dass mehr Menschen in prekärer Beschäftigung arbeiten. Olaf hat das eben zu Recht kritisiert. Aber wenn wir das kritisieren und ändern wollen, dann müssen wir auch den Beitrag benennen, den wir geleistet haben, als ihr im Bundestag dafür gestimmt habt und – liebe Genossinnen und Genossen, so selbstkritisch müssen wir sein – als die meisten von uns auf dem Parteitag vor ein paar Jahren selbst die Karte unter großem Druck gehoben haben.

(Vereinzelt Beifall)

Ich glaube, das gehört zur Wahrheit dazu. Diese Wahrheit müssen wir auch im Leitantrag benennen. Der Leitantrag spricht davon, dass wir Fehler gemacht haben, dass unsere Politik nicht an allen Stellen richtig war. Wie ironisch muss das den Leuten erscheinen, die die Rente mit 67 irgendwann als Rentenkürzung erleben, die in Hartz-IV-Bezug

gerutscht sind, die von Arbeitsplatzverlust bedroht sind und unter größtem Druck in den Betrieben arbeiten? Wie ironisch muss das sein und wie wenig demütig sind wir als Partei in diesem Leitantrag an manchen Stellen?

(Vereinzelt Beifall)

Ich glaube, wir müssen mehr Demut zeigen. Wir dürfen auch nicht den Fehler machen – das hat Olaf auch zu Recht benannt –, dass wir die Tatsache, dass uns die Menschen nicht mehr gewählt haben, auf Kommunikationsprobleme schieben. Das müssen wir benennen. Deswegen hätte ich gerne im Namen des Juso-Bundesvorstandes und der Jungsozialistinnen und Jungsozialisten in der SPD auf Seite 2 folgenden Satz eingefügt: „Dabei handelt es sich weder um ein Kommunikationsproblem noch um gefühlte Defizite. In der Regierungszeit der SPD sind faktisch Gerechtigkeitsdefizite entstanden.“ Wenn wir diese Fehler benennen, dann – da bin ich mir ganz sicher – werden wir diese Fehler in Zukunft nicht mehr machen. – Danke schön.

(Beifall)

**Garrelt Duin, Tagungspräsidium:** Danke schön, Sonja. Das Wort hat Michael Müller. Ihm folgt Jo Leinen.

**Michael Müller, Nordrhein-Westfalen:** Liebe Genossinnen und Genossen! Ich möchte noch einmal auf die zentrale Forderung von Sigmar Gabriel von gestern zu sprechen kommen: Wir sind nur dann mehrheitsfähig, wenn die neue Zeit mit uns geht. Das heißt, wir müssen auf der einen Seite die Tradition der sozialen Demokratie bewahren, aber sie auf der anderen Seite so definieren, dass das breite Gefühl aufkommt, damit werden auch Zukunftsfragen gelöst. Eine Debatte, die im Hier und Jetzt stehen bleibt, wird die SPD nicht stärken.

(Vereinzelt Beifall)

Entscheidend ist, was wir für Antworten geben auf die absehbaren Konfliktfragen der Zukunft.

Da stehen vor allem zwei Fragen im Zentrum: Erstens. Die Zähmung des globalen Kapitalismus, die Kernfrage der sozialdemokratischen Geschichte, kann heute nicht mehr nur nationalstaatlich erreicht werden. Umgekehrt ist aus meiner Sicht auch klar: Was nützt Europa, wenn es nur ein Europa der Banken und des Marktes ist? Ein Europa hat nur eine gute Zukunft, wenn es sozial und ökologisch ausgerichtet ist.

(Beifall)

Die zweite Frage aber ist viel härter: Wir haben 150 Jahre Industriegeschichte hinter uns, in der wir Fortschritt, Beschäftigung und Wohlstand im Wesentlichen auf Kosten

der Natur erreicht haben. Der zentrale Knappheitsfaktor in der Zukunft wird Natur, Rohstoffe, Energie sein. Wenn die SPD es nicht hinbekommt, eine Antwort zu geben, die ein anderes Verständnis im Umgang mit Energie und Rohstoffen mit sich bringt, dann werden wir keine gute Zukunft haben.

(Vereinzelt Beifall)

Wir müssen Politik machen. Allein mit Zuwachsverteilung ist es nicht getan. Politik machen, heißt, wir müssen an die Substanz. Aus meiner Sicht ist das der entscheidende Punkt, der sich in vielen Bereichen auch deshalb stellt, weil es eine Illusion ist, zu glauben, wir könnten die alten hohen Wachstumsraten überhaupt noch einmal erreichen. Jede größere Statistik zeigt, dass es in den Industriestaaten über die Jahrzehnte hinweg ein abflachendes Wachstum gibt. Außerdem können wir es uns ökologisch auch gar nicht leisten. Das heißt, wir müssen eine Politik machen, die sehr viel stärker die Idee einer Entwicklung denn die Idee weiteren Wachstums in das Zentrum stellt.

(Vereinzelt Beifall)

Das ist qualitativ völlig neu. Ich will an ein paar Punkten klarmachen, welche Chancen damit verbunden sind. Der Aufstieg Deutschlands vor ungefähr 100 Jahren kam mit dem Beginn der Industrialisierungswelle von Elektrik, von Chemie, von Materialien. Deutschland war führend durch Firmen wie AEG, Siemens und die Chemieindustrie. Der Weltmarktanteil Deutschlands stieg von 4 auf 15 Prozent. Damit war es möglich, die große Zahl der Arbeitskräfte, die nicht mehr in der Landwirtschaft beschäftigt waren, in den industriellen Sektoren zu beschäftigen. Heute erleben wir eine technologisch bedingte Arbeitslosigkeit, weil das wirtschaftliche Wachstum hinter der Produktivität zurückbleibt. Das Problem wird nicht gelöst, es wird nur entschärft durch immer stärkere Ausweitung von Niedriglohnsektoren. Das heißt, alle modernen Gesellschaften sind in der Falle: entweder hohe Arbeitslosigkeit oder zunehmende Spaltung zwischen Arm und Reich. Das wird so lange so bleiben, wie wir glauben, das Problem über den traditionellen Wachstumsmechanismus lösen zu können. Wir werden es so nicht mehr lösen können.

(Vereinzelt Beifall)

Im Gegenteil, es wird sich zuspitzen.

Denn die Ökologie ist erstens sozusagen die Knappheit der Zukunft. Beispielsweise neun der zehn wichtigsten Metalle haben Reichweiten unter 35 Jahren. Die Frage ist: Entweder ein intelligenterer industrieller Umgang damit oder Kampf und Verteilungskonflikte bis hin zu Kriegen um Ressourcen. Das ist die erste Alternative. Die zweite Variante ist: Wir können schon aus klimapolitischen Gründen diesen alten Weg nicht mehr fortführen, weil die Schäden dieser Entwicklung höher sind als die Vorteile

dieser Entwicklung. Insofern nutzen wir doch bitte die Knappheiten der Zukunft, indem wir die Vorreiter für eine ökologische Revolutionierung der Produktion sind! Warum soll das nicht mit der SPD verbunden sein, verflixt noch einmal? Das ist die zentrale Solidaritätsfrage der Zukunft.

(Beifall)

Ich möchte einen zweiten Grund nennen, warum das unsere große Chance ist: Der ökologische Umbau ist nicht mehr eine Frage des Ob, sondern des Wie. Es stellt sich zentral die Frage, wie gerecht wir ihn organisieren. Beispielsweise die unteren 20 % der Einkommensgruppen wenden heute für Energie – also für Strom, für Wärme und Mobilität – etwa 9 % ihres Einkommens auf. Die oberen 20 % machen das nur zu 2,4 %.

Der ökologische Umbau ist auch eine Verteilungsfrage. Deshalb, finde ich, muss er mit dem Thema Gerechtigkeit und der Idee der sozialen Demokratie verbunden werden. Er kann zu unserem Thema werden und nicht zum Thema anderer Parteien. Ich sehe überhaupt keinen Grund, warum wir ihn anderen überlassen sollten; denn die können das mit ihrem Ansatz, beispielsweise der Verbindung von Neoliberalismus und Ökologie, überhaupt nicht erreichen. Das ist unsere Chance! Die sollten wir nutzen!

(Beifall)

Deshalb, liebe Genossinnen und Genossen, lasst mich zum Abschluss sagen: Was wir heute brauchen, ist eine Stärkung der Politik, weil wir die Probleme nicht mehr über Wachstum und Zuwachs im klassischen Sinne lösen können, sondern wir müssen ans Eingemachte. Das ist eine Frage, die die Frage der Solidarität und Gerechtigkeit neu stellt. Emile Durkheim hat recht: Demokratie definiert sich immer in drei Säulen. Im Schutz vor Willkür ist die erste Säule. Die Gleichheit der Menschen ist die zweite Säule der Demokratie. Aber die dritte Säule sind Teilhabe und Gestaltung an der Ausrichtung, an der Entwicklung der Gesellschaft – das, was er „organische Solidarität“ nannte.

Die SPD ist die Partei der sozialen Gesellschaft. Also nutzen wir die Chance beim Umbau, also bei dem Weg in die Zukunft, und nicht nur bei der Beschreibung der Gegenwart! – Vielen Dank.

(Beifall)

**Garrelt Duin, Tagungspräsidium:** Vielen Dank, Michael. – Jo, einen Moment noch. Wir haben jetzt wieder ein Wahlergebnis.



## Wahl der stellvertretenden Vorsitzenden der Schiedskommission

**Ruth Barthels, Mandatsprüfungs- und Zählkommission:** Genossinnen und Genossen!

Das Ergebnis der Wahl der stellvertretenden Vorsitzenden der Schiedskommission liegt vor. Es war nicht so schwierig: Zwei Kandidaten waren auf zwei Plätze zu wählen.

Abgegeben wurden 281 Stimmzettel. Davon waren 4 ungültig. Damit waren 277 Stimmzettel gültig.

Hier gab es ein Quorum: Eine Stimme mehr als die Hälfte musste erreicht werden. 139 ist das Quorum.

Gewählt wurden Werner Ballhausen mit 268 Stimmen und Roland Rixecker mit 260 Stimmen. Herzlichen Glückwunsch!

(Beifall)

**Garrelt Duin, Tagungspräsidium:** Vielen Dank. – Wir kommen jetzt zur Wahl der vier weiteren Mitglieder der Bundesschiedskommission.

Auch hier bedarf es im ersten Wahlgang der absoluten Mehrheit.

Es kandidieren: Ilse Brusis, Kristin Kessler, Thomas Notzke und Johannes Risse.

Es können höchstens diese vier Namen angekreuzt werden. Es müssen aber, um den Stimmzettel gültig gemacht zu haben, mindestens zwei Namen angekreuzt werden. Auch hier ist wieder die Quotierung zu beachten.

Ich bitte, die Stimmzettel für die weiteren Mitglieder der Bundesschiedskommission zu verteilen. Ich kann euch schon sagen, dass dann überraschenderweise die nächste Kontrollmarke zu verwenden ist, nämlich die Nr. 10. Noch einmal: mindestens zwei, höchstens vier Kreuze.

Sind die Stimmzettel schon überall verteilt worden? – Gut.

Haben schon alle gewählt? Können wir mit dem Einsammeln beginnen? – Das scheint auch der Fall zu sein. Dann bitte ich jetzt die Kommission, mit den Urnen durch die Reihen zu gehen und die Stimmzettel einzusammeln.

Wo sind Stimmzettel noch nicht eingesammelt? – Alle Stimmzettel sind eingesammelt. Wenn sich kein Widerspruch regt, dann darf ich das so feststellen. Damit ist der Wahlgang geschlossen.

Wir kehren zurück in die Generaldebatte zum Leitantrag. Jetzt, lieber Jo, ist der Moment gekommen, zu dem du zu uns sprechen kannst. Ihm folgt Stephan Grüger aus Hessen-Süd.

## Generaldebatte zum Leitantrag

**Jo Leinen, Saarland:** Liebe Genossinnen und Genossen! Der Klimaschutz ist eine der großen Aufgaben der nächsten Jahrzehnte. Ich glaube, in unserer Regierungszeit hat die SPD wichtige Beiträge geliefert, um dieses Ziel zu erreichen. Auf das, was in elf Jahren geleistet wurde, können wir stolz sein. Das Erneuerbare-Energien-Gesetz wird mittlerweile von 42 Ländern in der Welt kopiert. Das ist der Einstieg in das Solarzeitalter, in dem Deutschland immer noch Spitzenreiter auf der Welt ist.

Das, was bisher getan wurde, wird aber nicht ausreichen. Ich bin Leiter der Delegation des Europäischen Parlaments zur Klimakonferenz, die in drei Wochen in Kopenhagen stattfindet. Ich weiß, dass die Länder in Afrika, China, Indien und auch die Länder in Lateinamerika fordern: Die Industrieländer müssen mehr tun, und zwar viel mehr tun, als wir uns bisher verpflichtet haben. Wir wissen, dass, wenn wir das Klima bei 2 °C Erderwärmung stabilisieren wollen, Europa bis zur Mitte dieses Jahrhunderts 80 % der CO<sup>2</sup>-Emissionen reduzieren muss. Die Umweltminister der EU haben vor 14 Tagen sogar die Zielmarke 80 bis 95 % der CO<sup>2</sup>-Emissionen für das Jahr 2050 beschlossen.

Liebe Genossinnen und Genossen, wenn wir an diese Zahlen denken, ist klar: Wir stehen am Beginn einer neuen industriellen Revolution, die notwendig ist, um das große Ökosystem des Weltklimas zu stabilisieren. Ich glaube, das ist eine Chance für die Sozialdemokratie. Denn was uns Angst macht, kann uns auch Hoffnungen machen. Der Klimaschutz ist wirklich der Einstieg in neue Technologien, in neue Produkte und auch in neue Arbeitsplätze. Wir wissen, dass die erneuerbaren Energien heute schon weit mehr Arbeitsplätze in Deutschland zur Verfügung stellen als die Atomindustrie und auch die Kohleindustrie. Es sind schon viel mehr, und es werden noch Millionen mehr werden, wenn wir konsequent den Klimaschutz betreiben. Dazu müssen wir uns bekennen.

(Beifall)

Diesen Prozess – das ist hier auch schon gesagt worden – darf man nicht den Grünen überlassen. Die springen viel zu kurz und sind da viel zu eindimensional. Die Konservativen werden das auch nicht hinbekommen. Ich glaube, das ist ein Fortschrittsprojekt für die Sozialdemokratie, für die linke Mitte, die das organisieren und gestalten kann und gestalten muss.

Ich glaube, das ist ein Projekt, mit dem man Hoffnung macht und mit dem man auch wieder junge Leute in die Politik bekommt, weil es ihre Zukunft ist, die mit einem wirksamen Klimaschutz verbunden ist.

Lieber Sigmar, du warst der erste sozialdemokratische Umweltminister in Deutschland, und deine Aufgabe war, das Weltklima zu retten. Jetzt bist du der Vorsitzende der Sozialdemokratischen Partei und sollst die SPD retten. Ich würde vorschlagen – du hast es ja auch in deinem Programm –, die Rettung des Weltklimas mit dem Aufschwung der Sozialdemokratie zu verbinden. Das muss uns gelingen.

(Beifall)

Da haben wir ein Politikangebot, das die Leute akzeptieren.

(Beifall)

Michael Müller kann Gedanken lesen. Wir sind schon seit Juso-Zeiten an diesem Thema der Ökologie und der ökologischen Industriepolitik miteinander verbunden. In der Tat: Unsere Aufgabe wird es sein, die soziale Dimension des Klimaschutzes und der Energiewende darzustellen, denn das wird Geld kosten. Das wird viel Geld kosten, Milliarden und Abermilliarden. Es darf nicht sein, dass es sich nur die Reichen leisten können und dass die ärmeren Schichten der Bevölkerung nicht mitkommen. Sie werden dann nämlich auch nicht mitmachen. Deshalb brauchen wir ein Projekt, eine Projektbörse in der SPD – vielleicht auch in der Friedrich-Ebert-Stiftung –, die genau diese Themen beleuchtet: Wie wir das Steuersystem umbauen, wie wir die Budgets umbauen, wie wir Anreize geben, also welche Mittel und Möglichkeiten wir haben, wirklich die ganze Bevölkerung beim Klimaschutz mitzunehmen, bei den Dimensionen, die vor uns stehen, und nicht nur das besserverdienende Bürgertum. Da werden wir sonst Schiffbruch erleiden. Dazu darf es nicht kommen.

Wir haben natürlich die Vorstellung „Raus aus der Atomenergie und rein in die erneuerbaren Energien“. Dabei bleibt es. Ich sage auch: Das Programm der schwarz-gelben Regierung, die Laufzeiten für Atomenergie zu verlängern und die Leistungen für erneuerbare Energie zu verkürzen, ist genau das Gegenteil dessen, was wir brauchen. Da wird sich im Land Widerstand aufbauen, und wir werden Teil dieses Widerstands gegen diese rückwärts gewandte Politik sein.

(Beifall)

Im Leitantrag steht dann dieser Satz, auf fossile Energieträger könne im Energiemix auf absehbare Zeit nicht verzichtet werden. Das ist wohl richtig. Und trotzdem muss man definieren, was das bedeutet. Liebe Genossinnen und Genossen, es geht dabei um den Neubau von Kohlekraftwerken. Die Strategie der Stromkonzerne kann nicht die Strategie der SPD sein. Das sind zwei unterschiedliche Paar Schuhe.

(Beifall)

Ihr seht ja im Land, wo diese neuen Kohlekraftwerke geplant sind, dass sich fast ein ähnlicher Widerstand darstellt wie gegen die Atomkraftwerke. Bei mir im saarländischen Ens Dorf ist ein RWE-Kraftwerk am Bürgerentscheid gescheitert. In Datteln ist ein E.ON-Kraftwerk am Gericht gescheitert. In Berlin hat es sich ebenfalls nicht durchsetzen lassen. In Mainz gibt es ebenfalls große Widerstände.

Ich sage euch: Bis Mitte des Jahrhunderts muss die Stromerzeugung CO<sup>2</sup>-frei sein. Sonst werden wir diese Ziele nicht erreichen. Das heißt, herkömmliche Kohlekraftwerke kann es einfach nicht mehr geben. Deshalb würde ich vorschlagen, dass wir hinter diesen Satz unbedingt einen Zusatz machen müssen, weil wir sonst draußen in die Zwickmühle geraten und zum Teil auch schon in der Zwickmühle sind. Es sollte der Zusatz hinter diesem Satz kommen, dass wir auf fossile Energieträger nicht verzichten können. Deshalb unterstützen wir neue Energien für CO<sup>2</sup>-freie Kraftwerke. Das ist das, was wir brauchen: Keine Kraftwerke mehr ohne neue Technologien, die CO<sup>2</sup> einfangen. Ich glaube, zur Glaubwürdigkeit der Klimaschutzpolitik der SPD gehört das. Sonst sind wir vor Ort immer wieder in der Defensive. Auch bei dem, der hier gesprochen hat, mein alter Freund Hubert Weiger vom BUND. Ich finde es schön, dass dieses Symbol hier gelegt wird, wobei ich darauf hinweise: Die Naturfreunde sind hier nicht begrüßt worden. Das ist auch ein Umwelt- und Naturschutzverband, der zu uns gehört. Das sollte man auch einmal sagen. – Vielen Dank.

(Beifall)

**Garrelt Duin, Tagungspräsidium:** Vielen Dank, Jo. – Das Wort hat jetzt Stephan Grüger, Hessen-Süd. Ihm folgt dann Manuela Schwesig.

**Stephan Grüger, Hessen-Süd:** Liebe Genossinnen und Genossen! Eigentlich wollte ich euch ein paar Ausführungen zu meinem Leib- und Magenthema ersparen, nachdem Michael Müller und Jo Leinen geredet haben. Aber das Letzte, was Jo gesagt hat, regt mich dann doch zum Widerspruch an. Ich denke, es ist ein grandioser Irrweg, der uns gerade von den Energiemonopolisten verkauft wird, dass es so etwas wie CO<sup>2</sup>-freie Kohlekraftwerke gibt. Wir sollten uns nicht auf diesen Irrsinn einlassen. Hier geht es nur darum, noch mehr Geld zu verdienen, noch mehr Monopolgewinne einzufahren. Wir sollten uns ganz und gar auf die erneuerbaren Energien konzentrieren und nicht versuchen, brüchige Kohlebrücken ins Solarzeitalter zu bauen.

(Beifall)

Nun aber zum Leitantrag, der – ich muss es euch gestehen, Genossinnen und Genossen –, für mich selbst in seiner veränderten Form eher mit „d“ als mit „t“ geschrieben wird. Ich bin da nicht alleine. Ich habe zu einem bundesweiten Treffen eingeladen, zum sogenannten Basisrundschatz, über den übrigens in der Presse viel Unsinn zu

lesen war. Da sind 300 Genossinnen und Genossen gekommen. Wir haben über die aktuelle Situation der SPD geredet und haben natürlich über den Leitantrag geredet. Die durchgängige Meinung war, dieser Leitantrag macht nicht klar, worin genau wir nun eigentlich unsere Fehler sehen, die wir in den letzten Jahren gemacht haben. Es wird herausgestellt, was gut war, was positiv war.

Aber wir müssen uns ehrlich machen, was Fehler angeht. Da hilft es nicht, Genossinnen und Genossen, wenn wir einfach nur à la longue von Fehlern bei der Arbeitsmarktpolitik reden, sondern dann müssen wir es benennen. Warum kommt das Wort Hartz IV denn nicht in dem Leitantrag vor? Das ist der Skandal, der uns die meisten Stimmen gekostet hat, und zwar nicht als solches, sondern weil es da um konkrete Themen und Ängste geht.

Ich nenne drei Sachen: Das ist zum einen die Frage des Schonvermögens. Wie peinlich ist es denn, dass wir von Schwarz-Gelb damit jetzt durchs Dorf getrieben werden? Warum haben wir dogmatisch an etwas festgehalten, was ganz offensichtlich nicht nur massive Ängste auslöst, sondern tatsächlich zu einer Verelendung von Teilen der Bevölkerung führt?

Das zweite Thema sind die Regelsätze. Genossinnen und Genossen, müssen wir wirklich darauf warten, dass die anderen Roten, nämlich die mit den roten Roben, uns ins Stammbuch schreiben, dass die Regelsätze zu niedrig waren? Lasst uns doch die Chance nutzen, hier und jetzt zu sagen: Das war ganz offensichtlich ein Fehler, den wir gemacht haben. Diesen Fehler wollen wir beheben. Denn, Genossinnen und Genossen, man kann einen anderen nicht davon überzeugen – das weiß jeder, der eine erfolgreiche Ehe führt, und das weiß auch jeder aus jeder Freundschaft –, dass man Vorteilhaftes und Gutes gemacht hat, wenn man nicht auch ehrlich über seine Fehler redet und sagt: Das gestehen wir ein; das machen wir anders.

Der dritte Punkt bei Hartz IV ist die Frage der Zumutbarkeit. Das ist heute auch schon häufig genannt worden. Auch da, Genossinnen und Genossen, müssen wir uns ehrlich machen. Da haben wir zu viel gefordert und zu wenig gefördert. Das sollte im Leitantrag auch zur Sprache gebracht werden.

Genossinnen und Genossen, ich möchte euch nur darauf hinweisen: Ich habe nichts dazu gesagt, dass Hartz IV prinzipiell falsch konzipiert war. Das sollten vielleicht diejenigen, die jetzt gerade dazwischengerufen haben und die der Meinung waren, das, was ich erzählt habe, sei alles Quatsch, das vielleicht als goldene Brücke sehen. Die Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe war richtig, Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Aber das Ding, wie wir es nachher gemacht haben, war nicht so toll. Dann sollten wir vielleicht auch offen darüber reden, warum wir es versäumt haben, nach den Sitzungen des Vermittlungsausschusses damals darauf hinzuweisen, dass die größten sozialen Schweinereien uns damals von der CDU diktiert worden sind. Das haben wir zu wenig gemacht, und das sollten wir jetzt machen. Wenigstens jetzt sollten wir es noch machen, Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Der zweite Punkt, den ich ansprechen möchte, ist das Thema Vermögensteuer. Wir haben dieses Thema schon häufig diskutiert. Wann, wenn nicht jetzt, sollten wir klarmachen, dass dies ein Bestandteil einer zukünftigen Steuerpolitik der Sozialdemokratie sein soll? Wann, wenn nicht jetzt? Wie viel ist denn eine Rede wert – ich komme zum Schluss –, in der unser neuer Vorsitzender sagt, wir müssen über eine gerechte Steuerpolitik reden, wenn wir dabei nicht gleichzeitig über die Vermögensteuer reden, Genossinnen und Genossen?

Ich wünsche mir, dass wir mit dem Leitantrag uns selber ehrlich machen. Ich gehe davon aus, wenn wir das tun, sind wir in vier Jahren zurück und werden Schwarz-Gelb zum Teufel jagen. – Vielen Dank.

(Beifall)

**Garrelt Duin, Tagungspräsidium:** Danke, Stephan. – Jetzt hat Manuela Schwesig das Wort. Ihr folgt Horst Schmidbauer, Bayern.

**Manuela Schwesig, stellvertretende Parteivorsitzende:** Liebe Genossinnen und Genossen! Ich möchte euch gerne noch auf einen Punkt im Leitantrag aufmerksam machen, nämlich auf die Forderung, dass wir einen Aktionsplan für Gleichstellung brauchen. Nur weil Deutschland durch eine Bundeskanzlerin regiert wird und nur weil wir vielleicht einige Frauen in Führungspositionen haben, ist es noch lange nicht so, dass es wirklich Gleichheit und Gleichstellung gibt zwischen Frauen und Männern.

Die Wahrheit ist, dass Männer und Frauen in unserer Gesellschaft noch lange nicht gleichberechtigt leben. Die Wahrheit ist, dass sich Frauen immer noch rechtfertigen müssen, egal für welches Lebensmodell sie sich entscheiden. Sie sind entweder die Nur-Hausfrau, die Karrierefrau oder die Rabenmutter. Andere meinen immer, über sie urteilen zu müssen.

Die Wahrheit ist, dass viele Frauen, aber auch Männer, noch nicht die Möglichkeit haben, Beruf und Familie wirklich zu vereinbaren. Die Wahrheit ist auch, dass viele Frauen eben nicht den gleichen Lohn für gleiche Arbeit bekommen. Die Wahrheit ist

auch, dass Frauen immer noch viel zu wenig Anerkennung bekommen für die Berufe, in denen sie überwiegend arbeiten. Ich darf an den Bereich Erziehung und an den Bereich Pflege erinnern. Diese Berufe sind Dienst am Menschen; sie werden aber gesellschaftlich und auch materiell nicht genug anerkannt.

(Beifall)

Die Wahrheit ist auch, dass wir noch viel zu wenige Frauen in Führungspositionen haben, weil in allen Bereichen der Gesellschaft – egal ob in Politik, Wirtschaft oder öffentlichem Dienst – immer noch eine gläserne Decke vorhanden ist.

Wir dürfen nicht erwarten, dass die anderen das für uns tun. Und wir dürfen schon gar nicht erwarten, dass die Bundeskanzlerin, nur weil sie eine Frau ist, sich dafür einsetzt. Das Gegenteil ist der Fall. Vielleicht habt ihr es gelesen: Als die Bundeskanzlerin Merkel gefragt wurde, was sie davon hält, dass Frauen weniger Lohn für gleiche Arbeit bekommen, dass sie 23 Prozent weniger als Männer verdienen, weil sie oft in Teilzeit sind – aber auch beim gleichen Job und bei gleicher Arbeitszeit verdienen sie immer noch 12 Prozent weniger –, antwortet die Bundeskanzlerin, das fände sie auch problematisch, aber sie habe einen Tipp für die Frauen: Sie sollen einmal zum Chef gehen und nach mehr Lohn fragen.

(Lachen)

Offensichtlich weiß die Bundeskanzlerin nicht, was los ist in Deutschland.

(Beifall)

Sie kann Guido Westerwelle so abfrühstücken. Aber nicht uns Frauen.

(Beifall)

Schaut euch an, was Schwarz-Gelb vorhat im Bereich der Pflege. Es sind überwiegend Frauen – aber ich spreche auch für die Männer –, die im Pflegebereich tätig sind und die eine wahnsinnig schwere Arbeit machen. Ich weiß es aus meiner Tätigkeit als Gesundheitsministerin. Diese Frauen verdienen oftmals viel zu wenig, manchmal sogar unterhalb des Mindestlohns. Gut, dass sich Olaf noch während seiner Zeit als Minister hier stark gemacht hat.

Diese Frauen sollen sich jetzt zukünftig privat pflegeversichern. Sie werden diejenigen sein, die als Erste der Pflege bedürfen, weil sie so einen harten Job machen. Sie können es sich aber überhaupt nicht leisten, sich privat pflegezuversichern. Diese Frauen werden diejenigen sein, die massiv benachteiligt sind unter der neuen Bundesregierung von Schwarz-Gelb.

(Beifall)

Deswegen müssen wir etwas dagegen tun. Wir brauchen verbindliche Regeln. Wir brauchen ein Gesetz für gleichen Lohn für gleiche Arbeit, so wie Olaf Scholz dieses Gesetz vorgelegt hat. Wir brauchen verbindliche Regeln für Aufsichtsratsquoten, mindestens 40 Prozent.

Ihr seht: Es gibt eine Menge zu tun. Wir brauchen diesen Aktionsplan für Gleichstellung. Wir brauchen Frauennetzwerke und Frauensolidarität, um voranzukommen. Wenn die SPD wirklich eine moderne Partei sein will, muss sie sich mehr für Frauen stark machen. Wenn diese Gesellschaft modern sein will, muss sie endlich die Erwartungen von Frauen anerkennen. Weder Deutschland noch der Rest der Welt kann auf die Frauen verzichten. – Vielen Dank.

(Beifall)

**Garrelt Duin, Tagungspräsidium:** Vielen Dank, Manuela. – Bevor Horst Schmidbauer spricht, geben wir zunächst einige Wahlergebnisse bekannt. Bitte sehr.



## Wahl der Mitglieder der Schiedskommission

**Ruth Barthels, Mandatsprüfungs- und Zählkommission:** Liebe Genossinnen und Genossen! Das Ergebnis der Wahl der weiteren Mitglieder der Schiedskommission liegt vor. Es waren vier Plätze zu besetzen und es gab vier Kandidaten. Abgegeben wurden 315 Stimmzettel, einer davon war ungültig. Damit waren 314 Stimmzettel gültig. Das Quorum lag bei 158 Stimmen. Gewählt wurden: Ilse Brusis mit 301 Stimmen, Kristine Kessler mit 298 Stimmen, Thomas Notzke mit 298 Stimmen und Johannes Risse mit 297 Stimmen. – Herzlichen Glückwunsch.

(Beifall)

**Doris Ahnen, Tagungspräsidium:** Vielen Dank, Ruth. – Die Redner haben ihr Einverständnis erklärt, dass wir den nächsten Wahlgang einschieben. Das wäre die Wahl zur Kontrollkommission. Der Stimmzettel wird gleich an euch verteilt. Es handelt sich um eine Listenwahl. Die Kontrollkommission besteht aus neun Mitgliedern, der mindestens jeweils vier Frauen und Männer angehören müssen. Es stehen neun Kandidatinnen und Kandidaten zur Wahl. Für die Wahl der Mitglieder der Kontrollkommission ist die einfache Mehrheit entscheidend. Es müssen mindestens fünf, es dürfen höchstens neun angekreuzt werden. Benutzt bitte die Kontrollmarke 11.

Haben alle einen Stimmzettel erhalten? – Dann ist der Wahlgang eröffnet.

Ich glaube, dass alle den Stimmzettel ausgefüllt haben. Dann bitte ich, die Zettel einzusammeln.

Jetzt sind alle Stimmzettel eingesammelt. Ich danke euch.

Jetzt spricht Horst Schmidbauer. Ich bitte um Entschuldigung, dass du warten musstest.

## Generaldebatte zum Leitantrag

**Horst Schmidbauer, Parteirat:** Genossinnen und Genossen! Ich möchte zwei Themen ansprechen. Das erste Thema ist die Behindertenpolitik. Es geht um die Politik, die wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten für Menschen mit Behinderung machen müssen.

Da möchte ich zunächst einmal mit der positiven Nachricht anfangen: Wir haben gesehen, dass in Berlin vorbildlich gearbeitet wurde – sowohl in der Regierung als auch in der Fraktion. Die UN-Behindertenkonvention ist angenommen worden und hat in der Bundesrepublik Rechtskraft erlangt. Das ist unserer Behindertenbeauftragten Evers-Meyer zu verdanken, die das mit allem Nachdruck verfolgt hat und auch zum Erfolg gebracht hat.

(Beifall)

Aber nun die negative Nachricht: Wenn ich unseren Antrag heute ansehe, dann habe ich vergeblich danach gesucht, wo der Bereich der Politik für Menschen mit Behinderung ist. Also Fehlanzeige. Wenn wir hier erklären, dass wir uns für die Gesellschaft öffnen, dass wir die kompetenten Gesprächspartner für Menschen mit Behinderung und den entsprechenden Organisationen draußen sein wollen, dann müssen wir auch etwas auf den Tisch legen. Deswegen ist es reparaturbedürftig und notwendig, dass wir eine klare Aussage treffen zu Menschen mit Behinderung und der damit verbundenen Politik. Das ist notwendig, um Vertrauen zu schaffen und Vertrauen zu gewinnen und die Menschen auf einen neuen Weg mitzunehmen.

Denn der neue Weg ist von elementarer Bedeutung. Die Behindertenpolitik, die bisher auf Integration setzt, heißt jetzt Inklusion. Das heißt also, die Menschen sind inmitten der Gesellschaft und sind in allen Bereichen der Gesellschaft unterwegs. Das bedeutet einen Umbau in allen Bereichen der Politik: von der Kommunalpolitik bis hin zur Bundespolitik.

Ich glaube, dazu ist auch eine Perspektive und eine Konzeption von unserer Seite erforderlich.

Mein zweites Thema, das ich ansprechen möchte: Ich habe mich gefreut darüber, dass in dem Leitantrag auch das Thema Bürgerversicherung, das wir im Wahlkampf so sehr vermisst haben, jetzt wieder stärker in den Vordergrund gerückt und in den Mittelpunkt gestellt wird. In der Darstellung des Leitantrags fehlt für mich aber ein wichtiger Hinweis, dass hier nämlich eine paritätische und solidarische Bürgerversicherung gemeint ist. Ich sage das deswegen, weil ich glaube, dass wir in der Auseinandersetzung da einiges deutlich machen müssen.

Ich will auch, dass die Auseinandersetzung zugespitzt wird, weil ich glaube, dass wir das noch etwas zu zurückhaltend machen. Ich glaube, wir müssen aus der Erfahrung, die zurzeit Schweizer Sozialdemokraten machen, lernen. Sie wollen die Kopfpauschale in der Schweiz abschaffen. Wir sollten die entsprechenden Argumente nutzen und sagen, dass diese Koalition zurzeit eine Krankenversicherung anstrebt, bei der letztendlich der Pförtner den gleichen Beitrag zu bezahlen hat wie der Direktor. Ich glaube, das ist diese politische Unverschämtheit der Leute, aber wir müssen das zugespitzter formulieren, damit die Menschen draußen auch verstehen, was wir darunter verstehen und letztendlich meinen.

Wir müssen noch etwas aus der Schweiz auch in Deutschland deutlich formulieren und begründen. In der Schweiz müssen fast 40 Prozent der Schweizerinnen und Schweizer zu ihrer Kantonsverwaltung gehen, um eine finanzielle Unterstützung zu beantragen, weil die Klausel der Überforderung für fast 40 Prozent der Schweizer erfüllt ist. Da kann man einmal sehen, was das bedeutet und was so nebenbei in dieser sogenannten Koalitionsvereinbarung kleingedruckt steht, dass dann nämlich eine soziale Stütze der Leute erfolgen sollte.

Genossinnen und Genossen, aber auch an unsere Adresse ist die Frage der Finanzierungsstruktur gerichtet. Wenn wir eine paritätische Finanzierung haben wollen, dann bedeutet das, wenn wir das auch so formulieren, dass wir uns im Klaren darüber sein müssen, dass es nicht weiter so wie bisher geht und wie wir es als Sozialdemokraten auch mitbeschlossen haben, dass es nämlich einen Arbeitgeber- und einen Arbeitnehmerkassenbeitrag gibt. In Zukunft darf es dann nämlich wieder nur einen Krankenkassenbeitrag geben. Wir müssen das, was im Rahmen der letzten Reform – in Anführungszeichen – beschlossen worden ist, wieder rückgängig machen.

Wir müssen auch klar sagen, dass das dann auch eine Rückkehr ist und dass wir Sozialdemokraten nicht mehr weiter den Weg unterstützen, der hin zu einer kleinen Kopfpauschale führt. Wir müssen dann auch bereit sein, den Fehler, den wir in der Koalition gemacht haben, nämlich für eine kleine Kopfpauschale zu plädieren, zu beheben. Ansonsten wird es praktisch unglaublich. Wir können nicht die Parität fordern und auf der anderen Seite gewissermaßen auf der alten Linie weitermachen.

Vielen Dank.

(Beifall)

**Doris Ahnen, Tagungspräsidium:** Als Nächstes hat Thomas Schuler das Wort. Ihm folgt Hilde Mattheis.

**Thomas Schuler, Sachsen:** Liebe Genossinnen und Genossen, ich bleibe beim Thema Öffnung zur Gesellschaft.

Politische Systeme, auch die Demokratie, sind dafür anfällig, dass sich das politische Geschäft abkapselt – ich zitiere das spitze Stichwort „Raumschiff Willy-Brandt-Haus“ – und dass politische Akteure an Bodenhaftung verlieren. Die SPD ist sich dessen bewusst und steuert gegen. Ich erinnere euch an Kurt Becks „nahe bei den Menschen“ und an Sigmar Gabriel gestern mit den Nervenenden und seinem Appell „raus ins Leben“.

Wie ihr seit gestern wisst, habe ich ein Faible für Frühwarnsysteme. Neben den Jusos haben wir in unserer Partei noch ein weiteres Frühwarnsystem, und zwar die Wohlfahrtsverbände aus der Tradition der Arbeiterbewegung, nämlich die AWO und den ASB.

(Vereinzelt Beifall)

Natürlich sind viele von uns Mitglied in einem dieser Verbände. Falls jemand noch kein Mitglied ist: Draußen am AWO-Stand gibt es auch noch Anträge für eine Mitgliedschaft. – Die Parteistrategen stecken die AWO und andere aber in eine Schublade mit der Aufschrift „Vorfeldorganisationen“. Einen so distanzierenden Begriff für historische und politische Nähe muss man erst einmal erfinden.

Im Leitantrag fehlen bisher auch die AWO und der ASB – wieder einmal. Meine Bitte ist deswegen, den Initiativantrag 6 zu unterstützen, mit dem dieses korrigiert wird.

Liebe Genossinnen und Genossen, wenn wir raus ins Leben sollen, dann reichen eine halbe Zeile im Leitantrag, ein AWO-Mitgliedsbuch und eine sozialpolitische Diskussion allein nicht aus. Die Parole heißt dann: Wir müssen auch mitmachen. Aber wie? Ich will euch zwei Beispiele aus meinem Umfeld, der AWO-Chemnitz, nennen.

In unserem Vorstand haben wir stets einige jüngere Mandatsträger – sei es aus Bundestag, Landtag oder Stadtrat –, und sie loben unisono, wie wichtig es für sie ist, zu sehen, wie sich neue Bundesgesetze oder städtische Verordnungen bewähren. Kommen sie in der Praxis überhaupt an, oder haben die zwischengeschalteten Bürokraten und Bedenkenträger die eigentlichen politischen Ziele weichgespült oder gar pervertiert? Außerdem: Wo gab es handwerkliche Fehler, wo muss man dringend etwas nachbessern? Dass unsere Politiker solche Frühwarnsysteme nicht genug nutzen, hat der SPD beim zögerlichen Nachbessern zu Hartz IV erheblich geschadet.

Übrigens: Nicht nur bei solchen fachlichen Fragen funktioniert die AWO als Frühwarnsystem. In der alltäglichen Arbeit eines AWO-Vorstandes, also bei den Diskussionen und vor allem bei den Ortsterminen in unseren Einrichtungen, erhält ein Abgeordneter

auch einen ungeschminkten Blick auf die soziale Realität, und er nimmt dort Probleme und Trends in unserer Gesellschaft rasch wahr.

Zum zweiten Beispiel noch ganz kurz. Es geht um den Praxistag für Politiker. Das ist ganz neu bei uns. In diesem Jahr gab es bei uns in Sachsen die Aktion „Perspektivwechsel“. Das war ein Angebot für Entscheidungsträger in Politik und Verwaltung, am – konkret – 2. Juli einen ganzen Tag lang in einer sozialen Einrichtung praktisch zu arbeiten. Bei der AWO-Chemnitz haben wir alle damaligen SPD-Landtagskandidaten für diesen Praxistag gewinnen können. Sie waren hinterher voller Lob darüber. Weil das so gut lief, werden wir künftig auch all unseren Stadträten ein solches Angebot machen.

Liebe Genossinnen und Genossen, das waren nur zwei Beispiele, mit denen gezeigt werden sollte, dass Mitmachen in einem Wohlfahrtsverband auch ohne einen riesigen Zeitaufwand möglich ist.

Da, wo es anstrengend ist, da ist das Leben, hat uns Sigmar Gabriel gestern zugerufen. Ich kann euch versichern: Bei der AWO pulsiert das Leben. Also schaut einmal mal vorbei; wir laden euch ein.

(Beifall)

**Doris Ahnen, Tagungspräsidium:** Es spricht jetzt Hilde Mattheis. Ihr folgt Harald Baumann-Hasske.

**Hildegard Mattheis, Baden-Württemberg:** Liebe Genossinnen und Genossen, ich möchte euch bitten, den Juso-Antrag zur Vermögensteuer zu unterstützen.

(Vereinzelt Beifall)

Ich finde, das ist eine wichtige Botschaft von diesem Parteitag. Wir haben gestern lang diskutiert und in sehr vielen Wortbeiträgen feststellen müssen, dass wir die Verteilungsfrage nicht immer richtig beantwortet haben. Wir haben jetzt im Leitantrag in einzelnen Punkten aufgeführt, wo wir diese Gerechtigkeitslücke sehen, nämlich unter anderem beim Thema Steuern.

Wenn es hier wieder heißt, dass die starken Schultern mehr tragen müssen, dann kann ich mir nicht vorstellen, dass wir um den Ausdruck „Vermögensteuer“ überhaupt herumkommen;

(Vereinzelt Beifall)

denn wir wissen: Die 300 reichsten Deutschen haben ein Vermögen von circa 460 Milliarden Euro. Das stimmt nicht ganz; es sind 456 Milliarden Euro. Wir wissen, dass die reichsten Deutschen im Schnitt einen höchsten Steuersatz von 34 Prozent bezahlen, weil sie alle Abschreibungsmöglichkeiten nutzen, die es für sie gibt.

Ich glaube, wir sollten das, wodurch in anderen Ländern die Gerechtigkeitslücke auf jeden Fall stärker als bei uns geschlossen wird, ebenfalls einführen. In den USA werden Steuern auf das Eigentum in Höhe von 4,3 Prozent erhoben. In Großbritannien sind es ebenfalls über 3 Prozent und in anderen europäischen Ländern auch. Ich habe jetzt noch nicht bemerkt, dass aus diesen Ländern besonders viele Einwanderer zu uns gekommen sind, weil es hier nämlich keine Vermögensteuer gibt.

Wir sollten dies wirklich ernst nehmen und sagen: Ja, gerechte Steuern sind ein Baustein für mehr Gerechtigkeit in unserem Land, und ja, die Vermögensteuer ist ebenfalls ein wichtiger Baustein. Da sich hier mehrere – unter anderem auch der Sigmar – schon als heimliche Fans geoutet haben, sollten wir auf jeden Fall zu offenen Fans werden und die Vermögensteuer in diesen Leitantrag hineinstimmen.

Ich danke euch.

(Beifall)

**Doris Ahnen, Tagungspräsidium:** Harald Baumann-Hasske und danach Martin Rosemann. – Harald ist im Moment nicht da. Dann kommt jetzt Martin Rosemann.

**Martin Rosemann, Baden-Württemberg:** Liebe Genossinnen und Genossen, ich würde erst gerne eine kritische Bemerkung zu unserer Debattenkultur auf diesem Parteitag machen. Ich finde, wir haben gestern sehr selbstkritisch diskutiert. Wir haben uns gestern zu Recht selber Mut gemacht für die schwierigen Jahre in der Opposition. Aber ich glaube, die Art und Weise, wie wir hier auf diesem Parteitag über Inhalte debattieren, ist doch etwas fragwürdig. Für meinen Geschmack gibt es hier zu viele Grundsatzreden und zu viele Selbstdarstellungen.

(Vereinzelt Beifall)

Hier spricht Redner eins zu Thema A, dann Rednerin zwei zu Thema B und Redner drei zu Thema C; die Bezüge liegen ziemlich weit auseinander. Dann nimmt der 25. Redner wieder auf das Bezug, was der erste oder zweite gesagt hat. Man versetze sich einmal in die Zuschauerinnen und Zuschauer bei Phoenix vor den Fernsehschirmen hinein. Ich glaube, dass es ihnen sehr schwer fällt, unseren Debatten zu folgen, und dass das eher abstoßend ist. Ich glaube auch nicht, dass diese Art und Weise dazu führt, dass wir besonders gut gemeinsame Positionen entwickeln können.

(Vereinzelt Beifall)

Das ist gar keine Kritik an einzelnen Rednerinnen und Rednern, sondern das ist eine Kritik an der Art und Weise, wie wir hier Antragsberatung und inhaltliche Debatten organisieren, liebe Genossinnen und Genossen. Ich glaube, wir müssen in dieser Partei auch eine neue Debattenkultur entwickeln. Wir müssen wieder mehr

über inhaltliche Alternativen diskutieren, streiten und abstimmen, Genossinnen und Genossen.

(Vereinzelt Beifall)

Ich habe mich aber zu Wort gemeldet, weil ich im Namen meines Landesverbandes, im Namen meiner Delegation einen Änderungsantrag zum Leitantrag stellen möchte. Wir wollen nämlich das Bekenntnis zur Subvention des Steinkohlebergbaus auf der Seite 12 aus diesem Leitantrag herausstreichen.

Liebe Genossinnen und Genossen, Olaf Scholz hat vorhin gesagt, dies ist der Auftakt zur Debatte, dies ist der Auftakt, inhaltliche Fragen zu klären, und nicht der Abschluss. Dann finde ich, Genossinnen und Genossen, muss das aber auch für alle Themen gelten, die uns im Wahlkampf kritisch begegnet sind.

Ich bin, Genossinnen und Genossen, schon der Auffassung, dass die Erwartungen, die mit diesem Bekenntnis zur Subvention des Steinkohlebergbaus verbunden sind, nämlich dass das unseren Genossinnen und Genossen in NRW Rückendeckung für die Landtagswahl gibt, historisch eindeutig widerlegt sind.

(Vereinzelt Beifall)

Sowohl in Nordrhein-Westfalen als auch im Saarland hat die CDU mit einer Position gegen die Subvention des Steinkohlebergbaus die Wahlen gewonnen, Genossinnen und Genossen. Diese Position ist historisch widerlegt.

Ich bin der Auffassung, Genossinnen und Genossen, dass uns auch in der Auseinandersetzung mit den Grünen in diesem Bundestagswahlkampf dieses Thema häufig um die Ohren geflogen ist. Die Grünen haben die CDU als die Atompartei dargestellt und uns als die Kohlepartei. Das war deren Botschaft. Ich glaube, dass für eine Partei, die formuliert hat, dass sie ab 2050 die Stromerzeugung in Deutschland vollständig auf regenerative Energien umstellen will, ein solches Bekenntnis zur Subvention des Steinkohlebergbaus absolut unglaubwürdig ist. Das macht unsere Position als Partei der regenerativen Energien unglaubwürdig. Ich glaube, Unglaubwürdigkeit ist einer der Begriffe, die zu Recht auf diesem Parteitag häufiger genannt worden sind.

(Vereinzelt Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, die Zukunft gewinnen wir durch das Festhalten an der Subvention des Steinkohlebergbaus jedenfalls nicht. Und die junge Generation, die uns bei der Bundestagswahl in Scharen davongelaufen ist, gewinnen wir damit auch nicht. Ja, wir brauchen die Kohle in einer Übergangszeit bis 2050. Zumindest brauchen wir die effizientesten Kohlekraftwerke. Aber auch in dieser Übergangszeit

ist es unwirtschaftlich, die heimische Kohle zu subventionieren, solange wir Kohle günstiger auf dem Weltmarkt einkaufen können.

**Doris Ahnen, Tagungspräsidium:** Martin, komm bitte langsam zum Schluss.

**Martin Rosemann, Baden-Württemberg:** Stattdessen sollten wir lieber in die Zukunft investieren, liebe Genossinnen und Genossen, in Arbeitsplätze von morgen statt Arbeitsplätze von gestern, in Perspektiven statt in Nostalgie. – Vielen Dank.

(Vereinzelt Beifall)

**Doris Ahnen, Tagungspräsidium:** Jetzt kommt Beate Sieweke. Ihr folgt René Repasi.

**Beate Sieweke, Nordrhein-Westfalen:** Liebe Genossinnen und Genossen, ich habe zusammen mit 300 anderen SPD-Mitgliedern vor einer Woche an einer Diskussion in Kassel teilgenommen. Die Ergebnisse gingen zum Teil durch die Presse. Ich habe dort, genau wie hier, kritisiert, dass der Leitantrag mit den Worten „Zur erfolgreichen Regierungsarbeit“ anfängt. Heute, genau wie damals, meine ich, dass das nicht der Rahmen für eine nach vorne bringende Diskussion ist. Ich fühle mich in meiner Meinung auch unterstützt, da ich Frank-Walters Rede gehört habe und gehört habe, dass er gesagt hat: Was wir als SPD in der Regierung begonnen haben, müssen wir in der Opposition fortsetzen. – Ich meine, das weist in die falsche Richtung.

(Vereinzelt Beifall)

Wir hatten gestern eine Diskussion, die sich sehr kritisch mit der Regierungsarbeit der letzten Jahre auseinandergesetzt hat. Es bringt uns nicht weiter, zu sagen: Wir müssen diese Politik in der Opposition fortsetzen.

Liebe Genossinnen und Genossen, der Leitantrag – abgesehen von der Einleitung – bleibt sehr im Vagen. Viele Rednerinnen und Redner haben heute schon darauf hingewiesen. Ich meine, wir haben einen sehr konkreten Antrag zur Atomkraft verabschiedet. Den finde ich richtig. Ich meine, so konkret sollten wir in anderen Punkten, in den Änderungsanträgen auch sein. Ich möchte dabei zwei erwähnen, zum einen den aus Bayern, also der Initiativantrag 11, der sich mit der Frage Leiharbeit usw. beschäftigt. Den sollten wir komplett unterstützen, nicht nur in Teilen.

(Vereinzelt Beifall)

Als Zweites, das hat Hilde Mattheis gerade richtig gesagt, sollten wir den Antrag der Jusos zur Vermögenssteuer unterstützen. – Danke schön.

(Vereinzelt Beifall)



**Doris Ahnen, Tagungspräsidium:** René Repasi! Ihm folgt Ernst-Ewald Roth.

**René Repasi, Baden-Württemberg:** Liebe Genossinnen und Genossen, die SPD steht vor einer großen Herausforderung, nämlich vor der Herausforderung, die Frage zu beantworten, wie wir es schaffen, einen starken Staat für die Schwachen zu schaffen, ohne dass das Geld dafür da ist. Liebe Genossinnen und Genossen, eines ist klar, und das wurde in dieser Debatte und gestern deutlich: Die Antworten der 70er geben nicht die Antworten für heute. Und die Antworten von 1998 geben genauso wenig die Antworten für heute. Von der SPD verlangt man, dass man neue Antworten gibt, nämlich die Antworten dieses und des kommenden Jahrzehnts.

Liebe Genossinnen und Genossen, ich bin fest davon überzeugt, wenn wir darüber diskutieren, wie dieser neue Staat für die SPD aussieht, dann kann das nur ein europäischer Staat sein, und dafür brauchen wir ein Europa.

(Vereinzelt Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, in dieser Diskussion müssen wir uns ganz genau anschauen, welche Ebene am besten den Schutz der Schwächeren organisieren kann. Wir haben nicht mehr die Mittel und nicht mehr die Power in der globalisierten Welt, dass Deutschland oder die Bundesländer sich alleine darum kümmern können. Nein, wir werden in der globalisierten Welt ansonsten weggewischt. Die Chance, die wir haben, ist dieses Europa. Das ist das, was wir im Europawahlkampf unter dem Stichwort des sozialen Europa propagiert haben. Dieses europäische Projekt ist das Zukunftsprojekt der Sozialdemokratie in den nächsten Jahrzehnten. Wir müssen dieses starke Europa schaffen, damit die Schwachen aller Staaten in der EU die Chance haben, in der globalisierten Welt zu überleben. Wir wollen nicht, dass Deutschlands Stärke auf Kosten der anderen 27 Mitgliedstaaten geht. Wir wollen, dass Arbeitnehmerrechte in allen 27 Mitgliedstaaten gestärkt werden. Wir wollen, dass der soziale Schutz allen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern in der Europäischen Union zugutekommt. Das ist sozialdemokratische Politik.

(Vereinzelt Beifall)

Ja, wir stehen auch zum Wettbewerb. Ja, wir stehen auch zum Binnenmarkt. Aber dieser Wettbewerb soll bitte über die Qualität gehen und nicht darüber, wer die niedrigsten Sozialstandards und die wenigsten Arbeitnehmerrechte hat.

(Vereinzelt Beifall)

Wenn wir dieses wollen, dann müssen wir die Formel des sozialen Europas mit Leben füllen. Dann müssen wir knallhart sagen, Sozialpolitik endet nicht an den deutschen Grenzen. Dann müssen wir auch einen Schritt weitergehen und die Dinge, die wir

im nationalen Sozialstaat liebgewonnen haben, auf die europäische Ebene hochzoomen. Das ist der Weg, mit dem wir in die moderne Staatlichkeit kommen können, eine Staatlichkeit, die für die Schwachen da ist: in Europa, in Deutschland, in den Bundesländern und in der Kommune. So schaffen wir die Antworten, die die Sozialdemokratie für die nächsten Jahre geben muss.

Mit dem Beschluss dieses Leitantrags ist die Diskussion nicht zu Ende. Ich möchte mit meinem Redebeitrag dafür werben, diese Diskussion zu führen, damit wir in der nächsten Zeit diese Antworten geben können. Das ist das Besondere an diesem Leitantrag: Er will nicht Schluss machen mit der Diskussion, er will mit ihr anfangen. Deswegen sollten wir bei all diesen Themen die europäische Dimension mit diskutieren. – Danke schön.

(Beifall)

**Doris Ahnen, Tagungspräsidium:** Ernst-Ewald Roth. Ihm folgt Helga Heinemann.

**Ernst-Ewald Roth, Hessen Süd:** Liebe Genossinnen! Liebe Genossen! Gestern hat Franz Müntefering gesagt: Wir haben vieles gut gemacht, aber wir könnten es noch besser machen. Im Leitantrag ist das Thema Integration durch die neue Vorlage in der Tat besser geworden, aber es ist damit noch nicht gut. Gut ist allerdings, dass wir das Thema aufgreifen und dass es einen deutlichen Platz im Leitantrag hat.

Ich will das Thema Integration an dieser Stelle nicht entfalten, sondern nur auf diesen einen Punkt aufmerksam machen. Wir stehen nicht am Ende der Diskussion, sondern am Anfang. Deshalb muss die Verortung stimmen. Integration in Zusammenhang mit Bildung zu bringen, ist zum Teil richtig. Die Frage der Bildung ist beim Thema Integration ganz wichtig. Aber im Text steht, Integration ist eine Querschnittsaufgabe. Von daher muss Integration einen eigenständigen Bereich in diesem Leitantrag einnehmen. Denn alle Bereiche sind vom Thema Integration berührt. Man kann kaum in ausländische Gemeinschaften hineingehen, solange wir das in dieser Verbindung halten: Integration ist ein Teil von Bildung, ist ein Teil von Sozialpolitik. Damit werden wir denen, die in der Gesellschaft gut angekommen sind, nicht gerecht.

Deshalb meine Bitte, dass wir das Thema Integration im Leitantrag gesondert behandeln. Dadurch bieten wir eine Plattform, das ganze Paket, das zur Integration gehört, zu diskutieren und dann zu einem guten Ergebnis zu kommen. – Danke.

(Vereinzelt Beifall)

**Doris Ahnen, Tagungspräsidium:** Jetzt hat die Helga das Wort. – Sie ist auf dem Weg. Geschäftsleitend sage ich noch Folgendes: Nach Helga haben wir noch vier

Redner in der Generalausssprache. Das heißt, wir kommen mit der Generalausssprache absehbar zum Ende. Wir werden dann konkret in die Antragsberatung einsteigen. Es wäre daher schön, wenn sich diejenigen, die – aus sicher guten Gründen – noch nicht hier sein können, so langsam in den Raum begeben. Geht mal davon aus, dass wir kurz nach halb fünf konkret in die Antragsberatung einsteigen.

Helga, du hast das Wort, entschuldige!

**Helga Heinemann, Hessen Nord:** Liebe Genossinnen und Genossen! Ich will nicht zu einzelnen Punkten des Leitantrages sprechen, sondern allgemein dazu, wie es jetzt weitergehen sollte. Als ich den Leitantrag angefangen habe zu lesen, war ich zunächst verwundert. Das hat sich auch nicht geändert, als die überarbeitete Fassung vorlag. Ich habe vermisst, was ich sonst von Leitanträgen auf Bundesparteitagen gewohnt war: ganz konkrete Aussagen, ganz konkrete Forderungen. Mir kamen die Aussagen zu vielen Punkten unklar vor. Es wurde nicht genau gesagt, wir setzen uns für dies und jenes ein, sondern die Aussagen waren schwammig. Dann habe ich mir überlegt: Warum ist das so?

Erst habe ich gedacht: Die Grundzüge sind wahrscheinlich gefasst und niedergeschrieben worden, bevor wir diese Wahlniederlage hatten. Das würde erklären, warum das so ist. Man hat das vielleicht auch deshalb offen formuliert, um sich nicht festzulegen, wenn Koalitionsverhandlungen erforderlich sind. Erst als Sigmar sehr ausführlich dargestellt hat, warum das so gemacht worden ist, habe ich richtig begriffen, warum das so passiert ist. Vielleicht hätte man das in der Einleitung formulieren können; dann wäre ich nicht so irritiert gewesen.

Wir sollen also jetzt hier und heute die einzelnen Punkte des Antrags diskutieren. Das ist ausgiebig passiert. Wir haben Änderungen vorgeschlagen und werden dann auch weiter mit der Basis, in den Ortsvereinen, in den Unterkreisen, in den Unterbezirken, in den Bezirken und Landesverbänden, an diesem Antrag arbeiten müssen.

Ich habe jetzt zwei Bitten für das weitere Vorgehen: Ich bin in einem sehr kleinen Ortsverein auf dem flachen Land zu Hause. Da gibt es schon gewisse sprachliche Schwierigkeiten. Das äußert sich bei Versammlungen und an Stammtischen so: Was die „da oben“ sagen, das verstehen wir „hier unten“ nicht so richtig. Das macht sich auch an Sprache fest. Es hat also wenig Sinn, an Info-Ständen oder in Ortsvereinssitzungen von Neoliberalismus und vom Ende der New Economy zu reden. Da ernte ich bei vielen meiner Mitglieder Kopfschütteln. Das heißt, ich wünsche mir Sprache, die überall verstanden wird. Darum müssen wir uns kümmern.

(Beifall)

Ein Zweites: Es wurde gesagt, wir sind der Rumpf und haben zwei Flügel. Die Flügel flattern, der Rumpf ist statisch. Ich wünsche mir, dass die Flügel ab und zu – genauso wie bei den Vögeln – an den Rumpf klappen und mit ihm eine Einheit bilden. Wenn wir eine einheitliche SPD sind und dann gemeinsam diskutieren, dann sind wir stark, dann können die Flügel zwischendurch auch ruhig wieder flattern.

(Beifall)

**Doris Ahnen, Tagungspräsidium:** Jetzt sagt uns Ruth die letzten Wahlergebnisse.

## Wahl der Kontrollkommission

**Ruth Barthels, Mandatsprüfungs- und Kontrollkommission:** Liebe Genossinnen und Genossen! Das Ergebnis der Wahl zur Kontrollkommission liegt jetzt vor. Es gab neun Plätze und neun Kandidaten. Hier gibt es auch kein Quorum, sondern es gilt das einfache Mehrheitswahlrecht. Abgegeben wurden 341 Stimmzettel. Davon waren elf ungültig. Gültig sind also 330 Stimmen.

Gewählt wurden: Katrin Budde mit 280 Stimmen, Karl Diller mit 185 Stimmen, Gerhard Kompe mit 276 Stimmen, Eckart Kuhlwein mit 203 Stimmen, Heide Mattischek mit 307 Stimmen, Walter Meinhold mit 213 Stimmen, Christa Randzio-Plath mit 202 Stimmen, Brigitte Reckmann mit 278 Stimmen und Norbert Wiczorek mit 212 Stimmen. Damit sind alle in die Kontrollkommission gewählt. – Danke.

(Beifall)

**Doris Ahnen, Tagungspräsidium:** Liebe Ruth, ich glaube, das ist die Stelle, wo du und deine Mandatsprüfungs- und Zählkommission einen super Applaus verdient haben.

(Beifall)

Es kann ja immer noch sein, dass ihr weiter zum Einsatz kommt. Aber den großen Schwung der Wahlen habt ihr jetzt weg.

Wir haben noch ein kleines Problem, liebe Genossinnen und Genossen, nämlich beim vorletzten Wahlgang der weiteren Mitglieder der Schiedskommission. Ich bin soeben darüber aufgeklärt worden, dass das jetzt ein absolutes Novum auf einem Parteitag ist. Wir haben nämlich bei der Wahl der weiteren Mitglieder der Schiedskommission eine Stimmengleichheit zwischen zwei gewählten. Das ist ein Problem. Ich darf euch auf §4 „Besetzung des Spruchkörpers“ unserer Schiedsordnung verweisen, der da heißt: „Im Fall der Verhinderung des oder der Vorsitzenden wird dieses Amt von den Stellvertretern oder Stellvertreterinnen in der Reihenfolge der auf sie bei der Wahl entfallenen Stimmenzahl wahrgenommen.“ – So weit ist es noch okay. Da haben wir noch eine eindeutige Regelung. Dann geht es aber weiter: „Die weiteren Mitglieder rücken in der Reihenfolge der auf sie bei der Wahl entfallenen Stimmenzahl nach, wobei Beisitzerinnen und Beisitzer außer Betracht bleiben, deren Nachrücken ...“ Das Weitere ist nicht so wichtig.

Wir haben also das Problem: Wir müssen die Reihenfolge der Beisitzerinnen und Beisitzer bestimmen. Wir haben erst überlegt, ob wir jetzt noch einmal wählen. Wir könnten euch allerdings auch den Vorschlag machen: Wenn ihr zwei Personen von

uns mit eurem Vertrauen ausstatten würdet – jetzt sitzen gerade Klaus Wowereit und die Barbara hier vorne –, dann könnten sie aus diesem Körbchen ziehen.

(Beifall)

Der oder die Gezogene wäre dann erster bzw. zweiter Nachrücker. Ich würde das gerne noch einmal auch unter Einbeziehung der Betroffenen tun. Die erste Nachrückerin ist Ilse Brusis. Das ist aber unstrittig; sie hat 301 Stimmen bekommen. Dann kommen Kristin Kessler und Thomas Notzke. Beide haben 298 Stimmen. Dann kommt Johannes Risse, der hat 297 Stimmen hat. Das ist auch wieder klar. Wir müssten also zwischen Kristin Kessler und Thomas Notzke lösen. Wenn der Parteitag damit einverstanden ist, könnten wir uns einen Wahlgang sparen.

(Beifall)

Ich werde gerade darauf hingewiesen, ihr braucht gar nicht zu klatschen, wir hätten es ohnehin so machen müssen. Denn hier steht: „Bei gleicher Stimmenzahl bestimmt sich die Reihenfolge durch Losentscheidung der Versammlungsleitung.“ Es ist aber immer schön, wenn die Entscheidungen der Versammlungsleitung auch durch Beifall Zustimmung finden.

(Heiterkeit und Beifall)

Ich bitte, dass ihr beide lost, und ihr guckt, ob alles mit rechten Dingen zugeht. Vielleicht kommt ja noch ein Kaninchen heraus. Also zieht jetzt, bitte! – Klaus Wowereit sagte gerade hinter mir: Natürlich gewinnen die Frauen. – So ist es aber nicht immer im Leben, falls dir das entgangen ist. Aber es ist trotzdem in diesem Fall Kristin Kessler. Damit hätten wir die Reihenfolge bestimmt.

(Beifall)

Ganz hervorragend. Dann haben wir diesen Teil auch erledigt. Noch einmal einen ganz herzlichen Dank an die Mandatsprüfungs- und Zählkommission!

Dann gehen wir in der Reihenfolge der Wortmeldungen weiter. Ich weise noch einmal darauf hin, dass es jetzt noch vier Wortmeldungen sind. Danach startet die konkrete Antragsberatung mit entsprechenden Abstimmungen. Also guckt bitte, dass sich die Reihen füllen.

Das Wort hat jetzt Cornelia Östreich. Ihr folgt Eckart Kuhlwein.

## Generaldebatte zum Leitantrag

**Cornelia Östreich, Schleswig-Holstein:** Liebe Genossinnen und Genossen! Durch einen Fall von spontanem Zettelschwund ist meine Wortmeldung ein bisschen nach hinten gerückt. Dadurch ist es passiert, dass das, was ich euch zu Europa und Gleichstellung sagen möchte, inzwischen durch die Beiträge von Evelyne, Elke und Manuela und auch von einigen männlichen Genossen – das muss man hier sagen – teilweise geheilt worden ist, die sich sehr richtig zu Europa und Gleichstellung geäußert haben. Das ist aber nicht ganz geheilt. Deshalb will ich versuchen, meine Kritik in eine herzliche Bitte umzuwandeln. Aber ein bisschen Kritik müssen sich die ursprünglichen Verfasser des Leitantrages doch noch anhören.

Ich habe inzwischen, kann ich wohl sagen, sehr viele Erfahrungen mit inhaltlicher Arbeit: mit dem Grundsatzprogramm, mit diversen Bundestagswahlprogrammen und Landtagswahlprogrammen auch meines schleswig-holsteinischen Landesverbandes. Ich habe ebenso wie an der Arbeit mit Menschen auch an der Arbeit mit Texten im Allgemeinen Freude. Das sage ich hier erst einmal, ohne mich zu schämen. Aber manchmal ist das ein bisschen schwierig.

Lasst mich hinzufügen, dass ich es als für ASF und Europafragen Zuständige gewohnt bin, bei Texten etwas kritischer hinzuschauen und leider oft auch hinschauen zu müssen und dann Ergänzungsanträge zu schreiben oder zu unterstützen wie heute. Lasst mich auch sagen, dass diese Aktivitäten im Allgemeinen erfolgreich sind. Damit könnte ich ja nun zufrieden sein, zumal auch auf diesem Bundesparteitag der ausgezeichnete I 18 „Europa“ und der Aktionsplan Gleichstellung der ASF vorliegen, von der Antragskommission befürwortet werden und, wie ich die Aufnahme hier verstanden habe, von der Mehrzahl der Delegierten gutgeheißen wird.

Ich könnte zufrieden sein, bin es aber nicht. Denn es ist doch zermürend, wenig zukunftsweisend und auch ein Stück weit unehrlich, wenn wir einerseits Gleichstellung und Europa völlig korrekt als Schlüsselthemen, als zentral, ja seit gestern auch als Chefsache präsentiert bekommen und wenn bislang fast jedes, eigentlich jedes programmatische Papier, das diese Partei vorlegt, im ersten Anlauf auf diesen beiden Gebieten hoch defizitär ist und wenn auf diesen beiden Gebieten dann immer wieder nachgelegt werden muss, sei es noch so vernünftig und im Allgemeinen auch erfolgreich. Was sagt das nämlich über unsere Politik und über unsere Partei?

Diesen Gedanken bitte ich euch für die Zukunft auch mitzunehmen, wenn ihr wieder ähnliche Papiere verfasst.

In Europa und bei den Frauen haben wir in diesem Jahr zwei krachende Niederlagen erlitten. Europa stand dort im Originaltext – gut, der ist jetzt weitgehend überarbeitet – in

dürren Worten unter „Außenpolitik“. Darin war erst einmal nichts zum sozialen Europa – das ist jetzt nachgeholt – und zu den Menschenrechtsfragen auch noch erst wenig – dazu werde ich eine kleine Ergänzung vorbringen –, nach meinem Geschmack zu wenig über den Durchbruch für Lissabon, und es steht da allzu wenig darüber, wie wir Frauen als Wählerinnen zurückgewinnen wollen, aber auch zur politischen Mitarbeit motivieren und unterstützen wollen. Stattdessen wird – das muss ich dann doch noch einmal sagen – gegen gefasste Beschlüsse noch der Geist des Ehegattensplittings als Familiensplitting beschworen. Gut, das ist jetzt geheilt. Aber es war ein Glück, dass die Antragskommission und der Bundesparteitag, alle Delegierten hier, so hellwach sind und dass es nicht dazu kommt. Aber das sollte in Zukunft nicht mehr allein bei der Antragskommission und beim Bundesparteitag liegen, sondern das sollte auch schon bei der ursprünglichen Textfassung ganz deutlich zu spüren sein,

(Beifall)

und zwar nicht bei diesen Themen – ich halte mich da auch an das, was Sigmar uns gestern richtig gesagt hat –, die für unsere Partei so wichtig sind.

Ich hätte eine Ergänzung zu I 18 auf der Linie mit dem vorher gesagten im 2. Absatz nach „Nutzen“: „Der EU-Menschenrechtscharta wollen wir volle Geltung verschaffen.“ – Danke sehr.

**Garrelt Duin, Tagungspräsidium:** Vielen Dank. – Das Wort hat jetzt Eckart Kuhlwein. Ihm folgt Ralf Stegner.

**Eckart Kuhlwein, Schleswig-Holstein:** Liebe Genossinnen und Genossen! Ich finde es wunderbar, was Olaf Scholz vorhin im Bericht der Antragskommission verkündet hat – ihr findet den Satz auch in den Empfehlungen –, dass es nämlich jetzt in der Beschlussvorlage heißt: „Die SPD lehnt eine Privatisierung der Deutschen Bahn AG ab.“

(Beifall)

Und das nach einem sehr langen Diskussionsprozess! Diejenigen, die auch in der Bahn immer eine wichtige Aufgabe der öffentlichen Daseinsvorsorge gesehen haben, haben sich nun endlich durchgesetzt.

An die Adresse von Olaf Scholz: Im Himmel herrscht größere Freude über einen Sünder, der Buße tut, als über Tausend Gerechte.

(Beifall)

Deshalb wollen wir auch nicht nachtarocken und diesen schwierigen Prozess der Meinungsbildung und -findung vom Hamburger Parteitag über viele Zwischenstationen bis heute nicht noch einmal nachvollziehen.



Ich meine allerdings, dass wir noch ein bisschen klarstellen müssten. Da muss noch Butter bei die Fische. Die SPD-Fraktion hat in der letzten Wahlperiode im Bundestag einem Antrag zugestimmt – Große Koalition –, in dem die Bundesregierung ermächtigt wurde, Teile des Bahnvermögens zu verkaufen.

Genossinnen und Genossen, wenn dieser Satz von heute Folgen haben soll, dann erwarten wir von der Bundestagsfraktion, dass sie diese Position auch im Deutschen Bundestag revidiert.

(Beifall)

Eine letzte Anmerkung; ich will mich nachher bei den U-Anträgen nicht noch einmal melden. U 21 bis U 26 sind als erledigt bezeichnet worden. Das sind sehr gute Anträge, die auch alle eine lange Geschichte haben. Einer ist von der AfA vorgetragen worden, mit einem richtigen Erneuerungs- und Modernisierungsprogramm für die Deutsche Bahn. Ich möchte gerne beantragen, dass die Erledigungsvermerke von U 21 bis U 26 durch „Überweisung an die Bundestagsfraktion“ ersetzt werden, weil ich glaube, dass dies eine gute Grundlage für eine neue Bahnpolitik wäre, die die Bundestagsfraktion entwickeln müsste. – Schönen Dank.

(Beifall)

**Garrelt Duin, Tagungspräsidium:** Vielen Dank. – Das Wort hat jetzt Ralf Stegner. Ihm folgt Erwin Kirschenbaum. Erwin Kirschenbaum wird dann der letzte Redner in dieser Generaldebatte sein, so dass Olaf als Vorsitzender der Antragskommission dann alle Anträge, die gestellt worden sind, wieder aufruft oder erläutert, was übernommen wird, und dass wir dann sehr zügig in die Abstimmung eintreten. Deswegen meine herzliche Bitte: Guckt, wer noch nicht wieder da ist. Wir brauchen dann einen vollen Saal, um all diese Abstimmungen nach den nächsten beiden Wortmeldungen durchführen zu können. – Ralf!

**Ralf Stegner, Parteivorstand:** Liebe Genossinnen und Genossen! Vorhin hat jemand gesagt, es sei schwierig, dass die Redner nicht aufeinander eingehen. Das ist natürlich bei einer Grundsatzdebatte kompliziert, wenn viele Rednerinnen und Redner da sind. Aber eine Grundsatzdebatte lohnt auch. Ich finde, dieser Antrag ist im Laufe der Vorbereitung dieses Grundsatzantrags sehr viel besser geworden, weil er eben auch beschreibt, wie die Wirklichkeit ist. Es steht ein Satz in dem Antrag, der lautet: „Wir wollen die sozial gerechte Alternative zu Schwarz-Gelb sein“, die Sigmar Gabriel gestern übrigens zu Recht als „Rechts-Koalition“ bezeichnet hat. Das sollten wir uns wieder angewöhnen, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Ich sage das deswegen, weil viele sagen: Wieso? Der Unterschied ist doch gar nicht mehr so groß. Die Schwarz-Gelben machen das auch nicht so schlimm. – Ihr Leipziger Programm kennen die gar nicht mehr. Ich glaube, Herr Merz ist dort völlig unbekannt, und mit der FDP ist es auch nicht so schlimm.

Weil wir von Sigmar aufgefordert worden sind, regelmäßig aus der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ vorzulesen, will ich euch einen Satz vorlesen, der heute in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ steht und der von Angela Merkel formuliert worden ist. Da wurde sie nach ihrem Bild der schwäbischen Hausfrau befragt und hat geantwortet: „... um beim Bild zu bleiben, wenn die schwäbische Hausfrau eine kranke Familie hat, dann wird sie, um Medikamente kaufen zu können, notfalls auch Schulden aufnehmen.“ Liebe Genossinnen und Genossen, wisst ihr, was das heißt? Das heißt, um Medikamente zu kaufen – das ist das, von dem wir eigentlich erwarten, dass das für die Menschen unabhängig von ihrem Geldbeutel möglich ist –, soll man künftig Schulden aufnehmen müssen. Das ist die Vorstellung, die Schwarz-Gelb von Gesundheitspolitik hat.

Und weil das so ist, muss die Alternative zu Schwarz-Gelb sehr deutlich formuliert werden. Diese Zustandsbeschreibung, die wir jetzt in dem Antrag besser drin haben, versetzt uns in die Lage, zu sagen: Dort, wo uns die Wähler gesagt haben, wir seien nicht mehr gerecht genug, müssen wir Alternativen entwickeln. Dazu gehört zum Beispiel, dass wir der schwarz-gelben Politik eine Steuerpolitik entgegensetzen, die anders ist als die bei denen. Nicht Steuerentlastung für die, die am meisten haben, sondern mehr nehmen von denen mit den großen Einkommen und Vermögen. Das ist der erste Schritt.

Der zweite Schritt ist, dass wir die Steuerkonzepte nicht den Professoren, nicht der Initiative „Neue Marktwirtschaft“ und nicht den Schwarzen und den Gelben dieser Wespen-Koalition überlassen, sondern dass wir eine Steuerpolitik bzw. ein Steuerkonzept machen, das davon ausgeht, dass erstens jedes Kind im Staat gleich viel wert ist – also weg mit dem Ehegattensplitting! – und dass zweitens die Dinge, die gut für unsere Gesellschaft sind, gefördert werden, und dass die, die nicht gut sind, höher besteuert werden. Also: Wer die Umwelt verpestet muss schlechter behandelt werden als der, der sie schützt.

(Beifall)

Wer Arbeitsplätze erhält, muss besser dran sein als derjenige, der sie vernichtet und abbaut. Und wer mit Kindern zurechtkommen muss, der muss das anders machen können als derjenige, der keine Kinder hat. Es darf nicht mehr so sein, dass die Kinderförderung mit dem Einkommen steigt.

Das sind Anforderungen an eine sozial gerechte Steuerpolitik, und die sollten wir als Gegenkonzept zu dem entwickeln, was Schwarz-Gelb macht.

Gleichmaßen kann man das für andere Dinge durchbuchstabieren, die hier noch als Anforderungen formuliert sind. Wenn uns die Wählerinnen und Wähler gesagt haben, es darf nicht sein, wenn jemand sein Leben lang gearbeitet hat und dann nicht mehr kann, dass er am Ende seinen Lebensstandard senken muss. Da muss uns etwas einfallen, was sowohl das Rentensystem stabil hält, als auch Mechanismen entwickelt, die gerecht sind und die dafür sorgen, dass Lebensleistungen von Menschen nicht entwertet werden. Das müssen wir als Sozialdemokratie – übrigens nicht heute mit schnellen Beschlüssen, sondern mit Fachleuten, die davon etwas verstehen – so entwickeln, dass es auch trägt. Wir müssen immer Volkspartei sein, die auch praktische Lösungen entwickelt. Willy Brandt hat einmal gesagt, Reformen taugen nur etwas, wenn sie die Situation der Menschen verbessern. Das muss unser Leitsatz für das sein, woran wir arbeiten, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Es ist mehrmals gesagt worden: Man darf solche Themen wie die Energiepolitik weder kleinen Parteien noch Schwarz-Gelb überlassen. Wenn wir wollen, dass Versorgungssicherheit, Bezahlbarkeit und Klimaverträglichkeit zusammengedacht werden – und das müssen wir in einem Industrieland zusammendenken –, dann müssen dazu ebenfalls von uns die Konzepte entwickelt werden. In einer Grundsatzdebatte bzw. in einem Grundsatzantrag muss man das sagen. Da haben wir eine Menge an Arbeit zu leisten.

Sigmar Gabriel hat gestern gesagt, mehr Basisbeteiligung heißt auch mehr Arbeit. Das gilt dann übrigens für uns alle, dass wir mitwirken, dass wir Konzepte vorlegen und Alternativen darstellen, sodass die Leute im nächsten Jahr, wenn sie zu unserem Arbeitsparteitag kommen, sagen: „Mann, da ist doch noch eine ganze Menge Mumm in dieser SPD. Die hat auch Konzepte für die Zukunft, die Innovation und Gerechtigkeit verbinden.“

In diesem Sinne bringt uns dieser Antrag auch nach vorne, wenn ihm konkrete Arbeit folgt. – Vielen herzlichen Dank.

(Beifall)

**Garrelt Duin, Tagungspräsidium:** Vielen Dank, Ralf. – Letzter Redner der Generaldebatte ist jetzt der Genosse Erwin Kirschenbaum aus Haltern am See.

Ich darf noch einmal alle Delegierten bitten, notfalls per SMS diejenigen, die nicht da sind, hereinzulotsen, damit wir gleich vollständig sind und in die Antragsabstimmung eintreten können.

Erwin, du hast das Wort.

**Erwin Kirschenbaum, Nordrhein-Westfalen:** Am Schluss der Debatte sollte man sich kurzfassen. Deshalb drei kurze Anmerkungen, liebe Genossinnen und Genossen.

Erstens. Ich habe mich gefreut, dass sowohl Sigmar als auch Frank-Walter die Kommunalpolitik so weit in den Vordergrund gerückt haben. Was wir da noch tun müssen, haben, glaube ich, Mike Groschek und Bernhard Daldrup in der Debatte umfassend dargestellt. Das will ich nicht wiederholen.

Zweitens. Ich komme aus dem Kreis Recklinghausen, nördliches Ruhrgebiet, wo inzwischen alle Kommunen in der Schuldenfalle stecken, wo wir 30.000 Arbeitsplätze im Bergbau verloren haben und wo weitere 3.000 Arbeitsplätze und 500 Ausbildungsplätze bedroht sind, wenn die Revisionsklausel nicht in 2012 den Sockel-Bergbau rettet.

Ich hoffe, dass ihr euch alle vorstellen könnt, was das bedeutet. Deshalb auch meine Bitte an den Genossen Martin Rosemann, seinen Antrag auf Streichung der Kohle-subventionen zurückzuziehen.

(Beifall)

Lieber Genosse Rosemann, wir laden dich gerne ein, bei uns Kreis Recklinghausen einmal eine Grubenfahrt zu unternehmen und zu gucken, wie es tatsächlich vor Ort aussieht.

(Beifall)

Das Zweite: Wir wissen doch alle, dass wir für eine Übergangszeit, wenn wir auf regenerative Energien setzen, auch fossile Energieträger brauchen. Da ist mir heimische Kohle immer lieber als Kohle aus Venezuela.

(Beifall)

Drittens habe ich noch ein paar kleine Änderungen. In dem Leitantrag heißt es in dem Kapitel mit der Überschrift „Einen handlungsfähigen Staat erhalten“ heißt es im zweiten Unterpunkt „Handlungsfähigkeit aller Regionen und Ebenen sicherstellen: Wir lehnen einen Wettbewerbsföderalismus, der schwache Regionen finanziell noch schwächer macht, ab.“ Zu diesem Wort „Wettbewerbsföderalismus“: „Wettbewerb“ ist bei vielen Leuten positiv besetzt, „Föderalismus“ auch. Es meint aber eine negative Politik. Warum sagen wir nicht einfach, wir lehnen alle politischen Instrumente und Wege, die schwache Regionen finanziell noch schwächer machen ab, und ersetzen dieses Wort?

Wir sollten nach den Worten „Deutschland braucht“ den Einschub „umgehend“ machen. Der Satz würde dann wie folgt lauten: „Deutschland braucht umgehend eine Stärkung der Städte, Gemeinden und Kreise,“ usw.

Das sind nur zwei kleine redaktionelle Änderungen. – Im Übrigen danke ich für die Aufmerksamkeit.

## Antragsberatung Leitantrag

**Garrelt Duin, Tagungspräsidium:** Vielen Dank, Erwin. – Bevor Olaf das Wort ergreift, will ich noch etwas zum Verfahren sagen. Olaf wird auf die Änderungsanträge, die während der Debatte gestellt worden sind, jetzt eingehen. Einiges wird übernommen, über einiges muss noch einmal abgestimmt werden. Wenn wir das hinter uns haben, dann gehen wir die Liste der Initiativanträge, die euch alle vorliegen, durch und werden da noch einmal fragen, ob es Wortmeldungen zu dem konkreten Punkt gibt. Wir werden dann nacheinander abstimmen. – Olaf hat jetzt das Wort für die Antragskommission.

**Olaf Scholz, Antragskommission:** Liebe Genossinnen und Genossen! Wir haben hier unsere sehr intensive Diskussion fortgesetzt mit einer ganzen Reihe weiterer Vorschläge zu all den vielen Vorschlägen zur ständigen Verbesserung des Leitantrages, über die schon in der letzten Zeit diskutiert wurde und die wir von der Antragskommission haben übernehmen wollen.

Damit wir jetzt nicht völlig durcheinander geraten, ist mein Vorschlag, dass wir in der Tat zunächst einmal über die mündlich gestellten und schriftlich eingereichten Einzelanträge entscheiden. Damit der Parteitag nicht den Überblick verliert, was ja in einer solchen Situation leicht möglich ist, haben wir uns bemüht, alles das, was man irgendwie übernehmen kann, zu übernehmen, damit es eine mit den Grundsätzen von Demokratie zu vereinbarende Veranstaltung bleibt.

Ich gehe nun auf die uns jetzt schon vorliegende Änderungsanträge aus der Debatte ein. Damit niemand verwirrt wird, will ich sagen: Hinterher gehen wir in der Tat nach dem Drehbuch vor, das an euch verteilt worden ist und in dem man die jeweilige Empfehlung sieht. Wenn jemand mit der Empfehlung der Antragskommission nicht einverstanden ist, muss er sich melden und beantragen, dass es so sein soll, wie es im Antrag steht, und nicht so, wie es die Antragskommission empfohlen hat. Wenn sich keiner meldet, stimmen wir direkt über das Votum der Antragskommission jeweils ab. So ist das vorgesehen.

Ich kann nicht zurückgreifen auf eine Abstimmung in der Antragskommission, weil sie so kurzfristig nicht zusammenkommen konnte. Deshalb gebe ich euch jeweils eine Empfehlung, über die abgestimmt werden muss. Anders geht es nicht.

Es ist vorgeschlagen worden, dass wir – damit es kein Missverständnis gibt über unseren ernsthaften Willen, einen Parteitag durchzuführen – an der Stelle einfügen, wo der Parteitag angekündigt wird, auf dem wir über die Ergebnisse unserer Debatte in Bezug auf die Auswertung der Wahl Niederlage und der Schlüsse, die wir daraus

ziehen, diskutieren, dass dieser Parteitag 2010 sein soll. Da geht es um Seite drei, Zeile acht des Antrages. Ich schlage vor, das zu übernehmen. Die Generalsekretärin und der Parteivorsitzende sind einverstanden. Wenn ihr das so wollt, dann könnten wir das jetzt beschließen.

**Garrelt Duin, Tagungspräsidium:** Gibt es Gegenstimmen zu der Einfügung der Jahreszahl 2010? – Gibt es Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Dann ist 2010 ein Bundesparteitag.

(Beifall)

**Olaf Scholz, Antragskommission:** Dann ist vorgeschlagen worden, eine Passage auf Seite 6 in dem Absatz „Eine neue gesellschaftliche Verankerung der SPD“ – da wird etwas über das Internet gesagt –, nämlich „Schließlich muss die SPD sich öffnen“, zu ersetzen durch folgende: „Und schließlich muss die SPD offensiv mit den Chancen und der Herausforderung der digitalen Gesellschaft sich auseinandersetzen. Die Anliegen der Generation Internet und die dort neu entstehende digitale Kultur brauchen eine freiheitsorientierte Herangehensweise und keinen repressiven Ansatz.“ Ich schlage vor, auch das zu akzeptieren.

(Beifall)

**Garrelt Duin, Tagungspräsidium:** Gibt es dagegen Widerspruch? – Das kann ich nicht erkennen. Dann ist das in der Version, über die nachher abgestimmt wird, enthalten.

**Olaf Scholz, Antragskommission:** Dann ist in dem Antrag die Rede von der „Werkstatt Kampagnenfähigkeit“. Hier ist vorgeschlagen worden, dass es heißen soll: „Werkstatt Mitgliederpartei“. Ich schlage vor, das zu akzeptieren.

(Vereinzelt Beifall)

**Garrelt Duin, Tagungspräsidium:** Gibt es Gegenstimmen. – Das ist nicht der Fall. Olaf, bitte.

**Olaf Scholz, Antragskommission:** Dann gibt es den Vorschlag, an einer Stelle den Satz einzufügen: „Insbesondere auch die dort organisierten ehrenamtlichen Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker“. Ihr erinnert euch alle, da gab es den Wunsch, das noch einmal hervorzuheben. Ich schlage vor, das zu tun.

**Garrelt Duin, Tagungspräsidium:** Das ist in dem Teil, wo die SGK erwähnt wird. Da wird deutlich gemacht, dass die SGK nicht nur aus den Hauptamtlichen, also den Oberbürgermeistern und Landräten, besteht, sondern auch die Ehrenamtlichen umfasst. Das ist Kern dieses Antrages. Gibt es dagegen Widerspruch? – Das ist nicht der Fall.

**Olaf Scholz, Antragskommission:** Dann greife ich einen in dem Drehbuch vor kommenden Initiativantrag vorweg auf, und zwar den Initiativantrag 18. Da ist ein Änderungsantrag, der die Frage Europa bewegt. Dazu gibt es ein Votum, das auf Annahme lautet. Dazu sind aber Änderungen vorgeschlagen worden, insbesondere, aber nicht nur, von Evelyne Gebhardt. Sie hat zwei Punkte vorgeschlagen, nämlich einen Satz zu ergänzen, der lautet: „Der EU-Menschenrechts-Charta wollen wir volle Geltung verschaffen.“ Um das Ganze hervorzuheben, soll es eine Überschrift geben, die heißt: „Für die soziale Ausrichtung der europäischen Politik“. Ich schlage vor, dass wir mit diesen beiden Änderungen und dem bestehenden Votum zum Initiativantrag 18 das so machen.

**Garrelt Duin, Tagungspräsidium:** Gibt es Widerspruch? – Das ist nicht der Fall. Dann ist der Initiativantrag 18 damit erledigt und wir brauchen ihn nachher nicht mehr aufzurufen.

**Olaf Scholz, Antragskommission:** Dann haben uns die Jungsozialisten drei Änderungsanträge vorgeschlagen. Ich will zunächst zwei aufgreifen. Das ist der Vorschlag, dass ein Satz eingefügt wird, der lautet: „Dabei handelt es sich weder um ein Kommunikationsproblem noch um gefühlte Defizite.“ Da wird beschrieben, dass man Fragestellungen bezüglich der Gerechtigkeit sieht, worüber diskutiert werden muss. Es soll nicht der Eindruck entstehen, dass sich Leute nur in ihrem Gerechtigkeitsgefühl enttäuscht fühlen. Es soll deutlich werden, dass es wirklich ein Problem gibt. Ich schlage vor, diesen Satz so zu übernehmen.

(Beifall)

Es gab noch eine längere Formulierung. Aber wir haben uns unterhalten. Es könnte so gehen, so wurde mir gesagt. Ich schlage vor, dass wir das jetzt beschließen.

**Garrelt Duin, Tagungspräsidium:** Nach dem, was ich gelesen habe, ist es Seite 3, letzter Absatz. Gibt es dagegen Widerspruch, den Satz aufzunehmen? – Kein Widerspruch.

**Olaf Scholz, Antragskommission:** Dann gibt es eine weitere Ergänzung, die von den Jusos vorgeschlagen wird, nämlich auf Seite 21 im dritten Absatz einzufügen: „Dabei muss die Leitfrage sein: Wie kann eine neue Form der Solidarität aussehen, wenn die Gesellschaft von immer stärkeren Entsolidarisierungstendenzen geprägt ist?“ Ich schlage vor, das zu übernehmen.

(Beifall)

**Garrelt Duin, Tagungspräsidium:** Gibt es dagegen Widerspruch? – Das ist nicht der Fall. – Gibt es einen Geschäftsordnungsantrag? – Dann bitte.

**Lennart Fey, Schleswig-Holstein:** Wir haben auf dem Leitantrag keine Seitenzahlen. Vielleicht kannst du es ein bisschen langsamer machen. Danke.

**Olaf Scholz, Antragskommission:** Das geht auch ohne Geschäftsordnungsantrag, nur auf Zuruf. Ich bemühe mich, das etwas langsamer zu machen.

Wenn jemand „Wo, wo, wo“ ruft oder irgendetwas brüllt, dann warte ich einfach, bis das weitergehen kann.

**Garrelt Duin, Tagungspräsidium:** Das mit den Seitenzahlen kann man eventuell selbst bewerkstelligen.

(Vereinzelt Beifall)

**Olaf Scholz, Antragskommission:** Ja. Garrelt, das hätte ich mich jetzt nicht zu sagen getraut.

(Heiterkeit)

**Garrelt Duin, Tagungspräsidium:** Ja, das ist egal. Sigmar Gabriel hat gesagt: Es kommt auch Arbeit auf uns zu.

(Heiterkeit und Beifall)

**Olaf Scholz, Antragskommission:** Ich frage jetzt einmal ganz kurz nach den zwei Änderungsanträgen, die es im letzten Redebeitrag gab, damit wir das auch noch weiterarbeiten können. – Die sind nicht mehr da. Okay.

Dann können wir jetzt zu den zwei Punkten kommen, bei denen ich vorschlage, dass wir das nicht mitmachen. Dann sind wir auch schon mit dem durch, was hier in der mündlichen Diskussion angesprochen worden ist, sodass wir dann nach dem Drehbuch über die einzelnen Voten der Antragskommission und etwaige Widersprüche, die dann durch Wortbeiträge geäußert wurden, diskutieren können.

Es ist vom Landesverband Baden-Württemberg hier beantragt worden, in dem Kapitel „Klimaschutz und Umweltschutz als globale Aufgabe“ den Satz „Wir setzen uns dafür ein, dass die Revisionsklausel für den deutschen Steinkohlebergbau vor 2012 wirksam gemacht und eine Beendigung der heimischen Steinkohleförderung verhindert wird“ gestrichen wird.

Ich schlage vor, das abzulehnen.

(Vereinzelt Beifall)

Dafür gibt es gute Gründe – aus meiner Sicht jedenfalls –, nämlich zunächst einmal den, dass die Revisionsklausel ein politischer Erfolg der Sozialdemokratischen Partei ist. Wir haben uns dafür eingesetzt, dass es sie gibt.

(Vereinzelt Beifall)



Im Wahlkampf haben wir auch dafür geworben, dass sie ernst genommen wird und dass eine Beendigung der heimischen Steinkohleförderung 2012 eben nicht endgültig stattfindet, sondern dass es möglich ist, dass wir den Restbergbau, den es in Deutschland noch geben kann, auch weiterhin haben – übrigens aus vielen Gründen. Das ist nicht nur wegen derjenigen, die dort arbeiten, so, sondern weil das auch für die künftige Fähigkeit der Bundesrepublik Deutschland wichtig ist, auf eine eigene Energieversorgung zurückgreifen zu können.

(Vereinzelt Beifall)

Nur dann, wenn wir das noch machen, können wir es auch weiterentwickeln und die Technik beherrschen.

Selbstverständlich weiß jeder von uns, dass ein großer Teil der Kohle in Zukunft von woanders kommen wird, aber es ist etwas anderes, wenn man sagt, dass man den noch funktionierenden Bergbau überflüssigerweise endgültig einstellt. Wer weiß, wozu wir ihn noch brauchen. Ich finde, das sind ausreichende Argumente dafür, Nein zu sagen.

(Beifall)

**Garrelt Duin, Tagungspräsidium:** In weiser Voraussicht hat der Olaf seine Zettel schon eingepackt. Es gibt dazu nämlich in der Tat noch einen Besprechungsbedarf. Als Erster hat sich jetzt Mike Groschek aus Oberhausen zu Wort gemeldet.

Der Antragsteller hat das hier ja in der mündlichen Debatte eingebracht, sodass er nicht noch einmal aufgerufen werden muss.

**Michael Groschek, Nordrhein-Westfalen:** Liebe Genossinnen und Genossen, ich bitte euch wirklich, den Antrag zurückzuziehen. Ich bitte euch deshalb, den Antrag zurückzuziehen, weil wir im Wort stehen. Wir stehen an Rhein, Ruhr und an der Saar bei mindestens 40.000 Beschäftigten unmittelbar und bei den Industriearbeitern insgesamt im Wort. Das ist eine Vertrauensabstimmung, die hier stattfindet.

(Beifall)

Wenn dieser Antrag hier verabschiedet wird, dann ist das ein Vertrauensbruch, der weit mehr als ausschließlich die Kumpel betrifft; denn dann wird angezweifelt, ob die SPD noch industriepolitische Zuverlässigkeit bedeutet oder ob sie sich davon verabschiedet.

(Beifall)

Ich glaube, Genossinnen und Genossen, wir haben in den Diskussionen über die Energiepolitik in den letzten zehn Jahren unter vielen Gesichtspunkten einen guten Konsens erreicht. Wir haben die ökologische Modernisierung der Industriepolitik nach vorne

gebracht, wir haben gesagt, Kohle könne nur noch eine Übergangsenergieversorgung sein, wir haben gesagt, Kohle müsse CO<sup>2</sup>-frei werden. Wir haben aber auch gesagt: Die Menschen können sich darauf verlassen, dass die heimische Kohle eine wichtige Energiereserve ist.

Werner Müller hat einmal gesagt: Uns Deutschen fällt es ein, unsere eigene Energiereserve platt zu machen, wenn alle anderen sich eine nationale Energiereserve sichern. – Das sollten wir nicht zulassen, Genossinnen und Genossen. Deshalb bitte ich euch: Setzt den Konsens, der in der Partei im Energiebereich da ist, nicht aufs Spiel.

(Beifall)

**Garrelt Duin, Tagungspräsidium:** Das Wort hat jetzt Elke Ferner.

**Elke Ferner, Parteivorstand:** Liebe Genossinnen und Genossen, lieber Martin, ich möchte mich dem anschließen, was Mike Groschek gesagt hat. Ich komme aus einer Region, in der der Bergbau im Jahr 2012 Geschichte sein wird. Da gibt es Menschen, die ihr Zuhause im Saarland verlassen müssen. Sie müssen an die Ruhr gehen, um dort weiterzuarbeiten; sie können da nicht bleiben. Das war eine unternehmerische Entscheidung.

Ich möchte aber wirklich noch einmal darauf hinweisen: Wir haben einen ständig steigenden Energiebedarf. Martin, du hast selber eben gesagt: Auch ihr seid der Auffassung, dass man die Kohle für eine Übergangszeit noch braucht, um Energie zu erzeugen. – Wir haben Weltmarktpreise, die ansteigen werden, und wir haben andere Abnehmer in der Welt, die auch auf Mengen zurückgreifen wollen, die verfügbar sind. Das wird tendenziell nicht billiger, sondern teurer werden. Es wäre fahrlässig, die einzige nationale Energiereserve, die wir haben, aufzugeben.

(Vereinzelt Beifall)

Ich möchte noch ein zweites Argument hinzufügen: Das, was wir im Bergbau besichtigen können – wer einmal in ein Bergwerk eingefahren ist, weiß das –, ist keine Technologie von gestern oder vorgestern, sondern das, was da unten gemacht wird, ist Hightech, und es hängt auch eine Zulieferindustrie daran.

Deshalb bitte ich euch wirklich ganz herzlich: Zieht den Antrag zurück; denn das, was vor vier Monaten – also das Regierungsprogramm – richtig war, kann jetzt, vier Monate später, nicht falsch sein. Ein bisschen Verlässlichkeit gegenüber unseren Wählerinnen und Wählern müssen wir immer noch zeigen.

(Beifall)

**Garrelt Duin, Tagungspräsidium:** Liebe Genossinnen und Genossen, ich habe jetzt noch die Wortmeldung von Sigmar Gabriel zu diesem Antrag.

**Sigmar Gabriel, Parteivorsitzender:** Liebe Genossinnen und Genossen, ich bin mir nicht wirklich sicher, ob der Parteitag hier eine so strittige Auffassung hat, wie es scheint. Mein Eindruck ist, dass doch eine überwiegende Anzahl, wenn nicht alle, wissen, dass wir Schritt für Schritt in den nächsten allerdings Jahrzehnten natürlich aus der Kohle aussteigen werden; das wissen doch alle.

Der BUND-Vorsitzende, Herr Weiger, hat heute Mittag kein Grußwort gehalten, in dem er gefordert hat, die Kohlekraftwerke stillzulegen, sondern er hat gesagt, dass sie für eine gewisse Zeit natürlich notwendig sind, Schritt für Schritt aber eine geringere Bedeutung bekommen werden. Dafür, dass er nicht erklärt hat, dass sie sofort stillgelegt werden sollen, gibt es auch einen Grund. Er weiß natürlich, dass es wishful-thinking – ein Wunschtraum – ist, zu glauben, man könne bis 2020 zeitgleich aus der Kernenergie und aus der Kohle aussteigen.

(Vereinzelt Beifall)

Bei dem Streit in Deutschland ging und geht im Wesentlichen um zwei Dinge. Über den ersten Punkt wird die SPD im nächsten Jahr, glaube ich, noch einmal eine intensive Debatte führen müssen. Es wird da nicht ausreichen, auf letzte Parteitage zu verweisen. Es wird eine Debatte darüber geben, wie man mit CCS, der Pipeline-technik und der Speichertechnik umgeht. Ich glaube, das müssen wir noch einmal intensiv diskutieren. Eckart Kuhlwein und ich hatten beim letzten Parteitag eine Debatte darüber. Ich will das einmal freundlich sagen: Wir waren uns nicht wirklich einig. Kann man das so sagen?

Ich glaube aber, wir sind uns einig, dass wir das noch einmal debattieren werden, und zwar allein schon deshalb, weil die neue Koalition garantiert noch ein weit schlechteres Gesetz vorlegen wird, als wir damals verabredet hatten. Schon das ist ein Grund, warum wir da nicht einfach weitermachen können.

Der zweite Punkt, der umstritten war, ist die Frage: Welche Bedeutung haben noch Kohlekraftwerke? Ich sage euch: Wir wollen den Ausbau der Erneuerbaren Energien so schnell wie möglich vorantreiben – keine Frage.

100 Prozent Erneuerbare Energien ist das Ziel der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands – gar keine Frage.

(Beifall)

Aber jeder weiß, dass, selbst wenn wir deutlich besser sind, als wir bisher gedacht haben, wir im Jahr 2020 bei etwa 40 Prozent Erneuerbare Energien landen. Wenn man also aus der Kernenergie aussteigen will, dann wird man die Frage beantworten müssen, woher die anderen 60 Prozent kommen. Macht euch keine Illusionen. Manche erklären, dasginge

über Erdgas. Aber das geht nicht, wenn man noch Kernindustriebereiche in Deutschland erhalten will, denn Erdgas ist der teuerste Brennstoff, den wir haben. Deswegen ist meine Bitte: Wenn wir wissen, dass wir Kohle, jedenfalls eine Zeitlang, brauchen – und eine Zeitlang sind nicht drei Jahre, sondern deutlich länger –, dann ist es doch allemal besser, man macht das verbunden mit den eigenen Arbeitsplätzen der eigenen Kohleindustrie als mit der aus anderen Ländern. Das ist doch irgendwie logisch.

(Beifall)

Ich bin ganz fest der Überzeugung – und nicht, weil ich Themen vertagen will; ich werde gleich zu einem anderen Thema auch noch etwas sagen –, dass die SPD ihre energiepolitische Diskussion fortsetzen muss. Wir dürfen uns nicht immer nur auf das beziehen, was wir in der Regierung gemacht haben. Wir müssen das weiterwickeln, wir müssen auch progressiv genug sein. Wir müssen an der Spitze der Bewegung für Erneuerbare Energien sein. Aber wir müssen auch darauf achten, dass dabei nicht etwas herauskommt, von dem jeder heute schon weiß, dass wir es, wenn wir die Bundesregierung zurückbekommen, nicht so umsetzen könnten, wie wir es auf dem Parteitag beschlossen haben. Dann ist man hinterher enttäuscht, wenn das, was wir beschlossen haben, nicht so umsetzbar ist. Und die Sozialdemokraten, die an der Regierung sind, kriegen dann die Prügel dafür.

Deswegen lasst uns das doch so machen wie bisher auch. Wir wissen, was wir wollen: schnellerer Ausbau der Erneuerbaren Energien, raus aus der Atomenergie. Wir wissen, wir brauchen auch die Kohle für nicht wenige Jahre. Dann bedeutet das, die Jobs im Bergbau bei der Kohle in Deutschland zu erhalten, weil es ökologischer Schwachsinn ist, den Bergbau hier zuzumachen und die Kohle aus anderen Ländern aus Übersee hierher zu schiffen. Darum geht es doch eigentlich.

(Beifall)

Meine Bitte ist, es auch wegen der industriepolitischen und Arbeitsplatzversprechen der Ruhr-SPD und der nordrhein-westfälischen SPD zu beschließen, aber nicht nur deswegen, sondern auch, weil man von dem energiepolitischen Pfad überzeugt ist und nicht „nur“ das Argument eines Landes nutzt. Das ist für ganz Deutschland die richtige Linie. Bitte lasst uns dabei bleiben. Es ist klug, und wir sind damit an der Spitze der Bewegung.

(Beifall)

**Garrelt Duin, Tagungspräsidium:** Vielen Dank, Sigmar. – Das Wort hat jetzt Martin Rosemann für die Antragsteller.

**Martin Rosemann, Baden-Württemberg:** Liebe Genossinnen und Genossen, erst mal will ich mich bei dem Genossen aus NRW – ich habe vorhin den Namen nicht

mitbekommen – ganz herzlich für die Einladung bedanken. Die Einladung in Schacht nehme ich gerne an. Allerdings will die Hälfte meiner Delegation mit. Also stellt euch darauf ein.

(Vereinzelt Beifall)

Wir sind ein Landesverband, in dem Solidarität großgeschrieben wird, deshalb ziehen wir aus Solidarität mit den Genossinnen und Genossen

(Lebhafter Beifall)

aus Nordrhein-Westfalen den Änderungsantrag an der Stelle zurück.

Ich will aber noch etwas dazu sagen. Meine Mitdelegierten – und nicht nur die, sondern auch die Genossinnen und Genossen, die wir in unserem Landesverband vertreten – und ich erwarten schon von denjenigen, die hier eben so leidenschaftlich in diese Debatte gegangen sind und so leidenschaftlich für die heimische Steinkohle gestritten haben, dass sie mit der gleichen Leidenschaft dafür kämpfen und dafür arbeiten, wenn es darum geht, die regenerativen Energien wirklich in den nächsten Jahren so schnell wie möglich zum Durchbruch zu bringen, Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Nur wenn wir alle mit der gleichen Leidenschaft dafür streiten, ob in NRW, ob in Baden-Württemberg, im Saarland, in Sachsen oder sonst wo, dann werden wir auch an diesem Thema glaubwürdig. Und darum geht es mir. Darum bitte ich herzlich. – Vielen Dank.

(Beifall)

**Garrelt Duin, Tagungspräsidium:** Vielen Dank, Martin. – Damit ist der Antrag zurückgenommen, sodass wir auch nicht darüber abstimmen müssen. Jetzt hat uns aber Olaf angekündigt, dass er noch ein strittiges Thema auf Lager hat.

**Olaf Scholz, Antragskommission:** Liebe Genossinnen und Genossen, es gibt in dem Leitantrag Aussagen zur Steuerpolitik. Ich habe das vorhin in dem Bericht über die Arbeit der Antragskommission und über die Diskussionen über den Leitantrag schon dargestellt. Wir haben da eine sehr klare Aussage getroffen. Diese Aussage lautet: „Wir werden der Politik der neuen Bundesregierung ein sozialdemokratisches Steuerkonzept entgegensetzen.“ Das wird dann weiter konkretisiert. Weil das hier eine wichtige Diskussion ist, will ich diese kurze Passage einmal komplett vortragen:

„Partei und Bundestagsfraktion werden dies auf Basis der Eckpunkte des Regierungsprogramms gemeinsam entwickeln. Dieses Steuerkonzept soll Spekulationen begrenzen und Anreize für nachhaltiges Wirtschaften sowie eine Erhöhung der Investitionen setzen.

Es wird den erfolgreichen Ansatz einer ökologischen Besteuerung fortführen. Unser Steuerkonzept wird Vermögende stärker in die Verantwortung für das Gemeinwohl nehmen und Normalverdiener sowie Familien steuerlich besserstellen.“ – Dann geht es noch ein bisschen weiter, aber ich wollte auf diesen Punkt kommen.

Es gibt einen Antrag, in diesem Fall von den Jungsozialisten, der auch in der Debatte gestellt wurde. Ich finde, wir sollten darüber auch hier an dieser Stelle diskutieren und entscheiden, denn das kommt in allen möglichen Initiativanträgen usw. wieder vor. Der Vorschlag ist, den letzten Satz zu ergänzen und hinter das Wort „Vermögende“ Folgendes einzufügen: „unter anderem durch die Wiedereinführung der Vermögenssteuer“.

(Beifall)

Nun ist es so, liebe Genossinnen und Genossen, dass es hier einen Fanclub für die Vermögenssteuer gibt, den Vorsitzenden und stellvertretenden Vorsitzenden haben wir heute auch schon kennengelernt. Trotzdem sind die nicht dafür, dass wir diesen Passus da einfügen.

(Heiterkeit)

Das will ich gerne begründen. Ich will auch begründen, warum ich vorschlage, dem, was wir sehr sorgfältig in vielen Diskussionen in den verschiedenen Gremien dazu diskutiert haben, auch auf diesem Parteitag zu folgen. Ja, das ist ausdrücklich gemeint und gewollt, und deshalb steht es auch hier und an dieser Stelle. Wir werden ein sozialdemokratisches Steuerkonzept entwickeln, das wir der Regierung entgegensetzen. Das wird sich nicht 1:1 nur auf das konzentrieren, was wir bisher dazu gesagt haben. Es ist eine ganze Reihe von Punkten genannt, ein paar habe ich vorgelesen. Das geht noch weiter. Aber ich wollte das nur an der Stelle, um die es geht, zu Ende führen.

Dieses Steuerkonzept zu entwickeln, bedeutet, dass man sehr sorgfältig darüber diskutiert und auf der Basis einer solchen Diskussion eine Entscheidung fällt. Ich glaube, das ist der richtige Weg, wenn wir glaubwürdig sein wollen, nämlich zu sagen: Das ist eine Entscheidung, die wir uns erarbeitet haben, die zustande gekommen ist.

Nun weiß ich ja – das ist ja auch ein Teil der Diskussion gewesen –, dass wir uns nicht immer in allen Ecken vollständig über den Weg trauen. Aber vielleicht ist es doch möglich, wenn man einen Vorsitzenden hat, der auch Fanclubvorsitzender der Vermögenssteuer ist, zu verstehen, dass es für die Partei insgesamt besser ist, wenn sie diesen Weg geht und diese Frage im Rahmen eines Steuerkonzeptes, über das wir ja noch im nächsten Jahr beschließen werden, für sich klärt. Ich jedenfalls rate, es so zu tun und das nicht ganz plötzlich zu machen, so sehr es dem einen oder anderen in

der Abstimmungshand juckt. Das ist jedenfalls mein Rat. Darum schlage ich vor, das abzulehnen, was hier vorgeschlagen wird.

(Vereinzelt Beifall)

**Garrelt Duin, Tagungspräsidium:** Das Wort hat jetzt Franziska Drohse.

(Beifall)

**Franziska Drohse, Berlin:** Liebe Genossinnen und Genossen, ich würde euch bitten, dem Votum der Antragskommission nicht zu folgen, sondern unserem Änderungsantrag zuzustimmen.

(Beifall)

Ich habe nichts dagegen – ich finde es auch gut –, wenn die Partei über ein größeres Steuerkonzept diskutiert und das Schwarz-Gelb entgeggestellt.

Aber ich verstehe trotzdem nicht und kann es, ehrlich gesagt, langsam auch nicht mehr hören, warum wir das, was wir wollen, nicht sagen dürfen. Das ist bei dem Punkt auch schon wieder so.

(Beifall)

Wir haben in unserer Partei einen relativ großen Konsens: Die Vermögensbesteuerung in Deutschland ist mit am geringsten in ganz Europa. In vielen Redebeiträgen wurde festgehalten, dass es ein ernsthafter Skandal ist, wenn sich Arm und Reich immer weiter auseinander entwickeln. Wir wollen, dass die SPD Vorkämpferin ist, um diese Schere wieder zu schließen.

Ich verstehe an der Stelle einfach nicht, weshalb wir das nicht sagen können. Wenn wir den Neuanfang von gestern ernst meinen und wenn es nicht so sein soll, dass wieder nur leere Worte gesagt werden, dann lasst uns endlich damit aufhören, so zu tun, als ob man das, was man will, politisch nicht sagen kann.

(Beifall)

Wir sind, wenn auch erst seit kurzem, nicht mehr in der Regierung. Das Argument, es müsse Rücksicht auf den Koalitionspartner Rücksicht genommen werden, zählt definitiv nicht mehr. Ein anderes Argument, warum man politisch nicht das sagen kann, was man möchte, sehe ich nicht. Vor allem wurde uns jetzt so oft vorgeworfen, dass die SPD profillos geworden ist. Wenn wir Profil zurückgewinnen wollen, dann müssen wir mutig sein und Forderungen, die in der Gesellschaft auf Widerstand stoßen, vertreten.

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, ich bitte euch ehrlich: Lasst uns heute einen kleinen Neuanfang machen, lasst es nicht mit der Rechenschaftsdebatte von gestern sein Bewenden haben. Lasst uns heute damit anfangen, dass wir wieder das sagen, was wir wollen: Das ist die Vermögensteuer.

(Beifall)

**Garrelt Duin, Tagungspräsidium:** Vielen Dank, Franziska. Das Wort hat jetzt Apostolos Tsalastras, NRW.

**Apostolos Tsalastras, Nordrhein-Westfalen:** Liebe Genossinnen und Genossen! Ich möchte gegen den Antrag von Franziska sprechen. Das fällt mir nicht sehr leicht. Denn ich gehöre dem gleichen Fanclub an wie einige andere, die hier schon gesprochen haben. Und man kann das auch sagen: Ja, ich bin für die Vermögensteuer. Siehst du, Franziska, das geht. Man kann das an diesem Pult sagen, gar keine Frage.

Das, was Ralf Stegner hier vorgetragen hat, war, so denke ich, für alle plausibel und einsichtig. Es reicht nicht aus, symbolisch die Vermögensteuer zu beschließen, wenn wir eine umfassende Steuerreform brauchen. Wir brauchen sie, um unsere Staatsfinanzen so hinzubekommen, dass sowohl die Kommunen als auch Bund und Länder wieder handlungsfähig sind. Wir brauchen einen starken Staat. Den kriegen wir nicht allein mit der Vermögensteuer. – Erster Punkt.

Zweiter Punkt: Wir brauchen die Steuerungsfunktion von Steuern, zum Beispiel über die Ökosteuern. Das zeigt: Wir brauchen eine sehr umfassende Steuerreform. Ob die Vermögensteuer und anderes darin enthalten sind, wissen wir doch am Anfang des Prozesses nicht. Wir haben in der Delegationsbesprechung der NRW-SPD ausführlich darüber diskutiert und vereinbart, zu sagen: Es gibt Entscheidungen, die getroffen werden müssen. Diese können aber auf diesem Parteitag noch nicht in der Differenziertheit getroffen werden, wie das notwendig wäre. Wir brauchen eine sehr umfassende Steuerreform. Sie muss mit Fachleuten und – das ist mir wichtig – vor allem mit unserer Basis diskutiert werden.

(Zurufe und Unruhe)

– Wenn ihr glaubt, dass wir die Basis sind, Genossinnen und Genossen, dann habt ihr euch getäuscht.

(Vereinzelt Beifall – Unruhe)

Wir sind nicht die Basis, wir müssen in unsere Ortsvereine, wir müssen in unsere Unterbezirke. Wir müssen die Steuerkonzeption, die wir hier entwerfen, ausführlich diskutieren.

(Unruhe)



**Garrelt Duin, Tagungspräsidium:** Genossinnen und Genossen, wir haben gestern auch etwas von gegenseitigem Respekt gehört.

(Beifall)

Bei allem Unterschied in der Meinung: Lasst den Posto jetzt mal in Ruhe hier seine Argumente vortragen. Danach hat Olaf Scholz das Wort für die Antragskommission, und dann sehen wir weiter.

**Apostolos Tsalastras, Nordrhein-Westfalen:** Ich möchte das jetzt noch einmal aufgreifen, weil mir das wichtig ist. – Das Argument der Diskussion mit der Basis ist für mich der Hauptgrund dafür, dass ich eine für mich wichtige Entscheidung hier noch nicht treffen möchte. Das fällt mir auch sehr schwer. Es gibt noch ganz viele andere Punkte, die wir als NRW-SPD auch nicht entschieden haben, weil wir das vor Ort diskutieren wollen. Das wird keine einfache Diskussion. Wenn wir ein umfangreiches Steuerkonzept diskutieren, dann wird es viele Mitglieder an der Basis geben, die positiv, aber auch negativ betroffen sein werden. Das heißt, wir brauchen diese ausführliche Diskussion. Nur dann kommen wir zu einem Steuerkonzept, das trägt und das wir in der Öffentlichkeit präsentieren können und mit dem wir die gesellschaftliche Mitte, über die wir gestern diskutiert haben, erringen können. Wir können uns nicht platzieren, wenn wir nur über die Vermögensteuer diskutieren. Wir müssen das breiter angehen.

Jetzt noch einmal zum Thema Basis: Liebe Genossinnen und Genossen, wir haben – so habe ich es verstanden – ernsthaft einen Prozess gestartet, der uns viel Arbeit kosten wird. Es bedeutet mehr Arbeit vor Ort, dieses Thema in seiner Differenziertheit zu diskutieren, als hier, wo es gerade in die Stimmung passt und weil wir alle dafür sind, diesen Beschluss zu fassen und dann Basta zu sagen. Das geht nicht.

(Vereinzelt Beifall)

Deswegen meine Bitte: Wir können das so beschließen, wie es in dem Leitantrag steht. Da sind alle Punkte angesprochen. Differenziert festgelegt ist das noch nicht. Anschließend können wir den breiten Diskussionsprozess starten. Ich bitte euch, dem zu folgen, was im Leitantrag steht, und dem Antrag von Franziska nicht zu folgen.

(Vereinzelt Beifall)

**Garrelt Duin, Tagungspräsidium:** Vielen Dank, Posto. – Das Wort hat jetzt Olaf Scholz.

**Olaf Scholz, Antragskommission:** Zunächst einmal bedanke ich mich bei Posto dafür, dass er die Argumente, die wir sorgfältig gewogen haben, hier noch einmal dargestellt hat. Ich kann dem eigentlich nichts hinzufügen. Aber eines will ich noch sagen: Wir

haben uns alle angeguckt und finden, das Ergebnis ist eindeutig. Man sollte es dann so machen, wie es hier beantragt ist. Denn das ist das, was die meisten hier wollen.

(Beifall)

**Garrelt Duin, Tagungspräsidium:** Liebe Genossinnen und Genossen! Ich habe zwischen durch einige Wortmeldungen bekommen. Diejenigen, die hier vorne stehen geblieben sind, haben mir gerade zugerufen, das habe sich jetzt erledigt. Bei dem Genossen aus Mecklenburg-Vorpommern darf ich das auch vermuten? – Wunderbar.

Dann lasse ich an dieser Stelle – das ist wohl der Situation angemessen, auch wenn es unüblich ist – über den Antrag von Franziska abstimmen. Wer also dem Antrag von Franziska und damit auch dem Votum der Antragskommission

(Heiterkeit und Beifall)

zustimmen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen.

(Beifall)

Gegenprobe. – Das sind ungefähr zehn. Enthaltungen? – Auch ungefähr zehn. Damit ist der Antrag angenommen.

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, jetzt gehen wir weiter mit dem, was ihr vorliegen habt. Ihr habt die Anträge, aber ihr habt im Querformat auch die Empfehlungen des Sachbereichs Initiativ mit entsprechenden Hinweisen darauf, was die Antragskommission vorschlägt.

Wir beginnen also mit dem Initiativantrag 35. Dazu gibt es eine Wortmeldung, nämlich von Stefan Bolln.

**Stefan Bolln, Schleswig-Holstein:** Liebe Genossinnen und Genossen! Wenn es um Kohle geht, wird es emotional. Wir haben gerade einen Parteitag für nächstes Jahr ohne Wahlen beschlossen. Dann können wir gleich über Kohle reden. Dann machen wir zwei Themen und können das, wenn das sehr emotional ist, auch über ein paar Stunden in allen Facetten links und rechts ausdiskutieren. Ich denke, da kann man einiges aufholen.

Zu I35 gibt es zu sagen: Ich freue mich zusammen mit den Berlinern, mit den Schleswig-Holsteinern und allen anderen Unterzeichnern sehr, dass die Antragskommission Annahme vorgeschlagen hat.

Nun zu unserem Leitantrag. Lieber Sigmar, ich möchte dir noch sagen: Deine Leitrede hatte nicht so viele Änderungsanträge. Wir müssen sehen, wie wir den Leitantrag

– vorher ein Gemischtwarenladen, jetzt streiten wir lange darum – verbessern, obwohl das viel Arbeit ist. An dieser Stelle auch noch einmal Danke schön!

Aber wir hatten auf Seite 1 einen Fehler. Denn die Energiewende haben wir nicht durchgesetzt, sondern wir haben sie auf den Weg gebracht. Da müssen wir noch einiges leisten. Wir verlassen die Atomwirtschaft. Ja, das ist auch gut so, dass wir das hier noch einmal beschlossen haben. Wir verlassen aber auch einen Weg der fossilen Energie und gehen in das solare Zeitalter. An dieser Stelle dies einmal der Logik folgend deutlich zu sagen, ist richtig. Deswegen freuen wir uns. Wir können ganz stolz darauf sein, das auf den Weg gebracht zu haben. Das ist zwar eine schwächere Formulierung als das, was da steht: „wird durchgesetzt“. Aber es ist richtig. Wir sind stolz auf den Atomausstieg – den haben wir auf den Weg gebracht –, und wir sind stolz auf das EEG. Das ist ein Exportschlager. Michael Müller läuft damit ja immer durch die Gegend und erzählt das überall, und wir sollten das auch; denn das ist unser Verdienst und hebt uns auch von anderen ab.

Wir freuen uns darüber, dass hier Annahme vorgeschlagen ist. Das wollten wir hier noch einmal deutlich machen. Die Vision in das solare Zeitalter einzuschlagen, ist hier richtig.

Ich möchte noch eines zu U 18 sagen. Gestern ist gesagt worden, dass wir hier Beschlüsse fassen und dass schon auf dem Weg nach Hause Leute anders reden, die vorher mitbestimmt hat. Uns ist im Wahlkampf etwas passiert. Bei dem Antrag U 18 aus Schleswig-Holstein geht es um CCS. Der Antrag ist hier als „erledigt“ eingestuft. Wir wollen das Fass auch nicht wieder aufmachen. Aber wir haben im Sommer beschlossen: Kein CCS in Schleswig-Holstein! – Und was passiert auf dem Weg nach Hause? – Dass der eine oder andere Großkopferte genau das Gegenteil in Schriftform wieder loslässt und uns dies im Wahlkampf einholt. Wer einmal große Bürgerversammlungen mit über 1.000, 2.000 Leuten auf einmal, die alle in Brass sind, erleben will, kann gerne nach Schleswig-Holstein kommen. Wir lehnen das weiterhin ab. Es ist gut, dass ich das hier noch einmal sagen konnte. – Danke schön.

(Beifall)

**Garrelt Duin, Tagungspräsidium:** Vielen Dank. – Weitere Wortmeldungen zu dem Antrag 35 liegen mir nicht vor. Die Antragskommission empfiehlt Annahme. Wer schließt sich diesem Votum an? – Wer ist dagegen? – Enthaltungen? – Dann ist das angenommen.

Wir kommen zum Initiativantrag 11. Dazu empfiehlt die Antragskommission zu Absatz 1 Annahme. Wer ist dafür? – Dagegen? – Enthaltungen? – Dann ist das so angenommen.

Zu Absatz 2 empfiehlt die Antragskommission Ablehnung. Wer dem Votum der Antragskommission folgen möchte, den bitte ich jetzt um das Kartenzeichen. – Wer ist gegen das Votum der Antragskommission? – Dort hinten ca. 30 und dort noch einmal 10. Das sind 40. Wer enthält sich? – Bei wenigen Enthaltungen ist das Votum der Antragskommission so angenommen.

Zu Absatz 3 ist ebenfalls Ablehnung empfohlen. Wer dem Votum der Antragskommission folgen kann, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Die Gegenprobe! – Das ist das gleiche Stimmenverhältnis wie vorher. Deshalb ist das im Sinne der Antragskommission beschlossen.

Wir kommen jetzt zum Initiativantrag 25. Dazu gibt es eine Wortmeldung von Stefan Schostok.

**Stefan Schostok, Hannover:** Liebe Genossinnen und Genossen! Den I25 hat Matthias Miersch vorhin schon kurz begründet. Es geht in diesem Abschnitt darum, dass wir einen Absatz einfügen wollen, der sich mit der Frage von elementaren Parteitagebschlüssen befasst. Das soll in eine Passage eingefügt werden, in der es um die Wiedergewinnung von Glaubwürdigkeit und auch um den entsprechenden Umgang mit der innerparteilichen Beschlusskultur geht. Wir finden, es ist noch glaubwürdiger, wenn wir auch an einem Beispiel selbstkritisch mit unserer Vergangenheit umgehen.

(Beifall)

Deswegen fordern wir, an dieser Stelle diesen Satz einzufügen. Wir haben gesagt, es gehört auch dazu, dass die Verantwortlichen in Regierung und Fraktion nicht gegen elementare Parteitagebschlüsse handeln. Eine Entwicklung wie bei der Debatte um die Privatisierung der Deutschen Bahn darf es nicht geben. Das ist unsere Forderung.

(Beifall)

An dieser Stelle ist durch die Beratung in der Antragskommission schon ein sehr guter Satz eingefügt worden. Dort steht auf Seite 3 im zweiten Absatz: „Unsere gemeinsam demokratisch beschlossenen Positionen sind gemeinsam zu vertreten.“ Dem schließen wir uns an. Aber wir sagen: Es ist noch glaubwürdiger, wenn wir uns auch zurückerrinnern, was wir auf dem Hamburger Parteitag im Jahr 2007 erlebt haben. Wir haben dort sehr gründlich die Frage der Bahnreform diskutiert. Es ist zu einem Beschluss gekommen, der kein Zufallsbeschluss ist. Wenn es anders gelaufen wäre, wenn wir gesagt hätten, das sei ein Stimmungsbeschluss gewesen, der irgendwie herbeigeführt worden sei, dann hätten wir gesagt: Okay, dann würden wir auf diesen Satz verzichten. Aber unserer Ansicht ist dieser Beschluss sehr bewusst gefasst worden. Das ist politisch und strategisch sehr bewusst von der Parteimitgliedschaft beschlossen worden. Er war gewollt. Aus diesem Grunde bitte ich euch auch um dieses Stückchen Selbstkritik,

dass wir an diesem Beispiel sagen: Beschlüsse von elementarem Charakter haben für uns einen ganz hohen Wert.

Deshalb bitte ich euch darum, dem Vorschlag der Antragskommission, nämlich diesen Antrag abzulehnen, nicht zuzustimmen, sondern unserem Antrag zuzustimmen. – Vielen Dank.

(Beifall)

**Garrelt Duin, Tagungspräsidium:** Vielen Dank, Stefan. – Olaf, bitte!

**Olaf Scholz, Antragskommission:** Liebe Genossinnen und Genossen! Es ist eben schon gesagt worden, wir haben in dem Antrag etwas gesagt, was genau dem Anliegen entspricht. Gegen den Satz, der hier auch steht – das will ich gerne dazu sagen, ohne das mit irgend jemandem rückgekoppelt zu haben – „Dazu gehört auch, dass die Verantwortlichen in Regierung und Fraktion nicht gegen elementare Parteitagebschlüsse handeln“, hat niemand etwas. Das ist in Ordnung und können wir auch hier noch einmal bestätigen. Wenn das jetzt der Sache hilft, will ich gerne vorschlagen, dass wir das noch zusätzlich mit in den Antrag aufnehmen.

Ich möchte aber darum bitten – mehr kann ich dazu gar nicht sagen –, einen Satz, der nach Selbstkritik klingt, aber natürlich eine Kritik nicht an allen, sondern an einigen ist, vielleicht nicht als Bestandteil dessen zustande zu bringen, wie wir uns gewissermaßen nach vorne aufrichten.

(Beifall)

Deshalb fände ich es schön, wenn der zweite Satz wegfallen könnte. Vielleicht ist es auch für die Antragsteller möglich, den zweiten fallen zu lassen und es beim ersten zu belassen. Denn was wir wollen, ist klar, und darüber sind wir alle einig.

(Beifall)

**Garrelt Duin, Tagungspräsidium:** Der Antragsteller ist damit einverstanden.

Wer dem Votum der Antragskommission mit dieser Ergänzung um den einen Satz Bezugnehmend auf das Thema folgen kann, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Die Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dann ist das bei wenigen Enthaltungen so angenommen.

Wir kommen jetzt zum Initiativantrag 36. Dazu ist Annahme empfohlen. Wortmeldungen liegen mir dazu nicht vor. Wer dem Votum der Antragskommission folgen mag, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Die Gegenprobe! – Das ist angenommen.

Wir kommen zu dem Initiativantrag 6. Hier gibt es eine Fassung der Antragskommission in Punkt 1, die zur Annahme empfohlen wird. Wortmeldungen habe ich dazu nicht.

Wer dem Votum der Antragskommission folgen kann, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Die Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dann ist das so beschlossen.

Zu Punkt 2 wird Ablehnung empfohlen. Wer dem Votum folgt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Wer hat eine andere Auffassung, gegen die Antragskommission? – Dort hinten sind es ungefähr 30, links und rechts zusammen sind es vielleicht 40. Wer enthält sich? – Dann hat die Mehrheit das Votum der Antragskommission bestätigt.

Zu Punkt 3 sagt die Antragskommission: Das ist erledigt durch Annahme des Initiativantrags 16, zu dem wir später kommen.

Wer sich dem Votum der Antragskommission anschließen kann, den bitte ich um das Kartenzeichen. Die Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dann ist das so angenommen.

Initiativantrag 34: Die Antragskommission empfiehlt Annahme. Mir liegen dazu im Augenblick auch keine Wortmeldungen vor. Seid ihr für das Votum der Antragskommission? Dann bitte ich euch um das Kartenzeichen. – Die Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dann ist das so beschlossen.

Zum Initiativantrag 24 wird Annahme empfohlen. Dabei geht es um das Thema Netze. Wer sich dem Votum anschließen kann, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Die Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dann ist das so beschlossen.

Dann haben wir den Initiativantrag 29. Dazu liegt mir eine Wortmeldung von Angelika Graf aus Bayern vor.

**Angelika Graf, Bayern:** Liebe Genossinnen und Genossen! Um noch einmal zu dem zurückzukommen, was ich heute Vormittag schon vorgetragen habe: Zuwanderung, Ehegattennachzug. Ich habe heute Vormittag darum gebeten, dass wir in diesem Änderungsantrag auf der Seite 4 eures Heftes im oberen Abschnitt vor der Formulierung „Zuzug von ausländischen Ehegatten zu deutschen und Ausländern“ das Wort „diskriminierungsfrei“ einfügen. Ich habe euch auch den Hintergrund dieser Bitte vorgetragen. Es hat etwas damit zu tun, dass Nicht-EU-Ausländer unterschiedlich behandelt werden. Ihr mögt das als eine Petitesse, als eine Kleinigkeit empfinden. Ich denke aber, es ist ein wichtiges Signal. Ich bitte euch um diese Änderung.

(Beifall)

**Garrelt Duin, Tagungspräsidium:** Olaf!

**Olaf Scholz, Antragskommission:** Ich bin mit dieser Änderung einverstanden. Das kann ich nur für mich sagen, schlage das aber vor.

**Garrelt Duin, Tagungspräsidium:** Wunderbar.

Wer dann für die entsprechende Änderung im Sinne der Antragstellerin und der Antragskommission ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Die Gegenprobe! – Enthaltungen? – Bei ganz wenigen Enthaltungen ist das dann so angenommen.

Initiativantrag 13: Dazu sagt die Antragskommission, das sei erledigt durch Annahme von Initiativantrag 29 in der Fassung der Antragskommission. Wortmeldung liegen mir dazu nicht vor. Wer sich dem Votum anschließen kann, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Die Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dann ist das so beschlossen.

Den Initiativantrag 18 haben wir vorhin bei den Dingen, die Olaf vorhin am Pult stehend erwähnt hat, schon erledigt. Deswegen brauchen wir den nicht noch einmal aufzurufen.

Wir haben dann den Initiativantrag 21. Dazu liegen mir Wortmeldungen vor, und zwar zunächst von Angelica Dullinger aus Kochel am See. Ihr folgt dann Sven Dietrich.

**Angelica Dullinger, Bayern:** Liebe Genossinnen, liebe Genossen! Mir geht es um den Änderungsantrag zum Thema Einsatz in Afghanistan. Wir könnten aber auch sagen: Abzug aus Afghanistan.

(Vereinzelt Beifall)

Nicht zu verwechseln mit: „Anzug in Afghanistan“, wie die „Süddeutsche Zeitung“ heute darüber berichtet hat, wie Männer in Afghanistan gekleidet ist. Das ist heute wohl nicht unser Thema. Da gibt es Wichtigeres zu sagen.

Unser Vorsitzender hat gestern fünf Punkte genannt, die wichtig sind: Erstens Netzwerke pflegen, zweitens offen sein, drittens sollen wir etwas leisten, viertens sollen wir mitmachen und fünftens sollen wir aufgeschlossen sein.

Zum Ersten, Netzwerke pflegen – immer das Thema Afghanistan im Hintergrund –: Ich pflege mit der Internationalen Frauenliga für Frieden und Freiheit, mit anderen Friedens- und Umweltgruppen und mit dem Friedensratschlag in Kassel seit Jahrzehnten Kontakte.

Zum Zweiten: Offen sein. Das hieße, die Anträge A 9, A 10 und A 11 auch vom Parteitag abstimmen zu lassen. Schluss mit dem Bundeswehreininsatz in Afghanistan!

(Vereinzelt Beifall)

Zum dritten Punkt: Leistung; wir sollten etwas leisten. Den Begriff Leistung bewerten Friedensgruppen zum Thema Afghanistan-Einsatz folgendermaßen: Trotz 15.000 Nato-Soldaten haben die Einflussgebiete der Taliban um 20 % zugenommen. Bis 2008 wurden ca. 300.000 Zivilistinnen und Zivilisten getötet.

Der dritte Punkt: Je mehr ausländische Truppen dort eingesetzt werden, umso mehr Opfer gibt es. 2008, im letzten Jahr, waren es 40 % mehr Tote. Um es nicht zu vergessen: Dort wird ein ziviler Aufbau geleistet. Der Hintergrund ist eine Unterstützung für die Infrastruktur für die Bevölkerung. Dort stehen täglich 7 Millionen US Dollar für Wiederaufbau 100 Millionen US-Dollar Militäreinsatz gegenüber, also 7 % verglichen mit 100 Millionen US-Dollar täglich.

Ich denke, diese 100 Millionen US-Dollar sind keine Leistungsanforderungen der Vereinten Nationen, die dort immer so gerne zitiert werden. Die eigentlichen Ziele des Krieges werden nicht genannt: Zugang zu den zentralasiatischen Rohstoffen mit entsprechenden militärstrategischen Stützpunkt und die Bewährung der Nato als weltweit intervenierendes Militärbündnis des Westens. Und muss nicht eher Deutschlands Sicherheit in Berlin verteidigt werden, weil sie fahrlässig durch das Afghanistan-Abenteuer zur Zielscheibe von Terroristen wurde?

Der Philosoph David Richard Precht bringt es in einem „SPIEGEL“-Beitrag auf den Punkt. Er sagt, nach fast acht Jahren Bundeswehreinsatz sind die Taliban nicht besiegt, werden die Menschenrechte dort überall missachtet, und von Freiheit ist keine Rede mehr. Das kann niemand der Bundeswehr anlasten. Aber auch niemand wird damit ihren Verbleib rechtfertigen können.

Gestern hat der Bundesverteidigungsminister zu Guttenberg, der da im Kundus so schick gekleidet war, angekündigt, er hat noch einmal 120 Soldaten dorthin beordert. Das halte ich für keine kluge Entscheidung. Wenn wir uns an die klugen Menschen halten wollen, wie es Sigmar Gabriel gestern vorgeschlagen hat, müssen wir genau das Gegenteil tun: Wir müssen auf die Friedensbewegung und auf Precht hören. Sie sagen, die Entscheidung über einen Abzug der Bundeswehr muss schnell fallen.

Deshalb bitte ich darum, diesen einen Satz auf Seite 16, Absatz 3, wie folgt zu ändern: „Es ist höchste Zeit, eine politische Ausstiegsperspektive mit einem konkreten Datum für den Truppenabzug zu entwickeln.“

Meine Bitte an euch, die Delegierten: Macht mit! Meine Bitte an Sigmar Gabriel und sein Team: Zeigt euch aufgeschlossen!

Gestern hat unser Vorsitzender noch bedauert, dass wir kein sichtbares Profil gezeigt haben. Heute haben wir die Chance, der SPD ein klares Profil zu geben. Stimmt dem Antrag I 21 bitte zu. – Ich danke euch.

(Beifall)

**Doris Ahnen, Tagungspräsidium:** Als Nächstes hat Sven Dietrich das Wort.



**Sven Dietrich,Parteirat:** Liebe Genossinnen und Genossen! Ahmed Wali Karzai – das ist der Bruder des afghanischen Präsidenten – soll ein Geheimagent der CIA und ein Drahtzieher im Drogenhandel sein. Das meldete Ende Oktober die „New York Times“, und auch ganz im Ernst. Da drängen sich einige Fragen auf: Worauf will die „New York Times“ hinaus? Wo ist die Sensation? Wie geheim kann ein Geheimagent eigentlich sein, wenn jeder seinen Namen in der Zeitung lesen kann? Und überhaupt: Wieso eigentlich der Bruder? Ist nicht für jedermann offensichtlich, in wessen Interesse der Präsident und mutmaßliche Wahlfälscher von Kabul sein Amt ausführt?

Es sind mehr Fragen als Redezeit. Fakt ist: Im Jahre 2000 während der Schreckensherrschaft der Taliban hatten die radikalislamischen Taliban den Anbau von Schlafmohn, aus dem Heroin gewonnen wird, verboten und das Verbot auch mit großer Brutalität durchgesetzt.

Daraufhin ging die weltweite Heroinproduktion um zwei Drittel zurück. Doch der Schock währte nicht lange.

Mit dem Sturz der Taliban im Jahre 2001 blühte auch bald wieder der Schlafmohn. Nach unabhängigen Schätzungen stammen heute mehr als 90 Prozent der weltweiten Produktion an Rohopium aus Afghanistan. Der Westen macht hierfür die Taliban verantwortlich.

Diese Begründung einmal als richtig unterstellt, wirft natürlich die Frage auf, wie erfolgreich dieser Einsatz eigentlich ist, zumal die Bilanz bei den Themen Sicherheit und Menschenrechte – meine Vorrednerin hat das sehr schön ausgeführt – keinesfalls besser ist. Über das Thema freie Wahlen müssen wir nach all dem, was dort vorgefallen ist, wohl nicht im Ernst diskutieren.

Der Initiativantrag 21 fordert eine konkrete Ausstiegsperspektive, und deshalb ist er richtig.

(Vereinzelt Beifall)

Er ist richtig für das afghanische Volk, das eine Perspektive für seine Unabhängigkeit braucht. Er ist richtig für die Bundeswehr, die dort Enormes leistet. Auch sie braucht eine klare zeitliche Perspektive, wobei unter uns klar sein muss, dass die Aufbauarbeit und die Ausbildungsarbeit bis zum Tag des Abzuges weitergehen.

Er ist richtig für unser Land, denn erst die Ausstiegsperspektive aus Afghanistan kann geeignet sein, Deutschland aus dem Fokus islamistischer Terroristen herauszubringen. Das sind wir gerade unserem Land und unserem Volk schuldig. – Danke.

**Doris Ahnen, Tagungspräsidium:** Als Nächster hat Niels Annen das Wort. Ihm folgt Christoph Strässer.

**Niels Annen, Parteivorstand:** Liebe Genossinnen und Genossen! Liebe Angelica, du hast über Afghanistan gesagt: Von Freiheit ist keine Rede mehr. – Ich würde dir und vielen anderen zustimmen, die in guten Diskussionen zum Thema Afghanistan, auch auf SPD-Parteitag, zu Recht angemerkt haben, dass die Entwicklungen in Afghanistan in vielen Bereichen des Landes besorgniserregend sind und dass wir mit den Erfolgen in Afghanistan nicht zufrieden sein können. Aber ich muss dir auch entgegenhalten: Die Aussage „Von Freiheit ist keine Rede mehr“ erweckt den Eindruck, dass hier Ursache und Wirkung miteinander verwechselt werden.

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, wir haben auf diesem Parteitag, wie ich finde, in verantwortlicher Art und Weise darüber diskutiert, warum uns die Menschen am Wahlsonntag nicht mehr das Vertrauen ausgesprochen haben. Wir haben über Glaubwürdigkeit gesprochen. Ich würde niemals behaupten, dass wir unter unserer Verantwortung in Afghanistan alles richtig gemacht haben. Aber ich erinnere mich daran, dass wir auf dem Hamburger Parteitag gewissermaßen zur Prime Time über Afghanistan diskutiert haben, dass wir Punkte miteinander vereinbart haben, für die unser damaliger Außenminister und späterer Kanzlerkandidat, Frank-Walter Steinmeier, sich nicht nur eingesetzt hat, sondern sie auch umgesetzt hat. Sie haben ihren Ausgang genommen auf diesem Parteitag.

Zur Glaubwürdigkeit gehört es auch, dass man einen Weg, den man begonnen hat, dann auch zu Ende geht. Ich bin nicht gegen ein Ausstiegsszenario, die SPD auch nicht. Wir sind nicht nach Afghanistan gegangen, um dort auf immer und ewig zu bleiben. Ich kann euren Antrag emotional nachvollziehen. Ich bin häufiger, auch mit Frank, in Afghanistan gewesen. Wir sind auch dorthin gegangen, wo es schwierig war. Frank-Walter, Heidemarie Wieczorek-Zeul und viele andere Kollegen aus dem Bundestag haben sich mit Afghanistan auseinandergesetzt und nicht so gehandelt wie Frau Merkel, die zweimal nach Afghanistan fliegt, kurz aus dem Hubschrauber springt und wieder zurückfliegt, damit sie sich bloß nicht mit diesem schwierigen Thema identifizieren muss.

Deswegen steht es uns gut zu Gesicht, zu sagen: Wir haben nicht auf alle diese Fragen eine Antwort. Aber, liebe Genossinnen und Genossen, liebe Angelica, wenn ihr ehrlich seid, dann müsst ihr zugeben, dass ihr ein konkretes Datum in eurem Antrag fordert. Aber welches Datum, das könnt ihr nicht sagen.

Deswegen lasst uns das tun, was Frank im Wahlkampf getan hat, nämlich Punkte zu benennen, die als Voraussetzung erfüllt sein müssen, damit wir irgendwann – möglichst schnell – abziehen können.

(Beifall)

Aber wir müssen daran arbeiten, dass die politischen Bedingungen erfüllt werden. Es geht auch darum, dass wir nicht nur über die Fehler sprechen, sondern dass wir den Menschen auch Mut machen. Es gibt einen Zusammenhang zwischen terroristischer Bedrohung und der Instabilität in dieser Region. Da müsst ihr doch nur den Fernseher einschalten. Das kann man doch nicht einfach vom Tisch wischen.

Das Unwohlsein, die Besorgnis, manchmal vielleicht auch die Hilflosigkeit über die Situation, die sich zuspitzt, müssen wir artikulieren. Auch die amerikanische Regierung diskutiert darüber. Warum soll ein SPD-Parteitag nicht darüber diskutieren? Aber jetzt voreilig den Vorstand ein konkretes Datum festlegen zu lassen, das geht bei allem Verständnis nicht. Deswegen bitte ich euch, diesen Antrag abzulehnen.

(Beifall)

**Garrelt Duin, Tagungspräsidium:** Vielen Dank, Niels. – Jetzt hat Christoph Strässer das Wort.

**Christoph Strässer, Nordrhein-Westfalen:** Liebe Genossinnen und Genossen! Ich möchte eine kurze Vorbemerkung machen, weil ich nicht möchte, dass etwas von dem, was wir heute und in den letzten Tagen besprochen haben, falsch verstanden wird.

Kontakt, Gespräche, Öffnung zu gesellschaftlichen Gruppen – dazu zählt auch die Friedensbewegung – heißt nicht, dass die SPD alle diese Positionen eins zu eins übernehmen muss.

(Beifall)

Ich bin seit mehr als 30 Jahren Mitglied der Deutschen Friedensgesellschaft. Ich bin einer derjenigen, der in den 80er Jahren in der Friedensbewegung aktiv gewesen sind. Aber ich habe immer wieder gesagt, sowohl in der Friedensbewegung als auch in den politischen Parteien muss es möglich sein, auch unterschiedliche Auffassungen zu diskutieren. Ich sage euch, liebe Genossinnen und Genossen, das muss an bestimmten Stellen auch die Friedensbewegung aushalten können. Ich würde mir sehr wünschen, dass wir dort offensiv diskutieren und unsere friedenspolitischen Äußerungen auch gegenüber der Friedensbewegung endlich mal wieder artikulieren.

(Vereinzelt Beifall)

Nun zu Afghanistan. Ich glaube, wir wären wirklich gut beraten, wenn wir dem Antrag der Antragskommission in der geänderten Fassung, wie sie vorgetragen worden ist, zustimmen. Ich kann da nur an die Ausführungen von Niels Annen anschließen.

Ich möchte aber auf eines hinweisen: Wenn hier einfach unwidersprochen und pauschal gesagt wird, dass das deutsche Engagement in Afghanistan, das nicht nur aus

dem Einsatz der Bundeswehr besteht, sondern aus dem Einsatz von vielen zivilen Helferinnen und Helfern, auf die Aussage reduziert werden kann, dass man mit Militär dieses Problem nicht lösen kann, dann machen auch wir einen großen Fehler. Dazu gehört mehr als das, was wir hier diskutieren.

(Beifall)

Deshalb möchte ich euch bitten, einmal ganz genau hinzuschauen, wenn wir darüber diskutieren, wie zivile Organisationen, die wie die Welthungerhilfe, in Afghanistan seit vielen Jahren arbeiten, zu dem ISAF-Konzept stehen und was sie sagen würden auf die Frage: Was würdet ihr tun, wenn die Bundeswehr und die internationale Staatengemeinschaft sagen würde, dass das Mandat ab morgen beendet ist? Ich sage euch voraus, dass alle bis auf wenige Ausnahmen sagen würden: Dann wird auf absehbare Zeit die Arbeit von Nichtregierungsorganisationen in Afghanistan nicht mehr möglich sein.

(Vereinzelt Beifall)

Ich bitte euch, auch das zu berücksichtigen: Ich teile nicht die Auffassung, dass sich in Afghanistan überhaupt nichts geändert hätte. Die Situation von Frauen in Afghanistan ist nicht schlechter geworden. Wenn die Taliban wieder regieren, dann könnt ihr euch vorstellen, was dann passieren würde. Die historischen Erfahrungen haben wir gemacht.

Deshalb plädiere ich als jemand, der sich immer noch der Friedensbewegung und der SPD zugehörig fühlt, dafür: Bitte akzeptiert die Position, die unser früherer Außenminister hier formuliert hat. Er hat gesagt, wir brauchen ein Ausstiegsszenario. Aber zu sagen, wir machen das am 31. 12. 2010 oder wann auch immer, würde dem Fortschritt und dem Aufbau Afghanistans auch im zivilen Bereich nicht helfen. Es würde ihm schaden. Deswegen sollten wir unsere Politik an dieser Stelle klar und konsequent weiterverfolgen. – Herzlichen Dank.

(Beifall)

**Garrelt Duin, Tagungspräsidium:** Liebe Genossinnen und Genossen, wenn man hier ein bisschen länger sitzt, dann bekommt man ein Gefühl für die Stimmung auf dem Parteitag. Die Heidemarie Wieczorek-Zeul, der Rainer Arnold, der Johannes Pflug und der Gert Weisskirchen haben sich bereit erklärt, auch noch zu diesem Thema zu sprechen. Der Tenor, den Olaf vorhin eingangs auch für die Antragskommission dargestellt hat, ist gerade aber auch von Christoph und Niels Annen noch einmal bestätigt worden. Ich glaube, wir können daher dann eigentlich jetzt schon abstimmen, wenn ihr nichts dagegen habt. Die Redner wären damit auch einverstanden.

(Vereinzelt Beifall)

Wer also dem Votum der Antragskommission, den Antrag IA21 abzulehnen, folgen möchte, den bitte ich dann jetzt um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Bei wenigen Enthaltungen ist das so beschlossen, wie die Antragskommission empfohlen hat. Vielen Dank.

Initiativantrag 10.

Hier wird die Annahme in der Fassung der Antragskommission empfohlen. Hierzu liegen mir keine Wortmeldungen vor. Wer dem Votum der Antragskommission zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Bei ganz wenigen Enthaltungen so angenommen.

Initiativantrag 16.

Es wird Annahme in der Fassung der Antragskommission empfohlen. Ich habe keine Wortmeldungen vorliegen. Wer dem Votum zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Das ist so angenommen.

Dann kommen wir zur Nummer 5.

Hier wird die Annahme empfohlen. Wer dem folgt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Das ist so angenommen.

Bei der Nummer 12, zu der wir jetzt kommen, liegt mir wieder eine Wortmeldung vor, und zwar von Horst Schmidt aus Bayern.

**Horst Schmidt, Bayern:** Liebe Genossinnen und Genossen, innerparteiliche Bildungsarbeit ist eine Chance für die Weiterentwicklung der Partei. Ich freue mich, dass die Antragskommission die Annahme empfohlen hat, aber ich will doch noch ein paar Bemerkungen dazu machen, weil ich glaube, dass es nicht reicht, nur in Sonntagsreden und Beschlüssen über die innerparteiliche Bildung zu reden, sondern man sich auch die Praxis anschauen.

Drei Beispiele:

Wenn ihr euch die Homepage der SPD anschaut, dann sucht ihr den Begriff „Innerparteiliche Bildungsarbeit“ vergeblich. Manche Beschlüsse werden an die organisationalpolitische Kommission, die sich auch um die Bildungsarbeit kümmern soll, weitergeleitet. Sie hat in den letzten zwei Jahren nach Ausweis der Rechenschaftsberichte, die vor uns liegen, nicht mehr getagt.

Positiv ist allerdings: Es gibt die Parteischule, die Kommunalakademie und auch das Netzwerk Politische Bildung. Konkret heißt dies: Wir müssen, um die innerparteiliche Bildungsarbeit zu stärken, auf das Instrument der Bildungsbeauftragten, die vielleicht besser Bildungsverantwortliche heißen sollten, wieder zurückgreifen.

Wir brauchen in den Landesverbänden und auch beim Parteivorstand wieder jemanden, der sich für die Arbeit verantwortlich fühlt. Wir brauchen auch wieder jährliche Treffen.

Es gab vor einigen Jahren einmal so etwas wie einen roten Bildungstag. Liebe Genossinnen und Genossen, nutzt auch das Netzwerk Politische Bildung. Es wäre schon viel für die Mitglieder, die sich informieren wollen, gewonnen, wenn es in jedem Ortsverein, auf jeder Unterbezirkshomepage und auch bitte bei den Bundestagsabgeordneten und den Landtagsabgeordneten einen Verweis auf das Netzwerk Politische Bildung gäbe. Dort kann man sich dann darüber informieren, was läuft.

Nutzt auch die Partner in der politischen Bildung, die wir haben: ob das die Heimvolkshochschule Springe in Niedersachsen, das Willi-Eichler-Bildungswerk in Nordrhein-Westfalen, die Akademie Frankenwarte in Würzburg oder bundesweit die der Friedrich-Ebert-Stiftung ist. Ihr findet hier ein Angebot für alle, die sich interessieren und weiterbilden wollen. Ihr findet hier draußen auch zwei Ausstellungen zur Geschichte der Partei und über das Godesberger Programm, die ihr hervorragend nutzen und auch gut einsetzen könnt.

Ich freue mich, dass die Bildungsarbeit überprüft wird. Ich will euch nur erinnern: Den letzten Beschluss des Parteivorstandes zur innerparteilichen Bildungsarbeit gab es 1988. Es wird Zeit, dass wir das überarbeiten und auf neue Füße stellen. Ich denke, wir können alle davon profitieren.

Herzlichen Dank.

(Beifall)

**Garrelt Duin, Tagungspräsidium:** Vielen Dank, Horst. – Jetzt hat die Andrea das Wort.

**Andrea Nahles, Generalsekretärin:** Lieber Horst, ich bin dir dankbar, dass du das Thema Innerparteiliche Bildungsarbeit angesprochen hast. Ich kann dir zwei Sachen dazu versprechen:

Erstens. Die Organisationskommission wird in nächster Zeit häufiger tagen, weil wir nämlich eine ganze Reihe von Vorschlägen haben, mit denen wir uns auseinandersetzen und zu denen wir euch zum nächsten Parteitag entsprechende Änderungen vorschlagen werden. Das heißt, es wird hier nicht einfach verwiesen – dafür werbe ich –, sondern es wird wirklich auch ernsthaft gearbeitet.

Zweitens. Ich bin Vorsitzende des Beirates der Parteischule, und ich will klar sagen, dass wir uns auch in den letzten zwei Jahren massiv darum bemüht haben, wieder Bildungsbeauftragte in den Kreisverbänden und Gliederungen zu haben. Der Klaus

und andere aus der Organisationsabteilung haben dazu Seminare angeboten, woran zum Beispiel eine Frau aus meinem Kreisverband teilgenommen hat.

Wir haben hinsichtlich dieser Frage intensiv mit der Friedrich-Ebert-Stiftung zusammengearbeitet. Eines sage ich dir aber auch: Es darf ruhig mehr werden; es muss sogar mehr werden. Eines ist nämlich klar: Wir werden die hauptamtlichen Lücken, die auch dadurch entstanden sind, dass 76 Bundestagskollegen leider nicht mehr in den Bundestag gekommen sind, nicht überall schließen können. Umso mehr müssen wir die Ehrenamtler vor Ort unterstützen und qualifizieren, damit sie ihre Arbeit gut machen können. Das werden wir auch tun.

In diesem Sinne hier meine klare Ansage: Mit dieser Überweisung in die Organisation meinen wir es ernst, und du kannst mich da beim Wort nehmen.

(Vereinzelt Beifall)

**Garrelt Duin, Tagungspräsidium:** Vielen Dank. – Olaf? – Es bleibt bei der Empfehlung Annahme der Antragskommission. Wer dieser Empfehlung Folge leisten möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dann ist das angenommen.

Initiativantrag 27.

Die Antragskommission sagt, er sei durch den Initiativantrag 1 in der Fassung der Antragskommission erledigt. Wer dem Votum zustimmen kann, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Enthaltungen? – Gegenstimmen? – Das ist alles nicht der Fall. Dann ist das auch so beschlossen.

Initiativantrag 26.

Er ist ebenfalls durch den IA 1 in der Fassung der Antragskommission und die Überweisung in die Initiative „Gut und sicher leben“ erledigt. Wer stimmt dem zu? – Wer ist dagegen? – Enthaltungen? – Bei ganz wenigen Gegenstimmen und ein paar Enthaltungen ist das angenommen.

Initiativantrag 7.

Er ist erledigt durch den Initiativantrag 1. Wer kann dem zustimmen? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Dann ist das angenommen.

Liebe Genossinnen und Genossen, damit sind die einzelnen Blöcke in diesem Antrag durchgearbeitet. Ich weise euch vor der Schlussabstimmung über den Leitantrag in der jetzt so erstellten Fassung aber darauf hin, dass dadurch eine Reihe von Anträgen, die jetzt im Weiteren noch aufgerufen werden, dann auch schon erledigt ist. Dies sind die Anträge AR 1, AR 15, AR 18, AR 44, AR 46 und AR 49. Aus dem A-Bereich sind das

die Anträge A 9 bis A 11, aus dem F-Bereich ist das der Antrag F 9, aus dem I-Bereich sind das die Anträge I 24 bis I 30, aus dem OA-Bereich sind das die Anträge 26, 27, 7 und 1, aus dem S-Bereich sind das die Anträge 11, 16, 18 und 19, aus dem St-Bereich sind das die Anträge 24 bis 28, und aus dem W-Bereich ist das der Antrag W 5.

Das ist dann in die Schlussentscheidung inkludiert. Das wird aber, wenn die einzelnen Bereiche nachher aufgerufen sind, auf Nachfrage sicher noch einmal gesagt werden.

Ich darf euch jetzt um Konzentration bitten. Es geht jetzt um die Schlussabstimmung über den Leitantrag auf diesem Bundesparteitag. Wer dem Leitantrag in der jetzt so geänderten Fassung zustimmen möchte, den bitte ich jetzt um das Kartenzeichen. – Wer ist gegen den Leitantrag? – Haben wir Enthaltungen? –

Vier habe ich gesehen. Bei einer Gegenstimme und vier Enthaltungen ist der Leitantrag angenommen.

(Beifall)

Lieber Olaf, dies verbunden noch einmal mit dem herzlichen Dank für die Arbeit, die in dieser Vorbereitung steckte.

(Beifall)

Jetzt hast du abschließend das Wort.

**Olaf Scholz, Antragskommission:** Liebe Genossinnen und Genossen, ich möchte mich eigentlich nur bei euch bedanken. Ich glaube, wir haben hier etwas sehr Gutes und sehr Wichtiges zustande bekommen, nämlich in einer schwierigen Situation miteinander zu diskutieren, zu zeigen, wo wir weiterarbeiten wollen, wie wir es schaffen wollen, dass die SPD wieder zu neuer Kraft kommt. Ich glaube, die Sozialdemokratische Partei kann die neue Stärke, die sie bekommen muss, nur aus sich selber heraus erreichen, wenn alle mitmachen und das miteinander und nicht gegeneinander tun. Dass wir das können, haben wir heute gezeigt. Andere müssen sich jetzt vor uns fürchten. – Schönen Dank.

(Beifall)



## Beratung der Anträge zur Arbeitsmarktpolitik

**Doris Ahnen, Tagungspräsidium:** Liebe Genossinnen und Genossen, damit haben wir zwar den Leitantrag beschlossen, aber wir haben uns natürlich noch nicht durch die unterschiedlichen Antragsbereiche gekämpft. Wir haben uns für heute Abend noch die Arbeitsmarktpolitik, die Sozialpolitik, die Gesundheitspolitik und die Umwelt-, Energie- und Verkehrspolitik vorgenommen. Das hört sich mehr an, als es ist; denn zumindest mit Blick auf die vorliegenden Wortmeldungen zeichnet sich ab, dass wir das in einem überschaubaren Zeitrahmen schaffen.

Damit das so passiert, fangen wir auch gleich an. Ich würde Hubertus Heil als Sprecher der Antragskommission für den Bereich Arbeitsmarktpolitik bitten, uns in diesem Bereich die Antragslage darzustellen.

**Hubertus Heil, Antragskommission:** Liebe Genossinnen und Genossen, ich halte jetzt keine Grundsatzrede zu diesem Thema, wie manchmal sonst, wenn man für die Antragskommission sprechen kann. Viele von den Anträgen, die zum ordentlichen Antragschluss vorlagen, sind durch den Leitantrag erledigt, den wir eben besprochen haben. Das können wir jetzt im Einzelnen durchgehen, Doris. – Doris, ich bin fertig.

(Heiterkeit)

**Doris Ahnen, Tagungspräsidium:** Okay, wir waren gerade mit den Abläufen beschäftigt. Dann fangen wir an.

Im Moment liegen keine Wortmeldungen vor. Also gehen wir die Empfehlungen der Antragskommission durch.

Ich rufe zunächst den Antrag Ar 1 auf, Seite 8 des Antragsbuches. Da empfiehlt die Antragskommission: Erledigt bei Annahme I Ar 1 in der Fassung der Antragskommission und Überweisung als Material an den Parteivorstand. Wer für die Empfehlung der Antragskommission ist, den bitte um das Kartenzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Dann haben wir das so beschlossen.

Dann kommen wir zu Ar 2, Seite 15: Gute Arbeit heißt auch Gleichstellung. Da empfiehlt die Antragskommission: erledigt durch Beschluss außerordentlicher Parteitag 14.06.2009. Wer dem Votum der Antragskommission zustimmen kann, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Dann haben wir das auch einstimmig so beschlossen.

Ar 3, Seite 15: Gleicher Lohn für gleiche Arbeit. Überweisung an Parteivorstand und Bundestagsfraktion als Empfehlung der Antragskommission. Wer kann dem

zustimmen? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Bei einer Enthaltung, glaube ich, so beschlossen.

Dann kommen wir zu Ar 4, Seite 16: Entlohnung. Erledigt durch Beschluss außerordentlicher Parteitag und Beschluss „Gute Arbeit“ in Hamburg. Wer dem Votum der Antragskommission folgen kann, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Bei wenigen Gegenstimmen so angenommen.

Dann kommen wir zu Ar 5, Seite 16: Generation Praktikum beenden. Wird für erledigt erklärt durch Beschluss außerordentlicher Parteitag. Wer dem Votum der Antragskommission zustimmen kann, den bitte ich um das Kartenzeichen.

(Zurufe: Überweisung!)

Bei mir steht das so.

**Hubertus Heil, Antragskommission:** Ar 6 ist Überweisung. Aber wir sind bei Ar 5.

**Doris Ahnen, Tagungspräsidium:** Was empfiehlt die Antragskommission bei Ar 5?

**Hubertus Heil, Antragskommission:** Ar 5, Seite 16: Generation Praktikum beenden. Erledigt durch Beschluss des außerordentlichen Bundesparteitags vom 14.06.2009.

**Doris Ahnen, Tagungspräsidium:** Offensichtlich gibt es einen Übertragungsfehler, wenn ich das richtig sehe. Im Antragsbuch, wird mir jetzt gesagt, steht: Überweisung an die Bundestagsfraktion. Bei mir auf der Liste steht: erledigt durch Beschluss.

**Hubertus Heil, Antragskommission:** Wir können es ganz einfach machen. Wir überweisen das an die Bundestagsfraktion, also an mich.

**Doris Ahnen, Tagungspräsidium:** Also Hubertus hat das für die Antragskommission übernommen. Wer stimmt dem zu? – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Dann haben wir das so einstimmig beschlossen.

Dann kommen wir jetzt zu Ar 6, Seite 16: Gute Arbeit für Azubis. Da liegt mir die Empfehlung Überweisung an die Bundestagsfraktion vor. Wer kann dem zustimmen? – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Dann haben wir das auch einstimmig so beschlossen.

Dann kommen wir zu den Anträgen Ar 7, 8, 10, 13, und 14, Seiten 18 bis 21 – Thema Mindestlohn. Da wird erklärt: erledigt durch Beschluss außerordentlicher Parteitag. Es gibt keine Widerrede. Dann stimmen wir darüber ab. Wer kann dem zustimmen? – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Dann haben wir das auch so beschlossen.

Dann kommen wir zu Ar 9, Seite 19 – Mindestlöhne. Votum der Antragskommission: erledigt durch Regierungshandeln.

(Zurufe)

Hubertus!

**Hubertus Heil, Antragskommission:** Das ist so, liebe Genossinnen und Genossen. Wenn ihr euch das genau anseht: Unsere Position zum Thema Mindestlohn ist klar. Sie ist auch noch einmal im Leitantrag klar geworden. Aber das, worum es da geht, ist durch das Handeln der früheren Bundesregierung abgearbeitet. Aber es klingt blöd, wenn man sagen würde: erledigt durch ehemaliges Regierungshandeln. – Deshalb sagen wir: erledigt durch Regierungshandeln.

**Doris Ahnen, Tagungspräsidium:** Wer dem Votum der Antragskommission zustimmen kann, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Bei einigen Gegenstimmen und einer Enthaltung so beschlossen.

Wir kommen zu Ar 12, Seite 20. Europäischen Mindestlohn verwirklichen. Erledigt durch SPD- und SPE-Wahlprogramm. Wer dem Votum der Antragskommission zustimmen kann, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Ich sehe eine Gegenstimme. – Wer enthält sich? – Dann haben wir das so beschlossen.

Dann kommen wir zu Ar 16, Seite 26: Mitbestimmung. Empfehlung: Überweisung an die Bundestagsfraktion. Wer kann dem Votum der Antragskommission zustimmen? – Wer stimmt dagegen? – Eine Gegenstimme sehe ich. – Wer enthält sich? – Bei einer Gegenstimme so beschlossen.

Damit kommen wir zu Ar 17, Seite 27: Überweisung an die Bundestagsfraktion. Wer stimmt dem zu? – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Bei einigen Gegenstimmen so beschlossen.

Wir kommen dann zu Ar 22. Annahme in der Fassung der Antragskommission. Hierzu liegt ein geänderter Formulierungsvorschlag der Antragskommission vor. Willst du ihn noch einmal vortragen?

**Hubertus Heil, Antragskommission:** Um denen, die sich Mühe gemacht haben und inhaltlich auch recht haben, Rechnung zu tragen: Es geht darum, dass zwei Spiegelstriche zu diesem Thema neu aufgenommen werden sollen. Im ersten Spiegelstrich soll stehen, dass wir die konzerninterne Verleihung begrenzen wollen. Im zweiten Spiegelstrich soll stehen: Die Auswirkungen der Aufhebung des Synchronisationsverbotes sind zu überprüfen. – Es geht um Leiharbeit.

**Doris Ahnen, Tagungspräsidium:** Ihr habt den Änderungsvorschlag der Antragskommission gehört. Wer dem Votum zustimmen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen.

– Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Bei wenigen Gegenstimmen ist das so beschlossen.

Mit der Annahme in der so geänderten Fassung sind automatisch die Anträge Ar 19 bis 21 und die Anträge Ar 23 bis 26 erledigt.

Wir kommen dann zu Ar 27, Organisationsreform für SGB-II-Leistungen: Überweisung an Bundestagsfraktion und Landtagsfraktion, so lautet die Empfehlung.

**Hubertus Heil, Antragskommission:** Doris, auch wenn wir schnell durchkommen wollen: Darf ich dazu eine inhaltliche Bemerkung machen? – Das wird in den nächsten Tagen, Wochen und Monaten ein heißes Thema. Wir dürfen nicht zulassen, dass die Art und Weise, wie Schwarz-Gelb die Arbeitsmarktpolitik mit getrennter Aufgabenwahrnehmung chaotisiert, auf dem Buckel der Beschäftigten in Deutschland ausgetragen wird. Das wollte ich nur sagen: Macht das vor Ort zum Thema!

(Beifall)

**Doris Ahnen, Tagungspräsidium:** Hubertus, du darfst dich jederzeit einmischen, du hast uns ja am Anfang sogar mit deiner Schnelligkeit überrascht.

Ar 28. Das Votum der Antragskommission ist: Erledigt durch Beschluss des außerordentlichen Parteitag. Wer dem Votum zustimmen kann, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Dann haben wir das einstimmig so beschlossen.

(Zuruf)

**Hubertus Heil, Antragskommission:** Doris, jetzt ist durch meinen inhaltlichen Beitrag die Abstimmung für Ar 27 untergegangen.

**Doris Ahnen, Tagungspräsidium:** Dann stimmen wir noch über Ar 27 und das Votum der Antragskommission ab: Überweisung an die Bundestagsfraktion. – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Ich habe eine Gegenstimme gesehen. Auf jeden Fall mit großer Mehrheit so beschlossen.

Dann springen wir jetzt zu Ar 29. Empfehlung der Antragskommission: Überweisung an die Bundestagsfraktion. Wer stimmt dem Votum der Antragskommission zu? – Wer stimmt dagegen? – Einige wenige Gegenstimmen. Enthaltungen? – Sehe ich keine.

Ar 30. Da lautet der Vorschlag: Annahme in der Fassung der Antragskommission. Willst du dazu etwas sagen, Hubertus?

**Hubertus Heil, Antragskommission:** Ich glaube, das ist selbsterklärend.

**Doris Ahnen, Tagungspräsidium:** Dann bitte ich um das Zeichen, wer dem Votum der Antragskommission zustimmen kann. – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Dann haben wir das einstimmig so beschlossen.

Wir kommen zu Ar 31: Annahme in der Fassung der Antragskommission. Wer kann dem Votum der Antragskommission folgen? – Wer stimmt dagegen? – Ich sehe zwei Gegenstimmen. Wer enthält sich? – Bei zwei Gegenstimmen so beschlossen.

Ar 32: Überweisung an die Bundestagsfraktion. Wer kann dem Votum der Antragskommission folgen? – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Bei zwei Gegenstimmen so beschlossen.

Ar 33, Jobcenter. Empfehlung der Antragskommission: Erledigt durch Zeitablauf. – Wer kann dem Votum der Antragskommission folgen? – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Dann haben wir das einstimmig so beschlossen.

Ar 34 und 35: Überweisung an Bundestagsfraktion. Wer kann dem Votum der Antragskommission zustimmen? – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Dann haben wir das einstimmig so beschlossen.

Ar 37, Arbeitsmarktpolitik im Kreis Unna: Überweisung an die Landtagsfraktion Nordrhein-Westfalen. Wer kann dem Votum der Antragskommission zustimmen? – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Bei zwei Gegenstimmen so beschlossen.

Ar 38, Altersteilzeit. – Hubertus.

**Hubertus Heil, Antragskommission:** Da ist das Votum nicht mehr ganz richtig. Es müsste, wenn wir ganz korrekt sein wollen, heißen: Erledigt durch mittlerweile beschlossenen Antrag der neuen Bundestagsfraktion.

Ich will das kurz erläutern, damit ihr das vor Ort mitnehmen können, nicht nur für die Diskussion mit den Betriebsräten und den Gewerkschaften, sondern auch mit den Arbeitsdirektoren und vor allem mit den Beschäftigten: Die geförderte Altersteilzeit wird, wenn wir nicht gesetzgeberisch handeln, zum 01.01.2010 auslaufen. Dank der Vorarbeiten von Olaf Scholz – das war dieser Referentenentwurf – haben wir innerhalb kürzester Zeit einen Gesetzentwurf zur geförderten Altersteilzeit vorliegen, den wir in der nächsten Sitzungswoche in den Deutschen Bundestag einbringen. Das ist ein wichtiges Element für flexible Übergänge in den Ruhestand – Stichwort: Wie bekommen wir das Rentenalter menschengerecht auf 67? Aber es ist in dieser Zeit vor allen Dingen ein wichtiges arbeitsmarktpolitisches Instrument, damit nicht die über 50-Jährigen und die unter 25-Jährigen aus dem Arbeitsmarkt ausgeschlossen werden. Lasst uns das in diesem Jahr noch überall vor Ort gegen die schwarz-gelbe Bundesregierung zum Thema machen!

Deshalb ist das Votum richtig: Lasst uns kämpfen für geförderte Altersteilzeit, liebe Genossinnen und Genossen!

(Beifall)

**Doris Ahnen, Tagungspräsidium:** Wer dem geänderten Votum der Antragskommission zustimmt, bitte ich um das Kartenzeichen. Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Dann haben wir das einstimmig so beschlossen.

Ar 39, Benachteiligung Älterer. Empfehlung der Antragskommission: Erledigt durch Beschluss des außerordentlichen Parteitages. Wer dem Votum der Antragskommission zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Dann haben wir das einstimmig so beschlossen.

Dann kommen wir zum Ar 40, Arbeitsmarktpolitik. Die Empfehlung ist: Erledigt durch Regierungshandeln.

**Hubertus Heil, Antragskommission:** Der guten Regierung, nicht der jetzigen!

(Heiterkeit)

**Doris Ahnen, Tagungspräsidium:** Wer dem Votum der Antragskommission in dieser Form zustimmen will, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Dann haben wir das einstimmig so beschlossen.

Zum Ar 41, Subventionen: Überweisung an die SPD-Gruppe im Europäischen Parlament. Wer dem Votum der Antragskommission zustimmen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Dann haben wir das einstimmig so beschlossen.

Ar 42, Arbeitsversicherung: Überweisung an Parteivorstand. Wer dem Votum zustimmen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Dann haben wir auch das einstimmig so beschlossen.

Ar 43, SGB II: Erledigt durch Regierungshandeln. Wer dem Votum der Antragskommission zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Dann haben wir das einstimmig so beschlossen.

Ar 45, Regelsatz für Kinder: Überweisung an Bundestagsfraktion. – Hubertus meldet sich.

**Hubertus Heil, Antragskommission:** Liebe Genossinnen und Genossen, das betrifft die Anträge Ar 45, Ar 47, Ar 48 und den IA 17:

Wir werden uns aufgrund dessen, was Manuela in ihrer Vorstellung zu Recht angeht hat, zum Thema „Bekämpfung der Kinderarmut“ und zum Regelsatz für Kinder

grundlegende Gedanken machen müssen. Später geht es auch um die Anrechnung von Kindergeld.

Die Diskussion ist nicht ganz einfach. Wenn wir ehrlich sind, haben wir in elf Jahren Regierungsbeteiligung zu diesem Thema höchst unterschiedliche und höchst widersprüchliche Beschlüsse gefasst. Mal gab es die Anrechnung, mal nicht. Vor dem Bundesverfassungsgericht ist ein Verfahren zum Thema Kinderregelsatz anhängig. Der Bereich ist nicht ganz einfach. Es gibt von einigen Wohlfahrtsverbänden den Vorschlag, einheitlich 500 Euro zu zahlen. Auch das ist nicht ganz leicht, wenn man sich vorstellt, dass Menschen, die im ALG II sind und drei Kinder haben, dann jeweils 500 Euro bekämen – im Verhältnis zu denen, die keine Lohnersatzleistungen bekommen. Also, das ist ein ganz schön schwieriger Bereich. Deshalb bin ich der festen Überzeugung: Wenn wir glaubwürdig und konzeptionell gut sein wollen, dann müssen wir den Voten der Antragskommission folgen, aber unseren neuen Parteivorstand und auch die Bundestagsfraktion auffordern, im Rahmen der Initiative „Gut und sicher leben“ das Thema „Bekämpfung von Kinderarmut“ zu einem Top-Thema der SPD zu machen. Da haben wir in unserem reichen Land viel zu tun.

(Beifall)

**Doris Ahnen, Tagungspräsidium:** Für heute bleibst du aber bei der Empfehlung „Überweisung an Bundestagsfraktion“. Wer dem Votum zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Zwei Gegenstimmen. Wer enthält sich? – Zwei Enthaltungen.

Wir kommen zu Ar 47: Grundsicherung. Das Votum lautet „Überweisung an Bundestagsfraktion“. Wer dem Votum der Antragskommission zustimmen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Zwei. Wer enthält sich? – Niemand. Bei zwei Gegenstimmen ist das so beschlossen.

Wir kommen zu Ar 48: Kinderarmut. Das Votum lautet „Erledigt durch Regierungshandeln“.

(Zuruf von Eckart Kuhlwein)

**Hubertus Heil, Antragskommission:** Die Kinderarmut ist nicht erledigt, aber der Antrag!

**Doris Ahnen, Tagungspräsidium:** Ich gehe davon aus, dass es für die meisten Themen gilt, dass sie nicht erledigt sind.

**Hubertus Heil, Antragskommission:** Ich sage das nur, weil Eckart Kuhlwein wieder aus der linken Ecke gerufen hat.

**Doris Ahnen, Tagungspräsidium:** Dann frage ich jetzt, wer dem Votum der Antragskommission zustimmt. – Wer stimmt dagegen? – Vier. Wer enthält sich? – Eine. Bei vier Gegenstimmen und einer Enthaltung ist das so beschlossen.

Wir kommen jetzt zum IA 17 zum Thema Kindergelderhöhung. Die Antragskommission sagt: Das ist erledigt durch den Initiativantrag 1 in der Fassung der Antragskommission und gleichzeitig Überweisung als Material an Parteivorstand gegebenenfalls für die eh vorgesehene Initiative „Gut und sicher leben“. Wer dem Votum der Antragskommission zustimmen kann, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Dann haben wir das einstimmig so beschlossen. Damit hätten wir den Antragsblock Arbeitsmarktpolitik bearbeitet und danken dir, Hubertus, ganz herzlich für das gute Hindurchführen durch diese Antragsberatung.

(Beifall)

**Hubertus Heil, Antragskommission:** Doris, ich möchte die Gelegenheit nutzen, nicht nur euch zu danken, dass wir uns nach dem guten Antrag und der Debatte über den Leitantrag Längeres erspart haben. Da ist viel Sachverstand in dieser Partei. Das ist in den Anträgen auch deutlich geworden.

Olaf hat sich schon bei den Mitgliedern der Antragskommission bedankt. Ich möchte euch an dieser Stelle – wahrscheinlich für alle Bereiche insgesamt – auch aus meiner alten Funktion heraus einmal ganz herzlich bitten – das ist wirklich eine Sauarbeit, die nicht nur die Mitglieder der Antragskommission machen können –, sich bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Willy-Brandt-Hauses, die im Sekretariat der Antragskommission wirklich Großes geleistet haben, herzlich zu bedanken. Herzlichen Dank an euch! Einige sitzen dort hinten.

(Beifall)



## Beratung der Anträge zur Sozialpolitik

**Garrelt Duin, Tagungspräsidium:** Liebe Genossinnen und Genossen! Wir leiten jetzt über zu dem Antragsbereich Sozialpolitik.

Bevor du beginnst, Elke, habe ich einen Nachtrag zum Thema Kohlepolitik vorzutragen. Es ist Folgendes bekannt zu geben: Der Kreisverband Recklinghausen lädt eine Busladung – so haben sie mir das aufgeschrieben – Baden-Württemberger

(Heiterkeit und Beifall)

ihr seid, glaube ich, um die 40 Delegierte – zur Grubenfahrt ein. Das haben mir Erwin und seine Genossinnen und Genossen gerade bekannt gegeben.

(Beifall)

Das ist der Beginn einer wunderbaren Freundschaft!

(Heiterkeit)

Elke guckt vielleicht auch noch einmal vorbei. Sie kennt das aber schon. Sie hat jetzt aber das Wort, um uns in die Sozialpolitik einzuführen.

**Elke Ferner, Antragskommission:** Vielen Dank, Garrelt. Wenn noch mehr Bedarf in Baden-Württemberg als nur für eine Busladung besteht, dann lade ich die zweite ganz herzlich ein, mit ins Bergwerk Saar einzufahren.

(Beifall)

Wir haben eine ganze Reihe von Anträgen zum Thema Sozialpolitik zu behandeln. Ich verzichte jetzt auch auf eine inhaltliche Einführung, weil wir das auch im Zusammenhang mit dem Leitantrag und der Debatte gestern sehr ausführlich behandelt haben.

Eine Reihe von Anträgen ist durch die Beschlussfassung über den Leitantrag erledigt. Das betrifft die Anträge S 11, 16, 18 und 19. Es gibt dann zu dem Komplex Sozialpolitik noch den Initiativantrag 15, über den wir nachher auch in der Fassung der Antragskommission abstimmen können.

Ich schlage vor – ich weiß nicht, ob das möglich ist; das ist eine Bitte an das Präsidium –, dass wir jetzt die Anträge aufrufen, für die Wortmeldungen vorliegen. Wenn ihr einverstanden seid, könnte man dann, wenn nicht jemand abweichend zu den Voten der Antragskommission abstimmen will, über das andere vielleicht en bloc abstimmen. Dann könnte man vielleicht noch ein bisschen Zeit einsparen.

(Vereinzelt Beifall)

**Garrelt Duin, Tagungspräsidium:** Regt sich gegen diesen Vorschlag von Elke Widerspruch? Wir haben Wortmeldungen zu dem Antrag 7 und zu dem Antrag 20. Dann würde ich die jetzt zunächst aufrufen.

Zu dem Antrag 7 hat sich Wolfgang Eichler aus Sachsen-Anhalt zu Wort gemeldet.

**Wolfgang Eichler, Sachsen-Anhalt:** Liebe Genossinnen und Genossen! Der Landesverband Sachsen-Anhalt, für den ich hier spreche, legt zum dritten Mal in Folge auf einem Parteitag einen Antrag vor, der sich mit der Zielstellung eines einheitlichen deutschen Rentenrechts befasst.

Um es gleich vorweg zu sagen – das ist auch Gegenstand unseres Antragstextes –: Die Rentenüberleitung der ostdeutschen Altersversorgung ist eine herausragende Leistung der deutschen Einheit und unseres Sozialstaates. Für die Menschen in den ostdeutschen Ländern brachte das Rentenüberleitungsgesetz eine Sicherheit im Alter, die sich viele zu DDR-Zeiten so nicht erhoffen konnten. Allerdings führt das derzeit geteilte Rentenrecht zu Ungerechtigkeiten in Ost und West. Besonders Ostdeutsche sind davon betroffen. Der unterschiedliche Rentenwert nährt das Gefühl, kein vollwertiger Bürger unseres Gemeinwesens zu sein.

Die Rentenproblematik steht auf der politischen Agenda. Die Oppositionsparteien in der letzten Legislaturperiode im Deutschen Bundestag haben dazu Anträge eingebracht. Die Sozialverbände und Gewerkschaften haben sich positioniert. Die Deutsche Rentenversicherung Bund hat eine Meinungsäußerung getan. Die ostdeutschen Regierungen haben im Bundesrat einen Antrag eingebracht. Allerdings haben die Regierung und die sie tragenden Koalitionsfraktionen von CDU/CSU und SPD weitgehend eine abwehrende Haltung dazu eingenommen, sie sind weitgehend passiv geblieben. Das betrifft nicht die ostdeutschen Bundestagsabgeordneten, die sich fast die Finger wundgeschrieben haben. Aber es ist nicht zu einer einheitlichen Meinungsbildung gekommen.

Ich spreche hier zwar zu einem speziellen Thema, aber das berührt eine allgemeine Frage, nämlich das parteipolitische Profil und das Verhalten in Koalitionen. In Koalitionen muss man selbstverständlich Kompromisse schließen. Aber die parteipolitische Linie darf dabei nicht außer Acht bleiben.

Ich bin froh darüber, dass wir in das Regierungsprogramm den Satz aufnehmen konnten – der allerdings hart umkämpft war –: „Wir werden in der kommenden Legislaturperiode ein einheitliches Rentensystem in Ost und West durchsetzen.“ Schön! Jetzt sind wir nicht in der Lage, das zu tun. Deswegen finden wir im Leitantrag den Satz: „Wir wollen ein einheitliches Rentensystem in Ost und West durchsetzen und fordern von der neuen Bundesregierung, dass sie zügig einen entsprechenden Gesetzentwurf vorlegt.“

Aber was ist unsere Position? Nicken wir das, was die schwarz-gelbe Koalition vorlegt, nur ab, oder haben wir eigene Ansichten in dieser Frage?

Ich möchte auf eine Debatte im Deutschen Bundestag am 28. Mai zurückkommen. Der vormalige stellvertretende Fraktionsvorsitzende Klaas Hübner hat dort vorgetragen: „Rentensystematisch wäre nur eine rückwirkende Übernahme des aktuellen Rentenwertes für Ostrentner eine saubere Lösung, aber sie ist – das wissen wir alle – weder bezahlbar noch wirklich in der Gesamtgesellschaft vermittelbar. Auch das gehört zur Wahrheit.“

Liebe Genossinnen und Genossen, die Vermittelbarkeit und Nichtfinanzierbarkeit ist keine Kategorie der Gerechtigkeit. Ich möchte jetzt aus aktuellem Anlass eine Karte hochhalten, um einer Position entgegenzuwirken, die über deutschen Stammtischen wabert. Dies ist eine Deutschlandkarte. Man sieht ganz eindeutig: Der Osten ist benachteiligt. Diese Karte ist nicht irgendwie erfunden, sondern ist das Ergebnis der Untersuchungen des Finanzwissenschaftlers Raffelhüschen aus Freiburg. Man kann es unter [www.altersvorsorge.de](http://www.altersvorsorge.de) nachlesen. Es ist in der „Süddeutschen Zeitung“ am 6. August veröffentlicht worden.

Weil die Glocke schon geläutet hat, möchte ich mich kurzfassen und möchte auf zwei Hoffnungszeichen aufmerksam machen. Zum einen ist es Christoph Matschie gelungen, im Koalitionsvertrag für die Regierung in Thüringen einen Satz unterzubringen, der da lautet: „Beide Seiten wollen eine Angleichung der Renten in Ost und West durchsetzen.“

Dagmar Ziegler, eine neue Bundestagsabgeordnete aus Brandenburg, hat in ihrer ersten Rede am letzten Mittwoch formuliert, als sie über die Verantwortung auch für Ostdeutschland in der neuen Bundesregierung aufmerksam gemacht hat: „Dazu gehört im Übrigen auch, dass endlich die Pläne zur Angleichung der Ostrenten verwirklicht werden.“

Liebe Genossinnen und Genossen, ich bin mit der Überweisung dieses Antrags an die Bundestagsfraktion einverstanden. Was wir aber brauchen, ist eine öffentliche Debatte, die ich hiermit anregen möchte.

(Beifall)

**Garrelt Duin, Tagungspräsidium:** Vielen Dank, Wolfgang. Da du dem Votum der Antragskommission im Ergebnis dann zugestimmt hast, können wir diesen Punkt, glaube ich, verlassen.

Wir kommen zum Antrag S 20. Dazu hat sich Heike Gebhard aus Nordrhein-Westfalen gemeldet.

**Heike Gebhard, Nordrhein-Westfalen:** Liebe Genossen, liebe Genossinnen! Ich glaube, ich muss euch nicht davon überzeugen, wie wichtig es ist, dass Menschen mit Behinderungen am Leben, an der Gemeinschaft teilhaben. Ich glaube, dieser Punkt ist unter uns mehr als unumstritten. Dass wir alle ein Interesse daran haben, dass die UN-Konvention bezüglich der Rechte der Menschen mit Behinderungen umgesetzt werden soll, auch das dürfte selbstverständlich, glaube ich.

Allerdings haben wir zunehmend Probleme, dies auch tatsächlich so zu realisieren, weil diejenigen, die diese Aufgabe in der Regel zu schultern haben, an ihre finanziellen Grenzen stoßen. Denn wir müssen feststellen, dass die Anzahl der Menschen, die Hilfe benötigen, permanent wächst. Ich kann sagen: Wir haben in Deutschland ganz unterschiedliche Organisationsstrukturen, wie die Kosten dafür verteilt werden bzw. wer sie trägt. In Nordrhein-Westfalen tun das die beiden Kommunalverbände, die Landschaftsverbände, in Hessen beispielsweise der Landeswohlfahrtsverband, und in anderen Bundesländern ist es noch wieder anders organisiert.

Dahinter steckt aber auf jeden Fall, dass diese Steigerungsraten überall in Deutschland enorm sind. In Nordrhein-Westfalen können wir feststellen, dass wir Steigerungsraten für jede Kommune haben, die um die 20 bis 22 % liegt. Innerhalb von vier Jahren Steigerungsraten in dieser Größenordnung! Daraus wird unmittelbar deutlich: Die kommunale Familie kann dieses Problem beim besten Willen nicht alleine stemmen.

So bitte ich euch, auch diesen Antrag eigentlich zu verstehen. Er ist ein Hilfeschrei sozusagen der kommunalen Familie, zu sagen: Dieses Problem wollen wir gerne lösen. Wir wollen uns daran beteiligen und es schultern, aber wir können das nur, wenn die Ebenen Kommune, Land und Bund dies gemeinsam tun

Ihr habt gesehen, dieser Antrag ist zur Überweisung an die Bundestagsfraktion empfohlen. Wir haben die herzliche Bitte, es nicht einfach so mit einer Überweisung zu tun, sondern die Richtung mit vorzugeben, d. h. die Bundestagsfraktion wirklich aufzufordern, dieses Thema in die politische Agenda aufzunehmen und zu thematisieren. Wir sind uns sehr wohl darüber im Klaren, dass wir jetzt in Berlin in der Opposition sind. Dass ihr das dann auch gleich durchsetzt, wäre vielleicht etwas vermessen. Ich nehme gerne das Wort „und durchzusetzen“ am Schluss für uns zurück, sondern belasse es dabei, dass dort steht, dass ihr in der SPD-Bundestagsfraktion ein Konzept, wie wir das gemeinsam schultern können, entwickelt. Aber lasst uns dieses positive Signal aussenden. Ich glaube, dass würde uns allen ein Stückchen Hoffnung geben, dass wir dieses Thema gemeinsam geschultert bekommen. – Danke schön.

(Beifall)

**Garrelt Duin, Tagungspräsidium:** Vielen Dank. – Elke dazu!

**Elke Ferner, Antragskommission:** Die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention steht ohnehin an. Im Koalitionsvertrag von Schwarz-Gelb steht, sie wollen einen Aktionsplan vorlegen. Aber wie wir sie kennen, werden sie wahrscheinlich außer lauen Appellen nichts machen. Man braucht sich nur einmal anzuschauen, wie das im Bereich der Inklusion, im Bereich der Bildung in den Ländern aussieht: Die Länder, die da wirklich gut sind, sind die Länder mit langer SPD-Beteiligung in den Bildungsministerien. Die Länder, die schlecht sind, sind die, die von Schwarz-Gelb regiert werden.

Ich kann euch versprechen: Wir werden auch einen eigenen Aktionsplan entwickeln, um ihn dann auch zur Abstimmung im Deutschen Bundestag vorzulegen. Wir sind im Moment dabei, unsere Arbeitsplanung zu machen, aber das wird ein Teil davon sein. Ich hatte noch vor dem Wahlkampf zusammen mit Karin Evers-Meyer, mit Andrea Nahles und mit Silvia Schmidt ein Positionspapier entwickelt. In dem Punkt werden wir da auch weiterarbeiten.

**Garrelt Duin, Tagungspräsidium:** Ich denke, dass der Antragstellerin damit dann entsprochen ist.

Liebe Genossinnen und Genossen, ich habe vorhin schon einmal gefragt, ob es eure Zustimmung findet, dass wir über die Empfehlungen der Antragskommission zu den sozialpolitischen Anträgen en bloc abstimmen. Dagegen hat sich kein Widerspruch geregt. Deswegen machen wir das jetzt auch so. Wir haben die beiden Dinge geklärt, zu denen es Wortmeldungen gab.

Wer also den Empfehlungen der Antragskommission zu den sozialpolitischen Anträgen folgen möchte, den bitte ich jetzt um das Kartenzeichne. Gegenstimmen? – Ich sehe eine. Enthaltungen? – Ich sehe keine. Dann ist das so beschlossen.

Wir kommen dann zu dem Bereich Gesundheitspolitik. Hierzu übernimmt Elke wieder die Einleitung.

## Beratung der Anträge zur Gesundheitspolitik

**Elke Ferner, Antragskommission:** Liebe Genossinnen und Genossen! Dort haben wir die Anträge G 1 bis G 15 und den Initiativantrag 32.

Erlaubt mir vielleicht, ganz kurz noch einmal ein paar grundsätzliche Punkte zum Thema Gesundheit zu sagen, weil wir – das habt ihr wahrscheinlich mitbekommen – in dieser Woche in der Aussprache zur Regierungserklärung doch eine sehr heftige Auseinandersetzung hatten. Der Initiativantrag 32 ist quasi noch einmal ein Rundumschlag der ASG zum Thema Gesundheit. An dieser Stelle noch einmal einen ganz herzlichen Dank an die ASG, die es geschafft hat, einen solchen Antrag dem Parteitag noch sehr schnell vorzulegen.

(Beifall)

Wir haben es mit einer Koalition zu tun, die zwar einen ziemlich smarten Gesundheitsminister hat, der auch Arzt ist. Aber das muss noch lange nicht heißen, dass er vom Gesundheitssystem etwas versteht; denn so, wie er sich die Woche über im Bundestag dargestellt hat, kann man den Eindruck wahrhaft nicht haben.

(Vereinzelt Beifall)

Die FDP hat es geschafft, diese unsoziale Kopfprämie und vor allen Dingen auch das Einfrieren der Arbeitgeberbeiträge in den Koalitionsvertrag hineinzubringen. Ich sage euch: Wenn das umgesetzt werden sollte, dann ist das der Anfang vom Ende des solidarischsten Sozialsystems, das wir bei uns in der Bundesrepublik haben. Das ist der Einstieg in die Dreiklassenmedizin, und das ist vor allen Dingen die Aufkündigung des Grundsatzes, dass die Gesunden für die Kranken, die Jungen für die Alten und die Starken für die Schwachen eintreten.

(Beifall)

Aus der CSU, die diesem Koalitionsvertrag ja zugestimmt hat, der auch die Unterschrift von Herrn Seehofer trägt, hört man dann ständig wieder – Seehofer scheint wohl die ganze Zeit gepennt zu haben, bis die Unterschrift geleistet worden ist –, dass er von der Kopfprämie eigentlich nichts wissen will, aber auf der Regionalisierung der Beitragsmittel beharrt. Das wäre eine weitere Katastrophe. Das wäre nämlich der Einstieg in die Regionalisierung der Sozialversicherungssysteme. Warum – so kann man sich fragen – soll das dann ausgerechnet nur bei der Gesundheit und nicht auch bei der Arbeitslosenversicherung so sein? Es kann nicht sein, dass die Bayern – insbesondere die CSU – dann, wenn es darum geht, selber Solidarität zu empfangen,

die Hände aufhält, und zwar alle beide, und dann, wenn es darum geht, Solidarität zu zeigen, die Taschen zuhält.

(Vereinzelt Beifall)

Was das alles bedeutet, das brauche ich eigentlich keinem zu erzählen. Das, was die schwarz-gelbe Regierung vorhat, ist ein Sicherheitsrisiko für unsere sozialen Sicherungssysteme. Ralf Stegner hat das vorhin im Zusammenhang mit einer anderen Debatte schon gesagt. Aber ich will das noch einmal deutlich machen, was dies bedeutet.

Frau Merkel scheint wohl davon auszugehen, dass es so kommt, und hat – das war zwar in einem anderen Zusammenhang – folgendes Beispiel in der „FAZ“ gebracht: Wenn die schwäbische Hausfrau eine kranke Familie hat, dann wird sie, um Medikamente kaufen zu können, notfalls auch Schulden aufnehmen. Denn das Wichtigste ist, dass ihre Familie wieder gesund wird. – Ich frage mich, wo die Frau lebt. Das ist in unserem Gesundheitssystem eben nicht so, dass jemand Schulden machen muss, um Medikamente zu kaufen oder um eine andere medizinische Behandlung zu bekommen.

(Beifall)

Wenn die das mit Kopfprämie, mit Regionalisierung und mit dem Einfrieren der Arbeitgeberprämie so machen, dann wird das so kommen. Ihr könnt euch darauf verlassen: Wir werden das mit allen Mitteln, die wir haben, verhindern. Wir werden auch mit den Partnern bei den Gewerkschaften, bei den Sozialverbänden, auch bei den Krankenkassen, bei den Patientenverbänden und bei den Verbraucherzentralen ein Bündnis schmieden, um das zu verhindern. Lasst uns vor Ort deutlich machen, was es bedeuten würde, wenn sich Schwarz-Gelb an der Stelle durchsetzt. Das wollen wir nicht, das hat unser Land nicht verdient. Vor allen Dingen haben die Menschen in unserem Land das nicht verdient.

(Beifall)

Das Votum der Antragskommission zum Initiativantrag lautet Annahme. Euch kann ich nur bitten, mit diesem Thema offensiv vor Ort umzugehen. Besucht die Einrichtungen und Krankenhäuser, sprecht mit den Versicherten und macht ihnen deutlich, was schwarz-gelbe Gesundheitspolitik wirklich bedeutet.

(Beifall)

**Garrelt Duin, Tagungspräsidium:** Vielen Dank, Elke. – Ich denke, wir machen das genauso wie bei der Sozialpolitik. Wir haben zwei Wortmeldungen, einmal von Armin Lang, unserem ASG-Bundesvorsitzenden, und einmal von Marlies Volkmer. Beide sprechen zum Initiativantrag 32.

**Armin Lang, Bundesvorsitzender der ASG:** Liebe Genossinnen und Genossen! Herzlichen Dank an die Antragskommission, dass sie diesen Antrag spontan aufgegriffen und ihm auch zugestimmt hat. Elke hat schon darauf hingewiesen: Wir dürfen es dabei nicht belassen. Man könnte eigentlich der Union und der FDP dankbar sein, dass sie uns diese Vorlage liefern. Denn diese Vorlage gibt uns eine einmalige Chance, jetzt das umzusetzen, worüber wir seit gestern reden. Wir reden seit gestern über die Eindeutigkeit in der Identität unserer Politik, und wir reden über Eindeutigkeit, auch was Kampagnen vor Ort angeht.

Wenn wir eine Gesundheitspolitik vor uns haben mit Festschreibung des Arbeitgeberbeitrages, mit Pauschalierung des Beitrages der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer – das heißt, die Sekretärin soll so viel zahlen wie der Chefarzt –, dann müssen wir sagen: Das hat mit unserem Menschenbild und mit unserem Gesellschaftsbild überhaupt nichts zu tun. Wir haben das ausgerechnet: All diejenigen, die weniger als 1.835 Euro Monatseinkommen haben, zahlen zukünftig massiv mehr, und die, die mehr verdienen, zahlen massiv weniger. Auch das hat mit unserem Gesellschafts- und Menschenbild nichts zu tun.

(Beifall)

Starke Schultern müssen mehr tragen. Das darf nicht nur der populistische Slogan sein, um Beifall zu bekommen. Das muss Wirklichkeit sein. Von wegen, dass die CDU auf einem sozialdemokratischen Weg sei. Verbal vielleicht, aber praktisch nicht. Das können wir an der Stelle deutlich machen.

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, ich will noch auf einen anderen Punkt hinweisen, der mir ganz wichtig ist. Eine große Krankenkasse in Deutschland hat ausgerechnet: Wenn das, was die Koalition vorhat, umgesetzt wird, dann würden 63 Prozent ihrer Mitglieder alimentiert werden müssen. Denn Union und FDP sagen ja, dass die niedrigen Einkommen aus Steuermitteln zusätzlich gefördert werden sollen. 63 Prozent der Mitglieder der gesetzlichen Kranken! Das heißt, 32 Millionen Menschen in Deutschland müssten Anträge auf Alimentierung ihrer GKV-Beiträge stellen. Auch das ist nicht unser Menschen- und Gesellschaftsbild. Arbeitnehmer, die ordentlich arbeiten, Rentner, die Lebenslohn beziehen, dürfen nicht massenhaft zu Alimentenempfängern werden, nur damit Unternehmen mehr Gewinne machen und die Finanzindustrie mehr gefördert werden kann. Dies entmündigt, und dies lehnen wir ab.

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, unsere Position ist da recht klar: Wir wollen nicht, dass diese Kursänderung durchgeführt wird. Wir wollen auch nicht, dass wir in



Deutschland ein Sozialversicherungssystem und ein Gesundheitssystem bekommen, bei denen die Dicke der Geldbörse und die Größe des Kontos darüber entscheiden, ob wir gesundheitliche Versorgung wahrnehmen können oder nicht. Gesundheitsversorgung darf nicht abhängig werden vom Geldbeutel.

Liebe Genossinnen und Genossen, das ist jetzt unsere Chance. Wir müssen genau das machen, was Elke eben angekündigt hat: vor Ort Bündnisse auf den Weg bringen mit den Sozialverbänden, mit den Gewerkschaften, mit den Kirchen, mit den Krankenkassen, um sicherzustellen, dass wir ein Bündnis haben zur Erhaltung der sozialen Krankenversicherung in Deutschland. Da können wir unsere Kampagnefähigkeit beweisen. Das wäre eine identitätsstiftende Initiative für die Sozialdemokratie.

Unser Antrag entlarvt die jetzt Regierenden, zeigt aber auch die sozialdemokratischen Alternativen auf. Ich fasse sie kurz zum Schluss zusammen.

Wir sagen eindeutig Nein zur sozialen Spaltung unserer Gesellschaft auch bei Gesundheit und Pflege. Wir sagen uneingeschränkt Ja zu mehr Gesundheit für alle durch mehr und nicht durch weniger solidarische Finanzierung. Unsere Antwort ist die soziale Bürgerversicherung mit Beiträgen von allen für alle. Das ist unsere Position.

(Beifall)

Wir wollen, dass der medizinische Fortschritt allen zugute kommt und nicht nur einer privilegierten Minderheit. Wir sagen durchaus Ja zu einer demographischen Vorsorge in der Pflege, aber solidarisch aufgebracht von allen durch einen Zuschlag zum solidarischen Pflegeversicherungsbeitrag und ganz besonders durch einen fairen Risikoausgleich zwischen der gesetzlichen und der privaten Pflegeversicherung. Es ist ein Skandal, dass die private Pflegeversicherung mit 19 Milliarden Euro weltweit spekuliert und Geld verdient für die Eigentümer der privaten Pflegeversicherung, aber in der gesetzlichen Pflegeversicherung notwendige Leistungen nicht bezahlt werden können. Das versteht jeder. Das müssen wir zu unserem Programm machen. Das ist die Alternative zu dem, was die CDU und die FDP heute fordern.

(Beifall)

Wir brauchen jetzt mehr. Wir brauchen nämlich die umarmende Pflege jetzt und kein Förderprogramm für die private Versicherungswirtschaft. Deshalb, liebe Genossinnen und Genossen, lasst es uns jetzt nicht dabei belassen, dass wir nur diesen Beschluss fassen. Das muss eine Kampagne werden. Darüber können wir uns identifizieren vor Ort. Wir können damit punkten, dass wir die Partei der sozialen Gerechtigkeit und die Partei der sozialen Sicherheit und Stabilität in Deutschland

sind. Das ist die sozialdemokratische Alternative. Und mit der müssen wir morgen starten. – Vielen Dank.

(Beifall)

**Garrelt Duin, Tagungspräsidium:** Vielen Dank, Armin. Das Wort hat jetzt Marlies Volkmer. Dann kommen wir zu den Abstimmungen.

**Marlies Volkmer, Sachsen:** Genossinnen und Genossen! Die „Süddeutsche Zeitung“ hat den Koalitionsvertrag einen Romanfehldruck genannt. In der Tat ist es so: Immer, wenn es interessant wird, fehlt eine Seite. Der Leser des Koalitionsvertrages bleibt häufig ratlos zurück, weil vieles so unklar ist, weil manches ausgespart wird. Einiges wird nämlich in Arbeitsgruppen verwiesen oder Ähnliches.

So ist es auch bei der Gesundheitspolitik in vielen Punkten. Aber in einem ist es eben jetzt schon ganz klar: Das ist die Aufgabe der Solidarität. Das ist nicht nur die Solidarität zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern durch Einfrieren des Arbeitgeberbeitrages und das Aufbürden aller steigenden Kosten allein den Arbeitnehmern, und das auch noch über die Kopfpauschale. Wir haben eben auch die Aufgabe der Solidarität zwischen den Ländern mit einer niedrigen Arbeitslosigkeit und hohen Einkommen und denen mit einer hohen Arbeitslosigkeit und niedrigen Einkommen.

Das wäre in der Tat völlig katastrophal. Wir haben es mit dem Gesundheitsfonds geschafft, dass 100 Prozent der Finanzen zwischen den Ländern ausgeglichen werden, und das will die Koalition – vor allen Dingen durch Druck der CSU – rückgängig machen.

Das hätte natürlich die Folge, dass die Krankenkassen in allen strukturschwachen Länder – das betrifft die Länder im Osten, aber nicht nur die Länder im Osten – Einnahmeausfälle hätten, und die Krankenkassen könnten ja nichts anderes machen, als entweder Leistungen zu kürzen oder die Beiträge für ihre Versicherten zu erhöhen. Beides ist in gleicher Weise katastrophal. All das wollen die Leute natürlich auch nicht.

Von daher auch von mir als Stellvertretende Bundesvorsitzende der ASG und Landesvorsitzende von Sachsen noch einmal der Appell, dass wir wirklich das tun, was Elke und Armin hier schon angemahnt haben, dass wir nämlich dieses Thema ganz voranstellen, dass wir hier wirklich alle gemeinsam an einem Strang ziehen und dass wir überall eine Kampagne machen.

Danke.

(Vereinzelt Beifall)

**Garrelt Duin, Tagungspräsidium:** Vielen Dank, Marlies. – Elke noch einmal zur Reaktion auf die beiden Redebeiträge. Danach können wir abstimmen.

**Elke Ferner, Antragskommission:** Nein, nicht zur Reaktion, sondern ich wurde gebeten, zu den Anträgen zum Thema Bürgerversicherung noch einmal klarzustellen, dass das natürlich nicht inhaltlich erledigt ist, sondern das ist erledigt, weil wir es schon einmal beschlossen haben, und die Beschlüsse gelten natürlich. Wir haben das im Übrigen auch eben schon bei dem Initiativantrag und bei dem Leitantrag beschlossen, und wir werden das jetzt noch einmal beschließen. Die Bürgerversicherung – das ist eine ganz klare Sache – bleibt also.

(Vereinzelt Beifall)

**Garrelt Duin, Tagungspräsidium:** Herzlichen Dank für diese Klarstellung.

Seid ihr einverstanden, dass wir, wie vorher auch, die Anträge zur Gesundheitspolitik und die Empfehlungen der Antragskommission en bloc abstimmen? – Dagegen sehe ich keinen Widerspruch. Wer den Empfehlungen der Antragskommission zustimmen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dann ist der Bereich abgearbeitet.

## Beratung der Anträge zur Umwelt-, Energie und Verkehrspolitik

Wir kommen jetzt zur Umwelt-, Energie- und Verkehrspolitik. Ich bitte gleich den Christoph Matschie, uns einzuführen. Wir werden dann das gleiche Verfahren anwenden. Das machen wir jetzt immer so, wenn ihr nicht widersprecht. Wenn ihr das bei einzelnen Bereichen anders haben wollt, dann müsst ihr das nur sagen. Dann können wir die Anträge auch einzeln aufrufen. Das ist überhaupt kein Thema.

Zu den zeitlichen Abläufen ein organisatorischer Hinweis, weil viele ein bisschen im Unklaren darüber sind, wie das heute und morgen weitergeht. Wir haben ja noch ein paar Antragsbereiche vor uns.

Wir schlagen euch vor, dass wir das wie folgt machen – das ist auch mit den Berichtserstatern aus der Antragskommission so abgesprochen –: Wir rufen jetzt die Bereiche auf, wie sie in der Reihenfolge vorgesehen sind. Das machen wir inklusive der Diskussion und Beschlussfassung bis 20 Uhr. Um 20 Uhr machen wir heute hier Schluss.

(Vereinzelt Beifall)

Wir sind sowieso schon weiter als vom Zeitplan her vorgesehen. Morgen früh haben wir dann noch ein paar Anträge zu behandeln. Danach können wir uns dann der Rede von Erhard Eppler und der Verleihung des Dröscher-Preises widmen und trotzdem ziemlich pünktlich am Mittag und nicht erst am Nachmittag Schluss machen. Seid ihr mit diesem Verfahren einverstanden?

(Beifall)

– Das freut mich.

Dann machen wir jetzt weiter mit Christoph und dem Bereich Umwelt-, Energie- und Verkehrspolitik.

**Christoph Matschie, Antragskommission:** Vielen Dank. – Liebe Genossinnen und Genossen, ich will gar keine große Vorrede machen. Einen Punkt zum Ausstieg aus der Kernenergie haben wir ja heute Nachmittag schon behandelt. Ich schlage vor, Garrelt, dass wir bei den anderen Anträgen jetzt genauso wie vorher verfahren, dass wir also jetzt erst die Wortmeldungen aufrufen und dann den Rest en bloc abstimmen.

**Garrelt Duin, Tagungspräsidium:** Ich habe eine Wortmeldung von Heike Wiegel zu Antrag 8. Danach müsste Christoph darauf eventuell antworten. Später spricht dann Eckart Kuhlwein zu Antrag 32.

**Heike Wiegel, Braunschweig:** Atommüll. Der Atommüll soll rückholbar und beobachtet gelagert werden. Doch wie gehen wir in Deutschland damit um?

In einem 30 Jahre alten Erlass wurde festgeschrieben, dass Atommüll unterirdisch unbeobachtet endgelagert werden soll: Deckel drauf und zu und nur nicht wieder hinsehen, vergraben und vergessen, ohne zu wissen, was unterirdisch passiert, aus den Augen, aus dem Sinn. Es schaut keiner mehr hin.

Doch was tun wir unseren Kindern und den folgenden Generationen damit an? Ist das der richtige Weg? Es gibt andere Wege, Wege die für unsere Kinder noch Optionen offen halten. Dies könnte unterirdisch sein, dies könnte verschlossen sein, aber eben beobachtet und so, dass man noch herankommt und dass man diesen Atommüll noch zurückholen kann.

Wer weiß denn heute, wie die Entwicklung weitergeht? Morgen, übermorgen oder in vielleicht 100 Jahren kann man mit diesem Atommüll vielleicht schon ganz anders umgehen. Das größte Problem beim Atommüll ist das Wasser, und Wasser sucht sich seinen Weg. Nur ein Beispiel: Beim Atommülllager Asse hat es nur 20 Jahre gedauert. Die Prognosen haben nur 20 Jahre gehalten. Es hieß, Asse bleibe standsicher und trocken. – In so kurzer Zeit haben sich alle Prognosen aufgelöst und erledigt.

Das Bergwerk Asse hat Risse, und Wasser sucht sich seinen Weg. Warnungen gab es genug. Atommüll soll eigentlich für eine Million Jahre unterirdisch endgelagert werden, und zwar so, dass es von unserer Umwelt abgeschlossen ist. Ist das überhaupt möglich oder ist das reine Theorie? Wir haben die Klimaerwärmung und was in Hunderttausenden von Jahren passiert, kann kein Mensch prognostizieren.

Wir reden von Verantwortung, wir reden von Nachhaltigkeit. Sind das nur Wort-hülsen? Liebe Genossinnen und Genossen, lasst uns die mit Leben füllen. Das bedeutet hinsehen, das bedeutet beobachten, und das bedeutet eben nicht aus den Augen, aus dem Sinn.

Für unsere Kinder und folgende Generationen ist es wichtig, dass sie noch reagieren und handeln können. Ich habe auf dem letzten Parteitag Asse wie folgt buchstabiert: A wie absaufen, S wie Sauhaufen der Aktenlage, S wie Schicht im Schacht und E wie Ende der Märchenstunde. Das gilt nicht nur für Asse, das gilt auch für andere Endlager.

Auch als Opposition müssen wir unserer Verantwortung gerecht werden. Genau hinschauen! Wir sind der Stachel im Fleisch der Regierung. Wir haben den Finger zu heben und darauf zu zeigen, wo etwas nicht in Ordnung ist. Wir haben aufzupassen. Es darf gerade eben nicht vergraben und vergessen sein – und eben nicht aus den Augen, aus dem Sinn.

Danke schön.

(Vereinzelt Beifall)

**Garrelt Duin, Tagungspräsidium:** Vielen Dank, Heike. – Christoph noch einmal zu U 8?

**Christoph Matschie, Antragskommission:** Die Empfehlung der Antragskommission ist ja, dass dieses Thema an die Bundestagsfraktion überwiesen wird. Ich halte das auch für sachgerecht. Es ist eine lange Debatte und eine lange Auseinandersetzung um die Lagerung von Atommüll, also darüber, ob er rückholbar gelagert werden soll oder nicht. In unserem Regierungsprogramm vom Juni ist auch ein Absatz zur Endlagerung von Atommüll enthalten, sodass wir hier keine neue Grundsatzposition beschreiben müssen.

Die Anregung soll an die Bundestagsfraktion überwiesen werden. Ich denke, das ist sachgerecht.

**Garrelt Duin, Tagungspräsidium:** Da das ein bisschen strittig gestellt ist, stimmen wir das jetzt zwischendurch ab, bevor wir über die anderen nachher en bloc abstimmen. Wer also der Empfehlung der Antragskommission zu U 8 folgen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Bei wenigen Gegenstimmen ist das dann so angenommen.

**Christoph Matschie, Antragskommission:** Garrelt, ich muss noch eine Ergänzung machen; das habe ich vorhin vergessen. Es gibt eine geänderte Empfehlung zu den Anträgen U 21 bis U 26. Da geht es um die Bahnprivatisierung. Ursprünglich stand dort die Empfehlung „Erledigt durch die Annahme von Antrag U 19“. Wir haben uns dort noch einmal verständigt. Diese Anträge sollen nicht für erledigt erklärt, sondern an die Bundestagsfraktion überwiesen werden. U 21 bis U 26 zur Bahnprivatisierung: Überweisung an die Bundestagsfraktion.

(Vereinzelt Beifall)

**Garrelt Duin, Tagungspräsidium:** Vielen Dank. – Da das vorhin, wenn ich das richtig gesehen habe, der Eckart Kuhlwein schon beantragt hatte, kann er dazu jetzt den Kopf nicken. Er hat jetzt aber das Wort zu einem ganz anderen Thema, nämlich zu dem Antrag U 32.

**Eckart Kuhlwein, Schleswig-Holstein:** Liebe Genossinnen und Genossen, ich bin auf das Thema Bergrecht gekommen, als in Schleswig-Holstein, in meiner Nachbarschaft – im Kreis Stormarn –, plötzlich gegen den Willen der Bevölkerung eine Firma das Recht erhielt, eine Kiesgrube auszubaggern und damit wunderschönen Quarzsand zu gewinnen.

Das Thema Bergrecht, das für die meisten etwas spröde ist – die Bergleute aus dem Ruhrgebiet und aus dem Saarland kennen es ein bisschen besser –, ist dringend reformbedürftig, weil es in einer rigiden Art und Weise ohne Bürgerbeteiligungen, ohne Respekt vor Naturschutz und vor Biodiversität Eingriffe in die Natur ermöglicht, und zwar beim

Abbau von Kohle, bei Bohrvorhaben in der Nord- und Ostsee, bei der Endlagerung von Atommüll – das Thema hatten wir eben –, beim Abbau von Erzen, Granit, Basalt, Lava und Kies. Bei uns in Schleswig-Holstein gibt es zum Beispiel einen wichtigen Konflikt beim Nationalpark Wattenmeer um Ölvorkommen. Aber das sollte ja auch mit dem CCS-Gesetz angewendet werden, weil die Leute von den Energiekonzernen, zum Beispiel von RWE, bei den Bauern in Nordfriesland auf die Höfe kamen und gesagt haben: Wir haben das Recht, zu messen und zu prüfen, ob man hier buddeln sollte.

Liebe Genossinnen und Genossen, ich bin mit der Überweisung an die Bundestagsfraktion durchaus einverstanden, weil ich glaube, dass dieser Diskussionsprozess in Gang gesetzt werden muss. Ich bitte aber dringend darum, dass das dann nicht als Beerdigung erster, zweiter oder dritter Klasse verstanden wird, sondern dass sich die Fraktion wirklich in den nächsten ein, zwei Jahren damit beschäftigt und Vorschläge macht, wie dieses Gesetz, das aus der Kaiserzeit bzw. aus der Nazizeit stammt, als es darum ging, in einem rohstoffarmen Land Ressourcen zu erschließen, demokratisiert werden kann, wie Bürgerbeteiligung gesichert und der Respekt vor den Naturschätzen gewahrt werden kann, die es in Deutschland immer noch gibt. Die natürlichen Lebensgrundlagen sind ja bei uns grundgesetzlich geschützt.

Ich stimme der Überweisung zu, aber ich werde im Parteirat nach einem Jahr mal nachfragen, ob überhaupt etwas in Gang gekommen ist.

(Vereinzelt Beifall)

**Garrelt Duin, Tagungspräsidium:** Uli Kelber hat auch schon zustimmend genickt.

(Zuruf von Uli Kelber: Ich bin nicht zuständig!)

Hiermit bist du für diese Fragen zuständig.

**Christoph Matschie, Antragskommission:** So viel Einigkeit ist selten. Damit ist die Empfehlung, glaube ich, anerkannt.

**Garrelt Duin, Tagungspräsidium:** Weitere Wortmeldungen zu dem Antragsblock Umwelt-, Energie- und Verkehrspolitik liegen nicht vor. Die Bitte, einzeln abzustimmen, wurde auch nicht geäußert.

Dann darf ich euch bitten, die Karte zu heben, wenn ihr mit den Empfehlungen der Antragskommission zu diesem Block einverstanden seid. – Gibt es Gegenstimmen? – Das scheint nicht der Fall zu sein. – Enthaltungen? – Dann ist das alles so erledigt.

Vielen Dank, Christoph, für die Vorbereitung zu diesem Part.

(Beifall)

## Beratung der Anträge zur Organisationspolitik

Wir erreichen dann das Thema der Organisationspolitik. Dazu leitet Andrea ein.

**Andrea Nahles, Antragskommission:** Liebe Genossinnen und Genossen, ich möchte noch einmal darauf zurückkommen, dass es hier einige Verweise auf die Organisationspolitische Kommission gibt. Ich habe eben schon Skepsis gehört, weil sie in den letzten zwei Jahren nicht getagt hat. Das stimmt. Sie wird aber umso häufiger in den nächsten zwei Jahren tagen. Das ist jedenfalls unsere feste Absicht. Deswegen bitte ich euch, das nicht so zu empfinden, als ob wir das hier wegdrücken wollen, wenn wir eine Überweisung an die Organisationspolitische Kommission vorschlagen. Wir werden die Anträge ernsthaft mit in die Arbeit der nächsten Monate einbeziehen. Ich möchte auch dringend darum bitten, dass wir keine Schnellschüsse bei den Entscheidungen leisten, die massive finanzpolitische Konsequenzen haben. Gegebenenfalls komme ich noch auf einzelne Punkte zurück.

Jetzt würde ich aber vorschlagen, dass wir erst einmal die Debatte eröffnen.

**Garrelt Duin, Tagungspräsidium:** Vielen Dank, Andrea. Mir liegen Wortmeldungen zu unterschiedlichen Anträgen vor. Bisher haben sich gemeldet: Ansgar Dittmar, Angelika Graf und Christine Negele. Wir fangen mit den Anträge O 2 und O 4 an. Dazu hat Ansgar Dittmar das Wort.

**Ansgar Dittmar, Hessen-Süd:** Liebe Genossinnen und Genossen, es geht um den Antrag Anerkennung des Arbeitskreises der Schwusos als Arbeitsgemeinschaft. Die Schwusos haben in den letzten zwei Jahren deutlich gezeigt, dass sie eines sehr gut können: Sie können Partei. Wir haben alleine bei der letzten Christopher-Street-Day-Paradensaison etwa 5 Millionen Menschen erreicht. Wenn ich mal so hinter mich schaue: Heiko ist nicht da, Elke sehe ich auch nicht. Aber sie können sich sicherlich noch gut an die Heiko!-Heiko!-Rufe erinnern. Das war wirklich Gänsehautfeeling. Franz hat auf dem Kölner CDS eine Rede gehalten, Brigitte hat in Hamburg und in Frankfurt eine Rede gehalten. Olaf war ja auch dabei. Klaus ist immer dabei, aber auch du kannst dich mit Sicherheit gut daran erinnern, wie die Leute auf dich zukamen. Wir haben unser Wählerpotenzial gebunden und gezeigt, dass diese SPD eine weltoffene und tolerante Partei ist.

(Vereinzelt Beifall)

Wir haben aber als Arbeitskreis auch nach innen gearbeitet. Ein Willy-Brandt-Haus-Mitarbeiter hat vor Kurzem zu mir gesagt: Mein Lieber, du hast aus einem Randgruppenthema ein politisches Mainstream-Thema für die SPD gemacht.

(Vereinzelt Beifall)



Wir haben in die Partei hineingearbeitet. Vor zwei Jahren hätte niemand geglaubt, dass über die Frage der Aufnahme der sexuellen Identität in das Grundgesetz verhandelt werden würde. Wenn das jetzt in einen Leitantrag der SPD ohne unser Zutun hineinkommt, dann ist das schon ein großer Erfolg.

Im Leitantrag steht aber auch: Wir wollen die volle Gleichstellung. Die volle Gleichstellung gibt es aber derzeit nicht. Ich spreche hier nicht als Bundesvorsitzender der Schwusos, weil ich als Bundesvorsitzender der Schwusos, als Arbeitskreissprecher kein Rederecht hätte. Ich spreche als Delegierter aus Hessen-Süd. Wir haben kein Rederecht, wir haben kein Stimmrecht, wir haben kein Antragsrecht. Wenn wir auf der einen Seite im Leitantrag sagen: „Wir wollen die volle Gleichstellung“, dann muss es klar sein, dass den Worten auch Taten folgen müssen, auch in unserer eigenen Partei, das heißt, auch in der Organisationsstruktur. Da ich aber weiß, dass die Frage der Arbeitsgemeinschaft zurzeit kritisch diskutiert wird, habe ich einen Änderungsvorschlag für das Präsidium. Der Änderungsvorschlag zur Empfehlung der Antragskommission heißt: Der SPD-Bundesparteitag wünscht die volle Gleichstellung von Lesben und Schwulen auch in der SPD-Organisationsstruktur. Die Organisationspolitische Kommission soll im Zusammenhang mit der Gesamtbetrachtung der Foren, Arbeitsgemeinschaften, Arbeitskreise und Projektgruppen dazu einen Vorschlag vorlegen.

Ich habe nämlich die Befürchtung, wenn wir das nur an die Organisationspolitische Kommission geben, dann wäre das ein falsches Signal in die Bevölkerung hinein. Beerdigung zweiten Grades – das ist vielleicht eine Erfahrung aus 21 Jahren Parteimitgliedschaft. Wir wollen hier ein bisschen weiter gehen und einen klaren Auftrag an die Organisationspolitische Kommission geben. – Vielen Dank.

(Beifall)

**Garrelt Duin, Tagungspräsidium:** Andrea hat das Wort.

**Andrea Nahles, Antragskommission:** Ansgar, das können wir noch besser haben. Ich habe überhaupt nichts dagegen, deinen Vorschlag anzunehmen. Aber ich würde dir außerdem vorschlagen wollen – das erstreckt sich auch auf die Arbeitsgemeinschaftsanfrage in Bezug auf das Netzwerk „Selbst Aktiv“ behinderter Menschen –, dass wir jeweils die Sprecher dieser beiden Gruppierungen – „Selbst Aktiv“ und ihr – als beratende Mitglieder in den Parteivorstand bringen.

Das werde ich – so ist es auch mit Sigmar Gabriel abgesprochen – dem Parteivorstand vorschlagen. Ich bin ja erst 20 Jahre in der Partei, vielleicht liegt darin dieses Quäntchen an Optimismus: Ihr sollt von Anfang an dabei sein, wenn es um die Organisationsstruktur geht, und eure Vorstellungen und Anträge einbringen können. Deswegen würde ich das für euch und für die Gruppierung „Selbst aktiv“ vorschlagen wollen,

wenn ihr damit einverstanden seid. Ich bin auch mit deinem Vorschlag, den ich völlig für in Ordnung halte, einverstanden und würde diesen übernehmen.

(Beifall)

**Garrelt Duin, Tagungspräsidium:** Wunderbar. Damit hat sich eine weitere Wortmeldung von Yves-Christian Stübe erledigt.

Da das nicht mehr strittig ist, können wir zu Antrag O 5 übergehen. Angelika Graf hat sich dazu gemeldet.

**Angelika Graf, Bayern:** Liebe Genossinnen und Genossen, ich bin Landesvorsitzende der AG 60 plus in Bayern und stimmberechtigtes Mitglied aufgrund einer speziellen Satzungsregelung, die wir in Bayern haben, in unserem Landesvorstand – so wie die AfA, die ASF und die Jusos auch. Ich denke, wir haben da ein hohes Potenzial an Wissen, was zum Beispiel die AG 60 plus, aber auch die anderen Arbeitsgemeinschaften in die Vorstände unserer Partei einbringen können. Die Arbeitsgemeinschaften sind wichtig für die Kommunikation mit den Zielgruppen. Sie machen Lobbying für diese Zielgruppen, was sich auf der einen Seite auf die Partei auswirkt und auf der anderen Seite den Kontakt zu den entsprechenden Zielgruppen festigen soll. Das hat sich insbesondere im letzten Wahlkampf ganz deutlich gezeigt.

Die Zukunft der AGs steht aber immer irgendwie zur Debatte. Sie können, wenn sie in den Vorständen nicht stimmberechtigt sind, nicht über ihre eigene Zukunft abstimmen. Deswegen bitte ich euch: Lehnt diesen Antrag nicht ab, sondern verweist ihn an den Parteivorstand, dass er sich über diese Dinge Gedanken macht.

(Vereinzelt Beifall)

Was in Bayern möglich ist, sollte doch im Bund nicht unmöglich sein. Liebe Genossinnen und Genossen, wendet euch in eurer Meinung weg von dem, was die Antragskommission beschlossen hat, und hin zu dem, worum ich euch jetzt bitte.

(Vereinzelt Beifall)

**Garrelt Duin, Tagungspräsidium:** Vielen Dank. – Andrea.

**Andrea Nahles, Antragskommission:** Liebe Genossinnen und Genossen, hier muss ich euch wirklich bitten, dem Votum der Antragskommission zu folgen. Ich will das auch begründen: Es ist den Ländern überlassen, ob sie den Arbeitsgemeinschaften in den Parteigremien feste, stimmberechtigte Plätze einräumen. Das kann jeder Landesverband für sich entscheiden. In Bayern ist das so, in anderen nicht. Ich kann nur davon abraten, dass wir das auf der Bundesebene machen. Es ist eine Güterabwägung. Die

Arbeitsgemeinschaften haben auf der Bundesebene eine starke Stellung. Das hängt nicht an den vier Plätzen, die hier eingefordert werden.

Wir haben Elke Ferner als ASF-Vorsitzende, wir haben Ottmar Schreiner als AfA-Vorsitzenden in den Parteivorstand gewählt. Ich will nur darauf aufmerksam machen, dass das auf Kosten der Gliederung geht, die hier Beisitzer benennen. Ihr habt eben schon gemerkt, wie eng es am Ende wird, damit auch die kleinen Landesverbände im Parteivorstand repräsentiert sein können. Das hängt auch davon ab, wie viele Plätze insgesamt zur Verfügung stehen. Ich bitte euch deswegen, bei der Empfehlung der Antragskommission zu bleiben und diesen Antrag abzulehnen. Ich ermuntere aber die einzelnen Landesverbände, wenn es gewünscht ist, das auf die Tagesordnung zu setzen. Auf der Bundesebene ist es, glaube ich, nicht notwendig.

(Vereinzelt Beifall)

**Garrelt Duin, Tagungspräsidium:** Da dieser Punkt streitig ist, stimmen wir auch darüber ab. Wer der Empfehlung zu O 5 der Antragskommission folgen möchte, den bitte ich jetzt um das Kartenzeichen. – Wer ist dagegen? – 30, 40 Stimmen sind dagegen. Wer enthält sich? – Ein paar Enthaltungen. Die Empfehlung der Antragskommission ist damit angenommen.

Wir kommen zu einer weiteren Wortmeldung zum Antrag O 8 von Jörg Mielentz aus Bayern.

**Jörg Mielentz, Bayern:** Liebe Genossinnen! Liebe Genossen! Ich möchte euer Augenmerk auf den Antrag O 8 lenken. Da geht es darum, dass die kostenfreie Juso-Mitgliedschaft bisher auf zwei Jahre beschränkt ist; sie darf längstens auf vier Jahre verlängert werden. Danach wird der Juso entweder rausgeschmissen, oder er muss Mitglied der SPD werden. Wir sind der Meinung, dass diese Befristung nicht zeitgemäß ist und dass das länger gehen soll.

Ich habe auch ein Problem mit dem Votum der Antragskommission. Beim Antrag O 8 sagt die Antragskommission: Erledigung durch Antrag O 9. Bei den gleichlautenden Anträgen O 6 und O 7 sagt sie: Überweisung an die organisationspolitische Kommission. Die Anträge sind aber inhaltlich komplett gleich, sie wollen Dasselbe. Wenn wir den Antrag O 9 beschließen sollten, dann haben wir die Befristung wieder drin.

Ich möchte noch auf einen Widerspruch aufmerksam machen. In dem vorhin verabschiedeten Leitantrag steht drin, die Stärkung der innerparteilichen Demokratie und Transparenz und die Formen der Mitarbeit in der SPD, darunter die Rolle der Arbeitsgemeinschaften, Foren, Projekte sowie das Verhältnis von Mitgliedern, Gast-Mitgliedern, Nur-Juso-Mitgliedern und aktiven Nicht-Mitgliedern müsse überdacht werden. Ich denke, wenn wir mehr Transparenz und mehr Offenheit wollen, dann

bricht uns kein Zacken aus der Krone, wenn jemand bei den Jusos mitarbeitet, ohne Mitglied bei der SPD zu sein.

(Vereinzelt Beifall)

Ich denke, die Befristung sollte abgeschafft werden. Deshalb bitte ich euch, den Antrag O 8 oder auch die Anträge O 6 und O 7 zu unterstützen. – Danke.

(Vereinzelt Beifall)

**Garrelt Duin, Tagungspräsidium:** Andrea dazu.

**Andrea Nahles, Antragskommission:** Liebe Genossinnen und Genossen, ich selber habe damals als Juso-Vorsitzende den Antrag gestellt, in der SPD so etwas wie eine Gastmitgliedschaft einzuführen. Das Ganze hat sich auch bewährt. Mit dem, was wir heute als Votum der Antragskommission haben, werden wir die Öffnung für Nicht-Mitglieder und damit die kostenlose Juso-Mitgliedschaft beibehalten. Wir sichern sie auch für die Zukunft. Aber wir wollen, das sage ich ganz klar, weiterhin auf vier Jahre befristen.

(Vereinzelt Beifall)

Das ist Stand der Debatte zum jetzigen Zeitpunkt. Ich wäre durchaus bereit dazu, dass wir das Anliegen der Befristung im Rahmen der Debatten, die wir zu den organisationspolitischen Diskussionen führen wollen, in die organisationspolitische Kommission überweisen. Aber ich möchte das heute nicht entscheiden; denn es hat auch eine fiskalische Auswirkung, wenn eine kostenlose Mitgliedschaft vom 16. bis zum 35. Lebensjahr möglich ist. Das muss man dann auch mit Barbara Hendricks besprechen.

(Vereinzelt Beifall)

Deshalb würde ich empfehlen, dass wir das Votum der Antragskommission dahin gehend verändern, dass wir den Antrag O 8 in die organisationspolitische Kommission überweisen. Für mehr kann ich heute hier nicht plädieren.

**Garrelt Duin, Tagungspräsidium:** Vielen Dank. – Wer diesem Votum zustimmen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Einige wenige Gegenstimmen. Enthaltungen? – Ein paar Enthaltungen. Dann ist das so beschlossen.

Die letzte Wortmeldung zu dem Antragsbereich O kommt von Christine Negele zum Antrag O 14.

**Christine Negele, Bayern:** Ich habe den Antrag, dass die Rednerliste transparent und offen geführt wird, zum dritten Mal gestellt. Als Erstes wollte ich mich daher bei

Andrea und beim Vorstand bedanken, dass es diesmal geklappt hat, dass die Rednerliste einsehbar war, dass hier offensichtlich nicht gemauschelt wurde, vor allen Dingen bei der langen Debatte gestern. Das fand ich sehr wohltuend.

(Beifall)

Als ich im Antragsbuch gelesen habe, dass dieser Antrag an eine Organisationskommission verwiesen werden soll, habe ich mir gedacht: Du lieber Himmel, das ist wieder einmal eine Beerdigung. Beim ersten Mal hieß es, das habe sowieso nichts mit den Statuten zu tun, das gehöre in die Geschäftsordnung. Dann wurde aber weitergemauschelt.

Diesmal ist es, wie gesagt, durchgeführt worden.

Jetzt habe ich eine Bitte an euch: Wie können wir es schaffen, dass wir heute beschließen bzw. die Zusage bekommen, dass es beim nächsten ordentlichen Parteitag oder bei dem Parteitag nächstes Jahr genauso läuft? Das ist mir jetzt zu offen. Können wir denn irgendetwas machen, etwa heute einen Beschluss fassen, dass wir beim nächsten Parteitag wieder diese Rednerlisten haben, über die Geschäftsordnung oder wie auch immer? Denn dann wäre ich mit dem Votum der Antragskommission sehr zufrieden.

**Garrelt Duin, Tagungspräsidium:** Wir haben diesen Punkt verstanden. Jetzt hat Björn Böhning das Wort.

**Björn Böhning, Parteivorstand:** Liebe Genossinnen und Genossen! Ich erinnere mich, wir haben bei den Jusos diese Diskussion auch immer geführt. Dort wird in der Tat eine Redemeldung nach der nächsten bearbeitet. Wir haben das hier an diesem Wochenende so gemacht. Ich finde es auch gut, dass wir das gemacht haben, weil es viele Befürchtungen, die bestanden haben, abgelegt hat.

Ich bin trotzdem der Meinung, liebe Genossinnen und Genossen, dass wir gestern und heute einen neuen politischen Stil miteinander vereinbart haben und dass wir gestern und heute diesen neuen politischen Stil auch kultiviert haben. Zu einem politischen Stil gehört auf der einen Seite, dass diejenigen, die Parteitage leiten, dies so tun, dass es demokratisch und transparent ist. Dazu gehören aber auf der anderen Seite auch diejenigen, liebe Genossinnen und Genossen, die daran glauben, dass die Parteitagsregie demokratisch und transparent ist. Liebe Genossinnen und Genossen, das hat auch etwas mit neuem Stil und mit Vertrauen in diejenigen zu tun, die einen Parteitag vorbereiten müssen.

(Beifall)

Deswegen bitte ich darum, dass wir es jetzt so machen, wie die Antragskommission votiert hat, und dass wir vereinbaren, dass wir es, wenn es nächstes Jahr anders laufen sollte, beim übernächsten Parteitag anders machen können. Lasst uns aber jetzt an

dieser Stelle einen gewissen Vertrauensvorschuss in diejenigen setzen, die sich auch im Parteivorstand für ein solches demokratisches und transparentes Verfahren einsetzen werden. – Vielen Dank.

(Beifall)

**Garrelt Duin, Tagungspräsidium:** Vielen Dank, Björn. – Andrea, bitte!

**Andrea Nahles, Antragskommission:** Leute, können wir uns einfach vertrauen?

(Beifall)

Ganz ehrlich, ich glaube, dieser Parteitag hat an vielen Stellen durch den Vertrauensvorschuss, den wir uns hier wechselseitig gegeben haben, bisher gut funktioniert. Ich sage euch zu, dass wir es auf dem nächsten Parteitag genauso machen. Aber ich möchte darüber keinen formellen Beschluss. Den brauchen wir nämlich nicht.

(Beifall)

**Garrelt Duin, Tagungspräsidium:** Vielen Dank. – Wer dem Votum der Antragskommission zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. Die Gegenprobe! – Enthaltungen? – Bei einigen Gegenstimmen und wenigen Enthaltungen ist das so beschlossen.

Jetzt haben wir diese vier Anträge einzeln aufgerufen. Wir haben dazu schon Voten gefunden. Alle anderen O-Anträge haben wir bisher nicht behandelt. Es gibt dazu auch keine Wortmeldungen.

Deswegen verfahren wir hier ebenso wie vorher: Wer den übrigen Empfehlungen der Antragskommission zu den O-Anträgen zustimmt, den bitte ich jetzt um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit sind die Anträge entsprechend verabschiedet.

Wir kommen jetzt zum europapolitischen Teil. Erst einmal herzlichen Dank an Andrea für die Vorbereitung der O-Anträge!

## Beratung der europapolitischen Anträge

Wir kommen jetzt zu den europapolitischen Anträgen. Dazu bitte ich Martin Schulz, sich bereitzuhalten und einleitend vielleicht ein paar Sätze zu sagen. Danach haben wir eine Wortmeldung.

**Martin Schulz, Antragskommission:** Liebe Genossinnen und Genossen! Die Anträge Eu 1 bis 12 spiegeln zu ganz großen Teilen die Debatten wider, die wir auf dem Hamburger Parteitag geführt haben, die wir im Zusammenhang mit dem Europawahlprogramm und mit dem Wahlprogramm zur Bundestagswahl geführt haben. Vorausgesetzt, dass die Delegierten dieses Parteitags noch alle ziemlich genau wissen und in Erinnerung haben, was wir in Hamburg diskutiert haben, was im Europawahlprogramm steht und was im Regierungsprogramm gestanden hat, kann ich auf eine umfassende Einführung verzichten. Die jetzige Antragslage spiegelt im Wesentlichen den Beratungsstand und den Beschlussstand unserer Partei zur Europapolitik wider, wie er übrigens gestern in den Reden und in den Debattenbeiträgen hier zum Ausdruck gekommen ist.

Deshalb kann ich guten Gewissens sagen, dass das, was wir in diesem relativ überschaubaren Bereich haben, Beratungsstand der Partei ist und den Beratungsstand aktuell widerspiegelt. Auf eine vertiefte Einführung glaube ich deshalb verzichten zu können.

Ich bin auch sicher, dass mein Kollege Axel Schäfer, von dem die Wortmeldung ist, mit mir einverstanden ist, wenn ich sage, dass wir insbesondere die Anträge Eu 11 bis 13 einer besonders sorgfältigen Beratung in den dafür zuständigen Gremien unterwerfen sollten. Das ist nämlich das, was er sagen wollte. Ich hatte mich verpflichtet, euch das mitzuteilen. Er wollte dann überlegen, ob er seine Wortmeldung zurückzieht. – Vielen Dank.

(Beifall)

**Doris Ahnen, Tagungspräsidium:** Liebe Genossinnen und Genossen, es liegt eine Wortmeldung zum Europabereich vor, und zwar zu Eu 11, 12 und 13. Axel Schäfer!

**Axel Schäfer, Nordrhein-Westfalen:** Liebe Genossinnen und Genossen, ich möchte euch herzlich bitten, wenn ihr in die Gliederungen – Unterbezirke, Bezirke und Landesverbände – in Vorbereitung des nächsten Parteitags das, was wir heute hier vorliegen haben, als Arbeitsmaterial, als Anregung, als Vorschläge mitnehmt, eines zu bedenken: Diese Europawahl hat zum zweiten Mal gezeigt, dass wir bei einer bundesweiten Wahl auf einem sehr niedrigen Niveau sind und dass wir in dem Konflikt sind zwischen unserem Anspruch auf der einen Seite, als gesamtdeutsche Partei alle Bundesländer auch in Europa vertreten zu haben, und auf der anderen Seite ein

höchstmögliches Maß an Gerechtigkeit, d. h. die Berücksichtigung der Wahlergebnisse, zu haben. Deshalb überlegt bei den Debatten im kommenden Jahr sehr gut! Solange wir auf einem Niveau wie jetzt bei den Europawahlergebnissen sind, schließen Landeslisten einzelne Bundesländer aus, weil es einfach vom Zahlengewicht her – ihr kennt die Unterschiede zwischen Bremen mit 600.000 und Nordrhein-Westfalen mit 18 Millionen Einwohnern – nicht ein Maß an Gerechtigkeit geben kann wie das, was wir brauchen.

Das Zweite ist: Überlegt bei der Bundesliste im Unterschied zum letzten Mal sehr genau, ob wir eine Bundesliste machen in Richtung Perspektive „Wir gewinnen 30 %“ und stricken die dann so, verteilt auf die einzelnen Länder, oder ob wir ehrlich sagen: Wir stricken eine Bundesliste auf der Basis des letzten Ergebnisses und gucken, welche Konsequenzen das haben muss.

(Beifall)

Heute ist, glaube ich, nicht der Ort dafür, das auszubreiten. Aber nehmt das bitte ein Stückchen mit. Nehmt das auch vor dem Hintergrund mit, dass Martin Schulz, unser Spitzenkandidat zur Europawahl, hier immer noch steht und unser Spitzenmann ist.

Dieser Europawahlkampf ist von den Europäern, d. h. von den SPD-Europaabgeordneten, von den Kandidatinnen und Kandidaten und darüber hinaus von ganz, ganz wenigen geführt worden. Nur wenn die SPD wirklich als gesamte Partei den nächsten Europawahlkampf zu ihrer Aufgabe macht genauso wie im Bundestagswahlkampf, dann können wir über alles diskutieren, weil wir hinterher ein gutes Ergebnis erzielt haben. Wenn wir das nicht machen, werden wir auf diesem 21 %-Niveau bleiben. Das dürfen wir nicht bleiben; denn wir haben den Anspruch, die deutsche Europapartei zu sein. – Vielen Dank.

(Beifall)

**Doris Ahnen, Tagungspräsidium:** Weitere Wortmeldungen liegen zu diesem Antragsblock nicht vor. Insofern können wir so verfahren, Martin, wie wir es bei den vorhergehenden Blöcken auch getan haben, nämlich insgesamt über die Empfehlungen der Antragskommission abzustimmen, die euch hier vorliegen.

Wer den Empfehlungen der Antragskommission zustimmen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Niemand. Wer enthält sich? – Damit haben wir das Kapitel „Europapolitik“ abgearbeitet. Vielen Dank, Martin. Das hat ja auch schon an anderer Stelle eine entscheidende Rolle gespielt.



## Beratung der Anträge zur Bildungspolitik

Wir rufen jetzt noch die Kapitel Bildung und Familie auf. Dann würden wir euch in den Feierabend entlassen wollen.

Wir kommen jetzt zum Kapitel Bildung. Ich gebe Christoph Matschie das Wort als Berichterstatter.

**Christoph Matschie, Antragskommission:** Vielen Dank, Doris.

Es liegt eine ganze Reihe von Anträgen zum Kapitel Bildung vor. Das ist auch nicht verwunderlich, ist es doch eines unserer Top-Themen in der Debatte der letzten Jahre gewesen. Wir haben aber auch ein sehr gutes Bildungskapitel in unserem Regierungsprogramm im Juni verabschiedet. Deshalb wird in einem Teil der Empfehlungen der Antragskommission darauf verwiesen.

Dann haben wir eine ganze Reihe von Anregungen, die sich auf die Landtagsfraktionen beziehen und die dann auch dorthin überwiesen werden sollen.

Darüber hinaus gibt es einen Initiativantrag, der versucht, das aufzugreifen, was im Moment an den Hochschulen passiert. Ihr wisst, dort gibt es eine ganze Reihe von Besetzungsaktionen. Wir hatten im Sommer einen Bildungsstreik von Schülerinnen und Schülern und Studierenden. Wir haben mittlerweile an etwa 50 Hochschulen Besetzungen mit konkreten Forderungen zur Bildungspolitik. Dabei geht es um die Gebührenfreiheit des Studiums und darum, dass wir das Bachelor- und Mastersystem noch deutlich verbessern, um Studierenden nicht zu hohe Hürden aufzubauen. Außerdem geht es natürlich um die Sicherung der Finanzierung und des BAföG.

Wir greifen diese Punkte in einem Initiativantrag auf und wollen deutlich machen: Wir unterstützen das Anliegen der Studierenden, die dort jetzt protestieren, auch wenn wir natürlich nicht jede einzelne Forderung zu unserer eigenen machen. Heute war auch schon eine Delegation hier vor dem Parteitagsgebäude. Ich habe mit ihnen geredet und ihnen klargemacht: Wir wollen das Anliegen für bessere Bildungspolitik aufnehmen. Dazu gehört auch, dass wir sagen, für Steuersenkungen ist im Moment kein Platz, denn weitere Steuersenkungen führen nur dazu, dass die Finanzierungssituation im Bildungssystem noch komplizierter wird.

Dann will ich noch einen zweiten Initiativantrag kurz benennen, der sich noch einmal auf die aktuelle Debatte über die Kinderbetreuung, über das Betreuungsgeld und ähnliche Punkte bezieht und der sich aktuell mit der Bundesregierung auseinandersetzt. Dazu empfiehlt die Antragskommission auch Annahme.

Die anderen Empfehlungen könnt ihr noch einmal nachlesen. Wortmeldungen gibt es dazu nicht, glaube ich.

**Doris Ahnen, Tagungspräsidium:** Jetzt haben wir einmal kurz Beratungsbedarf.

Christoph hat jetzt die Resolution zu den Studierenden-Protesten mit aufgerufen. Dazu haben wir eine Wortmeldung von Kerstin Rothe von den Juso-Hochschulgruppen.

**Kerstin Rothe, Juso-Hochschulgruppen:** Liebe Genossinnen und Genossen! Es gibt in diesem Saal einige Menschen, die die Studierenden-Proteste nicht nur aus der Zeitung kennen, sondern selbst dabei sind und waren. Ich gehöre dazu.

(Beifall)

Denn wir Juso-Hochschulgruppen praktizieren seit 36 Jahren die gestern so oft thematisierte Öffnung in die Gesellschaft. Deshalb wissen wir besonders gut, was es heißt, wenn man einen Bachelor studiert und sich zudem alles andere als sicher sein kann, auch einen Master studieren zu können. Willkürliche Auswahlverfahren sind die Regel und keinesfalls die Ausnahme. Für viele bleibt deshalb der Zugang zum Master verwehrt. Das müssen wir ändern, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Wir Juso-Hochschulgruppen begrüßen die Resolution für ein besseres und gerechtes Bildungssystem und freuen uns, dass die Forderung und die Kritik der Studierenden auf diesem Parteitag Beachtung finden. Die Studierenden nehmen durch kreative Aktionen und Besetzungen ihr demokratisches Recht auf Mitbestimmung wahr, welches ihnen sonst an Hochschulen meist verwehrt bleibt. Wir solidarisieren uns mit den protestierenden Studierenden und werden so lange kämpfen, bis wir ein Bildungssystem haben, in dem Chancengleichheit endlich Realität wird.

(Beifall)

Denn Bildung ist ein Menschenrecht, liebe Genossinnen und Genossen. Diese Tatsache muss ich in einem freien Zugang zu Bildung niederschlagen, sowohl finanziell als auch rechtlich.

(Beifall)

Studiengebühren sind ein gutes Beispiel dafür, wie man Menschen systematisch von Bildung ausschließt. Überall dort, wo Studiengebühren – in welcher Form auch immer – eingeführt wurden, müssen wir dafür sorgen, dass sie wieder abgeschafft werden.

(Beifall)

Eine gute Gelegenheit: Bei den Landtagswahlen in NRW haben wir die nächste Chance dazu, und die gilt es zu nutzen.

(Beifall)

Der Staat muss die Kosten für Bildung von der Kita bis zur Hochschule tragen und gewährleisten, dass jeder und jede sich einen Bildungsweg aussucht, für den sie oder er sich entscheidet, völlig frei.

(Beifall)

Dies gilt eben auch für einen freien Zugang zum Master, ohne Einschränkungen. Deshalb schlagen wir auch vor, das Wort „konsekutiv“ aus der Resolution zu streichen sowie die Ablehnung gegenüber dem Stipendiensystem deutlicher zu formulieren.

(Beifall)

Wir Sozialdemokratinnen müssen weiterhin dafür kämpfen und überall klarmachen, dass Bildung ein Menschenrecht ist und es auch bleiben muss. Bildung muss wieder einen höheren Stellenwert in der Gesellschaft bekommen. Das gilt aber auch für unsere Partei. – Vielen Dank.

(Beifall)

**Doris Ahnen, Tagungspräsidium:** Als Nächste hat sich Hilde Mattheis gemeldet.

**Hilde Mattheis, Parteivorstand:** Liebe Genossinnen und Genossen! Ich glaube, die Botschaft ist gut und richtig. An vielen Universitäten sind die Studierenden wieder dabei, für ihre Rechte einzutreten, und das ist wirklich eine gute Botschaft, die wir unterstützen müssen.

(Vereinzelt Beifall)

Ein Punkt fehlt mir bei dieser Resolution. Es ist natürlich von Bundesland zu Bundesland unterschiedlich, aber der Kampf der Studierenden in Baden-Württemberg konzentriert sich nicht nur auf die Punkte, die bereits genannt worden sind, sondern vor allen Dingen auch auf die Forderung nach einer verfassten Studierendenschaft; denn die Demokratisierung an den Hochschulen und Universitäten ist ja ein Defizit. Gerade was das Bundesland Baden-Württemberg angeht, müssen wir auch dafür streiten, dass Studierende eine demokratische Möglichkeit der Mitbestimmung haben.

(Beifall)

Deswegen würde ich euch bitten, einem Änderungsantrag zuzustimmen, der nämlich auch diesen Punkt aufgreift, nämlich die Forderung, dass an den Hochschulen auch die Demokratisierung, d. h. das Recht der Mitbestimmung für Studierende,

einbezogen wird. Wie das jetzt zu formulieren ist, weiß Christoph sicherlich ganz genau und wird es bestimmt grandios meistern. Aber mir ist dieser Punkt wichtig, dass man sagt: Ja, verfasste Studierendenschaften sind etwas, was zu unterstützen ist. – Danke.

(Beifall)

**Doris Ahnen, Tagungspräsidium:** Christoph hat jetzt das Wort und sagt etwas zu den konkreten Anträgen.

**Christoph Matschie, Antragskommission:** Zunächst zu dem Vorschlag, aus dem Text das Wort „konsekutiv“ zu streichen. Das würde ich übernehmen; das können wir so machen.

Bei dem zweiten Anliegen, wo es um die demokratische Hochschule geht, möchte ich einfach noch einmal auf das verweisen, was wir gerade vor wenigen Monaten in unserem Regierungsprogramm beschlossen haben. Da steht das alles sehr schön drin. Dort steht: „Wir stehen für eine starke, offene und demokratische Hochschule ein. Wir stehen zur Hochschulautonomie und zur universitären Selbstverwaltung. Wir wollen die inneruniversitäre Demokratie stärken. Alle Statusgruppen müssen fair in Entscheidungen und Gremien eingebunden werden.“ Ich denke, diesen Absatz können wir noch in die Resolution übernehmen, und dann ist dem Anliegen Rechnung getragen.

(Beifall)

**Doris Ahnen, Tagungspräsidium:** Was war mit der Anregung, sich noch deutlicher gegen die Stipendien auszusprechen?

**Christoph Matschie, Antragskommission:** Das würde ich an dieser Stelle nicht machen. Ich denke, wenn wir das aufnehmen, dann haben wir die Punkte ausreichend beschrieben. Die anderen Punkte sind hier drin. Wir sagen: „Wir wollen ein modernes BAföG mit Rechtsanspruch, das der Lebensrealität der Studierenden gerecht wird. Stipendien für wenige greifen zu kurz.“ Das ist schon Bestandteil des Textes.

**Doris Ahnen, Tagungspräsidium:** Okay. Wenn es keine weiteren Wortmeldungen gibt – das ist nicht der Fall –, dann können wir über das gesamte Antragspaket inklusive des Initiativantrags abstimmen.

**Christoph Matschie, Antragskommission:** Wir könnten ja vielleicht erst über die Resolution abstimmen, und dann machen wir den Rest.

**Doris Ahnen, Tagungspräsidium:** Das können wir auch. Wir können zunächst, da wir jetzt speziell darüber diskutiert haben, über den Initiativantrag abstimmen.

Wer dem Antrag zustimmt, den bitte ich um sein Kartenzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Dann ist die Resolution einstimmig angenommen.

Damit kommen wir zur Gesamtabstimmung über das Paket „Bildung, Wirtschaft und Jugend“ entsprechend den Empfehlungen der Antragskommission. Wer dem Gesamtantragspaket seine Zustimmung geben will, den bitte ich um sein Kartenzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Bei einer Gegenstimme so beschlossen. Herzlichen Dank, Christoph.

Wir kommen nun zum letzten Block für heute.

## Beratung der Anträge zur Familien-, Frauen- und Gleichstellungspolitik, Generationen/Senioren

**Garrett Duin, Tagungspräsidium:** Dieser Antragsblock F ist überschrieben mit „Familien-, Frauen- und Gleichstellungspolitik, Generationen/Senioren“. Elke steht zwar bereit, aber wir haben bisher von euch keine einzige Wortmeldung zu diesem Block angezeigt bekommen. Wir könnten also gleich abstimmen.

Wer den Empfehlungen der Antragskommission folgen will, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Bei einer Enthaltung haben wir quasi einen einstimmigen Beschluss.

Ich erlaube mir noch einen technischen Hinweis genauso wie gestern. Ihr könnt die Unterlagen auf die Stühle legen. Dazu gehören aber nicht Wertsachen, diese wären morgen wahrscheinlich weg. Dazu gehören auch nicht die Stimmkarte und die anderen Unterlagen. Aber das normale Papier könnt ihr auf die Stühle legen, sodass ihr es nicht mitzunehmen braucht.

Das Präsidium bedankt sich bei euch. Ihr habt es uns ziemlich leicht gemacht. Wir sehen wir uns vielleicht noch heute Abend an irgendwelchen Orten in Dresden und ansonsten morgen früh.

(Unterbrechung: 19.42 Uhr)

## Sonntag 15. November 2009, Beginn 9.21 Uhr

**Barbara Ludwig, Tagungspräsidium:** Liebe Genossinnen und Genossen, einen schönen guten Morgen noch einmal hier in Dresden! Ich hoffe, ihr habt den gestrigen Abend nutzen können, noch etwas von dieser schönen Stadt zu sehen. Dresden gehört sicherlich zu den Städten, die auch im November schön sind. Ich hoffe, ihr fahrt dann auch mit einem entsprechend guten Eindruck von unserer Gastgeberstadt zurück.

(Beifall)

Wir haben heute noch eine ganze Reihe von wichtigen Punkten auf der Tagesordnung. Zunächst darf ich daran erinnern, dass heute in ganz Deutschland an die Opfer von Kriegen und Gewaltherrschaft gedacht wird und dass heute anlässlich des Volkstrauertages innegehalten wird, um sich an diese schrecklichen Ereignisse zu erinnern. Deshalb bitte ich euch, euch zum Gedenken von den Plätzen zu erheben.

(Die Delegierten erheben sich)

– Ich danke euch.

Liebe Genossinnen und Genossen, meine sehr geehrten Damen und Herren, wir haben heute natürlich auch wieder Geburtstagskinder. Einen runden Geburtstag darf die Gabriele Teichmann aus Baden-Württemberg feiern. Herzlichen Glückwunsch!

(Beifall)

Ich darf auch Martin Güll aus Bayern ganz herzlich zu seinem heutigen Geburtstag gratulieren. Alles Gute!

(Beifall)

Weil das Leben ja vielfältig ist, darf ich auch noch einen schwarzen Rucksack ausrufen. Ganz im Ernst: Ein Genosse aus Schleswig-Holstein bittet darum, dass wenn jemand einen kleinen schwarzen Rucksack hat, der ihm nicht gehört, oder wenn er jemandem irgendwo aufgefallen ist, dieser bei der Delegation aus Schleswig-Holstein abgegeben wird.

## Beratung der Anträge zur Innen- und Rechtspolitik

Liebe Genossinnen und Genossen, nun steigen wir wieder in die Antragsberatung ein. Wir sind beim Themenbereich Innen- und Rechtspolitik und im Antragsbuch auf den Seiten 94 bis 122. Ich darf die Ute Vogt aus der Antragskommission bitten, einzuführen.

**Ute Vogt, Antragskommission:** Guten Morgen, liebe Genossinnen und liebe Genossen! Zu Beginn will ich euch einen kurzen Überblick über die Anträge geben, die wir im Kapitel Innen- und Rechtspolitik heute Morgen bearbeiten wollen. Es sind viele Initiativen – über 60 Anträge – in diesem Kapitel, und es gibt einiges, was wir in der Zukunft zu bearbeiten haben.

Wir haben uns in der Initiative „Demokratie und Freiheit“ für die nächste Zeit einige Diskussionen vorgenommen. Viele Anträge in diesem Kapitel – inklusive des Initiativantrages – werden in der Initiative „Demokratie und Freiheit“ tiefergehend zu bearbeiten sein.

Das Thema Datenschutz und Datenschutz für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer kommt mit Sicherheit nur auf die Tagesordnung, wenn die Deutsche Sozialdemokratie dieses Thema im Deutschen Bundestag aufgreift und weiter bearbeitet. Wir haben hier einiges gemacht, und Olaf Scholz hat ein paar Dinge auf den Weg gebracht. Ich glaube aber, der Datenschutz der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer verlangt ganze Lobbyarbeit von der SPD, denn FDP und CDU werden sich um diese Fragen in der kommenden Zeit mit Sicherheit nicht kümmern.

(Vereinzelt Beifall)

Wir haben vorgestern in Sigmar Gabriels Rede auch schon einige Hinweise darauf bekommen, dass wir in der Vergangenheit eine große Debatte zu wenig geführt haben, nämlich die über die Fragen, wie wir mit der Kommunikation im Internet umgehen, wie wir uns zu den Fragen stellen, die sich auch dort auftun, wie wir Meinungsfreiheit gewährleisten und wie wir trotzdem den Schutz der Menschen erreichen, die ihre Daten auch gesichert haben möchten und deren Persönlichkeitsrechte geschützt werden sollen. Deshalb denke ich, sind wir auch hier gefordert, die Beschlüsse der SPD im Bereich des Themas Internetkommunikation in Verbindung mit der Datenbehandlung auf jeden Fall zu aktualisieren und weiterzuentwickeln.

In diesem Sinne sind auch einige Anträge, die diese Diskussion bereichern werden, die man aber mit Sicherheit heute nicht beschließen kann, weil wir dazu einfach eine gründlichere Debatte brauchen. Sie helfen aber auf jeden Fall, die Diskussion intensiv zu führen.



Genossinnen und Genossen, wir müssen auch an einem Punkt weiter widerstehen: Die SPD war in ihrer Regierungszeit der Garant dafür, dass Schäuble seine Pläne zum Einsatz der Polizei im Innern nicht fortsetzen und nicht verwirklichen konnte. Auch hierfür bleibt die SPD in der Zukunft der Garant, und wir werden uns allem widersetzen, mit dem versucht wird, die Polizei zu einem zweiten militärischen Arm zu machen bzw. – umgekehrt – das Militär im Rahmen der Innenpolitik einzusetzen.

(Vereinzelt Beifall)

Wir haben einige Anträge zum NPD-Verbot. Diese Anträge haben wir schon im Initiativantrag aufgenommen. Sie sind damit durch unsere Beschlussfassung erledigt. Nicht erledigt ist dadurch aber unsere politische Arbeit im Kampf gegen Rechtsextremismus. Deshalb ist es uns wichtig, liebe Genossinnen und Genossen, dass wir uns mit diesem Parteitag bei dem einen Antrag, der sich als Initiativantrag mit der Bundesstiftung befasst, und bei einem weiteren Antrag, der im Antragsbuch zu finden ist, dafür aussprechen, dass es eine Bundesstiftung gibt, mit der wir den Kampf gegen Rechtsextremismus dauerhaft und sicher finanzieren können.

(Vereinzelt Beifall)

Im Moment sichern wir die Finanzierung in allererster Linie dadurch, dass es Modellprojekte gibt, die über den Bundeshaushalt finanziert werden können. Durch die Bundeshaushaltsordnung wird es nicht ermöglicht, viele wichtige Projekte auf Dauer abzusichern. Das ist sicherlich ein wichtiger Grund.

Ein zweiter Punkt kommt aber hinzu: Wir müssen auch dafür sorgen, dass das Thema Kampf gegen den Rechtsextremismus und Eintreten für eine starke Demokratie unter der jetzigen Bundesregierung überhaupt auf der Tagesordnung bleibt. Auch dafür habt ihr mit euren Anträgen gesorgt. Dafür möchte ich mich auch ganz herzlich bedanken.

Schließlich noch das Thema Integrationspolitik. Es geht darum, dass wir deutlich machen: Natürlich ist die Integration eine soziale Frage, und natürlich ist auch das Thema Bildung ein wichtiger Schlüssel zur Integration. Gerade im Bereich der Innen- und Rechtspolitik muss man aber auch deutlich machen: Auch die Themen Beteiligung, Teilhaberechte, Wahlrecht, Staatsbürgerschaftsrecht sind ganz entscheidende Punkte für die Menschen, um zu spüren, dass sie dazugehören, dass sie bei uns willkommen sind und dass sie auch volle Rechte haben, wenn sie hier die Pflichten erfüllen müssen.

(Vereinzelt Beifall)

Deshalb gibt es durch diesen Punkt viele Ansätze in diesem Antragsbuch, die wir dann auch in der Initiative „Demokratie und Freiheit“ weiterbearbeiten.

So viel zum Überblick über die Anträge. Jetzt freue ich mich auf eine intensive, kurze und knackige Beratung.

**Barbara Ludwig, Tagungspräsidium:** Schönen Dank, Ute. – Es liegt bisher eine Wortmeldung vor. Ich darf die Uta Zapf um ihren Wortbeitrag bitten. Es geht um den Antrag 22. – Das ist bisher die einzige Wortmeldung. Wenn ich es richtig sehe, ist die Uta schon auf dem Weg.

**Uta Zapf, Hessen-Süd:** Liebe Genossinnen und Genossen, ich möchte zu dem Antrag I22 Stellung nehmen. Dazu liegt eine Empfehlung der Antragskommission vor. Ute Vogt hat das auch für die anderen Anträge begründet und gesagt, dass wir etwas mehr Beratungszeit brauchen, Genossinnen und Genossen.

Ich glaube, Integrationspolitik braucht nicht noch mehr Beratungszeit in den diversen Gremien, in die dieser Antrag jetzt überwiesen werden soll, sondern Integration braucht Praxis, braucht Realität, braucht Handeln vor Ort. Deshalb würde ich euch bitten, diesen Antrag nicht zu überweisen. Alle diese Gremien dürfen sich gerne damit beschäftigen, sie sollen und müssen sich auch damit beschäftigen. Aber ich möchte, dass sich die ganze Partei mit diesem Antrag beschäftigt, und zwar in den Kommunen vor Ort und in allen Gremien, auch in den Ortsvereinen. Denn ich sage euch: Bei vielen passiert viel in Bezug auf die Inklusion von Migranten. Man geht vor Ort, hört zu, löst Dinge vor Ort. Aber das langt noch nicht. Ich glaube, es gibt noch viel Handlungsbedarf. Deshalb hätte ich es gerne, dass wir über diesen Antrag abstimmen.

(Vereinzelt Beifall)

Es steht nichts darin, Genossinnen und Genossen, was wir nicht schon an irgendeiner anderen Stelle diskutiert hätten. Wir haben darüber beim Leitantrag diskutiert und uns gefreut, dass gerade an dieser Stelle Nachbesserungen vorgenommen wurden. Aber Ewald Roth hat mit Recht darauf hingewiesen, dass es sich bei der Frage der Integration nicht nur um ein Bildungsproblem handelt, sondern dass es ein breites gesellschaftliches Problem ist. Und alle Probleme, die auch wir haben, die wir besprochen haben, betreffen auch die Migranten und Ausländer, die in diesem Lande leben. Darüber hinaus gibt es – und das ist am Anfang beschrieben – ein paar besondere Schwierigkeiten in dieser Gruppe. Die lassen sich statistisch nachweisen. Da besteht besonders vor Ort Handlungsbedarf. Deshalb glaube ich, dass wir dort mehr tun müssen.

Ich will an dieser Stelle eine Kritik anbringen, die ich sonst nie laut geäußert habe. Ich glaube, dass wir uns auf der Bundesebene und auf der Parteivorstandsebene nicht gerade mit Ruhm bekleckert haben mit Blick auf die Eile, mit der wir versucht haben, solche Integrationsthemen zu behandeln.

(Vereinzelt Beifall)

Ich sage in aller Schärfe: Ich bin Mitglied in dem Arbeitskreis gewesen, der sich um Migration und Integration kümmern sollte. Er hat sehr wenig getagt und kein Papier erarbeitet. Das Papier kam ganz am Schluss, wurde aber gar nicht mehr von dem Gremium behandelt. Das heißt, wir müssen uns in der Partei wirklich mehr kümmern und dieses Thema bis in den letzten Ortsverein hineinbringen und dort die Projekte, die es gibt, stützen. Aber – und da tut es mir wirklich ganz oft weh – wir müssen diese Projekte auch selber anstoßen.

(Vereinzelt Beifall)

Die Integrationspläne werden vor Ort gemacht, in den Kreistagen und in den Kommunen. Und wie dort die Lebensbedingungen für unsere Freunde, die nicht in Deutschland geboren sind, gestaltet werden, bestimmen die lokalen Parlamente, die Kreistagsparlamente ganz genauso wie der Bundestag oder der Landtag, die sich damit beschäftigen sollen. Da gibt es große Unterschiede und viel Handlungsbedarf.

Wir haben ein paar gute Maßnahmen beschlossen, die bei den Migranten auch sehr gut angekommen sind, zum Beispiel die doppelte Staatsbürgerschaft wieder zuzulassen, das Optionsmodell abzuschaffen, die Anerkennung der Berufsabschlüsse – ein ganz wichtiges Thema. Aber, wie gesagt, wir müssen uns in viel größerer Breite persönlich vor Ort kümmern. Bei der Verleihung des Dröscher-Preises ist ein Stadtverband aus Hannover nominiert, den ich nur als Vorbild empfehlen kann. Er macht hervorragende Arbeit. Ich kenne noch ein paar andere.

Ich glaube, es wäre hilfreich, wenn wir diesen Antrag nicht wieder in die Warteschleife schicken, sondern Ja zu dem sagen, was darin steht, und uns damit auseinandersetzen und damit arbeiten.

(Vereinzelt Beifall)

Nicht jeder muss alles tun, was dort vorgeschlagen wird. Aber das ist eine gute Grundlage, um tatsächlich so zu handeln und zu sagen: Ja, das sind unsere Mitbürger. Die sollen politisch auch mitbestimmen können, die sollen das kommunale Wahlrecht bekommen. Und solange sie es nicht haben, sollen sie in unserer Partei eine Heimat finden. – Wenn wir das nicht schaffen, Genossinnen und Genossen, dann haben wir wieder eine ganz große Gruppe verloren, die bisher tiefes Vertrauen in uns hatte. Das sollten wir uns nicht leisten. Ich bitte darum, diesen Antrag zu beschließen.

(Vereinzelt Beifall)

**Barbara Ludwig, Tagungspräsidium:** Es liegen zwei weitere Wortmeldungen vor. Ich darf den Genossen Petar Drakul nach vorne bitten. Und Apostolos Tsalastras hält sich bitte bereit.

(Beifall)

**Petar Drakul, Baden-Württemberg:** Guten Morgen, liebe Genossinnen und Genossen! Ich finde es symptomatisch und richtig gut, dass wir heute Morgen, am Sonntag, in aller Frühe diesen Antrag beraten. Das zeigt ein bisschen, wie die SPD dieses Thema behandelt: stiefmütterlich. Man verschläft mal wieder ein wichtiges Zukunftsthema.

(Beifall)

Eigentlich müssen wir uns selber wachrütteln. Dieses Thema ist ein Gewinnerthema, ein Zukunftsthema, ein positives Thema. Wir müssen eigentlich nach draußen gehen und sagen: Wir als Sozialdemokratie sind die Integrationspartei in Deutschland, Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Ich finde den Antrag aus Hessen-Süd gut. Er bedarf aber der einen oder anderen Ergänzung, auch deswegen sollten wir ihn beraten. Ich möchte zum Beispiel, dass die Überschrift lautet: Die SPD ist Integrationspartei. – Die SPD ist ihrem historischen Selbstverständnis nach Integrationspartei. Genossinnen und Genossen, schaut euch doch mal an, worum es vor 140/150 Jahren ging, als sich die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer verbündet und gesagt haben, sie wollen kämpfen. Es ging um Emanzipation, um Teilhabe, um Gleichberechtigung, um sozialen Aufstieg, um Bildung. Und worum geht es vielen Menschen der ersten, zweiten und jetzt auch dritten Generation? Es geht ihnen genau um diese Themen. Es gibt viele Migrantinnen und Migranten, die hierhergekommen sind, hier hart gearbeitet haben. Sie haben vielleicht nicht alles verstanden, aber sie hatten immer einen Wunsch: Dass es ihren Kindern besser gehen sollte als ihnen. Sie sollten nicht so hart arbeiten. Deswegen sage ich noch einmal: Wir als Sozialdemokraten sollten ganz selbstbewusst sagen: Wir sind die Integrationspartei in Deutschland – nicht die Grünen, nicht die Linken, nicht die FDP und ganz sicherlich nicht die CDU.

(Beifall)

Deswegen möchte ich hier eine Debatte darüber, und zwar nicht nur Sonntagmorgens. Es wäre schön, wenn wir über dieses Zukunftsthema auch mal eine Hauptdebatte führen würden. Ich bitte darum, dass wir die Zeilen 1 bis 40 streichen und dass wir einfügen: SPD ist Integrationspartei. Integration findet ihren Rahmen im Grundgesetz. Und: Die politische Partizipation ist eine wichtige Voraussetzung zu gesellschaftlicher Integration.

Wir müssen die Leute einladen. Es geht um Partizipation, um Beteiligung, um Teilhabe. Ich kann euch als Ortsvereinsvorsitzender eines sagen, während hier viele von uns über die letzten Jahrzehnte jammern: Ich habe in den letzten Jahren die Zahl der

Mitglieder meines Ortsvereins um 30 Prozent steigern können, indem ich ihn bunt gemacht habe, Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Politische Teilhabe ist wichtig. Geht doch mal raus, geht doch mal in die Städte, nach Hannover, nach Braunschweig, nach Frankfurt, nach München, nach Berlin, nach Mannheim, und ihr werdet sehen: Die Welt ist bunt. Schauen wir uns doch hier einmal um: Sind wir das Abbild dieser Gesellschaft, Genossinnen und Genossen? Ich meine nicht. Ich denke, wir müssen die Tore wirklich aufmachen und die Leute zu uns holen. Dann werden wir auch wieder jünger, weiblicher, frischer und vor allem auch positiver werden, Genossinnen und Genossen. Deswegen lasst uns darüber diskutieren. Aber lasst uns vor allem aufnehmen, dass wir die Integrationspartei sind, Genossinnen und Genossen. – Danke schön.

(Beifall)

**Barbara Ludwig, Tagungspräsidium:** Als Nächster hat Apostolos Tsalas das Wort.

**Apostolos Tsalas, Nordrhein-Westfalen:** Liebe Genossinnen und Genossen, dem wäre eigentlich inhaltlich nicht mehr viel hinzuzufügen. Ich möchte aber noch einmal auf den Antrag eingehen, der uns hier vorliegt. Ich glaube, er geht in vielen Punkten nicht weit genug. An einer Stelle geht er auf alle Fälle nicht weit genug, und zwar dort, wo er den Appell an die Partei selber richtet. Den Appell nur an die Ortsvereine zu richten, wie wir mit dem Thema Integration umgehen, ist ein bisschen zu wenig.

Wir haben immer wieder gesagt, dass Integration eine Querschnittsaufgabe ist, und zwar nicht nur was die Politikfelder angeht, sondern es ist ein Thema, mit dem sich die ganze Partei beschäftigen muss: in den Ortsvereinen, in den Unterbezirken, auf der Landesebene und natürlich auch auf der Bundesebene.

Wir haben gestern über die Beteiligung der Schwusos diskutiert. Das halte ich auch für ein wichtiges Thema. Aber wir haben an keiner Stelle darüber diskutiert, wie wir die Migrantinnen und Migranten, die es in unserer Gesellschaft gibt, an den Mandaten und in den Vorständen unserer Partei beteiligen. Da geht auch der Antrag meiner Ansicht nach nicht weit genug. Mir geht es nicht darum, eine Arbeitsgemeinschaft einzufordern. Das wäre falsch, wenn wir wieder versuchten, das mit Strukturen zu beantworten. Wir haben keine wirkliche Struktur, um dieses Thema zu bearbeiten. Vor allen Dingen fehlt es daran, diejenigen einzubeziehen, die als Menschen mit Migrationshintergrund ihre Lebenserfahrung einbringen können.

Ich glaube, das ist ganz wichtig. Von mir aus können wir den Antrag hier verabschieden, aber es darf nicht sein, dass das dann unser Integrationspapier ist. Wir müssen da viel weiter gehen. Mir wäre wohler, wenn wir dieses Thema im Rahmen der Organisationsentwicklung und im Rahmen der inhaltlichen Diskussion, die wir jetzt vorhaben, der Politikwerkstatt, zu einem der Hauptthemen machen, die wir als Sozialdemokraten beantworten müssen.

(Vereinzelt Beifall)

Wir müssen das auch noch aus einem ganz anderen Grund machen: Im Augenblick passiert etwas, was uns Sozialdemokraten nicht kaltlassen darf: Die Konservativen besetzen das Thema Integration. Sie benutzen zwar nicht mehr den Kampfbegriff der deutschen Leitkultur, aber dahinter stehen nach wie vor nur schöne Worte ohne Hintergrund und ohne Entscheidungen, die den Migrantinnen und Migranten in ihrer Lebensperspektive weiterhelfen. Also müssen wir das Thema besetzen. Es ist ein ursozialdemokratisches Thema und mit unseren Grundwerten verhaftet. Deswegen mein Appell: Wir müssen das stärker verankern, sowohl in der Arbeit zum Leitantrag als auch bei der Organisationsentwicklung. Ich wäre froh, wenn der Parteivorstand das entsprechend aufnehmen würde. – Danke schön.

**Barbara Ludwig, Tagungspräsidium:** Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Ich gebe Ute das Wort für die Antragskommission. Zunächst sprechen wir über die Anträge, bei denen es Änderungswünsche gibt. Die anderen können wir im Block abstimmen. Ich schlage also vor, dass wir mit dem Antrag I22 anfangen.

**Ute Vogt, Antragskommission:** Okay, wir bleiben also zunächst bei dem Antrag, über den gerade diskutiert worden ist. Wir in der Antragskommission haben uns bewusst nicht für Verabschiedung entschieden. Ähnlich, wie es Apostolos dargestellt hat, haben wir darüber diskutiert, wie sich die Partei damit intensiv befassen kann. Ich stimme überein, dass es nicht ausreicht, einen Appell an die Ortsvereine zu richten.

Deshalb möchte ich den Änderungsantrag von Petar Drakul in dem Sinne übernehmen, dass wir ihn als Einleitung voranstellen. Das hieße, der Antrag würde beginnen mit: „Die SPD ist ihrem historischen Selbstverständnis nach eine Integrationspartei. Integration findet ihren Rahmen im Grundgesetz. Die politische Partizipation ist eine wichtige Voraussetzung zur gesellschaftlichen Integration. Die SPD hat dies erkannt und wird sich für eine angemessene Repräsentation in allen Gliederungen einsetzen.“

Dann hat man gleich zu Anfang die deutliche Botschaft, dass das für uns auf allen Ebenen eine wichtige Aufgabe ist. Dem Änderungsantrag von Petar würden wir insofern Rechnung tragen, als wir die Zeilen 26 bis 30, wo es speziell um hessische Städte geht, herausnehmen, ansonsten aber empfehlen, den so veränderten Antrag zu überweisen

an die dort genannten Stellen, nämlich SGK, Landtagsfraktionen, Bundestagsfraktion und Parteivorstand. Hintergrund ist, dass es bei Überweisung eine Befassung gibt, die auf jeden Fall eine Rückmeldung an den Parteitag zur Folge haben wird, während ein Beschluss nur im Ergebnisprotokoll steht und wir ansonsten keine Rückmeldung bekommen, wer was daraus gemacht hat. Als integrationspolitische Grundlage ist das zu wenig. Mir geht es darum, dass daran gearbeitet wird und eine Rückmeldung aus den Gliederungen, an die wir das überwiesen haben, kommt, sodass wir wissen, wie man weiter damit verfahren ist und wie die Partei das bearbeitet. In dem Sinne würde ich euch bitten, das Ding in der veränderten Form zu überweisen.

**Barbara Ludwig, Tagungspräsidium:** Ich frage die Antragstellerin Uta Zapf, ob sie damit so einverstanden ist oder ob sie Einzelabstimmung wünscht? – Okay, dann stimmen wir darüber getrennt ab. Ansonsten sehe ich keine weiteren Anträge auf Einzelabstimmung. Dann könnten wir die anderen Anträge im Block abstimmen, und zwar so, wie sie von der Antragskommission empfohlen wurden. – Widerspruch dagegen gibt es nicht. Dann kommen wir zunächst zur Abstimmung zum Antrag 22. Wer dem Votum der Antragskommission – Nein, wir stimmen anders ab. Wer dem Antrag seine Zustimmung gibt, den bitte ich um sein Handzeichen. – Gegenstimmen? –

(Zurufe)

– Entschuldigung!

**Ute Vogt, Antragskommission:** Es geht darum, dass die Antragskommission empfiehlt, den Antrag in der veränderten Fassung zu überweisen. Das ist die Grundlage der Abstimmung.

**Barbara Ludwig, Tagungspräsidium:** Entschuldigung, wir wiederholen die Abstimmung. Habt mit mir Geduld, beim zweiten Mal wird es richtig.

Wir stimmen jetzt zunächst über das Votum der Antragskommission in der von Ute vorgetragenen geänderten Fassung. Wer dem seine Zustimmung gibt, den bitte ich um sein Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Ich habe eine Mehrheit für das Votum der Antragskommission gesehen.

(Unruhe)

– Wir können auch auszählen, wenn das angezweifelt wird.

(Vereinzelt Beifall – Zurufe: Nein!)

– Dann müsste aber jemand Auszählung beantragen. Für das Präsidium sage ich: Wir haben eine Mehrheit für das Votum der Antragskommission gesehen. Damit ist das Votum der Antragskommission mit Mehrheit – es gab auch Gegenstimmen und Enthaltungen – bestätigt.

Wir kommen damit zur Abstimmung der übrigen Anträge zum Themenbereich Innen- und Rechtspolitik in der euch vorliegenden Form mit den entsprechenden Voten der Antragskommission. Wer den Voten der Antragskommission zu den Anträgen seine Zustimmung gibt, den bitte ich um sein Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Bei einer Gegenstimme und wenigen Enthaltungen ist das mit großer Mehrheit so beschlossen.

Schönen Dank, Ute. – Wir kommen zum nächsten Themenbereich, der Kommunalpolitik. Ich darf Bärbel Dieckmann das Wort geben.



## Beratung der Anträge zur Kommunalpolitik

**Bärbel Dieckmann, Antragskommission:** Liebe Genossen und Genossinnen! Es liegen nicht sehr viele Anträge zur Kommunalpolitik vor, aber sehr wichtige. Ich teile die Anträge in drei Gruppen auf.

Der erste Antrag befasst sich mit einem ursozialdemokratischen Thema, das wir in den letzten Jahren vorangetrieben haben, nämlich die Betreuung für Kinder unter drei Jahren. Ich sage ausdrücklich: Wir meinen damit nicht nur Betreuung, sondern Bildung, soziale Kontakte, bessere Integration von Kindern. Wir meinen aber auch Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Deshalb war es richtig, dass wir in den Koalitionsverhandlungen 2005 mit Renate Schmidt an der Spitze durchgesetzt haben, dass wir auch für Kinder unter drei Jahren einen Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz wollen.

Lieber Franz Müntefering, du hast gestern etwas zur Wichtigkeit von Kommunalpolitik gesagt. Ich möchte dir an dieser Stelle noch einmal ganz herzlich danken, dass du in den letzten Jahren immer wieder Kommunalpolitiker, Landespolitiker und Bundespolitiker zusammengeholt hast. Wir haben gemeinsam darüber gesprochen, wie wichtig dieser Themenbereich ist. Damit hast du auch anerkannt, dass dies eine so wichtige gesellschaftliche Aufgabe ist. Bei aller Anstrengung können die Kommunen – liebe Genossinnen und Genossen, ihr wisst, dass wir alle Anstrengungen unternommen haben, zum Teil bis zur Grenze des haushalterisch Vertretbaren – das nicht alleine schaffen. Der Bund muss daher mit in die Verantwortung.

Lieber Franz, dafür dir noch einmal ganz herzlichen Dank! Das war eine ganz wichtige Anerkennung einer Mitverantwortung des Bundes für dieses wichtige Thema.

(Beifall)

Jetzt komme ich zu dem Antrag. Wir stehen vor der Situation, dass der Bund Geld zur Verfügung gestellt hat, dass Peer Steinbrück als Finanzminister – was auch nicht selbstverständlich ist – gesagt hat: Dies finanziere ich mit. – Das Geld ist an die Länder gegangen, und wir erleben in vielen Bundesländern, dass dieses Geld nicht in den Kommunen ankommt.

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, wer mich kennt, der weiß, dass ich nicht wirklich zu Verbalradikalismus neige. Aber ich möchte hier an dieser Stelle sagen: Dies ist ein Skandal!

(Beifall)

Wir brauchen in den Kommunen das Geld, das der Bund zur Verfügung gestellt hat, um Plätze für die unter Dreijährigen zu schaffen.

(Beifall)

Wir wollen nicht nur die Plätze schaffen. Wir wollen gute Qualität. Wir wollen gut ausgebildete Erzieher und Erzieherinnen.

Es kann nicht sein, dass sich in einem Land wie Nordrhein-Westfalen jetzt Kommunen zusammenschließen und mal wieder gegen das Land klagen müssen, weil sie das Geld vor Ort nicht bekommen, um diese Plätze zu schaffen!

(Beifall)

Deshalb bitte ich euch ganz herzlich, diesem Antrag mit breiter Mehrheit zuzustimmen und dies auch wirklich öffentlich zu vertreten.

Ich habe noch eine weitere Bitte. Die richtet sich an die Bundesebene, Sigmar Gabriel, an diejenigen, die im Bundestag sind. Ich finde, auch ihr könntet einmal nachfragen, wo eigentlich das Geld, das ihr als Bund zur Verfügung gestellt habt, bei den Ländern bleibt. Es kann nicht sein, dass das jetzt nur eine Aufgabe der Kommunen ist.

(Beifall)

Der zweite Bereich befasst sich auch mit einem Thema, das uns auch seit vielen Jahren beschäftigt, nämlich der Frage der öffentlichen Daseinsvorsorge. Liebe Genossen und Genossinnen, auch hier hat es ein paar Jahre in diesem Land gegeben, in denen Sozialdemokraten und Sozialdemokratinnen, Politiker und Politikerinnen, die nicht bereit waren, die öffentliche Daseinsvorsorge in die Hand von Privaten zu geben, als unmodern galten. Ich beschreibe das sehr vorsichtig. Ihr in den Kommunen wisst alle: Die Menschen wollen, dass die öffentliche Daseinsvorsorge nicht in privater Hand ist.

(Beifall)

Sie wollen, dass es eine kommunale Verantwortung, eine öffentliche Verantwortung für die kommunale Daseinsvorsorge gibt. Deshalb sind alle diese Anträge richtig und gehen in die richtige Richtung.

Ich sage das deshalb am Anfang, weil ich jetzt für die Antragskommission den Vorschlag machen werde, dass wir über diese Anträge heute nicht im Einzelnen abstimmen, sondern sie als eine wichtige Verweisung – nicht als Erste-Klasse-Verweisung – an die Bundes-SGK und über die Bundes-SGK zum Parteivorstand zum nächsten Bundesparteitag geben.

Ich will das auch begründen. Wenn ihr euch das im Einzelnen anguckt, ist die Richtung bei allen richtig. Aber es gibt einzelne schwierige Stellen. Nicht jede kleine Gemeinde wird Stadtwerke vorhalten können. Es gibt Städte und Gemeinden, die Teilprivatisierungen gemacht haben, die Private in die Unternehmen mit hineingenommen haben. Wir würden dies gerne mit der SGK zu einem wirklich stringenten Antrag zusammenfassen, der dann die sozialdemokratische Positionierung deutlich macht.

Meine Bitte und mein Vorschlag ist, dass dies beim nächsten Bundesparteitag, an dem ich dann nur noch als Gast teilnehmen werde – aber ich möchte das gerne erleben –, eines der Schwerpunktthemen ist. Denn das ist auch ein Schwerpunktthema der Menschen vor Ort. Gerade das, was die neue Koalition jetzt vorhat, geht gegen öffentliche Daseinsvorsorge. Das wird die öffentliche Daseinsvorsorge verteuern. Deshalb sollten wir Sozialdemokraten und Sozialdemokratinnen ganz deutlich und klar Stellung nehmen: Wir wollen eine öffentliche Daseinsvorsorge in öffentlicher Hand! Wir werden dies auch dezidiert begründen.

(Beifall)

Der letzte Punkt beschäftigt sich mit etwas, bei dem auch jeder Kommunalpolitiker weiß, dass dies ein Thema der letzten Jahre gewesen ist und in der Zukunft sein wird, nämlich die nachhaltige Stadtentwicklung. Wir haben gestern über Energieerzeugung und Energiegewinnung gesprochen. Aber wir wissen längst, dass Energieeffizienz, dass Energieeinsparung auch eine kommunale Frage ist, dass sie ganz eng mit der Gesetzgebung und Vorschriften zur nachhaltigen Stadtentwicklung zusammenhängen. Auch dieser Antrag ist inhaltlich vollkommen richtig und geht in die richtige Richtung. Trotzdem schlägt die Antragskommission auch hier vor „Bundes-SGK und Parteivorstand“, weil wir noch einmal genau herausarbeiten wollen: Wo gibt es schon Gesetzgebung? Wo gibt es gesetzliche Regelungen? Wo müssen wir vielleicht Gesetzesinitiativen auf Bundesebene und Länderebene ergreifen? Aber auch von der Ausrichtung her geht dieser Antrag vollkommen in die richtige Richtung.

Das war kurz begründet das Votum der Antragskommission. Ich gehe davon aus, dass es dazu auch Wortmeldungen geben wird.

(Beifall)

**Barbara Ludwig, Tagungspräsidium:** Wir haben einige Wortmeldungen. Manfred Schaub darf als Erster hierzu das Wort ergreifen. Richard Leibinger darf sich bereits darauf vorbereiten. Es gibt noch zwei weitere Wortmeldungen. Jetzt hat Manfred das Wort.

**Manfred Schaub, Parteivorstand:** Liebe Genossinnen, liebe Genossen! Ich brauche die fünf Minuten nicht, weil ich nichts weiter möchte, als dass die Position, die richtig ist

und Bärbel eben beschrieben hat – nämlich eine klare Position gegen Privatisierung und eine klare Position für die Sicherung der Daseinsvorsorge und der Grundversorgung –, zusätzlich zu der Überweisung an die Bundes-SGK auch an den Parteivorstand überwiesen wird.

(Beifall)

Denn sonst machen wir uns ein Stückchen unglaubwürdig – wir haben ja gestern gesagt, wir wollen kommunale Themen auch im Parteivorstand verankern und dort auch diskutieren –, wenn wir das jetzt an die befreundete Bundes-SGK abgeben und dies damit für uns erledigt ist. Ich möchte, dass wir das Ergebnis, das dabei herauskommt, anschließend im Parteivorstand wieder diskutieren, damit das eine Position der Gesamtpartei ist, weil das die richtige ist und nach draußen gehen muss.

(Beifall)

**Barbara Ludwig, Tagungspräsidium:** Jetzt hat Richard Leibinger das Wort.

**Richard Leibinger, Baden-Württemberg:** Liebe Genossinnen und Genossen! Im Grunde genommen kann man inhaltlich allem zustimmen, was gesagt worden ist. Ich glaube nur, wir haben bei diesen Dingen nicht mehr viel Zeit. Wenn ihr bedenkt, dass in den nächsten drei Jahren in Baden-Württemberg mehrere hundert Konzessionsverträge auslaufen, und wenn man aus praktischer Erfahrung weiß – ich habe diesen Prozess seit 15 Jahren intensiv betrieben und habe Stadtwerke gegründet –, dass diese Dinge einen sehr großen und breiten Vorlauf brauchen – mehrere Monate, wenn nicht mehrere Jahre –, dann müssen wir sofort beginnen und die Kommunen und die Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker, die daran arbeiten, wo diese Entscheidungen in den nächsten Wochen und Monaten anstehen, rechtzeitig unterstützen!

Es gibt auch auf diesem Parteitag Diskussionsangebote, zum Beispiel am Stand des Verbandes Kommunaler Unternehmen (VKU), wo es genau zu diesem Thema einen Leitfaden, eine Broschüre gibt. In der letzten Woche hat sich ja auf einem DEMO-Kongress gezeigt, wie aktuell und dringend dieses Thema ist. Deshalb bitte ich, das nicht einfach zu überweisen, sondern sofort den Gliederungen die Möglichkeiten zu geben und Unterstützung anzubieten, damit Stadtwerke erfolgreich gegründet werden können. Das ist nämlich eine der wesentlichen Voraussetzungen, um auch einer alternativen Energiepolitik, die nachhaltig ist, die auf regenerativen Energien aufbaut, zum Erfolg zu verhelfen. Da sind dezentrale Strukturen, wie sie Stadtwerke darstellen, ganz wichtig. Das ist auch deswegen wichtig, weil sich gezeigt hat – in der Broschüre sind auch erfolgreiche Beispiele dokumentiert –, dass dies ökologisch sinnvoll ist und dass es ökonomisch sinnvoll ist. Viele Kommunen hätten in den letzten Jahren ihre Haushalte nicht ausgleichen können, wenn sie diese regionale Wertschöpfung und

diesen regionalen Mehrwert nicht bei sich im Haushalt zum Beispiel zur Deckung von Projekten der Daseinsvorsorge – wie Bäder und öffentlicher Nahverkehr – hätten nutzen können.

Deshalb dürfen wir keine Zeit verlieren und müssen wir sofort handeln. Wir dürfen das nicht zeitintensiv auf irgendwelche Gremien verweisen.

Ich möchte auch noch einmal unterstreichen, was der Genosse Schaub gesagt hat: Dies ist auch eine originäre Aufgabe. Wenn man die Kommunalpolitik wieder stärker ernst nimmt, ist dies eines der zentralen Themen in den nächsten Wochen und Monaten.

Deswegen nicht vertagen, sondern sofort handeln. – Danke.

(Beifall)

**Barbara Ludwig, Tagungspräsidium:** Das Wort hat jetzt Ulli Nissen. Als Nächste darf Bettina Hagedorn sprechen.

**Ulrike Nissen, Hessen-Süd:** Liebe Genossinnen und Genossen! Ich möchte noch einmal auf eines hinweisen, was wirklich wichtig ist: Auch Krankenhäuser bzw. die Gesundheitsversorgung gehören dazu. Es werden immer mehr Krankenhäuser privatisiert. Wie sich das äußert, habe ich vor kurzem als kritische Aktionärin bei der Hauptversammlung des Rhön-Klinikums erlebt. Ein Aktionär sagte zu mir: „Wünschen wir uns möglichst viele Kranke.“ Das passiert, wenn das Gesundheitswesen privatisiert. Deswegen ist es sehr wichtig, auch in diesem ganzen Bereich des Gesundheitswesens zu formulieren, dass keine weitere Privatisierung von Krankenhäusern erfolgen soll. – Danke schön.

(Beifall)

**Barbara Ludwig, Tagungspräsidium:** Bettina hat das Wort.

**Bettina Hagedorn, Schleswig-Holstein:** Liebe Genossinnen, liebe Genossen! Ich habe mich zu Wort gemeldet, als Bärbel gesagt hat, wir müssen uns auch als Bundestagsabgeordnete stärker darum kümmern, was eigentlich mit den 4 Milliarden € für die Krippen ist. Dazu will ich euch als Mitglied des Haushaltsausschusses sagen: Liebe Genossinnen und Genossen, wir wissen längst, wie es mit dem Geld ist. Wir haben nämlich gefordert, dass uns jedes halbe ein Überblick gegeben wird. Den ersten Überblick bekamen wir Anfang 2009. Und was war das Ergebnis? Das Ergebnis war, dass die Bundesländer 2008 im Schnitt nur 16 % der ihnen zustehenden Millionen abgefordert haben. Das heißt, liebe Bärbel: Das Geld ist da. Es liegt in den Ländern. Es muss abgefordert werden.

Wir haben im Juni den zweiten Bericht bekommen. Wir lassen es uns jedes halbe Jahr vorlegen. Nicht nur ich, sondern sicherlich auch meine Kolleginnen und Kollegen

haben das in ihren Ländern bzw. Kommunen kommuniziert. Die Schleswig-Holsteiner – ihr wisst, damals haben noch eine gemeinsame Regierung gehabt – waren nicht alle dankbar dafür, dass ich darauf hingewiesen habe, dass wir Schleswig-Holsteiner im Jahre 2008 nur 0,4 % des Geldes abgerufen haben. Ich habe vorgestern schon einmal gesagt, dass wir da alle in den Spiegel blicken müssen. Das Geld kann nur ausgegeben werden, wenn wir in den Kommunen – und dort sitzen wir alle, auch wenn wir nicht alle Mehrheiten haben – das Thema nach vorne tragen und tatsächlich Krippen bauen. Das müssen wir tun, und da können nicht immer nur sagen – glaubt mir, ich habe es in vielen Kommunen in meiner Region gehört, ich war im letzten dreiviertel Jahr in 17 Rathäusern –: „Na ja, wisst ihr, in den Krippen müssten wir jetzt erst einmal altersgemischte Gruppen machen, und dann schauen wir mal. Ob dann überhaupt ein Neubau erforderlich ist, das gucken wir mal.“

Wenn man weiß, dass wir 2004 in der Bundesrepublik nur 60.000 Plätze für unter Dreijährige hatten, dass wir uns dann vorgenommen haben, bis 2010 bundesweit mit dem Tagesbetreuungsausbaugesetz auf mehr als 300.000 Plätze zu kommen und dass jetzt die neue Marschroute ist, bis 2013 mehr als 700.000 Plätze zu schaffen – das Geld dafür steht vom Bund zur Verfügung –, dann muss man sagen: In dem Schnecken-tempo, in dem in den allermeisten Kommunen mit diesem Thema umgegangen wird, werden wir das, was erforderlich ist, einfach nicht hinkriegen. Wir Sozialdemokraten müssen ein Projekt daraus machen und müssen fragen – Bund, Land und Kommunen, Hand in Hand –: Wo sind eigentlich die Stellen, an denen es hakt. Da sind viele Kommunen nicht mutig und nicht ehrgeizig genug. Es gibt viele Kreise und viele Landesregierungen, die das Ding einfach in der Bürokratie versacken lassen und nicht genug beschleunigen. Gemeinsam wir ein Schuh daraus.

Meine Bitte lautet: Nehmt die Zahlen vom Bund, die es schon gibt. Fragt mich oder eure Kolleginnen und Kollegen, die im Bundestag sitzen. Ihr könnt die Zahlen haben. Benutzt sie, um gemeinsam ehrgeizig voranzuschreiten. – Danke schön.

(Beifall)

**Barbara Ludwig, Tagungspräsidium:** Claus Möller hat das Wort.

**Claus Möller, Parteirat:** Liebe Genossinnen und Genossen! Ich möchte auch darum bitten, dem Antrag K 2 zuzustimmen und nicht zu überweisen.

(Beifall)

Alleine bei uns in Schleswig-Holstein laufen in den nächsten drei Jahren 800 Konzessionsverträge aus, und es tobt der Bär. Auch ein großer Anbieter, der hier einen Informationsstand hat, versucht, alle Konzessionen zu retten. Die Kommunen und auch die Mandatsträger sind natürlich verunsichert. Ich meine, sie haben einen Anspruch

darauf, dass von diesem Parteitag ein deutliches Signal als Ermunterung ausgeht: Wir wollen die Kommunalisierung der Netze und nicht mit Scheinangeboten unter die Bettdecke der Großkonzerne gehen.

(Beifall)

Es ist erfreulich, dass SGK, VKU und andere viele Informationsveranstaltungen machen. Denen brauchen wir das nicht mehr zu überweisen; die sind am Ball. Aber es bedarf eines Signals an alle Entscheidungsträger in Aufsichtsräten und an Kommunalpolitiker: Ja, wir wollen das. Habt den Mut. Das ist vernünftig. – Vielen Dank.

(Beifall)

**Barbara Ludwig, Tagungspräsidium:** Als Nächster hat Hannes Birke das Wort. Das ist im Moment der vorerst letzte Redner, der sich zu diesem Tagesordnungspunkt gemeldet hat.

**Hans-Helmut Birke, Schleswig-Holstein:** Liebe Genossinnen und Genossen! Ich würde gerne ein Wort zu dem Antrag K6 sagen. Es geht um Sale-and-lease-back. Die Antragskommission hat an den Rand geschrieben: „Erledigt durch US-Gesetzgebung“. Ganz offensichtlich muss der Antragskommission dort ein Fehler unterlaufen sein, denn es handelt sich bei diesem Antrag nicht ausschließlich um das Cross-Border-Leasing. Das ist in der Tat von der US-Regierung noch unter Bush verboten worden. Nein, Sale-and-lease-back wird auch mit deutschen und internationalen Investoren betrieben. Wir haben ganz konkret die Erfahrung gemacht, dass Sale-and-lease-back sehr häufig die Vorstufe zur Privatisierung ist.

In meinem Kreis ging es um die Krankenhäuser, die im kommunalen Besitz gewesen sind. Als dort finanzielle Schwierigkeiten auftauchten, hat man dann gegen unseren Widerstand solch eine Sale-and-lease-back-Finanzierung auf den Weg gebracht. Dabei hat man zwei ganz praktische Erfahrungen gemacht, nämlich zum einen die Erfahrung, dass solche Kreditgeschäfte in der Regel finanziell wesentlich ungünstiger sind als ein ganz normales Kreditgeschäft, das man gegebenenfalls über eine Bank erledigen kann. Der erste Punkt.

(Beifall)

Der zweite Punkt: Es ist sehr häufig die Vorstufe zur Privatisierung. Bei uns war die Erfahrung insofern, dass in den Kliniken dann natürlich das Betriebsergebnis mit dem Mietzins derart stark belastet war, dass das im kommunalen Bereich nicht mehr erwirtschaftet werden konnte. Also hat man gesagt: Damit wir die Häuser los sind und daraus nicht weitere finanzielle Belastungen haben, fangen wir an, die Häuser zu verkaufen. Das ist geschehen. Diese Entwicklung als Vorstufe gilt es zu verhindern.

Es darf nicht sein, dass Sale-and-lease-back sozusagen ein Finanzierungsmodell ist, das im Kern dazu führt, dass der Privatisierung von Leistungen der öffentlichen Daseinsvorsorge Vorschub geleistet wird.

(Beifall)

Ich möchte euch sehr herzlich bitten, euch nicht mit der Formulierung „Erledigt durch US-Gesetzgebung“ zufrieden zu geben, sondern ich würde sehr herzlich darum bitten, dass wir diesem Antrag zustimmen, weil es eben mehr ist als nur Cross-Border-Leasing, wie es von der Antragskommission vermeintlich gesehen wird.

(Beifall)

Vielleicht noch die folgende Anmerkung: Es wäre auch gut, wenn wir diesen Beschluss fassen können. Wir Sozialdemokraten sind in der Vergangenheit nicht frei von solchen Geschäften gewesen. Im Kern mussten wir die Erfahrung machen – gerade auch auf kommunaler Ebene und wahrscheinlich auch auf anderer Ebene –, dass diese Art von Kreditgeschäften nichts anderes war als eine weitere Verschuldung von Kommunen, die zur Eingrenzung des Handlungsspielraums in diesem Bereich geführt hat.

Noch einmal meine herzliche Bitte: Lasst uns in der Frage gründlich umdenken und dem Antrag zustimmen. – Vielen Dank für eure Aufmerksamkeit.

(Beifall)

**Barbara Ludwig, Tagungspräsidium:** Es gibt noch zwei weitere Wortmeldungen. Als Nächster hat Stephan Grüger das Wort und dann danach Rolf-Georg Köhler.

**Stephan Grüger, Hessen-Süd:** Liebe Genossinnen und Genossen! Es ist von entscheidender Bedeutung, dass wir uns der Tatsache bewusst sind: Die kommunale Daseinsvorsorge ist nicht ein Relikt aus irgendeiner wunderbaren Vergangenheit. Gerade wenn wir die Zukunft gestalten wollen mit erneuerbaren Energien, ist die kommunale Daseinsvorsorge, sind die Stadt- und Gemeindewerke, sind die Kommunen, die sich darum kümmern, dass erneuerbare Energien auch wirklich eine gute Entwicklung erfahren, von entscheidender Bedeutung. Erneuerbare Energien sind dezentrale Energien, und sie sind – das ist einer der Gründe, warum sich die Monopolisten so schwer damit tun – sehr schwer zentralistisch auszubauen. Aber sie sind eine hervorragende dezentrale Energieform, die sich geradezu anbietet, in den Kommunen und von kommunalen Stadt- und Gemeindewerken als Energieträger benutzt zu werden.

Es gibt inzwischen eine Reihe von Stadtwerken, die ganz offensiv die Strategie fahren, die erneuerbaren Energien als Basis ihrer Energieerzeugung auszubauen. Dazu gehören zum Beispiel die Stadtwerke München, die damit ganz offensiv umgehen.



Ein anderes Beispiel ist die HSE in Darmstadt. Es gibt noch viele andere. Das macht Mut.

Ich möchte nur euch, die ihr als Kommunalpolitiker darüber entscheidet, wie das mit den Konzessionsverträgen aussieht, bitten: Habt den Mut, euch Gedanken darüber zu machen, ob es sein muss, bei Eon, bei RWE und bei Vattenfall wieder unter die Decke zu kriechen, oder ob es die Möglichkeit gibt, zu rekommunalisieren und die Netze selbst zu übernehmen.

Ich möchte diejenigen von euch, die mit darüber entscheiden können, ob Stadtwerke Nachbarkommunen Angebote machen, um die Konzessionsverträge zu übernehmen, bitten: Sorgt dafür, dass eure Stadtwerke diese Angebote machen. Die meisten Kommunen sind von sich aus nicht ohne weiteres in der Lage, Netze zu übernehmen.

Ich habe bei mir in Hessen jetzt so etwas organisiert. Da hat ein Stadtwerk für zwei Kommunen zu dem bisherigen Monopolisten, der dort tätig ist, ein Alternativangebot vorgelegt, damit die Kommunen überhaupt die Chance bekommen, offen mit dem Stadtwerk über die Frage zu reden: Wie können wir unsere Netze rekommunalisieren und wie können wir erneuerbare Energien fördern? Das heißt: Das eine und das andere muss getan werden. Diejenigen, die darüber entscheiden können, ob die Netze rekommunalisiert werden, müssen den Mut haben, dies zu tun, und diejenigen, die darüber entscheiden können, ob Stadtwerke Angebote an diejenigen machen, müssen diese Angebote organisieren. Ansonsten geht die ganze Sache unter.

Das Entscheidende ist: Wir Sozialdemokraten stehen auf beiden Seiten dieser Diskussion. Lasst uns das gemeinsam in die Hand nehmen. Lasst uns gemeinsam dafür sorgen! Das ist keine bundespolitische und auch keine landespolitische, sondern vor allen Dingen eine kommunalpolitische Aufgabe. Liebe Genossinnen und Genossen, wir sind die Kommunalpartei in diesem Land. Wir können dafür sorgen, dass es da vorangeht! Lasst uns das gemeinsam anpacken! Ich denke, dann werden wir die Energiewende tatsächlich schaffen können. – Vielen Dank.

(Beifall)

**Barbara Ludwig, Tagungspräsidium:** Jetzt hat der Genosse Köhler das Wort.

**Rolf-Georg Köhler, Hannover:** Genossinnen und Genossen! Die Anträge, die sich mit diesem Themenkomplex beschäftigen, arbeiten eigentlich die letzten 15 Jahre auf. Die erste Welle, die wir hatten, ist eine Privatisierung von kommunalen Dienstleistungen auch im Gas-, Wasser- und im Strombereich sowie auch in der Wohnungswirtschaft. Ich selbst leite ein kommunales Unternehmen in Göttingen, das sich seit Jahren Gott sei Dank erfolgreich gegen Privatisierung wehren konnte.

Wenn das nur in die Fachgremien verwiesen ist – es ist mehr als eine Fachfrage –, dann habe ich die Sorge, ob wir uns dann wieder auf eine Rekommunalisierung besinnen können. Sie kann nicht kommunal sein, sondern sie muss regional sein, weil die zu bewegendenden Wirtschaftsmittel von den meisten Kommunen nicht aufgebracht werden können. Wer aber Gestaltungsspielräume für die Kommunalpolitik erarbeiten will, darf sich nicht auf private Angebote von Vattenfall, Eon oder ähnlichen Anbietern verlassen.

(Beifall)

Die Interessenlage dieser Unternehmen ist ausschließlich kapitalorientiert. Wir waren diejenigen, die zum Beispiel in vielen Bereichen die Verkäufe betrieben haben. Es ist ein zentraler Fehler gewesen, zu hoffen, dass der Finanzmarkt unsere kommunalen Probleme beheben wird. Er verschärft sie, und er sorgt für Preisentwicklungen, denen heute keiner mehr etwas entgegensetzen kann.

(Vereinzelt Beifall)

Es gibt Unternehmen, die das dritte, vierte und fünfte Mal privatisiert worden sind. Wenn man auf den Wohnungsbau schaut, dann muss man nur nach Wilhelmshaven gehen, wo eine Gesellschaft das vierte Mal verkauft worden ist, und zwar in der Hoffnung, dass der Kämmerer jedes Mal seinen Haushalt sanieren kann. Aber der Schuldenstand ist heute der gleiche.

Es ist aber auch das Ergebnis einer in Teilen verfehlten Kommunalpolitik. Wenn wir nicht in die Infrastruktur investieren und investieren können – das ist das Problem der Haushälter –, wird auch die Rekommunalisierung dieser Bereiche wie der Energiebereich nicht funktionieren. Wenn die Partei die Energiewende ernst meint, kann sie nicht auf diese Konzerne setzen, deren Interessenlage anders ist.

(Beifall)

Ich finde es auch falsch, das jetzt ausschließlich an die SGK zu überweisen. Dieses ist ein zentrales Thema über alle Ebenen der Partei: im Bundestag, in den Landtagen und in den Kommunen. Auch unsere Genossen in den Landtagen, müssen sich bei Haushaltsgenehmigungen manchmal einen Kopf darüber machen, was ihre Art der Haushaltsgenehmigung für die Gemeinden bedeutet. Wir haben wiederholt erlebt, dass Aufsichtsbehörden Kommunen anweisen, kommunales Vermögen zu veräußern, damit eine Haushaltsgenehmigung erfolgen kann. Es ist eine kurzfristig und rein fiskalisch durchdachte Vorgehensweise, die kommunalpolitisch bisher keinen Erfolg zeigt. Die Mündener, die hier anwesend sind, die wissen das aus dem Bereich der Krankenhäuser. Andere kennen das aus ihren Gemeindewerken und andere von ihren Wohnungsbaugesellschaften.

Diesen Irrtum müssen wir beenden. Wir müssen dafür sorgen, dass Wirtschaftsmittel über Bund und Länder in die Kommunen kommen, um dieses Problem zu beheben. – Herzlichen Dank.

(Beifall)

**Barbara Ludwig, Tagungspräsidium:** Damit haben wir alle Wortmeldungen abgearbeitet. Bärbel hat nun das Wort.

**Bärbel Dieckmann, Antragskommission:** Ich beginne mit der Kinderbetreuung. Ich glaube, da gab es keinen Dissens. Bettina, ich möchte dir nur noch sagen: Uns ist schon klar, dass ihr wisst, dass das Geld nicht abgerufen worden ist. In Nordrhein-Westfalen gibt es das Problem, dass das Geld vom Land nicht zur Verfügung gestellt wird. Mir geht es nur darum, dass auch die Bundesebene politisch noch einmal Stellung nimmt und dass da möglichst Druck erzeugt wird.

(Beifall)

Denn wir in den Kommunen erfahren den Druck der Eltern, und das zu Recht. Es ist eine politische Aufgabe der SPD, dass man – neben der Tatsache, dass wir diesen Antrag annehmen; das ist ja das eine – parallel dazu den politischen Druck erzeugt, dass etwas passiert.

Dann zu dem gesamten Bereich der kommunalen Daseinsvorsorge. Ich würde gerne einen Vorschlag machen: Es gibt den Antrag K3 aus Hessen-Süd, der in ganz allgemeiner Form deutlich macht: keine Privatisierung kommunaler Betriebe im Bereich Wasser, Strom und Gas. Privatisierte Unternehmen sollen zurückgeholt werden. Ich würde das gerne ergänzen um den Satz: Dabei sollen verstärkt kommunale Kooperation angestrebt werden.

(Beifall)

Der Claus Möller wird sich damit auch einverstanden erklären. Manfred Schaub, ich habe eben sehr deutlich gesagt, dass das nicht nur in die SGK geht, sondern auch in den Parteivorstand, und dass es ein Thema des nächsten Bundesparteitages sein muss. Aber vielleicht wäre das der Kompromissweg, den wir einschlagen könnten, nämlich dass man diesen grundsätzlichen Satz annimmt und dann alles das, was die Einzelheiten betrifft – Netze usw. -, sorgfältig aufarbeitet und damit zu einer politischen Aussage kommt, die für alle Kommunen zutrifft.

(Beifall)

Ich möchte gerne noch ergänzen, dass neben der SGK der Juso-Bundesvorstand intensiv beteiligt werden sollte, weil sie einen ausführlichen Antrag zu dem Thema

vorgelegt haben. Ich denke, Franziska, das wäre eine gute Möglichkeit, wie war das machen können.

Zu dem Punkt Cross-Border-Leasing. Es ist richtig, das „Sale-and-lease-back“ etwas Weitergehendes ist. „Cross-Border-Leasing“ ist durch US-Gesetzgebung erledigt. Bei „Sale-and-lease-back“ schlägt die Antragskommission vor, das an die SGK und dann an den Parteivorstand zu verweisen, weil es da auch sehr unterschiedliche Modelle in den Kommunen gibt.

(Beifall)

**Barbara Ludwig, Tagungspräsidium:** Ich würde vorschlagen, dass wir über die Anträge einzeln abstimmen, sofern Änderungswünsche dazu vorlagen.

Wer dem Votum der Antragskommission zum Antrag K 1 – da geht es um die Kinderbetreuung – seine Zustimmung gibt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Das haben wir einstimmig so beschlossen.

Jetzt kommen wir zum Antrag K 2.

Die Bärbel hat einen Vorschlag dazu gemacht. Wir haben hier Anträge zur Einzelabstimmung. Deshalb bringe ich jetzt auch den K 2 zur Einzelabstimmung. – Bärbel noch einmal.

**Bärbel Dieckmann, Antragskommission:** Barbara, vielleicht lässt du erst über den K 3 abstimmen. Ich hatte eben den Eindruck, dass ihr damit einverstanden seid. Dann haben wir nämlich den Grundsatzbeschluss, und dann können wir die Einzelheiten sorgfältig ausarbeiten.

Barbara Ludwig, Tagungspräsidium: Okay, kein Problem. – Bärbel, damit wir es richtig wissen: Dort, wo jetzt „Überweisung an Bundes-SGK“ steht, sagt die Antragskommission jetzt auch „Überweisung an den Bundesvorstand“. Ist das richtig?

**Bärbel Dieckmann, Antragskommission:** Ja.

**Barbara Ludwig, Tagungspräsidium:** Also für die weitere Abstimmung heißt das: Überall, wo jetzt „Überweisung an Bundes-SGK“ steht, wird auch an den Bundesvorstand überwiesen.

Wir stimmen zunächst über das Votum der Antragskommission zum K 3 in der ergänzten Fassung ab. Wer dem Votum der Antragskommission zu K 3 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen?

**Bärbel Dieckmann, Antragskommission:** Nein, K 3 nehmen wir an. – Jetzt noch einmal, damit wir jetzt kein Missverständnis haben: Ich hatte jetzt als Kompromissvorschlag

für die Antragskommission gesagt, dass wir den K3 – in der ganz allgemeinen Aussage – annehmen und alles andere: an die SGK, an den Parteivorstand, zum nächsten Bundesparteitag.

(Vereinzelt Beifall)

**Barbara Ludwig, Tagungspräsidium:** Damit wir das ganz richtig machen: Wir haben dem zwar eigentlich schon zugestimmt, weil das die Antragskommission vorgeschlagen hat, aber damit wir das auch richtig annehmen, stimmen wir jetzt darüber ab, den Antrag K3 in der von Bärbel Dieckmann vorgetragenen Fassung zur Abstimmung zu stellen. Wenn ihr dem zustimmen wollt, dann bitte ich jetzt um euer Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Bei ganz wenigen Stimmen dagegen ist dieser Antrag mit großer Mehrheit so angenommen worden.

(Beifall)

Jetzt gibt es noch die Anträge K2 bis K10: Der Einfachheit halber frage ich noch einmal, ob die Antragsteller hier noch eine Einzelabstimmung möchten oder ob das damit jetzt aufgegangen wurde. – Das scheint nicht mehr der Fall zu sein. Dann können wir jetzt über die Anträge K2 bis K10 abstimmen. Wer dem erweiterten Votum der Antragskommission seine Zustimmung gibt, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Das ist mit großer Mehrheit so angenommen.

Schönen Dank, Bärbel, für deine Arbeit als Mitglied der Antragskommission, die du da sehr oft geleistet hast.

(Vereinzelt Beifall)

## Beratung der Anträge zur Außen-, Entwicklungs- und Sicherheitspolitik

Wir kommen damit zum nächsten Punkt. Es geht um die Außen-, Entwicklungs- und Sicherheitspolitik. Hier darf ich zunächst die Heidemarie Wieczorek-Zeul für die Antragskommission ums Wort bitten.

**Heidemarie Wieczorek-Zeul, Antragskommission:** Liebe Genossinnen und Genossen, wir haben gestern ja eine Reihe von Anträgen aus dem Abschnitt Außenpolitik, die sich auf Afghanistan bezogen, bei dem Initiativantrag abgestimmt. Insofern ergeben sich daraus dann Schlussfolgerungen für die Behandlung.

Der zweite Punkt ist: Es liegt ein ausführlicher Antrag zur Abrüstung im Bereich der Kleinwaffen vor. Da ist die Empfehlung der Antragskommission, dass wir ihn an die Bundestagsfraktion überweisen; denn die Bundestagsfraktion wird im Jahr 2010 einen eigenen Antrag bezogen auf die Abrüstungsinitiativen vorlegen. In der Tat: Die Notwendigkeit, den Transfer von Kleinwaffen zu begrenzen und einzuschränken, ist zentral; denn Kleinwaffen sind verantwortlich dafür, dass in vielen Ländern Kindersoldaten eingesetzt und Bürgerkriege angeheizt werden. Es ist wichtig, dass wir eine solche Initiative qua Fraktion mit übernehmen.

Dann gibt es den Initiativantrag I 33 zur Frage der Wehrpflicht. Die Antragskommission empfiehlt, dass das durch die Formulierung des Hamburger Parteitags erledigt ist. Ich möchte daran erinnern: Auf dem Hamburger Parteitag haben wir formuliert: „Wir streben an, zum Dienst in den Streitkräften künftig nur noch diejenigen einzuberufen, die sich zuvor bereit erklärt haben, den Dienst in der Bundeswehr leisten zu wollen“. – Das ist die Passage aus Hamburg.

Jetzt gibt es aber natürlich dadurch eine andere Situation, dass es eine Vereinbarung der Koalition gibt, die ein wirklich fauler Kompromiss ist. Wir haben gestern ja gesagt: Wir wollen, dass die SPD-Basis in Entscheidungen einbezogen wird. Ich finde es wichtig, dass es eine sehr sorgfältige Debatte über eine neue Situation in der Partei gibt, aber nicht so, dass wir hier sozusagen in einer halben Stunde eine neue Linie beschließen, sondern es muss eine sorgfältige Debatte sein. Dabei sollte in der SPD – auch mit den entsprechenden Beteiligten – insbesondere auch die Diskussion über Frage stattfinden, wie die Freiwilligendienste ausgeweitet werden können.

Alles andere bei den Anträgen ergibt sich aus den Voten der Antragskommission. Da ist dann manchmal nur noch die Aufforderung an die sozialdemokratischen Minister verändert worden. Die wird in der Antragsempfehlung aus naheliegenden Gründen nicht mehr erwähnt.

Wenn ich darf, würde ich auch als ehemalige langjährige Entwicklungsministerin zu Beginn dieser Debatte gerne eines sagen, liebe Genossinnen und Genossen. Ich finde, Entwicklungspolitik darf nicht zu einem Trittbrett für kurzfristige Wirtschaftsinteressen verkommen.

(Beifall)

Entwicklungspolitik muss sogar ein Sprungbrett zu einer sozial, wirtschaftlich und ökologisch gerechten Globalisierung sein und dazu gemacht werden.

Das Böse ergibt sich nicht aus dem Willen zur Bösen Tat, sondern – so hat es Hannah Ahrendt ausgedrückt – durch Gleichgültigkeit und Hinnahme von Entwicklungen, die man aufhalten kann.

Ich finde nach wie vor, dass es ein Skandal ist, dass weltweit jede Minute eine Frau bei der Geburt ihres Kindes oder an den Folgen der Geburt stirbt. Liebe Genossinnen und Genossen, deshalb bin ich dafür, dass wir uns in diesen Fragen weiter engagieren, dass wir dranbleiben. Wir dürfen nicht als die Generation in die Geschichte eingehen, der es zwar gelungen ist, die Finanzmärkte zu retten, die aber nicht die ausreichende Kraft oder den ausreichenden Willen hatte, die Welt vor Hunger, vor Armut, vor wachsendem Hunger, vor Tod und vor dem Klimawandel zu retten. Das sollte unsere gemeinsame Verpflichtung sein.

(Beifall)

**Barbara Ludwig, Tagungspräsidium:** Wir haben zu diesen Anträgen bisher keine Wortmeldungen. – Das bleibt offensichtlich auch so. Dann können wir zur Abstimmung kommen.

Da es keine Anträge auf Einzelabstimmung gibt, schlage ich vor, dass wir das Votum der Antragskommission für diese Anträge insgesamt zur Abstimmung bringen. Wer dem Votum der Antragskommission seine Zustimmung gibt, den bitte ich jetzt um sein Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist das, wenn ich es richtig gesehen habe, einstimmig bestätigt.

Liebe Genossinnen und Genossen, es ist ja kein Zufall, dass wir dieses Wochenende für unseren Parteitag gewählt haben, sondern das ist in Würdigung eines Ereignisses passiert, an dem Erhard Eppler selbst teilgenommen hat.

Ich darf euch nun Erhard Eppler ankündigen, der 1956 in unsere Partei eingetreten ist und der uns die ganzen drei Tage hier schon verfolgt und miterlebt, wie seine Partei im Jahre 2009 einen Parteitag meistert. Er selbst ist von 1961 bis 1976 Mitglied des Bundestages gewesen. Von 1968 bis 1974 war er Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit.

Er war viele Jahre, von 1970 bis 1991, Mitglied des Bundesvorstandes der SPD. Von 1973 bis 1989 war er Mitglied des Präsidiums. Er war Landesvorsitzender in Baden-Württemberg und viele Jahre – von 1973 bis 1992 – Vorsitzender der Grundwertekommission unserer Partei. Er hat, wie gesagt, als Delegierter den Godesberger Parteitag miterlebt. Er hat viele Debatten in der Sozialdemokratie in vielen Jahrzehnten mitbestimmt, mitbegleitet. Er hat seine Gedanken in Büchern ausgedrückt – zuletzt in dem 2009 erschienenen Buch „Der Politik aufs Maul geschaut.“

Meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Genossinnen und Genossen, ich darf euch nun Erhard Eppler ankündigen: 50 Jahre Godesberg. – Du hast das Wort.

(Lebhafter Beifall)



## Rede Erhard Eppler „50 Jahre Godesberger Programm“

**Erhard Eppler:** Liebe Genossinnen und Genossen, zuerst einmal herzliche Grüße der AG 80 plus,

(Heiterkeit und Beifall)

vor allem von Jochen Vogel.

(Vereinzelt Beifall)

Liebe Freunde, es stimmt ja, dass ich damals zu denen gehörte, die in der winzigen Godesberger Stadthalle das Godesberger Programm beschlossen haben. Es stimmt sogar, dass ich das gerne gemacht habe, schließlich mit einem Gefühl der Erleichterung und sogar der Befreiung, einem Gefühl, das dieser Parteitag vorgestern bei der Rede von Sigmar Gabriel erfahren hat.

(Beifall)

Aber es stimmt auch, dass ich damals überhaupt nichts zu sagen hatte. Ich war überhaupt nur nach Godesberg gekommen, weil die wichtigen Leute im Unterbezirk diesen Parteitag nicht für wichtig gehalten haben. Mir ist nichts eingefallen, was ich hätte sagen sollen und was andere nicht schon gesagt haben. Und wenn es mir eingefallen wäre, hätte ich nicht den Mut gehabt, in die Bütt zu gehen. Und wenn ich den Mut gehabt hätte, in die Bütt zu gehen, hätte mir keiner zugehört.

(Vereinzelt Heiterkeit und Beifall)

Jedenfalls bin ich am Godesberger Programm total unschuldig.

(Heiterkeit)

Das ist wohl einer der Gründe, warum dieses das wichtigste Programm im 20. Jahrhundert geworden ist.

(Beifall)

Aber ich habe schon damals gewusst, dass diese Partei, seit es sie gibt und solange es sie gibt, davon lebt, dass es eine Spannung gibt zwischen dem, was ist, und dem, was sein soll, zwischen der Wirklichkeit und dem Programm, und dass sie überhaupt nur existenzfähig ist, wenn sie beides ganz ernst nimmt, nämlich das, was ist, und das, was sein soll.

Diese Spannung zwischen beidem kann auf verschiedene Weise abfallen, und das ist gefährlich. In der Weimarer Republik ist diese Spannung abgefallen, weil die Distanz

zwischen Wirklichkeit, zwischen praktischer Politik auf der einen Seite und eher revolutionärem Programm auf der anderen Seite zu groß war. Da ist die Spannung nicht mehr entstanden.

Aber diese Spannung kann auch abfallen, indem man das Programm gar nicht mehr erst nimmt, so wie das beim Berliner Programm passiert ist, das wir in vielen Jahren mühsam erarbeitet und dann systematisch vergessen haben. Nebenbei: Manches, worüber wir heute klagen, würde anders aussehen, wenn wir seinerzeit – auch in den 90er-Jahren, in den Jahren vor Hamburg – die Spannung zwischen Programm und Wirklichkeit wirklich ernst genommen hätten.

(Beifall)

In Godesberg wurde zuerst einmal der Abstand zwischen beidem, zwischen Realität und Programm, verringert. Das Godesberger Programm war nicht identisch mit unserer Praxis, aber es war sehr viel näher an der Praxis als etwa das Heidelberger Programm. Und so kam die Spannung wieder auf. Nebenbei: Dieses Programm wurde auch zitiert: von Fritz Erler, von Herbert Wehner, von Erich Ollenhauer, von Willy Brandt. Also auch von der Parteiführung wurde es ernst genommen und wurde ein Stück Orientierung für die Partei. Und es wurde auch ein Stück Ermutigung für die Partei.

Damals wurden die Fenster aufgemacht, und zwar für alle, und es kam für uns alle frische Luft herein. Übrigens: Die Stimmung, in der wir diesen Parteitag damals begannen, war ziemlich ähnlich der Stimmung, in der dieser Parteitag begonnen hat. Wir hatten die dritte Wahl nach Gründung der Republik haushoch verloren, höher als die erste, höher als die zweite. Zwischen uns und der Union, die die absolute Mehrheit der Stimmen hatte, lagen 18,4 Prozent. Und dann gab es immer noch in der Reserve die FDP. Das heißt, es war überhaupt nicht abzusehen, ob wir jemals an die Regierung kommen würden. Sogar unsere sozialpolitische Kompetenz war damals nicht ganz unangekratzt. Denn 1957 hatte Konrad Adenauer die dynamische Rente angeregt und mit seiner Mehrheit – natürlich auch mit unserer Hilfe – durchgesetzt. Es gab also auch noch andere, die etwas von Sozialpolitik verstanden.

Liebe Freunde, ich habe nicht die Absicht, hier einen historischen Vortrag zu halten. Das kann man an anderer Stelle machen. Ich möchte mich auf ein paar Kernsätze dieses Programms konzentrieren, die bis heute wichtig sind. Der erste und wichtigste lautet: „Der Sozialismus ist eine dauernde Aufgabe, Freiheit und Gerechtigkeit zu erkämpfen, sie zu bewahren und sich in ihnen zu bewähren.“

(Beifall)

Das bedeutete für damals: Sozialismus ist nicht ein System, das man irgendwann einmal einführt, das immer gilt und alle Probleme löst. Sondern Sozialismus ist eine

Aufgabe, die nie aufhört, weil nämlich die Geschichte nie aufhört und weil auch die Gegenkräfte nie aufhören. Es ist die Aufgabe, aus unseren Grundwerten politische Wirklichkeit zu machen.

Da gibt es sicherlich Skepsis, ob man das überhaupt tun kann. Ich glaube, die Skepsis ist jedenfalls für das berechtigt, was unsere politischen Gegner machen. Die haben nämlich dieselben Grundwerte. Auch die Union redet von Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität. Aber was ist denn der Unterschied?

Der Unterschied ist, dass diese Grundwerte bei den anderen gewissermaßen auf einer Balkenschaukel sitzen: Wenn das eine oben ist, ist das andere unten. Wenn zu viel Freiheit ist, ist zu wenig Gerechtigkeit. Wenn die Gerechtigkeit zu viel wird, so sagen sie, dann leidet die Freiheit. Man kommt auf die Idee, man müsste das auszubalancieren, sodass die Balkenschaukel auf beiden Seiten gleich hoch ist. Also, bloß nicht zu viel Gerechtigkeit, damit die Freiheit nicht leidet; bloß nicht zu viel Solidarität, damit die Freiheit nicht leidet.

Dazu gibt es im Godesberger Programm einen Satz, den ich damals zunächst für etwas deplatziert gehalten haben, weil ich dachte, dass das gar kein Programmsatz, sondern ein philosophischer Satz sei. Er lautet: „Freiheit und Gerechtigkeit bedingen einander.“

(Beifall)

In diesem kleinen Sätzchen steckt unsere ganze sozialdemokratische Philosophie. Wir sind der Überzeugung, dass mehr Gerechtigkeit auch mehr Freiheit bedeutet

(Beifall)

und dass Gerechtigkeit die gleiche praktikierbare, nutzbare Freiheit für alle bedeutet. Und umgekehrt: Weniger Gerechtigkeit bedeutet – das hat die Arbeiterbewegung am eigenen Leib erfahren – weniger praktikierbare Freiheit. Der Kündigungsschutz mag die Dispositionsfreiheit des einen oder anderen Unternehmers, der gerne „Hire and Fire“ machen möchte, einschränken. Aber er erhöht doch die Freiheit des jungen Paares, das sich überlegt, ob es Kinder haben und eine Familie gründen soll.

(Beifall)

Diejenigen, deren Freiheit es erweitert, verstärkt, werden immer eine Vielzahl derer sein, bei denen ein bisschen Dispositionsfreiheit eingeschränkt wird.

Deshalb, wie gesagt: Die sozialdemokratischen Grundwerte sitzen nicht auf der Balkenschaukel. Gerechtigkeit ist die gleiche Chance, mit den in der Verfassung garantierten Grundrechten, Freiheitsrechten wirklich etwas anzufangen, ein selbstbestimmtes Leben zu führen.

Das gilt übrigens auch für die Solidarität. Fragt mal einen Psychologen, wie das ist, wenn ein Kind in einer Familie aufwächst, in der die bedingungslose Solidarität der Eltern für die Kinder und der Kinder für die Eltern und der Geschwister für die Geschwister eine Selbstverständlichkeit ist. Diese Kinder sind, wenn sie ins Leben hinausgehen, sehr viel freier als andere.

(Beifall)

Je sicherer Menschen aufgehoben sind in einer Solidargemeinschaft, desto freier können sie sich bewegen und desto freier, weil gleichberechtigter, fühlen sie sich auch.

Liebe Freunde, das Hamburger Programm – übrigens auch das Berliner – hat diesen Gedanken fortgeführt. Da heißt es dann über die Grundwerte: „Sie bedingen, ergänzen, stützen und begrenzen einander.“ Und dann: „Unser Verständnis der Grundwerte bewahrt uns davor, Freiheit auf die Freiheit des Marktes, Gerechtigkeit auf den Rechtsstaat und Solidarität auf Armenfürsorge zu reduzieren.“ Merkt ihr, so wird aus Grundwerten praktische Politik.

(Beifall)

Wenn wir für eine gerechte Solidargemeinschaft kämpfen, dann nicht, weil wir uns begnügen wollten mit weniger Freiheit, sondern weil wir wollen, dass sich alle als freie Citoyens und Citoyennes in diesem Lande fühlen können. Nebenbei: Warum sage ich das mit einem französischen Begriff? Aus einem Grund, den wir aus der Rede von Sigmar Gabriel kennen: Wir Deutschen leiden darunter, dass wir für die französischen Worte Citoyen – Staatsbürger, Souverän der Demokratie – und Bourgeois – Besitzbürger – leider nur ein einziges Wort haben, nämlich Bürger. Mit dieser Armut der deutschen Sprache wird nun seit 200 Jahren Schindluder getrieben.

(Lebhafter Beifall)

Lasst das einen alten Mann hinzufügen: In den 70er-Jahren habe ich geglaubt, es sei zu Ende mit diesem Schindluder. Jetzt fängt es wieder an. Das ist ja grotesk: Wenn bei uns einer zum Kommiss kommt – Wehrpflicht ableistet –, ist er doch ein Bürger in Uniform, ein Citoyen in Uniform. Völlig richtig! Aber wie ist es, wenn er die Uniform wieder auszieht? Ist er dann nur ein Bürger, wenn er zur CDU oder zur FDP geht? Wir appellieren an den Citoyen und die Citoyenne in Zivil, die – auch ohne dass sie beim Kommiss sind – sich verantwortlich fühlen für diese Gesellschaft und für diesen Staat. Insofern sind wir die Partei des Citoyen und der Citoyenne.

(Beifall)

Liebe Freunde, vor bald 30 Jahren hat Ralf Dahrendorf einmal gesagt: Die Sozialdemokraten werden an ihren eigenen Erfolgen sterben. Sie werden daran zugrunde

gehen, dass das, was sie wollten und was sie durchsetzen, schließlich selbstverständlich wird und sie selbst dadurch überflüssig. Das war ein kluger Gedanke eines Mannes, der im Übrigen einen sozialdemokratischen Vater hatte, dem er ein bisschen beweisen musste, warum er das nicht war.

(Heiterkeit)

Aber gut, das ist eine andere Sache. Nur: Wenn das einmal gestimmt haben sollte – es stimmt längst nicht mehr. Denn seit Dahrendorf das gesagt hat, ist über diese Erde, die ganze Erde und natürlich auch über Europa und über Deutschland, eine markt-radikale Welle hinweggegangen, die, so leid mir es tut, das zu sagen, manches – nicht nur in Deutschland – weggeschwemmt hat, was Sozialdemokraten lieb und wert gewesen ist.

(Beifall)

Diese Welle – das merken wir jetzt erst langsam, wo sie sich überschlagen hat – hat bei uns sehr vieles verändert. Heute ist über die Kommunalpolitik geredet worden. Was ist seither nicht alles privatisiert worden in den Kommunen, was den Kommunalpolitikern heute schon wieder leid tut? Aber nicht nur in den Kommunen: Diese Welle hat die Gesellschaften verändert, bis in die Sprache hinein.

Das ist etwas, was mich im Augenblick besonders beschäftigt. Ich will das an einem Beispiel sagen. Noch als wir vor 30 Jahren über das Berliner Programm geredet haben, war die Grundfrage: Wie wollen wir eigentlich leben? Wie wollen wir leben? – Schon beim Hamburger Programm, bei den ersten Entwürfen, war die Frage: Wie müssen wir leben, damit wir uns in einer globalisierten Welt behaupten können? – Es ist doch ein Unterschied, ob ich Politik mache aus der Frage „Wie wollen wir leben?“ oder „Wie müssen wir leben?“!

(Beifall)

Wir haben das gar nicht so genau gemerkt. Aber, liebe Freunde, wenn man dann wirklich vergleicht, dann erschrickt man gelegentlich. Wer hätte 1959, als wir das Godesberger Programm verabschiedeten, oder auch noch zu Zeiten Willy Brandts oder Helmut Schmidts geglaubt, dass wir einmal noch das Solidarprinzip in der Krankenversicherung würden verteidigen müssen?

(Beifall)

Oder wer hätte noch, als Helmut Kohl Kanzler wurde, sich vorstellen können, dass wir einmal die progressive Einkommensteuer werden verteidigen müssen? Wisst ihr, wer die erfunden hat? Die hat ein nationalliberaler Bankier namens Johannes von Miquel als preußischer Finanzminister in den 90er-Jahren des 19. Jahrhunderts in

Preußen und später in Deutschland eingeführt. Das Prinzip, dass derjenige, der mehr verdient, auch prozentual mehr beisteuern muss, hat sich dann im 20. Jahrhundert in ganz Europa als selbstverständlich durchgesetzt. Ein Mann wie Ludwig Erhard hatte nie den geringsten Zweifel an der progressiven Einkommensteuer. Unter Konrad Adenauer war der Spitzensatz bei 53 %.

Und was bedeutet denn das, was Frau Merkel jetzt angekündigt hat, nämlich das, was die FDP will, diese Stufenregelung? – Sie hat keinen anderen Sinn, als die progressive Einkommensteuer, die seit 100 Jahren Europa geprägt hat, nun abzuschaffen. Das ist der ganze Sinn der Sache! Als zweiter Schritt kommt dann die Flat tax, die der Herr Kirchhof heute noch verteidigt, nämlich dass alle die gleiche Steuer zahlen, nämlich 20 oder 25 %. Auch dann, wenn einer mehr als 10 Millionen im Jahr verdient, muss er nie mehr als 25 % an Steuern bezahlen. Das heißt, das, was die amerikanischen Marktradikalen immer offen propagiert haben „Abschaffung der progressiven Einkommensteuer“, bekommen wir jetzt durch die Hintertür. Und die meisten haben es noch gar nicht gemerkt.

(Lebhafter Beifall)

Ich sage das auch deshalb, weil es für die Sozialhistoriker völlig klar ist: Das bisher wirksamste Instrument des sozialen Ausgleichs in Europa war die progressive Einkommensteuer. Und deshalb soll sie weg.

Wenn man 60 Jahre lang versucht hat, Politik zu machen, und heute auf dieses Land sieht, dann kann man nur sagen: Noch nie in diesen 60 Jahren hat dieses Land die Sozialdemokratie dringender gebraucht als heute.

(Lebhafter Beifall)

Es stimmt zwar, dass noch nie eine Ideologie so unmittelbar, so gründlich, so erbarungslos widerlegt worden ist wie der Marktradikalismus durch die Finanzkrise. Noch nie.

Nebenbei: Da haben doch nicht die Märkte die Staaten gerettet, sondern die Staaten haben die Märkte retten müssen!

(Beifall)

Aber das Erstaunliche für uns alle ist: Diese marktradikalen Thesen haben ihre Widerlegung überlebt. Wie lange, weiß ich nicht, aber vorläufig schon. Wir hören doch immer noch das Märchen von der Selbstfinanzierung von Steuersenkungen. Die ganze Regierungserklärung, der ganze Koalitionsvertrag basiert auf diesem Märchen. Das ist ein marktradikales Märchen. Noch nie ist eine Steuersenkung mit mehr als etwa 25 % je durch Wirtschaftswachstum ausgeglichen worden. Noch nie. Nebenbei:

Hans Eichel hat ja selber den Gegenbeweis erbracht. Das haben wir doch miterlebt und miterlitten. Und Bush, der unentwegt zwar einen völlig verrückten Krieg geführt hat, einen der dümmsten, die je geführt worden sind,

(Beifall)

hat dabei immer noch die Steuern gesenkt mit der Bemerkung „Das finanziert sich selbst“. Heute stehen die Vereinigten Staaten bei 10 % Neuverschuldung in einem Jahr. Die Maastricht-Kriterien sind bekanntlich 3 %. Aber die marktradikalen Märchen werden alle weitergezählt. Das ist auch eine Leistung der neuen Koalition!

Wir hören immer noch: „Wenn jeder für sich selber sorgt, ist letztlich für alle gesorgt.“ Wir hören immer noch „Der Markt ist immer klüger als die Politik“, was in manchen Presseorganen dazu führt, dass je mehr der Markt versagt, desto mehr die Politik heruntergemacht werden muss, sie muss dann noch dümmter sein als der Markt.

(Beifall)

Habt ihr gemerkt, wie im Laufe des letzten Jahres die Aufmerksamkeit unserer Gesellschaft von den Billionen Euro abgelenkt worden ist, die die Banker verbrannt haben, weil sie nicht mehr wussten, was sie in ihren Tresoren hatten? – Hin zum Staat, zur Bundesregierung, zum Finanzminister! Wir hatten doch einen Untersuchungsausschuss im Deutschen Bundestag zu der Hypo Real Estate. Da wurde nicht darüber geredet, wer dort 100 Milliarden verbrannt hat, sondern ob der sozialdemokratische Finanzminister genau im richtigen Augenblick genau das Richtige getan hat, um diese Bank zu retten.

Peer Steinbrück ist völlig mit weißer Weste herausgekommen. Aber die Aufmerksamkeit war wieder von dem abgelenkt, was eigentlich zur Debatte stand, zu dem, was nicht zur Debatte stand!

(Lebhafter Beifall)

Mein Eindruck ist: Der Marktradikalismus hat seine Widerlegung überlebt, aber die Sehnsucht nach einer Alternative wächst in der Bevölkerung. Es gibt Umfragen, wonach drei Viertel der Deutschen der Meinung sind, es gehe bei uns ungerecht zu, und die Hälfte dieser drei Viertel ist der Meinung, das bleibe auch so, weil niemand das ändern wird.

Einer der Gründe, warum wir die Wahl verloren haben, liegt darin, dass die Menschen gar nicht mehr glauben, dass es jemanden gibt, der dieses Land gerechter machen kann. Und genau da werden wir zu arbeiten haben. Wir werden die Alternative zu diesem marktradikalen Denken formulieren, propagieren und durchsetzen müssen. Ich knüpfe wieder an Sigmar an –: Wenn uns das gelingt, dann können die Zeitungen

zehnmal schreiben, das sei ein Linksruck – wir sind dann genau in der Mitte unserer Gesellschaft.

(Lebhafter Beifall)

Ich will ja gar nicht bestreiten, dass eine weltweit dominante Ideologie, die 95 % der Ökonomieprofessoren als Wissenschaft verkünden – das ist fast wie beim Marxismus-Leninismus; der hat sich auch als Wissenschaft dargestellt –,

(Beifall)

keine Partei völlig unberührt lässt, auch die unsere nicht. Ich entsinne mich an das Bodo-Hombach-/Mandelson-Papier, wo Jochen Vogel und ich sofort gesagt haben: „Nein, so nicht!“ und wo Gerhard Schröder sehr schnell begriffen hat: So nicht. Sehr, sehr schnell.

(Beifall und Heiterkeit)

Nein, das sind Spuren, die natürlich übrigbleiben. Es gab noch andere Spuren, über die auf diesem Parteitag diskutiert worden ist.

Was uns von den anderen unterscheidet: Wir haben das alles hinter uns, und zwar nicht erst, seit die Finanzkrise widerlegt hat, was da behauptet wurde, sondern das haben wir seit dem Hamburger Programm definitiv hinter uns.

(Beifall)

Und die anderen nicht.

Die FDP hat nichts dazugelernt. Nebenbei: Wenn sie etwas dazulernen würde, wäre sie gar nicht mehr da.

(Beifall und Heiterkeit)

Die CDU ist aufgespalten – und deshalb fast bewegungsunfähig – zwischen einem marktradikalen und einem christlich-sozialen Flügel. Warum hat die Union ein solch ungenaues Programm für die Wahl gehabt? Weil in dem Augenblick, in dem man sich auf konkrete Dinge hätte einigen sollen, der Krach losgegangen wäre. Das heißt, die haben die Auseinandersetzung über den Marktradikalismus noch vor sich. Die ganzen vier Jahre werden beweisen, dass sie diese Auseinandersetzung noch vor sich haben.

(Beifall)

Lasst mich als Süddeutscher hinzufügen: Die CSU wechselt alle 14 Tage die Seiten, bis ihr schwindlig wird.

(Beifall)



Nein, in dem Maße, wie das Gewürge in dieser Koalition erkennbar wird, wird der Wunsch nach Alternative stärker, und auch die Anforderungen an uns werden stärker, weil diese Alternative nicht ohne ein grundsätzliches Umdenken in unserer Gesellschaft zu haben ist, eine Wende in den Köpfen, die inzwischen schon zaghaft begonnen hat, für die wir auch verantwortlich sind. Das ist unsere Chance, aber auch unsere Aufgabe.

Dieser Marktradikalismus war ethisch gesehen einfach ein unverschämter Egotrip. Menschen neigen natürlich dazu – wir alle neigen dazu –, erst einmal unsere eigenen Bedürfnisse zu sehen und selbst zu behaupten, selbst Geld verdienen zu wollen usw. Der Egoismus ist uns eingepflanzt. Das muss man nicht verteufeln. Aber man muss es auch nicht anstacheln, man muss es auch nicht feiern und man muss es nicht zum Erziehungsziel machen,

(Beifall)

denn das steht im Gegensatz zu 3.000 Jahren europäischer Geschichte. Ob es die alten Griechen waren, ob es die Juden des Alten Testaments waren, ob es das Neue Testament war – überall geht es nicht um die Feier des Ego, sondern es geht um das „Du“, um den anderen bzw. um die andere, neutestamentlich um den Nächsten, um die Gemeinschaft oder – athenisch – auch um den Staat. Ja, was wir da erlebt haben, steht in absolutem Gegensatz zu dem, was 3.000 Jahre europäische Geschichte uns sagen und was sich etwa in einem Satz des Paulus an die Galater konzentriert hat, in dem er die ganze christliche Botschaft in fünf Worten zusammengefasst hat: „Einer trage des anderen Last.“

(Beifall)

Aus dieser Tradition stammt die Fraternité der Französischen Revolution, zu der wir heute nicht mehr Brüderlichkeit, sondern Geschwisterlichkeit oder Solidarität sagen. Nein, wir wollen nicht den ganz anderen Menschen; da hat uns Godesberg zur Nüchternheit aufgefordert. Aber wir wollen das Ende der Egofeier, das Ende der Feier des Homo oeconomicus.

(Beifall)

Wir wollen – wenn das Wort von der Union in den letzten Jahren doch bloß nicht so fürchterlich abgenutzt worden wäre, ohne jede Bedeutung – sogar wieder darauf hinweisen, was eigentlich das christliche Menschenbild war.

(Beifall)

Das hat dann praktische Folgen, zum Beispiel was den Wettbewerb angeht. Wettbewerb in der Wirtschaft ist unentbehrlich. Wettbewerb im Kindergarten ist entbehrlich.

(Beifall)

Und Wettbewerb an der Uni ist nur bedingt hilfreich für diejenigen, die dort zu tun haben. Nein, wir wollen zwar eine Wettbewerbswirtschaft, aber keine Wettbewerbsgesellschaft von klein auf, wo die Kinder noch darauf gedrillt werden, den Nebensitzer bzw. die Nebensitzerin als Konkurrenten zu empfinden.

Noch nie hat es in der europäischen Ethik geheißен, einer stelle dem anderen ein Bein.

(Beifall)

Das gilt dann auch für den Staat. Liebe Freunde, der Staat ist nicht ein gefräßiges Ungeheuer, vor dem der brave Bürger seinen Besitz – sei es legal, sei es illegal – in Sicherheit bringen muss. Er ist im Übrigen auch kein Gott, vor dem wir zu knien haben.

(Beifall)

Aber er ist ein notwendiges und hilfreiches Instrument, das wir uns selber mit unserer Verfassung geschaffen haben, damit das geleistet werden kann, was wir alleine, privat gar nicht leisten können – und zwar nicht nur für uns allein, sondern uns alle.

Ich glaube, dieses Staatsverständnis hat der Marktradikalismus zerstört. Wir müssen es erst langsam wiederherstellen. Der Staat ist dafür zuständig, dass wir, wenn wir aus dem Haus gehen, uns nicht den Knöchel brechen, weil tiefe Löcher im Gehweg sind. Er ist auch zuständig für die Sicherheit, für den Schutz vor Verbrechen. Dafür sind nicht die privaten Sicherheitsdienste zuständig; dafür ist das Gewaltmonopol des Staates zuständig.

(Beifall)

Wir wollen nicht, wie in den USA, Städte, in denen auf einen Polizisten fünf Angestellte von privaten Sicherheitsdiensten kommen und in denen der Schutz vor Verbrechen zu einer Ware wird, die sich nur ganz wenige leisten können, aber die meisten nicht.

(Beifall)

Ich habe vor 38 Jahren auf einem Parteitag – das war der Steuerparteitag – gesagt: Für ein Kind ist es wichtiger, dass es in der Nähe ein Schwimmbad hat, als dass es eine singende oder sprechende Puppe geschenkt bekommt.

(Beifall)

Heute würde ich hinzufügen: Für dieses Kind ist es nicht so wichtig, ob die Eltern 100 Euro mehr oder weniger zahlen, sondern dass es eine funktionierende Ganztagschule, wo es Mittagessen gibt, besuchen kann.

(Beifall)

Steuern zahlen wir für das, was wir privat gar nicht bezahlen können. Daher sind die Steuern nicht mehr und nicht weniger eine Last als die Rechnung, die wir an der Tankstelle bekommen. Das eine zahlen wir privat und das andere zahlen wir nicht privat. Wir müssen da wirklich umdenken. Wir müssen aus den Köpfen kriegen, was uns die Marktradikalen in 20 Jahren eingebläut haben. Was hilft es, die Steuern zu senken, wenn den Kindern in der Schule der Gips von der Decke auf die Köpfe rieselt?

Wir müssen auch den Begriff der Verantwortung neu definieren. Wenn die Union eine Tagung über Freiheit und Verantwortung abhält, dann ist damit immer gemeint: Weil ihr frei seid, müsst ihr für euch selber sorgen. Das ist ja nicht völlig falsch – natürlich. Aber Verantwortung bedeutet auch, Antwort geben – nämlich dem Nächsten eine Antwort geben, inwieweit wir auch für ihn da sind. Verantwortung ist zunächst einmal immer Verantwortung für andere, für das Ganze und für uns selbst insofern, als wir nicht ohne Grund uns selbst anderen zumuten sollten und dürfen. Das hat Sigmar wahrscheinlich damit gemeint, als er vom anderen Verständnis von Zusammenleben sprach.

Eine letzte Bemerkung. Wer den Marktradikalismus bekämpfen will und eine Alternative bieten will, braucht die Rehabilitation der Politik.

(Beifall)

Noch nie, seit ich Politik mache, waren die Politiker so miserabel angesehen wie heute, auch deshalb, weil sie für manche Medien immer dümmere sein müssen als der Markt. Auch deshalb ist diese Abwertung geschehen.

Wir müssen klarmachen, wofür diese Politik verantwortlich ist, nämlich dafür: dass die Märkte überhaupt funktionieren – das tun sie nicht von selbst -, dass der Kapitalismus sich nicht selbst umbringt – sogar dafür sind die Politiker zuständig -, dass die Gesellschaft zusammenbleibt und sich nicht spaltet und schließlich durch diese Spaltung die Gewalt sich privatisiert wie in Brasilien oder in Südafrika, dass nicht das Recht des Stärkeren gilt, sondern das geschriebene Recht, dass soziale Gerechtigkeit ein Ziel bleibt oder dass der Klimawandel beherrschbar bleibt.

Liebe Freunde, wenn wir Politik wieder rehabilitieren, dann ist es eben nicht mehr gleichgültig, wie heute manche meinen, mit welchen Zielen, mit welchen Überzeugungen und mit welchen Mitteln man Politik macht. Es ist nicht gleichgültig, ob man in eine Partei geht, und es ist auch nicht gleichgültig, in welche man geht.

Wenn es wirklich darum geht, wie wir leben wollen, und nicht darum, wie wir zu leben haben, dann wird auch die Politik wieder junge Menschen anziehen. Sozialdemokratie hat auf Politik gesetzt seit Ferdinand Lassalle. Es wurde über Politik die Gesellschaft verändert. Deshalb gilt bis heute die SPD als die politischste Partei, was für manche Leute heute ein Mangel ist. Wenn Politik nichts gilt, ist die politischste Partei sicherlich nicht

die sympathischste. Deshalb leidet wahrscheinlich unsere Partei am meisten unter der Verachtung, die der Politik entgegengebracht wird. Aber noch nie nach meiner Überzeugung hat die Menschheit und auch unser Land Politik so dringend gebraucht.

(Beifall)

Liebe Freunde, das gehört alles gehört im 21. Jahrhundert zu der dauernden Aufgabe, die Grundwerte zu realisieren, Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität so zu realisieren, dass mehr Gerechtigkeit auch mehr Solidarität und mehr Freiheit bedeutet. Wir haben noch einiges vor uns. – Danke.

(Lang anhaltender Beifall – Die Delegierten erheben sich von den Sitzen)

Liebe Freunde, das wichtigste Wort, das ich von Theodor Heuss 1949 gehört habe, als er nach Tübingen kam und wir lange geklatscht haben, war auf gut schwäbisch: Etz langt's.

(Heiterkeit)

Ich wollte jetzt gerade Theodor Heuss zitieren.

(Heiterkeit und Beifall)

**Bärbel Dieckmann, Tagungspräsidium:** Lieber Erhard Eppler, auch von hier aus noch einmal einen herzlichen Dank. Du hast gespürt, was deine Rede heute für diesen Parteitag, für die Delegierten bedeutet hat. Dass gerade Greta Wehner dir für deinen Vortrag über das Godesberger Programm und die daraus folgende Politik gedankt hat, ist ein besonderes Symbol. Vielen herzlichen Dank, dass du heute hier auf unserem Parteitag gesprochen hast. Danke sehr!

(Beifall)

Liebe Genossen und Genossinnen, bevor wir in die weitere Antragsberatung gehen, möchte ich ganz, ganz herzlich den Vorsitzenden unserer Sozialdemokratischen Schwesterpartei in Tschechien und ehemaligen tschechischen Ministerpräsidenten, Jiří Paroubek, begrüßen. Herzlich willkommen! Schön, dass du heute hier bist.

(Beifall)

Liebe Genossen und Genossinnen, ich würde euch jetzt gerne etwas zum Ablauf sagen. Wir haben noch einige Anträge zu beraten. Dann wird Christa Randzio-Plath zum Marie-Schlei-Verein sprechen. Dann erwarten wir ein Grußwort – wir freuen uns darauf – von Jiří Paroubek. Dann – bitte bleibt da, weil das ein ganz wichtiges Ereignis auf jedem Parteitag ist – wird der Dröscher-Preis verliehen, bevor Sigmar Gabriel das Schlusswort sprechen wird.

## Beratung der Anträge zur Steuer- und Finanzpolitik

Wir kommen jetzt zum Antragsbereich Steuer- und Finanzpolitik. Ich weiß, dass das nach Erhard Eppler ein bisschen – Nein, banal ist das überhaupt nicht. Eigentlich hat er uns deutlich gemacht, wie wichtig dieser Bereich ist. Zu dem wichtigen Bereich der Steuer- und Finanzpolitik hat jetzt Florian Pronold das Wort für die Antragskommission.

**Florian Pronold, Antragskommission:** Liebe Genossinnen! Liebe Genossen! Eine bessere Einführung in diesen Antragsblock als durch Erhard Eppler hat es nicht geben können. Deswegen spreche ich nur in aller Kürze zu den vorliegenden Anträgen, weil wir das ja grundsätzlich besprochen haben.

Es gibt eine ganze Menge Anträge zur Finanzmarktregulierung. Der Vorschlag ist, dass der Antrag St2 aus dem Bezirk Hessen-Süd der Antrag ist, den wir verabschieden. Es ist auch der Antrag, der auf der Linie liegt, die wir in den letzten Jahren auch in unserer Kommissionsarbeit und auch in unserer Regierungsarbeit verfolgt haben. Die Deregulierung der Finanzmärkte nehmen wir dort als Schwerpunkt.

Wir haben dann weitere Anträge, die sich mit der Steuerpolitik befassen. Sie sind überwiegend durch unseren Leitantrag erledigt. Das gilt zum einen für die Vermögensteuer, die wir ja sehr prominent und gut auch in dem Leitantrag untergebracht haben. Zum anderen wird in diesem Bereich auch die Frage zu diskutieren sein, wie, wenn wir ein umfassendes alternatives Steuerkonzept vorlegen, auch der wichtige Bereich Ehegattensplitting so geregelt wird, dass wir hier eine geschlechterunabhängige Variante in der Steuerpolitik bekommen, die nicht dazu führt, dass es Anreize gibt, die Diskriminierung im Steuerrecht weiterhin zu verfestigen.

Ein dritter Bereich, mit dem sich viele Anträge beschäftigen, ist der Bereich der indirekten Steuern, also der Mehrwertsteuern. Welche Ausnahmen gibt es? Ich darf für diesen Bereich darauf verweisen, dass wir schon in rot-grünen Zeiten versucht haben, den Wildwuchs, den es dort bei den Ausnahmen gibt, zu beseitigen. Dieselben, die das jetzt beklagen, haben uns damit damals im Bundesrat nicht durchkommen lassen. Ich glaube, es ist richtig, dass wir die Fragen, was dort sinnvoll und notwendig ist, in die Auseinandersetzung des Deutschen Bundestages um eine gerechte Steuerpolitik mit einbringen und deswegen diese Anträge an die SPD-Bundestagsfraktion verweisen.

So viel dazu. – Ich glaube, wir kommen jetzt zu den Wortmeldungen zu den einzelnen Anträgen, soweit es sie gibt, und dass wir dann sehr zügig zur Verabschiedung kommen können.

**Bärbel Dieckmann, Tagungspräsidium:** Vielen herzlichen Dank, Florian. – Es liegen zwei Wortmeldungen vor, und zwar von Klaus Barthel aus Bayern und von Ulli Nissen aus Hessen-Süd. – Klaus, du hast das Wort.

**Klaus Barthel, Bayern:** Liebe Genossinnen und Genossen, ich möchte dafür plädieren, dass wir auch den Antrag St4 annehmen und dann an die Bundestagsfraktion überweisen, weil ich denke, der Parteitag muss sich solche Anträge zu Eigen machen, wenn er das ernst nimmt, was hier gerade von Erhard Eppler vorgetragen worden ist.

Durch den St2 ist der St4 in keiner Weise erledigt. Im St2 befasst man sich nämlich in richtiger und sinnvoller Weise mit der Regulierung der Finanzmärkte. Durch den St4 wird aber versucht, das Ganze in einen wirtschaftspolitischen Zusammenhang zu stellen. Genau darauf kommt es doch an.

Hier wird immer gesagt: Ja, hängt euch nicht an der Vermögensteuer, an der Rente mit 67, an HartzIV auf. Das ist richtig. Deswegen ist es notwendig, dass wir die Zusammenhänge zwischen diesen Bereichen, zwischen Verteilung, Sozialstaat, Wachstum und Innovation, zwischen Regulierung auf den Finanzmärkten und dem Thema gute Arbeit, benennen, damit wir von diesem Flickwerk und dieser Symbolik wegkommen. Mit dem Antrag St4 wird versucht, genau diese Zusammenhänge zu benennen.

Ich will einfach, dass der Parteitag heute noch einmal deutlich macht, wie wir die Realität sehen. Wir sind doch noch lange nicht durch die Krise durch. Wir müssen uns heute diesem schon wieder auftretenden Besoffenreden von dem angeblichen Aufschwung entgegenstemmen. Den wird es am Arbeitsmarkt jetzt doch überhaupt nicht geben. Ganz im Gegenteil: Der Großteil der Bevölkerung wird die Krise in den nächsten Monaten doch erst noch zu spüren bekommen.

(Vereinzelt Beifall)

An den Börsen und in den Banken wird schon wieder so getan, als ginge jetzt alles so weiter. Dabei sind noch immer toxische Papiere im Umfang von mindestens 600 Milliarden Euro vorhanden, die noch in keiner Bad Bank gelandet sind. Niemand weiß, wie es damit eigentlich weitergehen soll. Trotzdem wird hier schon wieder vom Aufschwung geredet.

Wir müssen aufhören, die Krise nur als ein moralisches Problem abzutun, wonach halt ein paar gierig waren, wie das in den Talkshows gesagt wird. Nein, es gibt dafür tiefgreifende strukturelle Probleme, und die müssen benannt werden.

(Vereinzelt Beifall)

Wir müssen verhindern, dass die Herrschaften jetzt durch Diskussionsverweigerung und dem Gerede von Aufschwung von der Krise ablenken und hinterher so einfach weitermachen wie vorher.

(Vereinzelt Beifall)

Deswegen steht in dem Antrag, dass auch unsere Rettungsmaßnahmen, so richtig und notwendig sie waren, eben nicht ausreichen, und dass wir verlangen, dass die sogenannten Eliten in Film, Funk und Fernsehen, in den Wirtschaftsforschungsinstituten, in der Politik und wo auch immer endlich einmal zu einer Selbstkritik kommen und sagen, was denn wirklich los war und was die Ursachen für die Krise sind. Die müssen wir benennen.

Deswegen finde ich es gut, dass die Bundestagsfraktion gesagt hat: Wir wollen eine Enquetekommission zu den Ursachen der Wirtschafts- und Finanzkrise. – Genau deswegen wollen wir den Antrag ja auch dorthin überweisen, aber erst, nachdem wir ihm zugestimmt haben.

Es geht also auch um die Forderungen im Zusammenhang, die in dem Antrag enthalten sind. Ich bitte euch, das einfach noch einmal nachzulesen. Das ist auf den Seiten 172 folgende abgedruckt. Es geht dort um den Zusammenhang von Steuergerechtigkeit und – das ist dabei auch ein Stichwort – Vermögensteuer, gute Arbeit statt Prekarisierung, öffentliche Investitionen und öffentliche Beschäftigung, wie es Nida-Rümelin gestern ausgeführt hat.

Ein Stopp der Privatisierung in Bund, Ländern und Gemeinden, kein neues Futter für die Finanzmärkte und nicht zuletzt die Sozialsysteme.

An der Stelle will ich noch einmal auf einen Einzelpunkt hinweisen, mit dem wir uns hier leider noch nicht entscheidungsmäßig befasst haben: die Rente mit 67. Liebe Genossinnen und Genossen, es ist eben nicht wahr, dass wir heute schon wieder eine Beschäftigungsquote der über 55-Jährigen von über 50 Prozent haben. Das haut nur dann hin, wenn man alle diejenigen, die an arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen teilnehmen und die in Altersteilzeit sind, mit dazuzählt. Wenn wir diejenigen nehmen, die im eigentlichen Sinne noch erwerbstätig sind, sind es unter 40 Prozent. Die Erfolgsquote bei den arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen, mit denen wir den Arbeitgebern die Beschäftigung Älterer quasi vergolden, liegt bei 6 Prozent.

**Bärbel Dieckmann, Tagungspräsidium:** Klaus, ich darf dich bitten, auf die fünf Minuten zu achten.

**Klaus Barthel, Bayern:** Deswegen müssen wir heute hier noch mal ein klares Signal setzen, dass die Rente mit 67 im Jahr 2010 auf keinen Fall in Kraft treten darf.

(Beifall)

Das alles dürfen nicht insgesamt Symbolpolitik oder Einzelmaßnahmen sein, sondern das muss als Teil eines wirtschaftspolitischen Gesamtkonzepts verstanden werden, das dieser Antrag versucht, in Umrissen anzudeuten. Ich bitte euch, den Antrag anzunehmen und dann in die Bundestagsfraktion zu überweisen.

(Vereinzelt Beifall)

**Bärbel Dieckmann, Tagungspräsidium:** Jetzt hat Ulli Nissen das Wort, danach folgen Michael Müller und Ralf Stegner. Ich darf euch auch heute Morgen bitten, euch an die fünf Minuten zu halten.

**Ulrike Nissen, Hessen-Süd:** Liebe Genossinnen und Genossen, ich kann meinem Vorredner nur zustimmen. Bei den Banken funktioniert alles genauso wie bisher: Sie haben überhaupt nichts gelernt, es wird schon wieder von gigantischen Eigenkapitalrenditen geredet. Die Gier ist grenzenlos, die frisst schon wieder das Hirn. Da muss wirklich dringend gegengesteuert werden. Aber bei der Hornissenkoalition auf Bundesebene können wir leider überhaupt nicht damit rechnen, dass irgendwelche Veränderung stattfinden.

(Vereinzelt Beifall)

Zum Stichwort Hornissenkoalition bzw. Tigerente: Ich glaube, den Begriff der Tigerente sollten wir nicht mehr benutzen. Janosch würde es, denke ich, speiübel, wenn er das hörte. Denn die Tigerente ist was Nettes. Das, was da auf Bundesebene passiert, ist aber nichts Nettes. Deswegen ist das mit dem Begriff Hornisse deutlich besser bezeichnet.

(Vereinzelt Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, ich habe mich zum Antrag St 35 gemeldet. Da geht es um Steuerbefreiung für Fair-Trade-Kaffee. Er ist zur Weiterleitung an die Bundestagsfraktion empfohlen worden. Wenn wir darüber reden, dann sollten wir das aber nicht nur auf Kaffee begrenzen, sondern Fair Trade hat ja auch viele andere Produkte wie Tee oder Kakao. Deshalb ist mein Vorschlag, das umzuändern in: Steuerbefreiung für alle Fair-Trade-gehandelten Produkte. – Ich denke, das dürfte kein Thema sein. Ich gebe den Änderungsantrag an Florian. – Danke für eure Unterstützung.

(Vereinzelt Beifall)

**Bärbel Dieckmann, Tagungspräsidium:** Das Wort hat Michael Müller.

**Michael Müller, Nordrhein-Westfalen:** Liebe Genossinnen und Genossen, ich knüpfe ein bisschen an Erhard Eppler an. Wie sehr sich die Welt verschoben hat, wird an zwei Einschätzungen deutlich, die Liberale bei der Begründung einer Wirtschaftsordnung



gemacht haben. Franklin Delano Roosevelt hat 1933 bei der Begründung des New Deal gesagt: Es wird nur eine freie Gesellschaft geben, wenn die Wirtschaft sozial diszipliniert ist. – Das war seine Kernthese. Derselbe hat die Weltwirtschaftskonferenz 1944 von Bretton Woods mit dem Satz eröffnet: Es wird nur eine Welt ohne Kriege, ohne Krisen und ohne Konflikte geben, wenn wir die wucherischen Geldverleiher aus den Tempeln der Finanzen werfen. – Das war Roosevelt, ein Liberaler.

Da sieht man, wie unglaublich sich alles verschoben hat. Oder kurz gesagt: Die Neoliberalen haben mit Liberalität überhaupt nichts zu tun. Ich finde, wir müssen für die Liberalität kämpfen. Es ist eher ein sozialdemokratisches Thema denn ein Thema der sogenannten Liberalen und Konservativen. Da hat eine unglaubliche Verschiebung stattgefunden. Deshalb will ich hier nur eine einzige Anregung geben. Ich kann es gut verstehen, dass man dieses Thema sehr schnell auf die Frage von Bereicherungsorgien verengt, also die Bonuszahlungen von Unternehmen. Aber dahinter steht eigentlich der Kampf um eine Weltordnung. Nicht umsonst war es 1969 eine tiefe Krise in den USA und in Großbritannien, die dazu geführt hat, dass man zur Dominanz des Finanzkapitals gekommen ist. Das ist nicht vom Himmel gefallen, sondern war Ausdruck einer tiefen wirtschaftlichen Schwäche der damaligen wirtschaftlichen Führungsmacht. Das ist 1973 mit der Aufkündigung des gesamten Systems von Bretton Woods bewusst gemacht worden.

Wenn wir über diese Krise reden, müssen wir deshalb zweierlei erreichen. Wir müssen zum einen die Diskussion über die Demokratisierung der Wirtschaft wieder aufgreifen. Wirtschaftsdemokratie muss wieder ein Markenzeichen auch der Sozialdemokratie werden.

(Beifall)

Es ist eben nicht nur Absicherungspolitik. Es ist auch Gestaltungspolitik.

Zweitens. Wir müssen im internationalen Bereich klarmachen, wie wir eine Weltordnung der Zukunft sehen. Vieles, was in den letzten Monaten passiert ist, hat auch etwas damit zu tun, wie sehr sich die Welt und vor allem die Machtblöcke verschoben haben. Vieles ist offen. Was man jetzt braucht, ist ein starkes Europa, ein sozialökologisches Europa. Nur wenn wir das hinbekommen, werden wir bei den schweren Herausforderungen der nächsten Zukunft überhaupt eine Chance haben. Ein Europa, das sich den Zwängen nur anpasst, hat keine Zukunft. Nur ein Europa, das sich seiner Traditionen besinnt und gleichzeitig neue wirtschaftsdemokratische Impulse setzt, wird eine Zukunft haben. Das wird unsere Aufgabe sein.

(Vereinzelt Beifall)

**Bärbel Dieckmann, Tagungspräsidium:** Jetzt kommt Ralf Stegner und dann Hans Pawlovsky.

Ralf Stegner, Parteivorstand: Liebe Genossinnen und Genossen, ich würde gerne dafür werben, dass wir beim Thema Steuerpolitik jetzt nicht noch weitere Beschlüsse fassen. Ich fand es großartig, dass wir gestern die Wiedereinführung der Vermögenssteuer beschlossen haben. Als man gestern Franziska Drohse in der Tagesschau gesehen hat, hat man gesehen, dass diese SPD wirklich Zukunft hat. Das ist ein sympathischer Teil von der SPD, dass wir uns darum kümmern, und ein gutes Signal.

(Beifall)

Aber generell, glaube ich, sollten wir uns bei der Steuerpolitik eher hinsetzen und sehr sorgfältig ein Konzept erarbeiten, ein Konzept, das den Anforderungen gerecht wird, die wir haben. Wir haben vor Jahren mal an einem Steuerkonzept gearbeitet und haben das wie folgt genannt: „Anders steuern: Gemeinwesen stärken“. – Genau darum geht es beim Zusammenhang zwischen Steuern und Abgaben. Es geht darum, dass wir das fördern, was in unserer Gesellschaft gefördert werden muss, nämlich dass die Leistungsträger in unserer Gesellschaft zurechtkommen, also die Familien, diejenigen, die mit ihren Kindern zurechtkommen müssen, die im Alter gearbeitet haben. Es geht nicht um diejenigen, die die höchsten Gehälter haben.

Vorhin ist auch deutlich geworden, was uns von anderen Parteien unterscheidet, nämlich, dass wir jemanden wie Erhard Eppler in unseren Reihen haben, der im Gegensatz zu anderen noch weiß, was das Wort Gemeinwesen heißt. Darüber müssen wir reden.

(Beifall)

Vor ein paar Jahren gab es mal einen Kommentar in einer deutschen Tageszeitung. Da stand auf Seite 1, Gemeinwesen sei eine Erfindung von Politikern, die nicht wüssten, wie das mit dem Markt geht. Das ist, glaube ich, ganz falsch. Wir müssen uns darum bemühen, ein Steuersystem zu entwickeln, das eben nicht an der einen oder anderen Schraube da und dort dreht, sondern das sich darum kümmert, dass das, was notwendig ist, um diesen Staat und dieses Gemeinwesen handlungsfähig zu machen, auch von den Antriebskräften entwickelt wird. Einfaches Prinzip: Diejenigen, die mehr können, müssen auch mehr müssen. Wir sind vermutlich wirklich das einzige Land der Welt, in dem man dadurch Steuern sparen kann, dass man in koreanische Schiffsfonds investiert, selbst absichtlich Verluste machen darf und das vom Staat noch bezahlt kriegt. Das geht für einen normalen Arbeitnehmer gar nicht.

Wir brauchen die Grundrichtung, zu sagen: Alles, was wir uns wünschen, ist: Wenn Beschäftigung da ist und sie gestärkt wird, dann wird das belohnt. Wer Beschäftigung abbaut und Arbeitsplätze vernichtet, wird wirtschaftlich bestraft. Und wer die Umwelt schlecht behandelt, der muss mehr bezahlen als der, der sie schützt. Wir müssen endlich wirklich sagen und umsetzen und nicht nur in unseren Reden formulieren, dass alle

Kinder gleich viel wert sind, egal ob sie deutsche Eltern haben oder nicht, ob sie zwei Eltern haben oder alleinerziehende Mütter oder Väter und vieles anderes mehr.

Am Ende spielt die Musik nicht bei dem, was wir in Papiere schreiben, sondern wie wir das mit dem Geld regeln. Deswegen ist Steuerpolitik Gesellschaftspolitik. Es ist daher wichtig, ein umfassendes Steuerkonzept zu entwickeln, was den ganzen Westerwelles und Merzens und Kirchhofs einen progressiven Entwurf gegenüberstellt, der für die nächsten Jahre Bestand haben kann. Daran sollten wir arbeiten, als Partei, mit der Bundestagsfraktion, mit all denen, die davon etwas verstehen.

Lasst uns dafür Zeit nehmen. Dann ist Steuerpolitik auch überhaupt nicht langweilig, dann macht das nicht nur den Leuten Spaß, die im Finanzamt arbeiten, sondern dann ist das Gesellschaftspolitik, mit der wir durchsetzen, dass die, die mehr haben, dafür aufkommen müssen, dass die anderen zurechtkommen, die am unteren Ende der Gesellschaft stehen. Das ist das, was wir leisten müssen. Ich werbe dafür, uns die Zeit zu nehmen, das sorgfältig miteinander zu erarbeiten. Ich finde, der Aufbruch, der hier in Dresden deutlich wird, könnte auch in diese Richtung gehen: Wir machen ein Steuerkonzept, dass denen Hören und Sehen vergeht, die momentan davonkommen, weil sie ganz hohe Gehälter haben, aber viel zu wenig beitragen müssen. – Vielen Dank.

(Beifall)

**Bärbel Dieckmann, Tagungspräsidium:** Danke, Ralf. – Hans Pawlovsky.

**Hans Pawlovsky, Bayern:** Liebe Genossinnen und Genossen! In aller Kürze noch zwei Anmerkungen zu dem Antrag St 4. Die moralische Notwendigkeit unserer Programmatik ist uns allen klar. Aber aus diesem Antrag geht die ökonomische Notwendigkeit, unsere Programmatik umzusetzen, hervor: mehr Beschäftigung, Verteilungsgerechtigkeit. All das findet hier seine Instrumente, mit denen unsere Vorstellungen erst durchsetzbar werden. Darum meine ich, liebe Genossinnen und Genossen, es ist ein wichtiger Hinweis, dass sich die Bundestagsfraktion mit dieser Thematik beschäftigen soll. Wir möchten Klaus Barthel in dieser Frage unterstützen. – Danke.

(Vereinzelt Beifall)

**Bärbel Dieckmann, Tagungspräsidium:** Florian, du hast noch einmal das Wort.

**Florian Pronold, Antragskommission:** Liebe Genossinnen und Genossen! Den Änderungsantrag zu St 35, diese Anregung an die Bundestagsfraktion weiterzugeben – also nicht nur den Kaffee, sondern alle fair gehandelten Produkte aufzunehmen –, übernehmen wir.

Zum St 4, der vom Landesverband Bayern beschlossen worden ist und den ich für den besten Antrag des gesamten Parteitages halte, muss ich Folgendes sagen: Wir haben

hier einen Antrag, der sich nicht nur auf die Steuer- und Finanzpolitik bezieht, sondern auch Wirtschafts- und Sozialpolitik beinhaltet. Wir klopfen hiermit also Dinge fest, die in den kommenden Antragsbereichen noch zur Abstimmung stehen, nämlich die Wirtschafts- und Sozialpolitik.

Deswegen ist meine Anregung: Lasst uns das aufnehmen, was Klaus gewollt hat, aber diesen Antrag verweisen an die Bundestagsfraktion. Ich glaube, es ist wichtig, diesen Zusammenhang zwischen Wirtschaft-, Finanz- und Sozialpolitik in die Beratungen einzubringen. Er gehört im Übrigen auch in die Arbeitsgruppe „Gut und sicher leben“. Auch dahin möchte ich ihn überweisen.

Das Problem entsteht deshalb, weil dieser St 4 eigentlich ein Ersatzleitantrag ist. Im eigentlichen Leitantrag sind einige Punkte schon abgehandelt worden. Deswegen schlage ich keine Beschlussfassung vor, aber eine Überweisung zur Bundestagsfraktion, um diesen Ansatz entsprechend zu beraten.

Zu den anderen Anträgen gibt es keine weiteren Wortmeldungen. Ich bitte euch, dort dem Votum der Antragskommission Folge zu leisten.

**Bärbel Dieckmann, Tagungspräsidium:** Okay. Dann lasse ich zuerst über diese beiden Punkte einzeln abstimmen.

Antrag St35: Die Antragskommission übernimmt den Änderungsantrag. Wer dem zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Das ist die Mehrheit.

Antrag St4: Vorgeschlagen ist Überweisung. Bei diesem Votum bleibt die Antragskommission; Florian hat das noch einmal ausführlich begründet. Auch darüber lasse ich abstimmen. Wer dem Votum der Antragskommission auf Überweisung zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Das Erste war eindeutig die Mehrheit.

Dann lasse ich über alle anderen Anträge im Block abstimmen. Wer dem zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Das ist mit einer Gegenstimme so beschlossen. Vielen herzlichen Dank, Florian. Damit haben wir diesen Antragsbereich abgeschlossen.

## Beratung der Anträge zur Wirtschaftspolitik

Wir kommen jetzt zum Bereich Wirtschaftspolitik. Berichterstatter ist Hubertus Heil. Hubertus, ich darf dich um deinen Bericht bitten.

**Hubertus Heil, Antragskommission:** Liebe Genossinnen und Genossen! Angesichts der fortgeschrittenen Zeit wollen wir das kurz und schmerzlos machen, aber gestattet mir zwei, drei Bemerkungen: Ich glaube, es ist deutlich geworden, dass das, was wir im Bereich der Wirtschaftspolitik vertreten, sich in dieser neuen Bundesregierung null Komma null wiederfindet. Wer es nicht glaubt, muss sich die Rede von Rainer Brüderle, dem neuen Bundeswirtschaftsminister, im Deutschen Bundestag anschauen. Von Rede will man gar nicht sprechen. Ich durfte ihm antworten und habe ihm gesagt: Herr Kollege Brüderle, vor vier Jahren haben Sie Michael Glos davor gewarnt, zum Problembär der Koalition zu werden. Jetzt müssen Sie aufpassen, nicht dazu zu werden. Das war wirklich dünne Suppe, was da geboten wurde. Wir müssen uns mit dem, was wir Sozialdemokraten im Bereich der Wirtschaftspolitik in den letzten Jahren konzeptionell erarbeitet haben, nämlich für nachhaltiges Wachstum zu streiten, nicht verstecken. Ich erwähne ausdrücklich auch den Deutschland-Plan von Frank-Walter Steinmeier, der eine ganz ordentliche Grundlage ist, mit der wir wirtschaftspolitisch antreten können.

Wir sind in der größten Wirtschaftskrise aller Zeiten. Es geht darum, die richtigen Konsequenzen zu ziehen; darauf hat Erhard Eppler hingewiesen. Das heißt konkret, einen Ordnungsrahmen zu schaffen, der mithilft, dass Investitionen Vorrang haben vor kurzfristigen Spekulationen. Die Kurzatmigkeit muss raus aus der Wirtschaft.

Zudem brauchen wir eine aktive Wirtschaftspolitik – das wird in den Anträgen auch deutlich –, die mithilft, dass wir auf den Leitmärkten der Zukunft erfolgreich sein können. Aber, liebe Genossinnen und Genossen, das können wir nur mit den besten Produkten, Verfahren und Dienstleistungen und nicht mit den billigsten Löhnen. Wer glaubt, dass die Zukunft der Arbeit bei Billigjobs liegt, hat von Wirtschaftspolitik und den Bedürfnissen der Menschen keine Ahnung.

(Beifall)

Ich will darauf hinweisen, dass wir gleichwohl noch eine ganze Menge weiterzuentwickeln haben, gerade was die Frage der Dienstleistungen von Menschen für Menschen betrifft. Das ist ein Bereich unserer Wirtschaft, der nicht so sehr in der internationalen Konkurrenz steht, sondern hier vor Ort verrichtet werden muss.

All das ist eine gute Grundlage für die Arbeit, die vor uns liegt. Wir haben im Leitantrag schon eine Menge auf den Weg gebracht, um auch in diesem Bereich weiterzudenken.

Deshalb können wir mit den gestellten Anträgen ganz gut durchkommen. Ich bitte dich, Bärbel, einzusteigen.

**Bärbel Dieckmann, Tagungspräsidium:** Vielen Dank, Hubertus. Es gibt eine Wortmeldung, Dietmar Hexel.

**Dietmar Hexel, Parteivorstand:** Liebe Genossinnen und Genossen! Ich wollte zu einem Detail sprechen. Aber das kann man, glaube ich, nur machen, wenn man den Zusammenhang sieht. Der Wirtschaftsminister ist ja schon angesprochen worden. Man kann froh sein, dass der Bundesminister für Wirtschaft nicht so viele Kompetenzen hat. Da wird er als Märchenonkel vielleicht nicht zu viel Schaden anrichten.

Ich vermute mal, dass er auch folgendes Märchen fortsetzt: Wenn es der Wirtschaft gut geht, geht es uns allen gut. – Dieser Satz ist falsch, und wir müssen ihn verändern.

Ich stimme dem Sprecher der Antragskommission zu, dass wir die größte Wirtschafts- und Finanzkrise aller Zeiten haben. Aber wir haben noch mehr, wir haben eine Metakrise, die aus den angesprochenen Fragen der Klima-, der Nahrungs-, der Energie- und der Wasserkrise besteht, die auch eine Krise der Institutionen ist. Wenn wir das in der Wirtschaft verändern wollen, müssen wir vielleicht etwas konkreter werden.

Schlimmer als das mit dem Brüderle ist, dass wir das Justizministerium verloren haben. Denn dort werden die aktienrechtlichen Bestimmungen gemacht. Darum geht es auch in den Anträgen W2 und W7. Wenn wir uns die derzeitige Wirtschaftspolitik anschauen, dann sehen wir, dass wir den Höhepunkt der Industriegesellschaft überschritten haben, das Ende des carbonen Zeitalters; das ist uns allen klar inzwischen. Wir wissen auch, dass wir mit dem bisherigen Wachstum, wie es in den Köpfen ist, nicht mehr werden arbeiten können.

Es gibt, grob gesprochen, zwei Szenarien – niemand weiß die Zukunft genau –: Das eine Szenario ist, es geht schon wieder aufwärts.

Das berühmte „V“ ist wieder da. Die Krise ist überwunden. Es geht jetzt sozusagen nur noch darum, dort zu sparen, wo man immer schon gespart hat, nämlich bei den Löhnen, und dann geht es aufwärts. – Ich glaube dieses Szenario nicht.

Ich glaube, dass das Szenario 2 eher zutrifft, dass wir nicht wieder auf den Wachstumskurs können und auch nicht können wollen, sondern dass wir eine Seitwärtsbewegung haben, die mit sehr vielen Unsicherheiten behaftet ist und zeigen wird, dass wir in den Unternehmen mit Instabilität zu tun haben, mit lang andauernden Entlassungswellen nach der Kurzarbeit, mit der Frage, wie die Institutionen insgesamt aussehen. Schaut euch nur an, was bei der Bundesanstalt für Arbeit passiert. Auch dort droht Instabilität. Von 54 Milliarden Euro Ausgaben zurzeit werden 5 Milliarden für Arbeitslosengeld

1, 3 Milliarden für Kurzarbeit und 16 Milliarden für Arbeitsmarktpolitik ausgegeben. Wie es im nächsten Jahr aussehen wird, wenn wir das Wachstum nicht mehr haben, kann sich jeder in etwa ausrechnen.

Ich glaube, dass dieses zweite Szenario, dass wir Instabilität und nicht mehr den Rücklauf alter Wachstumspfade haben werden, trotzdem eine Chance beinhaltet und dass wir als Industriegesellschaft auch das Potenzial, die Kreativität und das Wissen und Know-how haben, da herauszukommen. Das bedingt aber, dass anders gemanagt wird. Da betreibe ich jetzt keine Managerschelte. Es gibt auch gute Manager, die es gut machen. Aber die Richtung stimmt nicht. Wir brauchen in den Unternehmen und in der Industrie Manager, Aufsichtsräte und Belegschaften, die darauf schauen, dass die Industriepolitik in Deutschland erstens bleibt und sich zweitens umformt in schonende Produkte, in schonende Güterleistungen und auch in schonende Produktionsverfahren unter Einsatz aller Konzepte, die wir zum Teil in der Energiepolitik diskutieren. Es anders zu machen heißt vor allen Dingen für Manager, dass man sich nicht mehr an dem berühmten Shareholder orientieren darf – also an einem abwesenden Investor, der gar nicht im Unternehmen ist –, sondern sich an den Bedürfnissen der Menschen, der Kunden, der Arbeitnehmer und am Gemeinwesen orientieren muss.

Erhard Eppler hat vorhin an die alten christlichen und jüdischen Lehren erinnert. In allen Religionen der Welt ist Gier eine Todsünde. Inzwischen ist die Gier von der Todsünde im Management zu einer Tugend geworden. Man ist offensichtlich nur dann gut, wenn man viel Geld verdient. Die Bonisysteme – ich nenne sie lieber „Gierprämien“ – haben verursacht, dass wir immer weiter auf diesem unsinnigen Pfad voranschreiten. Das sollten wir beenden.

Deshalb bedürfen die Anträge W2 und W7 einer Ergänzung. Es reicht nicht aus, wenn man das Aktiengesetz ändern will und sagt: Vorstände sollen nicht mehr in fünf, sondern in drei Aufsichtsräten sitzen. – Das stimmt übrigens nicht mehr. Im Kodex sind schon drei. Das wäre also kein Fortschritt. – Wir müssen vielmehr die Bundesregierung auffordern, das Aktiengesetz an einer entscheidenden Stelle zu ändern, nämlich bei dem Thema Verantwortung. Zurzeit werden die Unternehmen nicht nach Verantwortung, sondern nach Geldgier geführt. Deswegen gehört in den W2 und in den W7 eine Ergänzung hinein, die ich wie folgt vorschlage: ... und im Aktienrecht das Unternehmensinteresse zu konkretisieren und am Gemeinwohl zu orientieren.“ Denn erst wenn wir in der Umformung der Industriegesellschaft zu Systemen kommen, die sich an den Bedürfnissen der Kunden und des Gemeinwohls orientieren, werden wir die Exzesse in der Wirtschaft beenden können. Das sind ganz konkrete Regeln. Mit einem Moralappell kommt man da wahrscheinlich oder ganz sicher nicht weiter.

**Bärbel Dieckmann, Tagungspräsidium:** Dietmar, kommst du bitte zum Ende? Wir übernehmen das.

**Dietmar Hexel, Parteivorstand:** Ich habe deswegen beantragt, diese Änderung in dem Antrag vorzunehmen, weil ich glaube, dass Verantwortung als Prinzip in das Aktienrecht gehört und nicht Shareholder Value. – Vielen Dank.

(Beifall)

**Bärbel Dieckmann, Tagungspräsidium:** Vielen Dank, Dietmar. – Der Berichterstatter Hubertus Heil hat gesagt, wir übernehmen das als Antragskommission. Ich brauche darüber jetzt, glaube ich, nicht einzeln abzustimmen zu lassen, sondern wir stimmen en bloc mit der Ergänzung von Dietmar Hexel ab. Wer den Anträgen mit dieser Ergänzung zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Das ist einstimmig so beschlossen.



## Beratung der Anträge Medien- und Kulturpolitik

Wir kommen jetzt zu dem Bereich Medien- und Kulturpolitik. Auch da ist Hubertus Heil der Berichterstatter. Hubertus, du hast das Wort.

**Hubertus Heil, Antragskommission:** Liebe Genossinnen und Genossen! Heute Morgen sagte jemand, das Thema Integration sei nicht zur prime time aufgerufen, weil es als Erstes aufgerufen wurde. Ich habe das nicht ganz verstanden. Es ist nur schade, dass das Thema Medien- und Kulturpolitik wieder einmal am Ende der ganzen Veranstaltung ist.

Ich sage: Ich habe Hoffnung in diesem Zusammenhang, weil wir jetzt einen früheren Kulturstaatsminister im Parteivorstand haben. Lieber Julian, ich hoffe, dass du mithilfst, dass die Kulturpolitik im Parteivorstand tatsächlich stärker wird. Denn die Sozialdemokratie ist auch eine Kulturbewegung. Wir können darauf stolz sein. Du musst die Fackel weiter tragen.

(Beifall)

Genossinnen und Genossen, um es kurz und schmerzlos zu machen: In diesem Bereich sammeln sich Anträge, die sich rund um das Thema Netzgesellschaft und Digitalisierung drehen. Ich glaube, dass die Anträge hier auch in den Voten akzeptiert werden.

Ich will gleichwohl sagen: Der erste Antrag zielt schon auf den wunden Punkt. Wir müssen uns Orte schaffen, in denen wir für uns begreifbar machen, inwieweit die Digitalisierung die Gesellschaft, Wirtschaft, Kultur und das Zusammenleben verändert. Das geht von der Frage, wie wir Freiheit, Recht und auch Bürgerrechte in der digitalen Welt durchsetzen, bis zu der Frage, wie wir beispielsweise auch geistiges Eigentum schützen und verwerten. Das sind viele Fragen, die viele Bereiche der Kulturwirtschaft in diesem Land dramatisch verändert haben und andere verändern werden.

Wir müssen neue Balancen schaffen. Brigitte Zypries hat das einmal so schön beschrieben: Wir haben auf der einen Seite das Problem, dass unser Recht in der Regel national ist, das Internet aber www, also weltweit ist. Wir haben ein Recht, das personalisiert ist, und ein Internet, das anonym ist. – Damit stoßen viele Dinge, die uns in der analogen, in der normalen Welt ganz selbstverständlich sind, wenn es um Recht und Gesetz geht, in der Durchsetzung in der digitalen Welt an Grenzen.

Eine Diskussion, die wir erlebt und gespürt haben, war im Bereich der Netzsperrern. Diese Diskussion hat im Übrigen dazu geführt, dass wir viele vergrätzt haben. Ich glaube, liebe Genossinnen und Genossen, wir haben mit dem Gesetz damals versucht,

das Beste zu schaffen, um das Schlimmste zu verhindern. Aber am Ende des Tages haben wir uns mit dem Gesetz keinen großen Dienst erwiesen. Es ist richtig, es wieder abzuschaffen. Es ist nicht die richtige Antwort auf diese schwierige Materie.

(Beifall)

Deshalb: Wir brauchen diese Orte. Wir sollten es gleichwohl dem neu gewählten Parteivorstand überlassen, sie zu organisieren, und hier nicht einzelne Foren oder Ähnliches als Parteitag beschließen. Ich glaube, dass Andrea Nahles, meine Nachfolgerin, dem Parteivorstand im Januar einen Vorschlag für die Klausur machen wird, wie die Struktur von Projektgruppen und Foren aussieht. Wir haben schon einige Jahre einen Online-Beirat beim SPD-Parteivorstand. Es ist wichtig, dass wir dieses Thema auf allen Ebenen diskutieren – nicht nur, wenn es darum geht, in den Kampagnen selbst im Netz als SPD aktiv zu sein und die Möglichkeiten zu nutzen, sondern Politik im digitalen Zeitalter durchzusetzen, ist eine Aufgabe, die vor uns steht. Deshalb bitten wir euch, so wie vorgeschlagen zu verfahren.

Liebe Bärbel, ich möchte zu einem Antrag ganz kurz etwas sagen, weil wir ihn verändern werden, nämlich den Antrag IA22. Darin geht es um den flächendeckenden Ausbau von Breitbandinfrastruktur. Das ist ein ganz zentrales Thema für ganz Deutschland mit riesigen volkswirtschaftlichen Potenzialen. Im Deutschlandplan spielt das eine Rolle. Dazu haben wir eine Veränderung vorgeschlagen. Ich will sie jetzt nicht vorlesen, Bärbel, aber sie zielt darauf, dass wir in dem, was im Bereich des Ausbaus der Breitbandinfrastruktur notwendig ist, die Unternehmen, die da tätig sind, selbst nicht aus der Verantwortung entlassen. Es kann nicht sein, dass wir in der Telekommunikationsbranche eine Entwicklung haben, dass wir als Staat immer mehr subventionieren und dann, wenn es um die Renditen geht, die Unternehmen sie sich in die Tasche stecken.

(Beifall)

Wenn der Schritt zum Ausbau der Breitbandinfrastruktur gemacht werden soll, der notwendig ist, mit Bandbreiten, die über 50 MB hinausgehen werden, dann ist es notwendig, dass die Unternehmen in diesem Bereich stärker kooperieren und sich bei diesem Schritt nicht versuchen niederzukonkurrieren. Deshalb haben wir entsprechende Änderungen vorgeschlagen. Liebe Bärbel, ich glaube, auch da kommen wir jetzt schnell hindurch.

**Bärbel Dieckmann, Tagungspräsidium:** Vielen Dank, Hubertus. – Es gibt eine Wortmeldung von Klaus Barthel. Klaus, du hast fünf Minuten.

**Klaus Barthel, Bayern:** Ich hatte den Zuruf „Ach“ erwartet! Genossinnen und Genossen, ich weiß, dass wir alle langsam heim wollen. Aber wenn wir schon einen

Antrag zur breitbandigen Infrastruktur beschließen, dann sollten wir auch wissen, was wir tun.

Ich will zunächst daran erinnern: Vielen brennt dieses Thema auf den Nägeln. Wir haben uns jahre-, wenn nicht jahrzehntelang Vertröstungen anhören müssen. Wir haben uns anhören müssen: „Der Markt bringt es von sich aus, dass alle angeschlossen werden.“ Dann haben wir gehört: „Mit Funkfrequenzen geht es.“ Zum Schluss versuchen wir es jetzt mit teuren Subventionsprogrammen von Bund und Ländern. Ich bin mir sicher, dass damit die Ziele der Breitbandstrategie der Bundesregierung, die sagt, bis Ende nächsten Jahres müssen alle weißen Flecken beseitigt sein, bei Weitem nicht zu erreichen sind.

Schaut euch bitte an, wie die Antragskommission jetzt vorgeschlagen hat zu formulieren. Das ist wieder einmal eine klassisch sozialdemokratische Sprache, für die wir inzwischen überall nur noch bemitleidet werden, wenn es da heißt: „Die laufende Breitbandinitiative der Bundesregierung bedarf in wesentlichen Punkten einer nachhaltigen Umsetzung.“ Wenn es zu mehr nicht reicht und wenn dafür dann wesentliche Forderungen rausgestrichen werden, beschließen wir doch lieber gar nichts.

Ich bitte euch darum, zu erkennen, dass wir eine Regulierungs- und Marktblockade haben und dass es dafür Gründe gibt, die in der Regulierungsphilosophie liegen, und dass es dafür Gründe gibt, die auch in unserer mangelnden Gesetzgebung liegen.

Ich will euch auf eines hinweisen: Wir haben damals noch in den 90er-Jahren durchgesetzt, dass im Grundgesetz steht, dass der Bund dafür garantiert, dass es eine angemessene, flächendeckende, bezahlbare Infrastruktur in der Telekommunikation gibt. Wörtlich heißt es im Grundgesetz: „der Bund garantiert“. Eine angemessene Telekommunikationsinfrastruktur ist nach jetziger Rechtslage ein analoger Telefonanschluss. Liebe Genossinnen und Genossen, solch eine Telekommunikationsinfrastruktur ist eine der 80er- und vielleicht noch der 90er Jahre, aber sie wird dem Jahr 2010 nicht gerecht. Deswegen muss es in Zukunft heißen, dass wir eine solche Universaldienstverpflichtung brauchen, die allen Menschen in der Republik, allen Haushalten einen breitbandigen Anschluss garantiert.

(Beifall)

Deswegen müssen wir die Gesetzgebung an dieser Stelle verändern, damit es einen klaren Rechtsanspruch gibt und damit nicht Dörfer und die Stadtränder, oder wer auch immer, getröstet werden, bis irgendwann einmal der letzte weiße Fleck in dieser Republik geschlossen sein wird. Deswegen muss ich darauf bestehen, dass der letzte Punkt in diesem Initiativantrag 22 erhalten bleibt, wo es heißt: „Eine verbindliche

Verpflichtung, jedem Haushalt zu erschwinglichem Preis“ usw. Nur dann ist garantiert, dass es nicht der Staat bezahlt, sondern dass es einen Fonds gibt, in den dann alle, die in der Telekommunikationswirtschaft ihr Geld verdienen, auch einzahlen müssen, damit endlich passiert, was wir wollen.

(Beifall)

**Bärbel Dieckmann, Tagungspräsidium:** Vielen Dank. – Hubertus, du hast das Wort.

**Hubertus Heil, Antragskommission:** Liebe Genossinnen und Genossen! In der Zielsetzung sind wir uns einig, und übrigens in der Kritik an der Unverbindlichkeit der Breitbandstrategie der Bundesregierung auch. Dass das nicht besonders ambitioniert ist, hat der Gegenentwurf, der Deutschland-Plan von Frank-Walter Steinmeier, deutlich gemacht, in dem klar gesagt wurde: Das, was wir jetzt machen, ist gerade mal der Versuch, die weißen Flecken zu beseitigen. Worum es eigentlich gehen muss, ist die Frage, wie wir tatsächlich schnelles Internet in ganz Deutschland als Verbindung hinbekommen. Es geht nicht nur darum, jetzt die weißen Flecken zu beseitigen, sondern es geht darum, Glasfaser bis in jedes Haus zu verlegen, damit wir Bandbreiten haben, auf denen neue Geschäftsmodelle entwickelt werden können, für jedermann und erschwinglich.

Dafür ist es notwendig, dass Unternehmen kooperieren, und dafür ist ein Rechtsrahmen zu setzen. Ob wir das mit einer Universaldienstverpflichtung machen sollten, wie Klaus es vorschlägt – ich glaube, da sollten wir uns ein Stück offener halten. Lieber Klaus, wir sind uns doch in der Sache einig und kennen uns beide ein bisschen aus in diesem Bereich. Wir sollten aus meiner Sicht der Formulierung der Antragskommission folgen.

Auf der anderen Seite hast du Recht. Was die Gummiformulierung hinsichtlich der Frage betrifft, wie man die Breitbandstrategie und initiative der Bundesregierung bewertet, bin ich der Meinung, sollten wir noch einmal miteinander redaktionelle Vollmacht haben, um zu gucken, dass an dieser Stelle solch ein Gummi herauskommt. Aber bei dem eigentlichen materiellen Punkt, bei dem letzten Punkt, bitte ich dich, dass wir dabei bleiben können, den Universaldienst nicht aufzunehmen.

Können wir das abstimmen?

**Bärbel Dieckmann, Tagungspräsidium:** Ja. Okay, vielen Dank.

Ich lasse jetzt über den Antrag A22 in der Fassung der Antragskommission mit der Formulierung bezüglich der Strategie der Bundesregierung abstimmen, auf die ihr euch noch einigen werdet, Hubertus. Wer dem zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Es ist damit bei einer Reihe von Gegenstimmen damit mit großer Mehrheit so beschlossen.

Über die anderen Anträge lasse ich im Block abstimmen. Wer dem zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Das ist damit auch mit großer Mehrheit beschlossen.

Wir sind damit am Ende der Anträge. Vielen herzlichen Dank.

Ich habe noch eine Ergänzung: Bei den Anträgen zur Außen-, Entwicklungs- und Sicherheitspolitik sind wir darauf hingewiesen worden, dass es auch einige – etwa fünf – Gegenstimmen gegeben hat. Insofern war das nicht einstimmig, sondern mit fünf Gegenstimmen.

Dann kommen wir zum nächsten Tagesordnungspunkt, Christa Randzio-Plath, zum Marie-Schlei-Verein. Christa, du hast das Wort.

## Rede zum Marie-Schlei-Verein

**Christa Randzio-Plath, Vorsitzende Marie-Schlei-Verein:** Liebe Genossinnen und Genossen! Als Vorsitzende des Marie-Schlei-Vereins möchte ich daran erinnern, dass dieser Verein in Erinnerung an unsere erste sozialdemokratische Entwicklungsministerin gegründet worden ist. Ich freue mich sehr, dass ich in dieser Eigenschaft heute auch dem Entwicklungsminister Erhard Eppler und unserer langjährigen Entwicklungsministerin Heidemarie Wieczorek-Zeul danken kann, die beide auch Mitglieder des Marie-Schlei-Vereins sind.

(Beifall)

Wir sind nur eine kleine Nicht-Regierungsorganisation. Wir haben uns gegründet, um Armut überwinden zu helfen und ein besseres Leben möglich zu machen. Das ist wichtiger denn je, denn Hunger, Unterernährung und Armut haben aufgrund der Nahrungsmittelkrise bzw. aufgrund der Finanzkrise zugenommen, für die diese Menschen und insbesondere die Frauen überhaupt nichts können.

Im Augenblick versuchen wir, Frauen in ländlichen Gebieten von Afrika, Lateinamerika und Asien dabei zu unterstützen, einen selbstgewählten Entwicklungsweg zu gehen und sich zum Beispiel in einem Gemüseanbau, in Tierzucht, in Fischzucht, in der Aufzucht von Bienen und in vielem anderen mehr zu qualifizieren. Das sind die kleinen Projekte, die die Frauen selbst durchführen und die ihnen das Selbstbewusstsein und die Kraft geben, diese Projekte durchzuführen und daraus dann so viel Kraft und so viel Qualifikation zu beziehen, dass sie ein eigenes Einkommen haben, mit dem sie nicht nur sich und ihrer Familie nützen, sondern auch zur Überwindung von Unterentwicklung in ihren Ländern beitragen.

Der Marie-Schlei-Verein ist stolz auf die vielen Frauengruppen, die unsere Partnerinnen in dieser Welt sind. Deswegen bitte ich euch heute sehr um Solidarität.

Ich möchte noch einmal unterstützen, wie wichtig es ist, dass es nicht nur staatliche Entwicklungshilfe gibt. Darauf sind wir angewiesen, um Strukturen zu ändern. Wir brauchen aber auch Nicht-Regierungsorganisationen. Da freue ich mich ganz besonders als Vorsitzende eines solch kleinen Vereins, des Marie-Schlei-Vereins, dass jetzt eine Genossin Präsidentin der Welthungerhilfe ist: Bärbel Dieckmann.

(Beifall)

Ich setze auf eine gute Zusammenarbeit.

Genossinnen und Genossen, bitte unterstützt uns. Wir brauchen eure Hilfe.

**Bärbel Dieckmann, Tagungspräsidium:** Vielen Dank, Christa, für deinen engagierten Beitrag. Der enge Zusammenhang zwischen starken Frauen in den Entwicklungsländern und Erfolg bei der Hungerbekämpfung ist nachweisbar. Es wäre schön, wenn hier gleich eine ganz große Spende gesammelt würde. Die jungen Genossen und Genossinnen machen sich auf den Weg, um zu sammeln.

Ich habe eben schon den Vorsitzenden unserer sozialdemokratischen Schwesterpartei und ehemaligen tschechischen Ministerpräsidenten Jiri Paroubek begrüßt. Ich habe ihm angekündigt, dass er jetzt bei uns auch das Wort ergreifen darf. Wir sind froh, dass du heute bei uns bist. Du bist ein Freund Deutschlands, ein Freund der SPD. Du bist vor allem ein engagierter, überzeugter Europäer und damit in unserer Mitte in gerngesehener Gast. Ich sage dir schon einmal, dass wir uns freuen würden, dich auf einem unserer nächsten Parteitage dann auch wieder als Regierungschef deines Heimatlandes begrüßen zu können.

(Beifall)

Herzlich willkommen. Wir freuen uns auf dein Grußwort.

(Beifall)

## Grußwort des Vorsitzenden der tschechischen Sozialdemokraten

**Jiří Paroubek, Vorsitzender der CSSD:** Liebe Freundinnen und geehrte Freunde! Genossen und Genossinnen! Erlauben Sie mir einleitend, Ihnen zum neu gewählten Vorsitzenden Sigmar Gabriel sowie zur neuen Parteiführung zu gratulieren.

(Beifall)

Ich bin mit Gerhard Schröder, Kurt Beck, Franz Müntefering und auch mit Frank-Walter Steinmeier glänzend ausgekommen und glaube, dass auch die Zusammenarbeit mit dem neuen Vorsitzenden und der neuen Parteiführung genauso fruchtbar und nützlich sein wird.

(Beifall)

Wann immer ich die Gelegenheit habe, an einem bedeutenden Treffen, an Wahlveranstaltungen oder selbstverständlich an einem von der SPD organisierten Parteitag teilzunehmen, kann ich – ungeachtet der Vielzahl von Aufgaben, die mir zuhause in der Tschechischen Republik bevorstehen – eine Teilnahme nicht auslassen.

(Beifall)

Auch mir steht in der nächsten Woche die Teilnahme an einer ganzen Reihe von Veranstaltungen im Rahmen des dreitägigen feierlichen Gedenkens anlässlich des 20-jährigen Jubiläums der sogenannten samtenen Revolution bevor. Wir alle werden die Möglichkeit haben, zu überlegen, was uns in 20 Jahren seit dem Fall des Kommunismus gelungen ist, und umgekehrt, welche Herausforderungen uns in der Zukunft bevorstehen. Aber jetzt an dieser Stelle wiederhole ich erneut: Wir halten die Sozialdemokratische Partei Deutschlands im Rahmen der sogenannten ursprünglichen EU-Mitgliedstaaten für unseren strategischen Partner.

(Beifall)

Dabei ist für uns nicht wichtig, ob ihr eine regierende Partei oder ob ihr – das ergibt sich aus dem natürlichen Lauf der demokratischen Entwicklung – eine Oppositionspartei seid. Uns verbindet nämlich vieles. Unsere beiden Parteien sind am Ende des 19. Jahrhunderts als die Parteien der Unterdrückten und der Ausgebeuteten insbesondere der Arbeiter entstanden, um im Laufe von Dutzenden von Jahren zu breitbeinig stehenden Parteien zu werden, die die Interessen aller Schichten der Gesellschaft verteidigen. Unsere beiden Parteien waren – obwohl jede in einer anderen Form und Intensität – schärfsten Angriffen der beiden totalitären Ideologien des 20. Jahrhunderts, des Nationalsozialismus und des Kommunismus, ausgesetzt. Unseren beiden Parteien



ist es gelungen, wenn auch unter unterschiedlichen historischen Bedingungen, zu deren Niederlage beitragen.

(Beifall)

Auch die politische Szene Deutschlands und der Tschechischen Republik sind sehr ähnlich. So müssen unsere Parteien die nicht leichte Aufgabe der Beziehung zu einer weiteren radikalen Linkspartei lösen, nämlich ihr zu euren Linken und wir zu der kommunistischen Partei Böhmens und Mährens. Viele Ansichten dieser Parteien zu sozialen Fragen sind zwar ähnlich, aber ihre Mittel und Ziele sowie die unbestrittene historische Verantwortung für das autoritäre kommunistische Regime stellen komplizierte Fragen über Möglichkeiten der Zusammenarbeit dar.

Schließlich stellen unsere Parteien in unseren Ländern eine von zwei grundlegenden politischen Richtungen dar, die die Hauptrichtungen der Politik bestimmen, und zwar die liberal-konservative und die sozialdemokratische Richtung. Dabei ist die grundlegende ideologisch-politische Auseinandersetzung auch die Triebkraft der demokratischen Entwicklung.

Liebe Freunde, euer Parteitag findet in einer Zeit statt, die für keine politische Partei leicht ist, in einer Situation, in der ihr nach einer elfjährigen Teilnahme an der Regierungsverantwortung in die Opposition übergegangen seid. Ich kenne diese Gefühle und weiß, dass jede Partei in solchen Momenten eine Mischung von Verstimmung, negativen Emotionen, aber auch von Kampfkraft zur Auseinandersetzung mit der neuen Situation erlebt. Durch den Übergang in die Opposition – ich weiß, wovon ich rede – kann man gestärkt werden. Es ist eine glänzende Gelegenheit, über die weitere Strategie, die Taktik und die Arbeitsmethoden nachzudenken. Eines weiß ich nämlich sicher: Die heutigen Niederlagen sind, wenn wir daraus die Lehre ziehen, ein Vorzeichen der künftigen Siege.

(Beifall)

Weder Deutschland noch die Tschechische Republik kommen ohne eine starke Sozialdemokratie aus. Umso mehr interessiert uns und mich persönlich, welche Schlussfolgerungen ihr für die Zukunft zieht und welche Themen euch künftig beschäftigen werden. Ich möchte euch vergewissern, dass ich, wenn ich nach Prag zurückgekehrt bin, unsere Analytik bitten werde, dass sie sich mit ihnen näher befasst. Ich betone: Ich werde das nicht nur anstandshalber tun. Die Gründe dafür sind rationaler Art. Die Ähnlichkeit der Probleme in unseren beiden Ländern und die Notwendigkeit, die Probleme zu lösen, betreffen nicht nur unsere Parteien, sondern alle sozialdemokratischen und sozialistischen Parteien Europas, ja sogar der Welt.

(Beifall)

Wir befinden uns nämlich in einer besonderen Situation. Die ganze Welt – Europa, Deutschland und die Tschechische Republik nicht ausgenommen – erlebt eine der tiefsten wirtschaftlichen Krisen in der neuzeitlichen Geschichte. Die Arbeitslosigkeit wächst, Unternehmen gehen pleite, die sozialen Sicherheiten der Menschen werden schwächer. Angesichts dieser Situation könnte als logisch erscheinen, dass es gerade unsere Parteien sein werden, die ein massives Wachstum an Unterstützung erleben werden. Aber bis auf einige leuchtende Ausnahmen, wie es die vier für die Sozialisten erfolgreichen Wahlen in Griechenland und Portugal waren, sehen wir, dass die Rechtsparteien in dieser Situation bei weitem nicht verlieren, sondern manchmal sogar stärker werden. Dieser Fakt muss für uns zu einer Herausforderung werden.

(Beifall)

Wir müssen fähig sein, in der Zusammenarbeit mit Fachleuten – Soziologen, Psychologen, Ökonomen und medialen Experten – diese Fakten zu analysieren. Einerseits wissen wir, dass in allen Ländern gewisse spezifische Situationen vorhanden sind. Auf der anderen Seite müssen wir jedoch gemeinsame, allgemeine Ursachen dafür suchen, warum es uns nicht gelingt, in dieser Situation die Position des Hegemon bei der Lösung der Probleme einzunehmen. Damit hängt zusammen, dass wir uns den brennenden Fragen stellen und auf sie prägnante Antworten suchen müssen: Welche Aufgaben stehen vor den sozialistischen Parteien im 21. Jahrhundert? Wie ändert sich die Gesellschaft, und wie hat sie sich bereits geändert? Wie verändern sich die Erwartungen der Bürger uns gegenüber?

Wohin sollen wir unsere Aufmerksamkeit lenken, und was sollen wir ändern?

Gerade bei unseren Parteien, die von einer so starken und vielschichtigen Wählerschaft gekennzeichnet sind, müssen wir auch die Trends der sich ändernden Denkweise sowie die Vorstellungen unserer Wähler kennen. Ja, wir müssen eine Politik betreiben, die auf den Erkenntnissen der Soziologie und Politologie beruht, und wir müssen die Interessen der Öffentlichkeit ständig analysieren. Wir müssen immer zwei Schritte im Voraus sein.

Die Schlüsselaufgabe für unsere beiden Parteien ist klar: Wir können nur dann siegen, wenn wir die Öffentlichkeit überzeugen, dass wir die Erneuerung der Prosperität bringen und gleichzeitig die Arbeits- und Sozialsicherheit stärken werden. Es gibt für uns keine andere Alternative.

(Beifall)

Liebe Freunde, ich halte es für meine Pflicht, hier unter Freunden zu dem komplizierten Problem zurückzukehren, das die tschechische Sozialdemokratie lösen musste und für

das es keine einfache Lösung gab. Es handelt sich um das komplizierte Problem der Ratifizierung des Vertrags von Lissabon in der Tschechischen Republik.

Die tschechische Sozialdemokratie war die entschlossenste und stimmenmäßig stärkste tschechische politische Partei, die während der zwei Jahre für die Ratifizierung des Vertrags von Lissabon praktisch ständig und offensiv gekämpft hat.

(Beifall)

Alle unsere 100 Mitglieder des Tschechischen Parlaments haben für den Vertrag gestimmt.

(Vereinzelt Beifall)

Wie bekannt, hat Herr Präsident Klaus zum Abschluss des Ratifizierungsprozesses die Befürchtung vor dem Durchbruch bei den sogenannten Präsident-Beneš-Dekreten geäußert. Unsere politische und rechtliche Meinung war eindeutig. Die Frage hängt mit dem Vertrag von Lissabon gar nicht zusammen. Trotzdem haben wir – und das ist absurd – gewissermaßen eine Erleichterung gefühlt.

Wir haben bei Klaus' Vabanquespielen erst gefürchtet, dass er seine Spuren in der Geschichte hinterlassen will, indem er den Lissabon-Vertrag begräbt, möglicherweise auch, um den Beifall der britischen Konservativen zu gewinnen. Glücklicherweise ist die Ratifizierung des Vertrags von Lissabon in der Tschechischen Republik abgeschlossen worden.

(Beifall)

Liebe Freunde, eine nicht leichte Arbeit steht uns gemeinsam bevor, um die Wirtschaftskrise aktiv zu überwinden und um ein stärkeres Europa und eine neue Sicherheitsarchitektur, die auf dem Dialog und Konsensus beruhen wird, aufzubauen. Die Menschen erwarten von uns, dass wir bei der Lösung dieser Probleme an der Spitze sein werden, und wir dürfen sie nicht enttäuschen.

(Beifall)

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall)

**Barbara Ludwig, Tagungspräsidium:** Herzlichen Dank. Nimm bitte die Grüße an unsere sozialdemokratischen Freunde mit nach Prag.

Nun, liebe Genossinnen und Genossen, bittet Sigmar Gabriel um das Wort.

## Gedenken an Hans Matthöfer

**Sigmar Gabriel, Vorsitzender:** Liebe Genossinnen und Genossen, ich habe euch etwas Trauriges mitzuteilen. Ich habe die traurige Pflicht, euch vom Tod unseres langjährigen Mitstreiters Hans Matthöfer zu unterrichten. Er ist nach langer Krankheit gestorben. Ich bitte euch, euch zum Andenken an Hans Matthöfer von euren Plätzen zu erheben.

(Die Delegierten erheben sich von ihren Plätzen)

Hans Matthöfer war seit 1950 Mitglied der SPD. Er stammte aus einer sozialdemokratischen Arbeiterfamilie. Sein Vater war ein mutiger Gegner der Nazis im Dritten Reich. Hans Matthöfer selbst hat sich jahrelang ausdauernd im Einsatz für die Befreiung Spaniens von der Diktatur eingesetzt und für den Aufbau der Demokratie dort Großes geleistet.

1961 wurde Hans Matthöfer in den Deutschen Bundestag gewählt, dem er bis 1987 angehörte. Von 1973 bis 1984 gehörte er dem Parteivorstand der SPD an, 1972 wurde er Staatssekretär im Entwicklungshilfeministerium von Erhard Eppler.

Helmut Schmidt berief ihn 1974 zunächst als Minister für Forschung und Technologie in sein Kabinett. Hans Matthöfer war der Vater des Programms zur Humanisierung des Arbeitslebens. Größere Freiräume für die Menschen und mehr Mitbestimmung für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer waren seine wichtigsten Anliegen in der Politik.

1978 wurde Hans Matthöfer Bundesfinanzminister. Die Konsolidierung des Bundeshaushaltes verband er mit einer zeitgemäßen Konjunkturpolitik, und er erwarb sich damit Achtung und Respekt über alle Parteigrenzen hinaus.

1985 übernahm er das Amt des Schatzmeisters der SPD, das er bis 1987 innehatte.

Hans Matthöfer hat in all seinen Funktionen und Ämtern für die Sozialdemokratie und für unser Land Herausragendes geleistet und vieles bewirkt, das bis heute Gültigkeit hat. Niemals ließ er sich von seinen politischen Überzeugungen abbringen. Sein Lebenswerk steht beispielhaft für die Kraft und den Mut der Arbeiterbewegung.

Hans Matthöfer hat mitgeholfen, diese Welt für die Menschen solidarischer und lebenswerter zu gestalten. Wir sind ihm zu großem Dank verpflichtet und stolz darauf, dass er einer der Unsrigen war.

Wir trauern mit seiner Familie, seinen Angehörigen, um einen aufrechten Mitstreiter und großen Sozialdemokraten. Wir werden ihn nicht vergessen.

Ihr habt euch von euren Plätzen erhoben. Ich danke euch.

## Verleihung des Wilhelm-Dröschler-Preises 2009

**Barbara Ludwig, Tagungspräsidium:** „Für eine starke Demokratie“: Der Wilhelm-Dröschler-Preis 2009.

Das ist der vorletzte Tagesordnungspunkt auf unserem Parteitag. Ich darf die Heidemarie Wieczorek-Zeul dazu nach vorne bitten.

**Heidemarie Wieczorek-Zeul, Kuratoriumsvorsitzende:** Liebe Genossinnen und Genossen, wir begrüßen die Teilnehmer und die Aussteller und Ausstellerinnen, die an der Wilhelm-Dröschler-Ausstellung teilgenommen und 39 wunderbare Projekte und Initiativen vorgestellt haben. Herzlich willkommen bei uns.

(Beifall)

Jeder, der durch die Ausstellung gegangen ist, kann sagen, dass er gespürt hat, dass diese Initiatoren genauso mitgezittert haben, dass das ein Parteitag des Neuanfangs, der Stärkung der Sozialdemokratie wird, und wir können sagen: Dieser wunderbare Neuanfang ist gelungen. Darauf sind wir alle stolz: wir als Delegierte, aber auch alle, die an der Ausstellung teilgenommen haben.

(Beifall)

Der Wunsch, der die Delegierten und die SPD beseelt hat, mit dazu beizutragen, dass die Mitglieder der Sozialdemokratie beteiligt werden und dass sich die SPD hin zu anderen gesellschaftlichen Gruppen öffnet, hat sich in dem Wilhelm-Dröschler-Preis dieses Mal deutlicher artikuliert.

Es gab im Rahmen des Hauptziels „Starke Demokratie“ vier Bereiche, die in der Ausstellung besonders dargestellt worden sind. Erstens: „Lebendige Demokratie braucht aktive Demokraten.“ Zweitens: „Aktionen gegen rechts“. Drittens: „Die SPD als Geschichts- und Zukunftswerkstatt.“ Viertens: „Für eine solidarische und gerechte Welt.“ Sozial-, umwelt-, und friedenspolitische Initiativen haben am Wettbewerb teilgenommen. Liebe Genossinnen und Genossen, das ist eine wunderbare Möglichkeit zum Gedankenaustausch, zum Lernen und auch zur weiteren Zusammenarbeit.

Die Wilhelm-Dröschler-Ausstellung 2009 und der Dröschler-Preis sind ein Signal sowohl für den Parteitag und die ganze SPD, aber auch für unsere gesellschaftlichen Bündnispartner, ein Signal der Gemeinsamkeit, der Stärkung und des gemeinsamen Engagements.

Benannt ist der Wilhelm-Dröschler-Preis, der zum 14. Mal auf einem ordentlichen Parteitag verliehen wird, nach Wilhelm Dröschler, unserem früheren Schatzmeister, der Landtags- und Bundestagsabgeordneter war. Er war Präsident der Europäischen

Sozialisten zu einem Zeitpunkt, als Europa noch nicht in jedermanns und -fraus Denke war. Und er setzte sich gleichzeitig engagiert für die Menschen in seinem Wahlkreis ein. Die Nähe und die Zuneigung zu seinen Mitmenschen haben ihn ausgezeichnet. Und ich muss sagen: Wenn ich Kurt Beck erlebe, dann erkenne ich vieles von dem in Kurt, was Wilhelm Dröscher ausgezeichnet hat.

(Beifall)

Wir danken vor allem seiner Familie, seinen beiden Söhnen, die heute hier sind und die Urkunden vergeben werden, Peter Dröscher und Michael Dröscher, die sich aktiv beteiligen. Willkommen!

(Beifall)

Und wir senden Grüße an die Tochter Dorothee Giani, die lange in der Jury mitgearbeitet hat, die aber heute nicht dabei sein kann – ganz besondere Grüße an sie.

Liebe Genossinnen und Genossen, ganz viele junge Leute haben sich an der Ausstellung beteiligt. Das werdet ihr nachher auch bei den Preisen sehen. Alle Projekte – und es ist immer eine Qual für die Jury einige daraus auswählen zu müssen – haben eine Auszeichnung verdient. Alle sind toll. Und die 39 Projekte sind ja schon eine Auswahl aus vielen weiteren eingereichten Projekten gewesen. Für uns war es also eine schwere Entscheidung.

An der Stelle will ich sagen: Aus naheliegenden Gründen kann sich der Marie-Schlei-Verein nicht an der Ausstellung beteiligen. Aber auch das ist eine beispielhafte Initiative.

(Beifall)

25 Jahre lang an so einem Thema dranzubleiben, ist in den heutigen Zeiten, in denen alles schnell, schnell, schnell gehen muss, eine tolle Initiative. Denn solche Fragen brauchen Zeit und langfristiges Engagement.

(Beifall)

Bevor wir zur Verleihung der Preise kommen, möchten wir eine Reihe von Projekten besonders lobend erwähnen. Damit soll niemand abgewertet werden, aber es gibt doch eine Reihe von Initiativen, die man noch einmal aufgreifen sollte, weil sicherlich nicht alle von euch an der Ausstellung haben teilnehmen können.

Wir loben besonders die Initiative von Brot für die Welt, die einen Kurswechsel für ein zukunftsfähiges Deutschland in ihrem Projekt vorgestellt hat und dabei die Frage gestellt hat, wie bei uns selbst durch unser eigenes Verhalten nachhaltiges Wachstum vorangebracht werden kann. Diese Frage muss auch die SPD selber für die Zukunft engagiert beantworten. Wir wünschen dem Projekt ein breites

Publikum und bitten euch sehr, vor Ort mit den Initiativen von Brot für die Welt aktiv zusammenzuarbeiten.

(Beifall)

Beim Ortsverein Uedem in Nordrhein-Westfalen ging es um die Gründung einer Juso-AG. Das Anliegen war, junge Leute für soziales Engagement, solidarisches Miteinander und die Ideen der Sozialdemokratie zu begeistern. Die Juso-AG Uedem hat eindrucksvoll präsentiert, wie sie in kurzer Zeit von 0 auf 60 gekommen ist und neue aktive Mitglieder hat gewinnen können. Deshalb soll niemand sagen, junge Menschen wären nicht an der Arbeit der Jusos oder der Sozialdemokratie interessiert. Auch ein besonderes Lob für euch.

(Beifall)

Im Landesverband Mecklenburg-Vorpommern gibt es die Initiative horizonte. Das ist ein ambitioniertes Projekt, ein unabhängiges Magazin für sozialdemokratische Politik, das bereits über längere Zeit durchgeführt wird. Dies ist besonders wertzuschätzen. Gerade in einer solchen Region ist dieses langfristige Engagement besonders zu loben.

(Beifall)

Der Kreisverband Osnabrück/Niedersachsen hat kreisweite Ortsvereinszeitungen entwickelt. Viele Ortsvereine – und nicht immer haben alle die Kraft, das auch für sich selbst durchzuführen – machen diese Zeitungen gemeinsam. 30 Ortsvereine leisten damit auch die Kommunikation über ihre Arbeit und können damit eine breite Wirkung in der Bevölkerung entfalten. Auch hier ein besonderes Lob von unserer Seite.

(Beifall)

Der Ortsverein Freiberg – ihr habt wahrscheinlich mehrere Könige mit Kronen durch die Hallen laufen sehen – hat mit einer interessanten Initiative „Gesucht: KönigIn-von.de“, in deren Rahmen Plakate mit dem Motiv der Krone ohne weitere Erklärung in ganz Freiberg plakatiert wurden, erst einmal viel Aufmerksamkeit erregt. Anschließend wurden im Rahmen der Kampagne Menschen als wertvoll – in dem Fall als Könige oder Königinnen – anerkannt. Und es ist deutlich geworden, dass wir das Engagement jedes Einzelnen und jeder Einzelnen schätzen. Ein besonderes Lob auch an den Ortsverein Freiberg.

(Beifall)

Der Ortsverein Kaufungen in Nordhessen hat mit seiner Initiative dazu beigetragen, zu verhindern, dass in der Ortsmitte – da war es geplant – ein Grundstück von Rechtsradikalen genutzt werden konnte. Das ist eine tolle Initiative.

(Lebhafter Beifall)

Noch wichtiger: Ursprünglich war der Vertrag schon geschlossen. Aber durch den Druck und die Initiative des Ortsvereins ist es dazu gekommen, dass dieser rechtslastige Militariahandel verhindert werden konnte und der Insolvenzverwalter des vorherigen Unternehmens den Vertrag mit dem Käufer rückgängig gemacht hat. Da Rechtsradikale es doch immer wieder versuchen, sich in der Mitte unserer Orte breitzumachen, ist das ein Beispiel dafür, dass wir ihnen entschlossen entgegentreten. Das hat Erfolg gezeigt. Das ist wichtig.

(Beifall)

Wir greifen noch eine Initiative heraus, und zwar der Abteilung Treptow Nord. Sie hat eine Ausstellung zu Ehren des Generalkonsuls Aristides des Sousa Mendes aufbereitet. Es ist die Aufarbeitung einer beeindruckenden Einzelbiografie, die einen selbstlosen Retter von 30 000 Menschen zur Zeit des Nationalsozialismus porträtiert. Des Sousa Mendes ist ein Beispiel von Selbstlosigkeit und Zivilcourage. Die Initiative verdient unser besonderes Lob.

(Beifall)

Ein weiteres Einzellob geht an die Aktionsgemeinschaft Friedenswoche Minden e. V./ Nordrhein-Westfalen. Die über lange Jahre fast ausschließlich ehrenamtlich getragene Arbeit für das Eine-Welt-Dorf Minden ist ein außergewöhnliches Beispiel für ein besonderes Projekt, von Menschen getragen mit einer echten Vision, mit interkultureller Bildungsarbeit, die in einer globalisierten Welt umso wichtiger ist. Vielen Dank auch für diese Initiative.

(Beifall)

Ich bin den beiden Brüdern Dröschler ganz besonders dankbar, dass es einen Förderpreis der Dröschler Stiftung geben wird für das Café Sozial, das vom Ortsverein Obernburg/ Bayern, Café fity, organisiert worden ist.

(Beifall)

Nachher kommen im Übrigen alle Preisträger hier hoch, überhaupt alle, die sich beteiligt haben. Es ist wirklich wichtig, dass wir das gemeinsam sehen.

Bei dieser Initiative geht es darum, kostenlose Betreuungsangebote für Arbeitslose anzubieten. Sie finanziert sich bisher selbst. Der Preis soll einen Beitrag dazu leisten, dass diese Finanzierung weiter gesichert werden kann.

(Beifall)

Dann kommen wir zum Preis der Delegierten. Schon beim letzten Mal hat es einen solchen Preis gegeben, aber die Beteiligung steigt von Mal zu Mal. Es haben sich



insgesamt 210 Delegierte beteiligt; das nächste Mal wird es sicher noch mehr. Mit Mehrheit haben die Delegierten das Projekt der Jusos Mannheim, Unterbezirk Mannheim, aus Baden-Württemberg ausgewählt.

(Beifall)

Es heißt „Bewegte Zeiten – Mannheimer Arbeiterbewegung im Spiegel der Zeit“. Das Projekt war eine sechsteilige Veranstaltungsreihe zur Bedeutung der Arbeiterbewegung in Mannheim. Es ist aus dem Bereich der Geschichtswerkstätten hervorgegangen und von den Jusos Mannheim in Kooperation mit dem sozialdemokratischen Bildungsverein Mannheim e. V. und anderen Kooperationspartnern durchgeführt worden. Es hat vor allem den Widerstand der kleinen Leute im Nationalsozialismus gezeigt und das bewegte politische Leben des Ehepaars Professor Hermann und Gerda Weber im Dienste der Sozialdemokratie dargestellt. Herzlichen Glückwunsch!

(Beifall)

Jetzt kommen wir zu den dritten Plätzen, von denen es insgesamt fünf gibt:

Die Jusos Hamburg erhalten einen Preis für ihre Aktion „Rote Hand – Farbe bekennen gegen den Einsatz von Kindersoldaten!“

(Beifall)

Jeder Handabdruck ist eine Forderung an die Vereinten Nationen, das Verbot der Rekrutierung und des Einsatzes von Minderjährigen in bewaffneten Auseinandersetzungen umzusetzen. Das unterstützen wir nachdrücklich. Das kann jeder voranbringen.

(Beifall)

Ein weiterer dritter Preis geht an den Unterbezirk Potsdam: „M-Community – Mitmachen! Mitreden! Mitgestalten!“

(Beifall)

Das ist eine sozialdemokratische Plattform im Internet. Insgesamt arbeiten natürlich alle Initiativen mit dem Internet – wir danken den Web-Sozis sehr, dass sie das mit angestoßen haben, was ja sehr wichtig ist –,

(Beifall)

aber die „M-Community“ ist darüber hinaus ein Beispiel für eine schnelle und unkomplizierte Vernetzung von Mitgliedern und Interessenten, die mitmachen, mitreden mitgestalten direkt umsetzt. Wir werden ja noch über die Organisationsreform reden; meines Erachtens ist das ein Beispiel, wie wir Menschen beteiligen können, die in normalen Veranstaltungen nicht mitwirken können. Also, hier wird in Foren diskutiert,

und es werden Weblogs geführt. Im brandenburgischen Landtagswahlkampf 2009 ist das Projekt erfolgreich eingeführt worden, die Community wächst von Tag zu Tag. Danke schön und Glückwunsch!

(Beifall)

Ein weiterer Preis geht an die AG 60 plus aus Northeim/Niedersachsen: „Kreative Agitation, ist sie noch die Mühe wert? – Ja, mehr denn je!“ Das ist eine Initiative, die über lange Jahre von der AG 60 plus Northeim vorangebracht worden ist. Den alten Infotisch haben sie längst eingemottet. Sie sind kreativ und präsent. Glückwunsch euch!

(Beifall – Sigmar Gabriel: Der kann aber nicht von der AG 60 plus sein!)

– Sigmar, nachdem wir mit Erhard Eppler erlebt haben, wie aktiv die AG 80 plus ist, stellen wir das doch gar nicht infrage.

(Beifall)

Genossinnen und Genossen, ein weiterer dritter Preis geht an die Jusos Unterbezirk Schaumburg, Juso AG Nenndorf/Niedersachsen für die Aktion „Kreativ gegen Rechts“.

(Beifall)

Die haben es nicht bei dem Protest gegen Neonazi-Aufmärsche in Bad Nenndorf belassen, sondern dagegen sehr kreativ Straßenaktionen durchgeführt und mit Plakaten und großen Transparenten eine breite Unterstützung in der Bevölkerung gewonnen. Insbesondere haben sie auch andere Bündnispartner gewonnen. Die Jusos wirken im lokalen Bündnis gegen Rechtsextremismus „Bad Nenndorf ist bunt“ mit. Das ist eine Initiative, die aufgegriffen werden kann.

Ich will an dieser Stelle auch sagen: Das sind die Initiativen, die wichtig sind. Aber ich sage, glaube ich, in unser aller Namen: Wir wollen auch, dass die NPD verboten wird, dass rechtsextreme Positionen keine Chance haben.

(Lebhafter Beifall)

Jetzt sind wir bei dem letzten 3. Platz. Der geht an die ASF Bielefeld/Nordrhein-Westfalen „90 Jahre Frauenwahlrecht“.

(Beifall)

Ihr habt wahrscheinlich auch den Auftritt der Initiative auf der Bühne bzw. in der Dröschler-Ausstellung gehört oder gesehen. Das ist ein kulturpolitisches Programm von Frauen für Frauen mit kabarettistischen Texten, Lesungen und Gesang. Das ist auch der Versuch, 90 Jahre nach der Verwirklichung des Frauenwahlrechts die

Frage der Gleichberechtigung von Frauen immer wieder im Mittelpunkt zu halten. Sie haben sich auf der Dröschler-Preis-Bühne toll eingesetzt. Vor allen Dingen sind sie alle berufstätig und machen das alles nebenher und engagieren sich. Herzlichen Glückwunsch! Es ist toll, dass ihr das so gemacht habt!

(Beifall)

Jetzt schreiten wir unaufhaltsam zu den 2. Plätzen voran. Wir haben jeweils einen 2. Platz für die jeweiligen Themen der vier Schwerpunkte festgelegt und entschieden. Auch hier gibt es keine Rangfolge innerhalb der 2. Plätze.

Ein 2. Platz geht an das Aktionsbündnis Landmine.de für die Kampagne gegen Landminen und Streumunition.

(Beifall)

Die Kampagne engagiert sich – wir sind stolz darauf, dass sie auch im Rahmen der Dröschler-Ausstellung teilgenommen hat – seit Jahren dafür, dass den Opfern geholfen wird, dass immer noch vorhandene Streumunition beseitigt wird. Das Aktionsbündnis Landmine.de ist ein Zusammenschluss von 17 deutschen Hilfswerken und Nichtregierungsorganisationen sowie Mitglied der Internationalen Kampagne zum Verbot von Streumunition.

Ich finde es ganz besonders wichtig: Wir haben mittlerweile einen Verbotsvertrag zu den Antipersonenminen und auch zur Streumunition. Ich finde, es ist immer wichtig: Von dem Beschluss selbst wird ja noch keine Praxis, sodass weniger Menschen sterben, sondern wir müssen alles dazu beitragen, dass solche Initiativen gestützt werden, die Opferhilfe leisten, die Umsetzung beim Verbotsvertrag leisten und die auch dazu beitragen – wie wir hoffentlich alle –, dass sich auch Länder wie die USA, China und Russland endlich auch diesem Verbot angeschlossen.

(Beifall)

Ein 2. Preis geht an den Stadtverband Halle Sachsen-Anhalt „blick.punkt“. Sie haben in einer ausdrucksvollen Mitgliederzeitschrift noch einmal dargestellt, wie das 20-jährige Jubiläum der Wiedergründung der SDP/SPD in Halle stattgefunden hat. Sie haben die Schicksale der einzelnen Beteiligten verfolgt. Sie haben alle aktuellen Schlussfolgerungen gezogen. Sie haben Geschichte anhand von persönlichen Erfahrungen erlebbar gemacht. Und es gibt einen historischen Abriss zur SDP-Neugründung in Halle und in Schwante. Wir haben jetzt 20 Jahre Mauerfall. Ich denke, dieser Preis ist auch eine Anerkennung und der Respekt vor all denjenigen, die sich unter schwierigen Bedingungen in der damaligen Zeit zur Sozialdemokratie bekannt haben.

(Beifall)

Ein 2. Preis geht an das Projekt der Jusos Anhalt-Bitterfeld, des OV Köthen und der AWO Köthen „Der Kulturkeller“.

(Beifall)

Durch die hohe Arbeitslosenquote in Köthen ist vielen Menschen der Zugang zur Kultur aus finanziellen Gründen nicht möglich. Ziel des Projekts war und ist es, diesen Menschen einen Zugang zur Kultur zu schaffen. Durch viele Freiwillige, die ehrenamtlich mithalfen, wurde ein alter Großkeller zum Kulturkeller umgebaut zum Beispiel für Lesungen, Podiumsdiskussionen, Diavorträge und Filmvorführungen. Das ist ein echt solidarisches Projekt im Geiste der sozialen Demokratie. Glückwunsch!

(Beifall)

Der vierte 2. Preis geht an die Jusos Ennepe-Ruhr/Nordrhein-Westfalen: „Fall' nicht auf braune Flötentöne rein!“

(Beifall)

Ihr seht, sie sind auch zahlenmäßig eindrucksvoll. Es geht aber besonders auch darum, dass sie mit Schulen, Ausländerbeiräten und Aktionsbündnissen mit Informationen in der ansprechendsten und am besten möglichen Form deutlich machen, was die Nazis wirklich sagen und was das bedeutet, damit sie nicht auf solche Sprüche und Flötentöne hereinfallen. Das ist eine besonders beispielhafte Initiative, die den 2. Preis verdient hat.

(Beifall)

Der 1. Preis geht an den Verein der Freunde und Förderer der Anne-Frank-Hauptschule Bonn/Beuel.

(Lebhafter Beifall)

Ihr seht, das macht richtig Spaß. Wer sie bei ihren Aufführungen erlebt hat, der hat die ganze Halle beben sehen.

Ich sage noch ein bisschen dazu, um was es geht. Es nennt sich „Schoolbattle – Hip Hop gegen Gewalt an Schulen – Hip Hop macht Schule“ in einem innovativen Gewaltpräventionsprojekt, das wichtige gesellschaftliche, kulturelle Inhalte für den Alltag vermittelt. Es ist ein wichtiges Lernziel und in heutigen Zeiten sehr wichtig, dass Konflikte verbal und nicht mit Gewalt ausgetragen werden.

(Lebhaft Beifall)

Ich schildere es noch einmal, damit das vielleicht auch an anderen Orten einen positiven Ansteckungseffekt haben kann. Es ist ein schulübergreifendes, kreatives Hip-Hop-Wettstreikprojekt.

(Zuruf: Vorführen! – Beifall)

Etwa 60 Schülerinnen und Schüler zweier Bonner Hauptschulen nehmen im Rahmen des Wahlpflichtunterricht und in ihrer Freizeit an dem Projekt teil. Sie haben Verantwortungsbewusstsein, Kooperationsfähigkeit, Durchhaltevermögen bewirkt. Sie haben einen Riesenanklang gefunden. Für uns waren sie diejenigen, die Themen wie Integration, Gewaltfreiheit und Erziehung zu aktiver Partizipation deutlich machen. Da sind sie! Einen herzlichen Glückwunsch!

(Lebhafter Beifall)

Jetzt holen wir bitte alle anderen, die sich an der Ausstellung beteiligt haben hier hoch. Kommt mit dazu, denn das ist wirklich beispielhaft.

(Beifall)

Jetzt frage ich noch einmal, weil hier „Auftritt“ gerufen wurde: Sigmar, wie ist es? – Okay.

**Mario Pawelka (Bickmack), Gewinner Dröschler-Preis:** Hallo! Jetzt bin ich auch mal hier. Klasse!

(Beifall)

Bei euch heißt es ja „Genossen und Genossinnen“. Bei uns Hip-Hoppern heißt es „Homies“.

(Beifall und Heiterkeit)

Ich möchte an dieser Stelle meinem Homie danken: Herrn Ulrich Kelber.

(Beifall)

Du bist die Nummer 1!

(Beifall)

Ich möchte mich bei allen Menschen bedanken, die unseren Auftritt verfolgt haben. Schulalltag; ihr wisst Bescheid.

(Heiterkeit)

Ich glaube, dass wir den einen oder anderen – Herrn Gabriel, Herrn Müntefering, und wie sie alle heißen – ein bisschen gestört haben. Aber egal.

Ich möchte mich ganz herzlich bedanken. Wir kämpfen seit etwa knapp zwei Jahren an diesem Projekt. Wir wollen erreichen, dass wir jugendliche Menschen in ganz Deutschland erreichen, dass wir sagen: Leute, glaubt an euch selbst, egal. Leute, die schlagen, haben einfach ein Problem, dass sie sagen: „Hey, irgendwas stimmt nicht.“ Ich gehe hin und sage: „Leute, was stimmt nicht?“ Wie schaffe ich das? Sie schreiben eigene Texte. Das ist das, was wir machen. Gewalt ist keine Lösung. Hip-Hop gegen Gewalt ist eine Lösung.

(Beifall)

Danke schön.

Ich bin vor drei Tagen von einem Reporter – ich möchte den Namen nicht nennen – hier angeschwätzt worden. Das war ein Interview, das sehr doof war, weil ich eigentlich gefragt worden bin, ob die SPD jetzt versucht, sich mit solchen Leuten wie uns gut zu schmücken. Leute, Integration und Gewalt haben nichts mit Politik zu tun. Das geht jede Partei etwas an, egal wo, egal wer. Ich finde, dafür solltet ihr alle aufstehen. Come on!

(Beifall)

Ich möchte eine Sache erleben, passt auf: Gemeinsam schaffen wir das gesamte Ziel, den Gewalttod und das Kriegsschauspiel. Heben die Faust zusammen in die Luft und schlagen alle Feinde gemeinsam in die Flucht! Come on! – Danke schön, SPD! Danke!

(Beifall)

**Sigmar Gabriel, Parteivorsitzender:** Wisst ihr, wie er heißt? Er heißt „Bickmack“. Zusammen sind wir ein Doppel Whopper.

(Heiterkeit)

**Mario Pawelka (Bickmack):** Wo ist der Steinmeier? Herr Steinmeier, kommen Sie mal her! Come one!

## Schlusswort des Parteivorsitzenden

**Sigmar Gabriel, Parteivorsitzender:** Liebe Genossinnen und Genossen, wir wollen gleich noch miteinander etwas machen, was SPD-Parteitage seit mehr als 146 Jahre verbindet, und zwar miteinander singen. Wir werden die Hip-Hopper bitten, das, was wir gleich traditionsreich machen, spätestens beim nächsten Parteitag mal in einen Hip-Hop- oder Rap-Song umzuwandeln.

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, auch von uns erst einmal herzlichen Dank an die Jury des Dröscher-Preises.

(Beifall)

Der Name Wilhelm Dröscher steht für einen der größten Kümmerer in der deutschen Sozialdemokratie. Deshalb zeichnen wir die Kümmerer aus, die sich in den Ortsvereinen, in zivilgesellschaftlichen Organisationen um die Aufgaben in unserer Gesellschaft kümmern. Ich finde, der Dröscher-Preis zeigt mindestens so sehr wie dieser Parteitag, lebendig die deutsche Sozialdemokratie ist, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Mir bleibt zum Schluss des Parteitages nur, Dank zu sagen, zuallererst den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die diesen Parteitag möglich gemacht haben.

(Beifall)

Ich danke nicht nur denen aus der SPD oder aus dem Landesverband Sachsen, sondern vor allen Dingen auch denjenigen, die hier für uns das Wochenende über gearbeitet haben, ob das die Sicherheitsleute sind, ob das die Leute sind, die uns hier bedient haben, ob es die Leute sind, die Gebärdenübersetzung gemacht haben.

(Beifall)

Wir danken all denen, die hier beschäftigt waren, herzlich. Ihre Arbeit war exzellent. Wir hatten Zeit, zu diskutieren, weil andere um uns herum sozusagen die Hardware organisiert haben. Ich finde, das war große Klasse hier in Dresden!

(Beifall)

Ich danke auch den Ausstellern aus den Ortsvereinen, aus den Bürgerinitiativen, die zu uns gekommen sind, um uns hier ihre Arbeit zu präsentieren, aber natürlich zuallererst euch, liebe Genossinnen und Genossen, den Delegierten und Ersatzdelegierten des SPD-Bundesparteitags in Dresden.

Ihr habt gezeigt, dass alle die, die erwartet haben, dass wir hier in Depressionen und in Selbstzerfleischung verfallen und ein Scherbengericht abhalten, dass sie – wie in den letzten 146 Jahren, wenn sie uns kaputtgeschrieben haben- immer unrecht hatten, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Klar, wir hatten Grund über alles zu sprechen um einen klaren Blick für das zu bekommen, was gut war, und für das, was nicht so gut war. Wir haben darüber offen miteinander diskutiert. Aber das Wichtigste ist: Wir haben das getan, was die Mitglieder, aber vor allen Dingen, diejenigen, die auf uns vertrauen und von denen wir möchten, dass sie uns wieder mehr vertrauen, erwarten: Wir haben einen neuen Anfang für sozialdemokratische Politik in Deutschland begonnen. Vielen Dank dafür. Das war ein großartiger Parteitag.

(Beifall)

Vieles fängt jetzt erst an. Diskutieren und Parteitag machen ist wichtig. Aber noch wichtiger ist es, dass wir das, was wir uns gegenseitig versprochen haben, jetzt einlösen. Keiner soll glauben, das sei nur eine Aufgabe des neuen Parteivorstands, für den vielleicht zuallererst. Aber die Öffnung der Partei in die Gesellschaft, das Einladen in die Politikwerkstatt SPD, wo am Fortschritt Deutschlands und Europas gearbeitet wird, können wir nur alle miteinander schaffen: angefangen beim Ortsverein, über den Unterbezirk bis hin zu den Arbeitsgemeinschaften. Lasst uns die einladen, die sich dafür interessieren, wie man in diesem Land zusammenleben soll! Lasst uns die einladen, die daran mitwirken wollen, dass das, was gut ist, gut bleibt, und das, was nicht so gut ist, besser wird! Davon gibt es in Deutschland eine ganze Menge. Die warten auf uns. Macht die Türen und Fenster auf, wie es Hans-Jochen Vogel gesagt hat! Ladet sie ein! Das liegt vor uns, und das wollen wir gemeinsam machen, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Lasst mich auch Dank sagen an die, die sich selber die Arbeitsgemeinschaft 80 plus nennen und die bei uns waren. Hans-Jochen Vogel musste schon gehen. Aber Erhard Eppler und Greta Wehner sind noch da.

(Beifall)

Was mich mit am meisten gefreut und auch berührt hat, ist Folgendes: Erhard, ich will mir nicht anmaßen, ähnlich präzise und gut sprechen zu können wie du. Ich war froh, dass du nach meiner Wahl geredet hast, sonst hätten sie dich noch zum Vorsitzenden gemacht.

(Heiterkeit)



Aber ganz offen gesagt: Dass zwei Menschen in der deutschen Sozialdemokratie, die altersmäßig 30 Jahre auseinander liegen, im Kern das Gleiche denken und sagen, finde ich bemerkenswert.

(Beifall)

Dass wir ein bisschen länger gebraucht haben, um dahin zu kommen, wo du schon bist, das magst du uns verzeihen.

Ich habe mich sehr gefreut, dass Greta Wehner unter uns ist. Sie hat zweimal gesagt: Junge, das habt ihr gut gemacht! – Das ist das größte Lob, das wir alle bekommen können, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Wir sind deren Erben. Wir haben auch eine Verpflichtung, auf das aufzupassen, was vor uns viele gemacht haben. 146 Jahre, das sagt sich so leicht daher. Es ist aber auch eine große Verpflichtung, dass die, die jetzt miteinander in der Partei Verantwortung tragen – das sind über 500.000 Mitglieder der deutschen Sozialdemokratie – das bewahren und ausbauen, was die Generationen vor uns für diese Partei geleistet und aufgebaut haben. Ich glaube, dass das für uns wichtig ist.

(Beifall)

Ich will auch all denjenigen Dank sagen, die gespendet haben. 1.201,16 Euro hat der Marie-Schlei-Verein heute gespendet bekommen. Vielen herzlichen Dank an alle, die gespendet haben.

(Beifall)

Zum Schluss bleibt mir nur eines zu sagen: Ich bin ja Segler. Da weiß man, dass der Wind gelegentlich von vorne kommt. Der frühere Betriebsratsvorsitzende der Nordseewerke in Emden hat mir eben einen Kompass geschenkt. Das ist ganz gut; denn als Segler weiß man, dass der Wind ruhig von vorne kommen kann. Wenn man den richtigen Kompass hat, dann muss man nur die Segel richtig stellen, um trotzdem ans Ziel zu kommen, liebe Genossinnen und Genossen. Ich glaube, das ist ganz gut.

(Beifall)

Weil ich gerade gesagt habe, dass wir uns sehr verpflichtet sehen, das Erbe der Arbeiterbewegung, der Deutschen Sozialdemokratie zu bewahren und zu mehren, finde ich, sollten wir am Ende wirklich gemeinsam singen, aber nicht, weil wir das so gut können wie die Hip-Hopper; die können das besser. Es ist ja manchmal so, dass wir ein bisschen belächelt werden und dass gesagt wird: Was macht ihr da? Das ist ja ein folkloristisches Verhältnis zur Arbeiterbewegung.

Ich glaube, das ist nicht so. Die Lieder, die wir im Kopf haben und im Herzen, in der Seele tragen, drücken aus, welches Selbstbewusstsein und welchen Optimismus unter viel schwierigen Bedingungen, als wir sie heute haben, die hatten, die in der Arbeiterbewegung angefangen haben. Ob das das Lied „Die Arbeiter von Wien“ – da lautet es: „Wir sind das Bauvolk der kommenden Welt“ – oder das Lied „Wann wir schreiten Seit’ an Seit“ ist, das wir hier in Deutschland am Ende eines Parteitages gerne singen – dort lautet es: „Mit uns zieht die neue Zeit“ -: Das ist nicht nur Erinnerung, das ist auch Verpflichtung zugleich.

Heute singen wir es noch einmal so, wie wir das können, und in zwei Jahren wird es von euch gesungen.

Herzlichen Dank. Lasst uns das gemeinsam machen.

(Beifall)

Wir brauchen jetzt Rolf Stöckel und Eckart Kuhlwein. Jetzt erlebt ihr die wirkliche Vereinigung des Parteitages. Da wir früher fertig sind, hat uns der Chor absagen müssen. Jetzt merkt ihr, wie einig wir sind: Einer aus der DL und einer aus dem Netzwerk singen zusammen das gleiche Lied mit der gleichen Melodie.

(Heiterkeit und Beifall)

Jetzt seid ihr dran.

(Lied: „Wann wir schreiten Seit’ an Seit“)

(Ende des Parteitages: 13.22 Uhr)



Anhang

## Finanzbericht der Schatzmeisterin 2007 – 2008

<b>Einleitung</b>	501
<b>I. Finanz- und Vermögensentwicklung der SPD</b>	502
1. Einnahmeentwicklung	502
1.1 Die Einnahmen aus Beiträgen	502
1.2 Die staatliche Teilfinanzierung	504
1.3 Die Einnahmen aus Spenden	504
1.4 Die Einnahmen aus Sponsoring	507
1.5 Die Einnahmen aus Vermögen	508
1.6 Parteiinterner Finanzausgleich	509
2. Mittelbewirtschaftung und Haushaltsentwicklung	510
2.1 Mitgliederverwaltung	513
3. Strukturhilfen für die ostdeutschen Landesverbände	514
4. Der Unternehmensbereich	514
4.1 Konzentration GmbH	514
4.2 Verwaltungsgesellschaft Bürohaus Berlin mbH	516
4.3 Deutsche Druck- und Verlagsgesellschaft mbH	516
<b>II. Finanzen der Gesamtpartei im Vergleich</b>	519

## Einleitung

### Liebe Genossinnen und Genossen,

seit dem Parteitag im Oktober 2007 bin ich für die Finanzen der SPD verantwortlich. Als Schatzmeisterin sichere ich das finanzielle Fundament für unsere politische Arbeit und für unsere Wahlkämpfe.

Ich betrachte mich aber nicht nur als reine Finanzverwalterin der Partei. Mir geht es auch darum, die Organisationsstrukturen und ihre Effektivität stetig zu überprüfen und gegebenenfalls anzupassen. Es gilt, die Weichen so zu stellen, dass unsere SPD auch in Zukunft handlungsfähig bleibt – politisch, organisatorisch und finanziell.

Unser Unternehmensbereich ist eine stabile Stütze unserer Einnahmenbasis. Als Generaltreuhänderin treffe ich die grundsätzlichen unternehmerischen Entscheidungen. Dabei gilt es, sozialdemokratische Grundsätze und betriebswirtschaftliche Erfordernisse abzuwägen. Der Treuhandaufsichtsrat begleitet die Arbeit des Unternehmensbereiches.

CDU und CSU ist unser traditionelles Engagement im Medienbereich ein Dorn im Auge. Sie versuchen immer wieder mit durchsichtigen Argumenten unsere Beteiligungen zu diskreditieren. Das Bundesverfassungsgericht hat in seiner Entscheidung vom März 2008 zum hessischen Landesrundfunkgesetz das Grundrecht der Parteien, sich im Medienbereich wirtschaftlich betätigen zu dürfen, eindrucksvoll bestätigt. Damit läuft die jahrelange Kampagne der Konservativen ins Leere.

Eine Reform des Parteiengesetzes, die wir nach wie vor für dringend notwendig erachten, ließ sich bisher nicht umsetzen. Selbst ein mit allen im Bundestag vertretenen Parteien abgeprochener Minimalkonsens scheiterte letztendlich an der CDU.

Bedanken möchte ich mich bei den mehr als 11.000 ehrenamtlichen Kassiererinnen und Kassierern, die mit außerordentlichem persönlichen Einsatz dazu beitragen, dass die Kasse stimmt und die Rechenschaftsberichte ordnungsgemäß beim Bundestagspräsidenten eingereicht werden können. Unsere Kassiererinnen und Kassierer tragen eine hohe Verantwortung – für ihren Ortsverein oder Unterbezirk und für die gesamte Partei.

# I. Finanz- und Vermögensentwicklung der SPD

## 1. Einnahmeentwicklung

### 1.1 Die Einnahmen aus Beiträgen

Die wichtigste Stütze der Einnahmen der SPD sind nach wie vor die Beiträge unserer Mitglieder und der Mandatsträgerinnen und -träger.

In Summe betrugen sie im Jahr 2008 rund 68,8 Mio. € (2007 rund 69,3 Mio. €) und sind damit etwas gesunken.

Die Beiträge verteilen sich wie folgt:

	Jahr 2007	Jahr 2008
Mitgliedsbeiträge	47,58 Mio. €	46,65 Mio. €
Mandatsträgerbeiträge und ähnliche regelmäßige Beiträge	21,67 Mio. €	22,18 Mio. €

Für die weiter sinkenden Einnahmen ist vor allem der anhaltende Mitgliederverlust als Grund zu nennen. Während wir Ende des Jahres 2007 noch ca. 540.000 Mitglieder zu verzeichnen hatten (- 3,8 % gegenüber Ende 2006), waren es zum Stichtag des Jahres 2008 nunmehr 521.000 Mitglieder (- 3,5 % im Vorjahresvergleich).

Der Mitgliederrückgang setzt sich also – wenn auch mit leicht verminderter Stärke – weiter fort. Immerhin haben wir uns in zwei Landesverbänden im Jahr 2008 über einen leichten Mitgliederzuwachs freuen können.

Sorgen bereitet uns auch die Altersstruktur der Mitgliedschaft. Zum Stichtag des Jahres 2007 lag das Durchschnittsalter unserer Mitglieder bei 58 Jahren. 46,69 % aller Mitglieder waren zu diesem Zeitpunkt älter als 60 Jahre, nur 13,31 % jünger als 40 Jahre.

Unseren älteren Mitgliedern sind wir für ihre jahre- und oft jahrzehntelange Arbeit und Unterstützung zu Dank verpflichtet. Um auch in der Zukunft eine erfolgreiche Arbeit leisten zu können, sind wir jedoch zusätzlich darauf angewiesen, junge Menschen für die Politik der SPD zu begeistern.

Die in der Finanzordnung vorgesehene jährliche Beitragsanpassung wurde vom Parteivorstand unter Berücksichtigung der Daten des Statistischen Bundesamtes

mit Augenmaß festgelegt. Die Erhöhung betrug im Jahr 2007 0,5% und im Jahr 2008 0,9%.

Mitglieder mit geringem oder fehlendem eigenen Einkommen zahlen weiterhin den monatlichen Mindestbeitrag von 2,50 €, der von der Anpassung ausgenommen bleibt.

Von der Möglichkeit, der Beitragserhöhung zu widersprechen, haben im Jahr 2008 5.278 Mitglieder Gebrauch gemacht; 2007 waren es 4.548 Mitglieder. Dies entspricht etwa einem Prozent aller Mitglieder und liegt damit unter den Werten der Vorjahre.

Die Beitragsanpassungen im Überblick:

<b>Beitragsanpassungen 2001 bis 2008</b>							
	2001	2003	2004	2005	2006	2007	2008
Anpassung in Prozent	2,20	2,90	0,90	0,50	1,20	0,50	0,9
Anzahl der Widersprüche	9.709	5.505	6.157	6.603	7.649	4.548	5.278
Beitragssenkung	1.294	848	802	993	600	296	561
Freiwillige Beitragserhöhung	1.130	1.656	259	324	282	106	246

Die Beitragsanpassung kommt vor allem den Landesverbänden/ Bezirken, Unterbezirken und Ortsvereinen zugute. 85 Prozent der Beiträge und damit auch der Mehreinnahmen gehen dorthin. 2007 und 2008 betrug die Mehreinnahmen vor Ort ca. 593.000 €.

Der monatliche Durchschnittsbeitrag unserer Mitglieder hat sich 2007 um etwa 4% auf 7,57 € erhöht, ist jedoch im darauffolgenden Jahr wieder leicht auf 7,52 € gefallen (-0,7%).

Bis Ende 2008 ist die Zahl der regelmäßigen Beitragszahler um drei Prozentpunkte auf circa 94% gefallen. Damit befinden wir uns weiterhin auf hohem Niveau, sollten jedoch einem weiteren Absinken der Zahlungsquote entgegenwirken.

Unsere Kassiererinnen und Kassierer in den Gliederungen könnten z.B. die Möglichkeit der Beitragspatenschaften stärker bewerben. Jeder von uns kann hierbei – ob allein oder als Gruppe – Genossinnen und Genossen, die aktuell in Zahlungsschwierigkeiten sind, durch die solidarische Übernahme ihres / seines Mitgliedsbeitrags eine weitere Mitarbeit und Mitgliedschaft in der SPD ermöglichen.



## 1.2 Die staatliche Teilfinanzierung

Die staatliche Parteienfinanzierung basiert auf zwei Säulen:

- der Zahl der Wählerstimmen, die bei den jeweils letzten Landtags-, Bundestags- und Europawahlen erzielt wurden
- und der Summe der Zuwendungen von natürlichen Personen (bis zu 3.300 € je Person): dazu gehören die Mitgliedsbeiträge, die Mandatsträgerbeiträge und die Spenden.

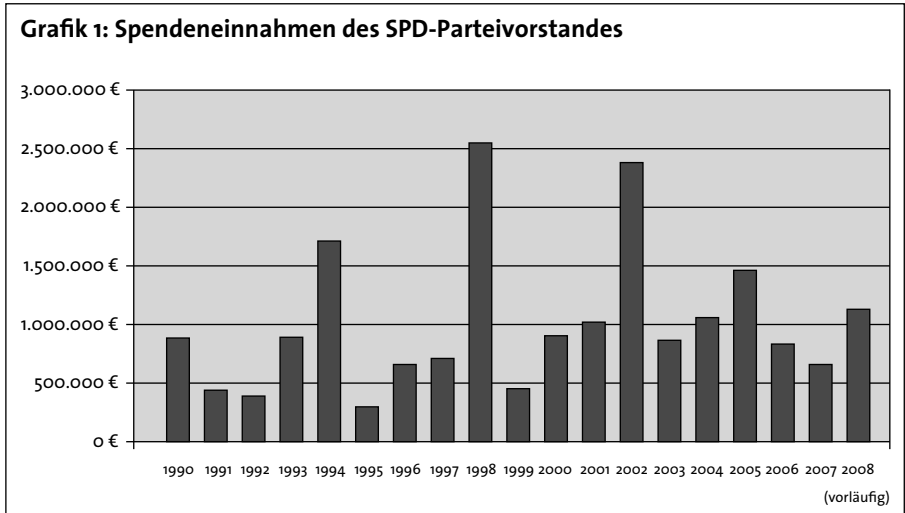
Die Wählerstimmen und die Beiträge und Spenden, die die Bürgerinnen und Bürger einer Partei zu geben bereit sind, gelten als Maßstab für den Grad der Verwurzelung der Partei in der Bevölkerung. Je stärker eine Partei von Mitgliedern und Bürgerinnen und Bürgern finanziell unterstützt wird und je mehr Wählerstimmen sie auf sich vereinigen kann, desto höher ist ihr Anteil an den staatlichen Mitteln.

Der Gesamtbetrag der staatlichen Mittel für alle Parteien liegt seit dem 1. Juli 2002 bei 133 Mio. €. Die SPD erhielt 2007 insgesamt 43,48 Mio. € und 2008 insgesamt 43,49 Mio. €. Damit entsprachen die Einnahmen aus staatlichen Mitteln einem Anteil von ca. 27 Prozent an den Gesamteinnahmen.

## 1.3 Die Einnahmen aus Spenden

Trotz eines kurzen Wahlkampfes erreichten im Jahr der letzten Bundestagswahl 2005 die Spendeneinnahmen des Parteivorstands mit mehr als 2 Mio. € ein überdurchschnittliches Niveau. In den folgenden Jahren 2006 und 2007 sahen wir dann einen typischen Rückgang der Spendeneinnahmen, wobei das Jahr 2008 mit Einnahmen von knapp 1,2 Mio. € wieder einen positiven Trend zeigte. Für das Europa- und Bundestagswahljahr 2009 ist in der Mittelfristigen Finanzplanung des Parteivorstands mit Einnahmen von ca. 2,5 Mio. € ein ambitioniertes Ziel vorgegeben worden.

Nach wie vor bleiben die Mitglieder der Partei unsere wichtigsten Spender. Der in der Regel jährliche Spendenbrief der Schatzmeisterin ist die erfolgreichste und damit wichtigste Einzelmaßnahme zur Spendenwerbung – trotz des monatlichen Mitgliedsbeitrags sind immer wieder tausende Genossinnen und Genossen bereit, die Partei zusätzlich durch ihre Spenden zu unterstützen. Das ist nicht selbstverständlich.



Mittlerweile gewinnen aber auch andere Instrumente für die Spendenwerbung eine wachsende Bedeutung. Wenn auch die Spenden, die über das Spendentool auf der Internetseite der Partei geleistet werden, in der Höhe noch deutlich unter den Einnahmen aus den Spendenbriefen liegen, so bieten wir damit doch einen zusätzlichen Weg an, der von einer in den vergangenen Jahren stetig wachsenden Zahl von Menschen genutzt wird. Diese Entwicklung hat sich auch in den Berichtsjahren verstärkt.

Im Wahljahr 2009 sind darüber hinaus neue Instrumente eingeführt worden: So ist es möglich, die SPD durch eine SMS mit einem – verhältnismäßig kleinen – Betrag zu unterstützen. Außerdem hatten Mitglieder und Unterstützer im Bundestagswahlkampf erstmals die Möglichkeit, über eine Spende ein Großflächenplakat an einem von ihnen ausgewählten Ort zu platzieren.

Auch die Bemühungen, die Einnahmen aus Spenden für die Gesamtpartei zu verbessern wurden insgesamt verstärkt, vor allem durch Unterstützung und Information der Gliederungen der Partei in Fragen der Spendenwerbung und des Spendenrechts. So gehört ein Seminar zum Thema Finanzen, Sponsoring und Spendenwerbung mittlerweile zum festen Angebot der jährlich stattfindenden „Parteischulwoche“. Die für Sponsoring und Spendenwerbung zuständigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Schatzmeisterin standen auch darüber hinaus bei Veranstaltungen in den Gliederungen zur Verfügung. Weiterhin ist das Spendenreferat beim Parteivorstand Anlaufpunkt für zahlreiche Anfragen aus der Partei.

**Tabelle 1: Anteil der Spenden an den Gesamteinnahmen  
der im Bundestag vertretenen Parteien, 1998–2007**

Jahr	SPD	in %	CDU	in %	CSU	in %	Grüne	in %	FDP	in %	Linke	in %
1998	18.836	12,10	33.813	24,49	12.536	37,39	5.847	20,07	11.178	44,29	3.784	19,16
1999	17.236	11,02	33.368	25,20	7.806	23,94	5.140	19,57	9.741	41,49	3.839	18,43
2000	12.631	8,46	28.512	21,79	6.934	24,74	4.311	18,37	8.646	37,42	3.486	17,33
2001	16.528	10,33	25.459	19,43	10.887	31,48	5.121	21,48	10.799	41,98	3.699	18,05
2002	17.334	10,92	30.468	21,47	18.872	40,95	5.282	20,06	13.745	43,58	3.750	17,12
2003	10.445	5,81	17.397	12,45	9.717	20,49	3.434	13,12	7.351	26,50	1.753	7,91
2004	13.144	7,72	27.684	18,27	6.278	15,76	3.637	14,32	8.725	29,70	2.001	9,51
2005	14.165	8,38	35.585	22,35	9.353	22,53	4.430	16,65	11.752	36,20	2.231	9,92
2006	12.292	7,36	22.866	15,61	6.072	15,85	3.447	13,28	8.055	27,08	1.638	7,24
2007	10.569	6,73	19.079	13,40	10.671	24,55	3.212	12,29	7.073	22,33	1.545	6,89
1998 bis 2007	143.180		274.231		99.128		43.860		97.065		27.725	
Durchschnitt	14.318	8,88	27.423	19,45	9.913	25,77	4.386	16,92	9.707	35,06	2.773	13,16

Angaben in Tsd. € · in %: Anteil an den Gesamteinnahmen Quelle: Öffentl. Rechenschaftsberichte der Parteien

Insgesamt aber spielen die Einnahmen aus Spenden für den Parteivorstand der SPD eine weniger wichtige Rolle als für andere Parteien. Deutlich ist dabei auch der Unterschied bei den Spenden der sogenannten „juristischen Personen“, also von Unternehmen und Banken etc. Die Tabellen veranschaulichen, wie hoch die Einnahmen aus Spenden der einzelnen Parteien, aber auch, wie groß die Unterschiede sind:

Die Zahlen zeigen, dass CDU, CSU und FDP hier einen großen Vorsprung haben. Rechnet man zudem die Zahlen für die beiden Unionsparteien zusammen, mit denen wir bundesweit konkurrieren, muss man feststellen, dass diese seit 1998 insgesamt über 370 Mio. € an Spenden eingenommen haben. Das sind 230 Mio., also fast eine viertel Milliarde € mehr als bei der SPD! Dennoch: auch für unsere Partei sind die Einnahmen aus Spenden wichtig. Im Durchschnitt machen sie fast 9 Prozent der Gesamteinnahmen unserer Partei aus. Insbesondere für viele Ortsvereine haben sie noch eine sehr viel höhere Bedeutung. Sie sind und bleiben eine wesentliche Voraussetzung für die Aktionsfähigkeit der Partei.

**Tabelle 2: Anteil der Spenden juristischer Personen an den Gesamteinnahmen der im Bundestag vertretenen Parteien 1998–2007**

Jahr	SPD	in %	CDU	in %	CSU	in %	Grüne	in %	FDP	in %	Linke	in %
1998	3.868	2,48	10.947	8,44	4.838	14,43	166	0,57	3.362	13,32	57	0,29
1999	3.184	2,03	9.093	6,87	3.089	9,48	200	0,76	1.617	6,89	67	0,32
2000	1.746	1,17	5.310	4,06	2.666	9,51	175	0,75	1.500	6,53	24	0,12
2001	3.194	2,00	7.093	5,41	3.438	9,94	591	2,48	2.190	8,51	63	0,31
2002	3.440	2,17	9.621	6,78	7.280	15,80	1.055	4,01	3.142	9,96	52	0,24
2003	1.650	0,92	4.612	3,30	3.462	7,30	279	1,07	1.165	4,20	27	0,13
2004	2.039	1,19	7.938	5,24	2.172	5,45	371	1,46	1.707	5,80	44	0,21
2005	3.282	1,94	15.008	9,43	4.255	10,25	948	3,56	3.920	12,10	35	0,16
2006	2.472	1,48	7.461	5,09	2.290	5,98	413	1,59	2.065	6,94	31	0,14
2007	2.095	1,33	6.661	4,68	3.318	7,63	383	1,47	1.878	5,93	20	0,09
1998 bis 2007	26.969		83.744		36.808		4.581		22.546		420	
Durchschnitt		1,67		5,93		9,58		1,77		8,02		0,20

Angaben in Tsd. € · in %: Anteil an den Gesamteinnahmen Quelle: Öffentl. Rechenschaftsberichte der Parteien

#### 1.4 Einnahmen aus Sponsoring

Zu den Einnahmen aus dem Sponsoring zählen neben der Ausstellermiete für Imagestände von Unternehmen und Verbänden auch das Aufstellen oder Austeilen von Werbematerialien und das Produktmarketing, teilweise inklusive Bereitstellung von Personal (Geld-, Sach- und Dienstleistungen). Darüber hinaus gibt es weitere Posten wie beispielsweise Eintrittsgelder, Einnahmen aus dem Verkauf von Speisen und Getränken oder von spezifischen Veranstaltungsprodukten. Diese werden unter dem Gesamtposten „Einnahmen aus Veranstaltungen“ subsumiert.

Doch selbst wenn die Einnahmen aus der Vermarktung von Veranstaltungen nicht einmal ein Prozent Anteil an unseren Gesamteinnahmen haben, gibt es doch so manche kleinere Veranstaltung einer Gliederung, einer Arbeitsgemeinschaft oder eines Forums, die ohne Sponsorenunterstützung nicht zustande gekommen wäre.

Dies gilt selbstverständlich nicht für die wichtigsten Veranstaltungen im Berichtszeitraum (ordentlicher Parteitag im Oktober 2007 in Hamburg und außerordentlicher Parteitag im Oktober 2008 in Berlin), anlässlich derer zwar naturgemäß die höchsten Sponsoringeinnahmen zu verzeichnen waren, sich diese aber natürlich nicht annähernd kostendeckend auswirken.

Dennoch können und wollen wir auf diese Einnahmen nicht verzichten, zumal die Berücksichtigung von Ausstellern aus der Wirtschaft auf unseren Veranstaltungen neben dem finanziellen noch einen weiteren Aspekt hat: die direkte Kommunikation zwischen unseren Mandatsträgern der verschiedenen Ebenen und unseren Mitgliedern mit Vertretern aus der Wirtschaft wird in einem angemessenen Rahmen ermöglicht. Das bedeutet, der Sponsor kann für sich werben, womit der Kerngedanke des Sponsorings (Leistung und Gegenleistung) erfüllt ist und die Genossinnen und Genossen haben die Gelegenheit, sich zu informieren.

## 1.5 Einnahmen aus Vermögen

Einnahmen aus Vermögen erhält die Partei insbesondere in Form von jährlichen Ausschüttungen der Deutschen Druck- und Verlagsgesellschaft mbH (dd\_vg.), in der zahlreiche Unternehmensbeteiligungen gebündelt sind. Die finanzielle Bedeutung dieser Ausschüttungen hat dabei in den letzten 10 Jahren stetig zugenommen: bis 1997 betrug die Ausschüttungen der dd\_vg. in keinem Jahr mehr als 500.000 € (brutto, vor Steuern). Danach stiegen sie deutlich an und wurden zunächst vorrangig für die Finanzierung der Hypothekendarlehen eingesetzt, mit denen der Bau des Willy-Brandt-Hauses finanziert wurde.

In den Jahren 2005 und 2006 wurden insgesamt ca. 14 Mio. € (brutto, vor Steuern) ausgeschüttet, in 2007 und 2008 gut 20 Mio. €, davon 8,6 Mio. € 2007 und 11,4 Mio. € 2008.

Von den im Berichtszeitraum ausgeschütteten 20 Mio. € wurden 9 Mio. € zur Bedienung der Hypothekendarlehen für die Finanzierung des Willy-Brandt-Hauses aufgewendet, 1 Mio. € erhielt die Konzentration GmbH, die für die Verwaltung der kleinen Parteihäuser verantwortlich ist. Der Rest diente zur Bedienung der auf die Bruttoausschüttungen entfallenden Steuerpflichten bzw. wurde dem Betriebshaushalt des Parteivorstandes zur allgemeinen politischen Arbeit und der Vermögensverwaltung des Parteivorstandes zugeführt.

## 1.6 Parteiinterner Finanzausgleich

Seit der Umstellung der staatlichen Parteienfinanzierung von der Wahlkampfkosten-erstattung auf allgemeine staatliche Zuschüsse im Jahre 1994 gibt es einen besonderen Finanzausgleich zwischen Parteivorstand und Landesverbänden bzw. Bezirken.

Die Einbeziehung der Zuwendungen neben den erzielten Wählerstimmen als Basis für die Verteilung der staatlichen Mittel führte zu Verschiebungen gegenüber der früher nur auf dem Wähleranteil basierenden staatlichen Finanzierung. Besonders die Bundesländer mit großer Mitgliederdichte waren deutlich im Vorteil. Diese Ungleichgewichte müssen ausgeglichen werden.

Die Verteilung der staatlichen Mittel zwischen Landesverbänden und Parteivorstand hat sich seit 1991 entsprechend der Tabelle entwickelt.

Während bis 1993 die staatlichen Mittel für die SPD zu 30 Prozent an die Landesverbände und zu 70 Prozent an den Parteivorstand gingen, beträgt dieses Verhältnis inzwischen 33 Prozent für die Landesverbände und 67 Prozent für den Parteivorstand. Der Zuwachs an staatlichen Mitteln ist über den parteiinternen Finanzausgleich überwiegend an die Landesverbände gegeben worden. Sie erhalten heute gut 17 Prozent mehr an staatlichen Mitteln als vor 1994, während die dem Parteivorstand verbleibenden staatlichen Mittel nur um 1,0 Prozent gestiegen sind.

Seit 1994 erfolgt eine Festlegung der Verteilung der staatlichen Mittel auf ein Drittel zu zwei Dritteln. Dem steht die Beitragsverteilung von 85 % zu 15 % zugunsten der Gliederungen gegenüber.

Tabelle 3: Verteilung aus staatlichen Mitteln								
	1991–1993 Ø pro Jahr		1994–2001 Ø pro Jahr		2002–2008 Ø pro Jahr		Veränderung gegenüber 1991–1993	
	T€	%	T€	%	T€	%	in T€	in %
<b>Landesverbände</b> von den Landtagen aus Finanzausgleich	13.302 0		7.403 8.141		5.742 9.910			
LV-Gesamt	13.302	30	15.544	33	15.652	33	2.350	17,7
<b>Parteivorstand</b>	<b>30.996</b>	<b>70</b>	<b>31.541</b>	<b>67</b>	<b>31.304</b>	<b>67</b>	<b>308</b>	<b>1,0</b>
SPD-Gesamt	44.298	100	47.085	100	46.956	100	2.658	6,0

*Die Gesamtsumme der staatlichen Mittel für alle Parteien ist durch eine absolute Obergrenze begrenzt; von 1991 bis 1997 auf 117,59 Mio. € (= 230 Mio. DM), von 1998 bis 2001 auf 125,27 Mio. € (= 245 Mio. DM), seit 2002 auf 133 Mio. €.*

## **2. Mittelbewirtschaftung und Haushaltsentwicklung**

Um das Positive vorweg zu nehmen: Insgesamt deckten die Einnahmen die Ausgaben und die notwendigen Rücklagen für den Europa- und Bundestagswahlkampf 2009 konnten gebildet werden.

Dennoch standen die Haushalte 2007 und 2008 unter dem Zeichen rückläufiger Einnahmen.

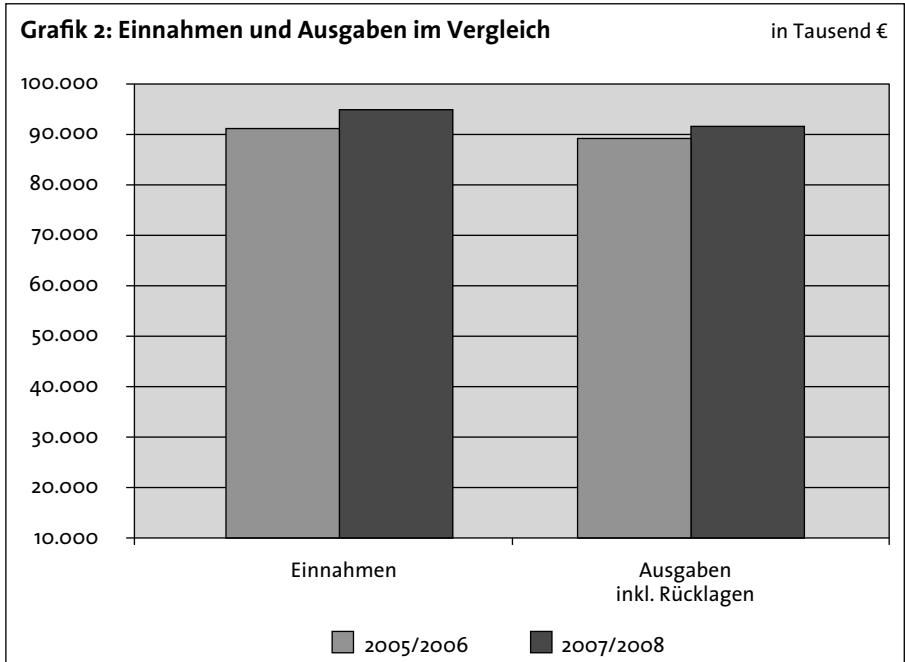
So sanken die Beitragseinnahmen im Berichtszeitraum 2007/2008 gegenüber 2005/2006 um ca. 900.000 €.

Die Einnahmenverluste konnten durch entsprechende Einnahmen aus Vermögen kompensiert werden.

Die wichtigsten Einnahmen des Parteivorstandes sind nach wie vor seine Beitragsanteile sowie der Anteil des Parteivorstandes an den Staatlichen Mitteln. Gemessen an den Gesamteinnahmen betrug der Anteil der Beitragseinnahmen im Berichtszeitraum 22,6 Prozent (2005/2006: 22,9 Prozent) während der Anteil der Staatlichen Mittel 61,5 Prozent betrug (2005/2006: 62,4 Prozent). Insgesamt bestreitet der Parteivorstand mehr als vier Fünftel seiner Einnahmen aus diesen beiden Bereichen.

Durch eine strikte Haushaltsführung im Sachmitteletat sowie strukturelle Einschnitte im Personalbereich konnten die Vorgaben der Mittelfristigen Finanzplanung eingehalten werden.

Im Einzelnen stiegen die Aufwendungen 2007/2008 gegenüber 2005/2006 um ca. drei Prozent. Hierbei handelt es sich insbesondere um zusätzliche Aufwendungen im Rahmen von Vorwahlkampfaktivitäten im Jahr 2008.



Der Aufwand für Politische Arbeit inkl. Öffentlichkeitsarbeit entsprach 2007/2008 einem Anteil von 25,8 Prozent (2005/2006: 24,5 Prozent).

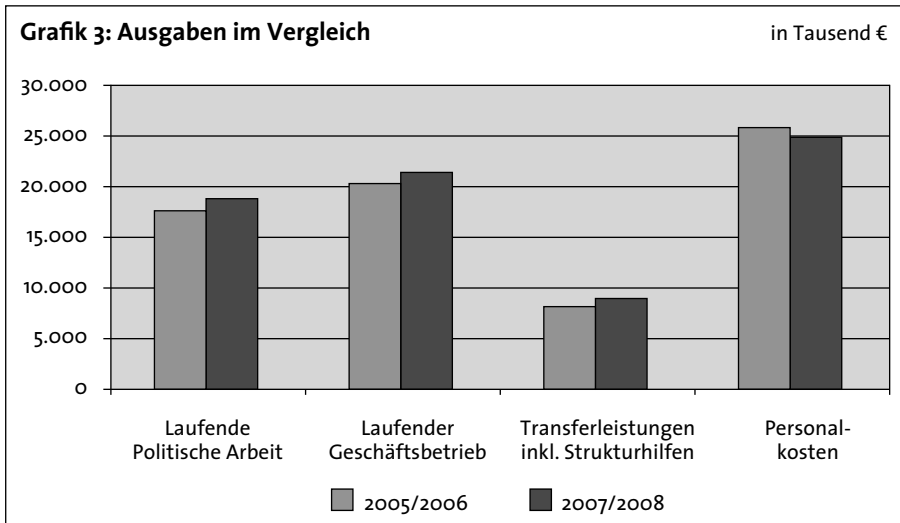
Die Aufwendungen für den Geschäftsbetrieb inkl. EDV entsprachen 2007/2008 einem Anteil von 29,1 Prozent (2005/2006: 28,3 Prozent).

Eine erfreuliche Entwicklung ließ sich bei den Kosten für die EDV feststellen. Nach der Verfünfachung dieses Aufwandes von 1995 bis 2000 (auf über 7 Mio. €), sinken sie seitdem kontinuierlich. Betrag der Betriebshaushalt EDV 2001 noch 5,3 Mio. €, konnte der Aufwand für den Berichtszeitraum 2007/2008 auf 4,8 Mio. € zurückgeführt werden (2005/2006: 6,2 Mio. €). Das entspricht einer Halbierung des Aufwandes gegenüber 2001.

Die Transferleistungen inkl. Strukturhilfe blieben 2007/ 2008 gegenüber 2005/2006 relativ konstant. Der Anteil an den Gesamtausgaben betrug im Berichtszeitraum 12,0 Prozent (2005/2006: 11,2 Prozent). Die Strukturhilfe macht mehr als die Hälfte der Transferleistungen aus.



Der Anteil der Personalkosten sank von 36,0 Prozent 2005/2006 auf 33,5 Prozent im Berichtszeitraum 2007/2008. Das Absenken der Personalkosten resultiert aus strukturellen Einschnitten im Personalbereich. Sie gingen auf eine zwischen der Geschäftsleitung und dem Betriebsrat vereinbarte Entwicklung der Personalkosten bis 2010 zurück. Sie beinhaltet den Wegfall von Vergünstigungen, flexible Arbeitszeitmodelle und schließt betriebsbedingte Kündigungen bis 2010 aus.



Die Ausgabenpolitik des Parteivorstandes orientiert sich strikt an den tatsächlich erzielten Einnahmen. Da auch in Zukunft nicht mit höheren Einnahmen zu rechnen ist, müssen sich die Ausgaben analog zu den Einnahmen entwickeln. Darüber hinaus muss ein gesundes Verhältnis der Ausgaben für Politische Arbeit, Geschäftsbetrieb und Personalkosten gewahrt bleiben.

Die Haushaltsführung des Parteivorstandes für die Haushaltsjahre 2007 und 2008 wurde geprüft und von der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft nach den Vorschriften des Parteiengesetzes testiert. Es gab keine Beanstandungen. Außerdem prüfte die Kontrollkommission laufend die Mittelbewirtschaftung des Parteivorstandes.

## 2.1 Mitgliederverwaltung

Seit 2008 wird an der Ablösung der mittlerweile 10 Jahre alten Mitgliederverwaltungssoftware MAVIS I gearbeitet, die an ihre technischen Grenzen gekommen und am Ende des Software-Lebenszyklus angelangt ist.

Das neue, integrierte Mitgliederpflege- und allgemeine Personen- und Organisationsauskunftssystem berücksichtigt die Anforderungen der kommenden Jahre.

Die integrative Lösung ist modular aufgebaut und verbindet die Bereiche Adressverwaltung, Beitragsbearbeitung, die Möglichkeit der Kontakthistorisierung, ein Informationssystem der öffentlichen Verwaltungsstruktur, die Veranstaltungsplanung einschließlich der Möglichkeit der Internet-basierten Rückmeldung zu Veranstaltungen, ein Seminarverwaltungsmodul sowie ein Kalendarium.

Daneben werden für die aktive Parteiarbeit Geomarketingdaten zur Bevölkerungsstruktur von Infas, sowie die Ergebnisse der Bundestags- und Landtagswahlen in die Datenbank eingelesen und für zukünftige Wahlkämpfe auswertbar, visuell darstellbar und nutzbar gemacht. Die Software-Architektur ermöglicht auch zukünftig die problemlose Einbindung von zusätzlichen Modulen.

Die Produktivsetzung dieser neuen Anwendung – MAVIS II – ist nach einer flächendeckenden Schulung der hauptamtlichen KollegInnen für das erste Quartal 2010 geplant.

Die Anwendung beruht auf einer Software, die die SPÖ (Sozialdemokratische Partei Österreichs) bereits erfolgreich nutzt. Zur Pflege und Weiterentwicklung wurde eine entsprechende Kooperationsvereinbarung mit der SPÖ geschlossen.

### Hauptamtlichen-Netz

Im Berichtszeitraum wurde das virtuelle, private Hauptamtlichen-Datennetz der Partei (VPN) technisch modifiziert (Bandbreitenerweiterung). Seit mehreren Jahren stellt das VPN eine verlässliche Kommunikationsplattform für die hauptamtliche Ebene dar.

Dabei steht den MitarbeiterInnen die gesamte Palette der Zugangsmöglichkeit zu diesem Netz – stets unter Beachtung der maximalen Datensicherheit – zur Verfügung.

### Die Präsenz in den neuen Medien

Bei der Nutzung der sogenannten neuen Medien und Präsentationsformen ist die Partei an vorderster Stelle.

So bieten neben dem zentralen Internetauftritt <http://spd.de> und dem Kommunikationsforum für Mitglieder und Nichtmitglieder <http://meinespd.net> und zahlreiche Konten und Einstellungen in Youtube, Flickr, twitter, Facebook, StudiVZ vielfältige Möglichkeiten besonders für junge Menschen, mit der Partei in Kontakt zu treten.

### **3. Strukturhilfen für die ostdeutschen Landesverbände**

Auch in den Jahren 2007 und 2008 haben die Mitglieder der „alten“ und „neuen“ Landesverbände einen Solidarbeitrag von 26 Cent je Monatsbeitrag geleistet, um damit die Organisationsstrukturen in den ostdeutschen Landesverbänden zu sichern. Insgesamt erhielten die ostdeutschen Landesverbände auf diesem Weg 3,3 Mio € im Berichtszeitraum 2007/2008.

Darüber hinaus leistete der Parteivorstand eine ergänzende Strukturhilfe aus seinem Betriebshaushalt. Sie belief sich auf je 750.000 € in den Jahren 2007 und 2008. Auch in den folgenden Jahren werden die ostdeutschen Landesverbände auf Strukturhilfe angewiesen sein.

## **4. Der Unternehmensbereich**

### **4.1 Konzentration GmbH**

Gemäß § 25 Absatz 1 Satz 1 des Organisationsstatuts der SPD ist der jeweilige Parteivorstand Eigentümer aller vorhandenen Gelder und sonstigen Vermögensstücke. Nach geltendem Recht ist die Partei als nicht eingetragener Verein nicht grundbuchfähig. Sie muss deshalb über Treuhänder handeln. Im Immobilienbereich tut sie dies über die Konzentration GmbH. Diese Gesellschaft ist eine eigene Gesellschaft der Partei. Der von der Konzentration GmbH treuhänderisch verwaltete Grundbesitz wird im Rechenschaftsbericht der SPD in der Spalte „Haus- und Grundvermögen“ in der Vermögensbilanz mit allen Anschaffungs- und Herstellungskosten erfasst.

Neben den Aufgaben einer Immobilienverwaltungsgesellschaft nimmt die Konzentration GmbH die Aufgaben einer Projektentwicklungsgesellschaft wahr. Im Berichtszeitraum hat die Konzentration die Gebäude in Köln, Krefeld und Solingen saniert und modernisiert. In Jena wurde das Gebäude Teichgraben 4 nach langem Rechtsstreit, der bis zum Bundesverwaltungsgericht führte, im Jahr 2006 restituiert. Nun sind erste freiwerdende Wohnungen und Büroräume saniert und vermietet worden. Das Erdgeschoß des Gebäudes in Berlin, Müllerstraße hat eine neue Fassade erhalten, die

dahinter liegenden Räume wurden umfassend saniert und werden von den Bundestagsabgeordneten sowie den Abgeordneten des Abgeordnetenhauses als Bürgerbüro und vom August-Bebel-Institut für Veranstaltungen genutzt.

Treuhänderisch handelnd für den Parteivorstand wurde aus dem Betriebsvermögen der Konzentration GmbH von der Konzentration GmbH das Grundstück mit aufstehendem Gebäude in Hof, Von-der-Tann-Straße 1, erworben. Das Gebäude wird derzeit von Grund auf saniert und modernisiert. Es wird zukünftig neben dem Sitz des Unterbezirkes der SPD sowie der ortsansässigen Abgeordneten noch zwei Wohnungen beinhalten.

Grundstücke in Görlitz, Königsbrück/ Stenz, Greiz, Leipzig und in Cottbus konnten aus dem Treuhandvermögen verkauft werden. Eine wirtschaftlich auch nur ansatzweise vertretbare Sanierung und Nutzung war nicht möglich.

Das im Jahr 1997 vollständig sanierte Gebäude in Saalfeld, Rosmaringasse erhielt am 13. Mai 2009 im Rahmen eines Festaktes den Namen Arthur-Hofmann- Haus. Das Haus wurde nach dem in Saalfeld ansässigen Verleger und Gründer des Saalfelder Volksblattes, der dortigen SPD und langjährigen Stadtverordneten und Landtagsabgeordneten benannt.

Die Konzentration GmbH hat darüber hinaus die wichtige Aufgabe, die Verfahren zur Durchsetzung der Entschädigungsansprüche für den Verlust des sozialdemokratischen Vermögens zu betreiben. In den beiden vergangenen Jahren und aktuell im Jahr 2009 wurde durch Verhandlungen mit dem Bundesamt für zentrale Dienste und offene Vermögensfragen erreicht, dass Grundlagenbescheide über die Entschädigungsansprüche für den Verlust der Gesellschaften Kaden & Co. OHG, Volksbuchhandlung Jena GmbH, Vorwärts Dresdner Baugesellschaft AG, Arbeiterdruckerei eGmbH Görlitz, URANIA Verlagsgesellschaft mbH Jena in endgültiger Form bzw. als beabsichtigte Entscheidungen erlassen wurden. Für den Verlust der Fa. Sidow & Co. OHG und der Arbeiterdruckerei eGmbH Görlitz sind in dem Berichtszeitraum beabsichtigte Bescheide zur Höhe der jeweiligen Entschädigungsbeträge ergangen.

Schließlich ist die Konzentration GmbH Alleininhaberin der Mikropress GmbH. Die Gesellschaft ist eine Ausgründung aus dem Archiv der sozialen Demokratie. Ihr Zweck ist die Mikroverfilmung von Archivmaterialien. Die Archivierung von Materialien auf Mikrofilmen wird auch noch im Zeitalter der Digitalisierung als die sicherste Art der Archivierung angesehen. Die Gesellschaft hat nach der Sanierung des Erich-Ollenhauer-Hauses ihren Sitz und ihren Geschäftsbetrieb dort aufgenommen.

## 4.2 Verwaltungsgesellschaft Bürohaus Berlin

Die Verwaltungsgesellschaft Bürohaus Berlin mbH (VBB) verwaltet treuhänderisch für die Partei das Willy-Brandt-Haus in Berlin ([www.willy-brandt-haus.de](http://www.willy-brandt-haus.de)).

In den Jahren 1992 bis 1996 hat die VBB die Projektierung und den Bau des Hauses koordiniert. Da die politischen Parteien keine finanzielle Unterstützung beim Bonn-Berlin-Umzug erhielten, wurde der Bau fast vollständig über Hypothekendarlehen finanziert. Sie summieren sich bis 1996 auf insgesamt 49 Mio. € – die Tilgung begann 1999.

Zum 31. 12. 2008 betragen die verbleibenden Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten 25,9 Mio. € (2007: 27,9 Mio. €). Die jetzt gültigen Zinsfestschreibungen laufen noch bis 2012 bzw. 2014.

Entgegen unserer Absicht konnte bisher noch keine Anschlussfinanzierung konzipiert werden. Die Finanzkrise und die damit einhergehenden Verwerfungen auf den Kreditmärkten ließen das nicht attraktiv erscheinen. Wir sind aber optimistisch, das bei einer allgemeinen Marktberuhigung nachholen zu können.

Die Finanzen des Hauses stehen auf stabilen Pfeilern: Mieteinnahmen von Drittmietern, Einnahmen aus dem Kongress- und Veranstaltungsbetrieb sowie ein Finanzierungsbeitrag des Parteivorstandes tragen zum laufenden Unterhalt des Hauses bei. In der Hauptsache wird allerdings der Gewinn aus dem Unternehmensbereich für das Haus, insbesondere für Zinsen und Tilgungen der offenen Darlehensverpflichtungen, verwandt.

Wie beim Bau konzipiert und bei der Eröffnung versprochen, ist das Willy-Brandt-Haus ein offenes Haus, das sich mit zahlreichen Ausstellungen und kulturellen Veranstaltungen längst einen Ruf als kulturelles Zentrum in Berlin erworben hat; nicht zuletzt durch das Engagement des Kulturforums und des Freundeskreises Willy-Brandt-Haus e.V.

## 4.3 Deutsche Druck- und Verlagsgesellschaft mbH

Für die Holding Deutsche Druck- und Verlagsgesellschaft mbH, Berlin (dd\_vg.) fällt die Rückbetrachtung der Jahre 2007 und 2008 deutlich unterschiedlich aus: Das Jahr 2007 ist erfreulich positiv verlaufen, ab Mitte des Jahres 2008 waren jedoch die ersten Auswirkungen der aufkommenden Rezession deutlich spürbar.

Mit dem erzielten Jahresüberschuss von 17,2 Mio. € in 2007 und 15,5 Mio. € in 2008 (jeweils nach Steuern) hat die dd\_vg. gleichwohl in beiden Jahren stabile Ergebnisse auf zufriedenstellendem Niveau erzielen können.

Die Ausschüttungen an die SPD als Gesellschafterin der dd\_vg. konnten moderat auf 8,7 Mio. € in 2007 und 11,4 Mio. € in 2008 gesteigert werden.

Durch die stabile Ergebnis- und Liquiditätslage konnte die dd\_vg. – wie schon seit dem Jahr 2006 – sowohl für 2007 als auch für 2008 jeweils eine Bilanz aufstellen, die keine Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten ausweist.

Im Beteiligungskreis der dd\_vg. gab es 2007/2008 folgende Änderungen:

- Rund 49 % der Anteile an der Tivola Publishing GmbH wurden 2007 an den Geschäftsführer der Gesellschaft veräußert.
- In 2008 hat die dd\_vg. ihre Anteile an der Ökotest Holding AG von 50 % plus zehn Aktien auf rund 64,1 % aufgestockt.
- Bei den Buchverlagen wurde zum Jahreswechsel 2008/2009 das Verlagsgeschäft der Parthas Verlags GmbH durch ein Management Buy Out auf die langjährige Geschäftsführerin übertragen.
- Zum Zweck der Sicherung des Fortbestandes hat die dd\_vg. den Akzidenzdruckbetrieb der Druckhaus Bayreuth GmbH in die neue 100 %-Tochter Bayreuth Druck+Media GmbH & Co. KG übernommen.

Die stabile Ergebnissituation der dd\_vg. ist vor dem Hintergrund eines andauernden strukturellen Drucks auf die Regionalzeitungsverlage, der durch die Wirtschafts- und Finanzkrise noch verschärft wurde, besonders beachtlich.

Die Tatsache, dass trotz struktureller Veränderungen im Markt die Zeitungsbeteiligungen der dd\_vg. weiterhin positive Ergebnisse verzeichnen, ist das Resultat von vorausschauendem, unumgänglichen Kostenmanagement. Hierbei ist – nolens volens – leider auch der Abbau von Arbeitsplätzen unvermeidbar, da im Verlagswesen die Personalkosten den weitaus größten Kostenblock ausmachen. Je frühzeitiger diese Prozesse erkannt und begonnen werden, um so eher ist es möglich, dies mit einem Maximum an Sozialverträglichkeit umzusetzen.

Aber nicht nur der Blick auf die Kosten hat die Ertragssituation der Verlage stabilisiert, sondern auch Investitionen in die Unternehmen selbst, in die Zeitungen und neue Geschäftsfelder rund um die Verlage.

Die Sanierung der Frankfurter Rundschau bildete auch in den Geschäftsjahren 2007 und 2008 einen Schwerpunkt der Unternehmensaktivität der dd\_vg.: Nach dem Verkauf der Mehrheit an den Kölner Verlag M. Du-Mont Schauberg wurde im Mai 2007 das neue Tabloid-Format eingeführt. Das Anfang 2009 bezogene neue Verlagsgebäude wurde mit dem vermutlich modernsten Newsroom der Bundesrepublik ausgestattet

und verwirklicht die Anforderungen an eine konvergente Redaktion. Beides ging mit erheblichen Investitionen einher. Durch die Kooperation der FR mit der Berliner Zeitung, dem Kölner Stadtanzeiger und der Mitteldeutschen Zeitung wurde ein Modell entwickelt, das nachhaltig Kosten reduziert, ohne sich negativ auf die Qualität der Zeitung auszuwirken.

Augenscheinlich verschärft sich der schon seit Jahren spürbare Konsolidierungsdruck in der Branche. Hierfür lassen sich mehrere Ursachen ausmachen:

- die Herausforderungen durch die digitale Revolution,
- die demographische Entwicklung,
- die Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise und
- die ungeklärte Nachfolge mancher Verlegerfamilie.

Investitionen in Drucktechnik, Vertrieb und Redaktion werden vielerorts nur in Kooperationen oder auch Zusammenschlüssen finanzierbar sein.

Mit der Übernahme der Mehrheit am Berliner Verlag durch DuMont vom Finanzinvestor Montgomery zeigt sich, dass das Modell einer Übernahme von deutschen Zeitungsverlagen durch Finanzinvestoren nicht zukunftstauglich ist. Offenbar wurde – wie vorhersehbar war – der Verlag mit einem überbordenden Investitionsstau zurückgelassen und ausgeblutet.

Eine solche Vorgehensweise enthält ein für die Verlagslandschaft und damit letztlich für die Rolle der Medien in einer demokratisch verfassten Gesellschaft zerstörerisches Potenzial: Gerade in einer Umbruchsituation bedarf es langfristig und nachhaltig agierender Akteure, für die Zeitungen etwas anderes sind als bloße Renditeobjekte.

Als Unternehmen mit einer über 140-jährigen Geschichte im Medienbereich gehört die dd\_vg. zu den Akteuren im Markt, die mit einem verlegerischen Hintergrund stabilisierend und qualitäts- und vielfaltsichernd wirken.

Die weiteren Medienbeteiligungen der dd\_vg. konnten ihre Position festigen. So kann Öko-Test durch seine besondere Aufstellung selbst angesichts der Rezession seine Anzeigenumsätze steigern. Der Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft (u. a. vorwärts, Demo) ist es gelungen, den Veranstaltungsbereich auszubauen und erfolgreich als Dienstleister für andere Medien (z. B. im Anzeigenbereich) zu agieren.

Bei den Buchverlagen ist eine Konzentration auf die politischen Publikationen erfolgt. Es bleibt dabei, dass dieses Engagement in einem eher stagnierenden Markt hohe Anfangsinvestitionen voraussetzt, insbesondere den Aufwand für die Entwicklung der Programmlinien, Vorlaufkosten für Lizenzen usw.

Tivola hat im Berichtszeitraum mit dem Wechsel von PC-Spielen auf Konsolenspiele (Nintendo-DS, Wii) eine deutliche Steigerung der Umsätze erreichen können. Mit dem Bilderbuchkanal Pikcha.tv im Internet werden neue vielversprechende Wege beschrritten.

Die zur Unternehmensgruppe gehörenden Akzidenzdruckereien operieren in einer tiefgreifenden und für viele Betriebe existenzbedrohenden Branchenkrise. Der in der Vergangenheit eingeschlagene Weg, durch Fusionen die Zukunftschancen zu verbessern, hat sich bewährt. Darüberhinaus wird es auch erforderlich sein, die Angebotspalette der Druckereien vom reinen Printprodukt hin zu Dienstleistungsangeboten, z. B. im Bereich des Content-Management zu entwickeln, um dem Strukturwandel in dieser Branche erfolgreich zu begegnen.

Der „SPD-Reiseservice“ hat seine Strategie der erweiterten Produktpalette fortgeführt. So sind z.B. die Frühjahrs- und Herbsttreffen mittlerweile fester Bestandteil im Terminplan vieler Mitreisender. Verstärkt werden auch Studien- und Familienreisen angeboten. In 2008 haben nahezu 6.000 Personen das vielfältige Urlaubsangebot genutzt.

Der Bereich Handel und Service, in dem der Papierhandel (HPPV), Werbemittelverkauf und Merchandising (IMAGE), Buchhandel (vorwärts-Buchhandlung) sowie EDV- und Verwaltungsservice (Office Consult) zusammengefasst werden, leistet unverändert einen stabilen Beitrag zum Unternehmensergebnis der dd\_vg.

## II. Finanzen der Gesamtpartei für das Jahr 2007 im Vergleich

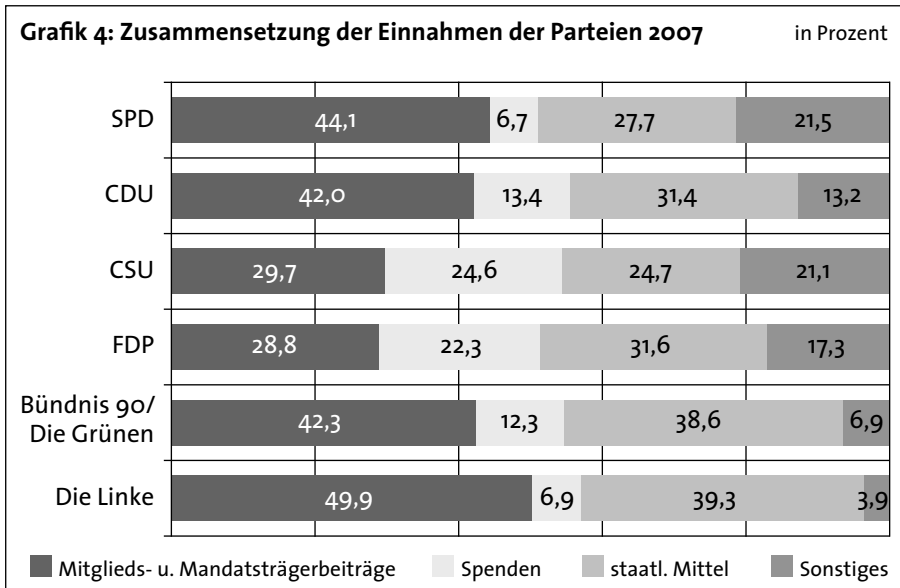
Die Einnahmen der Gesamtpartei beliefen sich im Jahr 2007 auf 157 Mio. €. CDU und CSU zusammen verzeichneten Einnahmen in Höhe von 185,9 Mio. €.

Mit 44 % der Einnahmen sind die Mitglieds- und Mandatsträgerbeiträge weiterhin unsere entscheidende Einnahmequelle.

Die Einnahmen aus Mitgliedsbeiträgen – mit 30,3 % nach wie vor der größte Einnahmenposten der SPD – sind von 53,9 Mio. € im Jahr 2003 auf 47,6 Mio. € im Jahr 2007 gesunken. Die seit dem Jahr 2003 geltenden jährlichen Beitragsanpassungen haben den Beitragsrückgang abgefedert. Dennoch bleibt es eine ständige Aufgabe, die Beitragsbasis der SPD zu stabilisieren.

Die SPD erhält im Vergleich zu den Unionsparteien und der FDP sehr viel weniger Spenden. Das trifft besonders für Großspenden aus der Wirtschaft und von vermögenden Privatpersonen zu. Spenden machen somit nur einen kleinen Teil unserer Einnahmen aus. Die Union verbucht bei Spenden von natürlichen Personen das 2,3-fache, bei Spenden von juristischen Personen das 4,8-fache unserer Spenden.





*Es werden die Daten aus den Rechenschaftsberichten des Jahres 2007 zugrunde gelegt, da die Rechenschaftsberichte für das Jahr 2008 noch nicht veröffentlicht sind.*

Einerseits bedeutet dies, dass die SPD über ein ganz besonderes Maß an Unabhängigkeit verfügt. Andererseits heißt das aber auch, dass die SPD ihre finanziellen Mittel aus alternativen Quellen beziehen muss. Hierzu leistet der Unternehmensbereich der SPD, der in 140 Jahren Parteigeschichte aufgebaut wurde, einen soliden Beitrag. Unsere Einnahmen aus Unternehmenstätigkeit und Beteiligungen in Höhe von 9 Mio. € können den Vorsprung der Union bei den Spenden in Höhe von 19 Mio. € bei weitem nicht ausgleichen.

Einnahmen an staatlichen Mitteln der SPD in Höhe von 43,5 Mio. € stehen 55,5 Mio. € der Union gegenüber (44,8 Mio. € für die CDU und 10,7 Mio. € für die CSU).

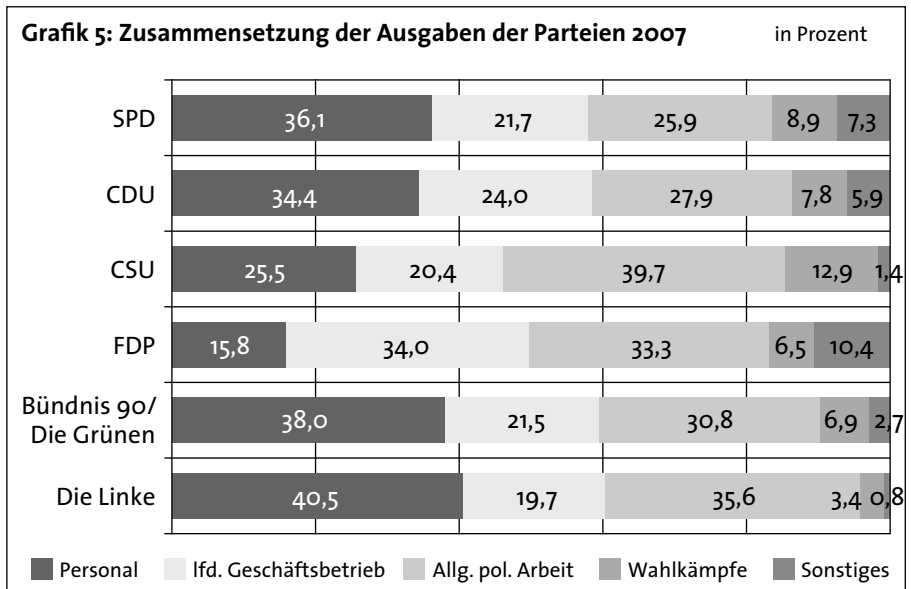
Die Ausgaben der Gesamtpartei beliefen sich im Jahr 2007 auf 130 Mio. €. CDU und CSU zusammen verzeichneten Ausgaben in Höhe von 154,8 Mio. €.

Fast 58 % der gesamten Ausgaben der SPD wurden für Personal und lfd. Geschäftsbetrieb aufgewendet. Für allgemeine politische Arbeit wendeten wir annähernd 26 % der Ausgaben auf, 5 Prozentpunkte weniger als die Union.

Der Anteil der Ausgaben für Wahlkämpfe ist mit ca. 9 % für die SPD und die Union annähernd gleich.

Die SPD verfügt über ein Reinvermögen in Höhe von 175 Mio. €. Bei den Besitzposten entfallen 120 Mio. € auf Haus- und Grundvermögen. Das Geldvermögen ist mit 62 Mio. € zu 75 % den nachgeordneten Gliederungen (Unterbezirke, Stadtverbände, Ortsvereine) zuzurechnen. Bei den Schuldposten entfallen fast 20 % auf Verbindlichkeiten gegenüber Gliederungen.

Unsere Aufgaben für die kommende Zeit lassen sich kurz zusammenfassen: Einnahmen stabilisieren, Ausgaben überprüfen, Parteistrukturen optimieren.



Rechnenschaftsberichte der im Bundestag vertretenen Parteien im Vergleich für das Jahr 2007

	SPD		CDU		CSU		CDU/CSU		Grüne		FDP		Die Linke	
	€	%	€	%	€	%	€	%	€	%	€	%	€	%
<b>Einnahmen</b>														
Mitgliedsbeiträge	47.582.439	30,32	41.924.405	29,43	9.684.493	22,28	51.608.898	27,76	5.587.154	21,38	6.953.972	21,96	9.195.804	40,99
Mandatsträgerbeiträge & ähnl. regelm. Beiträge	21.667.896	13,80	17.879.281	12,55	3.217.839	7,40	21.097.120	11,35	5.467.173	20,92	2.175.839	6,87	2.000.310	8,92
Spenden von nat. Pers.	8.473.212	5,40	12.418.465	8,72	7.353.115	16,92	19.771.580	10,64	2.828.603	10,82	5.194.778	16,40	1.524.902	6,80
Spenden von jur. Pers.	2.095.401	1,33	6.660.866	4,68	3.317.665	7,63	9.978.531	5,37	383.013	1,47	1.878.205	5,93	19.742	0,09
Einn. aus Unternehmensfähigkeit u. Beteiligungen	9.127.305	5,81	1.772	0,00	0	0,00	1.772	0,00	578	0,00	1.085.990	3,43	0	0,00
Einn. aus sonst. Vermögen	8.836.839	5,63	4.367.251	3,06	929.780	2,14	5.297.031	2,85	341.054	1,30	1.642.700	5,19	455.342	2,03
Einn. aus Veranstaltung, Vertrieb von Druckschr. etc.	14.744.343	9,39	11.723.361	8,23	8.135.849	18,72	19.859.210	10,68	637.506	2,44	2.558.289	8,08	192.120	0,86
Staatliche Mittel	43.475.249	27,70	44.790.191	31,44	10.711.704	24,65	55.501.895	29,85	10.079.693	38,56	9.989.233	31,55	8.814.887	39,29
Sonstige Einnahmen	979.131	0,62	2.686.058	1,89	1.08.851	0,26	2.794.909	1,50	813.320	3,11	185.620	0,59	230.609	1,02
<b>Gesamt</b>	<b>156.981.815</b>	<b>100,00</b>	<b>142.451.650</b>	<b>100,00</b>	<b>43.459.296</b>	<b>100,00</b>	<b>185.910.946</b>	<b>100,00</b>	<b>26.138.094</b>	<b>100,00</b>	<b>31.664.626</b>	<b>100,00</b>	<b>22.433.716</b>	<b>100,00</b>
<b>Ausgaben</b>														
Personalausgaben	46.989.454	36,14	40.670.715	34,40	9.336.216	25,48	50.006.931	32,30	8.157.480	38,00	3.925.300	15,83	8.090.278	40,51
Lauf. Geschäftsbetrieb	28.221.727	21,71	28.408.202	24,04	7.475.960	20,41	35.884.162	23,18	4.625.706	21,54	8.430.034	34,00	3.925.916	19,66
Allg. politische Arbeit	33.719.503	25,94	32.937.748	27,87	14.549.872	39,72	47.487.620	30,67	6.604.637	30,77	8.255.012	33,30	7.118.112	35,64
Wahlkämpfe	11.548.353	8,88	9.214.162	7,80	4.742.562	12,95	13.956.724	9,01	1.490.345	6,94	1.608.766	6,49	672.922	3,37
Vermögensverwaltung entschl. sich hieraus ergebender Zinsen	8.271.566	6,36	2.831.806	2,40	0	0,00	2.831.806	1,83	442.860	2,06	1.221.317	4,93	8.435	0,04
sonstige Zinsen	654.629	0,50	752.568	0,64	379.194	1,04	1.131.762	0,73	9.695	0,05	1.333.203	5,38	2.850	0,01
sonstige Ausgaben	609.817	0,47	3.376.822	2,85	1.50.802	0,40	3.527.624	2,28	137.019	0,64	17.490	0,07	150.971	0,77
<b>Gesamt</b>	<b>130.015.049</b>	<b>100,00</b>	<b>118.192.023</b>	<b>100,00</b>	<b>36.634.606</b>	<b>100,00</b>	<b>154.826.629</b>	<b>100,00</b>	<b>21.467.742</b>	<b>100,00</b>	<b>24.791.122</b>	<b>100,00</b>	<b>19.969.484</b>	<b>100,00</b>
Überschuss/Defizit	26.966.766		24.259.627		6.824.690		31.084.317		4.670.352		6.873.504		2.464.232	
Reinvermögen	174.773.062		114.653.462		39.877.464		154.530.926		25.049.133		4.585.320		23.003.682	

## Bericht des Generalsekretärs an den ordentlichen SPD-Bundestag 2009 in Dresden

<b>1. Einleitung</b>	525
<b>2. Soziale Demokratie im 21. Jahrhundert</b>	526
a) Das Hamburger Grundsatzprogramm	526
b) Die Arbeit von morgen	527
c) Internationale Solidarität	528
<b>3. Starke Demokratie</b>	533
a) 20 Jahre Sozialdemokratie im Osten	533
b) Wehrhafte Demokratie – Kampf gegen Rechtsextremismus	534
<b>4. Gesellschaftliche Bündnisse und Zielgruppenarbeit</b>	535
a) Befreundete Organisationen	535
b) Gewerkschaften	535
c) Partnerschaft mit den Kirchen	536
d) Arbeitsgruppen, Arbeitskreise, Foren und Kommissionen in der SPD	539
Arbeitskreis ehemaliger politischer Häftlinge der SBZ/DDR	539
Arbeitskreis ehemals verfolgter Sozialdemokraten	539
Forum Kinder und Familie	539
Forum Nachhaltigkeit	540
Forum Wirtschaft	540
Forum Bildung	541
Wissenschaftsforum der Sozialdemokratie	542
Kulturforum der Sozialdemokratie	543
Gesprächskreis Steuern und Finanzen	545
Gesprächskreis Verbraucherpolitik	546
Gesprächskreis Energiepolitik	546
Gesprächskreis Jugendpolitik	547
Gesprächskreis Landwirtschaft und ländliche Räume	548
Gesprächskreis Innenpolitik	548
Projektgruppe „Mehr Transparenz und Stabilität auf den Finanzmärkten“	548
Projektgruppe Integration	549
Projektgruppe Gegen Rechtsextremismus	550
Schwusos	550

Historische Kommission	550
Kommission Gleichstellungspolitik	551
Kommission Grundwerte	552
Kommission „Gleiche Lebenschancen für jedes Kind – Kinderarmut bekämpfen“	553
Medienkommission	553
Kommission „Sozialdemokratische Politik für innovative Metropolregionen“	554
„Nachhaltige Finanzpolitik“: Für eine Schuldenregel mit Augenmaß!	555
Ad-hoc Gruppe „Angemessenheit und Transparenz von Managerbezahlungen“	556
Projektgruppe Arbeitsversicherung	557
Projektgruppe „Altersgerechtes Arbeiten und zukunftssichere Rente“	557
„Selbst Aktiv“ Netzwerk von Menschen mit Behinderung in der SPD	558
<b>5. Parteileben</b>	558
a) Parteischule	562
b) Nachwuchs/Jugendarbeit: Jusos und Juso-Hochschulgruppen	564
c) Das WBH in der Mitte der Partei	565
Partei- und Bürgerservice	565
Besuchergruppen	565
Produktion	566
Vertrieb	567
Partei online – digitale Medien	567
INTERN	569
Multimediatedakture	569
Veranstaltungsmanagement	569
<b>6. Fazit</b>	570

## 1. Einleitung

Der Dresdner Bundesparteitag der SPD findet in bewegten Zeiten statt. Die Wahl-niederlage vom 27. September ist für uns ein Einschnitt. Sie ist bitter für alle, die ein sozialdemokratisches Herz haben. Sie hat aber vor allem fatale Folgen für unser Land. Die Regierung Westerwelle/Merkel/Seehofer wird nun vieles von dem tun, wovor wir zu Recht im Wahlkampf gewarnt haben:

Schwarz-Gelb wird prekäre Beschäftigung nicht begrenzen, sondern ausweiten. Mit ihrer Politik verfestigt sie den Niedriglohnsektor und kürzen bei der aktiven Arbeitsmarktpolitik. CDU/CSU und FDP sehen die Zukunft der Arbeit vor allem bei Billigjobs. Neue Ideen für eine aktive Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik? Fehlzanzeige!

Schwarz-Gelb plant in der Finanzpolitik, die die Handlungsfähigkeit unseres Gemeinwesens schwächen wird. Steuergeschenke für Wohlhabende und Großkonzerne verhindern Zukunftsinvestitionen in Bildung, führen zur Kürzung von Sozialleistungen und schwächen die Investitionskraft der Städte und Gemeinden.

Schwarz-Gelb setzt auf die Privatisierung von Lebensrisiken. Bei Pflege und Gesundheit durchbricht sie das Solidaritätsprinzip. Das geht vor allem zu Lasten der Schwachen und der Menschen mit normalen Einkommen, die künftig privat mehr zahlen müssen.

Schwarz-Gelb macht die Rolle rückwärts in der Energiepolitik. Verlängerte Restlaufzeiten für abgeschriebene Atomkraftwerke verhindern Investitionen in moderne Kraftwerkstechnik und Erneuerbare Energien. Der gesellschaftliche Großkonflikt um die Atomkraft, den wir mit dem geordneten Ausstieg beendet hatten, bricht wieder auf.

Der Start der neuen Bundesregierung zeigt: Nicht jedem neuen Anfang wohnt ein Zauber inne! Angela Merkel hat keinen klaren Kompass für unser Land, Westwelle setzt dogmatisch auf Privatisierung und Seehofers Interesse gilt nicht dem Land, sondern den Klientel-Interessen der CSU.

Wir tun gut daran, sehr sorgfältig über die Ursachen der Wahlniederlage zu diskutieren, um die richtigen Konsequenzen für die Zukunft zu ziehen. Im Hinblick auf die Wahlkampf-führung hat unser scheidender Bundesgeschäftsführer Kajo Wasserhövel eine eingehende Wahlkampf-auswertung auf den Weg gebracht. Sie wird gemeinsam mit den Landes- und Bezirksgeschäftsführerinnen und -geschäftsführern erarbeitet werden.

Nach elf Jahren Regierungsverantwortung auf Bundesebene muss sich die SPD im Deutschen Bundestag jetzt als starke Opposition gegen eine schwarz-gelbe Bundesregierung aufstellen. Die Wählerinnen und Wähler haben uns diese Rolle zugewiesen. Auch in

der Opposition tragen wir Verantwortung für unseren Staat und unsere Gesellschaft. Wir nehmen die Aufgabe an, um all denjenigen in Deutschland eine Stimme geben, die unter den Folgen schwarz-gelber Politik zu leiden haben.

Wir dürfen uns dabei nicht damit begnügen, die Fehler dieser Bundesregierung zu kritisieren. Wir müssen vielmehr glaubwürdige sozialdemokratische Alternativen entwickeln. Opposition ist Regierung im Wartestand.

Mit dem Godesberger Programm vor 50 Jahren vollzog die SPD den Schritt von der Arbeiterpartei zur linken Volkspartei. Seitdem sehen wir uns nicht als Partei einer gesellschaftlichen Gruppe, Klasse oder Schicht. Wir sind Gemeinwohlpartei. An diesem Anspruch halten wir fest. Wirtschaftlicher Erfolg, soziale Gerechtigkeit und ökologische Vernunft sind für uns keine Gegensätze, sondern wechselseitige Bedingungen. In dem Prozess, der jetzt vor uns liegt, geht es darum, unseren Anspruch als soziale und progressive Volkspartei zu erneuern. Es gilt daran zu arbeiten, dass wir über die Kommunen und Länder bis hin zum Bund wieder stärker werden. Dabei werden wir unsere politischen Vorstellungen nicht taktisch an anderen Parteien orientieren. Wir sind der festen Überzeugung, dass die SPD stärker werden muss, damit unser Land eine gute Zukunft hat. Vor uns liegt eine lange Strecke und viel harte Arbeit. Aber wenn wir das Richtige tun, werden wir verlorenes Vertrauen zurück gewinnen und zu neuer Stärke finden.

## **2. Soziale Demokratie im 21. Jahrhundert**

### **a) Das Hamburger Grundsatzprogramm**

Das Hamburger Grundsatzprogramm, beschlossen auf dem Hamburger Bundesparteitag 2007, bildet seither die Grundlage unseres politischen Handelns. Das Programm ist in der Partei breit akzeptiert und nach außen das Gesicht der SPD. Das Grundsatzprogramm ist das Ergebnis eines mehrjährigen engagierten Diskussionsprozesses innerhalb der SPD und im Dialog mit gesellschaftlichen Gruppen.

Das Hamburger Programm der SPD ist das erste und einzige Programm einer deutschen Partei, das eine politische Antwort auf die Globalisierung entwirft. Die Grundwerte bleiben für uns Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität. Nachhaltigkeit ist das Prinzip unseres Handelns. Wir erstreben eine friedliche und gerechte Weltordnung. Das soziale Europa muss unsere Antwort auf die Globalisierung werden. Wir arbeiten für nachhaltigen Fortschritt, der wirtschaftliche Dynamik, soziale Gerechtigkeit und ökologische Vernunft vereint. Wir wollen mit einem vorsorgenden Sozialstaat die Menschen stärken und gleiche Lebenschancen für alle durchsetzen. Wir setzen auf die Stärken der solidarischen Bürgergesellschaft.

Wir treten ein für eine Kultur der Anerkennung. Wir werben um die solidarische Mehrheit in Deutschland.

Die SPD hat in den vergangenen zwei Jahren intensiv auf der Grundlage des Hamburger Programms weitergearbeitet. Zahlreiche Arbeits- und Gesprächskreise sowie Kommissionen haben einzelne politische Teilbereiche weiter bearbeitet. Vieles ist in unser Regierungshandeln eingeflossen.

Das Hamburger Programm vergewissert uns auch in Zukunft, für was und gegen wen wir stehen und was uns von unseren politischen Gegnern unterscheidet: Konservative halten an Privilegien fest und berufen sich auf angeblich natürliche Ungleichheiten, um anderen Menschen den Zugang zu Lebenschancen, Aufstiegsmöglichkeiten und Wohlstand zu verwehren. Marktradikale predigen Freiheit und Wettbewerb, aber erkennen nicht, dass eine dynamische Gesellschaft der Freien und Gleichen immer soziale Voraussetzungen hat. Sie kann nur dort gedeihen, wo gestaltende Politik die Bedingungen für die Teilhabe und Leistung aller Menschen immer wieder erneuert. Populisten leugnen veränderte Realitäten und klammern sich an überkommene nationalstaatliche Instrumente. Sie gaukeln den Menschen vor, ein Ausstieg aus der Wirklichkeit unserer Zeit sei möglich, verbauen ihnen aber gerade dadurch die Zukunft.

Einig sind wir uns mit allen Demokraten darin, den Grundkonsens unserer freiheitlichen Demokratie gegen alle Feinde der offenen und toleranten Gesellschaft zu verteidigen. Deshalb werden wir entschlossen und gemeinsam gegen rechtsextremistische, antisemitische, menschen- und verfassungsfeindliche Bestrebungen jeder Art vorgehen.

## **b) Die Arbeit von morgen**

Mit einer Rede vor der Karl-Schiller-Stiftung präsentierte Frank-Walter Steinmeier Anfang August 2009 sein Konzept „Für die Arbeit von Morgen“. Der sogenannte „Deutschland-Plan“ sollte angesichts der schwersten Wirtschaftskrise der deutschen Nachkriegsgeschichte einen konkreten Weg aufzeigen, wie in Deutschland innerhalb der nächsten zehn Jahre nachhaltiges Wachstum angestoßen und neue Beschäftigungschancen eröffnet werden können. Dem kurzatmigen Konzept des „Fahrens auf Sicht“ der konservativen und marktradikalen Wettbewerber sollte ein sozialdemokratisches Wirtschaftskonzept mit klarer Orientierung und ambitionierten Zielvorstellungen entgegengestellt werden. Dazu wurden die wirtschafts- und beschäftigungspolitischen Vorstellungen des Regierungsprogramms mit dem Deutschland-Plan weiter konkretisiert.

Gerade in der Wirtschaftskrise wollte die Sozialdemokratie mit dem Deutschland-Plan das Signal senden, dass Vollbeschäftigung in Deutschland möglich ist – wenn man die politischen Weichen klug stellt.



Mit unserem Konzept der ökologischen Industriepolitik können wir Deutschland als starken Industriestandort sichern und zum Ausrüster der Welt mit Technologie für mehr Energie und Ressourceneffizienz werden. Mehr Beschäftigung und eine gerechtere Einkommensverteilung erreichen wir aber nicht, indem wir uns nur auf einen starken Exportsektor verlassen. Darum macht der Plan Vorschläge für eine neue Balance von einem dynamischen Exportsektor und einem starken Binnenmarkt. Gerade in der Gesundheits- und der Kreativwirtschaft stecken noch viele Beschäftigungspotenziale, die gehoben werden können. Dies setzt aber auch voraus, dass wir Rahmenbedingungen schaffen, die es den Beschäftigten in diesen Branchen ermöglichen, Einkommen zu erzielen, von denen sie leben können.

Auch öffentliche Investitionen sind unverzichtbar für eine moderne Infrastruktur und für ein Bildungssystem, das Spitzenleistungen fördert und allen gleiche Chancen sichert. Ein mangelhaftes Bildungssystem kann sich zum Bremsklotz für unser Land entwickeln. Vor allem ist Bildung aber ein Menschenrecht. Darum muss sie kostenfrei sein. Gute Bildung darf auch nicht an Zuständigkeitsgrenzen scheitern. Darum wollen wir hier eine aktive Kooperation zwischen dem Bund und den Ländern sicherstellen.

Eine erfolgreichere und nachhaltigere Wirtschaft braucht neue Spielregeln. Dies gilt insbesondere für die Finanzmärkte. Sie brauchen wieder Maß und klare Regeln. So wollen wir, dass sich die Vergütung der Manager wieder am langfristigen Erfolg der Unternehmen und nicht alleine an der kurzfristigen Rendite ausrichtet. Mit der Mitbestimmung haben wir ein erfolgreiches Modell in Deutschland, das sich auch und gerade in der Krise bewährt hat. Darum wollen wir es weiter stärken.

Die Ideen und Konzepte des Deutschland-Plans waren richtig und sind es auch noch nach der Wahl. Darum haben wir im Leitantrag formuliert, dass der Deutschland-Plan auch weiter eine Richtschnur für unsere Politik bleibt. Da, wo es notwendig ist, wollen wir ihn in der kommenden Zeit weiter entwickeln.

### c) Internationale Solidarität

Die SPD als Friedens- und Europapartei Deutschlands klar zu positionieren – dies war auch in den zurückliegenden zwei Jahren die bestimmende Leitlinie der internationalen Arbeit der SPD und des SPD-Parteivorstandes. Die politische Arbeit des Parteivorstandes erfolgte in enger Abstimmung und Koordination mit der Bundestagsfraktion, der Bundes- und den Landesregierungen sowie dem Europäischen Parlament, der Sozialdemokratischen Partei Europas (SPE) und der Sozialistischen Internationalen (SI). Schwerpunkte der internationalen und europapolitischen Arbeit waren insbesondere:

### **Eine starke, soziale und demokratische Europäische Union**

Als klar pro-europäische Partei hat sich die SPD zusammen mit der SPE und der SPE-Fraktion im Europäischen Parlament auch in den zurückliegenden beiden Jahren für eine starke, demokratische und soziale Europäische Union eingesetzt.

Im Zentrum der politischen Arbeit standen im Berichtszeitraum vor allem die Vorbereitungen und Planungen für die Europawahl im Juni 2009. Hierzu wurde im Frühjahr 2008 eine Steuerungsgruppe Europawahl vom SPD-Präsidium eingesetzt, die die organisatorische und inhaltliche Planung des SPD-Europawahlkampfes vorangetrieben hat. Reisen der Parteiführung nach Brüssel im Frühjahr 2008 dienten der Koordinierung der Wahlkampfplanungen von SPD, der SPD-Gruppe und der SPE-Fraktion im Europäischen Parlament sowie der SPE. Um das soziale Europa frühzeitig als Schwerpunktthema im Europawahlkampf öffentlich herauszustellen, fand im Juni 2008, ein Jahr vor der Europawahl, die SPD-Expertenkonferenz „Das soziale Europa – Zukunftsprojekt der europäischen Sozialdemokratie“ im Willy-Brandt-Haus in Berlin statt. Auf der Europadelegiertenkonferenz im Dezember 2008 wurde Martin Schulz mit einem starken Ergebnis zum SPD-Spitzenkandidaten für die Europawahl gewählt. Zudem wurde das SPD-Europamaneifest angenommen, das klare sozialdemokratische Schwerpunkte für eine starke und soziale EU im 21. Jahrhundert setzt.

Das Ergebnis der Europawahl war ein enttäuschendes für die SPD. Es ist uns nicht gelungen, in der heißen Phase vor der Wahl Themen zu setzen und den Wählern deutlich zu machen, dass die Europawahl eine Richtungsentscheidung ist. Die niedrige Wahlbeteiligung muss allen demokratischen Parteien zu denken geben. Als Konsequenz aus dieser Entwicklung schaffen wir nun die Position eines Beauftragten des Parteivorstands für die Europäische Union in der engeren Parteiführung. In Zusammenarbeit mit der deutschen Gruppe der SPE-Fraktion wird außerdem die Betreuung von Regionen und Landesverbänden ohne Vertretung im Europäischen Parlament zu klären sein.

### **Eine vorausschauende Friedenspolitik zur umfassenden Lösung von Konflikten**

Die SPD hat das deutsche Engagement für Sicherheit und Wiederaufbau in Afghanistan fortgeführt und dabei auf einen umfassenden politischen und entwicklungspolitischen Ansatz gesetzt. Die SPD unterstützte die Bemühungen der Bundesregierung, die Afghanistan-Strategie zu überarbeiten, um den Aufbau der Infrastruktur, des Bildungs- und Gesundheitswesens sowie Projekte des kulturellen Dialogs noch stärker zu fördern. Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier hat im September 2009 mit einem 10-Punkte-Plan die notwendigen Schritte deutlich gemacht, um in der nächsten Legislaturperiode die Grundlage für einen Abzug der Bundeswehr aus Afghanistan zu schaffen.

Im Nahen Osten hat sich die SPD für eine Neubelebung des Friedensprozesses eingesetzt und entsprechende Initiativen von Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier unterstützt. Die Perspektiven für einen fairen Frieden in der Gesamtregion wurden in zahlreichen hochrangigen Begegnungen zwischen SPD und den Schwesterparteien in Israel und Palästina diskutiert, so auch bei Besuchen des SPD-Generalsekretärs in der Region. In Zusammenarbeit mit dem UN-Hilfswerk für Palästina-Flüchtlinge im Nahen Osten (UNRWA) besichtigte Hubertus Heil im Februar 2009 im Gaza-Streifen die im Krieg zerstörte Region Izbet Abed Rabbo. Der SPD-Generalsekretär informierte sich als vor Ort über die humanitäre Lage nach den jüngsten militärischen Auseinandersetzungen.

Unsere jahrelangen Bemühungen, die Fatah zu ermutigen, einen Parteitag durchzuführen, hatten im Herbst 2009 Erfolg. Aus Anlass des 60jährigen Jubiläums der israelischen Staatsgründung richteten die SPD und die SPD-Bundestagsfraktion im März 2008 eine Festveranstaltung aus, an der hochrangige Delegationen von Arbeitspartei und Meretz-Yahad aus Israel teilgenommen haben.

### **Eine starke Politik für internationale Abrüstung und Rüstungskontrolle**

Anknüpfend an Initiativen aus den Vorjahren ist es im Berichtszeitraum im Zusammenwirken von Partei, Regierung, Bundestagsfraktion und der SPE im Europaparlament gelungen, das Thema Abrüstung international weiter in den Vordergrund zu rücken und für eine neue Entspannungspolitik zu werben. Auf maßgebliche Initiative von Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier konnte mit der Unterzeichnung des internationalen Abkommens zum Verbot von Streumunition im Dezember 2008 in Oslo ein Meilenstein im Bereich der konventionellen Abrüstung erreicht werden.

Innerhalb der Sozialistischen Internationale (SI) hat sich die SPD erfolgreich für die Einrichtung eines SI-Abrüstungskomitees eingesetzt, zu dessen Vorsitzenden Rolf Mützenich, MdB, gewählt worden ist. Die konstituierende Sitzung des SI-Abrüstungskomitees fand im April 2009 im Willy-Brandt-Haus in Berlin statt.

### **Eine gerechte Gestaltung der Globalisierung**

Eine globale Partnerschaft für nachhaltige Entwicklung braucht eine politische Globalisierung mit fairen, sozialen und ökologischen Regeln. Genauso wichtig ist das Engagement für die Ärmsten und das Erreichen der Millenniums-Entwicklungsziele bis zum Jahr 2015. In einer Vielzahl von Veranstaltungen mit der Vorsitzenden des Forums Eine Welt, Heidemarie Wiczorek-Zeul, sowie in den regionalen Foren Eine Welt, die es mittlerweile in 14 der 16 Bundesländer gibt, wurden Lösungen für die großen internationalen Herausforderungen unserer Zeit diskutiert. Die 100. Ausgabe des Nord-Süd Info-Dienstes, seit 31 Jahren das entwicklungspolitische

Informationsblatt des SPD-Parteivorstandes, wurde durch eine Jubiläumsnummer gewürdigt.

### **Eine aktive Menschenrechtspolitik**

Der seit 2006 unter der Leitung von Prof. Dr. Herta Däubler-Gmelin bestehende Gesprächskreis Menschenrechte beim SPD-Parteivorstand hat seine intensive Arbeit mit allen relevanten Akteuren dieses Politikbereichs aus Parlament, Menschenrechtsorganisationen, Kirchen, Wissenschaft, Gewerkschaften und Ministerien fortgeführt. Das Jahr 2008 ragte für die Menschenrechtspolitik mit dem Jubiläum 60 Jahre Allgemeine Erklärung der Menschenrechte hervor. Anlässlich dieses Jubiläums veröffentlichte der Parteivorstand die Schriftenreihe „Gerechtigkeit durch Recht“. Darüber hinaus fanden zahlreiche Veranstaltungen zum Thema Menschenrechte und Sozialdemokratie statt, darunter der Festakt „Gerechtigkeit durch Recht“ am 1. Dezember 2008 in Berlin.

Den Menschenrechts- und Sicherheitsdialog mit der Kommunistischen Partei Chinas führte die SPD mit dem Ziel fort, zu einer praktischen Verbesserung der Menschenrechtslage in China zu kommen.

### **Internationale und europäische Parteeinzusammenarbeit**

Die SPD hat sowohl auf europäischer als auch internationaler Ebene die bilaterale wie multilaterale Parteeinzusammenarbeit weiter intensiviert.

Die Beziehungen zur Demokratischen Partei in den USA wurden weiter ausgebaut; am Wahlparteitag der Demokratischen Partei im August 2008 in Denver nahm eine SPD-Delegation unter Führung von Generalsekretär Hubertus Heil teil. Die Reihe sozialdemokratischer Wahlsiege in Lateinamerika im Berichtszeitraum verlieh auch dem traditionell intensiven Engagement der SPD in dieser Region neue Dynamik. Im Mai 2008 wurde das SPD-Lateinamerika-Strategiepapier „Lateinamerika - Europa: Gemeinsame Verantwortung und Zukunft“ anlässlich einer Konferenz im Willy-Brandt-Haus veröffentlicht, das für den verstärkten Dialog mit den neuen demokratischen und linken Kräften plädiert. Der bilaterale Parteeindialog zwischen SPD und ANC wurde zu einem regelmäßigen Vier-Parteien-Dialog der SPD mit den in ihren jeweiligen Ländern ebenfalls regierenden Partnerparteien ANC, der indischen Kongresspartei (INC) und der brasilianischen Partei der Arbeit (PT) erweitert. Im europäischen Rahmen nahmen die Beziehungen zu den Schwesterparteien in Mittel- und Osteuropa sowie in den Staaten des westlichen Balkans einen besonderen Stellenwert ein.

### **Sozialdemokratische Partei Europas (SPE)**

Die SPD setzte sich weiter dafür ein, die SPE als starke politische Kraft für sozialen und demokratischen Fortschritt in Europa und prägenden Akteur im politischen Ent-

scheidungsprozess der EU zu etablieren. Im Zusammenhang mit der internationalen Wirtschafts- und Finanzkrise waren es die SPE und die SPE-Fraktion im Europäischen Parlament unter Führung von Martin Schulz, die die politische Initiative ergriffen und sich nachdrücklich für klare und umfassende Regeln auf den Finanzmärkten eingesetzt haben.

Mit Blick auf die Europawahl im Juni 2009 hat die SPD die Ausarbeitung eines inhaltlich dichten gemeinsamen Manifestes der europäischen Sozialdemokraten frühzeitig aktiv vorangetrieben. Im Rahmen einer Kernarbeitsgruppe der SPE für das Manifest hat der damalige SPD-Vorsitzende Kurt Beck die Federführung für den thematischen Schwerpunkt „Das neue soziale Europa“ übernommen und hierzu konkrete inhaltliche Vorschläge in den Manifestprozess eingebracht. Das SPE-Manifest für die Europawahl wurde schließlich auf einer SPE-Ratssitzung am 1./2. Dezember 2008 in Madrid angenommen. Im gemeinsamen SPE-Manifest konnte die SPD wesentliche politische Positionen durchsetzen, so etwa die Forderung nach einem europäischen sozialen Stabilitätspakt.

An der SPE-Ratssitzung sowie einem vorausgehenden Treffen der sozialdemokratischen Regierungschefs und Parteiführer auf Einladung des spanischen Ministerpräsidenten José Luis Zapatero nahmen für die SPD der SPD-Vorsitzende Franz Müntefering, Außenminister Frank-Walter Steinmeier sowie Martin Schulz als Vorsitzender der Sozialdemokratischen Fraktion im Europäischen Parlament teil. Beim Treffen der sozialdemokratischen Regierungschefs und Parteiführer erläuterte Frank-Walter Steinmeier zudem seinen kurz zuvor vorgestellten „Europäischen Zukunftspakt für Arbeit“ mit konkreten Vorschlägen für eine gemeinsame europäische Antwort auf die Wirtschaftskrise. Wesentliche Elemente des Zukunftspakts für Arbeit, der unter den sozialdemokratischen Parteiführern auf große Zustimmung stieß, fanden anschließend Eingang in das im Dezember von den EU-Staats- und Regierungschefs vereinbarte Programm der EU zur Bewältigung der Krise.

Ein wichtiges SPD-Anliegen bleibt die weitere innere Demokratisierung der SPE. Wir sehen in der SPE nicht nur ein Bündnis von Schwesterparteien. Zu einer echten Europäischen Partei wird die SPE, indem sie sich auf die Individualmitgliedschaft aller Genossinnen und Genossen in Europa bezieht. Damit muss die wechselseitige Anerkennung der Parteimitgliedschaften unter den Schwesterparteien verbunden sein. Das Antragsrecht zum SPE-Kongress sollte verbreitet werden.

### **Sozialistische Internationale (SI)**

Im Berichtszeitraum fand der 23. Kongress der Sozialistischen Internationale, das höchste Gremium der SI, vom 30. Juni–2. Juli 2008 in Athen statt. Rund 600 Delegierte aus über 140 Ländern diskutierten intensiv die Klima- und Energiepolitik,

Friedenspolitik, Gestaltung der Globalisierung und eine humane Migrationspolitik. Mit dem SPD-Vorsitzenden Franz Müntefering und Martin Schulz als Vorsitzenden der SPE-Fraktion im Europäischen Parlament stellt die SPD zwei SI-Vizepräsidenten. Der Kongress beschloss auch die Einsetzung von zwei Komitees unter SPD- Vorsitz: Rolf Mützenich leitet das neu eingerichtete SI-Abrüstungskomitee und Christoph Zöpel weiterhin das Komitee für Wirtschaft, Arbeit und natürliche Ressourcen. Bundesumweltminister Sigmar Gabriel arbeitete in der hochrangig besetzten SI-Kommission für eine nachhaltige Weltgesellschaft mit, die im Vorfeld des Weltklimagipfels in Kopenhagen weitreichende Vorschläge für eine ambitionierte globale Klimapolitik vorgelegt hat.

Mittlerweile zählt die SI 170 Mitglieder aus allen Kontinenten. Schon dieser enorme Mitgliederzuwachs macht es notwendig, die Sozialistische Internationale zu reformieren, ein Prozess, der von der SPD aktiv vorangetrieben und mit gestaltet wird.

### **Auslandsortsvereine und Freundeskreise**

Mit der Gründung weiterer Auslandsfreundeskreise zieht die SPD auch im Ausland weitere Mitglieder und Unterstützerinnen und Unterstützer an. Klangvolle Beispiele sind unsere Auslandsortsvereine Brüssel, Luxemburg, Südafrika sowie die Freundeskreise in Bukarest, Jerusalem, Oslo, London, Paris, Peking, Prag, Tokio und Wien. Ende 2008 fand das erste Treffen der Sprecher und Vorsitzenden der Auslandsfreundeskreise in Berlin statt, auf dem die Auslandsrichtlinie weiter entwickelt wurde. Weitere Treffen werden folgen, um die Integration und Anbindung der SPD Mitglieder im Ausland zu verbessern.

## **3. Starke Demokratie**

### **a) 20 Jahre Sozialdemokratie im Osten**

In diesen Wochen erinnern sich Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten in Ost und West an die Gründung der SDP im Jahr 1989. In Schwante formulierten mutige Frauen und Männer eine friedliche Kampfansage an das Honecker-Regime. Indem sie die Zwangsvereinigung von SPD und KPD rückgängig machten, stellt sie die Legitimation der Staatspartei SED und das ganze politische System der DDR in Frage. In der Wendezeit war die junge ostdeutsche Sozialdemokratie eine ganz entscheidende Trägerin der friedlichen Revolution. Sie gestaltete und prägte den Aufbau von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit an Runden Tischen, in der frei gewählten Volkskammer und in den neu entstehenden Bundesländern.

Seit dieser Zeit sind nun 20 Jahre vergangen: Wesentlich programmatische Impulse verdankt die Gesamtpartei ihren ostdeutschen Landesverbänden. Das gilt z.B. für

das Konzept des Vorsorgenden Sozialstaats ebenso wie für unseren Weg zu einer umfassenden und qualitativ hochwertigen Kinderbetreuung. Die Ost-SPD und ihre Abgeordneten, Regierungsmitglieder, Bürgermeisterinnen und Bürgermeister haben tausendfach Verantwortung übernommen. In fünf von sechs Bundesländern im Osten regiert die SPD.

Dennoch stehen wir in den neuen Ländern auch heute noch vor großen organisationspolitischen Problemen, die sich insbesondere an geringerer Finanzkraft und niedrigerem Organisationsgrad zeigen. Die Bundespartei hat daher bereits im Mai 2007 beschlossen, den Arbeitsstab Ostdeutschland einzurichten. Ziel war es, die ostdeutschen Landesverbände zu unterstützen, um die öffentliche Präsenz der SPD vor Ort zu stärken, die Kampagnenfähigkeit zu verbessern und die Vernetzung der Landesverbände und Mandatsträger mit der Bundespartei zu intensivieren. Der Arbeitsstab Ostdeutschland hat einen wichtigen Beitrag zur Organisationsentwicklung und zur Wahlkampfunterstützung in den Neuen Ländern geleistet. Bei der Formulierung unserer künftigen Strategie sollten wir weiterhin großen Wert auf die enge und vertrauensvolle Zusammenarbeit mit den Landesgeschäftsführern der jungen SPD-Landesverbände legen.

#### **b) Wehrhafte Demokratie – Kampf gegen Rechtsextremismus**

Der Arbeitsstab Starke Demokratie wurde im April 2009 neu eingerichtet. Das Aufgabengebiet des Arbeitsstabes teilt sich in die Bereiche Bekämpfung Rechtsextremismus, Antisemitismus und Rassismus sowie Stärkung der Demokratie.

Im Bereich Rechtsextremismus, Antisemitismus und Rassismus wurden Argumentationstrainings gegen rechtsextreme Parolen am Infostand für die Teams der Roten Busse im WBH und auch in den jeweiligen Landesverbänden durchgeführt. Referenten des Willy-Brandt-Hauses waren in verschiedenen Ortsvereinen und auch auf internationalen Konferenzen zu den Thematiken eingeladen. Schwerpunkte der Diskussionsveranstaltungen waren Handlungsempfehlungen und Umgang mit der NPD in den Parlamenten, Auseinandersetzung mit rechtsextremen Einstellungen in der Gesellschaft sowie Konfrontationen mit dem alltäglichen Rassismus und Antisemitismus, daraus folgend Handlungsempfehlungen, um diesen entgegenzuwirken. Ein weiterer Schwerpunkt ist die Zusammenarbeit und der regelmäßige Austausch mit Bündnispartner/innen auf diesem Gebiet, z.B. Friedrich-Ebert-Stiftung, Anne-Frank-Zentrum, Amadeu Antonio Stiftung, American Jewish Committee, AWO, Gewerkschaften etc.. Im Wahlkampf wurden verschiedene Veranstaltungen organisiert, durchgeführt und nachbereitet, z. B. in Pirna und Leipzig.

Im Bereich „Starke Demokratie“ bereitet der Arbeitsstab die Themen „bürgerschaftliches Engagement“, „Politik-, Parteien- und Demokratieverdrossenheit“ sowie „Partizipatorische/Direkte Demokratie“ auf.

## 4. Gesellschaftliche Bündnisse und Zielgruppenarbeit

### a) Befreundete Organisationen

Im Berichtszeitraum fanden unter Leitung des Parteivorsitzenden und des Generalsekretärs regelmäßig Gespräche mit den Vorfeldorganisationen der sozialdemokratischen Bewegung statt. Jährlich wurden die Bundesvorsitzenden und Bundesgeschäftsführer zu einem gemeinsamen Meinungsaustausch eingeladen. Darüber hinaus gab es bilaterale Gespräche mit dem Bundesvorstand des ASB und zwischen dem Präsidium der Partei und dem Präsidium der Arbeiterwohlfahrt. Dies war das erste Gespräch auf dieser Ebene seit 1933.

Die Vorfeldarbeit ist weiterhin eine wichtige Aufgabe. Über viele Jahre wurde diese vernachlässigt, was teilweise zu einer Entfremdung geführt hat. Die befreundeten Organisationen und die Vorfeldorganisationen verfügen über viele Mitglieder und über viele Erfahrungen, die stärker gebündelt werden müssen.

Durch eine engere Zusammenarbeit kann die sozialdemokratische Bewegung insgesamt nur profitieren. Es ist deshalb ratsam, die Zusammenarbeit auch auf Landes-, Bezirks- und örtlicher Ebene zu verstärken.

### b) Gewerkschaften

Der Parteivorstand hat auf die enge Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften großen Wert gelegt. Der Gewerkschaftsrat ist zum regelmäßigen Meinungsaustausch zusammen gekommen. Der Parteivorstand hat auf den in den Berichtszeitraum fallenden Gewerkschaftstagen der IG Metall, der NGG und von ver.di jeweils Parteiabende durchgeführt. Die Gewerkschaften sind in den wichtigen arbeits- und sozialpolitischen Projektgruppen des Parteivorstands (etwa zur Regulierung der Leiharbeit und zur Arbeitsversicherung) vertreten.

SPD und Gewerkschaften hatten in zentralen gesellschaftspolitischen Fragen große Übereinstimmung. Dies betrifft insbesondere unsere Vorstellung von Guter Arbeit und die Positionen zur Regulierung der Finanzmärkte. Auf der Grundlage des gemeinsamen Beschlusses im Gewerkschaftsrat wurde unsere Kampagne für Mindestlöhne durchgeführt. Mit der Reform des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes und des Mindestarbeitsbedingungengesetzes haben wir die Voraussetzungen für Mindestlöhne für über drei Millionen Beschäftigte geschaffen. Der gesetzliche Mindestlohn bleibt ein zentrales Ziel unseres Handelns. Mit den Gewerkschaften haben wir auch eine gemeinsame Position zur Bekämpfung des Missbrauchs der Leiharbeit formuliert. Wir wollen das Prinzip „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ endlich durchsetzen.



c) Partnerschaft mit den Kirchen

**Arbeitskreis Christinnen und Christen in der SPD**

Informelle Zusammenschlüsse von Christinnen und Christen auch auf Bundesebene gab es schon lange. Das 1973 beim Parteivorstand eingerichtete Kirchenreferat bot für Christinnen und Christen in der SPD die Plattform für eine Vernetzung in Form von (zunächst konfessionell getrennten) Arbeitskreisen, die den Austausch christlicher SozialdemokratInnen förderten, den Dialog mit den Kirchen durch Tagungen und Projekte gestalteten und die Arbeit des Parteivorstandes bei Kirchen- und Katholikentagen unterstützten. Ziel war stets, Vertrauen (insbesondere innerhalb der katholischen Kirche) aufzubauen und die Verständigung zwischen Sozialdemokratie und den verschiedenen Bereichen kirchlichen Lebens zu fördern. In Respekt vor der jeweiligen Eigenständigkeit ging es darum, für sozialdemokratische Positionen in den Kirchen zu werben und kirchliche Sichtweisen in sozialdemokratischer Politik einzubringen.

Aus dem öffentlichen Interesse für das Thema Religion, der „Normalisierung“ des Verhältnisses von Sozialdemokratie und Kirchen sowie der Erwartung einer Transparenz von Strukturen im Internet erwuchs in den letzten Jahren das Anliegen, dem Engagement von religiös motivierten Menschen in der Sozialdemokratie auch öffentlich Gesicht und Stimme zu geben.

Diesem Wunsch entsprach der Parteivorstand im Januar 2008. Bei seiner Auftaktklausur erkannte er den Zusammenschluss von Christinnen und Christen in der SPD als „Arbeitskreis Christinnen und Christen in der SPD“ (AKC) und den im September 2006 auf Initiative von Peter Feldmann (Frankfurt a.M.) und Sergey Lagodinsky (Berlin) konstituierten „Arbeitskreis Jüdischer Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten“ (AKJS) offiziell als Arbeitskreise an.

Nachdem der Parteivorstand bei seiner Auftaktklausur im Januar 2008 den AKC offiziell als Arbeitskreis der Partei anerkannt hat, beschlossen die in dem auf Bundesebene aktiven Kreis zusammen geschlossenen Christinnen und Christen in der SPD auf ihrer Klausurtagung im April 2008 nach mehrjährigem intensivem Dialogprozess eine veränderte Struktur. Mit der Wahl eines Sprecherkreises gaben sie Christinnen und Christen in der SPD erstmals eine nach außen erkennbare Vertretung. Gewählt wurden Kerstin Griese, Kirchenbeauftragte der SPD-Bundestagsfraktion und Mitglied der Synode der EKD, Oberstudiendirektor Benno Haunhorst, Leiter des Bischöflichen Gymnasiums in Hildesheim, Dietmar Kehlbreier, evangelischer Pfarrer in Westfalen, und Bundestagsvizepräsident Wolfgang Thierse, Mitglied im Zentralkomitee der deutschen Katholiken. Dagmar Mensink, Referentin für Kirchen und Religionsgemeinschaften beim Parteivorstand und ebenfalls ZdK-Mitglied wurde als Geschäftsführerin

des Arbeitskreises durch Wahl bestätigt. Ferner soll künftig ein Beirat aus bekannten Persönlichkeiten, die in besonderer Weise die Verbindung zwischen SPD und Kirchen repräsentieren, die Arbeit beratend unterstützen.

Eine formale Mitgliedschaft qua Religionszugehörigkeit gibt es im AKC nicht, auch künftig wird in der SPD niemand gefragt, ob er oder sie religiös gebunden ist. Wer als SozialdemokratIn christlich engagiert ist und Interesse hat, die Beziehungen zwischen Kirchen und SPD konzeptionell mitzugestalten, ist zur Mitarbeit eingeladen. Die Arbeit auf Bundesebene basiert auf dem Engagement von zum Teil seit Jahrzehnten etablierten Dialogkreisen zwischen SPD und Kirchen in der Fläche; diese Regionalgruppen sollen zu einem intensiven Netzwerk verbunden werden.

Eine offene Tagung in Zusammenarbeit mit der SPD-Bundestagsfraktion bietet einmal jährlich ein herausragendes Dialogangebot zu konkreten politischen Fragen, eine anschließende Klausurtagung gibt Gelegenheit zu internen Beratungen.

Die Ziele des AKC sind klar: Es geht darum, die inhaltlichen Aktivitäten künftig strukturell noch stärker als bisher zu bündeln, die Vernetzung von Christinnen und Christen in der Partei gezielter zu fördern und die Kontakte in die Diözesen und Landeskirchen, zu Verbänden, Initiativen und Einzelpersonen weiter zu verstärken – ohne dabei die freie Partnerschaft zwischen Kirche und Partei zu verletzen. Grundlegend ist die Überzeugung, dass wesentliche Prinzipien der christlichen Soziallehre, der christlichen Anthropologie und Ethik, mit den Grundlagen der Sozialdemokratie übereinstimmen – allen voran die Verbindung der Grundwerte Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität. Diese Übereinstimmung gilt es in der konkreten politischen Arbeit fruchtbar zu machen.

Zu den Höhepunkten der Aktivitäten eines Jahres gehört das Engagement bei Kirchen- und Katholikentagen. Viele SozialdemokratInnen gestalten das inhaltliche Programm mit. Der AKC sucht – in bewährter Kooperation mit der Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen (AFS) – das direkte Gespräch mit KirchentagsbesucherInnen an einem Stand auf dem „Markt der Möglichkeiten“. Immer wieder kommt es zu intensiven Gesprächen – auch mit führenden PolitikerInnen der SPD, die sich Zeit für einen Standbesuch nehmen. Wir waren vertreten auf dem Deutschen Evangelischen Kirchentag in Köln 2007, dem Katholikentag in Osnabrück 2008 und dem Deutschen Evangelischen Kirchentag in Bremen 2009.

Der Vorteil der neuen Struktur, mit einem Sprecherkreis öffentlich präsent sein zu können, zeigte sich auch im Bundestagswahlkampf. Die Broschüre „Für eine neue Epoche des WIR statt des ICH. 10 gute Gründe für Christinnen und Christen zur Wahl einer sozialen und demokratischen Politik“, die Kernpunkten aus dem Regierungsprogramm der SPD Positionen und Forderungen gegenüber stellt, die in den

Kirchen diskutiert werden, fand ein großes Echo. Das Interesse an der Verbindung zwischen sozialdemokratischer Politik und kirchlichen Zielen ist breit und wird auch medial aufmerksam verfolgt. Hier liegt ein großes Potenzial, das auch gegen sich abzeichnende gesellschaftliche Leitlinien der schwarz-gelben Bundesregierung stark zu machen ist.

### **Arbeitskreis Jüdischer Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten**

Die offizielle Anerkennung des Arbeitskreises durch den Parteivorstand erfolgte bei der Auftaktklausur des PV im Januar 2008, bei der dieser beschloss, die bisher informellen Zusammenschlüsse „Arbeitskreis Christinnen und Christen in der SPD (AKC)“ und „Arbeitskreis Jüdischer Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten (AKJS)“ als Arbeitskreise der Partei anzuerkennen.

Mit der Gründung des AKJS organisierten sich Juden zum ersten Mal seit der Machtübernahme der Nazis institutionell innerhalb einer Partei in Deutschland. Im Berichtszeitraum 2007 bis 2009 hat sich der Arbeitskreis als wichtige sozialdemokratische Stimme in der Öffentlichkeit etabliert. Es sei kein Zufall, so die Sprecher, dass sich der erste Arbeitskreis von Jüdinnen und Juden ausgerechnet in der SPD gegründet hat. Bewusst verweisen die Mitglieder auf die starke Tradition von Juden und Jüdinnen von der Gründungsgeschichte der SPD bis in die Gegenwart.

Der AKJS versteht sich heute als Zusammenschluss von Jüdinnen und Juden, die sich mit der SPD identifizieren und ihre jüdische Perspektive in die innerparteiliche Diskussion einbringen. Die Anliegen, in denen er sich engagiert, umfassen ein breites Spektrum.

Außenpolitisch will der AKJS vor allem die Transatlantische Position innerhalb der Partei stärken. Er steht solidarisch an der Seite Israels, versteht sich aber nicht als eine Lobbygruppe für Israel innerhalb der Partei. Er unterstützt die Suche nach neuen Wegen, eine zukunftsfähige Israel-Politik Deutschlands und der SPD zu formulieren.

Der AKJS setzt auch innenpolitische Schwerpunkte. Der Arbeitskreis will den gesellschaftlichen Diskurs über das Judentum positiv begleiten, aber auch auf ungelöste Probleme deutlich hinweisen. Zu diesen zählen unter anderem die Anerkennung von Hochschulabschlüssen und Diplomen sowie die Rentenproblematik der meist aus der ehemaligen Sowjetunion zugewanderten Juden. Der Blick geht aber auch über die jüdische Gemeinschaft hinaus. So zeigte sich der Arbeitskreis in einer veröffentlichten Presseerklärung im Mai 2007 besorgt über Ressentiments gegenüber Muslimen, die durch den Bau von Moscheen in Deutschland hervorgerufen werden. Ein Recht auf den Bau von religiösen Einrichtungen müsse aufgrund der Religionsfreiheit auch den Muslimen im Rahmen der baurechtlichen Grenzen zustehen.

Der AKJS wächst; der Zusammenschluss auf Bundesebene wird inzwischen durch Gründung von Regionalgruppen ergänzt. Die erste erfolgte im Juni 2008 in Berlin/Brandenburg, es folgten Frankfurt a.M., Koblenz und Schleswig-Holstein.

#### d) Arbeitsgruppen, Arbeitskreise, Foren und Kommissionen in der SPD

##### **Arbeitskreis ehemaliger politischer Häftlinge der SBZ/DDR**

Der Arbeitskreis ehemaliger politischer Häftlinge der SBZ/DDR beschäftigte sich in Seminaren und Zeitzeugengesprächen mit der Erinnerung und Aufarbeitung der Geschichte der Verfolgung von Sozialdemokraten und Sozialdemokratinnen in der DDR. Die Weitergabe dieser Erinnerung an die nachfolgenden Generationen bleibt das Ziel des Arbeitskreises.

Am 14. September 2009 verstarb der langjährige Vorsitzende des Arbeitskreises ehemaliger politischer Häftlinge, Hans-Joachim Helwig-Wilson, in Berlin.

##### **Arbeitskreis ehemals verfolgter Sozialdemokraten**

Die langjährige Vorsitzende der AvS, Susanne Miller, starb am 1. Juli 2008. Seitdem fungiert Lothar Tautz als kommissarischer Vorsitzender des AvS. Seminare und Vorstandssitzungen fanden in diesem Zeitraum nicht statt.

##### **Forum Kinder und Familie**

Das frühere Forum Kinder, Jugend und Familie hat sich 2008 als Forum Kinder und Familie neu konstituiert und wurde durch weitere Vertreterinnen und Vertreter aus Wissenschaft und Verbänden verstärkt. Es versteht sich weiterhin als Kompetenznetzwerk von Expertinnen und Experten, das den regelmäßigen Austausch von Politik, Wissenschaft, Wirtschaft und Verbänden anstrebt.

Schwerpunktmäßig hat sich das Forum seit dem letzten Bundesparteitag mit der Vereinbarkeit von Familie und Beruf beschäftigt. Dabei wurden wie bisher die turnusmäßigen Sitzungen in Berlin durch dezentrale Veranstaltungen mit Fachpublikum und Presse ergänzt, wie z. B. eine Veranstaltung zu Familienfreundlichkeit in der Arbeitswelt oder zu „Work-Life-Balance und Familienfreundlichkeit in Betrieben und Unternehmen“.

Im Jahr 2009 hat sich das Forum dann mit Blick auf die Bundestagswahl die Aufnahme der Kinderrechte ins Grundgesetz als Schwerpunkt gesetzt. Dazu wurde zunächst ein nicht-öffentliches Verbändegespräch mit Vertreterinnen und Vertretern des „Aktionsbündnis Kinderrechte“ – UNICEF, Deutscher Kinderschutzbund und Deutsches Kinderhilfswerk –, also dem wichtigsten Bündnispartner in dieser Frage, geführt. Im Juni 2009 folgte dann die öffentliche Veranstaltung im Willy-Brandt-Haus „Mehr

Rechte für Kinder – Was kann die Aufnahme von Kinderrechten ins Grundgesetz bewirken?“. Expertinnen und Experten aus Politik, Wissenschaft und Verbänden bilanzierten das seit 1998 bereits Erreichte und trugen die wesentlichen Argumente für eine Grundgesetzergänzung zusammen: Von besseren Möglichkeiten beim Kinderschutz bis hin zu erschwerten Klagen wegen „Kinderlärm“.

### **Forum Nachhaltigkeit**

Das Forum Nachhaltigkeit, Energie und Mobilität wird seit 2008 als Forum Nachhaltigkeit unter der Leitung von Sigmar Gabriel und Ulrich Kelber fortgeführt. Die zentrale Aufgabe liegt darin, das im Hamburger Programm verankerte Prinzip der Nachhaltigkeit in sozialdemokratische Politik zu übertragen. Das Forum ist eine Plattform, um sowohl innerhalb der Partei als auch im Dialog zwischen Partei und gesellschaftlichen Gruppen sozialdemokratische Antworten auf die ökologischen Herausforderungen der Zukunft zu entwickeln, voranzutreiben und so das umweltpolitische Profil der Partei zu stärken.

Dies spiegelt sich auch in der personellen Besetzung des Forums. Neben den Genossinnen und Genossen aus dem Bundes- und den Landesparlamenten sind zahlreiche Verbände und NGOs im Forum vertreten.

Schwerpunkte der Forumssitzungen waren die Themen UN-Naturschutzgipfel, Biodiversität, Atompolitik, Soziale Gerechtigkeit und nachhaltige Wirtschaft, Fahrradpolitik und Bioenergie.

Im ersten Quartal 2009 lag der Schwerpunkt auf der Erarbeitung von Anträgen zum Regierungsprogramm. Diese sind in das Programm in den Bereichen Umwelt, Energie, Verbraucherpolitik und Landwirtschaft eingeflossen.

Um dem Bereich Mobilität einen breiteren Raum zu geben, fasste das Forum Nachhaltigkeit in der Sitzung 12. November 2008 den Beschluss, eine beim Forum Nachhaltigkeit angesiedelte Arbeitsgruppe „nachhaltige Mobilität“ einzurichten. Mit dieser Arbeitsgruppe wurde dem Leitantrag "Unser Weg in die ökologische Ökonomie – Für einen New Deal von Wirtschaft, Umwelt und Beschäftigung" Rechnung getragen. Die umweltverträgliche und bezahlbare Gestaltung der gesellschaftlich und wirtschaftlich notwendigen Mobilität stand dabei im Mittelpunkt. Die hier erarbeiteten Positionen und Handlungsvorschläge wurden im Regierungsprogramm in dem Bereich Nachhaltige Mobilität aufgenommen.

### **Forum Wirtschaft**

Oberstes Ziel des Forums unter der Leitung von Peer Steinbrück ist es, die wirtschaftspolitische Kompetenz der SPD zu stärken und zudem ein Netzwerk aufzubauen,

das Politik, Unternehmen, Gewerkschaften und Wissenschaft bei diesem Thema zusammenführt.

Das Forum trägt dazu bei, nach außen sichtbar einen Dialog mit Wirtschafts-, Gewerkschafts- und Wissenschaftsvertretern zu führen und so das Kompetenzfeld Wirtschaftspolitik stärker zu besetzen. Das Forum dient auch dazu, neue Impulse und Ideen für die Wirtschaftspolitik der SPD zu erarbeiten und zugleich die wirtschaftspolitischen Diskussionen innerhalb der SPD einem breiteren Publikum (Wirtschaftsjournalismus, Wissenschaft, Unternehmern, Gewerkschaften, interessierte Öffentlichkeit) zugänglich zu machen. Das Forum leistete auch einen Beitrag für die Grundsatzprogrammdiskussion. Das Forum lieferte Ideen und Konzepte; u.a. einen wichtigen Beitrag zum Impulspapier „Neue Werte schaffen“.

Als Handlungsfelder standen drei Themen im Mittelpunkt: Internationale Erfahrungen wachstumsorientierter Wirtschaftspolitik, strategische und nachhaltige Wachstumspolitik sowie faire Regeln für einen fairen Wettbewerb.

### **Forum Bildung**

Das Forum Bildung hat seit 2007 einen kontinuierlichen Diskussionsprozess mit BildungsexpertInnen und aus den unterschiedlichen gesellschaftlichen Bereichen organisiert. Es lieferte dadurch wichtige Impulse für die bildungspolitische Debatte der SPD. Ihm gehören rund 45 Fachleute aus Wissenschaft, Verbänden, Gewerkschaft und Politik an. Den Vorsitz haben Doris Ahnen, Ulla Burchardt sowie Christoph Matschie.

Das Forum hat den SPD-Parteivorstand in bildungspolitischen Fragen beraten mit dem Ziel, gemeinsam Wege zu einem zukunftsfesten Bildungssystem zu entwickeln, das kein Kind zurück lässt und die Voraussetzungen für Leben begleitendes Lernen schafft. Dabei wurden alle Facetten des Bildungssystems in den Blick genommen – von der frühkindlichen Förderung über Schule, Hochschule und berufliche Ausbildung bis zur Weiterbildung.

Neben den Plenartreffen hat das Forum Bildung in zwei Arbeitsgruppen intensiv zu den Themen „Zukunft der Beruflichen Bildung“ (Leitung Ulla Burchardt) sowie „Qualität der Lehre an den Hochschulen“ (Leitung Christoph Matschie) gearbeitet.

Im Sommer 2008 hat das Forum Bildung bildungspolitische Positionen unter dem Titel „Aufstieg durch Bildung – Chancengleichheit und wirtschaftlicher Wohlstand“ erarbeitet. In seiner Sitzung am 1. September 2008 beschloss der SPD-Parteivorstand dieses Bildungskonzept. Es enthielt grundlegende bildungspolitische Positionen. Der vom Forum Bildung vorbereitete Beschluss „Aufstieg durch Bildung“ legte die

inhaltliche Grundlage für die Erarbeitung des bildungspolitischen Kapitels des SPD-Regierungsprogramms.

### **Wissenschaftsforum der Sozialdemokratie**

Das Wissenschaftsforum hat unter der Leitung von Edelgard Bulmahn den Dialog Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler und der SPD organisiert. Zwischen den ordentlichen Parteitag in Hamburg (2007) und Dresden (2009) hat das Wissenschaftsforum zwei Ausgaben der Zeitschrift „Wissenschaftsnotizen“ veröffentlicht. Die Wissenschaftsnotizen greifen aktuelle Debatten aus Forschung und Entwicklung auf und setzen dabei pro Ausgabe ein Schwerpunktthema. So beleuchtete die Ausgabe 23 das Thema „Wissenschaftlicher Nachwuchs“, die darauf folgende Ausgabe dokumentierte die Ergebnisse des Kongresses „Die Hochschulen – Kraftzentren einer modernen Wissensgesellschaft“.

Um den Diskurs zwischen Politik und Wissenschaft zu fördern, lädt das Wissenschaftsforum regelmäßig zu sogenannten Impulsabenden ein. Unter dem Stichwort „Wissenschaftsimpuls“ werden 30 bis 40 Experten aus unterschiedlichen Gesellschaftsbereichen eingeladen, um ein konkretes wissenschaftspolitisches Thema zu diskutieren. Im Berichtszeitraum fanden Wissenschaftsimpulse u.a. zu folgenden Themen statt: „Cluster in Deutschland: Regionale Wertschöpfung für zukunftssichere Arbeitsplätze?“, „Berufswunsch: Wissenschaft“, „Mit nationalem Tarif- und Besoldungsrecht an die internationale Spitze?“, „Von welchem Wissenschaftsverständnis lassen wir uns leiten?“.

Im September 2008 lud im Vorfeld des Qualifizierungsgipfels der Bundesregierung das Wissenschaftsforum gemeinsam mit der SPD-Bundestagsfraktion zum Kongress „Die Hochschulen – Kraftzentren einer modernen Wissensgesellschaft?“ ein. Damit gelang eine öffentlichkeitswirksame Positionierung der SPD im Bereich Hochschulpolitik vor dem Gipfel. Den Kongress besuchten 200 Teilnehmerinnen und Teilnehmer. Die Ergebnisse wurden dokumentiert und an Hochschulen und Forschungsinstitute verschickt.

Im Rahmen der Bundestags- und Europawahlkämpfe beteiligte sich das Wissenschaftsforum im Unterstützerbereich mittels zweier Wahlaufrufe. Unter dem Titel „Fortschritt für ein soziales Europa!“ bzw. „Fortschritt braucht Wissenschaft!“ beteiligten sich mehr als 300 Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler als Erstunterstützer. Der Aufruf zur Bundestagswahl wurde mit 176 Professorinnen und Professoren als Erstunterzeichner veröffentlicht. Im Zusammenhang mit der Vorstellung des Aufrufs wurde auch der Fortschrittspreis der SPD ausgelobt. Der Preis richtet sich an Nachwuchswissenschaftler, deren Forschungsarbeit zum gesellschaftlichen Fortschritt beigetragen hat. Er wird Ende 2009 erstmals verliehen.

## Kulturforum der Sozialdemokratie

Aufgabe des Kulturforums der Sozialdemokratie ist es laut Satzung, „Fragen der kulturellen Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland und international durch Veranstaltungen, Publikationen oder auf andere geeignete Weise aufzugreifen und durch möglichst umfassende Erörterung zu ihrem Verständnis beizutragen“. Seit 1983, als ältestes Forum der Sozialdemokratie, gegründet von Willy Brandt und Peter Glotz, setzt sich das Kulturforum für künstlerische und intellektuelle Belange besonders ein, trägt zur Erweiterung des Sachverstands der SPD in kulturpolitischen Fragen bei und bietet sich als respektabler Ansprechpartner für Gruppen aus dem Bereich des Kulturlebens an. Gerade in grundsätzlichen Fragen von Wechselwirkungen zwischen kulturellen Entwicklungen und den Ideen der sozialen Demokratie liegt ein Schwerpunkt des Meinungsaustausches. Das Kulturforum kümmert sich, weit über Wählerinitiativen, Aufrufe und Unterstützertreffen hinaus, um den Austausch von „Macht und Geist“ und bringt die Politik der sozialen Demokratie kontinuierlich mit künstlerischen wie intellektuellen Impulsen zusammen.

Entscheidend bleibt für uns der Eigenwert des Künstlerischen. Kultur ist elementare Basis von Demokratie, Kultur ist Grundlage von Dialog, Teilhabe und internationaler Verständigung. Auf das Verstörende und Provokative der Kunst, „auf die Erfahrungsräume des Menschen jenseits seiner Marktrollen als Konsument und Arbeitskraft“ (Wolfgang Thierse) sind wir angewiesen.

Auch in den Jahren 2007 bis 09 unter den Rahmenbedingungen der Großen Koalition konnte die SPD den kulturellen Aufbruch der rot-grünen Regierungsjahre fortsetzen: sowohl innerparteilich, wie auch gesamtgesellschaftlich nahm die Bedeutung kulturell geprägter Sichtweisen, künstlerischer Interventionen und kulturpolitischer Themen zu. Verstärkt geriet in den Blick, wie in der globalen Informationsgesellschaft politische Lösungen und wirtschaftlicher Erfolg mit Kreativität und Kultur zusammenhängen. Zudem erlebte der klassische sozialdemokratische Ansatz, der besonderen sozialen Verantwortung gegenüber Künstlerinnen und Künstlern unter den Verhältnissen von Soloselbständigkeit, von prekären Arbeitsverhältnissen und „digitaler Boheme“ eine Renaissance. „Aktivierende Kulturpolitik“ (Oliver Scheytt), d.h. eine staatliche Kulturförderung, die auch darauf abzielt, die Kräfte von Zivilgesellschaft und von privater, auch marktwirtschaftlicher, Initiative zu stärken, wurde zu einem Schlüsselbegriff.

War die kulturelle Nähe bisher fast sozialdemokratisches Alleinstellungsmerkmal, so begannen nun auch andere Parteien die Ämter der Bundeskulturpolitik ernst zu nehmen und die Bedeutung kultureller Diskurse und künstlerischer Multiplikatoren, des „Feuilletons“ und des „Boulevards“ zu begreifen. Es entstand eine – kulturelle



Sichtweisen durchaus befördernde – parteipolitische Konkurrenz um Kulturpolitik und um das bessere Verhältnis zu Künstlern, zu Schriftstellern, zur Filmbranche und zur Kreativwirtschaft.

Drei wichtige Erfolge sozialdemokratischer Kulturpolitik in der Berichtsphase haben wesentlich mit dem Wirken des Kulturforums zu tun:

Das Kulturforum wirkte unterstützend und flankierend bei der Fortsetzung der neuen Bundeskulturpolitik, in der die SPD wichtige Verbesserungen für den Kulturbereich und die Kulturschaffenden durchsetzen konnte – vom neuen Urheberrecht, das die Stellung der Kreativen unter den neuen digitalen Bedingungen verteidigt, über Erhalt und Weiterentwicklung der wichtigen Künstlersozialversicherung, über das Gesamtkonzept der Gedenkstättenförderung, über die Stärkung der in der Globalisierung wichtiger gewordenen auswärtigen Kulturpolitik, über die verbesserte Förderung des Deutschen Films bis hin zur Hauptstadtkultur, u.a. mit der entscheidenden Weichenstellung für das Humboldtforum, um nur einige der aus dem Koalitionsvertrag abgearbeiteten Projekte zu nennen.

Unter der Federführung des Kulturforums wurde auf dem Hamburger Parteitag der Leitantrag „Kultur ist unsere Zukunft“ vorgelegt, der das sozialdemokratische Kulturverständnis des 21. Jahrhunderts ausführlich entfaltet. Die SPD bekennt sich darin „unmissverständlich zur Autonomie der Kunst“ und dazu, dass „Kulturpolitik (immer) über das bisher Erreichte hinausgehen“ soll. Entscheidende programmatische Botschaften lauten „weiter Kulturbegriff“, „Kultur als öffentliches Gut“, „kulturelle Teilhabegerechtigkeit“, „Kultur der Anerkennung“ statt „deutsche Leitkultur“. Weitere Schwerpunkte sind: „kulturelle Bildung“, „kulturelles Erbe“, „auswärtige und europäische Kulturpolitik“ und erstmals auch die „Kultur- und Kreativwirtschaft“.

Die von Berlin aus vernetzte, aber ansonsten eigenständige Arbeit der 35 aktiven regionalen Kulturforen von Schleswig-Holstein bis zum Starnberger See, von Köln bis Sachsen, konnte in gewohntem Umfange fortgesetzt werden. So finden sich vielerorts der Kultur nahestehende Genossen und Freunde der SPD, Kulturinteressierte, Künstler, Kulturvermittler, Kulturwissenschaftler, Kreativselbständige, Kulturpolitiker usw. und stellen Veranstaltungen, Debatten mit der „kritischen Intelligenz“, Kulturevents, Begegnungen mit den Künsten und den Kulturschaffenden, oder auch Reden bzw. gleich Feste auf die Beine. Bei aller elektronischen Kommunikation entwickelte sich das jährliche Treffen der regionalen Kulturforen, 2007 in Kassel zur documenta, 2008 zum Festival „Theater der Welt“ in Halle a. d. Saale, 2009 in Starnberg anlässlich des 20jährigen Bestehens des dortigen regionalen Kulturforums, zu einem jährlichen Höhepunkt des Austausches und der ehrenamtlichen Motivation.

Im Wahlkampf 2009 nahm das Kulturforum als Teil des Unterstützerebereiches zahlreiche Wahlkampfaufgaben wahr. U.a. die Betreuung des Teammitgliedes für Kultur, Barbara Kisseler, die Organisation und Durchführung der Politischen Lesereise von Günter Grass und anderen Autoren mit sieben Veranstaltungen durch Ostdeutschland (Berlin, Neuenhagen, Eberswalde, Stralsund, Halle, Dresden, Berlin), Unterstützung zivilgesellschaftlicher Aufrufe/Anzeigen, wie der „Aktion für mehr Demokratie“ im Europa- wie im Bundestagswahlkampf.

Seit Dezember 2006 erscheint etwa 14tägig der elektronische „Newsletter“ des Kulturforums der Sozialdemokratie, der Aktivitäten des Kulturforumsnetzwerkes, kulturpolitische und künstlerische Veranstaltungshinweise und kulturelle Debattenbeiträge enthält unter [www.kulturforen.de](http://www.kulturforen.de).

### **Gesprächskreis Steuern und Finanzen**

Der vom SPD-Parteivorstands im Jahr 2004 eingesetzte Gesprächskreis Steuern und Finanzen hat in den Jahren 2007 bis 2009 unter Leitung von Peer Steinbrück kontinuierlich den steuerpolitischen Austausch zwischen Partei, Parlament und Regierung begleitet und wichtige Akzente gesetzt.

Der Gesprächskreis befasste sich intensiv mit den vom Hamburger Bundesparteitag überwiesenen finanzpolitischen Anträgen und votierte diese für den Parteirat. Im Zentrum der Anträge und Diskussionen standen die Unternehmenssteuerreform, die Forderung nach einer Systematisierung des Systems der ermäßigten Mehrwertsteuersätze, die Erbschaftsteuerreform sowie die Ausgestaltung der Entfernungspauschale.

Ein weiterer Schwerpunkt im Jahr 2008 waren die „Orientierungspunkte für ein integriertes Steuer- und Abgabensystem eines sozialen Deutschlands“. Diese Orientierungspunkte wurden auf Anregung des damaligen Parteivorsitzenden Kurt Beck für den „Zukunftskongress“ in Nürnberg am 30. Mai 2008 erarbeitet. Kern der „Orientierungspunkte“ war die Aussage, dass nicht in erster Linie eine zu hohe Steuerbelastung – 50 % der Menschen in Deutschland zahlen unter Berücksichtigung des Kindergelds keine Steuern – sondern die Höhe der Sozialabgaben von vielen als problematisch angesehen wird. Deswegen ist es nach Ansicht der SPD vorrangig, bei Vorhandensein der entsprechenden finanzpolitischen Handlungsspielräume die Sozialabgaben zu senken. Ansonsten bekennt sich die SPD zum handlungsfähigen Staat, der auskömmlich finanziert sein muss.

Weiten Raum nahmen in der Arbeit des Gesprächskreises im Jahr 2009 die steuerpolitischen Aussagen der SPD in ihrem Regierungsprogramm ein. Im Gesprächskreis wurde diskutiert, ob die SPD eher offensiv oder defensiv vorgehen sollte, es wurden inhaltliche Weichenstellungen, wie die Frage nach Wiedererhebung einer Vermögen-

steuer, Möglichkeiten der Erhebung einer Börsenumsatzbesteuerung sowie Perspektiven für einen verstärkten Kampf gegen Steuerhinterziehung diskutiert und Positionen erarbeitet. Diese sind in das Regierungsprogramm der SPD für die Bundestagswahl 2009 eingeflossen.

### **Gesprächskreis Verbraucherpolitik**

Verbraucherpolitik betrifft unmittelbar die Interessen und den Alltag der Bürgerinnen und Bürger. Nicht zuletzt die Finanzkrise und das Bedürfnis nach Stärkung der Verbraucherposition bei Finanzdienstleistungen oder Datenskandale haben dies einmal mehr unterstrichen.

Die Arbeit des Gesprächskreises Verbraucherpolitik unter der Leitung von Birgit Fischer mündete in der Erstellung des Positionspapiers „Qualität, Transparenz und Sicherheit – Zielmarken sozialdemokratischer Verbraucherpolitik“, in dem aktuelle Problem- und Fragestellungen – vor allem aber auch Lösungsansätze und Perspektiven der SPD aufgezeigt werden. Das Papier wurde im Januar 2009 zur Klausur des Parteitag vorgelegt. Die Inhalte sind das Wahlprogramm im Kapitel „Wohlstand erhalten und sichern „ eingeflossen, die Stellung der Verbraucherbelange als Teil der sozialen Marktwirtschaft wurde gestärkt. Nach Rückmeldung vieler Genossinnen und Genossen war das Positionspapier eine gute Arbeitsgrundlage für Wahlkampfaktivitäten, Positionierungen und Gespräche.

Insbesondere bei der vom Gesprächskreis angeschobenen Diskussion um den Finanz-TÜV konnte die SPD Profil gewinnen. Weitere Schwerpunktthemen des Gesprächskreises waren: Fahrgastrechte, Internetgeschäfte, Patientenrechte, Wohnen und Energie, Lebensmittelkennzeichnung, Verbraucherinformationsgesetz und die Lebensmittel-Ampel.

### **Gesprächskreis Energiepolitik**

Die Frage der Energieversorgung, der damit verbunden Kosten, der Klimaauswirkungen und der wirtschaftlichen Konsequenzen sind in den Mittelpunkt politischer Weichenstellung gerückt. Angesichts der Komplexität, Multidimensionalität und der Langfristigkeit der energiepolitischen Entscheidungen (Atomausstieg) muss der Blick weg von kurzfristigen aktuellen Entscheidungen hin zu langfristigen Konzepten gehen. Dem hat der Parteivorstand Rechnung getragen und Anfang 2008 einen neuen Gesprächskreis Energiepolitik unter der Leitung von Sigmar Gabriel einberufen.

Geschaffen wurde eine Plattform für innerparteiliche Diskussion und die Abstimmung zentraler energiepolitischer Fragestellungen. Vertreter des Bundes, der Länder und des Europäischen Parlaments stehen hier im Fachdialog mit der Energiewirtschaft, sowohl im Rahmen der Sitzungen des AK als auch bilateral mit dem Vorsitzenden.

Viele der in diesem Kreis erarbeiteten Positionen sind in das Regierungsprogramm eingeflossen.

Im Rahmen der Bundestags- und Europawahlkämpfe beteiligte sich der Gesprächskreis Energie im Unterstützerbereich mittels des Wahlaufrufs „Neue Energie. Atomkraft -Nein Danke!.“ Prominente Vertreter aus Wissenschaft, Wirtschaft und Kultur gehörten zu den Erstunterzeichnern des im Juli 2009 im Willy-Brandt-Haus präsentierten Aufrufs.

Schwerpunkthemen der Diskussion waren u.a. der europäische Emissionshandel, Biokraftstoffe, Integriertes Klima- und Energiepaket, Kraftwerk- und Netzplanung, Nationaler Energieeffizienzplan und die Strompreisentwicklung.

### **Gesprächskreis Jugendpolitik**

Die Jugendpolitik ist in den vergangenen Jahren zunehmend zu einer Querschnittsaufgabe geworden. Eine eigenständige Jugendpolitik trat in den letzten Jahren unter der christdemokratischen Führung des Ressorts auf Bundesebene in den Hintergrund. Auch aus diesem Grund hat der SPD-Parteivorstand auf seiner Klausurtagung im Januar 2008 beschlossen, einen „Gesprächskreis Jugendpolitik“ einzusetzen unter der Leitung von Kerstin Griese. Ziel dieses Gesprächskreises ist es, die sozialdemokratische Jugendpolitik verstärkt als eigenständiges Politikfeld zu besetzen und an den jugendpolitischen Dialog mit MultiplikatorInnen aus Verbänden, Jugendorganisationen und Zielgruppen wieder intensiver zu führen.

Der jugendpolitische ExpertInnenkreis bilden Fachleute aus Politik, Gewerkschaften, Verbänden, Wissenschaft und Jugendorganisationen zusammen. Sozialdemokratische JugendpolitikerInnen aller Ebenen – Bund, Länder und Kommunen – sind Mitglieder des Gesprächskreises. Er berät den Parteivorstand in jugendpolitischen Angelegenheiten und dient als Forum und Netzwerk sozialdemokratischer Jugendpolitik.

Im Zentrum der Debatte zur konstituierenden Sitzung stand die Frage, was eine moderne Jugendpolitik heute leisten müsse. Die Ergebnisse der Diskussion wurden in einem Impulspapier zusammengefasst mit dem Titel: „Leben, Lernen, Zukunft: Jugend im Mittelpunkt“. Dieses Papier diente als Vorarbeit für die jugendpolitischen Ausführungen im SPD-Regierungsprogramm. Der Gesprächskreis schlug vor, drei Themen in das Zentrum jugendpolitischer Diskussionen zu rücken: Bildung und Befähigung, Engagement und Partizipation sowie Integration.

Im Jahr 2009 hat sich der Gesprächskreis Jugendpolitik intensiv an der Debatte um das Regierungsprogramm und die jugendpolitischen Akzente im Wahlkampf 09 beteiligt. In das Zentrum der inhaltlichen Diskussionen wurde das Thema „Jugendpolitik mit und für jugendliche MigrantInnen“ gestellt. Die Ergebnisse der Diskussion sind in ein

Thesenpapier eingeflossen, das einen Impuls für die weitere Auseinandersetzung mit dem Thema liefern soll.

### **Gesprächskreis Landwirtschaft und ländliche Räume**

Die SPD will eine zukunftsfähige Landwirtschaft, die keine Bezahlungen für Mengenproduktion oder daraus abgeleitete Tatbestände vorsieht, sondern die Vergütung für gesellschaftlich erwünschte Leistungen wie Renaturierung, Naturschutz, hochqualitative Produkte und vor allem die nachhaltige Entwicklung im ländlichen Raum. Im Gesprächskreis Landwirtschaft werden Strategien entwickelt, Landwirtschaftspolitik zu einer integrierten Politik für die ländlichen Räume zu machen. Unter der Leitung von Dr. Martin Wille wurde bei der Arbeit der Mitglieder aus Bund und Ländern die Lebensqualität der Menschen in ländlichen Gebieten in den Mittelpunkt gestellt.

In den Jahren 2007 bis 2009 ist es medienwirksam gelungen, auf der konservativ besetzten „Internationalen Grünen Woche“ in Berlin auch die SPD zu platzieren. Jeweils bei den Ständen des Landes Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern und Rheinland-Pfalz gab es einen einstündigen Empfang des Gesprächskreises Landwirtschaft. Zuvor fand in prominenter Begleitung ein ausgiebiger Rundgang des PV über die Messe statt. Diese Veranstaltungen wurden gut angenommen und waren sehr erfolgreich.

Der Gesprächskreis befasste sich mit den folgenden Schwerpunktthemen: Tierschutz, Biodiversität und Landwirtschaft, Umsetzung Gesundheitscheck, „Ohne-Gentechnik“ Kennzeichnung, Weiterentwicklung der gemeinsamen Agrarpolitik nach 2013, Milchpolitik, Agrardiesel und mit Konzepten zur Entwicklung des ländlichen Raumes.

### **Gesprächskreis Innenpolitik**

Unter der Leitung von Ute Vogt und ab 2008 unter der Leitung von Ralf Stegner und Erhart Körting befasste sich der Gesprächskreis Innenpolitik vor allem mit den Themenschwerpunkten der Sitzungen der Innenministerkonferenz und den aktuellen bundespolitischen Themen. Er tagt vor den Innenministerkonferenzen. Vor und im Wahlkampf trat er öfters zusammen. Der Gesprächskreis hat das Grundsatzpapier „Sicher leben in Deutschland – Sozialdemokratische Sicherheitspolitik für das 21. Jahrhundert“, formuliert, das der Parteivorstand am 1. September 2008 beschlossen hat. Dieses Papier wurde wesentlicher Bestandteil des Regierungsprogramms im Wahlkampf 2009.

### **Projektgruppe „Mehr Transparenz und Stabilität auf den Finanzmärkten“**

Die vom SPD-Parteivorstand Anfang 2008 eingesetzte Projektgruppe unter Vorsitz von Peer Steinbrück hat sich in zahlreichen Sitzungen im Jahr 2008 eingehend mit der Finanzmarktkrise befasst. Ziel war nicht lediglich die Analyse der Mechanismen,

welche zur Finanzmarktkrise führten, sondern die Formulierung sozialdemokratische Antworten auf die Finanzmarktkrise. Lange bevor die anderen Parteien sowie die breite Öffentlichkeit über die Finanzmarktkrise nachdachten, beschäftigte sich die Projektgruppe, welcher neben zahlreichen SPD-Politikerinnen und Politikern auch Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern angehören, mit Ursachen, Folgen und Antworten auf die Finanzmarktkrise.

Mit dem Abschlussbericht „Eine neue Balance von Markt und Staat: Verkehrsregeln für die internationalen Finanzmärkte. Sozialdemokratische Antworten auf die Finanzmarktkrise“ präsentierte die Projektgruppe ihre Ergebnisse. Der Projektbericht wurde am 27. Oktober 2008 von Frank-Walter Steinmeier, Franz Müntefering und Peer Steinbrück sowie den anderen Mitgliedern der Projektgruppe im Willy-Brandt-Haus vor knapp 500 geladenen Gästen und zahlreichen Pressevertretern vorgestellt. Der Abschlussbericht enthält 14 Forderungen der SPD zur Regulierung der Finanzmärkte. Kern der Forderungen: Kein Akteur und kein Produkt darf in Zukunft unreguliert sein. Deswegen benötigen wir bessere Eigenkapitalregelungen, strengere Bilanzierungspflichten, ein höheres Risikobewusstsein, eine Anpassung der Anreiz- und Vergütungssysteme einschließlich verstärkter Haftung, eine bessere Aufsicht sowie verbesserte Ratings. Nicht zu vergessen: der verstärkte Kampf gegen Steuerhinterziehung.

Die Arbeiten der Projektgruppe bildeten zuvor schon die Grundlage für den von Peer Steinbrück für den G8-Gipfel vorgestellten 8 Punkteplan vom September 2008. Ebenfalls auf Grundlage der Arbeiten der Projektgruppe wurde das Steinbrück/Steinmeier-Papier vom Februar 2009 „Unsere Finanzmarktgrundsätze“ erarbeitet.

Der Abschlussbericht wurde ins Englische und Französische übersetzt und fand in zahlreichen anderen Mitgliedstaaten Beachtung. Er war die Grundlage für die programmatischen Aussagen der PES zur Finanzmarktregulierung in ihrem „Manifest“.

### **Projektgruppe Integration**

Unter der Leitung von Ute Vogt hat sich die Projektgruppe Integration verstärkt der gesellschaftlichen und politischen Integration von Migrantinnen und Migranten gewidmet.

Die Integrationsgipfel der Bundesregierung bis hin zum Nationalen Integrationsplan wurden mit Hilfe von Vertretern des Arbeitsministeriums intensiv begleitet. Die Projektgruppe diskutierte Maßnahmen und Beispiele, wie Migrantinnen und Migranten erfolgreich für eine Mitgliedschaft in der Partei gewonnen werden können (bspw. Dröscherpreis Gewinner „SPD ve biz“). Die Projektgruppe arbeitet an einer entsprechenden Handreichung für die Partei.

Die vorliegende Übersetzung des Grundsatzprogramms in türkischer Sprache geht auf eine Initiative der Projektgruppe zurück.

### **Projektgruppe Gegen Rechtsextremismus**

Unter der Leitung von Niels Annen leistet die Projektgruppe seitdem Hilfestellungen für SPD-Gliederungen im Kampf gegen Rechts. Zudem fungiert sie als wertvolle Schnittstelle zwischen der Politik und den Initiativen vor Ort und verfolgt das Ziel, zivilgesellschaftliches Engagement zu stärken sowie Projekte gegen rechts finanziell zu sichern. Die Projektgruppe hat in Zusammenarbeit mit der FES die Sozialdemagogie der NPD herausgearbeitet, eine neue Broschüre „Nationaler Sozialismus der Nazi-Demagogen“ erarbeitet, Impulse für den Bandwettbewerb „Nazis aus dem Takt bringen“ gegeben und gemeinsam mit der FES ein Konzept für den Einstieg in eine stiftungsbasierte Förderung der Initiativen und Projekte gegen Rechtsextremismus erstellt.

### **Schwusos**

Im Mittelpunkt stand der Aufbau von Strukturen auf Landes- und Regionsebene. Neue Arbeitskreise und Landesverbände wurden gegründet. Einzelnen Gruppierungen wurden durch den Einsatz von Regionalbeauftragten gezielt unterstützt. Seit dem Hamburger Parteitag konnte der Arbeitskreis Kontakte zu Arbeitsgemeinschaften, Foren und Projekten innerhalb der SPD aufbauen. Diese Arbeit wurde auf diversen Landesparteitagen fortgeführt.

Wie jedes Jahr standen die Christopher-Street-Day-Paraden in ganz Deutschland im Mittelpunkt der Arbeit. Auf der Bundeskonferenz 2008 wurde das „Hamburger Programm der Schwusos“ verabschiedet. Damit besitzt der Arbeitskreis der Lesben und Schwulen in der SPD seitdem eine breite inhaltliche Grundlage, auf die der neue Bundesvorstand aufbauen konnte. Dieser hat sich zum Ziel gesetzt, die Arbeit der Schwusos stärker zu professionalisieren und die Präsenz, Sichtbarkeit und Anerkennung zu stärken.

Im Wahlkampf 2009 waren die Schwusos auf allen wichtigen CSDs mit hohem Engagement und professionell vertreten. Die Schwusos waren maßgebliche Initiatoren des Aufrufs „Vielfalt für Frank-Walter Steinmeier“.

### **Historische Kommission**

Die Historische Kommission beim SPD-Parteivorstand beschäftigt sich unter dem Vorsitz von Prof. Dr. Bernd Faulenbach im Berichtszeitraum mit einer Reihe von geschichtspolitischen Themen. Im Mittelpunkt standen dabei zwei Daten, die sich 2009 jäherten. Der 60. Jahrestag des Inkrafttretens des Grundgesetzes im Mai 1949

sowie der 20. Jahrestag der Friedlichen Revolution in der DDR gaben den Anstoß zu einer Debatte über die Bilanz der zweiten Demokratie in Deutschland und die Zukunft des vereinten Landes.

Die Foren der Historischen Kommission in 2008 und 2009 griffen diese beiden Themen auf. Bei dem im September 2008 veranstalteten Forum „Die geprüfte Demokratie – 1949, 1969, 1989“ analysierten Historiker und Zeitzeugen den sozialdemokratischen Beitrag zum Gelingen der deutschen Demokratie und zum Ende der DDR. Das im Juni 2009 veranstaltete Forum „Die europäische Idee der Freiheit“ öffnete den Blick auf das Jahr 1989 als einen europäischen Ereigniszusammenhang, in den die Friedliche Revolution in der DDR eingebettet war. Darüber hinaus beschäftigte sich das Forum mit dem Beitrag der Sozialdemokratie zum Untergang der Diktaturen jenseits des Eisernen Vorhangs.

Zwei Workshops brachten Zeitzeugen und Akteure mit jungen Historikern und Historikerinnen zusammen. Sie präsentierten im Dezember 2007 neuere Forschungsarbeiten zum Thema „Regierungshandeln während der sozial-liberalen Koalition – Eine Ära, ihre Vorgeschichte und Nachwirkungen“. Im Dezember 2008 stand die SPD in den 80er Jahren im Fokus des Workshops.

Die Historische Kommission trug im Berichtszeitraum zur Fortschreibung der Gedenkstättenkonzeption des Bundes bei. Die Ausgestaltung des Freiheits- und Einheitsdenkmal sowie des „Sichtbaren Zeichens“, das an Flucht und Vertreibung in Europa erinnern soll, wurde immer wieder zum Gegenstand der Diskussion in der Historischen Kommission.

Die Fortschreibung des Gedenkbuchs der deutschen Sozialdemokratie sowie der 2013 anstehende 150. Jahrestag der Gründung der SPD werden die Historische Kommission auch über den Berichtszeitraum hinaus beschäftigen.

### **Kommission Gleichstellungspolitik**

Der Kommission Gleichstellungspolitik gehörten im Berichtszeitraum rund 20 Frauen aus Partei, Gewerkschaften, Wirtschaft und Wissenschaft an. Sie hat jenseits der ASF beratende Funktion im Bereich der Gleichstellungspolitik und wird vom Parteivorstand eingesetzt. Damit bekennt sich die SPD zur Frauen- und Gleichstellungspolitik als eigenständiges Politikfeld.

Die Anfang 2008 erneut vom Parteivorstand eingesetzte Kommission trat unter Leitung von Elke Ferner am 23.04.2008 zu ihrer konstituierenden Sitzung zusammen. Im Zuge der Sitzungen im Jahr 2008 hatten die Frauen- und gleichstellungspolitischen Erwartungen an das SPD-Regierungsprogramm zur Bundestagswahl 2009 oberste Priorität. Ebenso war die Unterstützung für die SPD-Kandidatin für das Amt der



Bundespräsidentin 2009, Gesine Schwan, von großer Bedeutung für die Arbeit der Kommission. Die Kommissionsmitglieder gaben wichtige Impulse, die die inhaltliche Arbeit der Partei beeinflussten. 2009 wurde der umfassende Aktionsplan „Gleichstellung jetzt!“ mit frauenpolitischen Anforderungen an das SPD-Regierungsprogramm diskutiert, den die ASF vorgelegt und in den Prozess zur Erarbeitung des Programms eingebracht hatte. Die Themen Gleichstellung in der Wirtschaft und Herstellung von Entgeltgleichheit standen dabei im Mittelpunkt.

Große Zustimmung fand die Tatsache, dass sich Franz Müntefering mit der Unterzeichnung der „Nürnberger Resolution“ klar zu einer Quote für Frauen in Aufsichtsgremien bekannt hat.

Angesichts der neuen schwarz-gelben Bundesregierung wird es weiterhin wichtig sein, einerseits die Frauen- und Gleichstellungspolitik der Koalition – sofern überhaupt vorhanden – zu beleuchten und kritisch zu begleiten und andererseits Positionen weiterzuentwickeln und mit gesellschaftlichen Multiplikatorinnen im Dialog zu erörtern. Die SPD muss auch in der Opposition erste Ansprechpartnerin für Fraueninteressen bleiben.

### **Kommission Grundwerte**

Die Grundwertekommission hat im Berichtszeitraum 2007-2009 folgende Stellungnahmen erarbeitet und zur Diskussion in Partei und Öffentlichkeit gestellt:

„Bedingungsloses Grundeinkommen? – Geld allein genügt nicht!“. Das Hamburger Programm bekennt sich zum vorsorgenden Sozialstaat, weil der Wandel der Arbeitsgesellschaft und der damit verbundenen sozialen Risiken mehr erfordern als die Verhinderung von Armut und vor allem den Zugang zu Bildung und Erwerbsarbeit als weiterhin zentrale Elemente für den sozialen Zusammenhalt. Demgegenüber versteht sich die nicht neue, aber von Akteuren unterschiedlichster politischer Couleur geäußerte Forderung nach einem bedingungslosen Grundeinkommen als Antwort auf das vermeintliche Ende der Arbeitsgesellschaft und als die Lösung für viele Probleme des bundesdeutschen Sozialstaats. Die Grundwertekommission vertritt nach Abwägung der verschiedenen Argumente die Meinung, dass die Erwartung, das bedingungslose Grundeinkommen könne sich als »Königsweg« der Sozialpolitik erweisen, auf dem mehr oder weniger alle sozialpolitischen Herausforderungen »auf einen Streich« gemeistert werden können, in die Irre führt.

„Die Geburt einer neuen Ära – Die Weltfinanzkrise: Ursachen und Perspektiven“. Das von Wolfgang Thierse und Michael Müller vorgelegte und von der Grundwertekommission angenommene Diskussionspapier zur Finanz- und Wirtschaftskrise fragt nach den Werten und Grundsätzen die für eine Wirtschafts- und Finanzpolitik

der Zukunft gelten müssen, die die richtigen Antworten mit nachhaltiger Wirkung ergeben. Die Antworten, die wir brauchen, gehen nicht nur die Spezialisten an. Wenn Politik in die Verantwortung gerufen wird, dann kann das nicht nur beim Reparieren gelten: Es muss der Primat der Politik national gesichert, in Europa gefestigt und global durchgesetzt werden.

„Freiheit, die wir meinen“: In der von den Kommissionsmitgliedern Hans-Peter Bartels, Wolfgang Merkel und Johano Strasser erarbeiteten Stellungnahme der Kommission geht es um aktuelle Freiheitsgefährdungen. Freiheit steht nicht zufällig am Anfang der sozialdemokratischen Wertetrias. Sie ist die Voraussetzung jeglichen zivilisierten Zusammenlebens und muss gegenüber alten und neuen Gefährdungen immer wieder verteidigt werden. Aktuell liegen sie in den anarchisch-spekulativen wie ausbeuterischen Seiten der ökonomischen Globalisierung, in den Ursachen von Armutsmigration, in der Bedrohung durch Terrorismus oder im privaten Big-Brother-Regime von Unternehmen gegenüber Mitarbeitern oder Kunden. Überall ist staatliches Handeln gefordert. Dies kann aber zu schwierigen Güterabwägungen führen – zu staatlichen Überreaktionen (Einschränkung individueller Freiheitsrechte) genauso wie Unterreaktionen (Vernachlässigung der inneren Sicherheit). Es kommt hier – so das Fazit – wie auch bei schwieriger Abwägung in anderen Bereichen auf die richtige öffentlich zu verhandelnde Balance an.

### **Kommission „Gleiche Lebenschancen für jedes Kind – Kinderarmut bekämpfen“**

Die Kommission wurde vom SPD-Parteivorstand am 5. November 2007 mit dem Ziel eingesetzt, ein sozialdemokratisches Konzept zur Verbesserung der Lebenschancen aller Kinder und zur Bekämpfung der Kinderarmut zu entwickeln. Sie hat bereits im Januar 2008 einen ersten Zwischenbericht ihrer Arbeit und schließlich im Juni 2008 den „Aktionsplan für gleiche Lebenschancen. 10 Maßnahmen der SPD gegen Kinderarmut“ vorgelegt, der vom Präsidium beschlossen wurde. Er bündelt konkrete Schritte zur Vermeidung von Kinderarmut, zu denen sich Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten in Bund, Ländern und Gemeinden gemeinsam verpflichten.

### **Medienkommission**

Die Digitalisierung – die Umstellung der Welt von analoger auf digitale Kommunikation – schreitet in allen gesellschaftlichen Bereichen voran und verändert Medien und die Medienlandschaft gravierend. Die Vorteile der digitalen Technik, Angebote unabhängig von Zeit und Ort zu nutzen, umfassende Hintergrundinformationen über lange Zeiträume abzurufen, der Kreativität und Individualität des Einzelnen Ausdruck oder Kanal zu geben und mediale Inhalte unter Aufwand geringster Ressourcen produzieren zu können, treiben die rasante Entwicklung. Damit einher geht eine

Demokratisierung von Medien. Diesen Prozess verstehen wir auch als Chance für Demokratie und Partizipation.

Digitalisierung erzeugt keine neuen Medien, sondern verändert die Produktion, Distribution und Konsumption der bestehenden. Ob im Internet, Rundfunk, Print, Musik oder Film, die Frage der überzeugenden Inhalte entscheidet auch im digitalen Zeitalter alles. Medienpolitik entwickelt sich in der digitalen Welt zu einem wichtigen Bestandteil von Gesellschaftspolitik.

Sozialdemokratische Medienpolitik muss deshalb modern genug sein, um Entwicklungen nicht zu behindern und zugleich weit genug sein, um das Experimentelle zu erlauben, sie muss Vorkehrungen zum Schutz des geistigen Eigentums treffen und ein wirksames Urheberrecht für die digitale Welt entwickeln. Deshalb erarbeitet die Medienkommission Vorschläge für die Weiterentwicklung unserer Medienordnung. Im Schwerpunkt hat sich die Medienkommission damit beschäftigt, die Chancen von Media Governance als medienpolitisches Instrument zu bewerten. Kurzum: Es geht um die Frage, wie das Verhältnis zwischen Regulierung und Selbstregulierung in der Medienpolitik justiert werden kann. Dies ist angesichts der Dynamik der durch die Digitalisierung angestoßenen Entwicklungen für die Funktionsfähigkeit von Medienpolitik von großer Bedeutung.

Die Medienkommission hat sich des weiteren mit einer Vielzahl aktueller medienpolitischer Themen beschäftigt, u. a. mit: Rundfunkänderungsstaatsverträgen (10., 11. und 12. und perspektivisch mit dem 13. und 14.), Rundfunkgebühren, Finanzausgleich der Rundfunkanstalten, Jugendmedienschutz, Medienkompetenz, Urheberrechte, Medienkonzentration, Pressefusion, aktuelle Situation auf dem Zeitungsmarkt, Filmförderungsgesetz, Sachstand Digitalisierung, Novelle EU-Telekommunikationsrichtlinie, EU-Fernsehrichtlinie.

### **Kommission „Sozialdemokratische Politik für innovative Metropolregionen“**

Die Kommission wurde Ende Februar 2008 unter dem Titel „Sozialdemokratische Politik für innovative Metropolregionen“ vom SPD-Parteivorstand unter der Leitung von Klaus Wowereit eingesetzt. Zielsetzung war die Erarbeitung von Eckpunkten für ein sozialdemokratisches Profil in der Großstadtpolitik auf der Basis einer Analyse der spezifischen (sozialen) Herausforderungen in großen Städten. In diesem Zusammenhang sollte die Kommission wichtige Themen identifizieren sowie eine Kommunikationsstrategie erarbeiten, die die SPD als weltoffene, innovative und moderne Großstadtpartei erkennbar macht.

Zunächst beschäftigten sich die Kommissionsmitglieder mit dem Wahlverhalten und demoskopischen Werten in den großen Städten. Auf der Grundlage dieser Erkenntnisse

wurden Strategien und Themen einer zielgenaueren, milieuspezifischen Wähleransprache in Großstädten diskutiert. Unter dem Titel „In der Metropole zu Hause – Leitgedanken sozialdemokratischer Großstadtpolitik“ entwickelte die Kommission ein Manifest in 10 Punkten, das die Herausforderungen urbanen Lebens benennen und sozialdemokratische Antworten formuliert.

Nach Verabschiedung der Leitgedanken stellte der Kommissionsvorsitzende und regierende Bürgermeister von Berlin, Klaus Wowereit, innerhalb der Veranstaltungsreihe „Das Neue Jahrzehnt“ die zentralen Thesen auf Veranstaltungen mit dem Titel „Heimat Metropole“ in Essen, Mannheim und München vor Multiplikatoren zur Diskussion. Die Resonanz war durchweg positiv und zeigte deutlich, dass Interesse am Thema in der SPD und in den großen Städten vorhanden ist.

Abschließend wurden die Leitgedanken sozialdemokratischer Großstadtpolitik auf einem Großstadtkongress mit 500 Gästen unter dem Titel „Heimat Metropole“ von Kanzlerkandidat Frank-Walter Steinmeier im Berliner Radialsystem V einer breiteren Öffentlichkeit vorgestellt. Im Vorfeld des Kongresses war ein Kreativwettbewerb ausgelobt worden, zu dem unterschiedliche Beiträge zum Begriffspaar „Heimat Metropole“ eingereicht werden konnten. Die besten Einsendungen wurden auf dem Kongress präsentiert und ausgezeichnet.

### **„Nachhaltige Finanzpolitik“: Für eine Schuldenregel mit Augenmaß!**

Die Projektgruppe „Nachhaltige Finanzpolitik“ unter Vorsitz des damaligen rheinland-pfälzischen Finanzministers Prof. Dr. Ingolf Deubel wurde vom Präsidium im Frühjahr 2008 mit dem Ziel eingesetzt, eine Position der SPD für die Arbeit im Rahmen der Föderalismuskommission II – insbesondere zur sogenannten neuen „Schuldenregel“ – zu erarbeiten. Schwerpunkt der Arbeiten der Projektgruppe war die Erarbeitung eines Grundsatzpapiers zur neuen Schuldenregel. Dieses Papier – „Wirksame Verschuldungsgrenzen für Bund und Länder und Vermeidung von Haushaltsrisiken“ – wurde von Ingolf Deubel für die SPD als Kommissionsdrucksache in die Föderalismuskommission II eingebracht. Es bildete die Grundlage für einen Präsidiumsbeschluss vom 7. Juli 2008 zum Thema Schuldenbremse.

Die auf Grundlage der Arbeiten der Projektgruppe erstellte Kommissionsdrucksache bildete auch die Basis für die Verhandlungspositionen der SPD. Wichtig war insbesondere auch, dass im Rahmen der Projektgruppe eine gemeinsame Position von Bund und Ländern gefunden wurde.

Nach Abschluss des Grundsatzpapiers bestand die Arbeit der Projektgruppe insbesondere in der Abstimmung der Positionen der SPD für die Föderalismuskommission II.

Mit Beschluss der neuen Schuldenregel im Sommer 2009 aufgrund eines Kompromisses zwischen CDU und SPD wurde die Arbeit in der Projektgruppe eingestellt.

### **Ad-hoc Gruppe „Angemessenheit und Transparenz von Managerbezahlungen“**

Das Präsidium hat am 10. Dezember 2007 die Einsetzung einer Ad-hoc-Arbeitsgruppe zum Thema „Angemessenheit und Transparenz von Managerbezahlungen“ beschlossen und damit einen Prozess in der Großen Koalition ausgelöst, der nicht nur Änderungen bei Vorstandsvergütungen und -abfindungen fordert, sondern konkret handelt. Ohne die Initiative der SPD und ihre Vorarbeiten wäre nichts passiert. Die Union beließ es bei Absichtserklärungen.

Ein befriedigendes Ergebnis ist immerhin erzielt worden: Die Entwicklung zu einer immer größeren Abkoppelung der Managergehälter von der allgemeinen Einkommensentwicklung wird mit dem Gesetz verlangsamt.

Die Ad-hoc-Arbeitsgruppe hat am 28. April 2008 Forderungen vorgelegt, mit denen die SPD im Herbst 2008 in die Verhandlungen mit der Union gegangen ist. Sie wurden mit dem am 18. Juni 2009 verabschiedeten „Gesetz zur Angemessenheit von Vorstandsvergütungen (VorstAG)“ beendet.

Leider ist die Union nicht den ganzen Weg mitgegangen. Sie hat sich unserem Vorschlag verweigert, die Vorstandsbezüge über die Begrenzung der steuerlichen Abzugsfähigkeit von Vorstandsbezügen- und Abfindungen zu beschränken. Die Union trug auch unsere Forderung nicht mit, dass zum Wohl eines Unternehmens nicht nur das Wohl des Unternehmens selbst, seiner Mitarbeiter und Aktionäre gehören, sondern auch das Wohl der Allgemeinheit.

Die Ad-hoc Gruppe kam zu folgenden Ergebnissen: Die Anreizsysteme bei variablen Vergütungen sollen an einer langfristigen Unternehmensentwicklung ausgerichtet sein, insbesondere durch mehrjährige Bezugsgrundlagen. Das Einlösen von Aktienoptionen soll erst nach vier Jahren nicht nach zwei Jahren möglich sein Grundsätzlich soll eine Begrenzungsmöglichkeit von variablen Bezügen für außergewöhnliche Entwicklungen vorgesehen werden. Die Regeln für eine nachträgliche Kürzung von Vorstandsbezügen in Fällen einer erheblichen Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage des Unternehmens werden verschärft. Über Vorstandsgehälter muss in Zukunft der gesamte Aufsichtsrat entscheiden, nicht mehr nur Ausschüsse des Aufsichtsrates. Die individuelle Offenlegungspflicht für Versorgungsbezüge wird weiter verschärft. Bei Haftungsansprüchen in einem Schadensfall gibt es einen Selbstbehalt/Selbstbeteiligung der Manager; mindestens 10 Prozent des Schadens, höchstens das Anderthalbfache des Jahresfestgehalts müssen sie selbst tragen. Die Haftungsbedingungen für Aufsichtsräte bei Festlegung von unangemessenen Vorstandsgehältern werden verschärft.

## **Projektgruppe Arbeitsversicherung**

Der SPD-Parteivorstand hat die Projektgruppe „Arbeitsversicherung“ mit dem Auftrag eingesetzt, ein handhabbares Politikkonzept für die Weiterentwicklung der Arbeitslosenversicherung zu einer Arbeitsversicherung zu entwickeln. Die Leitung der Projektgruppe lag bei Andrea Nahles. Der Auftrag der Projektgruppe war zunächst auf den Schwerpunkt Weiterbildung und vorsorgende Arbeitsmarktpolitik beschränkt.

Die Projektgruppe hat in mehreren Sitzungen eine Bestandsaufnahme der Flexibilisierung der Arbeitswelt und Vorschläge für die Weiterentwicklung der Arbeitslosenversicherung entwickelt. Die Ergebnisse sind in das Regierungsprogramm der SPD für die Bundestagswahl 2009 eingeflossen.

Die wesentlichen Elemente der heutigen Arbeitslosenversicherung, also insbesondere die Absicherung des Einkommensausfalls bei Arbeitslosigkeit und die Gewährleistung der aktiven Arbeitsförderung, bleiben selbstverständlich erhalten. Die Grundidee der Arbeitsversicherung ist, dass der Schutz bei Arbeitslosigkeit durch einen stärkeren Schutz vor Arbeitslosigkeit erweitert wird. Das bedeutet vor allem, dass wir eine Job-Vorsorge für alle, unabhängig vom Lebensalter, wollen.

Jede und jeder, nicht nur Arbeitslose, soll einen Rechtsanspruch auf Weiterbildungsberatung erhalten. Dazu sollen vor Ort, also in jeder Stadt und in jedem Kreis, Beratungsstellen angesiedelt werden. Auf freiwilliger Basis wird in einem Kompetenzcheck geklärt, welche Stärken und Schwächen der Einzelne hat. Anschließend wird in einem individuellen Weiterbildungsplan festgelegt, welche Qualifizierungsmaßnahmen sinnvoll sind, um die Qualifikation zu erhalten oder auszubauen. Das Ziel ist, durch Stärkung der individuellen Qualifikation die Chancen auf dem Arbeitsmarkt deutlich zu erhöhen. Wir wollen die staatliche Förderung deutlich ausbauen.

## **Projektgruppe „Altersgerechtes Arbeiten und zukunftssichere Rente“**

Zur Umsetzung mehrerer Beschlüsse des Hamburger Parteitages hat der Parteivorstand eine Projektgruppe „Altersgerechtes Arbeiten und zukunftssichere Rente“ unter der Leitung von Elke Ferner eingesetzt. Die Projektgruppe hat 2008 intensiv an den dem Auftrag zu Grunde liegenden Fragen gearbeitet unter Einbeziehung von Expertinnen und Experten aus Wissenschaft, Verbänden und Gewerkschaften.

Die Projektgruppe hat Anfang 2009 den Parteigremien einen Abschlussbericht vorgelegt, der Vorschläge für die Gestaltung altersgerechten Arbeitens, eine längerfristige Ausgestaltung gleitender Rentenübergänge und für eine Weiterentwicklung der gesetzlichen Rentenversicherung zu einer Alterssicherung für alle Erwerbstätigen enthält. Außerdem enthält der Bericht Vorschläge, wie perspektivisch Altersarmut verhindert

werden kann. Der Bericht war Grundlage für die Aussagen zur Alterssicherungspolitik im Regierungsprogramm 2009.

### **„Selbst Aktiv“ Netzwerk von Menschen mit Behinderung in der SPD**

Das Netzwerk Selbst Aktiv hat sich auch in den Jahren 2007-2009 engagiert in die SPD-Arbeit eingebracht. 2007 lag ein besonderer Schwerpunkt in der Mitwirkung am Hamburger Programm. Mit einem Fachverbändegespräch zusammen mit Generalsekretär Hubertus Heil, Präsidiumsmitglied Elke Ferner und der Behindertenbeauftragten Karin Evers-Meyer konnten wichtige inhaltliche Impulse für die Programmarbeit erbracht werden. In dem im Oktober 2007 verabschiedeten Hamburger Programm sind Passagen enthalten, die auf Initiativen von „Selbst Aktiv“ zurückgehen und bei Behinderten Beachtung gefunden haben. Das Hamburger Programm hat für aktive Behindertenpolitik hohen Erkennungswert. Dies wurde von Selbst-Aktiv-Vertretern im Behindertenbereich entsprechend kommuniziert.

Im Jahr 2008 hat Selbst Aktiv im Rahmen des Zukunftskonvents ein Bundestreffen durchgeführt. Unter Teilnahme von Andrea Nahles, Ulla Schmidt, Elke Ferner und Karin Evers-Meyer wurden wichtige Zielsetzungen für die Arbeit der kommenden Jahre vereinbart. Karl Finke wurde als Sprecher bestätigt und Christina Fuchs aus Rheinland-Pfalz sowie Alexander Boster aus Berlin wurden zu seinen Stellvertretern ernannt. Am Regierungsprogramm hat Selbst Aktiv intensiv mitgearbeitet – so konnten die behindertenpolitischen Aussagen des ersten Programmentwurfs im Rahmen eines Verbändehearings noch einmal verstärkt werden. Dies hat bei Behindertenverbänden bundesweit positive Aufmerksamkeit gefunden.

## **5. Parteileben**

### **a) Mitgliederwerbung/Mitgliederbindung**

Ende 2007 hatte die SPD 539.861 Mitglieder. Ende September 2009 waren es 513.381. Wir haben damit seit dem letzten Parteitag ca. 25.000 Mitglieder verloren. Allerdings hat sich der Mitgliederrückgang gegenüber den Vorjahren deutlich verlangsamt. Die Zahl der Eintritte konnte deutlich gesteigert werden, von 12.954 im Jahr 2007 auf 14.698 in 2008. Für das Jahr 2009 erwarten wir anhand der jetzt vorliegenden Zahlen nochmals eine spürbare Zunahme der Eintrittszahlen. Dieser positive Trend reicht allerdings bisher noch nicht aus, um die demografisch bedingten Mitgliederverluste auszugleichen.

2008 waren es die Landesverbände Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern, die einen Netto-Mitgliederzuwachs vorweisen konnten. Im Jahr 2009 zeigen die Landesverbände Thüringen, Mecklenburg-Vorpommern und Berlin die günstigste Entwicklung.

Betrachtet man die Eintritte auf örtlicher Ebene, so zeigt sich, dass die Eintritte v. a. dort zu verzeichnen sind, wo die Ortsvereine besonders vital sind und ein intensives Parteileben aufweisen. Auch eine gewisse Mindestgröße wirkt sich günstig auf die Mitgliederbindung und Mitgliederwerbung aus. Ortsvereine ohne „Gelegenheitskultur“ für den Parteieintritt stagnieren dagegen in ihren Mitgliederzahlen. Die Frage der Mitgliederentwicklung ist also von der allgemeinen organisationspolitischen Entwicklung der Partei nicht sinnvoll zu trennen.

Sehr erfreulich ist, dass sich der Anteil der Mitglieder im Juso Alter von 9,44% in 2008 auf 10,42% im September 2009 erhöht hat. Diese Entwicklung ist besonders erfreulich, da auch die absolute Zahl der Jusos von 48.703 im Jahr 2007 auf 49.195 im Jahr 2008 anstieg.

Um das Thema Mitgliederentwicklung in den Mittelpunkt der Parteiarbeit zu rücken, hat das Präsidium im Juni 2008 einen 12 Punkte-Plan beschlossen. Darin geht es um Maßnahmen, die ergriffen werden sollen, um die Mitgliederentwicklung positiv zu beeinflussen. Unter anderem wurde beschlossen, das Thema Mitgliederentwicklung auf allen Gliederungsebenen regelmäßig in Vorstandssitzungen sowie bei der Sitzung der leitenden Landes- und Bezirksgeschäftsführer zu behandeln, alle Hauptamtlichen der Partei zu den Themenbereichen Mitgliederwerbung und -bindung zu schulen, für ehrenamtliche Funktions- und Mandatsträger Seminare anzubieten sowie in allen Gliederungen ein Vorstandsmitglied mit der Aufgabe der Mitgliederbindung und -werbung zu beauftragen. Der Parteivorstand und die Bezirke und Landesverbände sollten die Umsetzung dieses Beschlusses weiter engagiert begleiten.

Wir wissen: Mitgliederbindung ist genau so wichtig wie Mitgliederwerbung. Für eine bessere Integration der Mitglieder in das Parteileben bietet das zentral verschickte Begrüßungspaket an alle Neumitglieder ein innovatives und stets aktuelles Informationspaket.

Ähnlich wie die Begrüßung von Neumitgliedern muss das Rückholen von Parteiaustritten und die Ehrung langjähriger Mitglieder notfalls zentral sicher gestellt werden, wenn die zuständige Gliederung insoweit überfordert ist.

Mit der Einrichtung eines neuen Referates Mitgliederwerbung und -entwicklung hat der Parteivorstand die Umsetzung der beschlossenen Maßnahmen insbesondere in Bezug auf Schulungen, Werbematerialien, Berichte und Analyse zur Mitgliederentwicklung und Werbekampagnen aktiv voran getrieben.

Das Wahljahr 2009 wurde besonders für die Mitgliederwerbung genutzt. Seit der Bundestagswahl konnten wir einen starken Zustrom an Online-Eintritten feststellen; mehr als 2.600 innerhalb von 4 Wochen. Die Zahl der Eintritte überstieg damit deutlich die üblichen Werte im Umfeld von Bundestagswahlen.



Neben der Zahl der Mitglieder ist auch ihre Sozialstruktur von großer Bedeutung. Leider spiegelt die Mitgliederstruktur schon seit längerer Zeit nicht mehr die Berufsbilder, den Lebensalltag und die Altersgruppen der Gesamtbevölkerung wieder. Es fehlen nicht nur Frauen und jüngere Mitglieder, sondern auch viele für die Sozialdemokratie wichtige Alltagserfahrungen. So mangelt es an aktiven Facharbeiter/innen, Krankenschwestern – und Pflégern, Polizeibeamten, Technikern, Ingenieuren, aber inzwischen auch an Lehrer/innen sowie Hochschullehrer/innen. Darunter leidet die „Trittfestigkeit“ der Volkspartei SPD. Eine künftige Strategie zur Mitgliederentwicklung sollte auch Antworten auf diese „Krise der Repräsentation“ liefern.

## **b) Organisationspolitische Herausforderungen**

Die beschriebenen Erfolge in der Mitgliederwerbung trösten nicht darüber hinweg, dass die SPD seit Beginn der 90iger Jahre einen erheblichen Mitgliederverlust zu verkraften hat. Dies hat Auswirkungen auf die Finanzen, die personelle Ausstattung, Strukturen, Teilhabe- und Kampagnenfähigkeit der Partei:

Im ehrenamtlichen Bereich fehlen – vor allem in den kommunalen Gliederungsebenen häufig ausreichend Aktive, um die Besetzung der statutarisch vorgesehenen Vorstandspositionen zu gewährleisten. Eine Auswahl von Personen für Vorstands- und Delegiertenmandate ist teilweise aufgrund der knappen personellen Ressourcen nur eingeschränkt möglich. Wichtige Positionen bleiben zum Teil unbesetzt.

Im hauptamtlichen Bereich sind in den letzten Jahren starke Arbeitsverdichtungen erfolgt. Während beispielsweise die Anforderungen an die Überprüfung der Rechenschaftsberichte gestiegen sind, wurde der dafür vorgesehene Personalbestand reduziert. Darüber hinaus sind es häufig die Hauptamtlichen, die die durch den Fortfall ehrenamtlicher Kräfte entstehenden Lücken schließen müssen.

Zusätzliche finanzielle Belastungen erwachsen daraus, dass einige traditionell ehrenamtlich erbrachte Leistungen (Hausverteilung, Plakatierung usw.) teilweise nur noch von kommerziellen Dienstleistern durchgeführt werden können.

Diese Trends betreffen nicht nur die SPD: Alle Parteien in Deutschland werden ihre Organisations-, Arbeits- und Entscheidungsformen einschneidend verändern müssen, wenn sie Massenorganisationen bleiben wollen. Der SPD erwächst aus dieser Entwicklung ein organisationspolitischer Klärungsbedarf:

- Welche Ebenen sollen welche organisatorischen Aufgaben – ggf. in welchem Umfang – wahrnehmen?
- Gibt es verzichtbare Organisationsaufgaben? Wie organisieren wir eine sinnvolle Aufgabenkritik?

- Wie können Kooperationen von Gliederungen vereinfacht werden? Welche Rolle spielt dabei projektorientierte Parteiarbeit?
- Welche Rolle können Mandatsträger für die Verankerung der Sozialdemokratie in der Gesellschaft leisten, ohne die Grenze zwischen Parteiorganisation und mandatsbezogener Arbeit zu verwischen?
- Wie muss eine Einnahmen-Struktur und die Einnahmen-Verteilung gestaltet werden, die den jeweiligen Aufgaben der Gliederungsebenen korrespondiert?
- Wie kann die Mitgliedschaft stärker in die innerparteiliche Willensbildung durch Mitgliederbefragungen und Urabstimmungen einbezogen werden, ohne die Parteivorstände aus ihrer Verantwortung für die politische und geistige Führung der Partei zu entlassen?
- Wie entwickeln wir unsere Online-Plattformen so weiter, dass sie mehr Beteiligung an der politischen Willensbildung und echte Mitarbeit an politischen Entscheidungen zulassen?
- Wie vermeiden wir, dass in der Abfolge der Funktionärgenerationen organisationsinternes Wissen verloren geht?
- Wo muss die Aus- und Weiterbildung der ehrenamtlichen und hauptamtlichen Tätigen sowie der Mandats- und Funktionsträger der SPD weiter verbessert werden?

### c) Die neue MAVIS

Bereits seit Ende 2005 wurde im Willy-Brandt-Haus über die Nachfolge der inzwischen 10 Jahre alten Mitgliederverwaltungssoftware MAVIS I nachgedacht. Der Umstieg wurde erforderlich, nachdem die bisherige Software an ihre technischen Grenzen gekommen und am Ende ihres Lebenszyklus angelangt war. Die SPD machte sich deshalb rechtzeitig auf die Suche nach einer technischen Lösung, die die bisher getrennten Datenbanken für Mitgliederpflege (MAVIS), Adressmanagement (ZAM), Newsletterversand (XPEDITE), E-Mail-Handling (EBOUND) und Kampagneninformation (KIS) sinnvoll zusammenführt. Auf Initiative des Generalsekretärs wurden die technischen Lösungen anderer Parteien im In- und Ausland analysiert. Herausgekommen ist eine sehr fruchtbare Kooperation mit unserer österreichischen Schwesterpartei SPÖ: Die Anwendung beruht auf einer Software, die die SPÖ bereits erfolgreich nutzt, was der SPD zusätzlich Sicherheit bei der Softwareumstellung verschafft. Eine Kooperationsvereinbarung mit der SPÖ stellt die fortlaufende Pflege und die Weiterentwicklung der Anwendung in den nächsten Jahren zu einem vernünftigen Preis sicher (Investitionsschutz). Das neue integrierte Mitgliederpflege- und allgemeine

Personen- und Organisationsauskunftssystem ist zukunftsorientiert und berücksichtigt die Anforderungen der SPD an ein modernes Informationssystem.

Die integrative Lösung ist modular aufgebaut und verbindet bereits bei der Produktivsetzung die Bereiche Adressverwaltung, Beitragsbearbeitung, die Möglichkeit der Kontakthistorisierung („voter's relations management“), ein Informationssystem der öffentlichen Verwaltungsstruktur, die Veranstaltungsplanung einschließlich der Möglichkeit der Internet-basierten Rückmeldung zu Veranstaltungen, ein Seminarverwaltungsmodul sowie ein Kalendarium. Daneben werden für die aktive Parteiarbeit Geomarketingdaten zur Bevölkerungsstruktur von Infas sowie die Ergebnisse der Bundestags- und Landtagswahlen in die Datenbank eingelesen und für zukünftige Wahlkämpfe auswertbar, visuell darstellbar und nutzbar gemacht.

Die Software-Architektur ermöglicht auch zukünftig die problemlose Einbindung von zusätzlichen Modulen. Solche zusätzlichen Module – etwa zur dezentralen Erfassung der jährlichen Rechenschaftsberichte, zum sicheren und geschützten Download der aktuellen Mitgliederlisten für den berechtigten Personenkreis, zur Korrektur der eigenen Daten in einem gesicherten Bereich – werden in den kommenden Jahren realisiert. Die Produktivsetzung dieser neuen Anwendung – MAVIS II – ist nach einer flächendeckenden Schulung der hauptamtlichen Kolleginnen und Kollegen für das erste Quartal 2010 geplant. Die neue MAVIS wird einen wichtigen Beitrag zur Modernisierung unserer Parteiarbeit leisten.

#### a) Parteischule

Die SPD verfügt wie keine andere Partei über ein ganzes Bündel personalentwickelnder Maßnahmen. Sie beziehen sich alle auf drei Dimensionen politischer Personalarbeit:

- **Quantität und Qualität.** Die Volkspartei SPD muss den personellen Bedarf auf allen Funktionsebenen der Mitgliederpartei decken, also nachhaltig und kontinuierlich personelle und programmatische Substanz aufbauen. Sie braucht viele qualifizierte und reflektierte Mitglieder.
- **Transparenz und Durchlässigkeit.** Die Partei muss Wege und Möglichkeiten gewährleisten für den bestmöglichen Einsatz der Mitglieder und Unterstützer in Funktionen, Mandaten und Aufgaben. Das gilt vom Ortsverein bis zur Bundespolitik, von der Arbeitsgemeinschaft bis hin zu Foren und Projekten.
- **Erneuerung und Weiterbildung.** Aktiven, Talenten (altersunabhängig) und Führungskräften müssen Bildungsangebote offen stehen, um sich inhaltlich, politisch und methodisch zu entwickeln und sich den stetig wandelnden Aufgaben und Anforderungen zu stellen.

Im Jahr 2007 erweiterte die Parteischule im Willy-Brandt-Haus auf Vorschlag des Generalsekretärs ihr Leistungsspektrum. Hinzu kam als vierte Säule die „Führungsakademie der sozialen Demokratie“, eine Weiterbildungsplattform für SpitzenpolitikerInnen. Die Führungsakademie trägt dazu bei, dass die SPD ihre Potenzialträger besser kennt.

Zusammen mit der betrieblichen Weiterbildung, der Mitarbeit im Netzwerk Politische Bildung und der Nachwuchsarbeit in der Kommunal-Akademie und der Ehrenamtlichen-Bildung bietet das Schulungsangebot eine gute Basis für eine innovative politische Personalarbeit, die dringend notwendig ist, um die innerparteiliche Demokratie zu vitalisieren.

Wir haben mit der SPD-Führungsakademie einen klaren Akzent gesetzt, weil Weiterbildung und Beratung auch in der Politik an Bedeutung gewinnen. Eindeutig ziehen wir aber auch die Trennlinie zwischen Akademiesbetrieb einerseits und innerparteilicher Demokratie mit Nominierungs- und Wahlverfahren andererseits. Nicht der Seminarschlaute oder die Trainingsbeste bekommt den Posten, das Mandat, sondern im wirklichen Leben entscheidet die innerparteiliche Demokratie. Auch die geförderten Nachwuchskräfte müssen ihre Kämpfe innerhalb der Parteihierarchie selber führen, Allianzen schmieden und von Mehrheiten gewählt werden. Die Akademien ersetzen nicht, sondern beleben die innerparteiliche Demokratie.

Was die Kommunal-Akademie und die Führungsakademie für den Lebensweg der einzelnen Personen, für die SPD und die soziale Demokratie beiträgt, wird die Zeit erweisen. Gute Politik haben sehr viele der Teilnehmenden erkennbar gemacht. Und sie kommen voran: zur Bürgermeisterin gewählt, zum Fraktionsvorsitzenden aufgestiegen, zum Landesvorsitzenden erkoren und so weiter. Manuela Schwesig und die neue Sozialministerin in Thüringen, Heike Taubert, haben an der Kommunal-Akademie, Martin Dulig, der sächsische Landes- und Fraktionsvorsitzende, und Martin Münch, die neue Wissenschaftsministerin in Brandenburg, an der Führungsakademie teilgenommen.

### **Schulung von Ortsvereinsvorsitzenden**

Jährlich wechseln etwa 10 Prozent der Ortsvereinsvorsitzenden in unseren mehr als 10.000 Ortsvereinen. Viele der neuen OV-Vorsitzenden fühlen sich oft nur unzureichend auf ihre neuen Aufgaben vorbereitet. Wir wollen unsere ehrenamtlichen Mitglieder, die bereit sind, Verantwortung zu übernehmen, unterstützen. Deshalb bietet der Parteivorstand seit 2004 eine Schulungsreihe speziell für neue OV-Vorsitzende an.

Die Seminarreihe vermittelt das Rüstzeug für die Arbeit im Ortsvereinsvorstand und umfasst die Inhalte Zielorientierung und rechtliche Grundlagen politischen Managements;

Projektmanagement und Präsentation; Zeitmanagement und Gesprächsführung sowie den neuen Aufbaukurs zur Presse- und Öffentlichkeitsarbeit.

### **Schulungsangebote für den Bundestagswahlkampf 2009**

2008 wurden die Schulungsangebote für den Bundestagswahlkampf konzipiert. Hauptzielgruppe der Angebote waren neue Kandidatinnen und Kandidaten für den Bundestag sowie deren Teams. In Mediatrainings und sogenannten „Drehbuchseminaren“ sollen die Wahlkämpfer fit für den Wahlkampf gemacht werden. Dabei wurden in der Zeit vom Januar 2009 bis Pfingsten insgesamt 25 Mediatrainings an 15 Standorten und 24 Drehbuchseminare an 19 Standorten im gesamten Bundesgebiet durchgeführt. Die Mediatrainings wurden von insgesamt 120 KandidatInnen in Anspruch genommen. Darunter 101 neue MdB-KandidatInnen, 7 EU-KandidatInnen und 12 weitere KandidatInnen. Für die Drehbuchseminare hatten sich insgesamt 415 TeilnehmerInnen aus 85 Wahlkreisen angemeldet.

In der Zeit zwischen Pfingsten und der heißen Phase des Wahlkampfes lag der Schwerpunkt bei der Schulung von Wahlkampfteams auf UB- und Wahlkreisebene. Insgesamt haben 250 Teilnehmer an Infostandtrainings teilgenommen. Zusätzlich wurde den Bezirken und Landesverbänden ein Seminarkonzept für Infostandtrainings zur Verfügung gestellt sowie bei der Vermittlung von qualifizierten Trainern geholfen. Desweiteren wurde ein Seminarkonzept „Spendensammeln im Wahlkampf“ entwickelt und unter Beteiligung der Bundesschatzmeisterin, Barbara Hendricks durchgeführt.

#### **b) Nachwuchs/Jugendarbeit: Jusos und Juso-Hochschulgruppen**

Die Arbeit der Jusos war in den letzten zwei Jahren vor allem durch zwei Großprojekte geprägt: Zum einen haben die Jusos mit der Kampagne: „Was ist heute links?“ einen neuen Diskussionsprozess angestoßen. Die politische Orientierung manifestierte sich dabei in den „63 Thesen – Für eine Linke der Zukunft“, die auf dem Bundeskongress der Jusos 2008 beschlossen wurden. Auf zwei Kongressen, wie dem Linkswendekongress, der zusammen mit den Hochschulgruppen organisiert wurde, wurde die neue Standortbestimmung mit über 1.000 TeilnehmerInnen und VertreterInnen aus Gesellschaft, Kultur, Wissenschaft und Politik intensiv diskutiert.

Das zweite Großprojekt war der Jugendwahlkampf, der 2009 zum ersten Mal von den Jusos eigenständig organisiert wurde. Trotz des schlechten Wahlergebnisses ist die Kampagnenfähigkeit der Jusos unbestritten. Mit vielen kreativen Aktionsideen vor Ort haben die Jusos den Wahlkampf bunter und attraktiver gemacht. Die Mobilisierung der Partei konnte zum Teil erst durch das großartige Engagement der Jungen Teams vor Ort erreicht werden.

Die Juso-Hochschulgruppen haben in den vergangenen beiden Jahren ihre erfolgreiche Arbeit fortgesetzt und mit neuen Instrumenten weiter verbessert. Mit der Hochschulzeitung „blattrot“, die bisher drei Mal in einer Auflage von jeweils 100.000 Stück an den Hochschulen verteilt wurde, hat unser Studierendenverband einen wichtigen Beitrag dazu geleistet, den Studentinnen und Studenten sozialdemokratische Politik näher zu bringen.

### c) Das WBH in der Mitte der Partei

#### **Partei- und Bürgerservice**

Die Zahl der eingegangenen Reaktionen der Bürgerinnen und Bürger war gerade im Wahljahr besonders hoch und auch deutlich höher als im Wahljahr 2005. Neben den vielen Briefen und Emails zu politischen Themen und Positionen, die im Wahlkampf diskutiert wurden, gab es viele Anfragen zu den unterschiedlichsten Aspekten des Wahlkampfes. Insgesamt gingen in den ersten zehn Monaten des Jahres rd. 46.000 E-Mails beim Bürgerservice ein. Hinzu kommen die Reaktionen in den „social networks“.

Fazit: Es gab im Wahljahr viele Rückmeldungen aus Partei und Gesellschaft über die Politik und die inhaltlichen Aussagen der SPD. Zustimmende Äußerungen waren dabei nur sehr wenige.

#### **Besuchergruppen**

Das Willy-Brandt-Haus stellt nach wie vor einen Mittelpunkt sozialdemokratischer Kommunikation dar und hat einen lebhaften BesucherInnen- und Veranstaltungsbetrieb. Dabei betreten auch solche Gäste gern unser Parteihaus, bei denen die SPD nicht der Veranstalter ist und deren OrganisatorInnen sowie TeilnehmerInnen keineswegs immer im vertrauten Verhältnis zur deutschen Sozialdemokratie stehen.

Die Besuchergruppen aus den Wahlkreisen unserer Bundestagsabgeordneten bilden die Hauptzielgruppe und absolvieren im WBH i.d.R. drei Programmpunkte: Führung, Film und Diskussion. Die Anzahl der das Willy-Brandt-Haus besuchenden Gruppen stieg mit der 2. Hälfte der 16. Legislatur kontinuierlich an: 2007: 429; 2008: 441; 2009 werden es mehr als 530 „geführte“ Besuchergruppen sein. Wir freuen uns, dass es nun gerade auch an den Wochenenden zusätzliche Möglichkeiten gibt, dass zunehmend Ortsvereine, AGs, Gewerkschaftsgruppen, Fraktionen aus Kommunalparlamenten, Schulklassen, Bildungsträger, Vereine etc. unser Besuchsprogramm in Anspruch nehmen können.

Die ReferentInnen des Parteivorstandes erhalten im Rahmen der politischen Diskussionen die Möglichkeit, wertvolle Stimmungen und Diskussionschwerpunkte an der Parteibasis und in der Bevölkerung aufzunehmen und in ihre tägliche Arbeit

einfließen zu lassen. Die Gäste haben die Möglichkeit über einen bereitliegenden Fragebogen Anregungen und Meinungen zu äußern und an die Adresse der „Zentrale“ zu übermitteln.

Aus einer Reihe von Rückmeldungen wissen wir, dass wir die Qualität der Besucherbetreuung weiter verbessern können. Der Parteivorstand bemüht sich daher um eine umfassende Schulung der Referentinnen und Referenten und um eine effektive Qualitätssicherung des Besucherdienstes.

## **Produktion**

Die Produktion begleitete die Erstellung der Werbematerialien des Parteivorstands. Hierzu gehörte das allgemeine Angebot an laufenden Druckerzeugnissen wie auch die werbliche Begleitung der Kampagnen und der Wahlkämpfe. Dabei umfasste die Arbeit des Referates die Gestaltung von Werbemitteln, Layout, Litho und Produktion als Komplettleistung.

Ein wichtiger und stetig wachsender Bestandteil der Arbeit bezog sich auf aktive, regionale Wahlkampfunterstützung bei Landtagswahlen, Kommunalwahlen und OB-Wahlen. Sie beinhaltete sowohl die Planung und Gestaltung von Werbematerial, die Organisation und Durchführung der Werbemittelproduktion sowie die Produktion des Kandidatenwerbemittels. Das Referat organisierte und führte die Kandidatenshootings vor Ort durch.

Mit der Einführung einer Web-to-Print Plattform im SPD Mitgliedernetz, dem SPD-Druckportal, wurde im Frühjahr 2008 eine parteiinterne Kampagnen- und Wahlkampfplattform zur Produktion von individuellen Drucksachen, Bundestags-, Europa-, Länder- und Kommunalwahlwerbemitteln geschaffen. In der Bundestagswahl wurden sowohl der Produktionsworkflow als auch das gesamte Bestellwesen der Kandidatenmaterialien (Flyer, Plakate, etc.) über das Portal abgewickelt. Knapp 95 Prozent der KandidatInnen nutzten die Plattform für ihre individuellen Werbeproduktionen. Das Portal bietet bisher einen eigenen Bereich zur Mitgliederwerbung und allgemeinen Werbemitteln wie Visitenkarten, Eindruckplakate und Briefbögen. Diese stehen in stetiger Anpassung an das aktuelle Corporate Design der SPD dem User zur Verfügung, hierbei kann gewählt werden zwischen direkter Online-Bestellung und einem Druckdaten-Download.

Im Bereich der technischen Vorkosten und durch den Wegfall von hohen Agenturleistungen hat die SPD in diesem Bereich beträchtliche Einsparungen im Interesse der Gesamtpartei realisieren können.

Ziel des Parteivorstands ist es, mit dem weiteren Ausbau des Portals, den Gliederungen ein modernes Mittel zur kostengünstigen und hochwertigen Medienproduktion zu

bieten und den stetigen Anspruch an Qualität und Individualität werblicher SPD-Produktionen besonders in der Fläche, auf kommunaler Ebene zu verbessern.

Es sollte geprüft werden, wie in Zukunft die neue MAVIS II sinnvoll mit dem Druckportal und Postserviceleistungen verknüpft werden kann, um die Geschäftsstellen der Partei von Einladungsdruck, Kuvertierung, Etikettierung und Frankierung zu entlasten.

## **Vertrieb**

Die Wahlkampfarbeit im SPD-Shop begann mit der Planung und dem Einkauf der Wahlwerbematerialien und der Erarbeitung der Aktions- und Vertriebskonzepte für die Europa- und Bundestagswahl lange vor den eigentlichen Wahlkampfphasen. Im Europawahlkampf wurden knapp 4000 Aufträge und im Bundestagswahlkampf ca. 8000 Aufträge bearbeitet. In dieser Zeit wurden mehr als 26.000 Pakete versendet.

Im Bundestagswahlkampf wurden ca. 279.000 Plakate, 550.000 Regierungsprogramme, knapp 2 Millionen Themenflyer, 310.000 Wahlkampfzeitungen und ca. 500.000 Broschüren und Info-Cards von SPD-Gliederungen bestellt.

Zudem wurde in der Abteilung der Einsätze von Outdoor-Medien u.a. kommerzieller und mobiler Großflächen zur Bundestagswahl (ca. 17.000 Flächen), zur Europawahl (ca. 9.000 Flächen) und zu den Landtagwahlen in Hamburg, Bayern, Hessen und Sachsen geplant und organisiert.

## **Partei online – digitale Medien**

Das Internet stand im Jahr 2009 an der Schwelle zum neuen Leitmedium. Der Fähigkeit, digital zu kommunizieren, fiel eine Schlüsselrolle in der politischen Kampagnenführung zu. Wir können über das Internet viele Menschen erreichen. Daher verstehen wir es als ergänzendes Instrument der politischen Kommunikation.

Mit dem Relaunch von spd.de positionierte die SPD ihre digitale Dachmarke im Internet neu. Das Portal bietet seitdem wichtige Innovationen: Mit einem neuen Seitendesign entwickelte sich spd.de zum Vorreiter nutzerfreundlicher Politik-Angebote im Internet. Mit spd.de integrierte die SPD die bestehenden Kommunikationskanäle und Anwendungen des Web 2.0 und legte den Grundstein für die dynamische Erweiterung der Startseite um neue Formate im „Social Web“. Die neue Startseite als prominenteste und wichtigste Seite des Portals revolutionierte die klassische Seitenstruktur bestehender politischer Websites durch eine völlig neue Konzeption. Zentrales Element ist die Multi-Content-Box. In ihr können Besucherinnen und Besucher über eine horizontale und eine vertikale Auswahlleiste navigieren und sich anhand von Audio-, Video-, Bild- und Text-Inhalten informieren. Besucherinnen und Besucher finden auf der Startseite die prominent platzierten Mitmach-Angebote von spd.de. Der Besucher kann sich



beteiligen, die Partei unterstützen oder in einen Dialog eintreten. Der neue Internetauftritt ist aufgrund seiner barrierefreien Struktur einem sehr großen Benutzerkreis mit unterschiedlichen Endgeräten zugänglich. Darüber hinaus sind die Startseiteninhalte alternativ auch in einer klassischen barrierefreien Gestaltung abrufbar.

Auch die Websites der Arbeitsgemeinschaften, Arbeitskreise und Foren wurden modernisiert. Damit wurde unter [netzwerk.spd.de](http://netzwerk.spd.de) ein synchronisiertes Angebot geschaffen, in das alle AGs, AKs und Foren mit einem jeweils eigenständigen Bereich integriert sind. Alle sind natürlich auch direkt über eine individuelle URL zu erreichen. Dank eines Flash-Elementes kann man problemlos zwischen den Internetseiten der anderen Arbeitsgemeinschaften, Arbeitskreisen und Foren navigieren.

Im März ging mit [wahlkampf09.de](http://wahlkampf09.de) die zentrale Kampagnenplattform der SPD im Wahljahr 2009 ins Netz. [wahlkampf09.de](http://wahlkampf09.de) war im Onlinewahlkampf der SPD die „Tankstelle“ für Argumente und Ideen, für Kritik und Anregungen. [wahlkampf09.de](http://wahlkampf09.de) wurde bewusst als offene, interaktive Plattform konzipiert, die zum Anpacken anregt. Mehrere Weblogs informierten aktuell über den Wahlkampf. Dass Kommunikation im Netz keine Einbahnstraße ist, sondern als Gespräch erfolgt, hat die SPD verstanden. Bestes Beispiel dafür war Frank-Walter Steinmeiers Blog, in dem dieser persönlich für sozialdemokratische Politik warb. Kommentare waren nicht nur erwünscht, sie wurden auch ernst genommen und aufgegriffen.

Das Internet bietet viel Raum für den Wahlkampf, nicht nur auf den eigenen Plattformen, sondern insbesondere in den sozialen Netzwerken wie Facebook, [meinVZ](http://meinVZ.de), auf Twitter und in den Weblogs. Neben den eigenen Internetplattformen baute die SPD daher ihre Präsenz auf Twitter, YouTube, Facebook, [StudiVZ](http://StudiVZ.de) und Flickr kontinuierlich aus.

Neben den Plattformen [spd.de](http://spd.de), [wahlkampf09.de](http://wahlkampf09.de) sowie [meineSPD.net](http://meineSPD.net) wurde mit dem Start der neuen persönlichen Internetseite des Kanzlerkandidaten Frank-Walter Steinmeier das Onlinequartett der SPD-eigenen Internetplattformen komplett. Der Launch der Internetseite [www.frank-walter-steinmeier.de](http://www.frank-walter-steinmeier.de) setzte neue Maßstäbe für persönliche Politiker-Homepages in Deutschland – formal sowie inhaltlich wegweisend für moderne, personalisierte und sozialdemokratische Kommunikation im Internet.

Wir haben die online-Präsenz der SPD erneuert aber wir haben nicht alle Ziele erreicht. Wir wollen über das Netz erreichen, dass mehr Menschen aktiv an Politik teilhaben und sich für die SPD einsetzen. Debatten und Positionen wirken nur dann, wenn sie von den Usern auch in ihr analoges Umfeld mitgenommen werden. Daran werden wir weiter arbeiten.

Das Internet hat unser Informations- und Kommunikationsverhalten und damit unser persönliches und berufliches Leben längst verändert. Es hat neue Zugänge zu

Bildung, Kultur, Politik und Wirtschaft und internationalem Austausch eröffnet. Es ist gut, dass wir darüber diskutieren, wie wir das Internet gestalten wollen. Es muss auch über Rechtssicherheit und internationale Verständigung diskutiert werden. Unser oberstes Ziel ist ein freies, demokratisches und gerechtes Internet. Freiheit und Recht sind im Internet keine Gegner. Im Gegenteil: Recht ist online wie offline Voraussetzung für Freiheit.

Der Online-Beirat beim SPD-Parteivorstand hat in der Vergangenheit wertvolle Arbeit geleistet. Ich wünsche mir, dass dieser Faden in der Zukunft wieder aufgenommen wird.

## **INTERN**

In insgesamt zehn Ausgaben im Jahr berichtet der Informationsdienstes INTERN auf jeweils 16 bis 20 Seiten über die Arbeit des Parteivorstandes, aus den Gliederungen sowie über sozialdemokratische Politik im Bundestag, in den Ländern und Kommunen.

Intensiv begleitet wurden im Jahr 2009 insbesondere die Wahlkämpfe zur Europa- und zur Bundestagswahl. Neben den Wahlkampfthemen berichtete INTERN insbesondere über die Kampagnenplanung, über die Kundgebungstour, Aktivitäten in den Ländern und über Serviceangebote und Materialien des Parteivorstandes.

### **Multimediarredakteure**

Im Rahmen der Dialogkampagne „Deutschland-Dialog“ wurde Mitte 2008 das Referats- und abteilungsübergreifende Projekt „Multimediarredaktion“ ins Leben gerufen, um die Kampagne und die damit zusammenhängenden Termine medial zu begleiten.

Im Rahmen der unterschiedlichen Veranstaltungen führen die ca. 15 an Video- und Fotokamera geschulten Mitarbeiter des Parteivorstandes mit zu den Terminen und machten vor Ort Videos und Fotos, die dann auf den Seiten und Portalen des Parteivorstandes und auf externen Plattformen genutzt und verbreitet werden konnten. Auch innerhalb des Willy-Brandt-Hauses waren die Redakteure ein viel gefragter Dienstleister. Sowohl für die Parteispitze als auch für die Arbeitsgemeinschaften, Foren und Unterstützerinitiativen wurden kurze Statements, Bilder und Clips erstellt.

### **Veranstaltungsmanagement**

Der zentrale Rednereinsatz betreut regelmäßig die Parteitermine des Parteivorsitzenden, seiner Stellvertreter sowie des Generalsekretärs. Diese Betreuung umfasst die technische und logistische Vorbereitung der Termine, die Erstellung eines Ablauf- bzw. Tagesplans mit wichtigen Hintergrundinformationen, Biografien der Teilnehmer, Informationen zu besuchten Unternehmen/Institutionen und anderes mehr. Insgesamt wurden vom

Referat Zentraler Rednereinsatz in den Jahren 2008/2009 etwa 1.000 Termine der Parteispitze betreut.

## **6. Fazit**

Ich werde auf dem ordentlichen Bundesparteitag in Dresden nicht mehr als Generalsekretär unserer Partei kandidieren. Stattdessen konzentriere ich mich künftig auf die Arbeit in der SPD-Bundestagsfraktion. Als stellvertretender Vorsitzender der Fraktion will ich im Bereich Wirtschaft und Arbeit mithelfen, eine starke Opposition aufzubauen. Ich habe es als große Ehre empfunden, unserer Partei in vier bewegten Jahren als Generalsekretär zu dienen. Es war ein besonderes Privileg, in dieser Zeit am Zustandekommen unseres Hamburger Grundsatzprogramms mitwirken zu dürfen. Ich bin nach wie vor der Überzeugung, dass wir damit programmatisch auf der Höhe der Zeit sind. Seit 2005 war ich mit meinem Team viel unterwegs in den Unterbezirken und Ortsvereinen unserer Partei. Ich möchte mich für die Begegnungen und die Unterstützung bedanken, die ich in dieser Zeit erfahren habe. Mein besonderer Dank gilt den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Willy-Brandt-Hauses für Ihren Einsatz und ihre Loyalität.

Unserer gesamten Partei und denjenigen, die jetzt Verantwortung an der Spitze der SPD übernehmen werden, wünsche ich von Herzen Glück, Kraft und Erfolg. Gerade angesichts schwarz-gelber Politik werden immer mehr Menschen spüren, wie wichtig eine starke SPD für unser Gemeinwesen ist. Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands wird gebraucht!

## Bericht über den Stand der Betriebsorganisation/AfA

### 1. Bericht über den Stand der AfA - und Betriebsorganisation

Nach dem Beschluss des Bundesparteitag München 1982 - „Richtlinien für die politische Betriebsarbeit der SPD“ - ist der Parteivorstand verpflichtet, auf jedem Ordentlichen Bundesparteitag einen Bericht über den Stand der Beteiligung betriebstätiger Arbeitnehmer/Arbeitnehmerinnen an der Parteiarbeit vorzulegen.

Der letzte Bericht über den Stand der Betriebsorganisation wurde dem Bundesparteitag 2007 in Hamburg vorgelegt. Dem nächsten Ordentlichen Bundesparteitag 2009 in Dresden ist ein weiterer Bericht vorzulegen. Zu diesem Zweck wurde eine Umfrage bei allen Landesverbänden und Bezirken vorgenommen.

### 2. Ergebnisse der Umfrage

#### a) Gegenstand der Umfrage

Die Umfrage erstreckte sich auf folgende Fragen:

- Anzahl der SPD-Unterbezirke/Kreisverbände
- Anzahl der Arbeitsgemeinschaften für Arbeitnehmerfragen auf der Ebene der Unterbezirke/Kreisverbände
- Anzahl der Betriebsgruppen innerhalb des Landesverbandes/Bezirk
- Anzahl der Betriebsvertrauensleute innerhalb des Landesverbandes/Bezirk

#### b) Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen in den Unterbezirken

Aus den Antworten der Landesverbände/Bezirke ergibt sich, dass in 244 von 422 Unterbezirken/Kreisverbänden Arbeitsgemeinschaften für Arbeitnehmerfragen bestehen. In einzelnen Landesverbänden ist die Differenz zwischen der Anzahl der Unterbezirke und der Arbeitsgemeinschaften für Arbeitnehmerfragen weiterhin groß. Eine der wesentlichen organisatorischen Aufgaben besteht deshalb darin, die Organisationsstruktur der AfA so auszubauen, dass in sämtlichen Unterbezirken/Kreisverbänden Arbeitnehmerstrukturen als Bindeglied zwischen Partei/Gewerkschaften/Betrieb bestehen.

#### c) Betriebsgruppen

Die Landesverbände/Bezirke haben die Frage nach der Anzahl der bestehenden SPD-Betriebsgruppen dahingehend beantwortet, dass insgesamt 438 Betriebsgruppen bestehen. Dies sind 34 weniger als vor zwei Jahren. Hinzu kommen 126 Betriebsgruppen im Bereich Eisenbahn, die vom zentralen Betriebsgruppenausschuss Eisenbahn betreut und koordiniert werden. 2004 wurde im Bereich der Bauwirtschaft ein zentraler Betriebsgruppenausschuss neu gegründet.

Der AfA-Bundesvorstand arbeitet an einer stärker branchenorientierten Gründung von zentralen Betriebsgruppenausschüssen als Kompetenznetzwerke. Ende 2008 wurde eine Branchenbetriebsgruppe für den Bereich der Telekommunikation neu gegründet. Im Januar 2009 wurde eine Branchenbetriebsgruppe im Bereich der Deutschen Post neu gegründet.

**d) Betriebsvertrauensleute**

Die Anzahl der Betriebsvertrauensleute wird von den Landesverbänden und Bezirken mit insgesamt 3.041 angegeben. Die weitaus größte Anzahl ist in der gewerblichen Wirtschaft tätig, während die zweitgrößte Gruppe auf den öffentlichen Dienst und öffentliche Dienstleistungsunternehmen entfällt. Unterrepräsentiert sind sie im privaten Dienstleistungssektor.

Anlage: Umfrageergebnisse Landesverband/

Stand: 22. Oktober 2009

<b>Umfrageergebnisse, gegliedert nach SPD-Landesverbänden und Bezirken</b>				
Landesverband / Bezirk	Zahl der SPD-UB / KV	Zahl der AGs für Arbeitnehmerfragen im UB / KV	Gesamtzahl der Betriebsgruppen im LV / Bezirk	Gesamtzahl der Betriebsvertrauensleute im LV / Bezirk
LV Schleswig-Holstein	15	10	3	850
LO Hamburg	7	7	4	210
LO Bremen	3	3	51	28
Bez. Nord-Niedersachsen	6	2	--	--
Bez. Weser-Ems	17	10	--	--
Bez. Hannover	13	10	31	235
Bez. Braunschweig	9	7	5	30
LV Nordrhein-Westfalen	54	46	196	209
Bez. Hessen-Nord	8	8	30	68
Bez. Hessen-Süd	18	15	57	800
LV Baden-Württemberg	43	25	16	300
LV Bayern	97	40	10	30
LV Rheinland-Pfalz	28	18	9	107
LV Saar	7	5	9	--
LV Berlin	12	10	14	50
LV Mecklenburg-Vorpomm.	18	2	2	--
LV Brandenburg	18	8	1	22
LV Sachsen-Anhalt	14	3	--	--
LV Thüringen	22	12	--	--
LV Sachsen	13	3	--	--
Gesamt	422	244	438	3.041

## Gleichstellungsbericht

### Berichterstatlerin:

Elke Ferner, MdB

Bundesvorsitzende der Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen (ASF)

## INHALTSVERZEICHNIS

### Einleitung Elke Ferner, MdB

Bundesvorsitzende der Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen (ASF) 576

<b>1. Die SPD auf Bundesebene</b>	582
1.1. Mitgliederentwicklung	582
1.2. Parteivorstand, Präsidium, Parteirat	582
1.3. Weibliche Delegierte zu den Bundesparteitag 1984 bis 2007	583
1.4. Delegierte auf dem ordentlichen Bundesparteitag November 2007 nach Landesverbänden / Bezirken	583
1.5. Kommissionen und Beiräte des Parteivorstandes (Rangfolge nach Frauenanteil in Prozent)	584
1.6. Bundesvorstände der Arbeitsgemeinschaften	585
1.7. Foren, Projektgruppen, Gesprächskreise und sonstige Gremien des Parteivorstandes (Rangfolge nach Frauenanteil in Prozent)	586
<b>2. Die SPD auf Landesverbands , Bezirks , Unterbezirks- und Ortsvereinsebene</b>	587
2.1. Mitgliederentwicklung in den Landesverbänden und Bezirken 2003 bis 2008	587
2.2. Weibliche Mitglieder in den Landesverbänden und Bezirken (Rangfolge nach Frauenanteil in Prozent, Stand: 31.12.2008)	588
2.3. Vorstände der Landesverbände und Bezirke Vorstände der Landesverbände, die nicht den Status von Bezirken haben	590
2.4. Vorsitzende und Vorstände der Unterbezirke / Kreisverbände	590
2.5. Vorsitzende und Vorstände der Ortsvereine	591
<b>3. Parlamente / Fraktionen / Regierungen</b>	592
3.1. Fraktion der Sozialdemokratischen Partei Europas (SPE) im Europäischen Parlament	592
Anteil der weiblichen Abgeordneten unter den SPD-Abgeordneten des Europäischen Parlaments 1979 bis 2009	592

3.2. SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag	593
3.2.1 Weibliche Abgeordnete in der SPD-Bundestagsfraktion seit 1949	593
3.2.2 Frauen im Fraktionsvorstand der SPD-Bundestagsfraktion	594
3.2.3 Frauen im Fraktionsvorstand der SPD-Bundestagsfraktion seit 1949	594
3.2.4 Zusammensetzung der Ausschüsse und Arbeitsgruppen	595
3.3. Bundesregierung	595
3.4. SPD-Fraktionen der Länderparlamente	595
3.4.1 Weibliche Abgeordnete in den SPD-Landtagsfraktionen (Rangfolge nach Frauenanteil in Prozent)	595
3.4.2 Funktionsverteilung in den SPD-Fraktionen der Länder Vorstände der SPD-Landtagsfraktionen	596
3.4.3 Frauenanteil unter den SPD-Arbeitskreis- und -Ausschussvorsitzenden	597
3.5 Landesregierungen	598
3.5.1 Frauenanteil in Landesregierungen, an denen die SPD beteiligt ist	598
3.5.2 Zum Vergleich: Frauenanteil in Landesregierungen, an denen die SPD nicht beteiligt ist	599
<b>4. Bericht der Bundes-SGK über die Repräsentanz der Frauen in kommunalen Vertretungen und kommunalen Spitzenpositionen</b>	600
4.1. Frauenanteil bei Ratsmitgliedern in Gemeinden mit 10.000 und mehr Einwohnerinnen und Einwohnern	600
4.2. Weibliche Vorsitzende der SPD-Stadt- und -Kreistagsfraktionen	600
4.3. Von sozialdemokratischen Frauen besetzte Führungspositionen im Vergleich zu allen von der SPD besetzten Führungspositionen auf kommunaler Ebene	601
4.4. Frauen im Vorstand der Bundes-SGK und in den Vorständen der Landes-SGKs	601
<b>5. Hauptamtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter</b>	602
5.1. SPD-Parteivorstand	602
5.2. SPD-Landesverbände, -Bezirke und -Unterbezirke, Regionalgeschäftsstellen und Kreisverbände	603
5.3. Landesverbände, die nicht den Status von Bezirken haben	604



## Einleitung

Elke Ferner, MdB

Bundesvorsitzende der Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen (ASF)

Mehr als 20 Jahre nach dem Quotenbeschluss der SPD auf dem Bundesparteitag 1988 in Münster wird hiermit dem Bundesparteitag erneut Bericht erstattet über die Gleichstellung in Ämtern, Funktionen und Mandaten der Partei in den letzten zwei Jahren seit dem Parteitag in Hamburg 2007.

## Mitgliederentwicklung

Im Berichtszeitraum überstieg der Frauenanteil in der Mitgliedschaft erneut die 30-Prozent-Grenze, Ende 2008 lag der Anteil bei 31,08 Prozent. Dieser Prozess ging jedoch mit rückläufigen Zahlen der SPD-Mitglieder – auch der weiblichen – einher. Im Zeitraum vom 01.01.2004 bis 30.09.2009 verlor die Partei mehr als 47.000 weibliche Mitglieder. Das sind 30,7 Prozent der gesamten Mitgliederaustritte in diesem Zeitraum.

Festzustellen ist, dass die Frauenanteile in den einzelnen Landesverbänden und Bezirken durchaus unterschiedlich sind. Neun Landesverbände und Bezirke liegen über der 30-Prozent-Marke, elf Landesverbände und Bezirke liegen darunter. Spitzenreiter sind Schleswig-Holstein und Hamburg mit jeweils mehr als 34 Prozent, Schlusslichter sind Hessen-Nord und Sachsen mit gut 26 bzw. 23 Prozent. Es bleibt zu prüfen, woraus derart eklatante Unterschiede resultieren.

## Partei Vorstand, Präsidium, Parteirat, Delegierte auf Parteitag

Im Parteivorstand, dem höchsten vom Parteitag gewählten Organ, liegt der Frauenanteil seit dem Hamburger Parteitag im November 2007 bei 40 Prozent – die Mindestabsicherung ist damit erfüllt, aber auch nicht mehr. Das Ziel der Parität wird weiter angestrebt.

Das 16-köpfige Präsidium setzt sich zusammen aus 8 Frauen und 8 Männern, im engeren Führungskreis, in dem in der vorherigen Wahlperiode noch Parität bestand, sind bis zur Neuwahl des Parteivorstandes nur noch zwei Frauen (Schatzmeisterin und eine stellvertretende Vorsitzende) und vier Männer (Parteivorsitzender zwei Parteivize, und Generalsekretär vertreten.

Dem laut Satzung 110-köpfigen Parteirat gehören 48 Frauen an, damit liegt in diesem Organ aus Vertreterinnen und Vertretern der Landesverbände und Bezirke der Frauenanteil bei 43,6 Prozent Frauen an, die Mindestabsicherung ist erfüllt.

Auf den ordentlichen Bundesparteitagen liegt der Frauenanteil unter den Delegierten regelmäßig über 40 Prozent. Beim Parteitag 2007 betrug der Frauenanteil knapp 42 Pro-

zent. Die 40-Prozent-Marke wurde von einem Großteil der Delegationen erreicht, Spitzenreiter war Schleswig-Holstein mit fast 58 Prozent, gefolgt von Sachsen-Anhalt (57,1) und Sachsen (55,6). Echte Parität, also 50:50 erreichte der Bezirk Braunschweig. Ausrutscher nach unten bildeten die Delegationen aus Hessen-Süd, Saar, Nordrhein-Westfalen und Nord-Niedersachsen. Nordrhein-Westfalen hat mit einem Frauenanteil von 34,6 Prozent die 40-Prozent-Marge erneut deutlich verfehlt, bei einer Delegation von 127 Köpfen fällt dies durchaus ins Gewicht. Die organisationspolitische Kommission wird gebeten, zu prüfen, wie durch entsprechende satzungsrechtliche Regelungen bei jeder Delegation die Mindestabsicherung erfüllt werden kann.

### **Arbeitsgemeinschaften, Kommissionen, Foren usw.**

Die Frauenbeteiligung in den Vorständen der Arbeitsgemeinschaften, in Foren, Kommissionen, Projektgruppen und Gesprächskreisen ist höchst unterschiedlich.

Die Arbeitsgemeinschaften erzielen in ihren Vorständen recht unterschiedliche Werte, sie reichen von 58,3 Prozent bei den Jusos, 57,1 Prozent bei der Arbeitsgemeinschaft für Bildung, über 55,6 Prozent bei der AG 60 plus und 50 Prozent bei der ASJ und den Bundesvorstand der Juso-Hochschulgruppen. Die Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten im Gesundheitswesen und die Arbeitsgemeinschaft Selbständige in der SPD erreichten jeweils 40 Prozent. Der geringste Frauenanteil ergab sich im Bundesvorstand der AfA. Sie verfehlt die Quote im Vorstand mit einem Anteil von gut 33,3 Prozent.

Bei den Foren ist die Spannweite sehr groß. Herausgehoben seien das Forum Kinder und Familie mit einem Frauenanteil von 70 Prozent und das Forum Nachhaltigkeit mit einem Anteil von 24,5 Prozent. Hier zeigt sich, dass weiterhin auch bei unseren Gremien die thematische Zuordnung und Besetzung von Gremien sehr stark geschlechtsspezifisch segregiert ist. Parteivorstand und Präsidium sind aufgefordert, dafür zu sorgen, dass bei der Berufung für Kommissionen, Foren und Projektgruppen die Mindestabsicherung von 40 % eingehalten wird.

### **Vorstände auf Landes-, Bezirks- und örtlicher Ebene**

In den Landes- und Bezirksvorständen ist bis auf drei Ausnahmen (Braunschweig 33,3 Prozent, Saar 34,8 Prozent und Hannover knapp verfehlt mit je 39,1 Prozent) die Mindestquote von 40-Prozent erreicht. 50 Prozent Frauenanteil und mehr erreichen Rheinland-Pfalz, Hessen-Süd und Mecklenburg-Vorpommern. Wie 2005 werden nur zwei Landesverbände von Frauen geführt, Baden-Württemberg durch Ute Vogt und Nordrhein-Westfalen durch Hannelore Kraft.

In etwa jedem vierten Unterbezirk bzw. Kreisverband hat eine Frau den Vorsitz inne, doch auch hier liegt die Spannweite zwischen Null, wie in Bremen, und mehr

als 71 Prozent im Landesverband Rheinland-Pfalz. In den Vorständen dieser Gliederungsebenen beträgt der Frauenanteil im Durchschnitt knapp 37 Prozent. Etwa jedem fünften Ortsverein steht eine weibliche Vorsitzende vor (18,8 Prozent), in den Vorständen der Ortsvereine haben Frauen fast 30 Prozent der Ämter inne.

## Wahlen

Im Berichtszeitraum fanden eine Reihe von Wahlen auf Landes-, Bundes- und Europabe-ebene statt. Landtagswahlen bzw. Bürgerschaftswahlen fanden statt in Niedersachsen (27.01.2008), Hamburg (24.02.2008), Bayern (28.09.2008), Hessen (18.01.2009), Thüringen, Saarland, Sachsen (30.08.2009) sowie in Brandenburg und Schleswig-Holstein (27.09.2009).

### Europawahl

Bei den Europawahlen am 7. Juni 2009 erzielte die SPD 20,8 Prozent der Stimmen und verlor damit erneut 0,7 Prozentpunkte, bei gleichbleibender Anzahl der Sitze. Unter den 23 Abgeordneten sind zehn Frauen (Frauenanteil 43,5 Prozent). Damit haben die „Europäer“ ihre 2004 eingebüßte Vorreiterrolle bezüglich der Frauenbeteiligung wiedergewonnen. Dennoch keimte erneut die Debatte über die Frage einer gemeinsamen Bundesliste oder von Landeslisten für die Europawahlen auf. Die Geschlechterquote können wir nur mit einer Bundesliste gewährleisten.

### Bundestagswahl

Die Bundestagswahl am 27. September 2009 brachte für die SPD ein enttäuschendes Wahlergebnis, massive Verluste an Wählerstimmen und Abgeordneten in der SPD-Bundestagsfraktion sowie das Ausscheiden der SPD aus der Bundesregierung.

Die Fraktion sank von 222 Abgeordneten auf 146 Abgeordnete, darunter sind 56 Frauen. Der Frauenanteil beträgt jetzt 38,5 Prozent, nähert sich damit weiter der 40-Prozent-Marke an, verfehlt sie aber noch immer knapp. 37 Frauen gewannen ein Direktmandat, 19 Bewerberinnen zogen über die Liste ein. 28 Abgeordnete zogen neu in die Fraktion ein, darunter 10 Frauen. 18 weibliche Abgeordnete verpassten den Wiedereinzug in den Bundestag, weitere 16 Parlamentarierinnen hatten nicht mehr zur Wahl gestanden. Erfreulich war, dass in 5 Landesverbänden (Baden-Württemberg, Hessen, Rheinland-Pfalz, Sachsen-Anhalt und Saarland) die Landesliste von einer Spitzenkandidatin angeführt wurde. Allerdings gab es bei den Nominierungen für die Bundestagswahl unabhängig von dem Ausgang der Wahl schon im Vorfeld Entscheidungen, die unter gleichstellungspolitischen Aspekten nicht akzeptabel sind. In Hamburg und Bremen wurde erneut keine einzige Frau als Wahlkreiskandidatin aufgestellt. Bremen bleibt weiterhin das einzige Bundesland ohne weibliche Bundestagsabgeordnete. Den höchsten Frauenanteil haben die Landesgruppen Sachsen-Anhalt (66,7 Prozent), Brandenburg (60 Prozent) und Berlin

(60 Prozent) in der SPD-Bundestagsfraktion. In den Landesgruppen Niedersachsen, Bayern und Saarland sind Frauen zu jeweils 50 Prozent vertreten. Den geringsten Anteil haben Bremen (0 Prozent), Hamburg (25 Prozent) und Nordrhein-Westfalen (28,2).

Der neue geschäftsführende Fraktionsvorstand setzt sich aus einem männlichen Vorsitzenden, 9 stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden und 5 Parlamentarischen Geschäftsführerinnen und Geschäftsführern zusammen, darunter sind drei weibliche Fraktionsvize, 3 Geschäftsführerinnen und als Justitiarin Brigitte Zypries. Es bleibt abzuwarten, wie die weitere Besetzung der Fraktionsgremien und der Ausschüsse des Bundestages aussehen werden.

### Landtagswahlen

Bei den Landtagsfraktionen liegt Bremen an der Spitze (50 Prozent), gefolgt von Bayern und dem Saarland. Auf der anderen Seite verfehlen die Landtagsfraktionen in 8 Bundesländern die 40-Prozent-Marke, teilweise ganz knapp wie in Niedersachsen und Thüringen, deutlich in Baden-Württemberg und Mecklenburg-Vorpommern mit Werten unter 30 Prozent.

Neben anderen Gründen sind es die Wahlgesetze mancher Bundesländer die verhindern, dass bessere Frauenanteile erreicht werden

In den Kommunalvertretungen ist ein durchschnittlicher Frauenanteil unter den SPD-Mandatsträgerinnen und -mandatsträgern von gut 29,3 Prozent erreicht. Dieser Wert schwankt jedoch erheblich je nach Größe der Kommune: In Kommunen über 1.000.000 Einwohnerinnen und Einwohnern hat sich der Wert im Betrachtungszeitraum verringert, der Frauenanteil liegt bei 43,6 Prozent (minus 3,6 Prozent), in Städten von 500.000 bis 1.000.000 Einwohnerinnen und Einwohnern bei 41,2 Prozent (plus 1,2 Prozent). Je kleiner die Kommune, desto geringer ist der Frauenanteil unter SPD-Ratsmitgliedern. Bei den kommunalen Spitzenpositionen wie Oberbürgermeisterinnen, Bürgermeisterinnen und Landrätinnen gibt es teilweise rückläufige Zahlen. Die Funktionen sind zu überwiegendem Teil von Männern besetzt.

### Hauptamtlich Beschäftigte

Die Statistik der hauptamtlich bei der SPD Beschäftigten weist aus, dass im Willy-Brandt-Haus die frauenlose Zeit auf der Ebene der Abteilungsleitungen beendet wurde: von fünf Abteilungsleitungen konnte eine im Berichtszeitraum mit einer Frau besetzt werden. In den Landesverbänden und Bezirken sind die Funktionen der Leitenden Geschäftsführer bis auf zwei Ausnahmen mit Männern besetzt, unter 21 Landes-, Bezirksgeschäftsführern gibt es vier Frauen (vgl. 2007: 6 von 22). Auch bei den Referenten und Referentinnen ist der Frauenanteil rückläufig und beträgt 37, 1 Prozent (vgl. 2007: 40 Prozent)

## Fazit

Mehr als 20 Jahre nach dem Quotenbeschluss auf dem Münsteraner Parteitag 1988 sind noch immer erhebliche Defizite zu erkennen und Probleme sichtbar.

Weniger erfreulich für die ASF war die Tatsache, dass die Reduzierung der Zahl der stellvertretenden Parteivorsitzenden auf dem Parteitag 2007 dazu geführt hat, dass die Parität an der Parteispitze nicht mehr vorhanden ist. Mit zwei Frauen und vier Männern gehören jetzt nur noch ein Drittel Frauen der engeren Parteiführung an. Allerdings ist das Präsidium seitdem paritätisch besetzt und die 40-Prozent-Quote im Parteivorstand ist eingehalten. Es haben aber auch gerade nur soviel Frauen kandidiert wie nötig.

Zum Selbstverständnis der SPD muss es gehören, dass Frauen sichtbar beteiligt sind, wenn die Partei mit Veranstaltungen, Publikationen usw. in die Öffentlichkeit geht. Der SPD-Parteivorstand wird aufgefordert, für eine deutlich bessere Beteiligung von Frauen als Referentinnen bei Veranstaltungen von Partei, Kommissionen usw. zu sorgen.

Bei Parlamentswahlen ist die Einhaltung der Quote immer noch sehr unterschiedlich. Manche Landtagsfraktionen sind davon weiterhin weit entfernt, andere sind vorbildlich.

In den Parteigremien auf Bundesebene klappt es überwiegend mit der Einhaltung der Quote. Defizite gibt es immer noch bei Kommissionen, Projektgruppen usw. Der Parteivorstand und die Vorsitzenden der jeweiligen Projektgruppen und Kommissionen sind weiterhin aufgefordert, kontinuierlich Expertinnen und fachlich versierte Politikerinnen in Kommissionen usw. zu berufen.

Wir müssen mehr weibliche Mitglieder gewinnen, in allen Altersgruppen. Und es gilt weiterhin daran zu arbeiten, noch mehr Frauen in die Lage zu versetzen, führende Ämter, Funktionen und Mandate in und für die Partei zu übernehmen. Deshalb müssen Frauen auch bei der Kommunal- und Führungsakademie entsprechend vertreten sein.

Die Zielgruppenarbeit muss kontinuierlich verbessert werden, um das verlorene Wählerinnenpotential der SPD zurück-zugewinnen. Obwohl wir bei der Bundestagswahl das bessere inhaltliche und personelle Angebot für eine moderne Gleichstellungspolitik hatten, hat die SPD bei Frauen in allen Altersgruppen massiv an Stimmen verloren, besonders bei den ganz jungen. Offensichtlich war der Frauenbonus der Kanzlerin größer. Dieser Herausforderung müssen wir uns stellen. Der Anspruch gerade junger Frauen muss realisiert werden, dass in einer Partei, die auf Gleichheit aufgebaut ist, die gleiche Teilhabe beider Geschlechter selbstverständlich sichergestellt wird.

Die SPD schrieb als erste deutsche Partei die Gleichberechtigung von Frauen und Männern auf ihre Fahnen. Vor mehr als 90 Jahren, am 12. November 1918, der erste große Erfolg, das Frauenwahlrecht wurde erlassen. Der lange Kampf um das Frauenwahlrecht ist der beste Beweis dafür, dass wir Erfolg haben, wenn wir uns hartnäckig und zäh für das einsetzen, was wir für richtig halten. Das Recht zu wählen und gewählt zu werden, egal ob Frau oder Mann, ist eines der Fundamente unserer Demokratie und die Basis der Gleichberechtigung von Frauen und Männern.

Im Jahr 2008 haben wir an 20 Jahre Quotenbeschluss erinnert. Die Quote ist eine Erfolgsgeschichte mit „weißen Flecken“. Sie hatte und hat Signalwirkung für die Gesellschaft, sie hat die Partei verändert und sie wirkt. Das zeigt auch dieser Bericht.

Die Quote ist und bleibt eine Sache der ganzen Partei und nicht nur der Frauen. Auf den oberen Ebenen ist die Gleichstellung erreicht, in Spitzenpositionen hapert es dagegen noch.

Die Gleichstellung der Geschlechter ist ein Markenzeichen der SPD. Das dürfen wir nicht aufgeben. Mindestens 40 Prozent für Frauen und für Männer. Besser noch fifty-fifty, Parität ist das Ziel. Im Sinne der Demokratie und der Geschlechtergerechtigkeit.

Berlin, 22. Oktober 2009

## 1. Die SPD auf Bundesebene

### 1.1. Mitgliederentwicklung

Jahr	Anzahl der Mitglieder gesamt	Anzahl der weiblichen Mitglieder	Frauenanteil in %
1984	916.485	227.518	24,83
1986	912.854	233.708	25,60
1988	911.916	240.325	26,35
1990	919.129	250.906	27,30
31.12.1993	861.480	240.053	27,87
31.12.1994	849.474	238.192	28,04
31.12.1995	817.650	230.952	28,25
31.12.1996	792.773	225.622	28,46
31.12.1997	776.183	222.577	28,68
31.12.1998	775.036	224.213	28,93
31.12.1999	755.066	220.003	29,14
31.12.2000	734.667	215.633	29,35
31.12.2001	717.513	211.863	29,53
31.12.2002	693.894	205.950	29,68
31.12.2003	650.798	194.846	29,94
31.12.2004	605.807	182.923	30,19
31.12.2005	590.485	179.530	30,40
31.12.2006	561.239	172.126	30,67
31.12.2007	539.861	166.713	30,88
31.12.2008	520.969	161.920	31,08

### 1.2. Parteivorstand, Präsidium, Parteirat

	1991	1993	1995	1997	1999	2001	2003	2005	2007
Parteivorstand insgesamt	45	45	45	45	45	45	45	45	45
davon Frauen	17	19	21	23	21	19	19	18	18
Frauenanteil in %	37,8	42,2	46,7	51,1	46,7	42,4	42,4	40	40
Präsidium insgesamt	keine Angabe	13	13	13	13	13	13	13	17
davon Frauen	keine Angabe	5	5	5	6	7	6	6	8
Frauenanteil in %	keine Angabe	38,5	38,5	38,5	46,2	53,8	46,2	46,2	47
Parteirat insgesamt	keine Angabe	111	110	110	109	108	110	110	110
davon Frauen	keine Angabe	50	50	50	49	52	52	49	48
Frauenanteil in %	keine Angabe	45,0	45,5	45,5	45,0	48,1	47,3	44,5	43,6

**1.3. Weibliche Delegierte auf den Bundesparteitag 1984 bis 2007**

	Anzahl der weiblichen Delegierten	Frauenanteil in Prozent
1984	83	18,9
1986	118	27,2
1988	159	36,6
1990	214	42,0
1991	203	43,5
1992	192	42,1
1993	198	42,1
1995	249	47,5
1996	231	46,2
1997	236	45,1
1999	217	45,2
2001	229	47,7
2003	217	45,2
2005	201	41,9
2007	202	42,1

**1.4 Delegierte auf dem ordentlichen Bundesparteitag November 2007 nach Landesverbänden / Bezirken**

Landesverband / Bezirk	Delegierte insgesamt	davon Frauen	Frauenanteil in %
Baden-Württemberg	41	17	40,5
Bayern	61	30	49,2
Berlin	15	7	46,7
Brandenburg	9	4	44,4
Braunschweig	10	5	50,0
Bremen	5	2	40,0
Hamburg	10	4	40,0
Hannover	28	12	42,9
Hessen-Nord	18	8	44,4
Hessen-Süd	34	13	38,2
Mecklenburg-Vorpommern	5	2	40,0
Nord-Niedersachsen	6	2	33,3
Nordrhein-Westfalen	127	44	34,6
Rheinland-Pfalz	35	16	45,7
Saar	16	6	37,5
Sachsen	9	5	55,6
Sachsen-Anhalt	7	4	57,1
Schleswig-Holstein	19	11	57,9
Thüringen	7	3	42,9
Weser-Ems	17	7	41,2
Gesamt	480	202	42,1



## 1.5 Kommissionen und Beiräte des Parteivorstandes (Rangfolge nach Frauenanteil in Prozent)

	Vorsitzende		stellvertretend Vorsitzende		Weitere Vorstands- mitglieder		Frauen- anteil
	Männer	Frauen	gesamt	davon Frauen	gesamt	davon Frauen	in %
Kommission Gleichstellungspolitik	0	1	0	0	19	19	100,0
Kuratorium Wilhelm-Dröscher-Preis	0	1	0	0	12	7	58,3
Europapol. Kommission	0	1	0	0	1	0	50,0 <sup>1</sup>
Kontrollkommission	0	1	1	0	7	3	44,4
Bundesschiedskommission	0	1	2	0	4	2	42,9
Beirat der Parteischule	0	1	1	0	15	6	41,2
Kommission Intern. Politik	1	0	- <sup>2</sup>	- <sup>2</sup>	- <sup>2</sup>	- <sup>2</sup>	40,0
Kuratorium des Wissenschaftsforums	0	1	0	0	14	5	40,0
Kommission „Gleiche Lebenschancen für jedes Kind – Kinderarmut bekämpfen“ <sup>3</sup>	1	0	0	0	39	15	38,5
Kommission Grundwerte	1	0	2	1	11	3	28,6
Historische Kommission	1	0	0	0	38	10	25,6
Kommission Sozialdem. Politik f. innovative Metropolregionen	1	0	0	0	15	4	25,0
Medienkommission	1	-	1	-	45 <sup>4</sup>	6	12,8

<sup>1</sup> der Frauenanteil im gesamten Gremium beträgt 32 %, es liegen keine differenzierten Angaben vor

<sup>2</sup> es liegen keine Angaben vor

<sup>3</sup> die Kommission hat ihre Arbeit zum Januar 2009 eingestellt

<sup>4</sup> und ständige Gäste

## 1.6 Bundesvorstände der Arbeitsgemeinschaften

	Vorsitzende		stellvertretend Vorsitzende		Weitere Vorstands- mitglieder		Frauen- anteil
	Männer	Frauen	gesamt	davon Frauen	gesamt	davon Frauen	in %
Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen (ASF)	0	1	3	3	17	17	100,0
Jungsozialistinnen und Jungsozialisten (Jusos)	0	1	8	4	3	2	58,3
Arbeitsgemeinschaft für Bildung (AfB)	0	1	2	2	4	1	57,1
Arbeitsgemeinschaft SPD 60 plus	0	1	2	1	6	3	55,6
Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Juristinnen und Juristen (ASJ)	1	0	2	1	5	3	50,0
Bundesvorstand der Juso-Hochschulgruppen <sup>1</sup>	1	0	0	0	7	4	50,0
Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten im Gesundheitswesen (ASG)	1	0	1	1	7	3	40,0
Arbeitsgemeinschaft Selbständige in der SPD (AGS)	1	0	2	0	7	4	40,0
Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen (AfA)	1	0	3	1	17	6	33,3
Arbeitsgemeinschaft ehemals verfolgter Sozialdemokraten (AvS)	0	0	1	0	0	0	- <sup>2</sup>

<sup>1</sup> Im Bundesvorstand der Juso-HSG gibt es keine herausgehobene Position der/des (stv.) Vorsitzenden. Alle (zurzeit 7) Vorstandsmitglieder sind gleichberechtigt. Darüber hinaus gibt es die Bundesgeschäftsführung, die nicht dem Bundesvorstand angehört. Der derzeitige Bundesvorstand besteht aus vier Frauen und vier Männern (also 50 % Anteil).

<sup>2</sup> Keine Angaben möglich

## 1.7 Foren, Projektgruppen, Gesprächskreise und sonstige Gremien des Parteivorstandes (Rangfolge nach Frauenanteil in Prozent)

	Vorsitzende		stellvertretende Vorsitzende		Weitere Mitglieder des Gremiums		Frauenanteil
	Männer	Frauen	gesamt	davon Frauen	gesamt	davon Frauen	in %
Forum Kinder und Familie	1	2	0	0	17	12	70,0
Gesprächskreis Verbraucherpolitik	0	1	0	0	34	19	57,1
Projektgruppe Arbeitsversicherung Projektgruppe Integration /	-	1	-	-	19	9	50,0
Migration	0	1	0	0	43	19	45,5
Gesprächskreis Jugendpolitik	1	0	0	0	30	12	41,9
Projektgruppe Altersgerechtes Arbeiten und zukunftssichere Renten	0	1	0	0	23	9	41,7
Arbeitskreis Nachhaltige Mobilität	0	1	0	0	18	6	36,8
Gesprächskreis Zukunft der Mitbestimmung in Deutschland und Europa <sup>1</sup>	-	-	-	-	14	5	35,7
Rechtsextremismus	1	0	0	0	29	10	33,3
Forum Bildung	1	2	0	0	44	12	30,0
Kulturforum	1	0	2	1	8	2	27,3
Gesprächskreis Energiepolitik	1	0	0	0	33	9	26,5
Arbeitskreis Christinnen und Christen in der SPD (AKC) <sup>2</sup>	0	1	0	0	3	0	25,0
Forum Nachhaltigkeit	1	0	0	0	49	12	24,5
Schwuos Bundesvorstand	1	0	4	1	4 <sup>3</sup>	1	22,0
„Selbstaktiv“ – Netzwerk von Menschen mit Behinderung in der SPD	1	0	2	1	2	0	20,0
Gesprächskreis Innenpolitik	1	0	0	0	47	9	18,8
Gesprächskreis Landwirtschaft / Ländliche Räume	1	0	0	0	20	3	16,6
Forum Sport	1	0	-	-	-	-	0 <sup>4</sup>
Forum Wirtschaft	1	-	-	-	-	-	0
Projektgruppe Internationale Finanzmärkte	1	-	-	-	-	-	0
Projektgruppe Nachhaltige Finanzpolitik	1	-	-	-	-	-	0
Forum Eine Welt <sup>5</sup>	0	1	3	0	0	0	-
Arbeitskreis jüdische Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten	0	0	0	0	2	0	0
Gesprächskreis Steuern und Finanzen	2	-	-	-	-	-	0
Gesprächskreis Menschenrechte <sup>5</sup>	0	1	1	1	0	0	-

<sup>1</sup> Die Arbeit des Gesprächskreises wurde im Juni 2007 mit einem Abschlussbericht abgeschlossen.

<sup>2</sup> Der AKC hat eine Geschäftsführerin.

<sup>3</sup> kooptiert

<sup>4</sup> Das Forum Sport wird von Manfred Schaub geleitet. Ein Beirat ist beratend tätig.

<sup>5</sup> Der Gesprächskreis ist ein offenes Gremium, daher ist kein Frauenanteil bestimmbar.

## 2. Die SPD auf Landesverbands , Bezirks , Unterbezirks- und Ortsvereinsebene

### 2.1 Mitgliederentwicklung in den Landesverbänden und Bezirken 2003 bis 2008

Landesverbände/Bezirke	31.12.03	31.12.04	31.12.05	31.12.06	31.12.07	31.12.08
Schleswig- Holstein <sup>1</sup>	25.453 8.776	23.569 8.142	22.978 7.973	21.535 7.476	20.724 7.202	20.113 6.999
Mecklenb.-Vorpommern	3.224 971	3.050 928	2.979 895	2.872 874	2.793 856	2.794 861
Hamburg	12.996 4.479	12.320 4.247	12.227 4.227	11.529 3.994	11.052 3.808	10.747 3.678
Bremen	6.116 1.977	5.697 1.870	5.719 1.896	5.414 1.828	5.198 1.757	4.952 1.685
Nord- Niedersachsen	7.719 2.184	7.295 2.085	7.185 2.082	7.001 2.053	6.796 1.992	6.497 1.919
Weser-Ems	22.260 6.406	20.733 5.992	20.149 5.853	19.679 5.746	18.774 5.531	18.034 5.368
Hannover	37.515 10.814	35.024 10.174	34.320 10.045	33.417 9.871	32.220 9.596	30.793 9.218
Braunschweig	16.074 4.512	14.884 4.222	14.4348 4.118	14.002 4.026	13.480 3.898	12.882 3.754
Sachsen-Anhalt	5.145 1.379	4.745 1.278	4.623 1.251	4.519 1.232	4.327 1.173	4.202 1.136
Brandenburg	7.132 2.006	6.785 1.914	6.745 1.915	6.691 1.906	6.560 1.863	6.573 1.873
Berlin	17.928 5.942	16.764 5.551	17.189 5.724	16.243 5.398	15.989 5.328	15.883 5.296
Nordrhein-Westfalen	181.071 57.388	167.547 53.597	162.216 52.045	152.360 49.377	145.274 47.283	139.623 45.748
Hessen-Nord	29.359 7.277	27.023 6.819	26.426 6.759	25.114 6.522	24.118 6.327	22.831 6.056
Hessen-Süd	52.352 14.090	48.703 13.319	47.584 13.133	45.200 12.640	43.550 12.346	41.660 11.887
Thüringen	5.132 1.380	4.791 1.313	4.674 1.279	4.530 1.228	4.412 1.198	4.341 1.183
Sachsen	4.759 1.166	4.453 1.091	4.523 1.113	4.444 1.081	4.324 1.044	4.257 1.019
Saar	30.376 9.317	27.869 8.599	26.415 8.218	24.809 7.792	22.889 7.221	21.847 6.915
Rheinland-Pfalz	53.473 14.845	49.879 14.044	47.998 13.674	45.836 13.226	44.459 12.932	42.876 12.578
Baden-Württemberg	47.011 14.217	44.948 13.675	44.363 13.662	42.186 13.140	40.484 12.803	39.327 12.497
Bayern	85.703 25.720	79.728 24.063	77.738 23.668	73.858 22.716	72.438 22.555	70.737 22.250
<b>SPD gesamt</b>	<b>650.798</b>	<b>605.807</b>	<b>590.485</b>	<b>561.239</b>	<b>539.861</b>	<b>520.969</b>
<b>Männer</b>	<b>455.952</b>	<b>422.884</b>	<b>410.955</b>	<b>389.113</b>	<b>373.148</b>	<b>359.049</b>
<b>Frauen</b>	<b>194.846</b>	<b>182.923</b>	<b>179.530</b>	<b>172.126</b>	<b>166.713</b>	<b>161.920</b>
<b>Frauenanteil in %</b>	<b>29,94</b>	<b>30,19</b>	<b>30,40</b>	<b>30,67</b>	<b>30,88</b>	<b>31,08</b>

<sup>1</sup> 1. Zeile: gesamt, 2. Zeile: weiblich

## 2.2. Weibliche Mitglieder in den Landesverbänden und Bezirken (Rangfolge nach Frauenanteil in Prozent, Stand: 31.12.2008)

Landesverbände/Bezirke	gesamt	weiblich	Frauenanteil in %
Schleswig- Holstein	20.113	6.999	34,80
Hamburg	10.747	3.678	34,22
Bremen	4.952	1.685	34,03
Berlin	15.883	5.296	33,34
Nordrhein-Westfalen	139.623	45.748	32,77
Baden-Württemberg	39.327	12.497	31,78
Saar	21.847	6.915	31,65
Bayern	70.737	22.250	31,45
Mecklenburg-Vorpommern	2.794	861	30,82
Hannover	30.793	9.218	29,94
Weser-Ems	18.034	5.368	29,77
Nord-Niedersachsen	6.497	1.919	29,54
Rheinland-Pfalz	42.876	12.578	29,34
Braunschweig	12.882	3.754	29,14
Hessen-Süd	41.660	11.887	28,53
Brandenburg	6.573	1.873	28,50
Thüringen	4.341	1.183	27,25
Sachsen-Anhalt	4.202	1.136	27,03
Hessen-Nord	22.831	6.056	26,53
Sachsen	4.257	1.019	23,94

## 2.3 Vorstände der Landesverbände und Bezirke 2009<sup>1</sup> (mit Vergleichszahlen 2005 und 2007)

Landesverband / Bezirk	weibliche Landes -/ Bezirksvorsitzende	stellvertretende Vorsitzende	Landes-/Bezirksvorstände		
			gesamt / davon Frauen	Frauenanteil / gesamt / davon Frauen in % (zum Vergleich Angaben von 2005 und 2007)	
			2005	2007	2009
Schleswig-Holstein	nein	2 / 1	5 / 11 45,5	45,5 5 / 11	5 / 11 45,5
Mecklenburg-Vorpommern	nein	3 / 1	7 / 16 43,8	43,8 8 / 16	7 / 16 50,0
Hamburg	nein	2 / 1	14 / 41 39,1	45,2 11 / 26	9 / 23 42,3
Bremen	nein	1 / 0	9 / 17 47,1	52,9 7 / 17	8 / 17 41,2
Nord-Niedersachsen	nein	3 / 1	5 / 14 35,7	35,7 8 / 18	5 / 14 44,4

Landesverband / Bezirk	weibliche Landes- / Bezirksvorsitzende	stellvertretende Vorsitzende	Landes-/Bezirksvorstände		
			gesamt / davon Frauen	Frauenanteil / gesamt / davon Frauen in % (zum Vergleich Angaben von 2005 und 2007)	
			2005	2007	2009
Weser-Ems	nein	2 / 1	8 / 17 53,3	47,1 7 / 17	8 / 15 41,2
Hannover	nein	2 / 1	8 / 21 39,1	38,1 9 / 23	9 / 23 39,1
Braunschweig	nein	2 / 1	6 / 15 33,3	40,0 5 / 15	5 / 15 33,3
Sachsen-Anhalt	nein	3 / 2	7 / 17 41,2	41,2 7 / 17	7 / 17 41,2
Brandenburg	nein	4 / 2	7 / 17 43,8	41,2 7 / 16	7 / 16 43,8
Berlin	nein	4 / 2	7 / 14 42,4	50,0 14 / 34	14 / 33 41,2
Nordrhein-Westfalen	ja	4 / 3	16 / 37 43,2	43,2 16 / 37	16 / 37 43,2
Hessen-Nord	nein	2 / 1	8 / 19 42,1	42,1 8 / 19	8 / 19 42,1
Hessen-Süd	nein	2 / 1	9 / 20 40,0	45,0 10 / 20	8 / 20 50,0
Thüringen	nein	4 / 2	10 / 24 41,7	41,7 11 / 24	10 / 24 45,8
Sachsen	nein	2 / 1	9 / 21 40,9	42,9 9 / 22	9 / 22 40,9
Saar	nein	4 / 2	9 / 23 43,5	39,1 8 / 23	10 / 23 34,8
Rheinland-Pfalz	nein	3 / 2	11 / 23 50,0	47,8 12 / 23	11 / 22 52,2
Baden-Württemberg	ja	4 / 2	11 / 25 40,0	42,3 12 / 27	10 / 25 44,4
Bayern	nein	3 / 1	16 / 34 47,1	47,1 16 / 38	16 / 34 42,1

<sup>1</sup> Quelle: eigene Angaben der Landesverbände und Bezirk

### Vorstände der Landesverbände, die *nicht* den Status von Bezirken haben

Landesverband / Bezirk	weibliche Landes- / Bezirksvorsitzende	stellvertretende Vorsitzende	Landes-/Bezirksvorstände		
			Frauenanteil / gesamt / davon Frauen in % (zum Vergleich Angaben von 2005 und 2007)		
		gesamt / davon Frauen	2005	2007	2009
Niedersachsen	nein	4 / 3	5 / 10 40,0	50,0 9 / 20	4 / 10 45,0
Hessen	nein	3 / 1	8 / 18 44,4	44,4 8 / 18	8 / 18 44,4

### 2.4 Vorsitzende und Vorstände der Unterbezirke / Kreisverbände

Landesverband / Bezirk	Vorsitzende der Unterbezirke / Kreisverbände			Vorstände der Unterbezirke / Kreisverbände		
	Anzahl der Vorsitzenden	davon Frauen	Frauenanteil in %	Anzahl der Vorstandsmitglieder	davon Frauen	Frauenanteil in %
Schleswig-Holstein	15	2	13,3	189	66	34,9
Mecklenburg-Vorpommern	17	4	23,5	142	55	38,7
Hamburg	7	1	14,3	141	51	36,2
Bremen	3	0	0	32	14	43,8
Nord-Niedersachsen	6	2	33,3	76	34	44,7
Weser-Ems	17	7	41,2	307	110	35,8
Hannover	13	4	30,8	249	100	40,2
Braunschweig	9	2	22,2	119	39	32,7
Sachsen-Anhalt	- <sup>1</sup>	- <sup>1</sup>	- <sup>1</sup>	4	2	50,0
Brandenburg	18	5	27,8	211	74	35,1
Berlin	12	1	8,3	203	93	45,8
Nordrhein-Westfalen	52	8	15,4	930	363	39,0
Hessen-Nord	8	1	12,5	129	51	39,5
Hessen-Süd	18	2	11,1	379	13 6	35,9
Thüringen	- <sup>1</sup>	- <sup>1</sup>	- <sup>1</sup>	15	5	33,3
Sachsen	13	3	23,1	139	45	32,4
Saar	7	2	28,6	159	54	34,0
Rheinland-Pfalz	28	20	71,4	500	185	37,0
Baden-Württemberg	43	8	18,6	640	225	35,2
Bayern	62	20	32,3	1.325	477	36,0
<b>Gesamt</b>	<b>348</b>	<b>92</b>	<b>26,4</b>	<b>5.889</b>	<b>2.179</b>	<b>37,0</b>

<sup>1</sup> Es liegen keine Angaben vor.

## 2.5 Vorsitzende und Vorstände der Ortsvereine

Landesverband / Bezirk	Vorsitzende der Ortsvereine			Vorstände der Ortsvereine		
	Anzahl der Vorsitzenden	davon Frauen	Frauenanteil in %	Anzahl der Vorstandsmitglieder	davon Frauen	Frauenanteil in %
Schleswig-Holstein	533	114	21,4	2.864	885	30,9
Mecklenburg-Vorpommern	106	21	19,8	430	152	35,3
Hamburg	76	19	25,0	773	287	37,1
Bremen	50	12	24,0	487	190	39,0
Nord-Niedersachsen	71	9	12,7	677	218	32,2
Weser-Ems	305	61	20,0	2.503	692	27,6
Hannover	384	72	18,8	2.857	865	30,3
Braunschweig	174	30	17,2	1.327	401	30,2
Sachsen-Anhalt	188	36	19,1	683	198	29,0
Brandenburg	213	50	23,5	846	274	32,4
Berlin	121	34	28,1	1.699	638	37,6
Nordrhein-Westfalen	1.452	241	16,6	14.210	4.467	31,4
Hessen-Nord	550	68	12,4	3.377	749	22,2
Hessen-Süd	413	83	20,1	4.247	1.247	29,4
Thüringen	221	36	16,3	666	179	26,9
Sachsen	150	24	16,0	672	177	26,3
Saar	327	55	16,8	3.098	860	27,8
Rheinland-Pfalz	993	172	17,3	7.474	2.024	27,1
Baden-Württemberg	867	186	21,5	5.661	1.795	31,7
Bayern	1.711	351	20,5	12.816	3.849	30,0
Gesamt	8.905	1.674	18,8	67.367	20.147	29,9



### 3. Parlamente / Fraktionen / Regierungen

#### 3.1 Fraktion der Sozialdemokratischen Partei Europas (SPE) im Europäischen Parlament

##### Anteil der weiblichen Abgeordneten unter den SPD-Abgeordneten des Europäischen Parlaments 1979 bis 2009

	1979	1984	1989	1994	1999	2004	2009
Anzahl der weiblichen SPD-Europaabgeordneten	7	8	12	17	14	9	10
Frauenanteil in der deutschen Gruppe der SPD-Europaabgeordneten in %	20,0	25,0	38,7	42,5	42,4	39,1	43,5

Der Frauenanteil innerhalb der deutschen Gruppe der SPD-Abgeordneten konnte seit der ersten Direktwahl 1979 gesteigert werden auf über 40 Prozent. Nachdem die SPD bei der Europawahl im Juni 2004 deutliche Verluste (minus 10 Mandate) hinnehmen musste, gehören seit der Europawahl 2009 (auch hier ein Minus von 0,7 Prozentpunkte bei gleicher Sitzzahl) der deutschen SPD-Gruppe 13 Männer und 10 Frauen an, der Frauenanteil beträgt 43,5 Prozent.

Der Frauenanteil im neu gewählten Europäischen Parlament insgesamt liegt nunmehr bei 34 Prozent (252 Frauen von 736 Abgeordneten), dies bedeutet gegenüber der vorherigen Wahlperiode einen Zuwachs des Frauenanteils um rund drei Prozent. 1979, im Jahr der ersten Direktwahl des EP, betrug der Frauenanteil lediglich 16 Prozent.

In der Fraktion der Sozialdemokratischen Partei Europas (SPE) ist der Anteil weiblicher Abgeordneter mit 41 Prozent gleich geblieben (von 182 Abgeordneten sind 74 Frauen), wobei der rund 43,5-prozentige Frauenanteil der SPD mit 2,5 Prozent leicht über dem Durchschnitt liegt.<sup>1</sup>

<sup>1</sup> Quellen: Internetseiten des Europäischen Parlamentes und der Fraktion der Sozialdemokratischen Partei Europas im Europäischen Parlament; eigene Berechnungen

**3.2 SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag**

Stand Juli 2009

**3.2.1 Weibliche Abgeordnete in der SPD-Bundestagsfraktion seit 1949**

Jahr der Bundestagswahl		absolut	in Prozent
1949	1)	13	9,5
	2)	16	11,5
1953	1)	21	12,9
	2)	22	13,4
1957	1)	22	12,2
	2)	22	12,2
1961	1)	21	10,3
	2)	23	11,1
1965	1)	19	8,7
	2)	19	8,8
1969	1)	18	5,9
	2)	17	7,3
1972	1)	13	5,4
	2)	15	6,2
1976	1)	15	8,5
	2)	17	9,4
1980	1)	19	8,3
	2)	20	8,9
1983	1)	21	10,4
	2)	23	11,4
1987	1)	31	16,1
	2)	38	16,8
1990	1)	65	27,2
	2)	65	27,2
1994	1)	86	34,1
	2)	86	35,1
1998	1)	105	35,2
	2)	108	36,9
2002	1)	95	37,8
	2)	98	39,5
2005	1)	80	36,0
	2)	83	37,6
2009	1)	56	38,4

1)	zu Beginn der Legislaturperiode
2)	am Ende der Legislaturperiode

### 3.2.2 Frauen im Fraktionsvorstand der SPD-Bundestagsfraktion

Die Wahlen zum Fraktionsvorstand sind zum Redaktionsschluss noch nicht abgeschlossen. Frank-Walter Steinmeier wurde am 29.09.2009 zum neuen Vorsitzenden der SPD-Bundestagsfraktion gewählt, Thomas Oppermann zum Ersten Parlamentarischen Geschäftsführer.<sup>1</sup>

Dem Geschäftsführenden Vorstand der SPD-Bundestagsfraktion gehören der Fraktionsvorsitzende, die neun stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden, die fünf parlamentarischen Geschäftsführerinnen und Geschäftsführer. Unter diesen 15 Mitgliedern sind 6 Frauen (drei stellvertretende Fraktionsvorsitzende, drei parlamentarische Geschäftsführerinnen), der Frauenanteil liegt hier bei 40 Prozent. Weiterhin gehört dem Geschäftsführenden Vorstand eine Justitiarin an.

### 3.2.3 Frauen im Fraktionsvorstand der SPD-Bundestagsfraktion seit 1949

	Anzahl der Frauen	Frauenanteil in %
1. Wahlperiode 1949-1953	1	5,2
2. Wahlperiode 1953-1957	3	14,2
3. Wahlperiode 1957-1961	2	8,6
4. Wahlperiode 1961-1965	2	8,3
5. Wahlperiode 1965-1967	2	7,6
6. Wahlperiode 1969-1972	3	10,0
7. Wahlperiode 1972-1976	4	13,3
8. Wahlperiode 1976-1980	3	10,0
	ab 23.3.78: 4	12,9
9. Wahlperiode 1980-1983	4	12,5
10. Wahlperiode 1983-1987	6	14,2
	Ende 1986: 7	20,0
11. Wahlperiode 1987-1990	11	27,5
12. Wahlperiode 1990-1994	14	29,2
	1993: 19	42,2
13. Wahlperiode 1994-1998	18	40,0
14. Wahlperiode 1998-2002	22	46,8
	2001: 20	42,6
15. Wahlperiode 2002-2005	19	42,2
	18	40,9
16. Wahlperiode 2005-2009	19	40,4
	2009: 18	40,9
17. Wahlperiode ab 2009	k.A. <sup>2</sup>	k.A.

<sup>1</sup> Die Daten aus der 16. Wahlperiode enthält der Gleichstellungsbericht 2007

<sup>2</sup> Bei Redaktionsschluss waren die Wahlen zum Fraktionsvorstand noch nicht abgeschlossen

### 3.2.4 Zusammensetzung der Ausschüsse und Arbeitsgruppen

Die Konstituierung der Ausschüsse und Arbeitsgruppen hat zum Redaktionsschluss noch nicht abgeschlossen. Daten aus der 16. Wahlperiode enthält der Gleichstellungsbericht 2007.

### 3.3 Bundesregierung

Stand: 7/2009

Die Bildung der neuen CDU/CSU/FDP-Bundesregierung ist zum Redaktionsschluss noch nicht abgeschlossen. Die Daten aus der 16. Wahlperiode enthält der Gleichstellungsbericht 2007

### 3.4. SPD-Fraktionen der Länderparlamente

#### 3.4.1. Weibliche Abgeordnete in den SPD-Landtagsfraktionen (Rangfolge nach Frauenanteil in Prozent)

Bundesland	SPD-Mandate gesamt	davon Frauen	Frauenanteil in %	letzte Wahlen am
Bremen	32	16	50,0	13.06.07
Bayern	39	18	46,2	28.09.08
Saarland	13	6	46,2	30.08.09
Berlin	53	23	43,4	17.09.06
Nordrhein-Westfalen	74	32	43,2	22.05.05
Sachsen	14	6	42,9	30.08.09
Sachsen-Anhalt	24	10	41,7	26.03.06
Rheinland-Pfalz	53	22	41,5	26.03.06
Niedersachsen	48	19	39,6	27.01.08
Thüringen	18	7	38,9	30.08.09
Hessen	29	11	37,9	18.01.09
Hamburg	45	17	37,8	24.02.08
Schleswig-Holstein	25	9	36,0	27.09.09
Brandenburg	31	10	32,3	27.09.09
Baden-Württemberg	38	11	28,9	26.03.06
Mecklenburg-Vorpommern	23	6	26,0	17.09.06

### 3.4.2 Funktionsverteilung in den SPD-Fraktionen der Länder Vorstände der SPD-Landtagsfraktionen

	Fraktions- vorsitz	stellvertretende Fraktions- vorsitzende / davon Frauen	weitere Mitglieder/ Beisitzer/innen des Fraktions- vorstandes / davon Frauen	Frauenanteil im Fraktions- vorstand in %
Baden-Württemberg	Mann	2 / 1	4 / 1	28,6
Bayern	Mann	3 / 2	1 <sup>1</sup> / 0	40,0
Berlin <sup>2</sup>	Mann	4 / 3	8 / 4	53,8
Brandenburg <sup>3</sup>				
Bremen	Mann	2 / 1	10 / 4	38,5
Hamburg	Mann	3 / 1	13 / 7 <sup>4</sup>	47,0
Hessen	Mann	6 / 3	8 / 3	40,0
Mecklenburg-Vorpommern	Mann	4 / 1	1 / 0	16,7
Niedersachsen	Mann	4 / 2	10 / 5	46,6
Nordrhein-Westfalen	Frau	7 / 3	1 / 1 <sup>5</sup>	55,6 <sup>6</sup>
Rheinland-Pfalz	Mann	5 / 2	15 / 7	42,9
Saarland <sup>7</sup>				
Sachsen	Mann	3 / 2	11 / 0	40,0
Sachsen-Anhalt	Frau	2 / 1	6 / 2	44,4
Schleswig-Holstein <sup>8</sup>				
Thüringen	Mann	3 / 2	2 / 0	33,3

<sup>1</sup> Parlamentarischer Geschäftsführer

<sup>2</sup> Stand: Beginn der Legislaturperiode

<sup>3</sup> Wahl des Fraktionsvorstandes nach der Landtagswahl am 27.09.2009 lag bei Redaktionsschluss noch nicht vor.

<sup>4</sup> Weitere Mitglieder des Fraktionsvorstandes sind Beisitzer, Parlamentarischer Geschäftsführer,

<sup>5</sup> kooptierte Mitglieder

<sup>6</sup> Parlamentarische Geschäftsführerin.

<sup>7</sup> Der Fraktionsvorstand besteht aus der Vorsitzenden, den stellvertretenden Vorsitzenden und der Parlamentarischen Geschäftsführerin. Daher wurde bei der Berechnung des Frauenanteils die Gesamtverteilung von 5 / 9 zugrunde gelegt. Zusätzlich gibt es noch einen erweiterten Vorstand. Der aus dem Fraktionsvorstand und den durch die Fraktionsversammlung bestätigten Vorsitzenden der Arbeitskreise der Fraktion besteht.

<sup>8</sup> Wahl des Fraktionsvorstandes nach der Landtagswahl am 30.08.2009 lag bei Redaktionsschluss noch nicht vor.

### 3.4.3 Frauenanteil unter den SPD-Arbeitskreis- und –Ausschussvorsitzenden

	Arbeitskreise der SPD-Fraktionen		Ausschüsse der Parlamente	
	Arbeitskreisvorsitzende insgesamt	davon Frauen	SPD-Ausschussvorsitzende insgesamt	davon Frauen
Baden-Württemberg	10	1	3	0
Bayern	12	6	3	0 <sup>1</sup>
Berlin	8	4	5	3
Brandenburg <sup>2</sup>				
Bremen	-	-	11	3
Hamburg	16	8	6	1
Hessen	15	5	3	1
Mecklenburg-Vorpommern	4 <sup>3</sup>	1 <sup>4</sup>	4	0
Niedersachsen	12	7	4	1
Nordrhein-Westfalen	18	6	8	3
Rheinland-Pfalz	13	5	7	3
Saarland <sup>2</sup>				
Sachsen <sup>2</sup>				
Sachsen-Anhalt	5	2	3	0
Schleswig-Holstein <sup>2</sup>				
Thüringen <sup>2</sup>				

<sup>1</sup> drei stellvertretende Fraktionsvorsitzende, davon eine Frau

<sup>2</sup> Die Besetzung ist nach den Landtagswahlen am 30.08.2009 und 27.09.2009 in Brandenburg, Saarland, Sachsen, Schleswig-Holstein und Thüringen noch nicht abgeschlossen.

<sup>3</sup> Vorstandsbereiche

<sup>4</sup> entspricht stellvertretender Vorsitzende

### 3.5 Landesregierungen<sup>1</sup>

#### 3.5.1 Frauenanteil in Landesregierungen, an denen die SPD beteiligt ist

Bundesland	Zahl der Regierungsmitglieder insgesamt <sup>2</sup>	davon sozialdemokratische Regierungsmitglieder	weibliche Regierungsmitglieder insgesamt und nach Parteizugehörigkeit	Frauenanteil in der Landesregierung insgesamt in %
Berlin SPD/Die Linke-Koalition	9	5	4 SPD: 2 Die Linke: 2	44,4
Brandenburg <sup>3</sup> Bremen SPD/Bündnis 90/Die Grünen-Koalition	8	6	4 SPD: 3 Bündnis 90/ Die Grünen: 1	50,0
Mecklenburg-Vorpommern SPD/CDU-Koalition	9	5	3 SPD: 2 CDU: 1	33,3
Rheinland-Pfalz SPD	9	9	3 SPD: 3	33,3
Sachsen-Anhalt CDU/SPD-Koalition	9	4	3 SPD: 2 CDU: 1	33,3
Thüringen <sup>3</sup>				

<sup>1</sup> Quelle: Oeckl, Taschenbuch des Öffentlichen Lebens, Internetseiten des Bundesrates ([www.bundesrat.de](http://www.bundesrat.de)), eigene Recherchen und Berechnungen

<sup>2</sup> einschließlich der Ministerpräsidenten bzw. des Regierenden Bürgermeisters

<sup>3</sup> Die Regierungsbildung in Brandenburg, im Saarland, in Schleswig-Holstein und in Thüringen nach den Landtagswahlen am 30.08.2009 und 27.09.2009 ist bei Redaktionsschluss noch nicht abgeschlossen.

## 3.5.2 Zum Vergleich:

Frauenanteil in Landesregierungen, an denen die SPD *nicht* beteiligt ist

Bundesland	Zahl der Regierungsmitglieder insgesamt <sup>2</sup>	weibliche Regierungsmitglieder insgesamt und nach Parteizugehörigkeit	Frauenanteil in der Landesregierung insgesamt in %
Baden-Württemberg CDU/FDP-Koalition	13	CDU: 3 FDP: 0	23,1
Bayern CSU/FDP-Koalition	12	CSU: 3 FDP: 0	25,0
Hamburg CDU/GAL-Koalition	10	CDU: 4 GAL: 1 parteilos: 2	40,0
Hessen CDU/FDP-Koalition	11	CDU: 3 FDP: 2	27,3
Niedersachsen CDU/FDP-Koalition	10	CDU: 2 FDP: 0	20,0
Nordrhein-Westfalen CDU/FDP-Koalition	12	CDU: 3 FDP: 3	25,0
Saarland <sup>1</sup>			
Sachsen CDU/FDP-Koalition	10	CDU: 2 FDP: 5 parteilos: 2	20,0
Schleswig-Holstein <sup>1</sup>			

<sup>1</sup> Die Regierungsbildung in Brandenburg, im Saarland, in Schleswig-Holstein und in Thüringen nach den Landtagswahlen am 30.08.2009 und 27.09.2009 ist bei Redaktionsschluss noch nicht abgeschlossen.



## 4. Bericht der Bundes-SGK über die Repräsentanz der Frauen in kommunalen Vertretungen und kommunalen Spitzenpositionen

### 4.1 Frauenanteil bei Ratsmitgliedern in Gemeinden mit 10.000 und mehr Einwohnern (Stand 1.1.2008)

Gemeinden in der Größenklasse:	SPD-Ratsmitglieder	davon absolut	Frauen in v. H.	zum Vergl. 1.1.2006 in v. H.
1.000.000 und mehr <sup>1</sup>	133	58	43,6%	45,7%
500.000 - 1.000.000 <sup>1</sup>	260	107	41,2%	40,5%
200.000 - 500.000	426	159	37,3%	37,8%
100.000 - 200.000	740	260	35,1%	35,5%
50.000 - 100.000	1.479	469	31,7%	31,5%
20.000 - 50.000	4.196	1.250	29,8%	30,3%
10.000 - 20.000	5.290	1.366	25,8%	26,2%
Insgesamt	12.524	3.669	29,3%	29,6%

<sup>1</sup> Für die Stadtstaaten wurden das Berliner Abgeordnetenhaus, die Hamburgische Bürgerschaft sowie die Bremische Bürgerschaft berücksichtigt.

Quelle: Deutscher Städtetag, Statistisches Jahrbuch Deutscher Gemeinden 2008, Ratsmitglieder in den Gemeinden mit 10.000 und mehr Einwohnern.

### 4.2 Weibliche Vorsitzende der SPD-Stadt- und Kreistagsfraktionen (Stand: 31. August 2009)

Fraktionsvorsitzende	Anzahl insgesamt	davon Frauen	in v. H. 2009	in v. H. 2007
in Städten 100.000 und mehr	69	10	14,5%	10,3%
in Städten 50.000 bis 100.000	99	15	15,2%	11,5%
in Kreisen	230	35	13,8%	14,1%
Insgesamt	398	60	15,1%	13,0%

Quelle: Erhebung der Bundes-SGK

#### 4.3 Von sozialdemokratischen Frauen besetzte Führungspositionen im Vergleich zu allen von der SPD besetzten Führungspositionen auf kommunaler Ebene<sup>1</sup> (Stand: 31. August 2009<sup>2</sup>)

Anzahl	Anzahl von allen sozialdemokratischen Amtsinhaber/innen	In v.H. 2009	In v.H. 2007
Oberbürgermeisterinnen	10 von 112	8,9%	9,1%
Bürgermeisterinnen in Städten mit mehr als 50.000 EW	11 von 46	23,9%	21,3%
Landrätinnen	7 von 79	8,9%	6,0%

Quelle: Erhebung der Bundes-SGK

<sup>1</sup> Daten für sämtliche Städte und Kreise sind leider nicht verfügbar. Die Gesamtanzahl spiegelt deshalb nur einen Teil der Grundgesamtheit (398 von 481). Daten ohne Stadtstaaten sowie Bayern. Die Veränderungen, die durch die Kommunalwahlen in Nordrhein-Westfalen am 30. August 2009 verursacht werden, konnten nicht berücksichtigt werden.

<sup>2</sup> Die Gemeindeordnungen der Länder unterscheiden sich stark in der Festlegung, in welchen Städten der Bürgermeister den Titel „Oberbürgermeister“ führt: In Baden-Württemberg und Sachsen kommt diese Amtsbezeichnung ab 20.000 Einwohnern vor, in Rheinland-Pfalz und Sachsen-Anhalt ab 25.000, in Bayern und im Saarland ab 30.000, in Hessen ab 50.000. In den übrigen Ländern geht der Oberbürgermeistertitel mit dem kreisfreien Status der Stadt einher.

#### 4.4 Frauen im Vorstand der Bundes-SGK und in den Vorständen der Landes-SGKs (Stand 31. August 2009)

Vorstände	ordentliche Mitglieder	davon Frauen <sup>1</sup>	In v.H. 2009	In v.H. 2007
Bundes-SGK	31	11	35,5%	35,5%
SGK Baden-Württemberg	22	6	27,3%	25,0%
SGK Bayern	16	5	31,3%	15,4%
SGK Berlin	23	8	34,8%	28,0%
SGK Brandenburg	17	4	23,5%	25,0%
SGK Bremen	11	3	27,3%	41,7%
SGK Hamburg	12	1	8,3%	20,0%
SGK Hessen	23	6	26,1%	25,0%
SGK Mecklenburg-Vorpommern	14	4	28,6%	42,9%
SGK Niedersachsen	25	4	16,0%	22,2%
SGK Nordrhein-Westfalen	30	9	30,0%	33,3%
SGK Rheinland-Pfalz	20	6	30,0%	20,0%
SGK Saarland	17	3	17,7%	30,8%
SGK Sachsen	9	3	33,3%	33,3%
SGK Sachsen-Anhalt	9	3	33,3%	28,6%
SGK Schleswig-Holstein	10	3	30,0%	30,0%
SGK Thüringen	12	5	41,7%	25,0%

Quelle: Erhebung der Bundes-SGK

<sup>1</sup> In einem Bundesland ist eine Frau Vorsitzende der Landes-SGK: Heike Taubert, MdL, Greiz (SGK Thüringen)

## 5. Hauptamtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

### 5.1. SPD-Parteivorstand<sup>1</sup>

	Frauen		Männer	
	absolut	in Prozent	absolut	in Prozent
Abteilungsleiterinnen/Abteilungsleiter	1	20	4	80
Pressesprecherin/Pressesprecher/stellv. Pressesprecherin	1	50	1	50
Leiterinnen/Leiter bzw. Referentinnen/Referenten und persönliche Referentinnen und Referenten in Vorstandsbüros	4	44,4	5	55,6
Referatsleiterinnen/Referatsleiter	1	33,3	2	66,7
Referentinnen/Referenten	31	46,3	36	53,7
Sachbearbeiterinnen/Sachbearbeiter	19	57,6	14	42,4
Sekretärinnen/Sekretäre	46	100	0	0
Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im technischen und Bürobereich	9	50	9	50
Auszubildende	4	66,7	2	33,3
Gesamt	116	61,7	72	38,3

<sup>1</sup> Quelle: Personalreferat des SPD-Parteivorstandes, Stand der Erhebung 21.07.2009. Beim Vergleich zu den Vorjahren ist zu beachten, dass heute mehr Teilzeitstellen im Bereich der Sekretariate eingerichtet wurden im Gegensatz zu früheren Jahren.

## 5.2 SPD-Landesverbände, -Bezirke und –Unterbezirke, Regionalgeschäftsstellen und Kreisverbände

LV / Bezirk	Leitende Landes/Bezirks- geschäftsführer/innen		Landes-/Bezirks- geschäftsführer/innen		Referent/innen auf Landes- und Bezirksebene		weitere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Landesverbandes/Bezirk		Regional / Kreis-, Unterbezirks- geschäftsführer/innen		Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Unter- bezirke „ohne politische Zuständigkeiten“	
	gesamt	davon Frauen	gesamt	davon Frauen	gesamt	davon Frauen	gesamt	davon Frauen	gesamt	davon Frauen	gesamt	davon Frauen
Schleswig- Holstein	1	0	0	0	4	2	27	17	1	0	24	16
Mecklenburg- Vorpommern	1	0	0	0	3	1	2	2	5	1	5	5
Hamburg	1	1	0	0	3	1	6	5	7	2	0	0
Bremen	1	0	0	0	2	0	5	3	0	0	2	2
Nord- Niedersachsen	1	0	1	0	1	1	12	9	3	0	3	3
Weser-Ems	1	0	0	0	0	0	3	3 <sup>1</sup>	5	0	12	11
Hannover	1	0	2	1	1	0	11	9	14	10	9	9
Braunschweig	1	0	3	0	1	0	1	1	0	0	9	9
Sachsen-Anhalt	1	0	0	0	1	0	5	4	5	2	5	5
Brandenburg	1 <sup>2</sup>	0	1	0	3	2	2	2	9	3	0	0
Berlin	1	0	0	0	5	1	13	10	4	3	8	7
Hessen-Nord	1	0	2	1	1	1	5,5	4,5	8	1	8	6
Hessen-Süd	1	0	1	0	1	0	15	10	13	4	35	24
Thüringen	0	0	1	0	2	1	2	2	5	2	6	6
Sachsen	1	0	1	0	0	0	23	9	5	1	13	5
Baden- Württemberg	1	0	2	1	5	2	8	5	9	1	25	23
Bayern	0	0	2	0	4	1	71	44	14	5	51	38
Saar	1	0	0	0	1	0	10	7	0	0	3	2
Nordrhein- Westfalen	1	0	0	0	19	7	27	23	41	10	61	56
Rheinland-Pfalz	2	1	2	1	4	3	28	23	10	3	2	1

<sup>1</sup> eine Auszubildende

<sup>2</sup> zuzüglich ein Generalsekretär

## 5.3 Landesverbände, die nicht den Status von Bezirken haben

LV / Bezirk	Leitende Landes- geschäftsführer/innen		Landes- geschäftsführer/innen		Referent/innen auf Landesebene		weitere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Landesverbandes	
	gesamt	davon Frauen	gesamt	davon Frauen	gesamt	davon Frauen	gesamt	davon Frauen
Niedersachsen	1	0	2 <sup>1</sup>	0	0	0	3	1
Hessen	0	0	1 <sup>2</sup>	0	1	0	3	3

<sup>1</sup> sowie fünf weitere Geschäftsführer, die zurzeit von den niedersächsischen Bezirken an den Landesvorstand abgeordnet sind.

<sup>2</sup> Stellvertretender Landesgeschäftsführer

## Delegierte

### Delegierte des Parteivorstandes:

Ahnen, Doris	Maas, Heiko-Josef
Annen, Niels	Maget, Franz
Berg, Ute	Maly, Ulrich
Böhning, Björn	Matschie, Christoph
Bullerjahn, Jens	Mattheis, Hildegard
Bulmahn, Edelgard	Müntefering, Franz
Burchardt, Ulla	Nahles, Andrea
Dieckmann, Bärbel	Poß, Joachim
Duin, Garrelt	Pronold, Florian
Engelen-Kefer, Ursula	Schaub, Manfred
Ferner, Elke	Scheer, Hermann
Fischer, Birgit	Scholz, Olaf
Gabriel, Sigmar	Schreiner, Ottmar
Griese, Kerstin	Schulz, Martin
Grumbach, Gernot	Schwall-Düren, Angelica
Heil, Hubertus	Stegner, Ralf
Hendricks, Barbara	Steinbrück, Peer
Hexel, Dietmar	Steinmeier, Frank-Walter
Jüttner, Wolfgang	Thierse, Wolfgang
Kastner, Susanne	Tiefensee, Wolfgang
Kraft, Hannelore	Vogt, Ute
Ludwig, Barbara	Ypsilanti, Andrea

## Delegierte der Landesverbände und Bezirke:

### **Baden-Württemberg**

Arnold, Rainer  
Barteit, Lars  
Bednarz, Hendrik  
Behnke, Elfriede  
Castellucci, Lars  
Drakul, Petar  
Drexler, Wolfgang  
Drobinski-Weiß, Elvira  
Erler, Gernot  
Fechner, Johannes  
Friedrich, Peter  
Gebhardt, Evelyne  
Gilbert, Carsten  
Godawa, Angela  
Götzmann, Roman  
Grünstein, Rosa  
Gürakar, Hidir  
Haller-Haid, Rita  
Harsch, Daniela  
Heberer, Helen  
Jehle, Jochen  
Jung, Johannes  
Juratovic, Josip  
Kirgiane-Efremidis, Stella  
Knauss, Renate  
Kumpf, Ute  
Lange, Christian  
Leibinger, Richard  
Lutz, Udo  
Mast, Katja  
Rebmann, Stefan  
Repasi, Rene  
Rosemann, Martin  
Sagasser, Tanja  
Schwarzelühr-Sutter, Rita  
Sorg, Anette  
Sünder, Claudia

Teichmann, Gabriele  
Weber, Jonas  
Weigle, Sebastian  
Weisskirchen, Gert  
Wölfle, Sabine

### **Bayern**

Aures, Inge  
Bante, Bernd  
Barthel, Klaus  
Baur, Hannelore  
Bayer, Sybille  
Biedefeld, Susann  
Braun, Carolin  
Brehm, Thorsten  
Burger, Simone  
Döhla, Benedikt  
Döhla, Eva  
Dressel, Carl-Christian  
Dullinger, Angelica  
Eder, Marietta  
Flisek, Christian  
Freund, Florian  
Gierlings, Elisabeth  
Graf, Angelika  
Grötsch, Eberhard E.  
Güll, Martin  
Güller, Harald  
Hagl, Rita  
Hoderlein, Wolfgang  
Hofmann, Frank  
Juchems, Brigitte  
Kaiser, Heinz  
Kalteis, Daniel  
Karl, Annette  
Kofler, Bärbel  
Kramme, Anette  
Kraus, Annemarie

Merzbacher, Jonas  
 Mielentz, Jörg  
 Negele, Christine  
 Niclas, Gisela  
 Pawlovsky, Hans  
 Peitzsch, Wolfgang  
 Roloff, Sebastian  
 Röver, Jens  
 Rupp, Adelheid  
 Rupprecht, Marlene  
 Scales, Dominic Robert  
 Schmidt, Horst  
 Schrock, Christine  
 Schurer, Ewald  
 Seeger, Rainer  
 Segnitzer, Marion  
 Stauch, Carlo  
 Steiner, Mirjam Beate  
 Stiegler, Ludwig  
 Tausend, Claudia  
 Unfried, Harald  
 van Eckert, René  
 Vetter, Ulrike  
 Vilsmeier, Bernd  
 Vogel, Christian  
 Vogel, Katja  
 Weikert, Angelika  
 Werner-Muggendorfer, Johanna  
 Wolbergs, Joachim  
 Wright, Heidi  
 Zirpel, Michael

### **Berlin**

Buttgerreit, Monika  
 Drautz, Cordula  
 Drohsel, Franziska  
 Gaebler, Christian  
 Geisel, Andreas  
 Hall-Freiwald, Diane  
 Loth, Barbara

Mindrup, Klaus  
 Müller, Michael  
 Senftleben, Peter  
 Sommer, Ulrike  
 Spranger, Iris  
 Stock, Heike  
 Thölken, Rosemarie  
 Ulbricht, Klaus  
 Wowereit, Klaus

### **Brandenburg**

Albeshausen, Sigrid  
 Artz, Katja  
 Barthels, Ruth  
 Danckert, Peter  
 Maaß, Christian  
 Münch, Martina  
 Wicklein, Andrea

### **Braunschweig**

Bosse, Marcus  
 Elvers, Inge  
 Emmerich-Kopatsch, Petra  
 Labitzke, William  
 Müller Alarcon, Ursula  
 Perik, Muzaffer  
 Rien, Barbara  
 Riesen, Michael  
 Schlaugat, Eva  
 Wiegel, Heike

### **Bremen**

Bovenschulte, Andreas  
 Gürlevik, Aydin  
 Holsten, Reiner  
 Mahnke, Manuela  
 Ryglewski, Sarah

### **Hamburg**

Damerau, Inka



## DELEGIERTE

Ernst, Britta  
Kahrs, Johannes  
Mohr, Antje  
Pein, Milan Wilhelm  
Rabe, Ties  
Richter, Frank  
Schlotzhauer, Melanie  
Schwinke, Karl  
Tschentscher, Peter

### **Hannover**

Albrecht-Engel, Ines  
Aller, Heinrich  
Brand, Marina  
Fahncke, Barbara  
Fischer, Andreas  
Friedemann, Waltraud  
Hartmann, Simon  
Heiligenstadt, Frauke  
Jagau, Hauke  
Jürgens, Ute  
Köhler, Rolf-Georg  
Leuschner, Sigrid  
Löser, Jessica  
Lotze, Hiltrud  
Lynack, Bernd  
Miersch, Matthias  
Oltmann, Joachim  
Pfeufer, Torben  
Putzier, Jan Henner  
Rakowski, Andreas  
Rüter, Michael  
Schostok, Stefan  
Schrüder-Ehlers, Andrea  
Schwarze, Horst  
Stietenroth, Marianne  
Tonne-Jork, Elke  
Watermann, Ulrich  
Winkelmann, Peter

### **Hessen-Nord**

Angerhausen, Christa  
Beusing, Ruth  
Bischoff, Doris  
Blau, Jutta  
Brede, Björn  
Engel, Klaus-Dieter  
Heinemann, Helga  
Hofmann, Brigitte  
Hoppe, Bernd  
Kalschne, Mario  
Kappelhoff, Anna-Katharina  
Kramm, Reiner  
Matheis, Rudolf  
Meßmer, Ullrich  
Nickel, Sigrid  
Nikutta, Frank  
Orth, Ralf  
Schäfer, Enrico

### **Hessen-Süd**

Amann, Gregor  
Bullmann, Udo  
Dittmar, Ansgar  
Eckert, Tobias  
Faeser, Nancy  
Geis, Kerstin  
Glenz, Wolfgang  
Görig, Manfred  
Goßmann, Arno  
Griga, Martin  
Grüger, Stephan  
Hauer, Nina  
Kavai, André  
Koch, Patrick  
Körner, Gerd  
Künholz, Elke  
Lambrecht, Christine  
Nissen, Ulrike  
Pfaff, Hildegard

Pfaff, Karlheinz  
 Pipa, Erich  
 Plehnert, Julia  
 Reichenbach, Gerold  
 Reuter, Michael  
 Roth, Ernst-Ewald  
 Schäfer-Gümbel, Thorsten  
 Schmidt, Dagmar  
 Schmitt, Norbert  
 Simmler, Susanne  
 Stojkovic, Dzenet  
 Wieczorek-Zeul, Heidemarie  
 Wingerter, Sven  
 Zapf, Uta

### **Meckl.-Vorpommern**

Borchert, Rudolf  
 Drese, Stefanie  
 Reinke, Christian  
 Schwesig, Manuela  
 Stieber, Michael

### **Nord-Niedersachsen**

Bekmann, Karin  
 Dürkes, Ute  
 Knoefel, Helmut  
 Motscha, Andreas  
 Röhrs, Heidrun  
 Tamke, Karl Gerhard

### **Nordrhein-Westfalen**

Altenkamp, Britta  
 Arens, Paul  
 Baldschun, Katie  
 Banschkus, Bernd  
 Bas, Bärbel  
 Bell, Dietmar  
 Bennarend, Jens  
 Beucher, Friedhelm Julius  
 Blatz, Gerd

Blum, Ulrich  
 Bollermann, Gerd  
 Bölling, Wolfgang  
 Borek-Fercke, Heike  
 Brandner, Klaus  
 Büchter, Christian  
 Costanzo, Luigi  
 Daldrup, Bernhard  
 Dauskardt, Michael  
 Dieckmann, Dietmar  
 Dos Santos Herrmann, Susana  
 Drabig, Franz-Josef  
 Drießen-Seeger, Anke  
 Eickhoff, Martina  
 Emmerich, Karl-Heinz  
 Engelmeier-Heite, Michaela  
 Erdle, Phillip  
 Esser, Frank  
 Felsberg, Peter  
 Fry, Marlis  
 Gebhard, Heike  
 Gerdes, Michael  
 Gießelmann, Helga  
 Gliss-Dekker, Ursula  
 Golabeck, Udo  
 Groeger, Bernd  
 Groschek, Michael  
 Grünert, Ralf  
 Hammelrath, Gabriele  
 Harder, Ernesto  
 Hartmann, Sebastian  
 Heidinger, Michael  
 Hellmich, Wolfgang  
 Hilsler, Dieter  
 Hinz, Petra  
 Horstmann, Ute  
 Hugonin, Monika  
 Humme, Christel  
 Hupe, Hermann  
 Jäger, Ralf

## DELEGIERTE

Jahl, Armin  
Jahnke-Horstmann, Christa  
Joisten, Christian  
Kaczmarek, Oliver  
Kaiser, Ulrich  
Kirschenbaum, Erwin  
Knab, Ulrich  
Kohmann, Anja  
Koschorreck, Liesel  
Krajanja, Rajko Alois  
Krebs, Andreas  
Krichel-Mäurer, Hermann-Josef  
Kröger, Thorsten  
Krützen, Klaus  
Latak, Helmut  
Lemm, Renate  
Link, Sören  
Locker, Katrin  
Löhr, Karin  
Lübbbers, Klaus  
Lüders, Nadja  
Majewski, Ernst  
Marburger, Otto  
Meiers, Ute  
Meilwes, Karl-Heinz  
Meise, Ursula  
Mühlenfeld, Dagmar  
Müller, Hans-Peter  
Müller, Michael  
Müller-Witt, Elisabeth  
Nawrot, Regina  
Nietan, Dietmar  
Ossowski, Silke  
Peters, Martin  
Pflug, Johannes Andreas  
Pries, Heinz-Christoph  
Priester-Büdenbender, Petra  
Prumbohm, Brigitte  
Rader, Martina  
Rampe, Carsten  
Renner, Stephan  
Römer, Norbert  
Schäfer, Axel  
Schäfer, Gabriela  
Schall, Dörte  
Schiefner, Udo  
Schlusnus, Peter  
Schmeltzer, Rainer  
Schmidt, Jürgen  
Schmitz, Uwe  
Scho-Antwerpes, Elfi  
Schultheis, Karl  
Schulze, Svenja  
Schumann, Michelle  
Schwartz, Stefan  
Sichau, Frank  
Sieweke, Beate  
Simmerl, Susanna  
Simshäuser, Monika  
Sippel, Birgit  
Spille, Klaus  
Stein, Frank  
Stickan, Hartmut  
Stock, Michael  
Strässer, Christoph  
Stratmann, Marita  
Stucke, Ingo  
Thiel, Brigitte  
Tigges, Margit  
Trenckmann, Bettina  
Tsalastras, Apostolos  
Wagener, Tanja  
Weber, Jochen  
Weis, Petra  
Wilske, Silvia  
Yüksel, Serdar  
Zorn, Gerhard

**Rheinland-Pfalz**

Anklam-Trapp, Kathrin  
 Barnett, Doris  
 Bätzing, Sabine  
 Beck, Kurt  
 Beutel, Jens  
 Conrad, Jürgen  
 Decker, Ursula  
 Ebli, Friederike  
 Ebling, Michael  
 Fink, Monika  
 Fuhr, Alexander  
 Geis, Manfred  
 Grosse, Marianne  
 Guth, Jens  
 Hartloff, Jochen  
 Hartmann, Michael  
 Hering, Hendrik  
 Kissel, Michael  
 Klamm, Hannelore  
 Langner, David  
 Leppla, Ruth  
 Löffler, Fabian  
 Mertes, Joachim  
 Mertes, Josef Peter  
 Mohr, Margit  
 Nink, Manfred  
 Pellin, Sonja  
 Pörksen, Carsten  
 Raab, Heike  
 Ramsauer, Günther  
 Reich, Beate  
 Schmitt, Astrid  
 Schweitzer, Alexander  
 Steinruck, Jutta  
 Wilhelm, Stephan

**Saarland**

Britz, Charlotte  
 Hoffmann-Bethscheider, Cornelia

Jost, Reinhold  
 Jung, Magnus  
 Klug, Astrid  
 Leinen, Josef  
 Maringer, Evi  
 Pauluhn, Stefan  
 Rehlinger, Anke  
 Ries, Isolde  
 Roth, Eugen  
 Schweitzer, Stephan  
 Staudt, Alfred  
 Thul, Sebastian  
 Ukrow, Jörg

**Sachsen**

Brangs, Stefan  
 Fasler, Elke  
 Homann, Henning  
 Kolbe, Daniela  
 Pfeil, Juliane  
 Schuler, Thomas  
 Tanneberger, Hartmut  
 Vogel, Ines  
 Volkmer, Marlies

**Sachsen-Anhalt**

Eichler, Wolfgang  
 Grube, Falko  
 Hövelmann, Holger  
 Hübner, Klaas  
 Kaspereit, Sabine  
 Keune, Kornelia  
 Schindler, Silke

**Schleswig-Holstein**

Baasch, Wolfgang  
 Beran, Andreas  
 Birke, Hans-Helmut  
 Bolln, Stefan  
 Dolgner, Kai

## DELEGIERTE

Fey, Lennart  
Fronzek, Brigitte  
Hagedorn, Bettina  
Heinrich, Anne-Christin  
Juister, Bärbel  
Kreft, Enrico  
Kuhlwein, Eckart  
Östreich, Cornelia  
Pauls, Birte  
Poersch, Regina  
Rodust, Ulrike  
Schlosser-Keichel, Anna  
Stübe, Yves-Christian  
Wenghöfer, Jörg

### **Thüringen**

Geheeb, Robert  
Giesder, Fabian  
Gleicke, Iris  
Heß, Petra  
Schneider, Carsten

Siebelist, Melanie  
Wieninger, Andreas

### **Weser-Ems**

Behnke, Bettina  
Bluhm, Maike  
Börgmann, Johann  
Christians, Hilda  
Eiben, Florian  
Hentschel, Angelika  
Heymann, Holger  
Hunter-Roßmann, Hannelore  
Leising, Rainer  
Mittelstädt, Ulrich  
Rohde, Dennis  
Schlee, Diana  
Schweer, Daniel  
Uhlmann, Beate  
Van Slooten, Helga  
Will, Christine  
Ziegler, Rainer

## Delegierte mit beratender Stimme

### Delegierte der Kontrollkommission

Budde, Katrin

Görlach, Willi

Kompe, Gerhard

Mattischeck, Heide

Meinhold, Walter

Randzio-Plath, Christa

### Delegierte der Schiedskommission

Ballhausen, Werner

Brusis, Ilse

Kohl, Hannelore

Notzke, Thomas

Rixecker, Roland

### Delegierte des Parteirates

Albig, Torsten

Alkenings, Birgit

Alter, Elisabeth

Becker, Dirk

Binder, Hanna

Burkert, Michael

Coße, Jürgen

Crone, Petra

Dietrich, Sven

Dunger-Löper, Hella

Fehr, Manfred

Forster, Hans

Graner, Jürgen

Habenicht, Gerd

Hammelrath, Helene

Hofmeyer, Brigitte

Jordan, Jörg

Kalus, Steven

Kutzer, Wolf

Lawall, Karin

Leithäuser, Brigitta

Liebetruth, Dörte

Lippmann, Utha

Mattes, Ralf

Möhrmann, Dieter

Möller, Claus

Müllerwiebus, Roswitha

Naber, Hanna

Ott, Jochen

Pleß, Brigitte

Rapkay, Bernhard

Redmer, Axel

Reichstein, Gabriele

Roth, Angelika

Rothe, Mechtild

Rühl, Kathrin

Schieder, Werner

Schmidbauer, Horst

Schmidt, Ulla

Schmidt-Kühner, Regina

Schmitz-Grethlein, Fabian

Scholle, Thilo

Schreier, Wilhelm

Schwabe, Frank

Seidel-Kalmutzki, Karin

Somfleth, Brigitte

## DELEGIERTE

Stadelmaier, Martin  
Stapelfeldt, Dorothee  
Stinka, André  
Tanke, Detlef  
Tonn, Gisela  
Unbenannt, Marcus

van den Berg, Guido  
von den Driesch, Nicole  
Wehrmeyer, Matthias  
Wörl, Beate  
Wucherpfennig, Brigitte

## Delegierte der SPD-Bundestagsfraktion

Bartol, Sören  
Dörmann, Martin  
Edathy, Sebastian  
Ernstberger, Petra  
Evers-Meyer, Karin  
Freitag, Dagmar  
Högl, Eva  
Kelber, Ulrich

Lösekrug-Möller, Gabriele  
Marks, Caren  
Merkel, Petra  
Reimann, Carola  
Rossmann, Ernst Dieter  
Schaaf, Anton  
Wolff, Waltraud

## Delegierte der SPD-Fraktion im Europäischen Parlament

Krehl, Constanze  
Lange, Bernd

Simon, Peter

## Internationale Gäste

### Albanien

Socialist Party of Albania  
Kamelia Vojka

Socialist Movement for Integration  
LSI  
Edmond Haxhinasto

### Bosnien und Herzogowina

SDP Social Democratic Party  
Jasenko Selimovic

### China

Communist Party of China  
Guo, Yezhou  
Zhou, Rongshui  
Qi, Zhala  
Yu, Xiaoxuan  
Sun, Shouliang  
Su, Ping

### Finnland

Social Democratic Party of Finland  
SDP  
Juha Hämäläinen, MP

### Frankreich

Parti Socialiste PS  
Jean-Marc Ayrault  
Jean-Christophe Cambadélis  
Jacques-Pierre Gougeon  
Pierre Kanuty

### Großbritannien

Labour Party LP  
Jo Billingham

### Griechenland

PASOK  
Paulina Lampsa  
Eleni Christidou  
Konstantinos Foutzopoulos

### Italien

Democratic Party  
Luciano Vecchi

### Kroatien

Social Democratic Party of Croatia  
SDP  
Karolina Leakovic

### Marokko

Socialist Union of Popular Forces  
USFP  
Aicha Belarbi

### Norwegen

Norwegian Labour Party DNA  
Svein Roald Hansen, MP



## Österreich

Social Democratic Party of Austria  
SPÖ

Ulrike Hartmann  
Heinz Kommenda

## Palästina

Fatah

Afif Safich  
Ilan Hleivi  
Dr. Kifah Radaidah  
Adeeb Saleem

Youth for Democratic Change YDC

Ghassan Jadallah  
Mahmoud Qannan  
Mohammed Asaad D.D. Aliwaiwi  
Wasim A.M. Ghabbash  
Nawal N.M. Aliabbarin  
Iyad J. M. Hamdan  
Fida A. K. Salah  
Ahlam I. H. Ahmad  
Husam B. F. Akkawe  
Yara Ismail Hasan Diek  
Raghda N. N. Itma  
Feras A. A. Seifi  
Maram A. H. Faraj  
Tareq N. L. Yasin  
Asem F. W. Wahdan  
Tamara Tawfiq Ahmad Tamimi  
Fadi A. G. Hamayel  
Wafa K. A. Saadeh  
Abdalmeneim W. A. Wahdan  
Alaa A.A. Alshaham

## Polen

Democratic Left Alliance SLD  
Ryszard Kalisz

Social Democratic Party of Poland  
SDPL

Wojciech Filemonowicz  
Bartosz Dominiak  
Unia Pracy  
Jeremi Holownia  
Agnieszka Holownia

## Schweden

The Swedish Social Democratic Party  
SAP

Leif Jakobsson

## Serbien

Democratic Party  
Milos Jevtic

## Simbabwe

(MDC) Movement for Democratic  
Change

Mazwi Freedom  
Lovemore Moyo, Nat. Chairman  
Prof. Elphas Mukono Weshuro

## Spanien

PSOE

Miguel Angel Martinez  
José Antonio Espejo  
Ricard Torell

## **Tschechien**

Czech Social Democratic Party CSSD

Jiri Paroubek

Petr Benda

Jiri Vyvadil

## **Zypern**

CTP, Cumhuriyetçi Türk Partisi

Ünal Findik

Mustafa Yektaoglu

## **Türkei**

AK Parti

Mustafa Ünal

## **Weißrussland**

Belarusian Socialdemocratic Party  
(Hramada)

Mikolaj Statkevich

BSDP

Vauhen Furseyeu

Anatol Sidarevich

## **West-Sahara**

Frente Polisario in Germany

Jamal Zakari

Party of European Socialists PES

Philip Cordery

Maria Joao Rodrigues

Thierry Hardy

Kamilla Golonka

Jan Kreutz

Nils Wörner

Sozialistische Internationale

Luis Ayala

Sozialistische Internationale Frauen

Pia Locatelli

## Rednerinnen und Redner

Ahnen, Doris		Eppler, Erhard	448
227, 231, 248, 268, 280, 299, 311,		Erler, Gernot	245
336, 348		Fasler, Elke	122
Annen, Niels	112, 377	Ferner, Elke	
Barthel, Klaus	80, 461, 473	295, 361, 392, 396, 397, 402	
Barthels, Ruth		Fey, Lennart	154
163, 222, 225, 265, 298, 320, 328,		Flisek, Christian	116
336, 348		Friedrich, Peter	126, 299
Baumann-Hasske, Harald	77	Gabriel, Sigmar	
Beck, Kurt	228	165, 222, 267, 279, 300, 305, 362	
Berg, Ute	104	483, 493, 494	
Birke, Hans-Helmut	147, 438	Gebhard, Heike	395
Böhning, Björn	106, 412	Gebhardt, Evelyn	290
Bolln, Stefan	369	Graf, Angelika	263, 373, 409
Bovenschulte, Andreas	102	Griese, Kerstin	111
Büchter, Christian	312	Groschek, Michael	288, 299, 360
Bullmann, Udo	149	Grüger, Stephan	331, 439
Burger, Simone	322	Grumbach, Gernot	88
Conradi, Peter	62	Hagedorn, Bettina	151, 436
Daldrup, Bernhard	292	Heil, Hubertus	
Dieckmann, Bärbel		9, 19, 384, 385, 386, 387, 388, 389,	
200, 204, 223, 320, 432, 442, 478		390, 391, 468, 472, 475	
Dietrich, Sven	57, 376	Heinemann, Helga	346
Dittmar, Ansgar	407	Hendricks, Barbara	218, 310
Drakul, Petar	427	Hexel, Dietmar	469, 471
Drohse, Franziska	108, 318, 366	Högl, Eva	129
Duin, Garrelt		Hunter-Roßmann, Hannelore	297
160, 286, 328		Jordan, Jörg	84
Dulig, Martin	22	Jüttner, Wolfgang	142
Dullinger, Angelica	374	Kappelhoff, Anna-Katharina	121
Eichler, Wolfgang	393	Karl, Annette	282
Engelen-Kefer, Ursula	55	Kavai, André	68
Engelmeier-Heite, Michaela	101		

Kelber, Ulrich	76	Pipa, Erich	70
Kirschenbaum, Erwin	355	Poß, Joachim	119
Kohl, Hannelore	320	Pronold, Florian	91, 460
Köhler, Rolf-Georg	124, 440	Rackles, Mark	86
Kraft, Hannelore	206	Randzio-Plath, Christa	25, 477
Kuhlwein, Eckart	64, 351, 405	Reinke, Christian	72
Lang, Armin	399	Repasi, René	344
Lange, Christian	146	Rodust, Ulrike	67
Leibinger, Richard	435	Roloff, Sebastian	52
Leinen, Jo	329	Römer, Norbert	286
Löffler, Fabian	314	Rosemann, Martin	341, 363
Ludwig, Barbara	422, 446, 484	Roth, Ernst-Ewald	345
Maas, Heiko	164, 316	Rothe, Kerstin	417
Matschie, Christoph		Scales, Dominik	59
277, 403, 405, 406, 416, 419		Schäfer, Axel	53, 414
Mattheis, Hilde	156, 418	Schäfer, Enrico	155
Mattheis, Hildegard	299, 340	Schäfer-Gümbel, Thorsten	94
Merzbacher, Jonas	154	Schaub, Manfred	141, 434
Mielentz, Jörg	410	Scheer, Hermann	131
Miersch, Matthias	294	Schmalstieg, Herbert	134, 136
Möller, Claus	437	Schmidbauer, Horst	337
Müller, Michael	60, 325, 463	Schmidt, Horst	380
Müntefering, Franz	31, 304	Scholz, Olaf	
Nahles, Andrea		208, 250, 356, 357, 358, 359,	
214, 381, 407, 408, 409, 411, 413		364, 368, 372, 373, 383	
Negele, Christine	260, 411	Schostok, Stefan	371
Nida-Rümelin, Julian	114	Schreiner, Ottmar	96
Nietan, Dietmar	138	Schuler, Thomas	144, 339
Nikutta, Frank	157	Schulz, Martin	99, 220, 414
Nissen, Ulrike	71, 283, 436, 463	Schurer, Ewald	19
Östreich, Cornelia	350	Schwall-Düren, Angelica	284
Ott, Jochen	82	Schwesig, Manuela	209, 226, 333
Paroubek, Jiří	479	Sieweke, Beate	159, 343
Pawelka, Mario	492	Sommer, Michael	201
Pawlovsky, Hans	63, 466	Stegner, Ralf	20, 92, 352
Pellin, Sonja	322	Steinmeier, Frank-Walter	234
		Strässer, Christoph	378
		Tsalastras, Apostolos	367, 368, 428

## REDNERINNEN UND REDNER

Unfried, Harald	51
van Eckert, René	75
Vogt, Ute	423, 429, 430
Volkmer, Marlies	401
Weiger, Prof. Dr. Hubert	270
Weigle, Sebastian	313
Weil, Stephan	261
Weisskirchen, Gert	137, 247
Wenghöfer, Jörg	152
Wieczorek-Zeul, Heidemarie	445, 484
Wiegel, Heike	278, 403
Wowereit, Klaus	212
Zapf, Uta	425

